Liberalismus im katholischen Baden

Geschichte, Organisation und Struktur
der Nationalliberalen Partei Badens
1869–1893

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt
von

Ulrich Tjaden
aus Dortmund

Referent:	Prof. Dr. Hans Fenske
Korreferentin:	Prof. Dr. Irmtraud Götz von Olenhusen
Sprecher:	Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
Tag der Promotion:	11. Februar 2000

Die Studie wird in absehbarer Zeit
in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung
als Buch veröffentlicht.

Für meine Eltern

Vorwort

Diese Studie wurde im Sommersemester 1999 von den Philosophischen Fakultäten der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. In absehbarer Zeit wird sie in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung als Buch veröffentlicht.

Ohne die Hilfe einiger Menschen hätte die Arbeit nicht entstehen können. Der erste Dank gilt meinem Doktorvater, Prof. Dr. Hans Fenske, der bei mir das Interesse für die badische Geschichte geweckt hat. Er hat die Studie intensiv betreut und ihr Entstehen mit wohlwollender Kritik und freundlicher Aufmunterung begleitet. Für die Übernahme des Korreferats danke ich Prof. Dr. Irmtraud Götz von Olenhusen.

Die Spurensuche nach Quellen über die badischen Nationalliberalen hat mich in zahlreiche Archive und Bibliotheken geführt. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für ihre Hilfsbereitschaft bei der Materialbeschaffung. Als besonders angenehm empfand ich meine Forschungsaufenthalte im Generallandesarchiv Karlsruhe, im Bundesarchiv Berlin und in der Zentralbibliothek Zürich.

Mein Dank gilt allen, die mir beim Entstehen der Arbeit aufmunternd zur Seite standen. Dazu zählen auch die Teilnehmer des Doktoranden-Kolloquiums, denen ich interessante Diskussionen und wichtige Anregungen verdanke. Für das zuverlässige Korrekturlesen bin ich Dr. Christoph Jahr verbunden.

Über allem steht der Dank an meine Eltern. Durch ihren unermüdlichen Ansporn und ihre langjährige finanzielle Unterstützung haben sie das Entstehen der Arbeit ermöglicht. Ihnen widme ich diese Studie.

Freiburg, im Dezember 2002 Ulrich Tjaden

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG....8

1. Problemstellung, Methode, Aufbau....8
2. Forschungsstand....13
3. Quellenbasis....20

KAPITEL 1: DER BADISCHE LIBERALISMUS WÄHREND DER "NEUEN ÄRA" 1860-1866....25

1. Wende: Der Liberalismus als "regierende Partei"....25
2. Erste Organisationsansätze: die Offenburger Versammlung 1863....37
3. Spaltung des Liberalismus: Der Schulkonflikt und die Entstehung der "Fortschrittspartei"....44
4. Herausforderung für die Liberalen: Die Kasino-Bewegung....58

KAPITEL 2: DIE GRÜNDUNG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI BADENS 1868/1869....71

1. traumatische Erfahrung: Die Zollparlamentswahl....71
2. Die Offenburger Opposition und die Entstehung der Nationalliberalen Partei....81
3. Der Aufbau der Parteiorganisation im Land....103

KAPITEL 3: DIE NATIONALPOLITIK DER LIBERALEN 1866-1871....114

1. Wende nach Königgrätz: Der kleindeutsche Kurs seit 1866....114
2. Verwirklichung eines liberalen Hauptziels: Die Reichsgründung....135

KAPITEL 4: DER HÖHEPUNKT DES KULTURKAMPFES 1873-1876....148

1. Entwicklungslinien des Kulturkampfes 1867-1872....148
2. Verschärfung des Konflikts: Das erweiterte Kulturexamen und das Altkatholikengesetz....154
3. Die Nationalliberale Partei in der Zerreißprobe: Das Simultanschul- und das Dotationsgesetz....166

KAPITEL 5: DIE ENTSCHÄRFUNG DES KULTURKAMPFES 1879-1881188

1. Unerwartete Lösung: Die Abschaffung des Kulturexamens....188
2. Machtdemonstration: Der Sturz Innenminister Stoessers....199

KAPITEL 6: DIE KONSERVATIVE NEUORIENTIERUNG UND DER WEITERE ABBAU DER KULTURKAMPFGESETZGEBUNG 1884-1888.211

1. Konservativer Kurs: Das Heidelberger Programm....211

2. Richtungskämpfe: Das zweite badische Revisionsgesetz 225

KAPITEL 7: DIE NATIONALLIBERALE PARTEI IN DER DEFENSIVE 1890-1893 235

1. Abwärtstrend: Die Reichstagswahl 1890 und die Landtagswahl 1891 235
2. Ende der "liberalen Ära"? Der dauerhafte Verlust der absoluten Mehrheit 1893 243

KAPITEL 8: PARTEISTRUKTUR UND MITGLIEDERENTWICKLUNG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI 248

1. Parteistruktur 248
2. Mitgliederentwicklung 249

SCHLUSSBETRACHTUNG 257

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 264

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS 266

1. Archivalien 266
2. Zeitungen 269
3. Gedruckte Quellen 270
4. Literatur 277

ANHANG 296

Einleitung

1. Problemstellung, Methode, Aufbau

Die Nationalliberalen waren zwischen 1869 und 1918 die bestimmende politische Kraft im Großherzogtum Baden und prägten als "regierende Partei" die innenpolitische Entwicklung des Landes maßgeblich. Bis zum Jahr 1893 behaupteten sie die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer des Landtags[1] und stellten bis 1905 die stärkste Fraktion. Die besten Resultate erzielten sie mit 55 bzw. 52 der insgesamt 63 Mandate bei den Landtagswahlen 1869 und 1887. Auch unter den Bedingungen des direkten Wahlrechts bei den Reichstagswahlen erreichte die Nationalliberale Partei in Baden bis 1878 die absolute und bis 1898 die relative Mehrheit der Stimmen.[2] Zugleich veranschaulichen die Reichstagswahlergebnisse die Stärke des badischen Landesverbandes im Vergleich zur Gesamtpartei: Die nationalliberalen Stimmenanteile lagen in Baden während des Kaiserreichs durchschnittlich mehr als doppelt so hoch, bei den Wahlen 1881 und 1898 sogar fast dreimal so hoch wie im gesamten Reich.[3]

Großherzog Friedrich I. von Baden und sein Nachfolger Friedrich II. beriefen während des gesamten Kaiserreichs ausschließlich Minister mit liberalem Profil, von denen eine große Zahl der Nationalliberalen Partei angehörte. Diese personellen Verflechtungen zwischen Partei und Regierung, die Übereinstimmung der politischen Ziele und die sich daraus ergebende enge Zusammenarbeit führten dazu, daß die Nationalliberalen in der Verfassungspraxis zur regierenden Partei avancierten, auch wenn in der konstitutionellen Monarchie die Regierung verfassungsrechtlich nicht von der Parlamentsmehrheit, sondern allein vom Vertrauen des Großherzogs abhängig war. Der Führungsanspruch der Nationalliberalen reichte soweit, daß sie für sich allein die Legitimität und das Verdienst geltend machten, den badischen Staat zu repräsentieren, was in der öffentlichen Äußerung des nationalliberalen Parteiführers Friedrich Kiefer, *"gut*

---

[1] Der Umstand, daß die Nationalliberale Partei während der Landtagsperiode 1881-83 mit nur 31 der insgesamt 63 Sitze die absolute Mehrheit vorübergehend verlor, kann in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben. Siehe zur Mandatsverteilung Anhang 1.

[2] Siehe Anhang 2.

[3] Eigene Berechnungen nach den Angaben in EBD.

badisch sein, heisst liberal sein"[4], zum Ausdruck kam. Die Nationalliberalen hielten ihre Vormachtstellung *"für das unbedingt Richtige, Unantastbare und Volksbeglückende"*[5], wie ihnen ein linksliberaler Beobachter vorwarf. Die badische Entwicklung stellte einen Sonderfall im kaiserlichen Deutschland dar, denn in keinem anderen deutschen Bundesstaat konnte sich der Liberalismus über Jahrzehnte bis zum Ende des Kaiserreichs an der Macht behaupten.

Das Großherzogtum gehörte mit einem Katholikenanteil von fast zwei Drittel zu einem der am stärksten katholisch geprägten deutschen Bundesstaaten.[6] Mehr als die Hälfte der badischen Amtsbezirke, nämlich 27 von insgesamt 52, besaßen im Jahr 1871 katholische Bevölkerungsanteile von über 80%, darunter wiesen 16 sogar katholische Mehrheiten von über 95% auf.[7] Doch trotz dieser Konfessionsstruktur konnte nicht der politische Katholizismus, sondern die eindeutig protestantisch geprägte Nationalliberale Partei im Großherzogtum eine Vormachtstellung gewinnen und diese ein halbes Jahrhundert hindurch behaupten. Dieser erstaunliche Sachverhalt führt zu der leitenden Fragestellung: Warum war die - von ihrer Struktur hauptsächlich protestantische - Nationalliberale Partei im katholischen Baden derart beherrschend, und wieso besaß sie ausgerechnet hier eine ihrer wichtigsten regionalen Hochburgen in Deutschland?

Als Folge der föderativen Struktur der deutschen Geschichte hat sich der Liberalismus in den einzelnen Teilen des Deutschen Reiches äußerst unterschiedlich ausgeprägt, und deshalb wird zu Recht von "Regionalliberalismen"[8] gesprochen.[9]

---

4 Entwurf Stockhorns zu einem Flugblatt zur Rechtfertigung der konservativen Politik, insbesondere der Haltung der deutsch-konservativen Partei (Jan. 1916), S. 13, GLA 69 v. Stockhorner/146.

5 Willy HELLPACH, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, Bd. 1: 1877-1914, Hamburg 1948, S. 459.

6 Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 waren von den 1.461.562 Einwohnern Badens 942.560 (64,5%) katholisch, 491.008 (33,6%) protestantisch und 25.703 (1,8%) jüdisch. Angaben nach Statistisches Jahrbuch für das Großherzogthum Baden 5 (1872), Carlsruhe 1874, S. 5. Die Konfessionsverhältnisse verschoben sich in den folgenden Jahrzehnten leicht zugunsten der Protestanten.

7 Eigene Berechnungen nach den Angaben in Statistisches Jahrbuch 5 (1872), S. 2-5.

8 Dieter LANGEWIESCHE, Liberalismus und Region, in: Lothar GALL/Dieter LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 1-18, hier S. 6. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

9 Vgl. zum Folgenden EBD.; Karl Heinrich POHL, "Einig", "kraftvoll", "machtbewußt". Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive, in: Historische Mitteilungen 7 (1994), S. 61-80; DERS., Die Bedeutung der

Der regionale Forschungsansatz trägt diesem Umstand Rechnung, ergänzt das auf der "Makroebene" des Reiches gewonnene Bild und verleiht ihm eine größere "Tiefe" und materielle Gestalt. Darüber hinaus kann die Regionalgeschichte aber auch zu wichtigen neuen Erkenntnissen - besonders im Verhältnis des Liberalismus zur Nation, zum Staat und zur Konfession - gelangen, wie Dieter Langewiesche mit Nachdruck betont.[10] Die entscheidenden Vorteile des regionalen Ansatzes liegen in der Nähe zum Forschungsgegenstand, im leichteren Erfassen von Zusammenhängen und in der einfacheren Verknüpfung einzelner Faktoren zu einem Gesamtbild. Für das 19. Jahrhundert dürfte die regionale Liberalismusforschung am ergiebigsten sein, da die Prägekraft der Regionalismen im 20. Jahrhundert abnahm. Ausgehend von diesen Überlegungen verfolgt die vorliegende Studie das Ziel, den Nationalliberalimus in einer seiner wichtigsten regionalen Hochburgen, im Großherzogtum Baden, zu untersuchen und damit einen Beitrag zu einem differenzierteren Verständnis des deutschen Liberalismus in den Jahren vor der Reichsgründung und während der ersten Hälfte des Kaiserreichs zu leisten.

Über die Definition des Begriffes "Partei" besteht in der Forschung keine Übereinstimmung, was damit zusammenhängt, daß das Wort seit mehr als zwei Jahrhunderten im deutschen politischen Sprachgebrauch vorkommt und sich seine Bedeutung grundlegend veränderte.[11] Nach dem vorherrschenden Verständnis des 19. Jahrhunderts handelte es sich bei der Partei um eine unorganisierte Gesinnungsgemeinschaft, die *"durch eine große politische Idee oder durch einen Komplex von Ideen und Gefühlen"*[12] charakterisiert war und zu der man sich bekannte, der man aber nicht formell angehörte; im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nahm der Begriff zunehmend die heutige Bedeutung an. Im Rahmen der vorliegenden Studie erscheint es zweckmäßig, den modernen Parteibegriff zu verwenden und im Anschluß an Robert Hofmann von Partei nur dann zu sprechen,

---

Regionalgeschichte für Forschung, Lehre und pädagogische Praxis, in: DERS. (Hrsg.), Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Bielefeld 1997, S. 13-22.

[10] LANGEWIESCHE, Liberalismus und Region, S. 4-14.

[11] Vgl. Klaus von BEYME, Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte e. V. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733; Hans FENSKE, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, S. 9-16; Thomas NIPPERDEY, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Habil. Göttingen, Düsseldorf 1961, S. 9-12. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18)

[12] NIPPERDEY, Organisation, S. 9.

wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind: die Existenz einer übergeordneten Parteistruktur neben der Fraktion, ein hierarchischer Organisationsaufbau, ein schriftlich fixiertes Programm als Leitlinie des politischen Handelns, eine mit einem Mitsprache- und Wahlrecht ausgestattete Mitgliedschaft, das Ziel, über Wahlen und die Besetzung politischer Machtpositionen gesellschaftlichen Einfluß auszuüben sowie das Bestreben, Mehrheiten in den politischen Organen und in der Gesellschaft insgesamt zu gewinnen.[13]

Die vorliegende Arbeit umfaßt den Untersuchungszeitraum von 1869 bis 1893 und hat den Höhepunkt der badischen Nationalliberalen zum Thema, nämlich die Phase, während der die Partei die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer des Landtags behauptete.[14] Die zeitlichen Begrenzungen ergeben sich aus der Gründung der Nationalliberalen Partei Badens 1869 und aus dem dauerhaften Verlust der absoluten Mehrheit im Landtag 1893. Zwischen 1892 und 1895 vollzog sich auch innerhalb der Nationalliberalen Partei ein tiefgreifender Umbruch, denn die maßgebenden Führungspersönlichkeiten der vergangenen Jahrzehnte, die seit den fünfziger bzw. sechziger Jahren an der Spitze der Partei gestanden hatten, zogen sich, hauptsächlich aus Altersgründen, aus der politischen Verantwortung zurück. Das trifft auf Friedrich Kiefer, den jahrzehntelangen Parteiführer, August Lamey, den populärsten badischen Nationalliberalen, Carl Eckhard und auch Karl Friderich zu, der dem Landtag dreiundvierzig Jahre lang angehört hatte. Das Jahr 1893 bedeutet für die badische Innenpolitik auch deshalb einen Einschnitt, weil das seit 1876 amtierende Ministerium Turban durch die Regierung Nokk abgelöst wurde.

Gegen eine Ausdehnung des Untersuchungszeitraums über das Jahr 1893 hinaus sprechen mehrere Gründe: Zwar bildet der Zeitraum bis 1905 ebenfalls eine Forschungslücke, doch ist die Quellenlage ungünstig, da für diesen Zeitabschnitt keine Nachlässe führender nationalliberaler Politiker überliefert sind. Außerdem scheint die Entwicklung der Nationalliberalen im Jahrzehnt nach 1893 - abgesehen von den verfassungspolitischen Auseinandersetzungen, die bereits ausführlich untersucht wurden - weniger aufschlußreich zu sein als die vorangegangene Phase. Hinzu kommt, daß die Geschichte einer "Regierungspartei" während zweieinhalb Jahrzehnten bereits eine Fülle an Themen beinhaltet, so daß ein längerer Bearbeitungszeitraum über den Rahmen dieser Arbeit hinausgegangen wäre.

---

[13] Robert HOFMANN, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München/Zürich 1993, S. 14.

[14] Zwar verloren die Nationalliberalen zwischen 1881 und 1883 vorübergehend die absolute Mehrheit, doch kann dieser Sachverhalt in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben.

Mit Ausnahme des abschließenden Kapitels folgt diese Arbeit einem chronologischen Gliederungsprinzip. Zunächst wird im ersten Kapitel zur allgemeinen thematischen Orientierung eine kurze Skizze der Entwicklung des badischen Liberalismus vom Vormärz über die grundlegenden Weichenstellungen der 1850er Jahre bis zur "Neuen Ära" gegeben. Anschließend rücken zwei Vorgänge der 1860er Jahre in den Mittelpunkt, die für die weitere Entwicklung des badischen Liberalismus bedeutsam waren: Zum einen geht es um die ersten Organisationsversuche der badischen Liberalen, die sie außerhalb des Parlaments und auch innerhalb der Volksvertretung, in Form von Fraktionsgemeinschaften, unternahmen. Zum anderen werden die Anfänge des Konflikts zwischen dem liberalen und dem katholischen Lager und die Formierung der katholischen Oppositionsbewegung analysiert.

Während der 1860er Jahre konstituierten sich in Deutschland die politischen Parteien im modernen Sinne dauerhaft. In Kapitel 2, in dem die Gründungsphase der Nationalliberalen Partei Badens in den Jahren 1868/69 im Mittelpunkt steht, soll diskutiert werden, welche Gründe die organisationsunwilligen liberalen Honoratioren veranlaßten, nun mit dem Aufbau einer Parteiorganisation zu beginnen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Frage, auf welche Weise und in welchem Umfang die gefaßten Organisationsbeschlüsse tatsächlich im Land umgesetzt wurden.

Die Reichsgründung, das Thema des dritten Kapitels, stellte die Erfüllung eines liberalen Hauptziels dar. Seit 1866 war die badische Außenpolitik eindeutig auf dieses Ziel hin ausgerichtet, womit das Großherzogtum eine Ausnahmestellung unter den süddeutschen Staaten einnahm. Zu fragen ist, wie die badischen Liberalen die Regierung bei ihrem entschiedenen nationalpolitischen Kurs unterstützten und welchen Anteil sie an der Rolle Badens bei der Reichsgründung hatten. Zentral erscheint die Frage, wie die Nationalliberalen ihre nationalen und liberalen Zielsetzungen miteinander verbanden und welche im Zweifelsfall Priorität besaß. Dabei erscheint es zweckmäßig, auch die Zeit vor der Gründung der Nationalliberalen Partei miteinzubeziehen und mit der Analyse beim preußischen Sieg über Österreich im Jahr 1866 einzusetzen.

In Kapitel 4 steht der Kulturkampf, das zentrale Thema der badischen Innenpolitik während des Kaiserreichs, im Vordergrund. In den Jahren 1873 bis 1876 erreichte der Konflikt, der innerhalb Deutschlands zuerst in Baden ausbrach und nur in Preußen mit einer vergleichbaren Härte geführt wurde, seinen Höhepunkt. So ist nach dem Anteil der Nationalliberalen an dieser Entwicklung und nach den Hintergründen der heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen über den Kurs in der Kulturpolitik, welche die Partei zeitweise zu spalten drohten, zu

fragen. Von Interesse ist außerdem die Frage nach der Verantwortung der regierenden Partei am Sturz von Ministerpräsident Julius Jolly, der die badische Politik seit 1866 maßgeblich geprägt hatte.

In Kapitel 5, in dem die Entschärfung des Kulturkampfes im Vordergrund steht, sollen die innerparteilichen Konflikte über die Abschaffung des Kulturexamens näher beleuchtet werden. Von besonderem Interesse ist außerdem die Frage, welche Rolle die regierende Partei beim Sturz von Innenminister Stoesser spielte. Der Versuch des deutschen Nationalliberalismus, die seit dem Ende der siebziger Jahre bestehende Krise durch eine konservative Orientierung zu überwinden, steht im Zentrum von Kapitel 6. Da der Umschwung von Süddeutschland ausging, ist nach dem Anteil des badischen Landesverbandes an dieser Entwicklung zu fragen. Angesichts des weiten politischen Spektrums, das der badische Nationalliberalismus abdeckte, liegt die Vermutung nahe, daß in Baden Widerspruch gegen den Kurswechsel erhoben wurde, was zu untersuchen sein wird. Außerdem sind die innerparteilichen Flügelkämpfe um das zweite badische Revisionsgesetz zu analysieren.

Seit Beginn der neunziger Jahre wurde die Nationalliberale Partei Badens in die Defensive gedrängt, wofür die empfindlichen Niederlagen bei der Reichstagswahl 1890 und der Landtagswahl 1891 ein Indiz sind. Das letzte Kapitel des chronologischen Teils der Arbeit fragt nach den Ursachen für die Rückschläge. Außerdem ist zu erörtern, welche Konseqenzen sich aus dem dauerhaften Verlust der absoluten Mehrheit im Landtag für die Sonderstellung der Nationalliberalen als regierende Partei ergaben, und ob die "liberale Ära" in Baden damit beendet war. Kapitel 8 verfolgt das Ziel, die Struktur und die Mitgliederentwicklung der Nationalliberalen Partei zu analysieren. In der abschließenden Bilanz werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung kritisch beleuchtet und in einen größeren Zusammenhang eingeordnet.

2. Forschungsstand

Obwohl der Liberalismus zu den entscheidenden Kräften der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zählt, gehört er nicht zu den beliebtesten

Forschungsgebieten.[15] In den letzten drei Jahrzehnten ist allerdings ein zunehmendes Interesse an diesem Themenkomplex zu beobachten, doch bleibt die Nationalliberale Partei von dieser Entwicklung unberührt, so daß Karl Heinrich Pohl im Jahr 1991 die provokative Frage stellte: *"Die Nationalliberalen - eine unbekannte Partei?"*[16]. Pohl zog den Schluß, der Rechtsliberalismus sei ein *"absolutes Stiefkind der historischen Forschung"*, obwohl er zweifellos als ein *"relevanter"* Forschungsgegenstand bezeichnet werden könne, denn die Nationalliberalen seien ein wichtiges Element im Parteiensystem des Kaiserreichs gewesen und hätten einen erheblichen Einfluß auf die Politik ausgeübt.[17] Der Forschungsrückstand beziehe sich sowohl auf das Reich als auch auf die Länder und Kommunen.

Pohls Einschätzung bestätigt sich bei einem Blick auf die Forschungsliteratur, denn es fehlt nicht nur eine moderne Gesamtdarstellung der Nationalliberalen Partei, sondern es existieren für die Reichsebene auch nur wenige Einzeluntersuchungen. Zwischen der Jenaer Habilitationsschrift von Herbert Schwab[18] über den Zeitraum von 1864 bis 1880 und der Dissertation von George

---

[15] Zum Forschungsstand vgl. Hellmut SEIER, Liberalismus und Bürgertum in Mitteleuropa 1850-1880. Forschung und Literatur seit 1970, in: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 131-229. (Historische Zeitschrift - Sonderhefte, Bd. 17); Karl Heinrich POHL, Liberalismus und Bürgertum 1880-1918, in: EBD., S. 231-291; Hans FENSKE, Der deutsche Liberalismus bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. Literatur aus den Jahren 1987-1991, in: HJb 112 (1992), S. 457-481.
Die wichtigsten Bibliographien zur Nationalliberalen Partei Badens: Bibliographie zur Liberalismus-Forschung, in: JzLF 1(1989)ff.; Landesbibliographie von Baden-Württemberg, hrsg. durch die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit den Landesbibliotheken Karlsruhe u. Stuttgart, Bd. 1ff., Stuttgart 1978ff.; Bibliographie der badischen Geschichte, Bde. 1 u. 2 bearb. im Auftrag der Badischen Historischen Kommission v. Friedrich Lautenschlager, Karlsruhe 1929 u. 1933, Bde. 3-9 hrsg. v. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Stuttgart 1961-1984; Jürgen C. HESS/E. van STEENSEL VAN DER AA, Bibliographie zum deutschen Liberalismus, Göttingen 1981. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 10); Hans-Peter ULLMANN, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Parteien und Interessenverbände, Göttingen 1978. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 6).

[16] Karl Heinrich POHL, Die Nationalliberalen - eine unbekannte Partei?, in: JzLF 3 (1991), S. 82-112.

[17] EBD., S. 82f.

[18] Herbert SCHWAB, Aufstieg und Niedergang der Nationalliberalen Partei. Zur Geschichte des Nationalliberalismus in Deutschland 1864-1880, 2 Bde., Habil. Masch. Jena 1968.

Frederick Mundle[19] über die Jahre 1900 bis 1914 besteht noch eine Forschungslücke von zwei Jahrzehnten. Das vergleichsweise größte Interesse hat bisher die für die Nationalliberalen wichtige Phase bis zum Jahr 1880 gefunden. So behandeln die Aufsätze von Gustav Schmidt[20] und Karl Heinrich Pohl[21] die Zeit der nationalliberalen Vorherrschaft im Deutschen Reich, und Hermann Block[22] untersucht den Austritt des rechten Flügels sowie der Sezessionisten in den Jahren 1879/80. Wichtige Detailinformationen liefern die aus marxistisch-leninistischer Perspektive verfaßten Artikel von Herbert Schwab[23] im "Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien" sowie von Gustav Seeber und Claudia Hohberg[24] im "Lexikon zur Parteiengeschichte". Hervorzuheben sind die modernen Gesamtdarstellungen über den deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert von James J. Sheehan[25] und Dieter Langewiesche[26] sowie die Habilitationsschrift von Thomas Nipperdey[27] über die Organisation der deutschen Parteien, die auch für die Geschichte des deutschen Nationalliberalismus einen wichtigen Beitrag leisten.

---

[19] George Frederick MUNDLE, The German National Liberal Party, 1900-1914: Political Revival And Resistance To Change, Diss. Masch. Urbana (Illinois) 1975.

[20] Gustav SCHMIDT, Die Nationalliberalen - eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870-1878, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 208-223. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61)

[21] POHL, Nationalliberale.

[22] Hermann BLOCK, Die parlamentarische Krisis der Nationalliberalen Partei 1879-1880, Münster 1930. (Universitas-Archiv, Historische Abteilung, Bd. 1)

[23] Herbert SCHWAB, Nationalliberale Partei (NLP) 1867-1918, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung v. Dieter Fricke, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 344-373.

[24] Gustav SEEBER/Claudia HOHBERG, Nationalliberale Partei (NLP) 1867-1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt u. Manfred Weißbecker, Bd. 3 Köln 1985, S. 403-436.

[25] James J. SHEEHAN, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, aus d. Engl. übers. v. Karl Heinz Siber, München 1983.

[26] Dieter LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988. (Neue Historische Bibliothek, N. F., Bd. 286)

[27] NIPPERDEY, Organisation.

Auch auf der Länderebene ist der Forschungsrückstand über die Nationalliberalen unübersehbar: In den siebziger Jahren legte Dan S. White[28] eine maßgebende Regionalstudie über den nationalliberalen Landesverband in Hessen vor, und ein Jahrzehnt später folgte George S. Vascik[29] mit einer vergleichenden Arbeit über die Nationalliberalen in Hannover und Sachsen. Außerdem gibt der neuere Sammelband "Liberalismus und Region" einen vergleichenden Überblick über die Entwicklung des Liberalismus in mehreren deutschen Bundesstaaten und Städten, wobei die Beiträge von Michael John[30] über den Nationalliberalismus in der Provinz Hannover, von Karl Heinrich Pohl[31] über den sächsischen Landesverband der Nationalliberalen und von Erhard Wörfel[32] über den Liberalismus in Thüringen in diesem Zusammenhang von Interesse sind. Über die sächsischen Nationalliberalen und Gustav Stresemann veröffentlichte Karl Heinrich Pohl[33] einen weiteren Aufsatz. Diese unbefriedigende Forschungsbilanz auf Länderebene steht in auffälligem Widerspruch zu Pohls Urteil, daß die Erforschung des kommunalen und regionalen Liberalismus einen *"Eckpfeiler der Liberalismusforschung"*[34] bilde.

Den Forschungsstand zum badischen Liberalismus kann man insgesamt als günstig charakterisieren: Es liegen zahlreiche und thematisch weit gefächerte Untersuchungen vor, so daß das Großherzogtum als *"Musterland der Liberalismusforschung"*[35]

---

28 Dan S. WHITE, The Splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867-1918, Cambridge/London 1976.

29 George S. VASCIK, Rural Politics and Sugar in Germany: A Comparative Study of the National Liberal Party in Hannover and Prussian Saxony 1871-1914, Diss. Masch. Michigan 1988.

30 Michael JOHN, Kultur, Klasse und regionaler Liberalismus in Hannover 1848-1914, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 161-193. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

31 Karl Heinrich POHL, Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914. Eine Partei der konservativen Honoratioren auf dem Wege zur Partei der Industrie, in: EBD., S. 195-215.

32 Erhard WÖRFEL, Liberalismus in den thüringischen Staaten im Kaiserreich, in: Ebd., S. 217-252.

33 Karl Heinrich POHL, Sachsen, Stresemann und die Nationalliberale Partei. Anmerkungen zur politischen Entwicklung, zum Aufstieg des industriellen Bürgertums und zur frühen Tätigkeit Stresemanns im Königreich Sachsen vor 1914, in: JzLF 4 (1992), S. 197-216.

34 DERS., Liberalismus, S. 270.

35 Dieter HEIN, Die bürgerlich-liberale Bewegung in Baden 1800-1880, in: Lothar Gall/ Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen

gilt. Von der Untersuchung des badischen Beispiels sind außerdem wichtige Impulse für die Liberalismusforschung insgesamt ausgegangen. Zwischen 1860 und 1918 zog der badische Liberalismus zweimal die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf sich: Zuerst während der "Neuen Ära" der 1860er Jahre, als in Baden die erste bürgerlich-liberale Regierung in einem deutschen Bundesstaat eine Reihe bedeutender Reformen durchsetzte und das Großherzogtum auf innenpolitischem Gebiet zum Vorbild für das übrige Deutschland wurde. Nach der Jahrhundertwende erregte der badische "Großblock", die erste faktische "Regierungskoalition" zwischen Nationalliberalen, Linksliberalen, Demokraten und SPD in einem deutschen Land, großes Aufsehen. Diese beiden spektakulären Phasen in der Entwicklung des badischen Liberalismus wurden bereits von Lothar Gall[36] und Hans Färber[37] bzw. von Jürgen Thiel[38] untersucht. Der Zwischenzeitraum - die Periode von 1871 bis 1905 - stellt dagegen noch immer ein Forschungsdesiderat dar, obwohl bereits Lothar Gall hervorhob, daß es *"von hohem Interesse"* und *"wesentlich für ein differenziertes Verständnis der deutschen Entwicklung dieser Jahrzehnte"* wäre, die Geschichte Badens und des badischen Liberalismus während des Kaiserreiches fortzuführen.[39] Stefan Wolf hat das Fehlen einer solchen Studie über die Nationalliberale Partei Badens zwischen 1871 und 1905 mit den engen und schwer durchschaubaren Verflechtungen zwischen der Partei und den liberalen Regierungen und mit dem Fehlen geschlossener Quellenkomplexe erklärt, so daß zeitintensive Recherchen notwendig seien.[40] Die zu Beginn der neunziger Jahre erschienene Studie von Renate Ehrismann[41]

Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 19-39, hier S. 19. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

36 Lothar GALL, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Habil. Köln 1967, Wiesbaden 1968. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 47)

37 Hans FÄRBER, Der Liberalismus und die kulturpolitischen Fragen in Baden von 1850-1870, Diss. Masch. Freiburg 1959.

38 Jürgen THIEL, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Diss. Erlangen-Nürnberg, Stuttgart 1976. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. B, Bd. 86)

39 GALL, Liberalismus, S. 493.

40 Stefan Ph. WOLF, Konservativismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860-1893, Diss. Freiburg 1990, Karlsruhe 1990, S. 3.

41 Renate EHRISMANN, Der regierende Liberalismus in der Defensive. Verfassungspolitik im Großherzogtum Baden 1876-1905, Diss. Freiburg 1992, Frankfurt u. a. 1993. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 558)

behandelt die Auseinandersetzungen um die Einführung des direkten Wahlrechts zwischen 1876 und 1905 und stellt dabei die Nationalliberalen in den Vordergrund, doch bietet sie keine umfassende Geschichte der Nationalliberalen Partei. Daneben existieren nur die Überblicke über die Entwicklung des badischen Liberalismus während des Kaiserreichs von Hans Fenske[42], Paul Rothmund[43] und Fred Ludwig Sepaintner[44].

Von den badischen Parteien wurden die Sozialdemokraten mit den Arbeiten von Jörg Schadt[45], Hannelore Schlemmer[46], Hans-Joachim Franzen[47] und Konrad Elsässer[48] am ausführlichsten untersucht, doch umfaßt nur Schadts Studie, die den Nachlaß des Sozialdemokraten Adolf Geck auswertet, die Anfangsphase der Partei bis 1890. Außerdem behandelte Stefan Wolf[49] die badischen Konservativen von 1860 bis 1893 und Hans-Jürgen Kremer[50] das badische Zentrum zwischen 1888 und

---

42 Hans FENSKE, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790-1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981, S. 146-187. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 5)

43 Paul ROTHMUND, Badens liberale Ära, in: DERS./Erhard R. WIEHN (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 79-96. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4); DERS., Kampf um die Macht - Die Blockpolitik in Baden, in: Ebd., S. 116-130.

44 Fred Ludwig SEPAINTNER, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich, Diss. Mannheim 1981, Frankfurt/Bern 1983, S. 53-63. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 192)

45 Jörg SCHADT, Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868-1900), Diss. Heidelberg 1966, Hannover 1971. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 88)

46 Hannelore SCHLEMMER, Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei zwischen 1890 und 1914, Diss. Masch. Freiburg 1953.

47 Hans-Joachim FRANZEN, Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914, 2 Bde., Frankfurt, Bern, New York, Paris 1987. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bde. 321 I u. II)

48 Konrad ELSÄSSER, Die badische Sozialdemokratie 1890 bis 1914. Zum Zusammenhang von Bildung und Organisation, mit einem Vorwort v. Georg Fülberth, Marburg 1978. (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 14)

49 WOLF, Konservativismus.

50 Hans-Jürgen KREMER, Die Zentrumspartei im Großherzogtum Baden 1888-1914. Ein Beitrag zur Organisation und Politik des politischen Katholizismus, Diss., aufgeführt in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1997, München 1998, S. 382, Nr. 7149.

1914. Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe im Bereich der Parteienforschung besteht in einer Untersuchung der Katholischen Volkspartei zwischen 1869 und 1888; darüber hinaus könnten auch Darstellungen über die Demokraten und den Freisinn das bisher gewonnene Bild vom badischen Parteiensystem während des Kaiserreichs abrunden. Als Ersatz für die fehlende Arbeit über die Katholische Volkspartei kann man das umfangreiche Werk von Karl Bachem[51] über die Zentrumspartei in Deutschland bzw. für die Vorgeschichte und Gründungsphase einen Beitrag von Julius Dorneich[52] heranziehen.

Einen guten Überblick über die badische Geschichte zwischen 1860 und 1918 geben Hans Fenske[53] im "Handbuch der baden-württembergischen Geschichte" und die Beiträge im Sammelband "Badische Geschichte"[54]. Umfassend ist bereits der Kulturkampf, das zentrale innenpolitische Thema Badens während des Kaiserreichs, erörtert worden. Während Josef Becker[55] in seiner Habilitationsschrift die Entstehung und den Höhepunkt des Konflikts zwischen 1860 und 1876 darstellt, behandelt Manfred Stadelhofer[56] daran anknüpfend den langwierigen Prozeß der Entschärfung der Spannungen von 1878 bis 1918. Auch die heftigen

---

[51] Karl BACHEM, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815-1914, Bd. 2: Die Zeit von 1848 bis 1870, Bd. 4: Der Abbau des Kulturkampfes 1880-1887, Bd. 8: Das Zentrum in den süddeutschen Staaten 1887-1914. Das Zentrum in und nach dem Weltkriege 1914-1930, Köln 1928-1931.

[52] Julius DORNEICH, Die Entstehung der badischen "Katholischen Volkspartei" zwischen 1865 und 1869 im Tagebuch von Baurat Dr. Karl Bader, in: FDA 84 (1964), S. 272-399.

[53] Hans FENSKE, Baden 1860 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 133-233.

[54] Bernd OTTNAD, Politische Geschichte von 1850 bis 1918, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 65-85; Josef BECKER, Der badische Kulturkampf und die Problematik des Liberalismus, in: EBD., S. 86-102; Hugo OTT, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in: EBD., S. 103-142.

[55] Josef BECKER, Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876, Habil. Erlangen-Nürnberg 1968/69, Mainz 1973. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Rh. B, Bd. 14)

[56] Manfred STADELHOFER, Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung im Großherzogtum Baden 1878-1918, Diss. Freiburg 1964, Mainz 1968. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Rh. B, Bd. 3)

Auseinandersetzungen um eine Wahlrechtsreform wurden bereits von Renate Ehrismann[57] untersucht. Einen bedeutenden Beitrag zur Wahlforschung leistet die Dissertation über die badischen Reichstagswahlen von Fred Ludwig Sepaintner.[58] Außerdem hat Frank Engehausen[59] die wichtige Forschungsaufgabe übernommen, eine Gesamtdarstellung des badischen Parlamentarismus während des Kaiserreichs zu erarbeiten.

3. Quellenbasis

Ein Grundproblem dieser Arbeit besteht darin, daß für den Untersuchungszeitraum keine Parteiakten überliefert sind.[60] Das umfangreiche Archiv der Nationalliberalen umfaßt nämlich nur den Zeitraum von 1903 bis 1920, und ältere Parteiunterlagen sind kaum in das Archiv eingegangen. Somit stellt sich bei dieser Studie - im Unterschied zu Jürgen Thiels Dissertation über die Nationalliberale Partei von 1905 bis 1914 - das Problem, die parteiinternen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse zum größten Teil nicht mehr nachvollziehen und nur sehr begrenzte Aussagen über die Parteistruktur, den Organisationsstand und die Mitgliederzahl treffen zu können. Eine Ersatzfunktion für das fehlende Parteiarchiv erfüllen die Nachlässe nationalliberaler Politiker, wobei diejenigen von August Lamey, Ludwig Kirsner und Rudolf von Freydorf im Generallandesarchiv Karlsruhe sowie der von Johann Caspar Bluntschli in der Zentralbibliothek Zürich den größten Wert besitzen. Der Nachlaß Lameys enthält Schreiben von mehr als 300 Korrespondenzpartnern, Druckschriften und Flugblätter. Kirsner hat Briefe hinterlassen, die besonders für die Entstehungsphase der Nationalliberalen Partei aufschlußreich sind und außerdem die Wahlkämpfe bei den Reichstagswahlen 1871 und 1873 dokumentieren. Im Nachlaß von Freydorfs sind neben der Korrespondenz die Tagebücher und die umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten zu

---

57 EHRISMANN, Liberalismus.

58 SEPAINTNER, Reichstagswahlen.

59 Frank ENGEHAUSEN, Parlamentarismus in Baden 1871-1918, Habilitationsschrift, Universität Heidelberg, angekündigt in: Jahrbuch der historischen Forschung 1997, S. 383, Nr. 7161.

60 Die Quellenzitate werden im Folgenden in der Originalschreibweise wiedergegeben.

Themen der badischen und außerbadischen Politik[61] hervorzuheben. Wahrscheinlich eine der größten Briefsammlungen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, bestehend aus mehreren tausend Briefen von über 1000 Absendern, hat Bluntschli hinterlassen. Aufschlußreich sind auch seine Tagebücher und die Mappen über seine politische Tätigkeit. Diese vier Nachlässe besitzen für die Untersuchung eine zentrale Bedeutung, denn Lamey, Bluntschli und Kirsner zählten zur Führungsspitze der Nationalliberalen Partei und von Freydorf war langjähriger nationalliberaler Abgeordneter sowie badischer Außen- und Justizminister.

Allerdings muß auf zwei Einschränkungen hingewiesen werden: Erstens wurden die Informationen zum größten Teil mündlich ausgetauscht und sind somit nicht überliefert. So besprachen sich die Abgeordneten während der Landtagssessionen in Karlsruhe oder bei anderen Zusammenkünften, und außerdem waren viele der führenden Nationalliberalen in den politischen Zentren des Landes, vor allem in Mannheim, konzentriert und standen deshalb in häufigem persönlichem Kontakt. Zweitens ist die Überlieferungsdichte während des Untersuchungszeitraums sehr unterschiedlich, was zum einen mit den Todesdaten der vier Politiker zu erklären ist: Kirsner starb bereits 1876, Bluntschli 1881, von Freydorf 1882 und lediglich Lamey lebte bis 1896. Aus diesem Grund nimmt die Anzahl der Briefe seit dem Beginn der achtziger Jahre sprunghaft ab. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß auch im Nachlaß Lameys seit diesem Zeitpunkt die politisch relevante Korrespondenz zurückgeht, da er sich als Präsident der Zweiten Kammer zunehmend aus den politischen Auseinandersetzungen heraushielt. Auffällig ist außerdem, daß die Überlieferungsdichte während der Krisenzeiten beträchtlich zunahm, was besonders während der Offenburger Opposition 1868/69 und der innerparteilichen Konflikte im Jahr 1876 der Fall war, während in wenig ereignisreichen Zeiten die schriftlichen Kontakte stark zurückgingen. Diese Einschränkungen verdeutlichen, daß die Nachlässe keinen gleichwertigen Ersatz für ein Parteiarchiv darstellen.

Ergänzend wurden im Generallandesarchiv auch die Nachlässe der nationalliberalen Politiker Bernhard August Prestinari und Friedrich von Neubronn, des Ministerpräsidenten Julius Jolly und des Innenministers August Eisenlohr herangezogen. Darüber hinaus wurden von den anderen politischen Parteien die Hinterlassenschaften des Demokraten Oskar Muser und des Konservativen Otto Stockhorner von Starein benutzt.

---

[61] Da von Freydorf die Zeitungsausschnitte, die aus unterschiedlichsten badischen und außerbadischen Blättern stammen, in der Regel weder mit Datums- noch mit Herkunftsangabe versehen hat, wird in den meisten Fällen als Quellenbeleg nur der Nachlaß von Freydorfs genannt.

Zwar scheiterte der Versuch, den als vermißt geltenden Nachlaß des langjährigen nationalliberalen Parteiführers Friedrich Kiefer zu beschaffen, doch konnte die ungelöste Frage nach dessen Verbleib geklärt werden. In der 1926 erschienenen und von Paul Wentzcke bearbeiteten Briefsammlung "Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks" wird eine Hinterlassenschaft Kiefers im Generallandesarchiv Karlsruhe genannt,[62] aus der vier Briefe aus den Jahren 1878 bis 1883 abgedruckt sind,[63] doch ist der Verbleib des Nachlasses seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts unklar.[64] Die Nachforschungen konzentrierten sich auf die internen Akten des Generallandesarchivs über die Einlieferung und Benutzung von Archivalien. In diesem Bestand wurden eine Aktennotiz des Generallandesarchivs und zwei Briefe von Kiefers Ehefrau, Marie, entdeckt, die zusammen belegen, daß ein Nachlaß Friedrich Kiefers gar nicht existierte.[65] Bei den abgedruckten Briefen handelt es sich wahrscheinlich um Einzelstücke, die Marie Kiefer von ehemaligen Freunden und Bekannten ihres Mannes für Wentzckes Quellensammlung zur Verfügung gestellt bekam.[66]

---

[62] Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 2: Im Neuen Reich 1871-1890, ausgewählt u. bearb. v. Paul WENTZCKE, Bonn/Leipzig 1926, S. 471.

[63] Die Briefe befinden sich auf den Seiten 191f. (Nr. 229), 204-206 (Nr. 238), 245f. (Nr. 285) und 397-399 (Nr. 451).

[64] Lothar GALL (Sozialistengesetz und innenpolitischer Umschwung. Baden und die Krise des Jahres 1878. (Mit einem Anhang: Die badische Sozialdemokratie im Jahre 1878), in: ZGO 111 (1963), S. 473-577, hier S. 520, Anm. 118) stellt fest, daß ein Nachlaß Kiefers im Generallandesarchiv nicht existiere und die Provenienz der Briefe unklar sei; Wolfgang A. MOMMSEN ((Bearb.), Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), Bd. 1, Teil 1: Einleitung und Verzeichnis, Boppard 1971, S. 265, Nr. 1973. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 17)) kommt zu dem Ergebnis, der Nachlaß wäre bereits vor 1919 verlorengegangen, und auch WOLF (S. 159, Anm. 151) weist in seiner Untersuchung aus dem Jahr 1990 erneut auf den ungeklärten Verbleib des Nachlasses hin.

[65] In der Aktennotiz des Generallandesarchivs vom 4. Juni 1919 (GLA 450/16221) wird festgestellt, daß man den Nachlaß Friedrich Kiefers nicht besitze. Außerdem erklärte Marie Kiefer in einem Brief an das Generallandesarchiv vom 24. September 1918 (GLA 450/1243): *"Politischer Nachlaß m. Mannes ist nicht vorhanden";* in einem zweiten Schreiben vom 7. Januar 1919 (GLA 450/1243) betonte sie wiederum, daß sie *"keinerlei Aufzeichnungen meines Mannes gefunden habe die politischen Inhalts wären".*

[66] Für diese Deutung spricht Marie Kiefers Brief vom 7. Januar 1919, in dem sie darauf hinweist, daß sie bemüht sei, für Wentzcke von Zeitgenossen und ehemaligen Parteifreunden ihres Mannes politische Briefe zu beschaffen und bereits einige Schreiben erhalten habe.

Eine Ergänzung stellten die staatlichen Akten im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg dar, allerdings besitzen sie eine erheblich geringere Bedeutung als die Nachlässe. Bei den staatlichen Beständen ergab sich das Problem, auf das bereits Wolf hingewiesen hatte,[67] daß wegen des Fehlens geschlossener Quellenkomplexe eine zeitraubende Suche in den umfangreichen Beständen der Ministerien, der Landeskommissäre und der Bezirksämter erforderlich war. Erschwerend kam hinzu, daß die staatlichen Stellen die Aktivitäten der "Regierungspartei" nicht überwachten und nur dann Bericht erstatteten, wenn besondere Anlässe vorlagen. In dem für die Parteien verantwortlichen Innenministerium, dessen Bestände große Lücken aufweisen, waren die Akten über die Landtags- und Reichstagswahlen am ergiebigsten. Beispielsweise zu den Wahlen und zur Einflußnahme der Bürokratie zugunsten der Nationalliberalen waren die Archivalien aufschlußreich, doch müssen die Quellenfunde - gemessen am Zeitaufwand - insgesamt als mäßig eingestuft werden. Das gleiche gilt für die ebenfalls herangezogenen Bestände der anderen Ministerien, des Haus- und Staatsarchivs, des Geheimen Kabinetts, des Landtags, der Landeskommissäre und der Bezirksämter.

Die Nachforschungen auf lokaler Ebene führten nur zu vereinzelten Ergebnissen. Als wichtigster Fund sind die Unterlagen des Nationalliberalen Vereins Mannheim hervorzuheben, die vermutlich zusammen mit dem Nachlaß des Mannheimer Nationalliberalen Ernst Bassermann in das Reichsarchiv abgegeben wurden und sich heute im Bundesarchiv Berlin befinden. Dieser Bestand dokumentiert das erste Jahrzehnt des nationalliberalen Vereins in Mannheim und gewährt aufschlußreiche Einblicke besonders in die Gründungsphase. Die Bemühungen, in den damals fünfzehn größten badischen Städten Unterlagen weiterer nationalliberaler Vereine zu ermitteln, führte nur zu einem äußerst bescheidenen Erfolg.[68] Ebenso ergaben die Besuche der Stadtarchive in Mannheim, dem politischen Zentrum des Landes, in der badischen Hauptstadt Karlsruhe und in Offenburg, dem langjährigen Sitz der Nationalliberalen Partei, nur wenige Funde.

Neben den umfangreichen Archivbeständen basiert die vorliegende Untersuchung in großem Maße auf Zeitungen. Der Schwerpunkt wurde auf die in Karlsruhe erscheinende "Badische Landeszeitung" gelegt, die das führende nationalliberale Blatt in Baden war und auch deshalb für die vorliegende Arbeit

---

[67] WOLF, S. 3.

[68] Anfragen wurden an die Stadtarchive in Mannheim, Karlsruhe (enthält auch die Bestände Durlachs), Freiburg, Pforzheim, Heidelberg, Konstanz, Baden-Baden, Offenburg, Bruchsal, Rastatt, Lahr, Lörrach, Weinheim und Villingen gerichtet.

eine besondere Bedeutung besitzt, weil sie regelmäßig Artikel der lithographischen "Badischen Correspondenz", des offiziellen Organs der Nationalliberalen Partei Badens, aufnahm. Außerdem vermittelte die "Landeszeitung" durch ein weitverzweigtes Netz von Korrespondenten und durch den Wiederabdruck von Artikeln aus anderen liberalen Zeitungen ein zuverlässiges Bild von der Stimmung innerhalb des liberalen Lagers. Ergänzend wurden die in Freiburg erscheinenden, liberalen Blätter "Breisgauer Zeitung" und "Freiburger Zeitung" herangezogen.

Um das Spannungsverhältnis zwischen dem liberalen und dem katholischen Lager herauszuarbeiten, war es erforderlich, auch das maßgebliche Sprachrohr des politischen Katholizismus, den in Karlsruhe erscheinenden "Badischen Beobachter", auszuwerten. Das Blatt ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil es regelmäßig Stellungnahmen aus demokratischen und konservativen Zeitungen sowie kritische Stimmen aus dem liberalen Lager wiedergab. Zur Erfassung des Regierungsstandpunktes wurde die offiziöse und liberale "Karlsruher Zeitung" benutzt, die auch die ausführlichen Protokolle der Verhandlungen der Zweiten Kammer enthält. Zusätzlich diente eine Anzahl badischer und außerbadischer Blätter, die in den Archivbeständen überliefert sind und unterschiedliche politische Positionen abdecken, zur Vervollständigung des Bildes. Insgesamt leistete die Presse einen wesentlichen Beitrag zu dieser Arbeit, denn sie lieferte viele Informationen, die weder in den Archivbeständen noch in den Quellenpublikationen oder der Literatur überliefert sind.

Von den gedruckten Quellen waren besonders die Protokolle der Verhandlungen der Ersten und der Zweiten Kammer des badischen Landtags wichtig. Außerdem wurden zahlreiche weitere Druckschriften, wie Memoiren, Streitschriften und Quellensammlungen, berücksichtigt. Trotz der aufgezählten Einschränkungen kann man zusammenfassend feststellen, daß die ungedruckten und gedruckten Quellen eine solide Basis für eine umfassende und differenzierte Darstellung der Nationalliberalen Partei Badens während der Jahre 1869 bis 1893 bilden.

Kapitel 1: Der badische Liberalismus während der "Neuen Ära" 1860-1866

1. Wende: Der Liberalismus als "regierende Partei"

Mit Recht wird das Großherzogtum Baden während des Vormärz als ein Zentrum des deutschen Liberalismus bezeichnet und die Vorbildfunktion des südwestdeutschen politischen Lebens für das übrige Deutschland hervorgehoben.[69] Als einer der ersten deutschen Staaten erhielt Baden im Jahr 1818 eine Verfassung, welche die fortschrittlichste in Deutschland war.[70] Die Zweite Kammer des Landtags avancierte zu einer Plattform für die Forderungen des deutschen Liberalismus und erfüllte damit eine Ersatzfunktion für das fehlende deutsche Parlament.[71] Eine besondere Bedeutung erlangte das von den beiden führenden badischen Liberalen, Carl von Rotteck[72] und Carl Theodor Welcker[73], herausgegebene "Staatslexikon",

---

69 Siehe Dieter LANGEWIESCHE, Liberale Traditionen im deutschen Südwesten, in: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Tl. 2, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 27-42, hier S. 33f. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 18); FENSKE, Südwesten, S. 11-13.

70 Zur badischen Verfassung vgl. Hans FENSKE, 175 Jahre badische Verfassung, hrsg. v. der Stadt Karlsruhe - Stadtarchiv, Karlsruhe 1993, S. 10-28.

71 Zur Zweiten Kammer vgl. Hans-Peter BECHT, Die badische zweite Kammer und ihre Mitglieder, 1819 bis 1841/42. Untersuchungen zu Struktur und Funktionsweise eines frühen deutschen Parlamentes, Diss. Masch. Mannheim 1985; Manfred HÖRNER, Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819-1847), Diss. München 1983/84, Göttingen 1987. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 29).

72 Carl Wenzeslaus Rodecker von Rotteck (1775-1840):
Historiker und liberaler Politiker, Führer der Opposition während der 1830er Jahre, zunächst Professor für Geschichte, dann für Staatswissenschaften und Naturrecht in Freiburg, 1819-23 MdIK und 1831-39 MdIIK. Vgl. Hermann KOPF, Karl von Rotteck - Zwischen Revolution und Restauration, Freiburg 1980; Horst EHMKE, Karl von Rotteck, der "politische Professor", Karlsruhe 1964. (Freiburger rechts- und staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 3); Bad. Biogr. 2, S. 211-217.

73 Carl Theodor Welcker (1790-1869):
Rechtslehrer und liberaler Politiker, seit 1822 Professor für Staatsrecht in Freiburg, 1831-50 MdIIK, 1848/49 MdN. Vgl.: Heinz MÜLLER-DIETZ, Das Leben des Rechtslehrers und Politikers Karl Theodor Welcker, Freiburg 1968. (Beiträge zur Freiburger Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, H. 34); Karl WILD, Karl Theodor Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus, Heidelberg 1913; Bad. Biogr. 2, S. 440-448.

das als die *"Bibel des deutschen Liberalismus"*[74] gilt. Auch während der Revolution von 1848/49 gingen wichtige Impulse von Südwestdeutschland aus, und badische Politiker hatten in der Frankfurter Nationalversammlung eine einflußreiche Stellung.

Die liberale Vorreiterrolle Badens dürfte mit einer Vielzahl von Gründen zu erklären sein:[75] Die territoriale Zersplitterung Südwestdeutschlands bis zur Neuordnung am Anfang des 19. Jahrhunderts hatte zur Folge, daß die Herrscher weniger rigoros durchgriffen, da die Bevölkerung leicht auf Nachbarterritorien ausweichen konnte. Dies führte zu einer größeren inneren und äußeren Unabhängigkeit der Bewohner als in den meisten Teilen des Reiches und damit zu günstigen Voraussetzungen für die Ausbreitung liberalen Gedankengutes. Hinzu kam die Grenzlage im Dreiländereck, welche die Bevölkerung früh mit den freiheitlichen Ideen in Frankreich und der Schweiz in Berührung brachte. Wahrscheinlich spielten auch die zahlreichen internationalen Verkehrswege eine Rolle, die durch das Großherzogtum verliefen. Ferner kamen das vergleichsweise hohe Bildungsniveau und die beiden Universitäten, Heidelberg und Freiburg, die als Kristallisationspunkte für liberales Gedankengut fungierten, dem Vordringen fortschrittlicher Ideen zugute, und der relativ hohe Verstädterungsgrad wirkte sich fördernd aus, denn die liberalen Leitbilder sprachen die städtische Bevölkerung an. Als ausschlaggebender Faktor für die Sonderstellung Badens kam hinzu, daß die Zweite Kammer den badischen Liberalen gute Wirkungsmöglichkeiten bot, die viele ihrer Gesinnungsgenossen - besonders in den beiden Großstaaten Österreich und Preußen - nicht besaßen. Aus diesem Grund konnte sich der badische Landtag zu einer Tribüne für den deutschen Liberalismus entwickeln.

Im Vormärz vertrat der überwiegende Teil der badischen Abgeordneten eine liberale Grundhaltung, jedoch zerfiel diese Mehrheit in zwei Gruppen.[76] Die

---

74 LANGEWIESCHE, Traditionen, S. 34.

75 Siehe dazu FENSKE, Südwesten, S. 15-17; LANGEWIESCHE, Traditionen, S. 34-36; Paul ROTHMUND, Die Anfänge des Liberalismus in Baden, in: ders./Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 30-58, hier S. 31. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4).

76 Zum badischen Liberalismus im Vormärz vgl. Christoph HAUSER, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 87); Paul NOLTE, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition - Radikalismus - Republik, Göttingen 1994. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 102); DERS., Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der

pragmatischen Liberalen verzichteten auf die Weiterentwicklung der Verfassung und beschränkten sich darauf, im Zusammenwirken mit der Regierung konkrete Verbesserungen zu erreichen, wohingegen die "Bewegungspartei" auf weitreichende Fortschritte in der Verfassungs- und Nationalpolitik drängte. Während diese entschiedenen Liberalen in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Minderheit blieben, wuchs ihre Anhängerschaft seit Anfang der vierziger Jahre und umfaßte 1846 die Mehrheit der Abgeordneten. Zu ihren profiliertesten Vertretern zählten während des Vormärz Ludwig von Liebenstein, Johann Adam von Itzstein, Johann Georg Duttlinger, Carl von Rotteck, Carl Theodor Welcker, Friedrich Daniel Bassermann und Karl Mathy.[77] Bereits in der ersten

---

liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S. 57-93; Loyd E. LEE, The Politics of Harmony. Civil Service, Liberalism, and Social Reform in Baden, 1800-1850, Newark 1980; Eberhard NAUJOKS, Der badische Liberalismus im Vormärz im Kampf für Pressefreiheit und gegen Zensur (1832/47), in: ZGO 131 (1983), S. 347-381; Norbert August DEUCHERT, Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832-1848/49, Diss. Tübingen 1982, Stuttgart 1983. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 5); Hildegard MÜLLER, Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840-1848, Diss. Tübingen 1984, Heidelberg 1986; Ernst DREHER, Anfänge der Bildung politischer Parteien in Baden, Diss. Masch. Freiburg 1952; GALL, Liberalismus, S. 23-57; DERS., Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 11-36, hier S. 29-34; FENSKE, Südwesten, S. 44-65; ROTHMUND, Anfänge, S. 30-52; Emil IMM, Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden während der Jahre 1830-1835, Diss. Heidelberg, Freiburg 1909; Karl RUCKSTUHL, Der badische Liberalismus und die Verfassungskämpfe 1841/43, Diss. Freiburg 1911, Berlin/Leipzig 1911; Gustav HEBEISEN, Die radikale und die konstitutionelle Partei in Baden am Vorabend des Frühjahrsaufstandes von 1848, Diss. Freiburg, Freiburg 1909.
Zum Forschungsstand siehe Hans FENSKE, Liberale Traditionen im Südwesten, in: 150 Jahre Deutsche Revolution. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993, bearb. v. Hans-Joachim Fliedner, Michael Friedmann, Wolfgang M. Gall, Offenburg 1994, S. 55-62.

77 Ludwig August Friedrich Freiherr von Liebenstein (1781-1824):
Oberhofgerichtsrat und liberaler Politiker, 1819-23 MdIIK und 1822/23 Vizepräsident der II. Kammer. Vgl.: Franz SCHNABEL, Ludwig von Liebenstein. Ein Geschichtsbild aus den Anfängen des süddeutschen Verfassungslebens, Karlsruhe 1927. (Heimatblätter "Vom Bodensee zum Main", Nr. 32); Bad. Biogr. 2, S. 23-28; ADB 18, S. 564f.

Johann Adam von Itzstein (1775-1855):
Richter und liberaler Politiker, 1822 aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst ausgeschieden, 1822/23 und 1831-47 MdIIK, 1848 Vizepräsident des Vorparlaments und 1848/49 MdN. Vgl.: Josef ROSSKOPF, Johann Adam von Itzstein. Ein Beitrag zur Geschichte des badischen Liberalismus, Diss. Masch. Mainz 1954; NDB 10, S. 206; Bad. Biogr. 1, S. 430-434.

Johann Georg Duttlinger (1788-1841):
Jurist und liberaler Politiker, seit 1818 Professor in Freiburg, 1819-41 MdIIK, 1822 Vizepräsident und 1841 Präsident der II. Kammer. Vgl.: Engelbert STROBEL, Johann Ge-

Sitzungsperiode des badischen Landtags im Frühjahr 1819 formulierten die entschiedenen Liberalen um Liebenstein den Katalog an Forderungen, den sie in den folgenden Jahrzehnten beharrlich wiederholten: Geschworenengerichte, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren, Trennung von Justiz und Verwaltung, Beseitigung der standes- und grundherrlichen Rechte, Handelsfreiheit, Selbstverwaltung der Gemeinden und Pressefreiheit. Ihre Hauptanliegen waren die Herbeiführung entschieden konstitutioneller Verhältnisse und die Einigung Deutschlands. Bereits in den zwanziger Jahren setzte im badischen Landtag die Fraktionsbildung ein, und seit 1831 sind liberale Fraktionssitzungen belegt.[78]

Als im Dezember 1846 der Liberale Johann Baptist Bekk[79] zum Innenminister berufen wurde, vollzog sich eine tiefgehende Spaltung der Kammeropposition in eine radikale Gruppe, die der Regierung keine Zugeständnisse machen wollte, und in eine liberale Mehrheit, die sich zur Unterstützung der Regierung bereiterklärte. Die getrennten Versammlungen der Radikalen im September 1847 in Offenburg und der Gemäßigten im Oktober in Heppenheim machten deutlich, daß sich die beiden Lager nicht nur in ihrem Vorgehen, sondern auch bereits in ihren Zielsetzungen voneinander unterschieden.

Die Revolution von 1848/49, die aus Baden wichtige Impulse erhielt, erschütterte das Großherzogtum stärker als die meisten anderen deutschen Staaten.[80] Die

---

org Duttlinger. Scharfsinniger Freiburger Jurist und redegewandter Landtagsabgeordneter, in: Badische Heimat 60 (1980), S. 295-298; Bad. Biogr. 1, S. 204-207; ADB 5, S. 498f.

Friedrich Daniel Bassermann (1811-1855):
Verleger, Buchhändler und liberaler Politiker, eine der Führungspersönlichkeiten der gemäßigten Opposition, 1841-50 MdIIK, 1848/49 MdN und Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Vgl.: Lothar GALL, Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989, S. 230ff.; NDB 1, S. 624f.; Bad. Biogr. 1, S. 37-45.

Karl Friedrich Wilhelm Mathy (1807-1868):
Publizist, Bankdirektor und liberaler Politiker, 1842-52 und 1862-68 MdIIK, 1848 Mitglied des Vorparlaments und 1848/49 MdN, 1864-66 Handelsminister, 1866-68 Ministerpräsident sowie Handels- und Finanzminister. Vgl.: Gustav FREYTAG, Karl Mathy. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1870; NDB 16, S. 380f.; Bad. Biogr. 2, S. 45-69.

[78] Dazu Helmut KRAMER, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819-1849, Berlin 1968, S. 40-59. (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 7).

[79] Johann Baptist Bekk (1797-1855):
Jurist und liberaler Politiker, Mitglied der gemäßigten Opposition, 1831-45 und 1850/51 MdIIK, 1841-46 und 1850/51 Präsident der II. Kammer, 1846-49 Innenminister, 1850 Mitglied des Erfurter Parlaments. Vgl.: NDB 2, S. 24; Bad. Biogr. 1, S. 61-69.

[80] Zur Revolution von 1848/49 in Baden vgl. besonders die Neuerscheinungen zum 150. Jahrestag: Irmtraud GÖTZ VON OLENHUSEN, 1848/49 in Baden. Traum und Trauma der Französischen Revolution, in: Dies. (Hrsg.), 1848/49 in Europa und der Mythos der Französischen Revolution, Göttingen 1998, S. 81-113; Wolfgang VON HIPPEL, Revo-

Liberalen waren *"Revolutionäre wider Willen"*[81], die zwar einerseits die günstige Lage für die Durchsetzung ihrer Forderungen nutzen wollten, andererseits aber befürchteten, die revolutionäre Bewegung könne außer Kontrolle geraten. Einen weit stärkeren Zuspruch als die Liberalen fanden in Baden die Radikalen, was auch an ihrem eindeutigen Sieg bei der badischen Wahl zur Nationalversammlung deutlich wird. Die gewaltsame Niederschlagung der badischen Mairevolution des Jahres 1849, die Besetzung des Landes durch preußische Truppen und die folgenden Dienststrafverfahren und Hochverratsprozesse bedeuteten für die Liberalen, besonders aber für die Demokraten, eine tiefe Zäsur.

Während der äußerlich ruhigen Reaktionsperiode der fünfziger Jahre entwickelten sich die badischen Liberalen zu einer gefestigten politischen Kraft und legten entscheidende Grundlagen für ihre dominierende Stellung in den folgenden Jahrzehnten.[82] Einschneidend waren die Veränderungen auf der Führungsebene: Fast die gesamte Leitung der Liberalen - Bassermann, Bekk, von Itzstein, Welcker und Carl Mittermaier[83] - trat zurück und kandidierte auch nicht mehr für den Landtag; Ausnahmen bildeten nur Mathy und außerdem Ludwig Häusser[84], der in den folgenden

---

lution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart/Berlin/Köln 1998. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 26); Alfred Georg FREI/Kurt HOCHSTUHL, Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997; außerdem FENSKE, Baden 1830-1860, S. 107-119; DERS., Südwesten, S. 87-109; Willy REAL, Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983; Franz X. VOLLMER, Die 48er Revolution in Baden, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 37-64.

81 FENSKE, Südwesten, S. 90.

82 Vgl. zum Folgenden GALL, Liberalismus, S. 49-80 und LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 76-78.

83 Carl Joseph Anton Mittermaier (1787-1867):
einer der international bekanntesten deutschen Juristen des 19. Jahrhunderts und liberaler Politiker, seit 1821 Professor in Heidelberg, 1831-40 und 1846-49 MdIIK, 1833-40 Präsident der II. Kammer, 1848 Präsident des Vorparlaments, 1848/49 MdN. Vgl.: Götz LANDWEHR, Karl Joseph Anton Mittermaier (1787-1867). Ein Professorenleben in Heidelberg, in: Heidelberger Jahrbücher 12 (1968), S. 29-55; NDB 17, S. 584f.; Bad. Biogr. 2, S. 80-87.

84 Ludwig Häusser (1818-1867):
Historiker, Publizist und liberaler Politiker, von Anfang der 1850er bis Mitte der 1860er Jahre der Führer der badischen Liberalen, entschiedener Vertreter eines kleindeutschen Nationalstaates, seit 1845 Professor für Geschichte in Heidelberg, 1848-50 und 1860-64 MdIIK, 1848 Mitglied des Vorparlaments und 1850 des Erfurter Parlaments. Vgl.: Anneliese KALTENBACH, Ludwig Haeusser. Historien et patriote (1818-1867). Contribution à l'étude de l'histoire politique et culturelle franco-allemande au XIXe siècle, Paris 1965. (Travaux et mémoires des instituts français en Allemagne, tome IX); Lothar

Jahren die Führung der Liberalen übernahm. Der Rückzug fast der gesamten Spitze ist nicht nur damit zu erklären, daß sie durch die Revolutionsereignisse belastet war, sondern war auch eine Folge des natürlichen Generationenwechsels. Es rückte eine Gruppe junger Liberaler nach, zu denen August Lamey, Ludwig Kirsner, Karl Friderich, Bernhard Prestinari und Ludwig Paravicini zählten und die während der nächsten Jahrzehnte die Leitung übernahmen.[85] Für die weitere Entwicklung war der Führungswechsel insofern bedeutsam, als die neuen Wortführer - trotz ihrer festen Grundüberzeugungen - flexibel und kompromißbereit waren und durch praktische politische Mitarbeit maßgeblichen Einfluß erwerben konnten.

An Stabilität gewann der badische Liberalismus auch dadurch, daß sich eine geschlossene, über das gesamte Land verteilte liberale Führungsschicht herausbildete, die durch vielfältige persönliche und berufliche Kontakte eng miteinander verbunden war. Häufig gingen die Beziehungen auf die gemeinsame Studienzeit an einer der beiden Landesuniversitäten zurück, und in vielen Fällen spielten dabei die

---

GALL, Ludwig Häusser als Historiker und Politiker des kleindeutschen Liberalismus, in: Ruperto-Carola 41 (1967), S. 82-90; NDB 7, S. 456-459; Bad. Biogr. 1, S. 340-347.

[85] August Franz Friedrich Lamey (1816-1896):
Jurist und nationalliberaler Politiker, der populärste Repräsentant des badischen Liberalismus, seit Anfang der 1850er Jahre bedeutende Führungspersönlichkeit der Liberalen, hielt sich seit 1876 wegen seiner Stellung als Präsident der II. Kammer zunehmend aus den politischen Auseinandersetzungen heraus, Vertreter des gemäßigten Parteiflügels, 1856-60 Professor in Freiburg, 1860-66 Innenminister, 1848-52, 1859-71 und 1875-93 MdIIK, 1876-92 Präsident der II. Kammer, 1871-73 MdR. Vgl.: Lily BLUM, Staatsminister August Lamey. Ein badischer Politiker der Reichsgründungszeit, Heidelberg 1934. (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Bd. 63); F[erdinand] LEWALD, August Lamey, Heidelberg 1904; NDB 13, S. 446.

Ludwig Kirsner (1810-1876):
Apotheker und nationalliberaler Politiker, Mitglied der Führungsspitze der NLP und einer der führenden Vertreter des gemäßigten Flügels, als Vorsitzender der Budgetkommission erhebliches Gewicht in der II. Kammer, Vertreter des gemäßigten Flügels, 1850-76 MdIIK, 1861-70 1. bzw. 2. Vizepräsident und 1871-76 Präsident der II. Kammer, 1868-70 MdZ und 1871-73 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 3, S. 64-66.

Karl Friderich (1816-1894):
Gastwirt, Bürgermeister und nationalliberaler Politiker, Mitglied der Führungsspitze der NLP und einer der führenden Vertreter des gemäßigten Flügels, wegen seiner mehr als vierzigjährigen Zugehörigkeit zur II. Kammer und der langjährigen Leitung der Budgetkommission einflußreiche parlamentarische Stellung, 1872-84 Bürgermeister von Durlach, 1850-93 MdIIK und 1877-92 1. bzw. 2. Vizepräsident der II. Kammer, 1874-78 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 909.

Bernhard August Prestinari (1811-1893):
Verwaltungsjurist und liberaler Politiker, seit 1852 Direktor des katholischen Oberkirchenrates, 1848-67 MdIIK. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 599-640.

Ludwig Paravicini (1811-1878):
Posthalter, Bürgermeister und nationalliberaler Politiker, 1851-78 MdIIK und 1871-73 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 3, S. 122-125.

Korps und Burschenschaften eine wichtige Rolle. Auch der enge Kontakt zwischen den beiden liberalen Hauptgruppen, den Verwaltungsbeamten und Juristen, der in einem überschaubaren Land wie Baden bestand, trug zur Entstehung einer Führungsschicht bei. Außerdem hatten die Revolutionserfahrungen zu einer Stärkung des liberalen Gemeinschaftsbewußtsein geführt.

Dem Liberalismus kam zusätzlich die dauerhafte Schwächung der Demokraten nach dem Scheitern der Revolution zugute. Durch den Verlust ihrer Führer und die Auswanderung oder "innere Emigration" zahlreicher politisch enttäuschter Anhänger büßte die demokratische Bewegung nicht nur ihre Hauptstützen ein, sondern sie verlor durch ihre Diskreditierung nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1849 auch ihren Rückhalt in der Bevölkerung. Viele ihrer Sympathisanten wandten sich in der Folgezeit dauerhaft dem gemäßigten Liberalismus zu. So ist die Beobachtung des liberalen Staatsrechtslehrers Johann Caspar Bluntschli[86] über die Langzeitfolgen des mißglückten Umsturzes zutreffend: *"Die radikale Ausartung der Revolution hat die Mittelklassen vorsichtiger und besonnener gemacht. Wir werden ohne Gefahr daher in liberaler Richtung vorwärts gehen können."*[87]

Eine wichtige Weichenstellung der fünfziger Jahre war die Revision des politischen Konzeptes, welche die badischen und deutschen Liberalen nach den Revolutionserfahrungen vornahmen.[88] Ein maßgebender Denkanstoß ging von Robert von Mohl[89] aus, der in seiner 1852 erschienenen Schrift "Das Repräsentativsystem,

---

[86] Johann Caspar Bluntschli (1808-1881):
aus Zürich stammender Staatsrechtslehrer und nationalliberaler Politiker, internationale Anerkennung durch die Herausgabe des elfbändigen "Staatswörterbuches" und durch die "Lehre vom modernen Staat", Mitglied der Führungsspitze der NLP und Wortführer der Liberalen in der I. Kammer, seit 1861 Professor für Staatswissenschaften in Heidelberg, 1861-71 und 1879-81 MdIK, 1868-70 MdZ, 1873-77 MdIIK, 1873-76 Fraktionsvorsitzender und 1. Vizepräsident der II. Kammer. Vgl.: Hans HEROLD, J. C. Bluntschli, in: Große Schweizer. Hundertzehn Bildnisse zur eidgenössischen Geschichte und Kultur, unter Mitarbeit v. Gerold Ermatinger u. Ernst Winkler hrsg. v. Martin Hürlimann, Zürich 1938, S. 581-584; J[ohann] C[aspar] BLUNTSCHLI, Denkwürdiges aus meinem Leben, auf Veranlassung der Familie durchgesehen u. veröffentlicht v. Rudolf Seyerlen, 3. Teil: Die deutsche Periode, 2. Hälfte: Heidelberg 1861-1881, Nördlingen 1884; NDB 2, S. 337f.; Bad. Biogr. 4, S. 35-52.

[87] Privatbrief Bluntschlis, 4. November 1861, ZBZ FA Bluntschli 26.

[88] Dazu GALL, Liberalismus, S. 49-56.

[89] Robert von Mohl (1799-1875):
Staatsgelehrter und liberaler Politiker, genoß als Gelehrter hohes Ansehen und hatte erheblichen Einfluß auf das liberale Denken im 19. Jahrhundert, 1847-61 Professor für Staatswissenschaften in Heidelberg, 1848/49 MdN und Reichsjustizminister, 1861-66 badischer Gesandter am Bundestag und 1867-71 in München, 1857-73 MdIK und 1867-

seine Mängel und die Heilmittel"[90] das vormärzliche liberale Dogma kritisierte, daß ein prinzipielles Zusammengehen zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit mit dem konstitutionellen System unvereinbar sei und die Liberalen deshalb als permanente Opposition gegen die Regierung auftreten müßten. Denn wenn sich die Mehrheit grundsätzlich weigere, die Regierung zu unterstützen, so argumentierte der Staatsgelehrte, werde das Ministerium gezwungen, zu unkonstitutionellen Methoden zu greifen. Von Mohl sah deshalb nur die Alternative zwischen einem System der Korruption und einer parlamentarischen Regierungsform, bei welcher der Staat *"nach dem Programm der in der Mehrheit befindlichen politischen Partei geführt werde(n)"*[91]. Der Parlamentarismus werde die Liberalen lehren, politisch zu denken und zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen zu unterscheiden.

Von Mohl drückte eine Stimmung aus, die sich in den fünfziger Jahren allgemein unter den deutschen Liberalen verbreitete und die mit dem Begriff "Realpolitik"[92] charakterisiert wurde. Die Revolutionserfahrungen hatten zu der Erkenntnis geführt, daß sich die liberalen Ziele nicht automatisch durchsetzten, sondern nur mit einer realistischen, an den Verhältnissen orientierten Politik verwirklicht werden könnten. Die Abkehr von den politischen Utopien des Vormärz und die Hinwendung zu konkreter politischer Tagesarbeit stellte eine Grundvoraussetzung für die Übernahme von Regierungsverantwortung dar. Am Ende der fünfziger Jahre präsentierte sich der badische Liberalismus mit einer neuen Führungsspitze, gestärktem Zusammengehörigkeitsgefühl, gewachsenem Selbstvertrauen und einem neuen politischen Konzept, das eine Zusammenarbeit mit der Regierung als Option vorsah.

Eine grundlegende Wende in der badischen Politik leitete Großherzog Friedrich I. im Frühjahr 1860 mit der Übertragung der Regierungsverantwortung an die Führer des badischen Liberalismus ein.[93] Die zentrale Voraussetzung für den Beginn dieser

---

73 Präsident der I. Kammer, 1874/75 MdR. Vgl.: Erich ANGERMANN, Robert von Mohl 1799-1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962. (Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 8); Robert von MOHL, Lebens-Erinnerungen 1799-1875, 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1902; NDB 17, S. 692-694; Bad. Biogr. 3, S. 85-109.

90 Wiederabdruck in: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik. Monographieen von Robert von Mohl, Bd. 1: Staatsrecht und Völkerrecht, Tübingen 1860, S. 367-458.

91 EBD., S. 404.

92 Der Terminus "Realpolitik" wurde von August Ludwig von Rochau geprägt, der Redakteur der "Deutschen Zeitung" und später nationalliberaler Abgeordneter war.

93 Zur "Neuen Ära" vgl. ausführlich GALL, Liberalismus, S. 81-375; BECKER, Liberaler Staat, S. 35-198; Hermann EINHAUS, Franz von Roggenbach. Ein badischer Staatsmann zwischen deutschen Whigs und liberaler Kamarilla, Diss. Freiburg 1988, Frank-

"Neuen Ära" war, daß Friedrich I.[94], der seit 1852 als Prinzregent und von 1856 an als Großherzog an der Spitze des Staates stand, mit dem gemäßigten Liberalismus sympathisierte. Als auslösendes Moment für den Umschwung erwiesen sich die Auseinandersetzungen zwischen Baden und der Kurie um eine Konvention. Die Revolution hatte zu einer Aktivierung der katholischen Kirche geführt, die sich aus der Abhängigkeit vom Staat befreien wollte, und so kam es in den Jahren 1853/54 zu heftigen Auseinandersetzungen, auf deren Höhepunkt eine gerichtliche Untersuchung gegen Erzbischof Hermann von Vicari[95] wegen Amtsmißbrauchs eingeleitet und dieser unter Hausarrest gestellt wurde.

Die im Jahre 1853 begonnenen Verhandlungen zwischen den badischen Vertretern und der Kurie führten im Sommer 1854 zu einer vorläufigen Vereinbarung, aber erst 1859 zum Abschluß einer Konvention. Da dieser Vertrag der katholischen Kirche ein großes Maß an Freiheit bei der Stellenbesetzung, der Theologenausbildung und der Vermögensverwaltung einräumte, stieß er auf heftigen Widerstand der Liberalen, die in Protestversammlungen und Petitionen Friedrich I. baten, die Konvention nicht auszuführen. Außerdem brachte die Zweite Kammer der konservativen Regierung Meysenbug[96] in dieser Frage eine schwere Niederlage bei, als sie im März 1860 mit 45 gegen 15 Stimmen die Bitte an Friedrich I. beschloß, die Übereinkunft mit der Kurie außer Kraft zu setzen und die

---

furt/Bern/New York/Paris 1991, S. 79-175. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 459); FÄRBER, S. 165-285; außerdem FENSKE, Baden 1860-1918, S. 134-154; DERS., Südwesten, S. 125-128; LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 79f. u. 85-88; OTTNAD, S. 68-75; BLUM, S. 54-103.

94 Großherzog Friedrich I. (1826-1907):
herausragende Persönlichkeit, welche die politische Entwicklung Badens für mehr als fünf Jahrzehnte in einem liberalen Sinne leitete und durch ihre reformfreudige und überparteiliche Haltung in allen Bevölkerungskreisen Anerkennung fand, Friedrich I. wirkte entschieden für die deutsche Einheit und nahm aktiv an der deutschen Innen- und Kulturpolitik teil, Studienaufenthalte 1843-45 in Heidelberg und 1847/48 in Bonn, während der er liberales Gedankengut vermittelt bekam, 1852-1907 Leitung der Regierungsgeschäfte. Vgl.: Walther Peter FUCHS, Studien zu Großherzog Friedrich I. von Baden, Stuttgart 1995. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. B, Bd. 100); Hermann ONCKEN, Großherzog Friedrich I. von Baden. Ein fürstlicher Nationalpolitiker im Zeitalter der Reichsgründung, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1926; Alfred DOVE, Großherzog Friedrich von Baden als Landesherr und deutscher Fürst, Heidelberg 1902; NDB 5, S. 490-492.

95 Hermann von Vicari (1773-1868):
Theologe und Erzbischof, 1830 Domdekan und 1832 Weihbischof, 1842-68 Erzbischof von Freiburg. Vgl.: Adolf RÖSCH, Hermann von Vicari im Dienste der Konstanzer und Freiburger Kurie, in: FDA 55 (1927), S. 295-361; Bad. Biogr. 2, S. 387-403; ADB 55, S. 641-659.

96 Wilhelm Freiherr Rivalier von Meysenbug (1813-1866):
Diplomat und konservativer Politiker, 1856-60 Minister des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen. Vgl.: Bad. Biogr. 2, S. 78-80; ADB 21, S. 660f.

Rechte der Kirche gesetzlich so regeln zu lassen, daß die Interessen des Staates angemessen berücksichtigt würden. Ohne Rücksprache mit dem Großherzog schickte daraufhin das Ministerium ein Zirkular an alle Amtsvorstände, in dem unterstrichen wurde, daß an der Konvention festgehalten werde. Dieser Schritt bedeutete eine Mißachtung des Votums der Zweiten Kammer und einen Affront gegen den Großherzog, denn es entstand der Eindruck, als billigte der Monarch dieses Vorgehen.

Bereits in den Wochen zuvor hatte Franz von Roggenbach[97], der als Berater Friedrichs I. fungierte, auf den Großherzog eingewirkt, bei einer Ablehnung der Konvention in der Zweiten Kammer eine neue Regierung zu berufen und einen grundlegenden Kurswechsel in die Wege zu leiten. Das Verhalten der Regierung Meysenbug gab für den Großherzog den Anstoß, Roggenbachs Vorschlag zu befolgen und dem liberal-konservativen Oppositionsführer in der Ersten Kammer, Anton Stabel[98], das Haus-, Außen- und Justizministerium und dem liberalen Führer in der Zweiten Kammer, August Lamey, das Innenministerium zu übertragen. Im Deutschland der 1860er Jahre bedeutete dieser Regierungswechsel eine Sensation: Der Landesherr hatte die in einer wichtigen Abstimmung unterlegenen Minister gegen die Führer der liberalen Mehrheit ausgewechselt und damit einen bedeutenden Schritt in Richtung eines parlamentarischen Regierungssystems vollzogen. Für den badischen Liberalismus stellte der Aufstieg zur "regierenden Partei"[99] - nach vier Jahrzehnten heftiger politischer Auseinandersetzungen - den Durchbruch dar.

In seiner "Osterproklamation" vom 7. April 1860 kündigte der Großherzog eine Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat an und betonte, daß zukünftig das Prinzip weitgehender Freiheit und Autonomie auch in anderen Bereichen für den einzelnen wie für Institutionen gelten solle. Die Formulierung eines Regierungsprogramms übernahm Roggenbach, der die Bedeutung der nationalen

---

97 Franz Philipp Freiherr von Roggenbach (1825-1907):
Gutsbesitzer und liberaler Politiker, Spiritus rector der "Neuen Ära", 1861-65 Außenminister, 1861-66 MdIIK, 1868-70 MdZ und 1871-73 MdR. Vgl.: EINHAUS; Walther Peter FUCHS, Franz von Roggenbach. Vortrag anläßlich der Jahresfeier am 28. November 1953, Karlsruhe 1954. (Karlsruher Akademische Reden, N. F., Nr. 11); Karl SAMWER, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, Wiesbaden 1909; Bad. Biogr. 6, S. 641-656.

98 Anton von Stabel (1806-1880):
Jurist und liberal-konservativer Politiker, 1841-45 Professor in Freiburg, 1849-51 Justizminister, 1853-61 MdIK und 1. Vizepräsident der I. Kammer, 1860/61 Leiter des Haus-, Außen- und Justizministeriums, 1861-66 Ministerpräsident sowie Leiter des Haus- und Justizministeriums. Vgl.: Bad. Biogr. 3, S. 163-178; ADB 35, S. 332-337.

99 So Lothar GALL im Titel seiner Habilitationsschrift.

Frage hervorhob, ohne sich allerdings auf die klein- oder großdeutsche Lösung festzulegen. Als dringendste Aufgabe bezeichnete er die Kirchenpolitik, daneben führte er die liberalen Forderungen der letzten Jahrzehnte auf: Handels- und Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, verstärkte Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten, Vereinfachung der Verwaltung, Ausbau der Selbstverwaltung und Reform der Justiz. Im Mai 1861 trat auch Roggenbach als Außenminister in die Regierung ein, und gleichzeitig wurde v. Stabel zum Ministerpräsidenten ernannt.

Die Fundamentalreformen der folgenden Jahre brachten Baden einen Modernisierungsschub, wie ihn kein anderes deutsches Land während dieses Jahrzehnts aufzuweisen hatte.[100] Bereits im Oktober 1860 wurde ein Gesetzespaket verabschiedet, welches das Verhältnis von Staat und Kirche neu regelte und, abgesehen von einzelnen Bestimmungen, die auf heftigen Widerstand gestoßen waren, der Konvention von 1859 entsprach. Von zentraler Bedeutung war die Verwaltungsreform, die das vom Geist des bürokratischen Absolutismus geprägte zentralistische Verwaltungssystem radikal umgestaltete und die lokale Selbstverwaltung stärkte; damit war ein wichtiger Schritt zur Liberalisierung des öffentlichen Lebens unternommen. Zum Vorbild für die Rechtsentwicklung in anderen Teilen Deutschlands wurde die im Jahre 1864 abgeschlossene Justizreform. Zu den wesentlichen Neuerungen gehörten die vollständige Trennung der Justiz von der Verwaltung auch im unteren Bereich, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen, die Beteiligung von Laien und die Bindung der staatlichen Strafgewalt an gesetzliche Bestimmungen. Lameys persönliches Verdienst war das "Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten", das er gegen erhebliche Widerstände, auch innerhalb der liberalen Fraktion, durchsetzte. Außerdem wurde erstmals seit Bestehen des badischen Staates ein Handelsministerium errichtet, das die zentralen wirtschaftspolitischen Forderungen der Liberalen, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, erfüllte.

Der innenpolitischen Erfolgsbilanz stand eine Stagnation auf außenpolitischem Gebiet gegenüber.[101] Roggenbachs Konzeption, die er bereits in seinem Bundesreformplan von 1859 niedergelegt hatte, sah einen kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung vor. Als Außenminister wollte Roggenbach sich für die Einigung Deutschlands einsetzen, doch war sein Handlungsspielraum als Minister eines Mittelstaates eng begrenzt. Zudem führte der preußische Verfassungskonflikt zu ei-

---

[100] Siehe zum Folgenden besonders GALL, Liberalismus, S. 127-146 u. 171-192.

[101] Siehe zum Folgenden vor allem EBD., S. 208-375.

ner Abwendung vieler Liberaler von der norddeutschen Großmacht, und der Schulkonflikt in Baden[102] erwies sich als eine außenpolitische Belastung. So mußte Roggenbach im Sommer 1865 erkennen, daß er mit seinem außenpolitischen Kurs, der entschiedenen Orientierung an Preußen, gescheitert war, denn er hatte die Unterstützung seiner Ministerkollegen, mit Ausnahme Mathys, der überwiegenden Mehrheit der Liberalen und des Großherzogs verloren. Nach Roggenbachs Rücktritt wurde Ludwig von Edelsheim[103], der ein Zusammengehen mit den übrigen Mittelstaaten und eine enge Anlehnung an Österreich anstrebte, zum Außenminister ernannt. Gegen den Widerstand Friedrichs I. trat Baden in den Deutschen Krieg von 1866 auf der Seite Österreichs ein; nach der Niederlage der Donaumonarchie ersetzte der Großherzog unverzüglich die Regierung v. Stabel durch das Ministerium Mathy. Dieser Regierungswechsel bedeutete das Ende der "Neuen Ära", denn es wurde in der Folgezeit deutlich, daß der Monarch wieder stärker in die Politik eingreifen und an der quasi-parlamentarischen Regierungsweise der vergangenen Jahre nicht festhalten wollte.

Trotz ihres Scheiterns dauerte die "Neue Ära" in Baden länger und wirkte nachhaltiger als in allen anderen deutschen Staaten, besonders als in Preußen. Für die Liberalen bot die Regierungsverantwortung die Chance, die Forderungen, die sie seit Jahrzehnten erhoben hatten, zu realisieren. Tatsächlich gelang es ihnen, eine Reihe bedeutender Reformen durchzusetzen, die einen Modernisierungsschub bedeuteten und Baden auf innenpolitischem Gebiet zum Vorbild für das übrige Deutschland machten. Das Scheitern der "Neuen Ära" ist allerdings nicht mit dem Ende der liberalen Vorherrschaft gleichzusetzen, denn die enge Verflechtung zwischen liberalem Großherzog, liberaler Regierung, liberalen Mehrheiten in Erster und Zweiter Kammer, freisinniger Beamtenschaft und fortschrittlicher Presse - das "liberale System" - bestand für weitere sechs Jahrzehnte bis zum Ende des Kaiserreichs fort.

---

[102] Vgl. dazu ausführlich Kap. 1.3.

[103] Ludwig Friedrich Wilhelm August Freiherr von Edelsheim (1823-1872): liberaler Politiker, 1863 badischer Gesandter in Wien und 1864 in Dresden, 1865/66 Außenminister. Vgl.: NDB 4, S. 309f.; Bad. Biogr. 1, S. 211-217.

2. Erste Organisationsansätze: Die Offenburger Versammlung 1863

Für die Organisationsfrage hatte die Landesversammlung der badischen Liberalen im Juli 1863 in Offenburg eine große Bedeutung, so daß sie Carl Eckhard[104] im Rückblick sogar als den *"eigentliche(n) Geburtstag"*[105] der Nationalliberalen Partei Badens bezeichnete. Da die Liberalen seit dem Frühjahr 1860 faktisch regierende Partei waren, stellte sich für sie die Organisationsfrage zunächst nicht. Auch ohne einen organisatorischen Rückhalt, nur gestützt auf ad hoc gebildete Honoratioren-Komitees, die Beamten und die Presse, konnten die Liberalen bei der Landtagswahl 1861 nicht weniger als 48 der 63 Mandate[106] erringen. Bezeichnend ist es, daß der Anstoß zur Abhaltung der Offenburger Versammlung nicht von den liberalen Führern in der Zweiten Kammer, sondern von Innenminister Lamey ausging. Dieser verfolgte das Ziel, die in der Schulfrage entstandenen Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln der Liberalen zu überwinden, um sich deren geschlossene Unterstützung für die bevorstehende Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche zu sichern.

Erstmals seit fünfzehn Jahren kamen am 26. Juli 1863 mehrere hundert Liberale[107] aus allen Teilen des Landes, darunter 22 der 48 liberalen Abgeordneten der

---

[104] Carl Maria Joseph Eckhard (1822-1910):
Jurist, Bankfachmann und nationalliberaler Politiker, Mitglied der Führungsspitze der NLP, bedeutender Initiator des Wirtschaftslebens in Mannheim, u. a. Mitbegründer und Aufsichtsrat der "Rheinischen Creditbank", konzentrierte sich seit den 1870er Jahren vorrangig auf seine wirtschaftlichen Unternehmungen, Vertreter des linken Parteiflügels, Altkatholik, 1861-63 und 1865-73 MdIIK, 1865-72 1. bzw. 2. Vizepräsident der II. Kammer und 1871/72 Fraktionsvorsitzender, 1871-73 MdR. Vgl.: Carl ECKHARD, Erinnerungen aus meinem Leben, Mannheim 1908; NDB 4, S. 293; Bad. Biogr. 6, S. 740-743.

[105] ECKHARD, S. 62. Zur Offenburger Versammlung vgl. Stenographisches Protokoll über die am 26. Juli 1863 in Offenburg abgehaltene Landes-Versammlung, Lahr 1863, StadtAO 13/485; ergänzend KaZtg 175/28. Juli u. 176/29. Juli 1863: Die Landesversammlung in Offenburg; BLZ 176/29. Juli, 177/30. Juli, 178/31. Juli, 179/1. Aug. u. 182/5. Aug. 1863; BB 175/29. Juli, 176/30. Juli, 182/6. Aug., 183/7. Aug. u. 185/9. Aug. 1863, Beil.; siehe auch GALL, Liberalismus, S. 199-207; FÄRBER, S. 266-269; FENSKE, Südwesten, S. 123f.; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 83f.; BLUM, S. 76f.; fehlerhafte Darstellung bei ECKHARD, S. 62f.

[106] Die Mandatszahl nach GALL, Liberalismus, S. 61, Anm. 8.

[107] Die Angaben über die Besucherzahl reichen von 360 (BB 175/29. Juli 1863) über 400 (KaZtg 175/28. Juli 1863) bis zu 600-800 (BLZ 176/29. Juli 1863), und in die ausgelegte Teilnehmerliste trugen sich nur 257 Besucher ein. Die Zahlenangabe von über 700

Zweiten Kammer, auf Einladung von zehn Volksvertretern zusammen. Auf der Tagesordnung standen drei Themen: die politische Lage in Baden, die Aufgaben des bevorstehenden Landtages 1863/64 und die Organisation der Liberalen.[108] Im ersten Vortrag unterstrich Ludwig Häusser die Notwendigkeit, das Volk wieder zu politischer Tätigkeit zu animieren, damit das liberale System in der badischen Bevölkerung dauerhaft verwurzelt werde.[109] Eine weitere wichtige Voraussetzung für ein gesundes öffentliches Leben sah er im Zusammenschluß der Gleichgesinnten, unabhängig von ihrer politischen Vergangenheit, *"denn Parteien müssen sein, je freier der Staat organisirt ist"*[110]. Häusser äußerte sich skeptisch, ob eine vollendete Parteibildung an diesem Tag zu erreichen sei, meinte aber, man könne sie zumindest anbahnen.

Über die Frage der Organisation sprach anschließend Johann Caspar Bluntschli, der eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Parteiwesens war.[111] Er unterstrich zunächst, daß die Parteibildung für ein politisches Leben notwendig sei, um dann den Unterschied zwischen "Partei" und "Faktion" herauszuarbeiten: *"Die Faction denkt nur an sich, sie will vor allen Dingen selbstsüchtig ihre Interessen ausbeuten und gestattet Andersdenkenden keine Freiheit und kein gleiches Recht."*[112] Außerdem ordne sich die Faktion nicht den Landesinteressen unter, sondern sie *"beutet alles und in allen Richtungen des öffentlichen Lebens für ihre persönlichen Zwecke und engbrüstige Standesinteressen aus"*[113], weshalb er Faktionen entschieden ablehne. In scharfer Abgrenzung davon definierte Bluntschli den Begriff der "Partei":

> *Die Partei dagegen besteht aus politisch Gleichgesinnten, die aber vor allen Dingen wissen, daß sie nur ein Theil des Staates und nicht der Staat sind, die auch ihre persönlichen Interessen dem Wohl des Ganzen unterordnen, die dem Vaterlande dienen, indem sie als Partei zusammenhalten, die nicht selbstsüchtig herrschen, sondern die Staatsleitung*

Teilnehmern bei ROTHMUND, Liberale Ära, S. 83, dürfte deshalb zu hoch gegriffen sein.

[108] Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf den Aspekt der Organisation.

[109] Zu Häussers Vortrag siehe Stenographisches Protokoll, S. 6-11.

[110] EBD., S. 11.

[111] Zu seinen Ansichten über Parteien vgl. [Johann Caspar] BLUNTSCHLI, Parteien, politische, in: Deutsches Staats-Wörterbuch, in Verbindung mit deutschen Gelehrten hrsg. v. ders. u. K[arl] Brater, Bd. 7, Stuttgart/Leipzig 1862, S. 717-747. Zu Bluntschlis Referat und der anschließenden Diskussion siehe Stenographisches Protokoll, S. 27-38.

[112] Stenographisches Protokoll, S. 29. Vgl. dazu von BEYME.

[113] Stenographisches Protokoll, S. 30.

in allem Guten unterstützen wollen und vor Mißgriffen verhüten helfen.[114]

Bluntschli erklärte, daß er Parteien entsprechend dieser Definition befürworte. Die klare Abgrenzung zwischen "Partei" und "Faktion" nahm er vor, weil in den Reihen der Liberalen erhebliche Vorbehalte gegenüber organisierten Parteien bestanden. Weit verbreitet war die Befürchtung, diese würden die Entscheidungsfreiheit des einzelnen beschneiden sowie den persönlichen Ehrgeiz und Egoismus auf Kosten des Allgemeinwohls fördern.[115] Diese negativen Aspekte schrieb Bluntschli der "Faktion" zu, um im Gegensatz dazu die "Partei" als positiv und notwendig zu charakterisieren.

Zur Frage der Organisation der Liberalen stellte Bluntschli fest, es sei gegenwärtig nicht zweckmäßig und außerdem verfrüht, einen liberalen Landesverein - einen organisatorischen Zusammenschluß der örtlichen Honoratiorenverbindungen und Wahlkomitees - zu schaffen, man überlasse dies besser der lokalen Initiative. Dagegen stellte er folgenden Organisationsvorschlag zur Debatte: Die Landesversammlung werde je nach Bedürfnis wieder abgehalten. Eine Kommission solle berufen werden, die aus 30 Mitgliedern bestehe, von denen 10 die einladenden Landtagsabgeordneten seien und je 5 aus den vier Kreisen des Landes hinzugewählt würden; als Vertreter der Kreise sollten keine Abgeordneten bestimmt werden. Die Kommission habe die Aufgabe, wieder eine Landesversammlung einzuberufen und vorzubereiten, wenn sie es für zweckmäßig halte, und in der Zwischenzeit solle sie zu Beratungen zusammenkommen, so Bluntschlis Empfehlung. Außerdem sei die Kommission für die Wahl eines Engeren Ausschusses zuständig, der aus fünf Mitgliedern, mit einem Vorsitzenden an der Spitze, bestehe und die Geschäftsleitung übernehme.

Dieser Organisationsentwurf mit einem leitenden Engeren Ausschuß und einer 30er Kommission sah zwar Führungsgremien vor, aber - abgesehen von der nur sporadisch tagenden Landesversammlung - keinen Organisationsaufbau an der Basis. Erstaunlich ist dieser Vorschlag insofern, als Bluntschli in seinem Artikel "Politische Parteien" im 1862 erschienenen siebten Band des "Deutschen Staatswörterbuchs" betont: Solle eine Partei Kraft und Einfluß haben, so müsse sie sich *"einiger Maßen organisiren und als ein eng verbundener Körper"*[116] an den Wahlveranstaltungen und am öffentlichen Leben teilnehmen. Bluntschlis

---

114 EBD., S. 29.

115 Hierzu von BEYME, bes. S. 677, 697, 732 u. SHEEHAN, S. 24 u. 125f.

116 BLUNTSCHLI, Parteien, S. 721.

Meinungsumschwung ist mit politischen Rücksichten zu erklären:[117] Die Initiatoren der Offenburger Versammlung wollten die 30er Kommission bewußt in dieser Weise zusammensetzen. Ein Drittel des Gremiums bestand aus politisch erfahrenen und einflußreichen Landtagsabgeordneten, welche die Kontinuität des Kurses und die Einheit der Liberalen garantieren sollten. Bei den übrigen zwanzig Mitgliedern handelte es sich um politisch unerfahrene Leute, und durch die getrennte Hinzuwahl nach den vier Kreisen wurde verhindert, daß ein nur regional vertretener Parteiflügel zu großen Einfluß erlangen konnte. Mit Hilfe dieser geschickt besetzten Spitze wollten die führenden Landtagsabgeordneten die Einheit der Liberalen sichern und ein Mindestmaß an Parteidisziplin gewährleisten.

Für den Aufbau eines organisierten Parteikörpers, wie ihn Bluntschli im "Deutschen Staatswörterbuch" gefordert hatte, bestand hingegen aus verschiedenen Gründen keine politische Notwendigkeit. Neben der Organisationsunwilligkeit der liberalen Honoratioren kamen als entscheidende Faktoren hinzu, daß die Liberalen als "regierende Partei" auch ohne Organisation entscheidenden Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen konnten, und daß eine starke politische Konkurrenz fehlte, welche die Liberalen zum Handeln hätte zwingen können. Nach einer Aussprache wurde Bluntschlis Vorschlag angenommen, und es erfolgte für jeden der vier Kreise des Großherzogtums die Wahl von fünf Mitgliedern in die Kommission. Anschließend bestimmte diese die fünf Angehörigen des Engeren Ausschusses: Häusser als Vorsitzender sowie Marquier, Baumann, Rottra und Busch.

Mit wenigen Sätzen ging Bluntschli über die wichtige Frage der Aufstellung eines Programms hinweg. Wenn man im einzelnen die Dinge formulieren wollte, welche die Gesinnung dieser Versammlung ausmachten, so argumentierte er, müsse man einige Monate zusammen sein, um alles im Detail zu beraten. Da aber nur wenig Zeit zur Verfügung stehe, müsse man sich im großen und ganzen an den *"Geist"* halten, der in den beiden vorhergehenden Referaten von Häusser und Eckhard zum Ausdruck gekommen sei. *"Dieser Geist ist unser Programm"*, betonte der Heidelberger Staatsrechtler.[118] Ganz offensichtlich war Bluntschlis Begründung nur ein Vorwand, der in der anschließenden Aussprache Widerspruch hervorrief. Ernst Hufschmid, der Sprecher der auf dem linken Flügel der Liberalen stehenden Mannheimer Gruppe, wandte ein, jeder Geist brauche bestimmte Formen. Wenn man Menschen mit unterschiedlichen Ansichten in einer Partei vereinigen wolle,

---

[117] So GALL, Liberalismus, S. 205f.

[118] Beide Zitate nach Stenographisches Protokoll, S. 31 u. 32.

müsse man ihnen etwas Sicheres und Greifbares geben, damit sie Vertrauen faßten. Wenn man kein Programm ausarbeiten wolle, könne man sich stattdessen an die Grundrechte des deutschen Volkes halten. Huffschmid warnte vor der Gefahr, daß ohne eine einigende Programmatik die einzelnen Gruppen wieder auseinanderlaufen würden.

Bluntschli erwiderte, daß der Geist bereits in eine Form gefaßt sei, denn die liberalen Abgeordneten seien *"das lebendige persönliche Programm"*[119] - dies sei ihm lieber als alle abstrakten Formulierungen. Häusser gestand in seiner Entgegnung auf Huffschmid den wahren Grund ein, weshalb die Festlegung auf ein konkretes Programm unterbleiben sollte: Wegen der unterschiedlichen Standpunkte sei es leichter, wenn man sich mit einem bescheidenen Anfang begnüge und die Ausarbeitung eines Programms der weiteren Entwicklung überlasse. Damit sprach Häusser zwei zentrale Programmpunkte an, über die innerhalb der liberalen Bewegung keine Einigung möglich schien: das Problem der kleindeutschen oder großdeutschen Lösung der nationalen Frage und die Schulreform.[120] Die Festlegung auf ein konkretes Programm bei diesen beiden Streitfragen hätte zu einer Spaltung des badischen Liberalismus geführt, welche die Sonderstellung der Liberalen als "Regierungspartei" bedroht hätte. Deshalb blieb nur die Möglichkeit, den allgemeinen "Geist" einem konkreten Programm vorzuziehen.

In der liberalen Presse fand der Offenburger Tag eine unterschiedliche Bewertung. Auf der einen Seite wurde er als *"eines der bedeutendsten politischen Ereignisse ... seit dem 7. April 1860"*[121] gewürdigt, denn da in den letzten Jahren politische Versammlungen unterblieben seien, sei das Offenburger Treffen als ein Auftakt für ein reges politisches Leben anzusehen. Dagegen kritisierte ein Mannheimer Korrespondent mit Recht, man habe sich in Offenburg auf Personen, nicht aber in der Sache geeinigt. Dies Versäumnis müsse nachgeholt werden, so forderte er, denn die Menge sehne sich nach einem festen Halt und müsse konkrete Ziele vor Augen haben, bevor sie irgendeine Tätigkeit entfalte. Dringend geboten sei außerdem eine rege Versammlungstätigkeit, um die brennenden politischen Tagesfragen zu erörtern.[122]

---

[119] EBD., S. 37.

[120] Vgl. zu den Differenzen über die Nationalpolitik GALL, Liberalismus, S. 150-153 u. 280, zu den Streitpunkten bei der Schulreform Kap. 1.2.

[121] BLZ 179/1. Aug. 1863.

[122] EBD.

Eine bedeutsame Auswirkung der Offenburger Versammlung war, daß in der Folgezeit ein Vertrauensmännersystem in allen Landesteilen aufgebaut wurde.[123] Die Initiative dazu ging vom Engeren Ausschuß aus, der Vertrauensmänner ernannte, welche die Anschauungen und Beschlüsse von Offenburg im Land vertreten sollten. Da das Führungsgremium mit seinen Nominierungen - offenbar aus Unkenntnis der lokalen Gegebenheiten - Unmut hervorrief, wurden die Bezirke dazu aufgerufen, zusätzlich noch weitere Vertrauenspersonen zu benennen. Gleichzeitig wurde angeregt, auf örtlicher Ebene Versammlungen abzuhalten, um öffentliche Fragen zu besprechen und auf diese Weise für die Liberalen neue Anhänger zu gewinnen. So kam es in der Folgezeit zu einer Reihe von liberalen Versammlungen: In Bretten, um ein Beispiel herauszugreifen, fand eine Zusammenkunft am 20. September 1863 auf Einladung einiger Besucher der Offenburger Versammlung statt.[124] Nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Paravicini wurden aus Bretten neben den Initiatoren noch fünf weitere Vertreter und aus den anderen Orten des Amtsbezirks je ein Vertrauensmann gewählt; dieses Gremium wiederum bestimmte für den Amtsbezirk einen leitenden Ausschuß mit fünf Mitgliedern. Bemerkenswert ist eine Versammlung in Wertheim am 31. Oktober, bei der 62 Teilnehmer sogar durch Unterschrift ihren Beitritt zu den Liberalen und ihre Bereitwilligkeit zur Entrichtung von Beiträgen erklärten.[125] Die vom Ausschuß ernannten Vertrauensmänner dieses Bezirks signalisierten ihre Bereitschaft zurückzutreten, damit durch örtliche Wahlen andere Vertrauensmänner bestimmt werden könnten.

Ein Verzeichnis der "Vertrauensmänner" oder "Geschäftsfreunde" gibt über den Organisationsstand Aufschluß:[126] Danach verfügten die Liberalen über insgesamt 440 Vertreter in 41 der 63 Bezirke des Großherzogtums. Am stärksten waren der Mittelrheinkreis mit Sitz in Karlsruhe mit 152 und der Oberrheinkreis (Freiburg) mit 125 Vertrauensmännern repräsentiert; dahinter folgten der Seekreis (Konstanz) mit 88 und der Unterrheinkreis (Mannheim) mit 75 Vertretern. Vergleicht man die Anzahl der vertretenen Amtsbezirke in den vier badischen Kreisen, so belegt der

---

[123] Vgl. BLZ 225/25. Sept. 1863. Allgemein über Vertrauensmänner siehe NIPPERDEY, Organisation, S. 50-54.

[124] BLZ 223/23. Sept. 1863. Weitere liberale Versammlungen sind u. a. für Lahr, Villingen, Pforzheim und Wertheim belegt.

[125] BLZ 259/4. Nov. 1863.

[126] ZBZ FA Bluntschli 35b. Man kann die Aufstellung sehr wahrscheinlich auf Ende 1863 datieren. Es ist anzunehmen, daß nach der Veröffentlichung der Liste noch weitere Vertrauensmänner hinzukamen. Die im nachhinein von Bluntschli vorgenommenen Ergänzungen und Streichungen wurden bei der Auswertung nicht berücksichtigt.

Seekreis mit nur 6 Bezirken mit Abstand die letzte Stelle; die anderen Kreise besaßen jeweils in 11 bzw. 12 Bezirken Vertreter. Die Anzahl der Vertrauensmänner pro Bezirk variierte stark: Während im Bezirk Bretten/Eppingen 31, in Triberg/Hornberg/Haslach 24 und in Heidelberg 23 Personen aufgestellt wurden, lag die Zahl in den Bezirken Boxberg, Gerlachsheim und Wertheim/Walldürn lediglich bei 2; im Durchschnitt entfielen 11 Vertrauenspersonen auf einen Amtsbezirk von durchschnittlich ungefähr 22.000 Einwohnern. Die beträchtlichen Unterschiede lassen sich damit erklären, daß dem Ausschuß in den jeweiligen Bezirken unterschiedlich viele liberale Persönlichkeiten bekannt waren und daß die Bezirke nach eigenem Ermessen Vertrauensmänner hinzuwählen konnten.

In einem Leitartikel vom Oktober 1863 forderte das liberale Hauptorgan, die "Badische Landeszeitung", von den Liberalen die *"thunlichste Ausbreitung ... unter Benützung des Vereinsrechtes und eine regelmäßige Gliederung"*[127]. Zwar führte die Offenburger Versammlung nicht zu einer derartigen festen Organisationsstruktur mit lokalen Vereinen, doch bedeutete sie einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg von einer liberalen Bewegung hin zu einer organisierten Partei. Mit der Konstituierung des Offenburger Ausschusses bestand erstmals neben der Landtagsfraktion ein zweites Führungsgremium, das sich nur zum geringeren Teil aus Abgeordneten zusammensetzte. Zweifellos übte der Ausschuß einen positiven Einfluß auf den Zusammenhalt und die Homogenität der Liberalen aus, doch blieb seine Bedeutung weit hinter derjenigen der Fraktion zurück. Die Mutmaßungen des "Badischen Beobachters", der Ausschuß könnte den Kammern und der Regierung gegenüber eine so selbständige und einflußreiche Stellung erlangen, daß er die Rolle einer nach Popularität strebenden *"controlirenden Nebenregierung"*[128] einnähme, entbehrte jeder Grundlage. Ebenso ist Galls Behauptung, daß von nun an die Wahlvorbereitungen *"in ganz anderem Stile"* betrieben wurden,[129] nicht zu belegen. Die ausgeprägte Passivität der liberalen Honoratioren und die mangelhaften Wahlanstrengungen auch noch nach Gründung der Nationalliberalen Partei - bei einer gegenüber 1863 erheblich verbesserten Organisationsstruktur - sprechen eindeutig dagegen.

---

[127] BLZ 254/II/29. Okt. 1863: Ueber Parteidisziplin.

[128] BB 176/30. Juli 1863.

[129] GALL, Liberalismus, S. 206, Anm. 82.

Eine zweite bedeutsame Folge der Offenburger Versammlung ist darin zu sehen, daß die Liberalen durch das Netz von Vertrauensmännern in zwei Dritteln des Landes präsent waren und der Ausschuß damit Ansprechpartner in den meisten badischen Bezirken besaß, was bei der Kandidatennominierung und bei Wahlvorbereitungen einen großen Vorteil bedeutete. Einschränkend ist jedoch hinzuzufügen, daß die reinen Zahlenangaben nichts über die Leistungsfähigkeit des Vertrauensmännersystems aussagen und man davon ausgehen muß, daß von den Vertrauensmännern, abgesehen von den Wahlzeiten, kaum Aktivitäten ausgingen.

Die Bedeutung des Offenburger Tages ist darin zu sehen, daß der erste Anfang zur Organisierung der Liberalen gemacht und die Rudimente einer Parteiorganisation geschaffen wurden. Dies geschah vorrangig aus taktischen Gründen, nämlich um die wiedererlangte Einheit durch eine Organisation zu festigen und mit Hilfe eines Führungsgremiums den Zusammenhalt und ein Mindestmaß an Geschlossenheit zu garantieren. Wenn diese Ansätze in den folgenden fünf Jahren stagnierten, so waren dafür das verbreitete politische Desinteresse in der Bevölkerung, die passive Haltung der Honoratioren und das Fehlen eines organisierten politischen Gegners verantwortlich.

3. Spaltung des Liberalismus: Der Schulkonflikt und die Entstehung der "Fortschrittspartei"

Schul- und Bildungsfragen stellten für die Liberalen ein Schlüsselproblem in der Entwicklung der modernen Gesellschaft dar,[130] denn sie glaubten, daß der Liberalismus *"in sich eine so siegreiche Kraft (besitzt), daß es vorerst nur einer Ausbreitung*

---

[130] Dazu v. a. FÄRBER, S. 185f. u. 190-204; außerdem GALL, Liberalismus, S. 192; FENSKE, Südwesten, S. 131f.; BECKER, Liberaler Staat, S. 194; DERS., Der badische Kulturkampf und die Problematik des Liberalismus, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, von Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 86-102, hier S. 93f. Die große Bedeutung der Schulfrage für die Liberalen kommt treffend in einer Äußerung des badischen Liberalen Julius Katz zum Ausdruck: "Von einer höhern Warte, als von der Zinne der Partei ist die Schulfrage zu betrachten, denn...es handelt sich um Wohl und Wehe künftiger Generationen, um die Heranbildung der geistigen Armee der Zukunft!" (Julius KATZ, Die politische Lage in Baden. Ein Beitrag zur Beurteilung der badischen Parteiverhältnisse, Karlsruhe 1893, S. 27 (Hervorhebungen im Original)).

seines Verständnisses bedarf, um ihm in allen Volksklassen ganz unzweifelhafte Erfolge zu sichern"[131]. Die liberalen Ideen von der Gleichberechtigung aller Bürger, der Beteiligung dieser an den öffentlichen Angelegenheiten, der Humanität und der allgemeinen Bildung übten eine große Anziehungskraft aus, so die liberale Überzeugung, und außerdem entspreche liberal zu sein der menschlichen Natur mehr als reaktionär zu sein. Die Andersdenkenden betrachteten die Liberalen deshalb als *"irrig oder ungenügend belehrt(en)"* und erwarteten von einer besseren Aufklärung die Gewinnung des *"noch im Irrthum oder in Vorurtheilen befangenen Volkstheiles"*.[132] Diese liberale Idee einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Emanzipation durch Edukation hatte zum Ziel, eine neue Staatsgesinnung zu schaffen, die das System der "Neuen Ära" dauerhaft auf eine solide Basis stellen sollte. Dabei stand die Neugestaltung der Volksschule im Zentrum der Reformpläne.

Bereits vor 1860 war das Volksschulsystem in Baden Aufgabe des Staates, doch war dieser auf die Hilfe der Geistlichen angewiesen, ohne die der Unterrichtsbetrieb nicht aufrechterhalten werden konnte.[133] Außerdem wirkten die Geistlichen in den oberen, mittleren und unteren Schulaufsichts- und Verwaltungsinstanzen mit. Einige Monate nach Beginn der "Neuen Ära", im Oktober 1860, wurde das Verhältnis von Staat und Kirche durch das "Gesetz über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate" neu geregelt und darin auch die Stellung der Schule eindeutig festgelegt: *"Das öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet. Andere Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht der Staatsregierung."*[134] Von einer Mitwirkung der Kirchen bei der Unterrichtsgestaltung war nicht die Rede, lediglich der Religionsunterricht wurde ihnen zugestanden.

Trotz der zentralen Stellung der Schulfrage in den liberalen Reformplänen ergriff Innenminister Lamey in seinen beiden ersten Amtsjahren auf diesem Gebiet keine Initiative, weil er bei einer grundsätzlichen Reform des Schulwesens im liberalen Sinne einen erbitterten Widerstand der katholischen Kirche befürchtete.

---

[131] BLZ 254/II/29. Okt. 1863: Ueber Parteidisziplin.

[132] EBD.

[133] Vgl. zum Schulkonflikt ausführlich FÄRBER, S. 185-222; BECKER, Liberaler Staat, S. 113-137 u. 154-162; GALL, Liberalismus, S. 192-207 u. 281-311; außerdem FENSKE, Baden 1860-1918, S. 143f.; DERS., Südwesten, S. 131f.; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 86f.; BLUM S. 75-87; LEWALD, S. 19-23 u. 28-33; BACHEM, Bd. 2, 302-306.

[134] § 6 des Gesetzes, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend v. 9. Okt. 1860, Reg.-Bl. 1860, S. 376.

Stattdessen entschied sich Lamey für eine "Politik der kleinen Schritte" und berief mit einer Verordnung vom 12. August 1862 einen gemischt konfessionellen Oberschulrat, dem das gesamte Schulwesen unterstellt wurde.[135] Dieser trat an die Stelle der bisher konfessionellen Gremien, des katholischen und protestantischen Oberkirchenrates sowie des Oberrates der Israeliten, die jeweils nur für die Schulen ihrer Konfession zuständig waren. Zum Direktor des Oberschulrates berief der Innenminister den liberalen Protestanten Karl Knies[136], einen der schärfsten Gegner der Konvention von 1859, was von den Liberalen als Signal gewertet und lebhaft begrüßt wurde.

Knies arbeitete Vorschläge zur Volksschulreform aus, die er im Frühjahr 1863 Lamey vorlegte und im Juli der Öffentlichkeit als Diskussionsgrundlage präsentierte[137], womit er heftige Reaktionen auslöste, die zum ersten Höhepunkt im Schulstreit führten. Die Empfehlung, daß ausschließlich der Staat für die Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens verantwortlich sein sollte - womit das de facto bestehende kirchliche Aufsichtsrecht abgeschafft worden wäre - machte die katholische Kirche zum scharfen Gegner von Knies Vorschlägen. Aber auch auf seiten der Liberalen regte sich Unmut, denn der Religionsunterricht wurde als ein *"hochbedeutsamer Unterrichtszweig"* und seine Erteilung als ein *"entschiedenes öffentliches Interesse"* bezeichnet; zudem wurde beanstandet, daß die Religionsstunden im Auftrag des Staates von der Kirche gegeben werden sollten.[138] Die Hauptkritik der Liberalen richtete sich aber gegen die Empfehlung, der Konfessionsschule den Vorrang vor der Simultanschule zu geben, und die letztere nur auf den ausdrücklichen Wunsch der Eltern einzuführen; ebenso widersprach die entschiedene Ablehnung der Kommunalschule den Vorstellungen des linken Flügels

---

[135] Reg.-Bl. 1862, S. 325f.

[136] Karl Gustav Adolf Knies (1821-1898):
Nationalökonom, Statistiker und liberaler Politiker, 1855 Professor für Kameralwissenschaften in Freiburg, 1862-65 Direktor des Oberschulrates, 1861-67 MdIIK, 1877-87 MdIK und 1882 Vizepräsident der I. Kammer. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 869-871. Zu Knies Standpunkt siehe FÄRBER, S. 204-207.

[137] Der Director des Großherzoglich Badischen Oberschulraths an den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Herrn Staatsrath Dr. Lamey, Karlsruhe, den 5. Mai 1863, auch abgedruckt in BLZ 158/II/8. Juli, 159/II/9. Juli, 160/II/10. Juli u. 161/II/11. Juli 1863; Kurzfassung in 44 Thesen in BLZ 158/I/8. Juli 1863: Thesen des großh. Oberschulraths für die Berathung durch die Beiräthe.

[138] EBD., S. 32f.

der Liberalen.[139] Knies Thesen zur Schulart standen damit in deutlichem Widerspruch zur Haltung der großen Mehrheit der Liberalen.

Die Diskussion über Knies "44 Thesen" verdeutlichte, daß der badische Liberalismus, nachdem er sein gemeinsames Ziel - die Ablösung des konservativen Ministeriums Meysenbug und die Beteiligung an der Regierung - erreicht hatte, wegen der Schulfrage zunehmend in drei Lager zerfiel.[140] Die gemäßigte Mehrheit sprach sich für die gesetzliche Einführung der Simultanschule aus, während die radikalere Minderheit die Kommunalschule ohne obligatorischen Religionsunterricht anstrebte. Diese beiden Flügel unterschieden sich aber insgesamt weniger in ihren Zielen, als vielmehr in ihren Vorstellungen über die Taktik und das Tempo der Reformpolitik. Daneben stand eine kleine Gruppe, mit Schwerpunkt in Mannheim, auf dem äußersten linken Flügel, die auch in ihren Zielsetzungen nicht mehr mit den beiden anderen Flügeln übereinstimmte und aus der sich die demokratische Partei[141] entwickelte.

Ein Exponent des radikalen Flügels war Carl Eckhard, der in einem Brief an Innenminister Lamey im November 1863 seine Unzufriedenheit mit der Reformpolitik zum Ausdruck brachte. *"Ein entschiedenes und kräftiges Durchführen der Proclamation v. 7. April 1860"* verlangte Eckhard, um die Anhänger der Regierung zu stärken und die Gegner in Schranken zu halten.[142] Denn die *"Partei der un Zufriedenen"* komme nach und nach überall zum Vorschein, so seine Mahnung, besonders die Bürokratie versuche, Reformen zu blockieren.

Für die Regierung, die sowohl für ihre innenpolitische Reformpolitik als auch für ihre außenpolitischen Pläne die Unterstützung einer geschlossenen liberalen Fraktion benötigte, stellte sich die entscheidende Frage, wie eine mögliche Spaltung der Liberalen verhindert werden könnte.[143] Nachdem ein Einigungsversuch in

---

[139] EBD., S. 34-36. Die Begriffe für die verschiedenen Schularten wurden nicht einheitlich verwendet, in der Regel verstand man aber unter der "Konfessionsschule" die konfessionell getrennte und nur von den Lehrern einer Konfession geleitete Volksschule, während die "Simultanschule" eine konfessionell gemischte Schule mit konfessionell getrenntem Religionsunterricht war; dagegen wollte die "Kommunalschule" die vollständige Trennung der Schule von der Kirche verwirklichen und jeglichen Religionsunterricht ausschließen oder durch einen gemeinsamen Religionsunterricht für beide Konfessionen ersetzen. Vgl. BECKER, Liberaler Staat, S. 114f.

[140] Siehe dazu GALL, Liberalismus, S. 198-200 u. 281f.; BLUM; S. 75.

[141] Vgl. GALL, Liberalismus, S. 200, Anm. 71.

[142] Eckhard an Lamey, 21. Nov. 1863, GLA 52 Lamey/106 (Unterstreichungen im Original).

[143] Vgl. zum Folgenden GALL, Liberalismus, S. 281-287; BECKER, Liberaler Staat, S. 127-130.

Offenburg im Juli 1863[144] keinen dauerhaften Erfolg hatte, erschien ein verschärfter Ton gegenüber der katholischen Kirche als ein geeignetes Mittel, um den Zusammenhalt der Liberalen zu stärken. Eine Debatte in der Zweiten Kammer über den Etat für die Volksschulen am 21. April 1864 bot dazu eine gute Gelegenheit. Lamey ließ in seiner Erklärung keinen Zweifel daran, daß die Regierung entschlossen sei, an der Schulreform festzuhalten.[145] Das heftige Auftreten der Kirchenleitung gegen die Schulreformpläne habe ihn verbittert, und er habe es nur mit der größten Geduld hinnehmen können, denn dadurch werde eine *"konfessionelle Aufregung"* verursacht, die einen *"höchst widerwärtigen Karakter"* habe; er bestreite aber, daß die Kirchenführung für das katholische Kirchenvolk spreche. Abschließend unterstrich er mit Nachdruck, daß eine Situation eintreten könnte, in welcher der Staat seine Angehörigen schützen müßte, und drohte dann:

> *Wir haben die Freiheit proklamirt, auf daß sie Jedermann im Staate ungestört und in Friede genießen könne, wir haben sie aber nicht proklamirt, um Mißbrauch mit ihr zu üben. Wenn das Auftreten so fortdauert, wie bisher, so werden wir uns fragen müssen, ob nicht der Kriegszustand zu erklären, das heißt nicht der Kriegszustand über das Land, sondern gegen das kath. Kirchenregiment.*[146]

Der heftige Beifall und die anschließende Aussprache waren Belege dafür, daß Lamey mit seiner "Gimpel-Rede"[147] die Stimmung in der liberalen Fraktion ausgedrückt hatte. So betonte Kirsner sichtlich zufrieden, er könne dem Unwillen und der berechtigten Entrüstung Lameys vollkommen zustimmen, und er sei überzeugt, daß die große Masse des Volkes auf der Seite der Regierung stehe.

Um die Reformfreudigkeit des Ministeriums unter Beweis zu stellen, griff Lamey eine Frage aus dem Komplex der Volksschulreform heraus, die unter den Liberalen nicht umstritten war, nämlich die Volksschulaufsicht. Nach dem im Juni 1864 der Zweiten Kammer vorgelegten Gesetzentwurf sollte ein konfessioneller Ortsschulrat die geistliche Ortsschulinspektion ablösen; dieser sollte sich aus dem Ortspfarrer der jeweiligen Konfession, dem Bürgermeister und dem Schullehrer als geborenen sowie aus drei bis fünf weiteren Mitgliedern zusammensetzen, die von den Gemeindemitgliedern zu wählen waren.[148] Mit der gleichzeitig beabsichtigten Schaffung eines von der Regierung ernannten Kreisschulrates, als Mittelinstanz an

---

144 Siehe dazu Kapitel 1.2.

145 Lameys Rede nach BLZ 95/I/23. Apr. 1864.

146 EBD.

147 Diese Bezeichnung war eine Anspielung auf Lameys Äußerung, die katholische Agitation werde so geschickt betrieben, daß die "*Gimpel*" sich dadurch täuschen ließen.

148 Verhandlungen 1863/65, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 436-442.

Stelle der geistlichen Bezirksschulvisitatur, sollte der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht durchgängig verwirklicht werden.

Die "Badische Landeszeitung" reagierte auf den Gesetzentwurf zurückhaltend: Sie bewertete die Vorlage in einem Leitartikel nur als *"kleine Abschlagszahlung"* und erklärte, es sei *"die allerhöchste Zeit"* gewesen, den Entwurf vorzulegen.[149] Die Regierung solle sich nicht darüber täuschen, daß es dem Land mit einer *"gründlichen Verbesserung des Volksunterrichtes tiefster Ernst"* sei. Die Erwartungen über die Neugestaltung der mittleren und unteren Aufsichtsbehörden würden durch den Gesetzentwurf - abgesehen von einzelnen Kritikpunkten - erfüllt, und deshalb sei dieser lebhaft zu begrüßen, so der Kommentar der "Landeszeitung". Als besonderer Fortschritt wurde die Abschaffung der geistlichen Ortsschulinspektion hervorgehoben, wodurch *"eine der schädlichsten Institutionen, welche auf das ganze Schulwesen von vielfach vergiftendem Einfluß war"*, beseitigt werde. Abschließend äußerte das größte liberale Blatt die Hoffnung, daß ohne Verzögerung weitere Gesetzentwürfe zu Teilbereichen der Volksschule folgen würden.

Sehr kritisch äußerte sich ein anderer Kommentator, von dem sich die Redaktion der "Landeszeitung" aber ausdrücklich distanzierte.[150] Dieser konstatierte, der Gesetzentwurf sei von niemandem im liberalen Lager mit Jubel begrüßt worden, denn er enthalte nicht die *"eigentliche Schulreform"*. Stattdessen bringe er nur *"das Nothdürftigste"*, nämlich die Bestimmungen, ohne die der Oberschulrat auf die Dauer nicht fortbestehen könne. Abschließend folgte die Ermahnung, der Gesetzentwurf solle nicht zum Anlaß genommen werden, um die Schulreform vorläufig ad acta zu legen. Der Unmut des linken Flügels über die zögerliche Reformpolitik kommt in diesem Artikel deutlich zum Ausdruck, auch wenn das geschlossene Abstimmungsverhalten der Liberalen in der Zweiten Kammer zugunsten des Gesetzentwurfs den Eindruck erweckte, als herrschte Einigkeit im liberalen Lager.[151] Die Geschlossenheit ist mit der Ankündigung der Freiburger Kurie zu erklären, sie werde sich in keiner Weise an der Durchführung des Gesetzes beteiligen und damit zu verstehen gab, daß sie den Ortspfarrern den

---

[149] BLZ 141/I/19. Juni 1864: Der Gesetzentwurf über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen (Hervorhebungen im Original).

[150] BLZ 138/I/16. Juni 1864.

[151] Gesetz, die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betreffend, Reg.-Bl. 1864, S. 405-407. Der Gesetzentwurf wurde in der Zweiten Kammer mit 53 gegen die beiden Stimmen der Konservativen Roßhirt und Fischler, in der Ersten Kammer mit allen gegen zwei Stimmen angenommen (Verhandlungen 1863/65, II. Kammer, Prot.-H., S. 240 u. I. Kammer, Prot.-H., S. 152).

Eintritt in den Ortsschulrat untersagen werde. Auch Lameys nachdrückliche Warnung an die Adresse der Kirchenleitung, ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz nicht zu behindern, sorgte für ein Zusammenrücken der liberalen Gruppen. Zusätzlich spielte eine Rolle, daß der Innenminister alle Abgeordneten, die prinzipiell mit dem Gesetzentwurf übereinstimmten, in einer vertraulichen Besprechung zur Zustimmung zu bewegen versuchte, was ein geschicktes Vorgehen war, denn als "prinzipieller" Gegner der Schulaufsicht wollte sich kein Liberaler bezeichnen. Die Geschlossenheit von Regierung und gesamter liberaler Fraktion war nur vordergründig und gab nicht die tatsächlichen Stimmungen im liberalen Lager wieder. Dies ist auch daran abzulesen, daß die Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln wieder stark hervortraten, als die Regierung in der Folgezeit keine weiteren Gesetzentwürfe zur Schulreform vorlegte. Galls Urteil, das klare Kammervotum sei ein Ausdruck der wiedergewonnenen Einheit der liberalen Fraktion gewesen, erscheint deshalb vordergründig.[152]

Mit seiner scharfen Reaktion auf die Verabschiedung des Schulgesetzes löste Erzbischof Hermann v. Vicari eine derart starke Bewegung innerhalb der katholischen Bevölkerung Badens aus, wie sie bis dahin noch nicht entfesselt worden war. In einem Hirtenbrief erklärte er, das Schulaufsichtsgesetz beruhe auf einem *"großen Irrthum"* und einem *"schweren Unrecht"*, weshalb er diesem die Anerkennung verweigern müsse.[153] Zugleich beschwor v. Vicari die Katholiken, zusammen mit ihm und den Geistlichen *"alle rechtliche[n] und christlich erlaubte[n] Mittel"* anzuwenden, um die katholischen Schulen zu erhalten.[154] Als weitere Maßnahme erließ der Erzbischof eine Verordnung, die den Geistlichen untersagte, als Mitglieder oder Vorsitzende im Ortsschulrat mitzuwirken, und gleichzeitig setzte eine Agitation zur Enthaltung bei den Wahlen zu den Ortsschulräten ein. Bei diesen im Herbst 1864 vorgenommenen Abstimmungen fiel die Beteiligung in den ländlichen Gemeinden

---

[152] So GALL, Liberalismus, S. 285-287. Auch BECKER, Liberaler Staat, S. 129, Anm. 72, betont, daß die Briefe des Kabinettschefs Freiherr von Ungern-Sternberg an Friedrich I. v. 7. u. 16. Juni 1864 (GLA FA 13 K 34) auf eine verabredete Taktik der Liberalen und eine erzwungene Mäßigung hindeuten.

[153] Hirtenbrief des Hochwürdigsten Herrn Dr. Hermann von Vicari, Erzbischof von Freiburg, Metropolit der oberrhein. Kirchenprovinz etc. an den Hochwürdigen Clerus und die Gläubigen der Erzdiöcese Freiburg, Badischen Antheils, das projectirte Gesetz über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betreff., Freiburg (4)1864, S. 2 u. 4.

[154] EBD., S. 18.

außerordentlich gering aus, und in vielen Orten kam kein Ortsschulrat zustande.[155] Obwohl die schwache Wahlbeteiligung weniger mit dem Aufruf zum Wahlboykott, als vielmehr mit der Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung zu erklären ist, war das Ergebnis ein Anfangserfolg der katholischen Opposition. Diese fand ihren Ausdruck außerdem in einer Petitionsbewegung gegen das Schulaufsichtsgesetz und in der Kasino-Bewegung[156], die beide die Liberalen zunehmend unter Druck setzten.

Die Liberalen befänden sich in einer bedrohlichen Krise, so lautete das Fazit eines Meinungsaustausches zwischen Bluntschli und Lamey am Ende der Landtagssession 1864/65. Von einer *"Verwirrung"* innerhalb des liberalen Lagers sprach der Heidelberger Staatsrechtler und stufte die Lage, angesichts der katholischen Opposition, für die Liberalen als gefährlich ein.[157] Die Schuld an dieser Entwicklung gab er der Regierung, die einen klaren politischen Kurs vermissen lasse. Lamey betonte in seiner Antwort, die Frage nach den Gegenmaßnahmen gegen die katholische Bewegung habe die Liberalen in zwei Lager gespalten, in die Befürworter einer nachgiebigen Politik und in die Verfechter eines entschiedenen Vorgehens.[158] Die Folge sei eine *"Desorganisation"* des Liberalismus, der - verstärkt durch die Differenzen innerhalb der Regierung - *"da u. dort den Halt [verlor], statt sich um so fester zusammenzuschließen"* und der *"fast künstlich wieder zusammengerafft"* werden mußte. Der Innenminister hoffte, daß der Druck der Opposition die Liberalen *"zu festerem u. thätigerem Zusammenschluß"* zwingen werde.

Als die Liberalen durch den Überraschungserfolg der katholischen Opposition bei den Kreisversammlungswahlen im September einen weiteren Rückschlag erlitten, kündigte einer der Führer der radikalen Gruppe, Friedrich Kiefer[159], dem

---

[155] Heinrich MAAS, Geschichte der Katholischen Kirche im Großherzogthum Baden. Mit besonderer Berücksichtigung der Regierungszeit des Erzbischofs Hermann v. Vicari, Freiburg 1891, S. 610, gibt an, daß von 209.291 Wahlberechtigten nur etwa 32.000 wählten, und in 95 Gemeinden niemand zur Wahl ging. Siehe auch BECKER, Liberaler Staat, S. 134-136; BACHEM, Bd. 2, S. 305; LEWALD, S. 28f.

[156] Siehe dazu Kapitel 1.4.

[157] Bluntschli an Lamey, 16. Juni 1865, GLA 52 Lamey/6.

[158] Lamey an Bluntschli, 3. Juli 1865, ZBZ FA Bluntschli 8.484.

[159] Friedrich Karl Christian Kiefer (1830-1895):
Jurist und nationalliberaler Politiker, von Ende der 1860er bis Anfang der 1890er Jahre der Führer der badischen NLP, langjähriger Vorsitzender des Landesausschusses, Leiter der nationalliberalen "Badischen Correspondenz", führender Vertreter des linken Partei-

Ministerialrat im Justizministerium, Rudolf von Freydorf[160], die Trennung des linken Flügels von der liberalen Fraktion an:

> *Sie werden in Kurzem erleben, daß eine geschlossenere, besser organisirte, mit bestimmtem Programme ausgestattete und thätigere Parthei, zu deren Führern außer Häusser (dieser außerhalb der Kammer) u. Bluntschli (wird wohl an Häussers Stelle in die Kammer treten) namentlich Eckhard zählen wird sich von der Solidarität mit der Regierung emancipieren und auf eigenen Füßen die öffentlichen Dinge betreiben wird.*[161]

Die auslösenden Momente für die Verwirklichung dieses Planes waren die Revirements im Außenministerium und im Oberschulrat im Oktober.[162] Zum einen erweckte der Rücktritt Roggenbachs bei der radikalen Gruppe die Hoffnung, daß damit das Haupthindernis einer entschiedenen Schulpolitik beseitigt wäre und zum anderen erregte die Ablösung von Knies' als Direktor des Oberschulrates durch den gemäßigteren Moriz von Seyfried[163] großen Unmut. Da Knies ein Exponent des linken Flügels der Liberalen war, erweckte seine Entlassung die Befürchtung, die Regierung wolle der katholischen Bewegung ein Zugeständnis machen und ihren Kurs in der Schulpolitik ändern. Die beiden Umbesetzungen veranlaßten Kiefer dazu, seine Ankündigung vom September mit Nachdruck in einem Brief an v. Freydorf zu wiederholen:

> *Es wird Eckhard, mir selbst und den andern Freunden nur dann möglich sein die alte Vertrauensstellung gegenüber dem Ministerium beizubehalten, wenn wir durch Thatsachen (nicht Versicherungen in der Karlsruher Zeitung) überzeugt werden, daß man jene Politik der Zaghaftigkeit und unentschlossenen Versöhnlichkeit, deren höchste Spitze die Entlassung von Knies ist u. bleibt, aufgegeben und daß zur reellen Durchführung der Grundsätze von 1860 übergegangen werden will. Andernfalls würden wir nicht zu den vertrauensseligen Freunden, sondern zu den ih-*

---

flügels, 1865-95 MdIIK, 1871-79 und 1887-90 1. bzw. 2. Vizepräsident der II. Kammer und 1877-94 Fraktionsvorsitzender, 1871-73 u. 1877-81 MdR. Vgl.: Karl BAER, Friedrich Kiefer. Ein Lebensbild. Seinen Bekannten, Freunden und Verehrern gewidmet, Karlsruhe o. J. [1895]; Bad. Biogr. 5, S. 374-397.

[160] Karl Rudolf von Freydorf (1819-1882):
Staatsanwalt und nationalliberaler Politiker, 1866-71 Minister des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen, 1871-76 gleichzeitig Justizminister, 1867-81 MdIIK. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 137-142; ADB 48, S. 747f.

[161] Kiefer an v. Freydorf, 28. Sept. 1865, GLA 69 v. Freydorf/335 (Unterstreichung im Original). Bereits wenige Tage später erschien die programmatische Schrift Heinrich von Feders, des Theoretikers der "Fortschrittspartei", unter dem Titel "Die Politische Reform in Baden".

[162] Siehe BECKER, Liberaler Staat, S. 167 und GALL, Liberalismus, S. 324-328.

[163] Moriz von Seyfried (1824-1905):
Jurist, liberaler Katholik, 1864/65 Landeskommissär in Konstanz, 1865-68 Direktor des Oberschulrates. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 744-746.

ren politischen Grundsätzen mehr als den Personen Rechnung tragenden Gegnern gehören.[164]

Kiefer ging davon aus, daß v. Freydorf diese Warnung an die Minister weiterleitet. Als die Regierung auch in den folgenden Wochen nicht auf die Forderungen des linken Flügels einging, formierte sich dieser Anfang Dezember als selbständige Fraktion unter dem Namen "Fortschrittspartei".[165] Das "Mannheimer Journal" gab die Stärke dieser Gruppe mit 20 Abgeordneten an, zu denen in den meisten Fragen vier weitere hinzukämen;[166] zu ihren Exponenten zählten neben Kiefer und Eckhard außerdem Heinrich von Feder, Eduard Pickford und Eduard Moll.[167] Die gemäßigten Liberalen bezifferte das Blatt mit etwa 30, darunter als prominenteste Vertreter Ludwig Kirsner, Karl Friderich, Rudolf Kusel, Rudolf Obkircher und Heinrich Pagenstecher;[168] außerdem ständen drei oder vier Abgeordnete weiter

---

[164] Kiefer an v. Freydorf, 17. Nov. 1865, GLA 69 v. Freydorf/335 (Unterstreichungen im Original); auszugsweise zit. in Bad. Biograph. 5, S. 375f.

[165] Vgl. zur "Fortschrittspartei" FÄRBER, S. 273-276; BECKER, Liberaler Staat, S. 167-169; GALL, Liberalismus, S. 335-340; FENSKE, Südwesten, S. 124; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 84f.; EHRISMANN, S. 131-133; BLUM, S. 79f.; BAER, Kiefer, S. 9-11.

[166] Mannheimer Journal, nach BLZ 304/28. Dez. 1865. Vgl. auch Neue Frankfurter Zeitung, nach BLZ 296/I/17. Dez. 1865.

[167] Franz Heinrich von Feder (1822-1887):
Rechtsanwalt und langjähriger Führer der badischen Demokraten, 1863-86 MdIIK. Vgl.: Frank ENGEHAUSEN, Heinrich von Feder. Der politische Werdegang eines badischen Demokraten im 19. Jahrhundert, gemeinsam mit dem Mannheimer Anwaltsverein hrsg. v. Stadtarchiv Mannheim, Mannheim 1997. (Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 7); Bad. Biogr. 4, S. 115-125; ADB 48, S. 506f.

Eduard Pickford (1823-1866):
Privatdozent und linksliberaler Politiker, 1863-66 MdIIK. Vgl.: Bad. Biogr. 2, S. 136-138.

Eduard Moll (1814-1896):
Oberbürgermeister und demokratischer Politiker, 1861-68 MdIIK, 1870-91 Oberbürgermeister von Mannheim. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 569-574.

[168] Rudolf Kusel (1809-1890):
Rechtsanwalt und nationalliberaler Politiker, Vertreter des gemäßigten Flügels, 1861-71 MdIIK und damit der erste jüdische Abgeordnete in Baden. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 241f.

Rudolf Hermann Obkircher (1819-1881):
Jurist und liberaler Politiker, 1863-67 MdIIK, 1868-71 Justizminister, 1870-81 MdIK und 1873-80 Präsident der I. Kammer, seit 1871 Präsident des Oberhofgerichtes bzw. des Oberlandesgerichtes. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 284-289.

Heinrich Karl Alexander Pagenstecher (1799-1869):
Arzt und liberaler Politiker, 1848/49 MdN und 1863-67 MdIIK. Vgl.: Aus den Lebenserinnerungen des Dr. med. C. H. Alexander Pagenstecher (1860-1866). Nach der Manu-

rechts, so das Blatt. Erklärtes Ziel der "Fortschrittspartei" war es nicht, den badischen Liberalismus dauerhaft zu spalten, sondern den Anstoß zu einer inneren Reorganisation und Neuorientierung zu geben.

In den Satzungen der "Fortschrittspartei" wurden zwei Hauptziele formuliert: im innenpolitischen Bereich der *"Ausbau unserer Verfassungsgesetzgebung nach den Grundsätzen des freien, durch parlamentarische Regierung geleiteten Rechtsstaates; sowie die Durchführung der Selbstverwaltung in den hierfür geeigneten Interessenkreisen"*; in Bezug auf die nationale Frage *"die Vereinigung Deutschlands in einem Bundesstaate unter einheitlicher Centralgewalt, mit Vertretung der Nation in einem deutschen Parlamente"*.[169] An diesen allgemeinen Formeln, die sich nicht von den bisherigen Prinzipien der Regierung und der Liberalen unterschieden, lassen sich die wirklichen Intentionen der "Fortschrittspartei" nicht ablesen.

Aufschlußreicher ist ein für den Landtag 1865/66 verfaßtes "Sonderprogramm", in dem festgestellt wird, die Grundsätze des Kirchengesetzes von 1860 seien *"zur Ausscheidung der kirchlichen Zuständigkeiten vom Staatsgebiete in der gesammten Ausdehnung und folgerichtig durchzuführen"*; im einzelnen bedeute das eine Reform des Volksunterrichts *"im ganzen Umfange noch während des gegenwärtigen Landtags"*, eine Neugestaltung der Lehrerbildung, die Einführung der obligatorischen Zivilehe und die Regelung der Verwaltung der weltlichen Stiftungen im Sinne des Staates.[170] Diese kulturpolitischen Forderungen stellten offensichtlich die Kernpunkte im Programm der "Fortschrittspartei" dar, während die anderen innenpolitischen Themen - ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, ein Presse- und Vereinsgesetz und die Revision der Gemeindeordnung - wegen der bestehenden Praxis von untergeordneter Bedeutung waren. Das gleiche gilt für die außenpolitischen Ziele, die unverbindlich formuliert waren, da die Fronten - kleindeutsch und großdeutsch - durch die beiden liberalen Fraktionen hindurch verliefen und deshalb eine Festlegung nicht möglich war. Das "Sonderprogramm" ist ein Zeichen dafür, daß die entschiedene Durchsetzung der kulturpolitischen Forderungen das zentrale Anliegen der "Fortschrittspartei" war.[171]

---

skriptabschrift v. Alexander Pagenstecher hrsg. v. Franz Schnabel, in: ZGO 73 (1919), S. 227-256; Bad. Biogr. 2, S. 114-119; ADB 25, S. 67-69.

[169] § 1 u. 2 der Satzungen der Badischen Fortschrittsparthei, GLA 48/5163, Nr. 44. Zusammenfassungen in der Konstanzer Zeitung, nach BLZ 7/9. Jan. 1866 sowie in der Neuen Frankfurter Zeitung, nach BLZ 2/3. Jan. 1866.

[170] Entwurf des Sonderprogramms der Fortschrittspartei für den Landtag von 1865-66, GLA 48/5163, Zusammenfassung in der Konstanzer Zeitung, nach BLZ 7/9. Jan. 1866.

[171] So GALL, Liberalismus, S. 339.

Die Satzungen enthielten außerdem Bestimmungen über Aufgaben und Organisation der "Fortschrittspartei".[172] Danach waren ein gemeinsames und planmäßiges Vorgehen in der Zweiten Kammer, eine systematische Pressearbeit, regelmäßige Zusammenkünfte der Liberalen in den einzelnen Wahlbezirken und die Abhaltung öffentlicher Versammlungen vorgesehen. Um eine einheitliche Politik in der Zweiten Kammer zu ermöglichen war beabsichtigt, wöchentlich eine Versammlung aller Fraktionsmitglieder abzuhalten, die von einem der drei Mitglieder des *"Partheivorstandes"* zu leiten war. Der Parteiversammlung waren nach den Satzungen alle politischen Fragen und anstehenden Kammerbeschlüsse zur Abstimmung vorzulegen, und der Mehrheitsbeschluß sollte für alle Abgeordneten verbindlich sein - Abweichlern wurde mit dem Ausschluß gedroht. Zwischen den Sitzungsperioden war vorgesehen, den Parteivorstand durch die Hinzuwahl *"geschäftsführender Mitglieder"* aus den einzelnen Landkreisen zu verstärken.

Besonders im Vergleich mit den Offenburger Beschlüssen vom Sommer 1863[173] fällt auf, daß in den Satzungen und im Sonderprogramm konkrete Zielsetzungen und detaillierte Bestimmungen über die Organisation der "Fortschrittspartei" schriftlich festgelegt wurden. Bewerkenswert ist außerdem die straffe Fraktionsdisziplin, die eine Abkehr von der bisherigen Auffassung über die Stellung des liberalen Abgeordneten bedeutete, der frei nach seinem Gewissen und seiner Gesinnung entscheiden sollte. Stabel erkannte die daraus resultierenden Gefahren:

> *Die Organisation der Partei ist darauf berechnet, daß die Führer der Partei sie völlig in der Hand haben, und es könnte auf diesem Wege eine Mehrheit in der Kammer erzielt werden, die in Wahrheit die Minorität ist.*[174]

Auch die "Allgemeine Zeitung" machte auf den Widerspruch aufmerksam, daß die "Fortschrittspartei" einerseits eine strenge Fraktionsdisziplin verlange, andererseits aber behaupte, nicht gegen das Ministerium opponieren zu wollen.[175] Die Fraktionsmitglieder müßten oft einen schweren Gewissenskonflikt austragen, ob sie der Parteientschließung oder ihrer eigenen Überzeugung folgen wollten, kritisierte auch die "Landeszeitung".[176] Insgesamt bewertete dies Blatt die Spaltung der liberalen

---

[172] § 3-17 der Satzungen der Badischen Fortschrittsparthei.

[173] Siehe dazu Kapitel 1.2.

[174] Stabel an Friedrich I., 11. Dez. 1865, GLA FA 13 K 33, zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 168, Anm. 64.

[175] Allgemeine Zeitung, in BLZ 303/27. Dez. 1865.

[176] BLZ 291/I/12. Dez. 1865 u. BLZ 3/4. Jan. 1866.

Fraktion aber positiv: Sie bedeute einen *"entschiedenen Fortschritt"*, und die Gesetzgebung könne von einer solchen taktischen Gliederung des Liberalismus, der in seinen Hauptgrundsätzen und Hauptzielen einig sei, nur gewinnen. Zu begrüßen seien besonders die beabsichtigte bessere Kommunikation innerhalb der Fraktion, der engere Kontakt zwischen den Abgeordneten und ihren Wahlkreisen sowie der Anstoß für die gemäßigten Liberalen, sich ebenfalls zusammenzuschließen.

Tatsächlich führte die Konkurrenz innerhalb des liberalen Lagers zur Formierung einer zweiten Fraktion, die sich "Freie parlamentarische Partei" nannte. Die Initiative ging nach einem Bericht in der Presse von zehn Abgeordneten des gemäßigten Flügels aus, die zu einer Gründungsversammlung einluden.[177] Die neue Fraktion vertrete ebenfalls einen entschieden liberalen Standpunkt, halte an den Grundsätzen der "Neuen Ära" fest und werde die Regierung tatkräftig unterstützen. Sie wende sich nicht gegen das Programm der "Fortschrittspartei", lehne aber eine strikte Fraktionsdisziplin ab, so hieß es weiter. Stattdessen wolle sie in vertraulichen, aber freien Besprechungen die gemeinsame Haltung im Parlament klären, ohne allerdings bindende Verabredungen zu treffen. Dieser Zeitungsbericht stimmt mit einer Tagebucheintragung Bluntschlis überein, in der er zunächst die Gründung der "Fortschrittspartei" erwähnte und dann notierte:

> *'Wenn die lib. gemäßigte Partei sich nicht sammelt, ist sie verloren.' Es geschieht. Hier an d. Spitze Kirsner, Kusel, Obkircher, Pagenstecher. Gespräch mit den Führern in Heidelberg.*[178]

Bei diesem Treffen sei er mit seinen Vorschlägen durchgedrungen, die individuelle Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten sowie den konstitutionellen Charakter zu betonen und mit bindenden Programmaussagen abzuwarten, so Bluntschlis Tagebucheintrag. Skeptisch äußerte sich Bluntschli allerdings über die Wirksamkeit der neuen Fraktion, die er für untalentiert, inaktiv, ängstlich und willensschwach hielt.[179] Da außerdem Heinrich von Treitschke[180] in einem Brief vom Januar 1866

---

[177] BLZ 303/27. Dez. 1865, auch Frankfurter Journal, in BLZ 299/I/21. Dez. 1865.

[178] Bluntschlis Tagebuch, 25. Dez. 1865, ZBZ FA Bluntschli 32q.

[179] EBD. u. BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 133.

[180] Heinrich von Treitschke (1834-1896):
Historiker und rechtsliberaler Politiker, Mitherausgeber der "Preußischen Jahrbücher", 1863-66 Professor für Staatswissenschaft in Freiburg und 1867-74 in Heidelberg, 1871-88 MdR, zunächst als Mitglied der NLP, 1879 Austritt aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Vgl.: Adolf HAUSRATH, Zur Erinnerung an Heinrich von Treitschke, Leipzig 1901. (Alte Bekannte. Gedächtnisblätter, Nr. 2); Hans ECKERLIN, Heinrich von Treitschke, Leipzig 1898; Theodor SCHIEMANN, Heinrich von Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834-1866, München/Leipzig 1896. (Historische Bibliothek, Bd. 1); Bad. Biogr. 5, S. 895-904; ADB 55, S. 263-326.

schrieb, daß sich *"eine compacte ministerielle Partei"* bilde,[181] kann man von der Existenz der "Freien parlamentarischen Partei" ausgehen.[182] Damit waren die Liberalen in zwei Fraktionen gespalten, die sich gegenseitig blockieren konnten. Die Folge dieser Entwicklung war, daß die Schulfrage noch mehr ins Zentrum rückte, die innenpolitischen Fronten sich verhärteten und der parlamentarische Druck auf die Regierung weiter zunahm.

Robert von Mohl vermutete, die Führer der "Fortschrittspartei" hätten mit der Konstituierung der neuen Fraktion vor allem das Ziel verfolgt, die bestehende Regierung abzulösen.[183] Wenn dies der Fall gewesen sein sollte, waren die Erfolgsaussichten von vornherein schlecht, da Friedrich I. starke Vorbehalte gegen die *"unreifen Vorschläge(n)"* und das *"maßlose(s) Drängen"* der neuen Fraktion hatte.[184] Hinzu kam, daß es der "Fortschrittspartei" nicht gelang, die Mehrheit der Abgeordneten zu gewinnen. Das hing damit zusammen, daß die gemäßigten Liberalen sich ebenfalls organisierten und einige prominente Liberale, wie Häusser und Bluntschli, mit deren Beitritt der linke Flügel gerechnet hatte, sich nicht anschlossen. Während Häusser sich wegen seiner schweren Krankheit zurückhielt, schloß sich Bluntschli bewußt nicht an: Er wandte sich gegen das *"Verderben der Clubbeschlüsse"* und war überzeugt, die "Fortschrittspartei" sei in eine falsche Stellung gelockt worden, wenn er ihr auch zugute hielt, daß sie mehr Talente und die besseren Redner habe.[185] Die neue Fraktion wollte mit einer verstärkten Pressearbeit, regelmäßigen Treffen in den einzelnen Wahlkreisen und der Abhaltung öffentlicher Versammlungen eine kontinuierliche Basisarbeit entfalten, was ein Novum für den badischen Liberalismus gewesen wäre. In den wenigen

---

[181] Treitschke an Gustav Freytag, 28. Jan. 1866, in: Heinrich von Treitschkes Briefe, hrsg. v. Max CORNICELIUS, Bd. 2, Leipzig 1913, S. 458-461, hier S. 460.

[182] In der Forschung ist die "Freie parlamentarische Partei" bisher nicht berücksichtigt worden. Lediglich GALL, Liberalismus, S. 336, Anm. 11, erwähnt, daß sie geplant, aber nicht zustande gekommen wäre; der Autor kennt aber offensichtlich die Aussagen Bluntschlis und v. Treitschkes nicht. Der Grund für die Nichtbeachtung dürfte mit ihrer kurzen Lebensdauer von Ende 1865 bis zum Sommer 1866 und damit zu erklären sein, daß sie wegen ihrer - im Unterschied zur "Fortschrittspartei" - lockeren Struktur und geringen Aktivitäten nur wenig in Erscheinung trat.

[183] Robert von Mohl an seinen Bruder Moriz, 14. Febr. 1866, Landesbibliothek Stuttgart, Nachl. Robert v. Mohl, nach BECKER, Liberaler Staat, S. 168, Anm. 66. Die BLZ (303/27. Dez. 1865) hielt dagegen diese Absicht für unwahrscheinlich.

[184] Friedrich I. an Gelzer, 2. Apr. 1866, in: ONCKEN, Großherzog Friedrich I., Bd. 1, S. 496-500, hier S. 496.

[185] BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 133.

Monaten ihres Bestehens konnte sie diese Pläne allerdings nicht realisieren. Von einer "Partei" im modernen Sinne kann deshalb im Falle der "Fortschrittspartei" - ebenso wie bei der "Freien parlamentarischen Partei" - nicht gesprochen werden, vielmehr handelte es sich in beiden Fällen um "Fraktionen".[186]

Die Stabilität dieser beiden Gruppierungen wurde dadurch erschwert, daß die Spaltung durch die Kulturpolitik bestimmt war, während in der Nationalpolitik die Fronten durch die Fraktionen hindurch verliefen.[187] Als im Sommer 1866 infolge des Deutschen Krieges die nationale Frage in den Mittelpunkt rückte, brach die "Fortschrittspartei" in eine linksliberal-demokratische Minderheit um von Feder und eine Mehrheit um Kiefer und Eckhard auseinander. Diese größere Gruppe vereinigte sich wieder mit der "Freien parlamentarischen Partei", und aus diesem Zusammenschluß entstand in den Jahren 1868/69 die Nationalliberale Partei. Die "Fortschrittspartei" war somit gleichermaßen der Vorläufer der Nationalliberalen Partei wie der Demokraten.

4. Herausforderung für die Liberalen: Die Kasino-Bewegung

Der badische Liberalismus, *"der behaglich sich unter einem liberalen Ministerium breit macht[e]"*[188], wurde von der Entstehung einer breiten katholischen Oppositionsbewegung überrascht und sich dadurch erstmals der Gefahr bewußt, daß er seine Monopolstellung verlieren könnte. Die sogenannte "Kasino"-Bewegung ging Anfang 1865 aus dem Widerstand gegen das Schulaufsichtsgesetz hervor, der sich auch in Wahlenthaltungen bei den Ortsschulratswahlen und in einer Petitionsbewegung manifestierte.[189] Die Anregung zur Bildung des ersten Kasinos

---

[186] Zum Parteibegriff siehe Einleitung 1.

[187] GALL, Liberalismus, S. 337; FENSKE, Südwesten, S. 124.

[188] So der Oberrheinische Courier 41/17. Febr. 1865, zit. nach DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 313.

[189] Zur Kasino-Bewegung vgl. BECKER, Liberaler Staat, S. 141-152 u. 195-198; GALL, Liberalismus, S. 291-302; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 144-146; Julius DORNEICH, Die Entstehung der badischen "Katholischen Volkspartei" zwischen 1865 und 1869 im Tagebuch von Baurat Dr. Karl Bader, in: FDA 84 (1964), S. 272-399, hier S. 300-324; DERS., Der Kirchenkampf in Baden (1860-1876) und die Katholische Gegenbewegung, in: FDA 94 (1974), S. 547-588, hier S. 557-561; Franz DOR, Jakob Lindau. Ein badischer Politiker und Volksmann in seinem Leben und Wirken geschildert, mit einem Geleitswort v. Geistl. Rat Theodor Wacker, Freiburg (3) 1913, S. 23-39; FÄRBER, S. 276-280; BACHEM, Bd. 2, S. 306-309; Fred Ludwig SEPAINTNER, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im

in Baden erfolgte durch den Aachener Katholikentag im Jahre 1862, auf dem den Gläubigen empfohlen wurde, sich in ihrer bedrängten Lage zu festen Gemeinschaften zusammenzuschließen. Der Heidelberger Kaufmann Jakob Lindau[190] folgte dieser Empfehlung und gründete in seiner Heimatstadt im Herbst 1862 ein Kasino, eine gesellige Vereinigung von Katholiken, die zu Diskussions- und Vortragsabenden zusammenkam. Im Herbst 1864 politisierte der Schulstreit das Heidelberger Kasino und führte zu dem Plan, Versammlungen auch an anderen Orten abzuhalten, womit die Idee des "Wandernden Kasinos" geboren war.

Das Kasino verstand sich als

> *eine gelegentliche Zusammenkunft von Männern, welche in dem Schulgesetz vom 29. Juli 1864 einen Angriff auf die Rechte der Kirche und auf die verfassungsmäßige Gewissensfreiheit sehen, und welche sich besprechen wollen über die gesetzlichen Mittel, um beide zu wahren*[191].

Der "Badische Beobachter" charakterisierte die neue Bewegung als einen *"Akt der rechtlichen Nothwehr ... der Katholiken des Landes"*[192], die sich zusammenschlössen, weil die *"Freiheit des Gewissens, des Glaubens und der Religion angegriffen"* sei und sie *"in ihren Rechten als Christen, als Familienväter und als Glieder ihrer Kirche verletzt"*[193] seien. Neben den religiösen Fragen gehe es ihnen aber auch um ihre bürgerlichen und politischen Rechte, erklärte das katholische Blatt, denn die kirchentreuen Katholiken seien aus allen öffentlichen Stellen verdrängt worden.

Am 5. Februar 1865 nahm die Kasino-Bewegung mit einer Versammlung in Mosbach ihren Anfang, worauf in den folgenden Wochen zahlreiche Veranstaltungen mit jeweils Hunderten von Besuchern abgehalten wurden. Bereits die erste Versammlung im Seekreis, die am 9. Februar mit Bedacht nicht in der liberalen Hochburg Konstanz, sondern in Radolfzell abgehalten wurde, wurde durch die Liberalen unterwandert und massiv gestört. Diese konnten sie in eine eigene

---

Kaiserreich, Diss. phil. Mannheim 1981, Frankfurt/Bern 1983, S. 63f. (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 192); Bernd OTTNAD, Politische Geschichte von 1850 bis 1918, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 65-85, hier S. 72f.; Karl BUCHHEIM, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963, S. 185f.

190 Jakob Lindau (1833-1898):
Kaufmann und Politiker der KVP bzw. des Zentrums, Initiator der Kasino-Bewegung und Mitbegründer der KVP, 1867-69 erster und einziger Abgeordneter des politischen Katholizismus in der II. Kammer, 1867-70 und 1875/76 MdIIK, 1868-70 MdZ, 1871 und 1891 MdR. Vgl.: DOR, Lindau; Bad. Biogr. 5, S. 524f.

191 BB 41/17. Febr. 1865: Zur Handhabung der Ordnung auf den wandernden Casino's.

192 BB 45/22. Febr. 1865: Die wandernden Casino's.

193 BB 41/17. Febr. 1865: Zur Handhabung der Ordnung auf den wandernden Casino's.

Veranstaltung umfunktionieren und so verhindern, daß die von den Initiatoren geplante Adresse an die Regierung verabschiedet wurde. Nach dem Bericht des "Badischen Beobachters" wurde der Hauptvortrag eines Meersburger Pfarrverwesers mehrfach durch Lärmen der Liberalen um den Konstanzer Landtagsabgeordneten Karl Seiz[194] unterbrochen.[195] Nach der Rede habe Seiz versucht, den Vorredner zu widerlegen und anschließend verlangt, in der Versammlung über die Stiftungsfrage abzustimmen. Roderich Freiherr von Stotzingen habe das abgelehnt, so der Bericht weiter, und das Verhalten der Liberalen mißbilligt, die wohlorganisiert und unter dem Schutz des Staates die Besprechung der Katholiken stören wollten. Wegen dieser Äußerungen habe der anwesende Beamte die Versammlung, als für die öffentliche Sicherheit und Ruhe gefährlich, aufgelöst und den Saal räumen lassen.

Die "Landeszeitung" stellte mit Nachdruck heraus, daß die Gegner der Kasino-Versammlung die Majorität gehabt hätten: Etwa 40 Geistliche und 80 ihrer Anhänger hätten 180 Liberalen gegenübergestanden, und 50 Unentschiedene wären nach der Diskussion auch auf der Seite der Liberalen gewesen.[196] Die Frage nach den *"Nutzanwendungen"* beantwortete das liberale Hauptorgan folgendermaßen:

> *Die erste und naheliegendste ist: Macht's anderwärts ebenso! Ihr habt hier ein Beispiel, auf welche Weise man die Füchse in den Gruben fängt, welche sie selbst gegraben haben! ... kein wanderndes Kasino mehr unbesucht gelassen - das ist ein nunmehr erprobtes Mittel, die gegnerische Sache in ihrer ganzen Schwäche und Hohlheit zu zeigen![197]*

Bereits am Tage zuvor hatte sich die "Landeszeitung" dafür ausgesprochen, die Kasinos ungehindert stattfinden zu lassen, aber zwei Punkte zu beachten: Bei jeder Versammlung sollten ein Beamter und ein Gerichtsvertreter anwesend sein, damit jede Gesetzesverletzung geahndet werde; wenn sich ein Kasino an einen *"Sitz*

---

[194] Karl Seiz (1816-1899):
Kreisschulrat und nationalliberaler Politiker, Altkatholik, 1861-71MdIIK und 1871-74 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 721f.

[195] BB 39/15. Febr. 1865. Vgl. die Gegendarstellungen in FZ 38/14. Febr. 1865, Beil., und BLZ 40/I/16. Febr. 1865; siehe auch Dieter BELLMANN, Der Liberalismus im Seekreis (1860-1870). Durchsetzungsversuch und Scheitern eines regional eigenständigen Entwicklungskonzeptes, in: Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, hrsg. v. Gert Zang, Frankfurt 1978, S. 183-263, hier S. 208-212; DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 313f.

[196] BLZ 40/I/16. Febr. 1865. Der "Badische Beobachter" (39/15. Febr. 1865) sprach von 500 Besuchern, ohne diese weiter aufzuschlüsseln.

[197] EBD.

bürgerlicher Kultur" wage, sollten *"nach dem schönen Vorbild von Radolfszell"* die liberalen Katholiken massenhaft erscheinen, und den Teilnehmern *"mit der Leuchte des Gesetzes und des Rechtes heimzünden"*.[198] Die Zeitung sprach zugleich die Erwartung aus, daß die auf *"Unbildung und Unwissenheit gegründete(n) Priesterherrschaft"* in kurzer Zeit an sich selbst zu Grunde gehen werde - durch die öffentliche Verachtung und die *"Kraft der Bildung u. der Freiheit"* sollte das Ende beschleunigt werden.[199]

Nachdem die größte liberale Zeitung vorangegangen war, wurde *"Radolfzellieren"* in den folgenden Tagen in der liberalen Presse zum Schlagwort für die Störung von Kasinos. Allerdings waren die Reaktionen der liberalen Presse auf die schnell anwachsende Bewegung geteilt: Neben der Aufforderung zum Stören der Kasinos gab es auch Stimmen, die sich für ein völliges Gewährenlassen aussprachen und andere, die ein grundsätzliches Verbot forderten.[200]

Die Führer der Kasino-Bewegung zogen aus der Störung von Radolfzell die Konsequenz, von nun an alle Nichtkatholiken und auch diejenigen auszuschließen, die nicht mit den Grundsätzen der Kasino-Bewegung übereinstimmten.[201] Wenn diese trotzdem in eine Kasino-Versammlung gelangten, so stellten die Grundsätze fest, sollten sie weder die Erlaubnis zum Sprechen noch zur Abstimmung erhalten und im Falle der Störung zum Verlassen der Veranstaltung gezwungen werden. Durch diese Maßnahmen hofften die Veranstalter, Störungen und Majorisierungen durch die Liberalen in der Folgezeit verhindern zu können.

Einen dramatischen Höhepunkt erreichte die Kasino-Bewegung am 23. Februar 1865 im liberal-demokratischen Mannheim, wo es zu schweren Ausschreitungen kam.[202] Im Vorfeld hatten die Liberalen in der Presse, mit einem Aufruf und in einer Gegenveranstaltung gegen die geplante katholische Versammlung agitiert. Das "Anti-Kasino", bei dem am 22. Februar, unter dem Vorsitz von

---

198 BLZ 39/15. Febr. 1865.

199 EBD.

200 DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 313f. Die BZ (42/18. Febr. 1865) kommentierte: *"Wenn man es überall so macht wie in Radolfzell, hat für das wandernde Casino das Totenglöckchen geschlagen."* Ebenso empfahl die FZ (38/14. Febr. 1865, Beil.) das Vorgehen von Radolfzell zur Nachahmung.

201 BB 41/17. Febr. 1865: Zur Handhabung der Ordnung auf den wandernden Casino's.

202 Vgl. zum Folgenden BB 49/26. Febr. 1865 und BLZ 48/25. Febr. 1865; BECKER, Liberaler Staat, S. 142f.; einseitige Darstellung bei DOR, Lindau, S. 27-34.

Oberbürgermeister Ludwig Achenbach[203], etwa 2000 Liberale zusammenkamen, verabschiedete eine Adresse an Friedrich I.[204] Bei dieser Tagung kam die Sorge zum Ausdruck, daß die rührige und geschickt agierende katholische Bewegung negative Auswirkungen auf das Staatsleben haben könnte, und es wurde die Pflicht betont, die Teilnahmslosigkeit abzulegen und sich laut und offen als Kasino-Gegner zu bekennen. In der verabschiedeten Adresse erklärten die Teilnehmer, der Zweck der katholischen Agitation liege darin, den Großherzog zur Aufhebung des verfassungsmäßig erlassenen Schulgesetzes zu bewegen, was einem Angriff auf die Verfassung, das oberste Heiligtum des Staates, gleichkomme; da das Schulgesetz einen wichtigen Baustein der staatlichen Entwicklung darstelle, bedeute die Agitation gleichzeitig auch eine feindselige Haltung gegenüber der gesamten "Neuen Ära".[205] Weiter heißt es in der Ansprache, eine Kirche, die mit dem "Syllabus errorum"[206] Positionen vertrete, die mit sämtlichen Grundsätzen des Staatslebens in unversöhnlichem Widerspruch ständen, habe den Anspruch auf die Leitung der Volkserziehung verwirkt. Aus diesen Gründen protestiere man gegen die Agitation zur Abschaffung des Schulgesetzes.

Am selben Tag veröffentlichten der "Mannheimer Anzeiger" und das "Mannheimer Journal" einen von 156 Bürgern unterzeichneten Aufruf an die Katholiken Mannheims und der Umgebung.[207] Es gelte, so hieß es darin, sich öffentlich von der *"Partei der Encyclica"* loszusagen und zu bekunden, daß die Katholiken der "Wandernden Kasinos" nicht die katholische Kirche Badens seien. Abschließend folgte die Aufforderung, am Mannheimer Kasino teilzunehmen und seine abweichende Position zu bekunden.

Wegen der angespannten Atmosphäre wurde es in Kreisen der Kasino-Gegner bereits einige Tage vor der katholischen Veranstaltung nicht ausgeschlossen, daß

---

[203] Ludwig Achenbach (1812-1879):
Rechtsanwalt und nationalliberaler Politiker, 1861-70 Oberbürgermeister von Mannheim, 1854-66 MdIIK.

[204] Siehe BLZ 47/24. Febr. 1865 u. DOR, Lindau, S. 29f.

[205] Text der Adresse in BLZ 48/25. Febr. 1865: Die Mannheimer Adresse; auszugsweise abgedruckt auch bei DOR, Lindau, S. 29.

[206] Der "Syllabus errorum" stellte ein Verzeichnis von 80 "Zeitirrtümern" aus den Bereichen Religion, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft dar, das Papst Pius IX. im Dezember 1864 mit der Enzyklika "Quanta cura" an die Bischöfe verschickte. Mit seinen konservativen und streng antiliberalen Positionen, wie der Verurteilung theologischer "Irrlehren" oder der Ablehnung der Forderung nach Pressefreiheit, trug der Syllabus zur Verschärfung des Konfliktes zwischen Staat und Kirche bei.

[207] Wiederabdruck in BLZ 47/24. Febr. 1865, auszugsweise auch bei DOR, Lindau, S. 28.

"die Interessen des Staates durch ein Stückchen Faustrecht" zur Geltung gebracht würden, um auf diese Weise die Versammlung zu verhindern.[208] Für eine zusätzliche Aufheizung der Stimmung sorgten mehrere Anzeigen im "Mannheimer Anzeiger", besonders eine am Veranstaltungstag erschienene mit der Ankündigung, daß *"eine Partie Schwarzwildbret zum Aushauen"* eintreffe.[209] Zur Verschärfung trug außerdem bei, daß die Regierung kurzfristig die Benutzung der Mannheimer Kirchen untersagte, so daß die Kasino-Besucher mit den Gegendemonstranten auf den Straßen und Plätzen zusammenstießen. Nach einem Bericht des "Badischen Beobachters" spielten sich dabei folgende Szenen ab:

> *Der Pöbel riß an einzelnen Stellen das Pflaster auf, warf auf die Katholiken mit Koth und Steinen, überfiel einzelne Geistliche und sonstige Leute, schlug sie mit Steinen, warf Einzelne zu Boden und zog sie in den Gassen herum. Einem würdigen Priester wurden buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen. Ein Mitglied einer Stiftungscommission erhielt einen gefährlichen Messerstich in den Unterleib.*[210]

Mit unverhohlener Schadenfreude kommentierte die liberale Presse die Vorfälle: Das Kasino habe sich in Mannheim den Hals gebrochen und selbst den Skandal verschuldet, denn es gehöre eine Menge Unverschämtheit und Unkenntnis dazu, gerade in Mannheim eine auf den Sturz der Verfassung und der Regierung gerichtete Versammlung abzuhalten.[211] In der katholischen Presse, aber auch im Mannheimer Polizeibericht, wurde die Vermutung geäußert, die Gegendemonstranten wären bestellt und bezahlt worden.[212] Auch außerhalb Badens fand der Mannheimer Zwischenfall große Beachtung und führte dazu, daß der

---

[208] Allgemeine Zeitung (Augsburg), 20. Febr. 1865, zit. nach DOR, Lindau, S. 30.

[209] Mannheimer Anzeiger 46/23. Febr. 1865, zit. nach DOR, Lindau, S. 30.

[210] BB 49/26. Febr. 1865. Vgl. auch den überzogenen Bericht eines Korrespondenten des "Mainzer Abendblattes" (zit. bei DOR, Lindau, S. 33): *"Ein Pfarrverweser ... wird von einer Rotte vorwärts gestoßen, große Steine schleudern sie aus einer kleinen Entfernung auf den Rücken des Mißhandelten. Er dreht sich bleichen Angesichts um, es hagelt Stockschläge auf ihn herab, man reißt ihm den Hut ab, zertritt ihn. Einige Schritte von uns schlägt man einem mit einem Orden dekorierten alten Geistlichen den Hut ab, und wie der Kopf entblößt ist, trifft ein halbfaustgroßer Stein seine Stirne. Zu gleicher Zeit fliegen viele Steine auf ihn. Einem andern Geistlichen schlägt ein Jude die Hand ins Gesicht und zertrümmert seine Brille. Von allen Seiten gellt uns der Ruf in die Ohren: 'Hinaus mit den Ruhestörern, schlagt sie tot!'"*

[211] BLZ 48/25. Febr. 1865.

[212] BECKER, Liberaler Staat, S. 143. Die Unterstellungen von katholischer Seite, die Regierung hätte sich mit den Ausschreitungen solidarisch gezeigt, und Lamey sowie Mathy hätten bei einem Aufenthalt in Mannheim am 21. und 22. Februar die Demonstrationen sogar selbst eingefädelt, erscheinen nicht glaubhaft. Vgl. dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 143, Anm. 53.

österreichische Außenminister, Graf von Mensdorff-Pouilly, in Karlsruhe scharf gegen die badische Politik gegenüber der katholischen Kirche protestierte. Auf Anweisung Lameys wurden in der Folgezeit die Kasino-Versammlungen verboten, so daß diese nur noch in einzelnen Fällen, außerhalb der badischen Grenzen, abgehalten werden konnten.

Als Illusion stellte sich die Überzeugung der Liberalen heraus, daß *"das Casino alsbald zur Unmöglichkeit geworden sein werde, wenn erst einmal die Jahreszeit den Landmann von seiner Langenweile kurirt haben werde"*[213]. Auch die Versammlungsverbote sorgten nur für eine kurze Unterbrechung der katholischen Agitation, da die Wahlen zu den Kreisversammlungen im Spätsommer und Herbst 1865 der Oppositionsbewegung die Möglichkeit boten, unter dem Schutz des Gesetzes ihre Kampagne gegen den regierenden Liberalismus fortzusetzen.[214] Außer der Schul- und Kirchenpolitik sollten, wie eine vertrauliche Konferenz von 50 katholischen Notabeln im Mai 1865 beschloß, nun vermehrt Militärfragen, die Steuerlasten und soziale Probleme angesprochen werden. Seit Juni verstärkte die katholische Bewegung, die nun häufig unter dem Namen "Conservative Opposition" auftrat, ihre Aktivitäten, und ihre Zusammenkünfte fanden noch mehr Zulauf als am Anfang des Jahres. Bei zwei Wahlveranstaltungen im Bezirk Lahr und in der Nähe von Heidelberg konnte Lindau, der innerhalb der katholischen Landbevölkerung eine große Popularität erreicht hatte, jeweils mehr als 3000 Zuhörer anziehen. Zwei weitere Faktoren verbesserten die Chancen der katholischen Opposition: Zum einen rief Erzbischof Hermann v. Vicari in einem Hirtenbrief das katholische Volk eindringlich dazu auf, nur solche Wahlmänner und Abgeordnete zu wählen, die als *"unabhängig nach Außen, gläubig kirchengetreu und gewissenhaft"* bekannt und mit den Bedürfnissen des katholischen Volkes vertraut seien.[215] Zum anderen forderte eine "Freie Konferenz" des Klerus am 9. August in Freiburg die Geistlichen zu einem konsequenten Engagement bei den Wahlen auf, was im

---

[213] Süddeutsches evangelisch-protestantisches Wochenblatt 6/1865, S. 36, zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 143.

[214] Vgl. zum Folgenden BECKER, Liberaler Staat, S. 143-146; DOR, Lindau, S. 39-41; DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 323f.; DERS., Kirchenkampf, S. 563-565. Durch die Verwaltungsreform von 1863 wurden elf Kreisverbände als regionale Selbstverwaltungskörper geschaffen, denen Aufgaben von gemeinsamem Interesse, wie Bildungsanstalten und Sparkassen, übertragen wurden. Die Kreisversammlung, das Hauptorgan der Kreisverbände, wurde durch allgemeine indirekte Wahlen, durch Kommunen und durch Grundbesitzer bestellt (siehe GALL, Liberalismus, S. 185f.)

[215] Zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 144.

nachhinein vom Ordinariat nicht nur sanktioniert, sondern sogar als bindende Pflicht erklärt wurde. Das Eingreifen des Erzbischofs und des Klerus in den Wahlkampf stellte ein Novum dar und hatte in seiner Wirkung auf den katholischen Bevölkerungsteil eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Das Ergebnis der Kreisversammlungswahlen wurde zu einem überraschenden Ausdruck für die Stärke der antiliberalen Oppositionsbewegung.[216] Aus den Urwahlen gingen 3278 liberale und außerdem 1671 katholische Wahlmänner hervor, die in einem Drittel der Landorte und in dreizehn Amtsstädten, darunter auch mittlere Städte wie Bruchsal und Rastatt, sogar die Mehrheit bildeten. Die Wahlen der Kreisabgeordneten führten zum Ergebnis, daß von den 169 Abgeordneten der Bürger und staatsbürgerlichen Einwohner etwa 25 Geistliche und weitere 60 von der katholischen Opposition als kirchentreue Katholiken bezeichnete Bürger gewählt wurden. Damit war die Opposition nicht nur in allen elf Kreisversammlungen Badens repräsentiert, sondern besaß in einer von ihnen sogar die Mehrheit.

Auffällig ist die mit 73% höchste Wahlbeteiligung seit Bestehen der Verfassung, obwohl bei diesem Urnengang nur über die Zusammensetzung regionaler Selbstverwaltungskörper entschieden wurde. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß es den Ultramontanen[217] gelang, diesen Wahlgang zu einer politischen und religiösen Frage von weitreichender Bedeutung aufzuwerten und so große Teile der katholischen Landbevölkerung zu mobilisieren. Als Beleg läßt sich ein Wahlaufruf anführen, der in den Worten gipfelte, es gehe bei der Wahl um *"Sein oder Nichtsein"*, denn würde die Zusammensetzung der Kreisversammlungen denen der Kammern entsprechen, so hätten die Katholiken *"ein Zeugniss.. des Mangels an innerer Lebenskraft, ein Zeugniss der Abgestorbenheit"* abgelegt.[218] Der Erfolg der antiliberalen Opposition wird erst in vollem Umfang deutlich, wenn man die Verhältnisse in der Zweiten Kammer des Landtages als Vergleichsmaßstab heranzieht, in der die Liberalen seit 1863 eine überwältigende Mehrheit von etwa 54 der 63 Abgeordnete stellten, was einem Mandatsanteil von 86% entsprach.[219]

"Einer allmächtigen Verwaltungsmaschine, einer Geldaristokratie und deren Meinungstyrannei gegenüber auch nur theilweise siegen, ist schon ehrenhaft", des-

---

[216] Wahlergebnisse nach EBD., S. 145.

[217] Im Folgenden wird der Begriff "Ultramontanismus" wertneutral für die besonders papsttreue, strengkirchliche und an Rom orientierte Richtung innerhalb des Katholizismus verwendet.

[218] BB 205/3. Sept. 1865: Der 4. September naht! (Hervorhebungen im Original).

[219] Mandatszahl nach GALL, Liberalismus, S. 61, Anm. 8.

halb gehöre der Sieg der katholischen Opposition, so der Kommentar des "Badischen Beobachters" zum Wahlausgang.[220] Die "Pfälzer Zeitung" hob hervor, in den leitenden Kreisen Badens habe man bisher angenommen, die Opposition beschränke sich auf kleine Kreise und in der Bevölkerung herrsche völlige Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik - der Wahlausgang habe diese Auffassung ad absurdum geführt.[221] Man müsse einer so starken Opposition Rechnung tragen, indem man den bisherigen Kurs der Politik ändere und Konzessionen an die Oppositionsbewegung mache. Das Blatt befürwortete die Einsetzung einer anderen Regierung, denn mit dem gegenwärtigen Staatsministerium wäre selbst bei *"weitestgehenden Concessionen"* kein Frieden möglich, so die "Pfälzer Zeitung", wogegen eine neue Regierung die Opposition *"ohne Zweifel sehr zugänglich und versöhnlich finden"* würde. Die Gründe für den Erfolg der katholischen Opposition sah die liberale Augsburger "Allgemeine Zeitung" auch darin begründet, daß diese gut organisiert sei, über bedeutende Geldmittel verfüge und - als ausschlaggebender Punkt - in ihren Reihen einige geschickte Volksredner habe, die den Liberalen fehlten.[222]

Die "Badische Landeszeitung" war ganz offensichtlich bemüht, den Überraschungserfolg der Opposition herunterzuspielen. Die Siege der Opposition auf dem Lande seien voraussehbar gewesen und würden durch mehrere Umstände ihr Gewicht verlieren, so argumentierte das liberale Hauptorgan in einem Leitartikel:[223] Erstens sei die große Mehrzahl der katholischen Vertreter zwar kirchlich-religiös, aber nicht oppositionell gesinnt; zweitens sei in abgelegenen Bezirken aus Unwissenheit in dieser Weise abgestimmt worden; drittens sei die Stimmabgabe gerade in konfessionell gemischten Gemeinden mit der Rivalität zwischen den Konfessionen zu erklären; schließlich habe ein großer Teil der Wähler nur dem moralischen Druck der Seelsorger nachgegeben und gegen seine eigene Überzeugung gestimmt. Der Heidelberger Korrespondent des Blattes stellte den Wahlausgang sogar als eine *"entschiedene(n) Niederlage"* der katholischen Bewegung dar, womit die Stellung des Landtags gegenüber dem Klerus gestärkt und die Regierung aufgefordert sei, den eingeschlagenen Weg der Reformen

---

[220] BB 223/24. Sept. 1865: Der neuen Aera Kehrseite.

[221] Pfälzer Zeitung, 17. Sept. 1865, in BB 222/23. Sept. 1865.

[222] Allgemeine Zeitung (Augsburg), in BB 228/30. Sept. 1865.

[223] BLZ 214/13. Sept.1865: Bedeutung des Wahlsieges für die bad. Katholiken.

entschieden weiter zu verfolgen.[224] Selbstkritisch wurde aber auch eingeräumt, die Liberalen seien an vielen Orten von der katholischen Agitation überrascht worden.

Als die beiden ausschlaggebenden Faktoren für die Entstehung der Kasino-Bewegung sind der Schulstreit und der politisch-soziale Konflikt zwischen den bäuerlich-kleinbürgerlichen, katholischen Bevölkerungsgruppen und dem liberalen Bürgertum anzusehen.[225] Die Wirtschaftspolitik der Liberalen wurde im wesentlichen von den Verhältnissen in den Städten und den Bedürfnissen von Handel und Gewerbe bestimmt. Besonders die Einführung von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit kam den städtisch-protestantischen Bevölkerungsteilen zugute, während die mehrheitlich katholische Bevölkerung auf dem Lande bei einer ungehemmten Konkurrenz weder wirtschaftlich noch im Hinblick auf den Bildungsstand mithalten konnte. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Stadt und Land verstärkte sich durch diese Gesetze weiter und führte in den ländlichen Regionen zu einem sozialen Gegensatzbewußtsein und einer allgemeinen Unzufriedenheit, die sich gegen die Städte, die Liberalen und die Regierung richtete.

Die Führer der katholischen Bewegung verstanden es, dieses latente Unbehagen gegen die Reformpolitik der "Neuen Ära" zu artikulieren. Ein gutes Beispiel bietet der katholische "Freiburger Bote", der in kurzen Abständen ein *"Verzeichniss der Bedrückungen"* wiederholte, welche der badische Bürger durch das liberale System zu erdulden habe: die Erhöhung der Staatsausgaben seit 1860, eine starke Vermehrung der Beamtenzahl mit hohen Bezügen, eine kostspielige neue Verwaltungs- und Justizorganisation, die Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und

---

[224] BLZ 213/12. Sept. 1865.

[225] Vgl. zum Folgenden FENSKE, Baden 1860-1918, S. 145f.; BECKER, Liberaler Staat, S. 147-152 u. 197f.; GALL, Liberalismus, S. 176-178 u. 291-295; OTTNAD, S. 72f. Innerhalb der Forschung ist die Frage umstritten, ob die Kirchenpolitik oder das soziale Moment als der entscheidende Faktor für die Entstehung der katholischen Oppositionsbewegung anzusehen ist. GALL (Liberalismus, S. 294) schätzt das soziale Gegensatzbewußtsein zwischen Stadt und Land und die allgemeine Unzufriedenheit in den ländlichen Regionen als die eigentliche Triebkräfte ein und kommt zu dem Schluß, bei diesen Voraussetzungen hätte *"ein relativ beliebiger Anlaß"* ausgereicht, um die ländliche Bevölkerung zu mobilisieren. Die Gegenposition vertritt BECKER (Liberaler Staat, S. 197f.), der den Kulturkampf als die *"Initialzündung"* interpretiert und urteilt, die sozialen Gegensätze hätten der Bewegung lediglich ein *"Substrat und politisches Potential"* geliefert. Auch Thomas NIPPERDEY (Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei, in: HZ 210 (1970), S. 436-439, hier S. 438) meldet Vorbehalte gegen Galls These an: Das verspätete Einsetzen der katholischen Bewegung erst in den Jahren 1864/65 könne nicht nur mit wirtschaftlich-sozialen Gründen, wie Gall dies tue, sondern ebenso damit erklärt werden, daß die Agitation Zeit brauchte und die Liberalen 1860 einen Vorteil in der öffentlichen Meinung gehabt hätten.

Heiratserleichterung zum Schaden der Gemeinden, eine zu weit gehende Judenemanzipation und die neue Katastervermessung mit nachteiligen Folgen für die Grundbesitzer.[226] Von langfristiger Bedeutung war, daß die katholische Opposition mit der Bildung katholischer Vereine, der Beteiligung des Klerus am Wahlkampf und der eingeleiteten Gründung einer politischen Tagespresse[227] bereits wichtige Grundlagen schuf, um zukünftig mit dem Liberalismus konkurrieren zu können.

Die Liberalen wurden von der Stärke der katholischen Oppositionsbewegung überrascht, denn sie hatten ihre eigene Position im Volk für unerschütterlich gehalten. Diese Überzeugung resultierte aus mehreren Faktoren: Die umfangreiche und vermeintlich erfolgreiche Reformgesetzgebung der "Neuen Ära" schien bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Zustimmung zu stoßen. Bestätigt wurde diese Auffassung durch das erfolgreiche Abschneiden bei den Landtagswahlen, bei denen die Liberalen ihre 1859 errungene absolute Mehrheit 1861 auf 48 und 1863 auf 54 Mandate ausbauen konnten. Hinzu kamen der Glaube an die tiefe Verwurzelung der liberalen Ideen im Volk und der liberale Anspruch, den "allgemeinen Stand" und damit die wahren Interessen des Landes zu repräsentieren. Aus diesen Gründen, und außerdem gestützt auf die Erfahrungen der Jahre 1860 und 1862, gingen die Liberalen davon aus, daß die ihrer Meinung nach durch Verführung entstandene Opposition wiederum rasch in sich zusammenfallen werde. Diese Einschätzung teilte auch Rudolf v. Freydorf in einem Gespräch mit Friedrich I. im Februar 1865: *"Ich erlaubte mir"*, so notierte v. Freydorf in sein Tagebuch, *"Langmut und Duldung zu empfehlen, die Sache wurzle nicht im Volke, sei gemacht, beruhe auf Lüge und Intrige und werde im Sande verlaufen."*[228]

Diese Fehleinschätzung dürfte damit zu erklären sein, daß die Liberalen sich einseitig auf ihre Klientel - die protestantischen, bürgerlichen Schichten der Städte - konzentrierten und die nachteiligen Auswirkungen der liberalen Reformgesetzgebung auf die ländlichen Regionen und die dort verbreitete Unzufriedenheit nicht wahrnahmen. Spätestens nach den Kreisversammlungswahlen

---

[226] Nach BLZ 228/29. Sept. 1865.

[227] Hierzu v. a. DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 324-340.

[228] Tagebuchnotiz Rudolf v. Freydorfs v. 17. Febr. 1865, GLA 69 v. Freydorf/124 , zit. nach GALL, Liberalismus, S. 297, Anm. 52. Einen weiteren Beleg für diese Einschätzung bietet die BLZ (40/I/16. Febr. 1865: Ultramontaner Sand in die Augen!): *"Noch kurze Zeit dieses Spiels und die ganze ultramontane Bewegung ist der rettungslosen Gleichgiltigkeit verfallen."*

konnten sie aber nicht mehr leugnen, daß eine starke Oppositionsbewegung entstanden war, die ihre dominierende Position in Frage stellte. Außerdem war nicht mehr zu übersehen, daß die früheren Gemeinsamkeiten zwischen Stadt und Land nicht mehr bestanden, und auch der liberale Anspruch, die wahren Interessen des Landes zu vertreten, fragwürdig geworden war.

Die Liberalen reagierten auf die Kasinos mit verstärkter Pressearbeit, Gegenpetitionen, Störungsversuchen und "Anti-Kasinos".[229] Allerdings wäre der Eindruck falsch, die Liberalen hätten sich lediglich darauf beschränkt, auf Kasino-Versammlungen zu reagieren, vielmehr ergriffen sie auch eigene Initiativen, wie ein Bericht Kirsners aus dem katholischen Amtsbezirk Donaueschingen belegt.[230] *"Ernstlich und entschieden"* würden die Maßnahmen in seinem Bezirk betrieben, so versicherte Kirsner: Zunächst sei eine Adresse an den Erzbischof erwogen worden, in der man ihm *"die Wahrheit gehörig sagen"* wollte, dann habe man aber davon Abstand genommen, weil diese mit Sicherheit zurückgewiesen worden wäre. Stattdessen habe man einen Aufruf an die Katholiken des Bezirkes und eine Adresse an das Staatsministerium abgefaßt, so berichtete Kirsner; alle Bürgermeister des Bezirks hätten zugesichert, für möglichst viele Unterschriften zu sorgen. Zusätzlich habe man alle Bezirke des Landes schriftlich zu einem entschiedenen Vorgehen aufgefordert. Über die notwendigen Konsequenzen aus der Oppositionsbewegung konnte allerdings innerhalb der liberalen Fraktion keine Einigkeit erzielt werden: Während der linke Flügel den Kampf mit Entschiedenheit fortführen wollte und auf eine verstärkte Bildungs- und Wissensvermittlung sowie eine rasche Reduktion der sozialen Stellung der Kirche drang, neigten die Gemäßigten - ohne sich allerdings durchsetzen zu können - zu einem Kurswechsel und einem Ausgleich mit der Kurie.[231]

Mit der Formierung der Kasino-Bewegung im Jahre 1865, die als ein Vorläufer der Katholischen Volkspartei angesehen werden kann, wurde in groben Umrissen bereits die politische Konstellation der folgenden Jahrzehnte erkennbar: der Dualismus zwischen einem liberalen und einem katholischen Lager. Die heftigen

---

[229] Vgl. beispielsweise die liberale Gegenversammlung in Freiburg am 24. Februar 1865, unter Teilnahme von Oberbürgermeister Fauler, auf der mehrere Resolutionen und eine Eingabe an den Erzbischof beschlossen wurden (siehe BLZ 50/28. Febr. 1865 u. DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 318-320).

[230] Kirsner an Lamey, 25. Febr. 1865, GLA 52 Lamey/17.

[231] Siehe Lamey an Bluntschli, 3. Juli 1865, ZBZ FA BLuntschli 8.484. Vgl. auch GALL, Liberalismus, S. 299f. u. 302f.; BECKER, Liberaler Staat, S. 152.

Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden politischen Blöcken prägten das innenpolitische Klima Badens nachhaltig. Dem badischen Liberalismus, der bisher eine unangefochtene Sonderstellung behauptet hatte und als Vertreter der wahren Interessen des Landes aufgetreten war, stellte sich nun eine ernstzunehmende Opposition entgegen. Diese begnügte sich nicht mehr mit ihrer außerparlamentarischen Rolle, sondern drängte in den Landtag, um den *"Unsegen einer Kammer ohne alle oder fast ohne alle Opposition"* zu beenden, der ihrer Ansicht nach dazu führte, daß die Regierung und die Liberalen *"ein Gefühl der Sicherheit, das bis zum Uebermuth geht"*, bekämen.[232]

[232] Zur Schilderung badischer Zustände der Gegenwart, Nr. 1, Freiburg 1864, S. 18.

Kapitel 2: Die Gründung der Nationalliberalen Partei Badens 1868/1869

1. Traumatische Erfahrung: Die Zollparlamentswahl

Unter dem Eindruck der schmerzlichen Niederlage bei der Zollparlamentswahl im Februar 1868 sprach der Liberale Joseph Hebting[233] von einer *"stockfinstern Nacht"*, nach der er auf *"baldige Morgenröthe"* hoffe,[234] und drückte damit die Stimmung innerhalb des liberalen Lagers aus.[235] Für die regierende Partei bedeutete der unerwartete Wahlausgang einen Schock, der zu lebhaften Diskussionen über die Notwendigkeit einer verstärkten Basisarbeit und des Aufbaus einer Organisation führte. Die Abhaltung der Zollparlamentswahl war bereits im Sommer 1867 auf einer Konferenz in Berlin beschlossen worden, die zur Reform des Zollvereins zusammengetreten war und auf der man sich geeinigt hatte, neben dem Zollbundesrat ein für alle Zollvereinsangelegenheiten zuständiges Parlament zu schaffen. Dieses sollte sich aus den Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags und 75 direkt gewählten Vertretern der süddeutschen Staaten, darunter 14 aus Baden, zusammensetzen und für Zollfragen, Handels- und Schiffahrtsverträge und einige indirekte Steuern zuständig sein.

Im Dezember 1867 nahmen die badischen Liberalen in einer Erklärung zu der bevorstehenden Zollparlamentswahl Stellung.[236] Dieser Aufruf war von 70 Mitglie-

---

[233] Joseph Hebting (1822-1888):

Weinhändler und nationalliberaler Politiker, 1865-71 u. 1883-87 MdIIK, 1868-70 MdZ, 1871-73 u. 1877/78 MdR.

[234] Hebting an Kirsner, 24. Febr. 1868, GLA N Kirsner/5.

[235] Zu der Zollparlamentswahl in Baden vgl.: Walter SCHÜBELIN, Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866-1870, Berlin 1935, S. 71-86. (Historische Studien, H. 262); Rolf WILHELM, Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund (1867-1870), Diss. Mainz 1976, Husum 1978, S. 107f. (Historische Studien, H. 431); George G. WINDELL, The Catholics and German Unity 1866-1871, Minneapolis 1954, S. 128-131; GALL, Liberalismus, S. 425-430; BECKER, Liberaler Staat, S. 208-213; DERS., Kulturkampf, S. 97f.; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 159f.; DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 349-370; WOLF, S. 87-93; LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 110f.; BAER, Kiefer, S. 16f.; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 185f.

[236] Oeffentliche Erklärung, 20. Dez. 1867, ZBZ FA Bluntschli 35b (gedruckt), 35d (handschriftlich) u. GLA 52 Lamey/43; wiederabgedruckt in KaZtg 2/3. Jan. 1868. Vgl.

dern der Ersten und Zweiten Kammer sowie von vier badischen Ministern unterschrieben, nämlich von Karl Mathy, Julius Jolly[237], Rudolf von Freydorf und Anton von Stabel. Das Zollparlament bedeute noch nicht die *"Befriedigung des nationalen Verlangens"*, das darauf hinziele, die Südstaaten mit dem Norden zu einem *"gemeinsamen politischen Gesammtkörper"* zu vereinigen, so betonten die Unterzeichner. Doch erhalte das ganze deutsche Volk erstmals die Möglichkeit, seinen Willen über die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Parlament auszusprechen, und dies sei eine *"nicht zu unterschätzende Vorstufe"* der politischen Einigung, so hieß es weiter. Außerdem sollte nach dem Willen der Unterzeichner das Zollparlament anstreben, die Kompetenzen der Zollunion zu erweitern, beispielsweise in Bezug auf Konsularwesen, Freizügigkeit, Auswanderung, Schiffahrt, Eisenbahnverbindungen sowie einheitliches Maß-, Münz- und Gewichtssystem. Darüber hinaus wurde in der Erklärung das Ziel formuliert, durch persönliche Kontakte das gegenseitige Verständnis zwischen Nord- und Süddeutschland zu fördern und die Beziehungen zu vertiefen. Abschließend wurde dazu aufgerufen, nur solche Männer zu wählen, die eine *"deutsche Gesinnung"* hätten und die nationale Verbindung des Südens mit Norddeutschland fördern wollten; als weitere Wahlkriterien wurden wirtschaftliche Kenntnisse und politische Erfahrung genannt.

Wenige Tage vor dem Wahltermin am 18. Februar 1868 berichtete ein Korrespondent aus der Ortenau, der Wahlkampf der Liberalen sei kaum wahrnehmbar, und abgesehen von einer vorbereitenden Versammlung in Lahr und einem Auftritt des Kandidaten Kiefer gehe *"Alles im höchsten Grade leis und stille zu"*.[238] Die Vertrauensmänner seien nicht zusammengekommen, es habe keine weitere Wahlversammlung stattgefunden und die Agitation beschränke sich auf die persönliche Beeinflussung sowie auf die Veröffentlichung von Aufrufen. Ein ähnliches Bild zeichnete ein Berichterstatter aus dem Breisgau: Der liberale

---

außerdem die Wahlaufrufe Kirsners (Aufruf!, GLA N Kirsner/5) und Bluntschlis (Zum Wahltag am 18. Februar 1868, ZBZ FA Bluntschli 35d).

[237] Julius Jolly (1823-1891):

Rechtsprofessor und liberaler Politiker, dominierende politische Gestalt in Baden zwischen 1866 und 1876, entschiedener Vertreter eines kleindeutschen Nationalstaates, 1861-68 MdIK u. 1869-77 MdIIK, 1862-66 Ministerialrat im Innenministerium, 1866-68 Innenminister und 1868-76 gleichzeitig Ministerpräsident. Vgl.: Hermann BAUMGARTEN/Ludwig JOLLY, Staatsminister Jolly. Ein Lebensbild, Tübingen 1897; Adolf HAUSRATH, Zur Erinnerung an Julius Jolly, Leipzig 1899. (Alte Bekannte. Gedächtnisblätter, Nr. 1); NDB 10, S. 589-591; Bad. Biogr. 5, S. 327-352.

[238] BLZ 39/15. Febr. 1868. Vgl. auch den Bericht Joseph Hebtings, der feststellte, die Organisation des liberalen Wahlkampfes im Bezirk Waldshut/St. Blasien sei *"vollkommen aus Rand u. Band"* gewesen (Hebting an Kirsner, 18. Febr. 1868, GLA N Kirsner/5).

Wahlkampf verlaufe *"so still",* was damit zu erklären sei, daß die Liberalen ihre Gegner nicht fürchten müßten, denn die regierende Partei wisse bereits im voraus, welchen Kandidaten die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wählen werde.[239] Angesichts dieser geringen Wahlkampfaktivitäten sah sich die "Badische Landeszeitung" wiederholt dazu veranlaßt, davor zu warnen, sich *"nicht in eine gefährliche Sorglosigkeit einlullen"*[240] zu lassen und *"auf der Hut zu seyn und die Hände nicht müßig in den Schooß zu legen"*[241].

Die Untätigkeit der Liberalen hing unter anderem auch mit der Taktik des politischen Gegners zusammen, denn die katholische Presse und die Geistlichkeit hielten sich bis kurz vor dem Wahltermin auffallend zurück und befaßten sich kaum mit dem bevorstehenden Ereignis.[242] Anstelle von größeren Wahlversammlungen suchten die Kandidaten und katholischen Vertrauensleute die Wähler vor Ort auf und bearbeiteten sie im persönlichen Gespräch. Zur Überraschung der Liberalen begann die katholische Opposition zwei Tage vor dem Urnengang plötzlich mit einer massiven Agitation, die auf eine Überrumpelung des politischen Gegners abzielte, und Geistliche sowie Laien verteilten in hohen Stückzahlen Flugblätter und Wahlzettel.

Der katholische Aufruf warnte in seinem ersten Teil vor den möglichen nachteiligen Auswirkungen der Zollparlamentsbeschlüsse auf die badische Bevölkerung: Die Entschließungen könnten den Wohlstand *"sehr schädigen"*, so wurde behauptet, denn in Berlin werde unter anderem über die Tabak-, Salz-, Rübenzucker- und Biersteuer sowie über die beabsichtigte Herabsetzung der Weinzölle entschieden.[243] Außerdem sei es die Absicht der Liberalen, das Zollparlament zu mißbrauchen und in ein *"politisches Parlament"* umzuwandeln, das bestimmen könne, ob Baden *"ganz oder halb preußisch"* werde. Der zweite Teil des Wahlaufrufes konzentrierte sich ausschließlich auf die badische Innenpolitik

---

[239] BLZ 40/I/16. Febr. 1868.

[240] BLZ 36/12. Febr. 1868.

[241] BLZ 37/13. Febr. 1868.

[242] Dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 209f.

[243] Mitbürger, wählt zum Zollparlament!, GLA N Kirsner/5 (Hervorhebungen im Original). Vgl. Kirsners Entgegnung, die in zahlreichen Zeitungen abgedruckt wurde und im liberalen Lager auf große Zustimmung stieß: An die Wähler zum deutschen Zollparlament, 3. März 1868, GLA N Kirsner/5 u. GLA 52 Lamey/43; abgedruckt u. a. in Heidelberger Journal 57/7. März u. 58/8. März 1868 sowie in KaZtg 56/6. März 1868, Beil. Zur Argumentation der katholischen Opposition siehe auch BB 37/13. Febr. u. 38/14. Febr. 1868: Die Wahlen zum Zollparlament betreffend I u. II; BB 39/15. Febr. 1868: Immer näher rückt nun der Tag heran.

und enthielt einen umfangreichen Katalog an Kritikpunkten an den Liberalen: Diese hätten für die Erhöhung der Steuern und Abgaben gestimmt und seien dafür verantwortlich, daß die Badener eine weit größere Militärlast als die Bayern und Württemberger tragen müßten; während der Regierungszeit des Liberalismus seien die Staatsausgaben außerordentlich angestiegen; außerdem hätten die Liberalen ein Schulgesetz beschlossen, welches das christliche Volk beleidige, sie wollten die Zivilehe einführen und trügen die Schuld daran, daß es in Baden nicht zu einem kirchlichen Frieden komme. Wenn die liberalen Kandidaten ins Zollparlament gewählt würden, bedeute das eine Vertrauenskundgebung für ihre Politik in Karlsruhe, so die Behauptung der katholischen Seite. Die Zollparlamentswahlen seien deshalb eine günstige Gelegenheit, um den Unmut über den Liberalismus und seine Gesetzgebung zu bekunden und die *"wahre Meinung des Volkes"* zum Ausdruck zu bringen. Die Taktik der katholischen Opposition zielte darauf ab, die verbreitete Mißstimmung zu aktivieren und die Zollparlamentswahlen in eine Volksabstimmung über die badische Innenpolitik umzufunktionieren.

Am Tag nach der Wahl, als lediglich die Ergebnisse aus den Städten vorlagen, triumphierte bereits die liberale "Freiburger Zeitung": *"Der Sieg über den Ultramontanismus ist ein vollständiger, die schwarze Clique muß mehr und mehr zur Ueberzeugung kommen, daß ihre Zeit vorüber ... ist."*[244] Für das Volk sei *"nach langer Nacht der Täuschung und des Aberglaubens ein neuer, goldener Frühlingsmorgen angebrochen",* so glaubte das Blatt. Die Auszählung der ländlichen Regionen ergab aber ein entgegengesetztes Ergebnis, so daß das Gesamtresultat eine politische Sensation und empfindliche Niederlage für die Liberalen bedeutete. Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 63% entschieden sich in der Hauptwahl etwa 86.000 Wähler für die Liberalen und 13.000 für einige parteilose Kandidaten, welche die Unterstützung der Liberalen besaßen; die katholische Bewegung erreichte 78.000 Stimmen und die beiden konservativen Kandidaten, die von den kirchlich engagierten Katholiken unterstützt wurden, kamen auf 12.000 Stimmen.[245] Somit lag die katholisch-konservative Opposition mit insgesamt 90.000 Stimmen nur etwa 9000 hinter der regierenden Partei. Während die Liberalen in sechs der vierzehn Wahlkreise ihre Kandidaten direkt durchbrachten, gewannen die Katholiken und Konservativen ebenfalls in sechs Bezirken die absolute und außerdem in zwei weiteren die relative Mehrheit der Stimmen. Aufgeschreckt durch den Ausgang der Hauptwahl, verstärkte der

---

[244] FZ 43/20. Febr. 1868 (Hervorhebung im Original).

[245] Angaben nach BECKER, Liberaler Staat, S. 210-212.

Liberalismus seine Anstrengungen erheblich und schnitt in den beiden Stichwahlen erfolgreich ab. Somit konnte die regierende Partei schließlich acht und die Opposition aus Katholiken sowie Konservativen sechs Vertreter in das Zollparlament entsenden.

Das Ausmaß der relativen liberalen Niederlage wird deutlich, wenn man die Stärkeverhältnisse in der Zweiten Kammer des Landtags, in der die Liberalen 57 der insgesamt 63 Abgeordnete stellten, auf das Zollparlament überträgt: Dann hätte nämlich der Liberalismus 13 Mandate erringen müssen und die Opposition aus Katholiken und Konservativen nur eins.[246] Für den Schock, den der unerwartete Wahlausgang auslöste, war außerdem ein zweiter Faktor entscheidend: Die drei liberalen Führer in der Zweiten Kammer - Kiefer, Eckhard und Lamey - unterlagen, zum Teil mit großem Abstand, ihren Gegenkandidaten. So wurde im 6. Wahlkreis Kiefer von Franz Roßhirt[247] mit 7354 zu 9357 Stimmen eindeutig geschlagen, und für Eckhard entschieden sich im 7. Bezirk nicht einmal halb soviel Wähler wie für seinen Gegenkandidaten Otto Dahmen.[248] Noch schmerzlicher war die dreifache Niederlage August Lameys, des populärsten badischen Liberalen, dessen Einzug ins Zollparlament man als völlig sicher angesehen hatte: Er unterlag in der Hauptwahl im 8. und 14. Bezirk Jakob Lindau, dem Initiator der Kasino-Bewegung,[249] und bei der Nachwahl auch dem jungen Heidelberger Privatdozenten Ferdinand Bisssing deutlich.

Eine wesentliche Ursache für das schlechte Abschneiden der Liberalen war die allgemeine Mißstimmung in den ländlichen Regionen des Großherzogtums über die wirtschaftliche, soziale, politische und kirchliche Situation.[250] Die Einführung der

---

[246] So EBD., S. 211f. Bei diesem Vergleich dürfen allerdings die unterschiedlichen Wahlsysteme zum Landtag und zum Zollparlament nicht außer acht gelassen werden. Für den Landtag galt das indirekte Wahlrecht, das der liberalen Bürokratie und den bürgerlichen Honoratioren einen großen Einfluß einräumte und in Verbindung mit der Wahlkreiseinteilung die Städte mit dem Besitz- und Bildungsbürgertum eindeutig bevorzugte. Dagegen wurde das Zollparlament nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht gewählt, das die traditionellen Autoritäten vor allem auf dem Land stärkte.

[247] Franz Karl Roßhirt (1820-1887):

Oberhofgerichtskanzler und Politiker der KVP, MdIIK.

[248] Ergebnisse nach KaZtg 46/23. Febr. u. 47/25. Febr. 1868. Im 7. Wahlbezirk (Triberg/Achern) erhielt Eckhard 3417, Dahmen 6921 und Metz 292 Stimmen.

[249] Im 8. Wahlkreis (Baden-Baden/Rastatt) unterlag Lamey Lindau mit 7887 zu 9140 Stimmen und im 14. Kreis (Tauberbischofsheim/Walldürn) mit 6885 zu 10.817 Stimmen. Ergebnisse nach EBD.

[250] Vgl. zum Folgenden GALL, Liberalismus, S. 425-429; BECKER, Liberaler Staat, S. 210; Franz KISTLER, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849-

liberalen Wirtschafts- und Sozialordnung machte sich für breite Schichten der ländlichen Bevölkerung nachteilig bemerkbar. Durch den preußisch-österreichischen Krieg von 1866, eine Mißernte 1867 und Steuererhöhungen wurde diese Entwicklung zusätzlich verstärkt, so daß ein Sinken des Lebensstandards die Folge war. Hinzu kam, daß während der zurückliegenden Landtagssession 1867/68 heftig umstrittene Gesetze - eine mit umfangreichen Steuererhöhungen verbundene Heeresreform und die Einführung der fakultativen Simultanschule - verabschiedet worden waren; außerdem hatte Innenminister Jolly für Geistliche ein Kulturexamen eingeführt. Schließlich spielten auch die antipreußische Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung und die Sorge vor der Konkurrenz durch die norddeutsche und rheinische Wirtschaft eine Rolle.

Die Opposition besaß damit zahlreiche Ansatzpunkte für ihre Agitation, die sie geschickt betrieb und bei der das Überraschungsmoment eine entscheidende Rolle spielte. Auch die mangelnden Wahlvorbereitungen der Liberalen und der fehlende organisatorische Unterbau trugen zur Niederlage bei. Bei der Ursachenanalyse darf ein zentraler Punkt nicht übersehen werden: Das Wahlergebnis war auch ein Ausdruck der - durch die Strukturwandlungen verstärkten - wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft, die dazu führten, daß erhebliche Bevölkerungsteile sich nicht mehr vom Liberalismus repräsentiert fühlten. Die Stärkeverhältnisse der verschiedenen politischen Lager kamen wegen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum Zollparlament im Februar 1868 in Baden erstmals offen zum Ausdruck.

Nach dem überraschenden Wahlerfolg triumphierte die katholische Presse:

> *L a m e y geschlagen; K i e f e r geschlagen; E c k h a r d so gut wie geschlagen - ermesse man die ganze Bedeutung dieser Thatsache! Ein Trifolium, das mit der fanatischen Rücksichtslosigkeit von Männern des französischen Convents das christliche Volk tyrannisirte, und in diesem Geiste die Unselbständigkeiten in der Kammer beherrschte - es ist moralisch darnieder geworfen: Preisen wir daher die Gnade Gottes für diese Wohlthat...*[251]

Das Wahlergebnis sei ein *"unzweifelhaftes, starkes Mißbilligungs- und Mißtrauensvotum des Volkes gegen die Kammermehrheit und gegen das jetzige Ministerium"* und werde *"voraussichtlich einen Umschwung in unserer Politik herbeiführen",* so lautete der Kommentar des "Badischen Beobachters".[252] Auch sei die Täuschung,

---

1870, Freiburg 1954, S. 240. (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte, Bd. 2).

[251] BB 46/23. Febr. 1868 (Hervorhebungen im Original).

[252] BB 48/26. Febr. 1868: Hergang und Bedeutung der Zollparlaments-Wahlen in Baden.

mit der eine *"kleine Partei"* die wahre Stimmung des Landes verschleiert habe, aufgedeckt worden.[253] Ohne die staatlichen Einflußnahmen hätten die Liberalen nicht einmal einen ihrer Kandidaten durchbringen können, verkündete das katholische Hauptorgan.[254]

Dagegen erteilte die "Badische Landeszeitung" den Spekulationen der katholischen Presse eine deutliche Absage: Der Ausgang der Zollparlamentswahl werde keine Kammerauflösung und keinen Ministerwechsel zur Folge haben.[255] Außerdem könne man weder von einem *"entscheidenden Sieg"* der Katholiken noch von einer *"vollständigen Niederlage"* der Liberalen sprechen, so stellte das Blatt klar, schließlich habe die katholische Opposition weniger Stimmen erhalten als die Liberalen. In einem anderen Leitartikel räumte das liberale Hauptorgan jedoch ein, die katholische Bewegung habe *"einige Erfolge"* errungen, die zwar bei weitem nicht so wichtig seien, wie sie selbst behaupte, die aber trotzdem eine *"relative Bedeutung"* besäßen.[256]

Das liberale Hauptorgan versuchte offensichtlich, die Wahlniederlage herunterzuspielen, doch vermitteln die Korrespondenzen dieser Wochen ein Bild von der Bestürzung innerhalb des liberalen Lagers. So schrieb der langjährige Landtagsabgeordnete Ludwig Paravicini an Kirsner:

> *Die ersten Resultate haben einen sehr niederschlagenden Eindruck auf mich gemacht, da nicht allein unbedeutende Männer wie Dahmen einen Sieg erringen konnten, sondern auch noch Freunde der liberalen Sache einer solchen Opposition gegenüber uneinig waren...Weh thut mir am meisten, daß unser hochverehrter Freund Lamey so schmälich unterlegen ist, einen solchen Triumpf dem niederträchtigen Lindau, ist fast nicht zu verwinden.*[257]

Joseph Hebting gestand ein, er habe zwar nicht so siegessicher dem *"verhängnisvollen 18ten"* entgegengesehen wie andere Liberale, doch habe er sich *"im Entferntesten nicht die Erfolge träumen lassen welche die siegestrunkenen vaterlandslosen Römlinge"* errungen hätten.[258] Die unpopulären Militärgesetze seien

---

[253] BB 46/23. Febr. 1868.

[254] BB 54/4. März 1868: Betrachtungen über die Wahlen III.

[255] BLZ 53/I/3. März 1868: Das Ergebniß der Wahlen zum Zollparlament. Vgl. auch die Kommentare zum Wahlausgang in KaZtg 52/1. März 1868: Die Wahlen zum Zollparlament und Donaueschinger Wochenblatt 17/28. Febr. 1868 (GLA N Kirsner/5).

[256] BLZ 49/27. Febr. 1868: Der Zusammenhang zwischen der innern und äußern Politik Badens.

[257] Paravicini an Kirsner, 10. März 1868, GLA N Kirsner/5.

[258] Hebting an Kirsner, 24. Febr. 1868, ebd.

in erster Linie für den Wahlausgang verantwortlich, so urteilte Hebting, denn die katholische Bewegung habe diese Frage geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt, und viele Wähler hätten mit der Stimmabgabe für einen oppositionellen Kandidaten gegen die neuen Belastungen protestieren wollen. Niedergeschlagen zeigte sich auch Bluntschli, der in sein Tagebuch notierte, die Wahlen seien für die Liberalen, welche die größte Mehrheit erhofft hätten, *"sehr schlecht"* ausgefallen, zumal von der liberalen Majorität in der Zweiten Kammer nicht ein einziges Mitglied gewählt worden sei.[259] Als Konsequenz müsse die Kammer aufgelöst werden, denn sie könne nicht hinnehmen, bei der Regierungsbildung übergangen zu werden und gleichzeitig von der Mehrheit der Wähler eine Abfuhr zu erhalten.

Bei der Diskussion über die Ursachen für das Wahldebakel und die Lehren, welche die Liberalen daraus ziehen müßten, spielten die Fragen einer verstärkten Basisarbeit und des Aufbaus einer Organisation eine wichtige Rolle. So gestand Johann Baptist Roder[260] offen ein: *"Bei uns, so wird es anderwärts auch gegangen sein, haben Alle geschlafen und haben in aller Gemüthsruhe den Pfaffen das Feld überlaßen, bei nur ein wenig Thätigkeit hätte es anders kommen müßen."*[261] Die Zollparlamentswahlen hätten unübersehbar gezeigt, so Roders Überzeugung, daß die Liberalen auf der Hut sein und stärker als je zuvor für die liberale Sache tätig werden müßten. Ebenso konstatierte Alexander Pagenstecher selbstkritisch, es hätte erst zu diesem Fiasko kommen müssen, um die Liberalen *"aus einer gewißen nobelen Unthätigkeit"* aufzurütteln.[262] Die notwendige Schlußfolgerung, so Pagenstecher, liege auf der Hand: *"Aber zusammen halten u. uns praktisch organisiren müßen wir, das ist das weise Gebot, wenn wir nicht allen Zufälligkeiten ausgesetzt u. das Steuer aus der Hand verlieren wollen."*

Aber auch in der liberalen Presse wurden die Defizite mit schonungsloser Offenheit angesprochen:

> *Wir haben... die Pflichten, die uns als einer politischen Partei der großen Masse der Unmündigen gegenüber oblagen, durchaus nicht in ausreichender Weise erfüllt. Es fehlte uns jede Organisation. Die Landbe-*

---

[259] Bluntschlis Tagebuch, 18. Febr. 1868, ZBZ FA Bluntschli 32q.

[260] Johann Baptist Roder (1814-1890):

Land- und Gastwirt sowie nationalliberaler Politiker, 1865-81 u. 1883-89 MdIIK, 1872-76 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 355-358.

[261] Roder an Kirsner, 27. Febr. 1868, GLA N Kirsner/5 (Unterstreichung im Original).

[262] Pagenstecher an Kirsner, 5. März 1868, EBD. Auch Alexander von Dusch wies auf die Notwendigkeit hin, sich wegen des allgemeinen Stimmrechts und des Bündnisses von Katholiken, Konservativen und Demokraten erheblich besser und fester zu organisieren (A. v. Dusch an Kirsner, 1. Apr. 1868, EBD./10).

> *völkerung berücksichtigten wir so gut wie gar nicht. Die Einführung des allgemeinen Stimmrechts muß uns nothwendig zum Verderben gereichen, wenn wir in unserer bisherigen Trägheit beharren und die Dinge gehen lassen, wie sie gehen...*[263]

Die "Badische Landeszeitung" zeigte am Beispiel des Karlsruher Wahlkreises die Versäumnisse der Liberalen auf und kam zu dem Schluß, in einer derartig *"vornehm- bureaukratischen Art"* könne man bei allgemeinen, direkten und geheimen Abstimmungen keine Wahl gewinnen.[264] Wer nicht bereit sei, zum Volk herunterzusteigen und mit dem einfachen Mann zu reden, ihm die Hand zu schütteln und sich um seine Stimme zu bemühen, der führe einen falschen Wahlkampf.

Ein Korrespondent forderte die Liberalen auf, umfassende Organisationsmaßnahmen zu ergreifen:

> *Die liberale Partei wird nun hoffentlich von ihrer bureaukratischen, aristokratischen oder, besser gesagt, von ihrer Patrizier-Manier abgehen, mit der bislang in öffentlichen Dingen zu Werk gegangen wurde; man wird zur Neubildung einer Gliederung, zu einer umfassenden Vereinsthätigkeit schreiten, man wird überhaupt wieder vom A B C anfangen müssen.*[265]

Auch in der Presse wurden konkrete Vorschläge zum Organisationsaufbau unterbreitet: Ein Ausschuß oder Verein mit besonders fähigen Männern solle in Karlsruhe gebildet werden und die Organisation in die Hand nehmen, so führte ein Berichterstatter aus.[266] Der Karlsruher Verein habe die Aufgabe, mit Ausschüssen in den Amtsorten in Verbindung zu treten, und diese sollten mit Vertrauensmännern in den einzelnen Ortschaften Kontakt aufnehmen. Die Ausschüsse in den Amtsbezirken müßten mindestens einmal im Monat und rechtzeitig vor wichtigen Anlässen zusammentreten, um die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, so die Forderung des Korrespondenten.

Die Diskussionen innerhalb des liberalen Lagers führten bereits im Frühjahr 1868 zu ersten konkreten Maßnahmen, um die Basisarbeit zu verbessern. So begannen die Liberalen in mehreren Städten, regelmäßig "Bürgerabende" abzuhalten, die sie als *"politische Bildungsschule des Volkes"* betrachteten, in der die Gesetzgebungsarbeit im Landtag erläutert und die Vaterlandsliebe sowie der Fortschritt gefördert werden sollte.[267] Der erste Bürgerabend wurde am 25. März

---

263 BLZ 51/29. Febr. 1868: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Schiller.

264 BLZ 51/29. Febr. 1868.

265 BLZ 56/6. März 1868.

266 BLZ 63/14. März 1868.

267 BLZ 196/22. Aug. 1868: Des Badischen Beobachters Rezept gegen Bürgerabende.

1868 in Heidelberg veranstaltet und war von etwa 300 bis 400 Personen besucht.[268] In seinem Vortrag rief Bluntschli die Liberalen dazu auf, *"die Arbeit in und mit dem Volke unvermittelt auf[zu]nehmen"*, denn die regierende Partei habe sich bisher zu sehr auf ihre parlamentarische Tätigkeit beschränkt und eine zu große Distanz zur Masse des Volkes gehalten.[269]

Auf dem ersten Karlsruher Bürgerabend betonte der Landtagsabgeordnete Rudolf Kusel, die Besprechungen sollten den Menschen helfen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und ihnen zugleich die Möglichkeit bieten, ihren Standpunkt vorzutragen.[270] Jeder, der eine nationale und liberale Gesinnung vertrete, könne an den Veranstaltungen, die in zwangloser und geselliger Form stattfinden sollten, teilnehmen und das Wort ergreifen; deshalb seien Satzungen und ein schriftliches Programm nicht notwendig. Alle öffentlichen Angelegenheiten, die den Staat, die Gemeinde oder einzelne Teile der Gesellschaft beträfen, könnten angesprochen werden, so unterstrich Kusel.

Im Sommer 1868, im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Verfassungsjubiläum, verstärkten die Liberalen ihre Anstrengungen und organisierten vermehrt Bürgerabende.[271] Besonders Kiefer trat häufig als Redner auf, um das *"schlaffe(n) u. schlummersüchtige(n) Wesen"*[272] vieler Liberaler wachzurütteln, wie er bei einem Vortrag in Ichenheim erklärte. Zu Beginn des Jahres 1869 wurden Bürgerversammlungen offenbar in den meisten größeren Städten Badens, zum Teil aber auch in kleineren Orten abgehalten.[273] Wenn allerdings erst ein Jahr nach dem Beginn der Bürgerabend-Bewegung die erste Versammlung in der Landeshauptstadt organisiert wurde, so deutet dieser Umstand darauf hin, daß diese Besprechungen vor allem von der lokalen Initiative abhängig waren und in etlichen Städten sowie den weitaus meisten Orten nicht abgehalten wurden. Dennoch stellte diese Veranstaltungsform einen ersten Schritt dar, um den Kontakt zwischen den liberalen Honoratioren und der Bevölkerung zu vertiefen.

---

[268] Versammlungsbericht in BLZ 75/28. März u. 76/I/29. März 1868: Geh. Rath Bluntschli über die Zollparlamentswahlen in Baden I u. II. Vgl. auch die Artikel über die erste Zusammenkunft in Lahr (BLZ 99/I/28. Apr. u. 105/I/5. Mai 1868).

[269] BLZ 196/22. Aug 1868: Des Badischen Beobachters Rezept gegen Bürgerabende (Hervorhebung im Original).

[270] BLZ 58/10. März 1869.

[271] Vgl. die Berichte über die Veranstaltungen in Lahr (BLZ 168/21. Juli 1868), Ichenheim (BLZ 181/5. Aug. u. 182/I/6. Aug. 1868) und Emmendingen (BLZ 206/I/3. Sept. 1868).

[272] Zitat nach BLZ 181/5. Aug. 1868.

[273] BLZ 58/10. März 1869.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß das traumatische Erlebnis der Zollparlamentswahl dem badischen Liberalismus nachdrücklich seine Defizite im Bereich der Basisarbeit und der Organisation vor Augen hielt und einen Umdenkungsprozeß auslöste. Eine erste Folge war die Organisation der Bürgerabend-Bewegung in allen Teilen des Landes. Zwar blieben weitere organisatorische Maßnahmen zunächst noch aus, doch setzten sich von diesem Zeitpunkt an eine Reihe von Liberalen, besonders Kiefer, Bluntschli und die "Landeszeitung", entschieden für weitergehende Schritte ein. Als im Herbst 1868 ein zusätzlicher Impuls - die Offenburger Opposition gegen die Regierung Jolly - hinzukam, begannen die Liberalen, sich fest zu organisieren. Die Gründung der Nationalliberalen Partei Badens im Mai 1869 war daher auch eine Spätfolge des Schlüsselerlebnisses vom Februar 1868.

2. Die Offenburger Opposition und die Entstehung der Nationalliberalen Partei

Nach dem Regierungswechsel im Juli 1866, bei dem Karl Mathy das Staats- und Julius Jolly das Innenministerium übernahm,[274] wurde offensichtlich, daß das bisherige enge Vertrauensverhältnis zwischen der liberalen Fraktion und dem Ministerium nicht mehr bestand.[275] Besonders Jolly hielt die Liberalen für unfähig, einen politischen Kurs konsequent und unabhängig von den schwankenden Stimmungen des Volkes durchzuhalten, woraus er die Schlußfolgerung zog, die

---

[274] Zur Neubildung des Ministeriums vgl. FENSKE, Baden 1860-1918, S. 155-157 u. GALL, Liberalismus, S. 376-381.

[275] Zur Offenburger Opposition und zur Gründung der Nationalliberalen Partei Badens vgl.: Gerhard EISFELD, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Diss. Bonn 1967, Hannover 1969, S. 144f. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Rh. B) (stark verkürzte und fehlerhafte Darstellung der Entstehung der Nationalliberalen Partei Badens); GALL, Liberalismus, S. 430-457; EHRISMANN, S. 157-172; BECKER, Liberaler Staat, S. 219-231; FÄRBER, S. 335-345; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 166f.; DERS., Südwesten, S. 124f.; BLUM, S. 106-114; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 85 u. 88f.; SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 54f.; SCHWAB, Aufstieg, Bd. 1, S. 204f.; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 131-146; HAUSRATH, Jolly, S. 172-193; BAER, Kiefer, S. 17-19; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 181-185 u. 239-248.

Liberalen mit Nebensächlichkeiten zu beschäftigen und von den wesentlichen Entscheidungen fernzuhalten.[276] Der neue Innenminister kündigte bereits im Juli 1866 in einem Brief an Roggenbach eine *"längere parlamentarische Hungerkur"*[277] an, so daß Konflikte mit den Liberalen vorprogrammiert waren, besonders wenn es in der Folgezeit nicht gelingen sollte, den Anschluß an den Norddeutschen Bund zu erreichen. Auch der Kurs der neuen Regierung in der National- und Kulturpolitik erregte bei den Liberalen Unmut. So führte das neue Wehr- und Kontingentgesetz nach preußischem Vorbild im Winter 1867/68 zu einem heftigen Konflikt, bei dem die Liberalen erst angesichts einer drohenden Regierungskrise einlenkten. Zugleich war der linke Flügel der Liberalen mit dem Tempo der Kulturpolitik unzufrieden und empfand Jollys Verhalten gegenüber der katholischen Kirche als zu kompromißbereit.

Nach dem Tod Mathys im Februar 1868 kamen die Spannungen offen zum Ausbruch, da Jolly, der vom Großherzog zum neuen Ministerpräsidenten bestimmt wurde, bei der Regierungsneubildung keine der liberalen Fraktion nahestehenden Persönlichkeiten berief und darüber hinaus auch keinerlei Rücksichten auf die regierende Partei nahm.[278] Ein eindeutiges Zeichen dafür war die Berufung des Juden Moritz Ellstätter[279] zum Finanzminister - und damit zum ersten jüdischen Regierungsmitglied in Deutschland -, die bei den Liberalen auf große Bedenken stieß, denn, abgesehen von eigenen Vorurteilen, befürchteten sie heftige Widerstände in der Bevölkerung. Hinzu kam die Ernennung des preußischen Generals Gustav Friedrich von Beyer zum badischen Kriegsminister, die geeignet war, *"dem Faß den Boden aus[zu]schlagen"*[280], denn dadurch wurde die Sorge weiter Bevölkerungsteile verstärkt, daß der Anschluß an den Norden eine

---

[276] Dazu GALL, Liberalismus, S. 389f.

[277] Jolly an Roggenbach, 29. Juli 1866, in: Julius HEYDERHOFF (Hrsg.), Franz v. Roggenbach und Julius Jolly. Politischer Briefwechsel 1848-1882, in: ZGO 87 (1935), S. 189-244, hier S. 200.

[278] Vgl. bes. Bluntschlis Tagebuch, Febr. 1868, ZBZ FA Bluntschli 32q.

[279] Moritz Ellstätter (1827-1905):

Rechtsanwalt und liberaler Politiker, 1868-93 Finanzminister und damit das erste und während des Kaiserreichs das einzige jüdische Regierungsmitglied in Deutschland. Vgl.: Martin DOERRY, Moritz Ellstätter (1827-1905), in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. v. Heinz Schmitt unter Mitwirkung v. Ernst Otto Bräunche u. Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 493-500. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 8); DERS., Judentum zwischen Anpassung und Selbstpreisgabe. 134 Briefe Moritz Ellstätters (1827-1905), in: ZGO 132 (1984), S. 271-304; NDB 4, S. 460; Bad. Biogr. 6, S. 280-296.

[280] Bericht eines Landeskommissärs an Jolly, zit. nach BAUMGARTEN/JOLLY, S. 122.

Unterwerfung unter Preußen bedeuten würde. Ein nicht zu unterschätzender Faktor war darüber hinaus die Enttäuschung Bluntschlis und Lameys, die sich Hoffnungen auf Ministerposten gemacht hatten. An Jollys Personalpolitik war deutlich abzulesen, daß er auf ein engeres Vertrauensverhältnis zur liberalen Fraktion verzichten und sich auf den Großherzog stützen wollte.

Der unmittelbare Anstoß zur Bildung einer Opposition gegen die Regierung Jolly kam allerdings von außerhalb des Großherzogtums, nämlich von der Ende September 1868 gegründeten hessischen Fortschrittspartei, deren Vorsitzender August Metz Anfang Oktober an mehrere führende badische Liberale schrieb, *"daß eine gemeinsame Thätigkeit aller süddeutschen Länder die Kraft der Partei in jedem einzelnen Lande verdopple und verdreifache und daß demnach eine Vereinigung der Gesinnungs-Genossen in den vier Südstaaten in allseitigem Interesse liege."*[281] Der hessische Parteivorsitzende forderte die Badener auf, möglichst bald in einer vertraulichen Beratung über diese Frage zu entscheiden.

Die hessische Initiative gab den Anstoß zu einem regen Meinungsaustausch zwischen den führenden badischen Liberalen, bei dem allerdings weniger der unterbreitete Vorschlag, als vielmehr der Zustand des badischen Liberalismus und sein Verhältnis zur Regierung im Vordergrund standen. So faßte Kiefer den Entschluß, eine vertrauliche Besprechung in Offenburg abzuhalten, den er Bluntschli in einem Brief mitteilte. Die Absicht des Treffens sei, so erläuterte Kiefer, sich über die wichtigsten und zunächst in Angriff zu nehmenden politischen Fragen zu verständigen und *"den Versuch einer Partei Organisation zu machen"*.[282] In seinem Antwortschreiben äußerte Bluntschli seinen Unmut über die aktuelle politische Lage in Baden: Während das Großherzogtum früher die liberale Avantgarde in Deutschland gewesen sei, bleibe es nun in seiner konstitutionellen Entwicklung zurück, denn es besitze nicht einmal jährliche Landtage und habe auch auf geistigem Gebiet Rückschritte zu verzeichnen.[283] Zwar bescheinigte Bluntschli den Regierungsmitgliedern Tüchtigkeit, ein nationales Streben und eine liberale Gesinnung, doch beobachtete er statt politischer Führung eine *"ängstliche Zurückhaltung" und "büraukratische Verwaltung",* welche die Gegner ermutige und die Anhänger einschläfere oder verstimme. Außerdem beklagte der Heidelberger Staatsrechtler, daß die Beziehungen zwischen den Liberalen und der Regierung früher besser gewesen seien und daß das Volk auf der einen Seite einer *"geistige[n]*

---

281 Metz an Kirsner, 10. Okt. 1868, GLA N Kirsner/6 (Unterstreichung im Original).

282 Kiefer an Bluntschli, 26. Okt. 1868, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

283 Bluntschli an Kiefer, 31. Okt. 1868 (Abschrift), EBD. 27.45.

Hungerkur" unterworfen werde, auf der anderen aber zunehmende Belastungen zu tragen habe.

Für das folgende Jahr sagte Bluntschli äußerste Anstrengungen der katholischen Opposition voraus, denn die Neuwahlen in Bayern würden zu einer erheblichen Stärkung der Ultramontanen führen, was Rückwirkungen auf Baden habe, und außerdem werde das bevorstehende Konzil die katholische Opposition zu verstärkten Aktivitäten anspornen. *"Schon deßhalb scheint mir eine Organisation der Liberalen unerläßlich, wenn man dem Kampf gewachsen sein soll"*, folgerte Bluntschli.[284] Als wichtige Maßnahmen empfahl er die Abhaltung von Bürgerabenden und eine intensive Pressetätigkeit, besonders die Gründung einer lithographischen Korrespondenz. Doch seien dies nur Hilfsmittel, so fügte Bluntschli einschränkend hinzu, denn der Landtag müsse in erster Linie die Arbeit leisten; dieser sei aber auch darauf angewiesen, daß das Volk ihn tatkräftig unterstütze.

Bluntschlis Klage über die schlechten Beziehungen zwischen den Liberalen und der Regierung stimmte Kiefer in seiner Antwort uneingeschränkt zu und warnte:

> *Wenn unsere politischen Bestrebungen nicht von Innen heraus und von unten herauf eine völlige Umarbeitung, Erfüllung mit neuen Mitteln u. Kräften und Beseelung mit besserer Thätigkeit erleben, so werden wir aus dem Stillstand in den Rückschritt gelangen.*[285]

Um dem drohenden Bankrott des badischen Staatswesens vorzubeugen, war es nach Kiefers Auffassung wichtig, *"in die trägen und indolenten Massen Verständniß und Bewegung zu bringen"* und *"in der Kammer die zu weit getriebene Rücksichts- u. Concessionspolitik durch ernsteren Nachdruck und thatkräftigere Haltung zu ersetzen"*. Nach seinen bisherigen Erfahrungen hielt Kiefer zwar beides für schwierig, nicht aber für unmöglich.

An der vertraulichen Zusammenkunft in Offenburg am 8. November 1868 nahmen neben den vier Wortführern - Kiefer, Eckhard, Lamey und Bluntschli - weitere

---

[284] Auch grundsätzlich war Bluntschli von der Notwendigkeit einer Parteiorganisation überzeugt, wie er in seinem im Jahr 1869 erschienen Buch "Charakter und Geist der politischen Parteien" betonte: *"Soll die Partei ihre Aufgabe lösen und die Ziele erreichen, um deren willen sie zusammen getreten ist, so muß sie sich einiger Maßen zu einer activen Gemeinschaft ordnen und als eng verbundene Genossenschaft an dem öffentlichen Leben, in den Wahlversammlungen und in den Räthen sich betheiligen. Die Ordnung der Partei und die Unterordnung der einzelnen Parteigenossen unter die Beschlüsse der ganzen Partei sind für die politischen Kämpfe ebenso unentbehrlich."* (J[ohann] C[aspar] BLUNTSCHLI, Charakter und Geist der politischen Parteien, Nördlingen 1869, S. 12)

[285] Kiefer an Bluntschli, 1. Nov. 1868, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

zehn Liberale teil, nämlich Rudolf Kusel, Ludwig Paravicini, Joseph Hebting, Johann Roder, Eduard Fauler[286], Ludwig Turban[287], Paul Tritscheller[288], Christian Gerbel, Karl Seiz und Heinrich Holtzmann.[289] Damit stellten die Teilnehmer des Treffens zahlenmäßig zwar nur ein Viertel der insgesamt 57 Mitglieder umfassenden liberalen Fraktion, doch schlossen sie fast alle Führungspersönlichkeiten ein. Als Ergebnis der Beratungen wurden ein Rundschreiben und ein Programmentwurf verabschiedet, die an weitere Liberale verschickt werden sollten.

Im vertraulichen Rundschreiben erklärten die Tagungsteilnehmer einleitend, daß die Liberalen sich seit der letzten Sitzungsperiode des Landtags in einer *"gefahrvolle[n] Lage"* befänden.[290] Zum einen stelle die katholische Opposition eine Herausforderung dar, denn sie habe bei der Zollparlamentswahl ihre Stärke unter Beweis gestellt und werde vor dem Konzil im folgenden Jahr alle Kräfte mobilisieren, so daß auch die Liberalen sich sammeln müßten. Ein zweites Problem bestehe darin, daß die Liberalen wegen der Steuererhöhungen, im Zusammenhang mit der Heeresreform, und wegen einiger Mißverständnisse in breiten

---

[286] Eduard Johann Anton Fauler (1819-1882):

1859-71 Oberbürgermeister von Freiburg und nationalliberaler Politiker, Mitglied der Führungsspitze der NLP, 1860-66 u. 1871-81 MdIIK und 1879/80 2. Vizepräsident der II. Kammer, 1868-70 MdZ u. 1871/72 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 110-114.

[287] Ludwig Karl Friedrich Turban (1821-1898):

Jurist und nationalliberaler Politiker, 1860 Ministerialrat im Handelsministerium, 1872-81 Handelsminister, 1876 Austritt aus der nationalliberalen Fraktion, 1876-93 Ministerpräsident und 1881-90 gleichzeitig Innenminister, 1866-71 u. 1873-81 MdIIK. Vgl.: Staatsminister Dr. Ludwig Turban. Nekrolog. Separatabdruck aus Nr. 352 der Karlsruher Zeitung, Karlsruhe 1898; Zur Erinnerung an Staatsminister Dr. Ludwig Turban, o. O. u. J. [Karlsruhe 1898]; Bad. Biogr. 5, S. 765-776; ADB 54, S. 715-717.

[288] Paul Tritscheller (1822-1892):

Fabrikant und nationalliberaler Politiker, 1865-73 MdIIK u. 1872-76 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 876f.

[289] Siehe zum Verlauf der Beratungen Fauler an Kirsner, 24. Dez. 1868, GLA N Kirsner/6; Bluntschlis Tagebuch, 8. Nov. 1868, ZBZ FA Bluntschli 32q; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 240-242.

[290] Vertrauliches Rundschreiben, 8. Nov. 1868, ZBZ FA Bluntschli 35b (Hervorhebungen im Original). Die Schrift wurde Jolly zugespielt, der sie in der "Karlsruher Zeitung" (287/5. Dez. 1868) veröffentlichen ließ. Zu den Motiven der Offenburger siehe die von Lamey verfaßte und anonym erschienene Broschüre "Woher die Opposition? Ein Wort von liberaler Seite" (Karlsruhe 1869, ZBZ FA Bluntschli 35b), welche die Regierung mit der Schrift "Antwort auf die Flugschrift: Woher die Opposition?" (ebd.), dem Wiederabdruck eines Artikels aus der "Karlsruher Zeitung" (306/28. Dez. 1868), beantwortete.

Bevölkerungsschichten auf Ablehnung stießen. Die größte Gefahr liege aber darin, daß das frühere Vertrauensverhältnis zwischen der liberalen Kammermajorität und der Regierung nicht mehr bestehe und das Ministerium nicht mehr die Positionen der liberalen Fraktion vertrete. Die "Offenburger" betonten, sie ständen vor der Alternative, entweder auf eine liberale Gruppierung und eine liberale Politik zu verzichten und sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen, oder aber sich zu *"selbständiger und thatkräftiger Wirksamkeit"* aufzuraffen - sie hätten sich für die zweite Möglichkeit entschieden und deshalb einen Programmentwurf[291] erarbeitet, der im Rahmen einer größeren Versammlung verabschiedet werden solle. In vertraulichen Kontakten mit Jolly stellten die Offenburger zusätzlich die Forderung, Lamey und Bluntschli in die Regierung aufzunehmen.[292]

Am 24. November begann die Offenburger Gruppe in der "Konstanzer Zeitung" mit einer publizistischen Offensive gegen die Regierung.[293] Gleichzeitig entfaltete Kiefer große Aktivitäten, unter anderem nahm er mit zahlreichen Liberalen Kontakt auf und versuchte, weitere Zeitungen für seine Ziele zu gewinnen.[294] Trotz ihrer Anstrengungen mußten die Offenburger bereits nach kurzer Zeit erkennen, daß die Mehrheit der Liberalen zwar ihr Programm billigte, sich aber nicht gegen die Regierung stellen wollte, denn die meisten Liberalen sahen die Position des Ministeriums als zu gefestigt an und glaubten, in den Auseinandersetzungen mit der katholischen Bewegung nicht auf dessen Unterstützung verzichten zu können; außerdem standen die tonangebenden Offenburger im Verdacht, aus Ressentiments und enttäuschtem Ehrgeiz zu handeln.

Erschwerend kam für die Opposition hinzu, daß sich die meisten badischen Zeitungen von Anfang an reserviert verhielten, da sie unter dem Einfluß der Regierung

---

[291] Entwurf zur Feststellung eines Programms der liberalen Partei in Baden, nach den Beschlüssen der am 8. November 1868 zu Offenburg abgehaltenen Versammlung, ZBZ FA Bluntschli 35b.

[292] Vgl. Tagebuch v. Freydorfs, 25. Dez. 1868, GLA 69 v. Freydorf/265 u. Ein Ausgleichungs Vorschlag, 18. Dez. 1868, ZBZ FA Bluntschli 35 b; außerdem BECKER, Liberaler Staat, S. 226.

[293] Dazu Otto Ammon (Redakteur der "Konstanzer Zeitung") an Bluntschli, 4. u. 16. Dez. 1868, ZBZ FA Bluntschli 1.15. Vgl. auch Kiefers Erklärung in der "National-Zeitung" 6/5. Jan. 1869, dem Hauptorgan der Nationalliberalen Partei in Preußen (GLA 69 v. Freydorf/436).

[294] Kiefers Anstrengungen lassen sich gut anhand seiner zahlreichen Briefe nachvollziehen, die in ZBZ FA Bluntschli 7.453 überliefert sind. Zur Haltung der "Badischen Landeszeitung" gegenüber der Offenburger Opposition vgl. 283/I/3. Dez: Liberal oder ministeriell?, 289/I/10. Dez.: Woher die Opposition?, 291/12. Dez.: Programm und Rundschreiben, 292/I/13. Dez. 1868.

standen oder eigene Bedenken hatten. Auch trat Ministerpräsident Jolly, der die volle Unterstützung des Großherzogs besaß, den Offenburgern in der offiziösen "Karlsruher Zeitung" geschickt entgegen: Zum einen kündigte er eine Berücksichtigung ihrer Reformforderungen an und zum anderen versuchte er, die Opposition zu spalten und die radikalere Gruppe um Kiefer zu isolieren.[295] Gleichzeitig verschärfte Jolly den Kurs in der Kirchenpolitik, um dem Vorwurf der Nachgiebigkeit gegenüber den Ultramontanen entgegenzutreten und ließ nach der Exkommunikation des Konstanzer Bürgermeisters Michael Stromeyer Erzbistumsverweser Lothar von Kübel[296], wegen Mißbrauch seines geistlichen Amtes, anklagen.

Ende des Jahres 1868 wurde eine zweite Versammlung nach Offenburg einberufen, die aus zwei Teilen bestand: Am 26. Dezember wurden in einer nichtöffentlichen Sitzung, an der etwa 100 Abgeordnete und Vertrauensmänner teilnahmen, die entscheidenden Beschlüsse über die Endfassung des Programms und über die Organisation gefaßt.[297] Die von über 1000 Teilnehmern aus allen Gegenden des Landes besuchte Volksversammlung am folgenden Tag sollte ihre Zustimmung zu den Entschließungen geben. Eckhard unterstrich in seiner öffentlichen Rede, daß der Anschluß an den Norddeutschen Bund in Baden nur gefördert werden könne, wenn man gleichzeitig den liberalen Fragen eine besondere Aufmerksamkeit schenke. Seit dem Ende des letzten Landtags hätten sich Bedenken ergeben, ob die Regierung die liberalen Ziele entschieden genug verfolge und ob die bisherige Verbindung zwischen ihr und der liberalen Mehrheit in der Zweiten Kammer fortbestehen könne. Die Liberalen hätten sich deshalb entschlossen, so fuhr Eckhard fort, der Regierung gegenüber selbständig aufzutreten und das Volk zur Mitarbeit an der Bildung einer Partei aufzufordern. Im Anschluß an Eckhards Ausführungen unterstrich Lamey, ein wesentlicher Grund für die Offenburger Zusammenkunft seien das verbreitete Desinteresse an den öffentlichen Angelegenheiten und die politische Schläfrigkeit der liberalen Kreise, die in einem krassen Gegensatz zu den

---

[295] KaZtg 288/6. Dez. 1868.

[296] Lothar von Kübel (1823-1881):

Weihbischof und Verweser des Erzbistums Freiburg, 1867 Domdekan und Generalvikar, 1868 Weihbischof, 1868-81 da die Neubesetzung des Freiburger Erzbischofstuhls scheiterte, leitete er als Kapitularvikar und Verweser die Erzdiözese Freiburg. Vgl.: Joseph SCHOFER, Bischof Lothar von Kübel. Sein Leben und Leiden, Freiburg 1911; NDB 13, S. 172f.; Bad. Biogr. 4, S. 230-241.

[297] Versammlungsbericht in BLZ 305/30. Dez.u. 306/I/31. Dez. 1868 sowie 1/1. Jan. 1869.

starken Aktivitäten der katholischen Opposition ständen. Deshalb appellierte der frühere Innenminister an die Versammlungsteilnehmer, sich aufzuraffen und zusammenzuschließen.

Das in Offenburg mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Programm der Nationalliberalen Partei Badens wurde mit der grundsätzlichen Feststellung eingeleitet:

> *Die liberale und nationale Partei Badens nimmt eine selbständige Stellung ein. Sie wird keine systematische Opposition machen, vielmehr die Regierung in allen Maßregeln unterstützen, welche ihren Grundsätzen gemäß sind, aber auch die Regierung bekämpfen, wo sie denselben zuwider handelt.*[298]

Anschließend wurden die programmatischen Ziele in fünf Komplexen zusammengefaßt: Deutsche Politik, Kultus und Kirchen, Organisation der Kammern, Rechte der Kammern und Gemeindeverfassung. In Bezug auf die nationale Frage hieß es, die Partei werde am Ziel des *"möglichst baldigen Eintritts des Südens und insbesondere Badens in den norddeutschen Bund festhalten und diesen Eintritt nach Kräften fördern"*. Auch weiterhin werde man zu den Opfern bereit sein, die für eine entschiedene nationale Politik erforderlich seien, und man erkenne die Notwendigkeit an, die badische Heeresorganisation an die norddeutsche anzupassen, so wurde versichert, doch müßten überflüssige Ausgaben und unnötige Regelungen vermieden werden. Gleichzeitig wurde aber auch mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß die nationale Politik nur in Verbindung mit einer *"unzweideutigen liberalen Politik"* verwirklicht werden könne und deshalb Reformen in den Bereichen Verfassung, Gesetzgebung und Selbstverwaltung unumgänglich seien, um Baden als ein *"gesundes Glied dem Körper des deutschen Reiches"* einfügen zu können.

Der kulturpolitische Teil des Parteiprogramms enthielt die Aufforderung zur Verschärfung des Kulturkampfes: *"Die liberale Partei verlangt endlich eine männliche und abschließende Durchführung der Rechte des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Kirchengewalt",* so wurde unmißverständlich formuliert. Jede Begünstigung einer *"engen und unduldsamen konfessionellen Richtung"*, sei *"dem Geiste unseres Jahrhunderts zuwider und würde die geistigen Interessen der deutschen Nation schwer schädigen",* so hieß es weiter. Der dritte Programmkomplex enthielt Forderungen nach einer Wahlrechtsreform und einer Neuordnung der Zusammensetzung der Ersten

---

[298] Programm der liberalen Partei in Baden, beschlossen zu Offenburg in der Versammlung vom 26. Dezember 1868, ZBZ FA Bluntschli 35b, abgedruckt in Anhang 6.

Kammer. Für die Wahlen zur Zweiten Kammer wurden das allgemeine und geheime Wahlrecht sowie eine Reform der die Städte stark bevorzugenden Wahlkreiseinteilung gefordert. Über die kontrovers diskutierte Frage des direkten oder indirekten Wahlrechts konnten die Versammlungsteilnehmer keine Einigung erzielen, so daß schließlich folgende Kompromißformel gefunden wurde: Zwar sollte die Mehrheit das direkte Wahlrecht vertreten und auch beantragen, doch wurde diese Frage trotzdem als offen bezeichnet. Zusätzlich wurde verlangt, bei der Zusammensetzung der Ersten Kammer die Wissenschaft, die Industrie, den Handel und den Großgrundbesitz zu berücksichtigen.

Unter dem vierten Programmpunkt wurden zu Stärkung der Rechte der beiden Kammern folgende Ziele formuliert: die jährliche Budgetbewilligung und damit der jährliche Zusammentritt des Parlaments, die Verkürzung der Sitzungsperioden und das Recht der Gesetzesinitiative. Im letzten Abschnitt bezeichneten die Liberalen eine Reform der Gemeindeverfassung als unumgänglich, wobei sie die Einführung des direkten Wahlrechts für die Gemeindeämter und eine Revision des Gemeindesteuerwesens als am dringendsten ansahen. Abschließend stellten die Versammlungsteilnehmer fest, daß sie sich weitere Reformforderungen auf den Gebieten der inneren Verwaltung, der Gerichtsverfassung, des Steuerwesens und der sozialen Fragen vorbehalten würden.

Zugleich wurden auf der Offenburger Versammlung Satzungen verabschiedet, in denen es einleitend hieß: *"Die liberale Partei in Baden bildet einen Verein auf Grundlage ihres zu Offenburg am 26. Dez. 1868 beschlossenen Programms."*[299] Die allgemeine Leitung der Landespartei wurde nach den Statuten einem Gesamtausschuß übertragen, der berechtigt war, sich zu ergänzen und einen engeren Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen. In den einzelnen Amtsbezirken sollte der Landesverein Bezirks- und Ortsvereine bilden, die sich auf eigene Initiative konstituieren sollten; jeder Bezirksverein war berechtigt, Vertreter in den Gesamtausschuß zu entsenden. Weiter wurde festgelegt, daß jeder in Baden wohnende Deutsche, der sich zu dem Programm bekenne, Mitglied werden könne und daß der Jahresbeitrag 30 Kreuzer betrage. Als Mitglieder des vorläufigen Geschäftsführenden Ausschusses wurden die vier Offenburger Liberalen Kiefer, Eckhard, Gerbel und Nußbaum gewählt.

---

[299] Satzungen der liberalen Partei in Baden, EBD., abgedruckt in Anhang 6. Der Verein war eine typische Organisationsform der Liberalen, wobei der Landesverein die Gesamtorganisation darstellte, die sich auf der mittleren Ebene in Kreis- und Bezirksvereine sowie auf der unteren Ebene in Ortsvereine gliederte. Vgl. dazu NIPPERDEY, Organisation, S. 74-85.

Die zweite Offenburger Versammlung führte zu zwei zentralen Ergebnissen: Erstens wurde den gegen die Regierung gerichteten Oppositionsplänen eine deutliche Absage erteilt, denn die große Mehrheit der Liberalen war nicht bereit, der Regierung die parlamentarische Unterstützung zu entziehen. Ein klares Zeichen dafür war die Endfassung des Parteiprogramms, die einen versöhnlicheren Charakter als das Rundschreiben bzw. der Entwurf erkennen ließ und in der die Stellung der Liberalen lediglich als selbständig, nicht mehr als grundsätzlich oppositionell bezeichnet wurde. Zugleich zeigte sich bei den Beratungen, daß die Forderung nach direktem Wahlrecht innerhalb des badischen Liberalismus auf starken Widerstand stieß. Damit zeichnete sich auf der zweiten Offenburger Versammlung bereits eine Spaltung des liberalen Lagers in einen linken Flügel um Kiefer, Eckhard, Gerbel und Seiz und eine gemäßigte Gruppe um Kirsner, Kusel, Paravicini, Friderich, Turban und Nicolai ab. Mit Befriedigung konnte Jolly deshalb einige Tage später konstatieren:

> *Die Offenburger Geschichte wird, wenn der augenblickliche Schein nicht täuscht, wohl allmählig einschlafen. Die Opponenten sind z. Z. entschieden in der Minderheit; die Majorität kann sich aber nicht entschließen, den 'edlen und ritterlichen' Lamey fallen zu lassen, welcher der Haupturheber und die alleinige Stütze der ganzen Geschichte ist. Bluntschli ist bereits fertig im Land. Kiefer hat einen gewissen radikalen Anhang, aber keine entscheidende Bedeutung.*[300]

Das zweite wichtige Ergebnis der Versammlung ist darin zu sehen, daß man wesentliche Grundlagen für eine Partei im modernen Sinne schuf: Zum einen wurde ein Programm verabschiedet, in dem sich die Liberalen auf konkrete Zielsetzungen in den einzelnen Politikfeldern einigten und zum anderen wurde ein landesweiter Parteiaufbau beschlossen, der sich an der Deutschen Partei in Württemberg orientierte. Die Organisation hatte eine Doppelfunktion zu erfüllen: Sie sollte als Stütze in den Auseinandersetzungen mit den Ultramontanen und gleichzeitig als Hausmacht im Konflikt mit der Regierung dienen.

Die Schwierigkeit bestand in der Folgezeit darin, die Organisationsbeschlüsse in die Tat umzusetzen, wie die liberale "Konstanzer Zeitung" in einem Leitartikel richtig erkannte.[301] Das Programm und der Organisationsentwurf seien lediglich Schriftstücke, so bemerkte das Blatt, und damit die Partei eine politische Macht werde, müßten die Offenburger in der Presse und in öffentlichen Versammlungen eine rege Tätigkeit entfalten; ebenso wichtig sei es, daß sich die Bevölkerung an der

---

[300] Jolly an Robert v. Mohl, 1. Jan. 1869, UB Tübingen, Md. 613/10, zit. nach GALL, Liberalismus, S. 445.

[301] Konstanzer Zeitung 4/6. Jan. 1869: Was nun? (GLA 69 v. Freydorf/436).

Bildung von Vereinen beteilige. Auch die "Badische Landeszeitung" begrüßte die Organisationsbeschlüsse, denn seit der Zollparlamentswahl sei es unübersehbar gewesen, so betonte das Blatt, daß die badischen Liberalen eine Organisation benötigten, wenn sie ihre liberalen und nationalen Ziele nicht gefährden wollten.[302] Man habe auch deshalb nicht länger warten können, so hieß es weiter, weil Hessen mit der Fortschrittspartei und Württemberg mit der Deutschen Partei bereits Organisationen besäßen und eine badische Landespartei auch im Interesse einer einheitlichen Nationalpolitik der Süddeutschen notwendig sei.

Besonders Friedrich Kiefer drängte auf den unverzüglichen Aufbau einer Organisation: *"Wir müssen jedenfalls jezt zur Organisation der Partei auf der Grundlage des Programms gelangen,"* so schrieb er bereits im Dezember 1868 an Bluntschli.[303] Unentbehrlich seien vor allem zwei Maßnahmen, so fügte Kiefer einige Wochen später hinzu, das häufige Abhalten von Bürgerabenden und Volksversammlungen sowie eine intensive Pressetätigkeit in der "Badischen Landeszeitung" und der "Konstanzer Zeitung".[304] Dagegen hielt Lamey eine bessere Vorbereitung für notwendig und sah den Zeitpunkt für einen Organisationsaufbau als verfrüht an, wie er in einem Schreiben von Ende Januar 1869 nachträglich betonte:

> *Ich hätte s. Z. vorgezogen, mit der Organisation noch nicht vorzugehen, bevor wir uns thätiger u. verlässiger Gehilfen in den Bezirken versichert haben. Ich fürchtete sofort, daß daraus nicht zu viel werden dürfte, u. daß dann der äußere Anschein gegen den Erfolg spräche, den wir zu erwarten berechtigt waren, denn die Zahl der Vereine u. ihrer Glieder läßt sich eben berechnen, während unsere Macht vorher größer schien.*[305]

Kiefer konnte sich mit seiner Position durchsetzen, und so wurden bereits Anfang Januar 1869 die ersten Schritte zum Aufbau einer Organisation eingeleitet. Der Geschäftsführende Ausschuß, unter der Führung Kiefers und Eckhards, ließ fünftausend Programme drucken, die er an 118 Liberale in allen Teilen des Großherzogtums verschickte.[306] In dem von Kiefer verfaßten Begleitschreiben, das einen guten Eindruck von seinen Vorstellungen über die zukünftige Parteiarbeit vermittelt, wurden die Empfänger aufgefordert, eine *"unmittelbare Thätigkeit in*

---

[302] BLZ 4/6. Jan. 1869: Die Organisation der liberalen Partei.

[303] Kiefer an Bluntschli, 4. Dez. 1868, ZBZ FA Bluntschli 7.453 (Unterstreichung im Original).

[304] Kiefer an Bluntschli, 10. Jan. 1869, EBD.

[305] Lamey an Bluntschli, 29. Jan. 1869, EBD. 8.484 (Unterstreichung im Original).

[306] Siehe Kiefer an Bluntschli, 2. u. 10. Jan. 1869, EBD. 7.453; außerdem BLZ 9/I/12. Jan 1869.

und mit dem Volke" aufzunehmen und in ihrem Kreis die Bildung von Bezirksvereinen anzuregen.[307] Dazu wurden die Adressaten gebeten, die Programme und Satzungen an einflußreiche liberale Persönlichkeiten in ihrem Bezirk zu verteilen und eine Versammlung zu organisieren, auf der die weiteren Schritte zur Bildung eines Vereins beraten werden sollten.

In dem Begleitschreiben wurde als nächster Schritt empfohlen, daß die Ausschüsse der Bezirksvereine die Gründung von Ortsvereinen in die Wege leiten sollten. In den Fällen, in denen eine lokale Organisation nicht zustande kam, wurden der Bezirksverein und die benachbarten Ortsvereine aufgefordert, ständigen Kontakt mit den nichtorganisierten Gesinnungsgenossen zu halten, sie zu Beratungen und Bürgerabenden einzuladen sowie mit Zeitungen und Flugschriften zu versorgen. Der Geschäftsführende Ausschuß erklärte sich bereit, auf Anfrage der Bezirksvereine kompetente Parteivertreter zu Vereinsversammlungen und Bürgerabenden zu entsenden. Kiefer formulierte im Begleitschreiben das Ziel, durch Versammlungen, eine koordinierte Pressetätigkeit, die Versendung von Flugschriften und eine regelmäßige Berichterstattung der Bezirksvereinsvorstände an den Geschäftsführenden Ausschuß eine *"lebendige und durch Einheit starke Wirksamkeit der Partei"* zu entfalten.

Die Aufforderung des Geschäftsführenden Ausschusses führte Mitte Januar 1869 während eines Bürgerabends in Eberbach, der vom Landtagsabgeordneten Theodor Frey geleitet wurde, zur Konstituierung des ersten liberalen Vereins.[308] In den Reden wurde die doppelte Aufgabe der Organisation betont, nämlich einerseits bei einem Konflikt mit der Regierung als Stütze zu fungieren und andererseits Interesse für Politik zu wecken, Kenntnisse über öffentliche Angelegenheiten zu vermitteln und die Erziehung zu politischer Selbständigkeit zu fördern. Nach dem Bericht der "Landeszeitung" erklärten sogleich 60 Personen schriftlich ihren Beitritt.

Dagegen verlief die Bildung eines liberalen Vereins in der folgenden Woche in Waldshut nicht nach den Wünschen der Organisatoren, die beabsichtigt hatten, den "Verein für gemeinnützige Interessen" geschlossen in die Landespartei aufzunehmen.[309] Nachdem Joseph Hebting das Offenburger Programm und die Satzungen vorgestellt hatte, erklärte der Ausschuß des Vereins, daß er mit den programmatischen Zielen zwar einverstanden sei, daß aber die Mehrheit der

---

307 Begleitschreiben, 6. Jan 1869, EBD. 35b (Hervorhebungen im Original).

308 Vgl. BLZ 19/23. Jan. u. 23/I/28. Jan. 1869.

309 Vgl. BLZ 22/I/27. Jan. u. 27/I/2. Febr. 1869.

Mitglieder den Motiven der Offenburger mißtraue, so daß ein geschlossener Übertritt in die Landesorganisation nicht möglich sei. Schließlich sprachen sich lediglich zwanzig Besucher für die Konstituierung eines liberalen Ortsvereins aus, worauf ein Geschäftsführender Ausschuß eingesetzt wurde.

Ende Januar beklagte die "Konstanzer Zeitung", daß es *"mit der Parteibildung nicht vorwärts wolle"*[310], und andere Blätter sprachen bereits vom *"Mißerfolg der Offenburger"*[311] und von der *"verunglückten Parteibildung"*[312]. Der Versuch, eine Landesorganisation aufzubauen habe offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg, so stellte eine Zeitung fest, denn vier Wochen nach der Offenburger Versammlung seien lediglich in Eberbach und Waldshut lokale Organisationen entstanden, die aber nicht einmal als ernstzunehmende Vereine angesehen werden könnten.[313] Auch in den größeren Städten des Landes - selbst in Offenburg, dem Sitz des Ausschusses - seien keine Anzeichen für bevorstehende Vereinsgründungen wahrnehmbar. Besonders das Bürgertum, auf das sich die Offenburger stützen wollten, sehe offenbar die Notwendigkeit von Vereinsbildungen nicht ein und verhalte sich ablehnend, so das Fazit des Blattes.

Statt des erhofften Aufbruchs war bereits wenige Wochen nach der Offenburger Versammlung unübersehbar, daß sich die hochgesteckten Ziele, die besonders in dem Begleitschreiben des Geschäftsführenden Ausschusses zum Ausdruck kamen, nicht verwirklichen ließen. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß bis Ende Februar einige weitere Vereine gegründet wurden, beispielsweise in Emmendingen, Lahr, Bruchsal und Pforzheim.[314] Die wesentliche Ursache für das Scheitern lag darin, daß viele Liberale den Motiven der Offenburger mißtrauten und erkannten, daß diese sich mit den Vereinen eine Hausmacht schaffen wollten, um gegen die Regierung vorzugehen.[315] Den Versicherungen der "Badischen Landeszeitung", die Parteiorganisation sei nicht gegen das Ministerium gerichtet, sondern hätte allein den Zweck, daß sich die Liberalen bei den nächsten Wahlen erfolgreich gegen die

---

[310] Konstanzer Zeitung v. Ende Jan. 1869, zit. nach FZ v. Ende Jan. 1869: Zur verunglückten Parteibildung der Offenburger (GLA 69 v. Freydorf/436).

[311] Zeitungsartikel v. Ende Jan. 1869: Der Mißerfolg der Offenburger (EBD.).

[312] FZ v. Ende Jan. 1869: Zur verunglückten Parteibildung der Offenburger (EBD.).

[313] Zeitungsartikel v. Ende Jan. 1869: Der Mißerfolg der Offenburger (EBD.).

[314] Zur Gründung in EMMENDINGEN: Amtsvorstand in Emmendingen an den Landeskommissär in Freiburg, 25. Jan. 1869, StAF A 95/3/45; in LAHR: Lahrer Zeitung, in BLZ 24/29. Jan. 1869, BLZ 28/3. Febr., 29/I/4. Febr, 32/I/7. Febr. u. 33/II/9. Febr. 1869; in BRUCHSAL: BLZ 30/5. Febr. 1869; in PFORZHEIM: BLZ 49/27. Febr. 1869.

[315] Vgl. BLZ 10/13. Jan. u. 13/16. Jan. 1869; BLUM, S. 113; GALL, Liberalismus, S. 449.

katholische Opposition behaupten könnten,[316] wurde offenbar wenig Glauben geschenkt. Von den angeschriebenen Liberalen fanden sich deshalb nur wenige bereit, die Initiative zur Vereinsgründung zu ergreifen und die unternommenen Versuche stießen bei der Basis, wie das Beispiel Waldshut zeigt, nur auf geringe Resonanz.

Trotz der Rückschläge hielt der linke Kern der Offenburger um Kiefer und Eckhard unverändert an den Oppositionsplänen gegen die Regierung fest. Kiefer sah insbesondere zwei Mittel als wichtig an, um für die eigenen Ziele zu werben: das Abhalten von Bürgerabenden und Volksversammlungen sowie eine starke Pressetätigkeit in der "Badischen Landeszeitung" und der "Konstanzer Zeitung".[317] Auf beiden Feldern entfalteten die Offenburger in den ersten Monaten des Jahres 1869 eine rege Tätigkeit,[318] deren Höhepunkte die Volksversammlungen im Februar vor 2000 Besuchern in Lörrach und im April vor 2500 Menschen in Pforzheim darstellten.[319]

Allerdings verschlechterten sich die Chancen des Oppositionsvorhabens im Frühjahr 1869 durch zwei Entwicklungen erheblich, nämlich durch die Formierung der Katholischen Volkspartei und der Wahlreformliga. Die am 1. Mai konstituierte Katholische Volkspartei trat mit einem programmatischen Aufruf an die badische Öffentlichkeit,[320] der in den katholischen Zeitungen verbreitet und von 79 Persönlichkeiten - darunter Jakob Lindau, Ferdinand Bissing, Franz Lender[321],

---

316 BLZ 13/16. Jan. 1869.

317 Kiefer an Bluntschli, 10. Jan. 1869, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

318 Vgl. dazu beispielsweise Kiefer an Bluntschli, 20. Jan. u. 3. Febr. 1869, EBD.

319 Zur Versammlung in Lörrach: BLZ 46/24. Febr. u. 49/27. Febr. 1869; in Pforzheim: BLZ 91/I/20. Apr., 92/I/21. Apr., 93/I/22. Apr. u. 94/23. Apr. 1869. Vgl. beispielsweise auch den Bürgerabend in Lahr: BLZ 28/3. Febr., 29/I/4. Febr., 32/I/7. Febr. u. 33/II/9. Febr. 1869.

320 An das badische Volk!, 1. Mai 1869, BB 104/5. Mai 1869, Beil. (Hervorhebungen im Original); auch in GLA 69 v. Freydorf/441; wiederabgedruckt bei Hans FENSKE (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung 1850-1870, Darmstadt 1977, S. 392-394. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 5). Vgl. zum Aufruf auch BLZ 105/I/6. Mai 1869.

321 Franz Xaver Leopold Lender (1830-1913):

Priester und Politiker der KVP bzw. des Zentrums, 1870-87 Fraktionsvorsitzender u. Parteiführer, Verfechter eines Verständigungskurses gegenüber dem Staat und den Nationalliberalen, 1869-87 MdIIK u. 1872-1913 MdR, 1887 nach innerparteilichen Konflikten Austritt aus der KVP. Vgl.: Max OBERHUBER, Das Leben des Franz Xaver Leopold Lender, Karlsruhe 1984; Franz DOR, Prälat Dr. Franz Xaver Lender. Ein Lebensbild, Bühl 1918; NDB 14, S. 200f.; Bad. Biogr. N. F. 2, S. 187-190.

Heinrich Hansjakob und Ludwig Marbe - unterzeichnet war.[322] Der kirchenpolitische Teil des Aufrufs enthielt unter anderem die Forderungen nach vollständiger Trennung der Kirche vom Staat, Freiheit der Kirche bei der Regelung ihrer Angelegenheiten, Ausweitung der Vereinsfreiheit auf katholische Vereine und Orden sowie Schulfreiheit.

Im allgemeinpolitischen Teil wurde als Ziel der Nationalpolitik die *"Gestaltung eines großen, föderalistisch geeinigten Deutschlands mit Einschluß Oesterreichs"* genannt. Von *"beklagenswerthen staatlichen Verhältnisse[n]"* war im innenpolitischen Teil die Rede, und es wurde die Behauptung aufgestellt, die materiellen und freiheitlichen Zustände würden *"das Bild des einst verherrlichten Musterstaates von der dunkelsten Kehrseite zeigen"*. Die wenigen innenpolitischen Forderungen - Reduzierung der Staatsausgaben durch Einsparungen beim Militär und durch Vereinfachung der Verwaltung, Revision des Vereins- und Presserechts in freiheitlichem Sinne sowie Selbstverwaltung des Volkes - waren auf die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung berechnet und sollten der Partei ein volksnahes Profil verleihen.

Der Aufruf der Katholischen Volkspartei schloß mit der Forderung, zur Besserung der politischen Verhältnisse die Ständeversammlung aufzulösen und einen außerordentlichen Landtag einzuberufen, auf dem das direkte und geheime Wahlrecht eingeführt werden solle. Zugleich gaben die Unterzeichner der Regierung Jolly die Hauptverantwortung für die Mißstände und sprachen ihr offen das Mißtrauen aus, indem sie erklärten, das Ministerium besäße nicht das Vertrauen des badischen Volkes. Die eindeutige Stoßrichtung gegen die Regierung - bei gleichzeitiger Schonung der regierenden Partei - war als ein indirektes Angebot an die Liberalen gedacht, sich mit der Katholischen Volkspartei zum Sturz Jollys zu verbünden.[323] Der Aufruf bildete den Auftakt für eine Reihe von Volksversammlungen und eine Petitionsbewegung, die eine Landtagsauflösung und den Sturz Jollys zum Ziel

---

[322] Vgl. zur Gründung der Katholischen Volkspartei: DORNEICH, Katholische Volkspartei, S. 379-393; Hans-Georg MERZ, Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 33-62, hier S. 33f. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 2); Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. Quellen zur Organisation und Politik der Zentrumspartei und des politischen Katholizismus in Baden 1888-1914, ausgew. u. eingel. v. Hans-Jürgen Kremer unter redaktioneller Mitarbeit v. Michael Caroli, hrsg. v. Jörg Schadt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, S. 26-29. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 11); BECKER, Liberaler Staat, S. 214-216; GALL, Liberalismus, S. 451-453; SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 64; BACHEM, Bd. 2, S. 318-320; DOR, Lindau, S. 52-56.

[323] So GALL, Liberalismus, S. 452f.

hatten. Mit aktiver Unterstützung des Klerus wurden von Ende Mai bis August 1869 Adressen aus rund 700 Gemeinden mit über 60.000 Unterschriften gesammelt,[324] was für die neugegründete Partei, angesichts der Gegenmaßnahmen der Regierung, einen beachtlichen Erfolg darstellte.

Fast gleichzeitig mit der Katholischen Volkspartei entstand Ende April eine Wahlreformliga aus Demokraten und Großdeutschen, die ebenfalls die Berufung eines außerordentlichen Landtags und die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts forderte, ohne allerdings ausdrücklich den Rücktritt Jollys zu verlangen.[325] Der frühere Außenminister Ludwig von Edelsheim war die zentrale Führungspersönlichkeit dieser Gruppierung, die ihren Schwerpunkt in Mannheim hatte und der auch Heinrich von Feder angehörte. Allerdings war der Erfolg dieser Petitionsbewegung mit lediglich 1100 Unterschriften, von denen allein 700 aus Mannheim stammten,[326] äußerst gering.

Jolly nutzte die Agitationen der Katholischen Volkspartei und der Wahlreformliga geschickt aus, um die Liberalen vollständig auf seine Seite zu ziehen und damit die Offenburger Opposition zu beenden. In einem Leitartikel der "Karlsruher Zeitung" vom 9. Mai warnte der Staatsminister vor der *"Verbindung der Ultrademokraten und der Ultramontanen"* und bediente sich dabei sowohl der im Bürgertum verbreiteten Furcht vor dem sozialen Umsturz als auch der Sorge vor einer Bedrohung der Freiheit und der modernen Kultur durch den Ultramontanismus.[327] Dieser wolle unter dem Deckmantel der Kirche *"einen Despotismus und eine Geistesknechtung ... versuchen, wie Europa sie noch nie verwirklicht gesehen hat"*, so versuchte Jolly die Liberalen aufzurütteln. Aber das 19. Jahrhundert werde dem Ultramontanismus nicht unterliegen - zumindest nicht in Deutschland -, so hieß es weiter, denn er werde hier auf einen unüberwindlichen Gegner, das deutsche Bürgertum, stoßen. Auch in Baden seien die Regierung und das liberale Parlament *"durchdrungen und gestählt von diesem Geiste des deutschen*

---

[324] Angaben nach BECKER, Liberaler Staat, S. 216.

[325] Zur Wahlreformliga vgl. BECKER, Liberaler Staat, S. 217 u. GALL, Liberalismus, S. 453. Aufruf des provisorischen Zentral-Ausschusses für die Bildung einer Wahlreform-Liga v. 25. April 1869 und Adresse an Großherzog Friedrich I., ZBZ FA Bluntschli 35b; abgedruckt in BB 106/8. Mai 1869; auch in GLA 69 v. Freydorf/441; wiederabgedruckt in Alles für das Volk. Alles durch das Volk. Dokumente zur demokratischen Bewegung in Mannheim 1848-1948, ausgew. u. bearb. v. Jörg Schadt, Stuttgart/Aalen 1977, S. 57-62. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 1). Vgl. zum Aufruf auch BLZ 107/I/9. Mai 1869.

[326] Angaben nach BECKER, Liberaler Staat, S. 217, Anm. 47.

[327] KaZtg 108/9. Mai 1869.

Bürgerthums" und würden den Ultramontanismus abwehren, so zeigte sich Jolly überzeugt.

Die Gleichzeitigkeit der beiden Petitionsbewegungen und die Übereinstimmung ihrer Nahziele sowie Jollys Appell lösten innerhalb des liberalen Lagers eine starke Bewegung zur Unterstützung der Regierung und zur Beilegung der Offenburger Opposition aus. Dabei kam ein wichtiger Impuls aus Mannheim, dem Zentrum der Wahlreformliga, wo Mitte Mai 130 Persönlichkeiten in einer Adresse entschieden gegen die Aufrufe der Ultramontanen und der Wahreformliga Stellung bezogen und versicherten, das badische Volk stehe hinter der nationalen und liberalen Politik des Ministeriums.[328] Der Mannheimer Aufruf wurde in zahlreichen badischen Zeitungen abgedruckt[329] und stieß innerhalb des badischen Liberalismus auf große Zustimmung, so daß sich in Karlsruhe, Durlach, Sinsheim, Bretten und Mühlburg hunderte von Bürgern der Adresse anschlossen.[330] Angesichts der doppelten Bedrohung war die überwiegende Mehrheit der Liberalen davon überzeugt, nur mit Unterstützung der Regierung Jolly ihre Sonderstellung in Baden behaupten zu können.

In dieser angespannten innenpolitischen Situation berief der Geschäftsführende Ausschuß der Liberalen für den 23. Mai eine dritte Versammlung nach Offenburg ein.[331] Ungeachtet der jüngsten Entwicklungen schrieb Kiefer am 7. Mai an Bluntschli, der wichtigste Grundsatz laute, keinen faulen Frieden mit Jolly zu schließen.[332] Auch zeigte sich der Führer der Offenburger weiterhin zum Sturz der Regierung entschlossen: *"Die Tage dieses Ministeriums sind gezählt. Wir werden*

---

[328] Adresse, 13. Mai 1869, BArch 60 Ve 2/1. Zur Reaktion der Ultramontanen auf den Aufruf vgl. BB 115/20. Mai: Die Mannheimer öffentliche Erklärung, 117/22. Mai u. 118/23. Mai 1869: Der Mannheimer Aufruf I u. II.

[329] Unter anderem in Mannheimer Journal 116/15. Mai 1869, Heidelberger Zeitung 113/16. Mai 1869 u. Durlacher Wochenblatt 58/18. Mai 1869 (alle BArch 60 Ve 2/1).

[330] Mannheimer Journal 134/4. Juni 1869: Der Mannheimer Aufruf (ebd.). Siehe auch die Heidelberger Adresse an Friedrich I. vom 13. Mai 1869 (ZBZ FA Bluntschli 35b).

[331] Siehe Oeffentliche Einladung, 12. Mai 1869, abgedruckt in BLZ 111/14. Mai 1869. Vgl. die Reaktion des "Badischen Beobachters" (114/19. Mai 1869: Die ausgeschriebene Versammlung der "Offenburger" zu Offenburg am 23. d. M.), in der es über die Nationalliberalen heißt: *"Die Partei hat offenbar alle Lebensfrische, die rechte Initiative, den festen Glauben an ihre Sache verloren; nur mit Unterstützung des Ministeriums, nur mit Mitteln der Polizei vermag sie ihr Leben noch zu fristen und ihre Gegner im Schach zu halten."*

[332] Kiefer an Bluntschli, 7. Mai 1869, ZBZ FA Bluntschli 7.453 (Unterstreichung im Original).

wahrhaftig nicht seine Stützen werden." In einem weiteren Schreiben an Bluntschli entwickelte Kiefer den Plan, nach dem Rücktritt des Ministeriums Jolly eine ausschließlich nationalliberale Regierung zu bilden:

> *Meines Erachtens kann die nationale Politik in Baden nur durch die Berufung eines Ministeriums geretet werden, an dessen Spitze Lamey steht, in dem Eckhard sich befindet u. in dem Sie die auswärtigen Angelegenheiten führen. Ich würde die besten Dienste nicht auf der Ministerbank, sondern als Führer der liberalen u. nationalen Partei in der II Kammer leisten können. Die Stellung Lameys könnte die sein, welche früher Mathy einnahm... Eckhard würde ein viel besserer Minister des Innern werden, als Lamey je war. Mit ihm käme eine bedeutende Kraft an die Spitze der neuen Verwaltung.*[333]

Auch noch am 15. Mai, eine Woche vor der Offenburger Versammlung, gab sich Kiefer siegessicher und überzeugt, daß *"die Jolly'sche Clique"* die Offenburger nicht überwältigen werde.[334]

Wenn der linke Flügel der Offenburger am Sturz des Ministeriums festhielt, drohte eine Spaltung des liberalen Lagers. Bereits im Februar hatte Kiefer seinen Willen zur Abspaltung bekundet: Kusel, Kirsner und die anderen Gemäßigten würden ihre Positionen nicht entschieden genug vertreten, so warf er ihnen vor, und deshalb werde man sich im nächsten Landtag mit Sicherheit von ihnen trennen.[335] Die Aussichten des linken Flügels hielt Kiefer für günstig: Wenn man zeige, daß es in Baden auch entschiedene Liberale und unabhängige Männer gebe, werde man bei den Wahlen Erfolge erzielen, so war er überzeugt, zumal die *"Schwächlinge der II Kammer"* alle *"älteren Datums"* seien. Noch im Mai fällte Kiefer ein vernichtendes Urteil über die gemäßigte Gruppe: *"Die Partei Kirsner, Kusel, Paravicini ist gar Nichts, gilt Nichts, leistet Nichts."*[336]

Dagegen drückte Kirsner als Vertreter der gemäßigten Mehrheit, die im Mai zwischen der Regierung und dem linken Flügel zu vermitteln versuchte,[337] in einem Schreiben an Bluntschli die Hoffnung aus, daß in Offenburg eine Einigung erzielt werde.[338] Sollten sich aber Kiefer, Lamey und Eckhard - trotz des gleichen Programms - dazu entschließen, eine oppositionelle Partei zu bilden, so bat Kirsner,

---

[333] Kiefer an Bluntschli, 9. Mai 1869, EBD.

[334] Kiefer an Bluntschli, 15. Mai 1869, EBD.

[335] Kiefer an Bluntschli, 3. Febr. 1869, EBD.

[336] Kiefer an Bluntschli, 9. Mai 1869, EBD.

[337] Vgl. Kirsner an Kiefer, 18. Mai 1869 (Abschrift), GLA N Kirsner/6; Paravicini an Bluntschli, 10. Mai 1869, ZBZ FA Bluntschli 11.650; Kirsner an Bluntschli, 11. Mai 1869, EBD. 7.458.

[338] Kirsner an Bluntschli, 20. Mai 1869, ZBZ FA Bluntschli 7.458.

diesen Schritt auf die Zeit nach der Landtagswahl zu verschieben, um dem Liberalismus in Baden nicht zu schaden. Schließlich gelang am Tag vor der Hauptversammlung in vertraulichen Verhandlungen zwischen den beiden Gruppierungen, bei denen Bluntschli eine Vermittlerrolle übernahm, doch noch eine Verständigung.[339] Beide Seiten einigten sich auf die Kompromißformel, einerseits die Selbständigkeit der Partei gegenüber der Regierung zu betonen, andererseits aber dem Ministerium die Unterstützung zuzusichern, wenn es die liberalen Positionen vertrete. Angesichts der Entwicklungen der vergangenen Wochen hatte die Gruppe um Kiefer offenbar die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens erkannt und zeigte sich deshalb kompromißbereit.

Die Hauptversammlung am 23. Mai, an der zwischen 1000 und 2000 Liberale[340] aus allen Teilen des Großherzogtums teilnahmen, wurde als eine Demonstration der Einheit des liberalen Lagers inszeniert.[341] Als Repräsentant des linken Flügels rief Eckhard die Versammelten dazu auf, geringfügige Meinungsunterschiede innerhalb der Partei zu dulden, solange in den nationalen und liberalen Hauptzielen Einigkeit herrsche. Daraufhin drückte auch Kusel, stellvertretend für den gemäßigten Flügel, sein volles Einverständnis mit dem erzielten Kompromiß aus und erklärte, ein Parteimitglied müsse in gewissen Fällen seine eigene Meinung der Parteilinie unterordnen. Anschließend rief Kiefer dazu auf, einträchtig mit der Regierung zusammenzuarbeiten und besprach die programmatischen Ziele der Liberalen: den Anschluß an den Norden und die innenpolitischen Reformen. Das vorgetragene Programm war

---

339 Vgl. Bluntschlis Tagebuch, 22./23. Mai 1869, EBD. 32q.

340 Während das "Mannheimer Journal" (124/24. Mai 1869: Die Versammlung der liberalen und nationalen Partei in Offenburg, BArch 60 Ve 2/1) und die "Badische Landeszeitung" (119/I/25. Mai 1869) von über 2000 Teilnehmern sprachen, gab die "Neue Badische Landes-Zeitung" (238/25. Mai 1869: Das Offenburger Versöhnungsfest II, BArch 60 Ve 2/1) 1200 bis 1500 Besucher an und der "Badische Beobachter" (120/26. Mai 1869) schätzte die Zahl lediglich auf etwa 1000. Unzutreffend die Angabe von 15.000 Teilnehmern bei SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 54.

341 Ausführlicher Versammlungsbericht in BLZ 119/I/25. Mai, 120/26. Mai, 121/I/27. Mai, 121/III/27. Mai, 122/29. Mai u. 123/I/30. Mai 1869 (die folgenden Ausführungen danach). Zur Bewertung der Veranstaltung in den verschiedenen politischen Lagern vgl. Mannheimer Journal 124/24. Mai: Die Versammlung der liberalen und nationalen Partei in Offenburg, 131/1. Juni: Rede des Abgeordneten Kiefer u. 133/3. Juni 1869 (alle BArch 60 Ve 2/1); Neue Badische Landes-Zeitung. Mannheimer Anzeiger 237/24. Mai, 238/25. Mai u. 240/26. Mai 1869: Das Offenburger Versöhnungsfest I-III (alle ebd.); BB 120/26. Mai, 121/27. Mai u. 122/29. Mai 1869: Der Offenburger Tag nach der "Karlsruher Zeitung" I u. II.

als Adresse an Großherzog Friedrich I. abgefaßt und wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.[342]

Anschließend betonte Kusel in seinem Vortrag, die Partei müsse eine feste Organisation besitzen, um sich selbst verteidigen zu können. Da es aber aus organisatorischen Gründen nicht möglich sei, von einer Zentrale aus alle Aktivitäten zu steuern, solle der Parteiaufbau an die Kreiseinteilung des Landes angelehnt werden. Den Kreisausschüssen blieben das weitere Vorgehen und alle Detailfragen überlassen, so Kusel, beispielsweise ob regelmäßige Versammlungen abgehalten, Druckerzeugnisse herausgegeben und Mitgliedsbeiträge verlangt werden sollten; allerdings müßten dabei auch die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden, so mahnte er. Zugleich sprach der Karslruher Abgeordnete das zentrale Problem beim Organisationsaufbau an:

> *So leicht es ist, eine Versammlung, wie die gegenwärtige, durch zündende Reden zu begeistern und den Theilnehmern an der Versammlung einen guten Willen einzuflößen, den sie hinaustragen in die Heimath, so schwer ist es, die Partei zu einer dauernden Thätigkeit, zu einer gewissen Opferbereitschaft zu bringen.*[343]

Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der das auf der Offenburger Versammlung vom Dezember 1868 verabschiedete Programm bestätigt und der Regierung die Unterstützung zugesagt wurde:

> *Die liberale und nationale Partei verfolgt selbständig die in dem Programm vom 26. Dez. v. J. aufgestellten Ziele. Sie wird, wie es schon damals erklärt worden ist, die großh. Regierung in allen Maßregeln, welche den von der Partei angenommenen Grundsätzen gemäß sind, unterstützen.*[344]

Weiterhin enthielt die Resolution Bestimmungen über einen mehrstufigen Organisationsaufbau: Der Offenburger Ausschuß wurde ermächtigt, bis zur nächsten Landesversammlung die allgemeinen Geschäfte zu führen. Außerdem sollten die Versammlungsteilnehmer als oberstes Parteigremium einen Landesausschuß wählen, der sich aus den Mitgliedern des Offenburger Ausschusses und je einem

---

[342] Adresse an Großherzog Friedrich I., 23. Mai 1869, BArch 60 Ve 2/1, GLA 69 v. Freydorf/442 (mit Unterschriftenliste) u. ZBZ FA Bluntschli 35b; außerdem abgedruckt in BLZ 119/I/25. Mai 1869. Die Adresse wurde von 656 Versammlungsteilnehmern aus 111 badischen Gemeinden unterschrieben, von denen mehr als die Hälfte aus dem Kreis Offenburg stammten. Am stärksten waren Offenburg mit 106 Unterzeichnern, Karlsruhe und Lahr (jeweils 39), Ortenberg (25), Bühl und Haslach (jeweils 21), Freiburg (20), Pforzheim und Kehl (jeweils 19), Oberkirch (18), Heidelberg (15) und Mannheim (13) vertreten (nach BLZ 125/2. Juni u. 127/4. Juni 1869).

[343] BLZ 122/29. Mai 1869.

[344] Abgedruckt in BLZ 119/I/25. Mai 1869.

Vertreter aus den zehn übrigen Kreisen zusammensetzte. Diesem Führungsgremium wurde die Aufgabe übertragen, die Wahl von Kreisausschüssen in die Wege zu leiten, die in den elf Kreisstädten des Landes - Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Baden-Baden, Offenburg, Villingen, Lörrach, Waldshut und Mosbach - zu bilden waren. Die Kreisausschüsse wurden beauftragt, die Gründung von ihnen untergeordneten Bezirks- und Ortsvereinen vorzubereiten und besonders bei Wahlen die Interessen der Partei zu vertreten. Als Vertrauensmänner der Kreise wurden die Abgeordneten Lamey, Eckhard, Kusel und Frey, die Bürgermeister Fauler, Stromeyer, Schupp und Straubhaar sowie außerdem Blum[345], Rottra, Eisinger, Abel und Müller in den Landesausschuß gewählt.

Obwohl die Opposition auf der dritten Offenburger Versammlung vor Jolly kapitulieren mußte, war der Ministerpräsident auch weiterhin gezwungen, erhebliche Rücksichten auf den linken Flügel der Nationalliberalen zu nehmen, der seine einflußreiche innerparteiliche Stellung behaupten konnte. Die Stärke dieser Gruppierung ist wahrscheinlich unter anderem damit zu erklären, daß nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 viele Anhänger der Demokraten in das liberale Lager überwechselten und daß sich im Jahr 1866 die Mehrheit der "Fortschrittspartei", darunter Kiefer und Eckhard, den gemäßigten Liberalen anschloß. Mit dem Kompromiß zwischen den innerparteilichen Gruppierungen waren zwar die heftigen Flügelkämpfe beigelegt, welche die Liberalen zu spalten drohten, doch war damit das grundsätzliche Problem nicht gelöst, daß die Nationalliberalen ein weites politisches Spektrum abdeckten und deshalb bereits in der Struktur der Partei Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen angelegt waren.

Ein Korrespondent der "Badischen Landeszeitung" sprach von einem *"großen Schritt"*, der in Offenburg für die Parteiorganisation getan worden sei.[346] Nun müsse ein Schwerpunkt auf der Gründung von Ortsvereinen in den ländlichen Regionen liegen, so hieß es weiter, damit die dortige Bevölkerung, welche die Hauptstütze der Ultramontanen bilde, gewonnen werde. Der Berichterstatter schlug vor, daß hauptsächlich Städter, die redegewandt und innerhalb der ländlichen Bevölkerung bekannt seien, die Gründung von Ortsvereinen in die Hand nehmen sollten. Außerdem bezeichnete er es als wünschenswert, daß die Ausschüsse der Bezirksvereine liberale Persönlichkeiten in den ländlichen Gegenden zur

---

[345] Wilhelm Blum (1831-1904):

Jurist und nationalliberaler Politiker, Vertreter des linken Parteiflügels, 1869-83 u. 1889-93 MdIIK, 1871-84 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 791.

[346] BLZ 128/5. Juni 1869.

Vereinsgründung ermunterten und daß künftig auch in den größeren Landorten Veranstaltungen abgehalten würden.

Die Organisationsplanungen wurden in den folgenden Monaten auf zwei weiteren Versammlungen vorläufig zum Abschluß gebracht. Nach den Beschlüssen einer Offenburger Vertrauensmännerversammlung vom Juli 1869 fungierte das Offenburger Komitee fortan als Geschäftsführender Ausschuß, und der Landesausschuß, der seinen ständigen Sitz in der Stadt an der Kinzig behielt, setzte sich aus den sechs Mitgliedern des Offenburger Komitees und aus jeweils drei Vertretern aus den anderen zehn Kreisen zusammen.[347] Außerdem wurde in der bisher umstrittenen Beitragsfrage eine Kompromißformel gefunden, nach der die Kreisausschüsse freiwillige Abgaben an die Landesausschußkasse abführen sollten, es ihnen aber überlassen blieb, ob sie verbindliche Mitgliedsbeiträge erhoben.

Schließlich wurden auf einer Sitzung des Landesausschusses in Karlsruhe im Februar 1870 Kiefer, Eckhard, Lamey, Bluntschli und Kusel in den Geschäftsführenden Ausschuß gewählt, und diesem Gremium wurde das Recht der Kooptation zugestanden; außerdem wurde Eduard Kölle zum Kassierer ernannt.[348] Zugleich vereinfachte man den Aufbau der Landespartei, indem man sich künftig nicht mehr an die Kreiseinteilung, sondern an die darunter liegende Bezirksgliederung anlehnte. Nach Darstellung der "Badischen Landeszeitung" standen die erforderlichen finanziellen Mittel für die Parteiarbeit bereits in ausreichendem Umfang zur Verfügung, was das Blatt damit erklärte, daß die Mitglieder die Bedeutung des finanziellen Aspekts erkannt hätten.

Bei dieser Zusammenkunft stand auch die Basisarbeit, vor allem die Presse- und Versammlungstätigkeit, auf der Tagesordnung. In Bezug auf den ersten Punkt wurde die Gründung der autographischen "Correspondenz" und des "Landtagsblattes" genehmigt sowie die Beschäftigung eines Redakteurs beschlossen. Für die bereits ins Leben gerufene "Correspondenz" konnte eine erste positive Bilanz vorgelegt werden, nach der diese von über vierzig Zeitungsredaktionen, darunter auch größeren außerbadischen Parteiorganen, benutzt wurde. Als zweites wichtiges Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde die regelmäßige Abhaltung von kleineren und größeren Versammlungen empfohlen, auf denen alle aktuellen Fragen diskutiert werden sollten. Dabei wurde vorgeschlagen, nach einem kurzen Vortrag eine ausführliche Diskussion zu ermöglichen und seitens des Offenburger Ausschusses regelmäßig Redner zu

---

[347] Vgl. BLZ 166/I/20. Juli u. 171/I/25. Juli 1869.

[348] Vgl. BC, in BLZ 36/12. Febr. 1870 u. BLZ 32/I/8. Febr. 1870.

Bezirksversammlungen zu entsenden. Zugleich wurde angeregt, bei diesen Veranstaltungen Flugblätter zu verteilen, auf denen die jeweiligen Diskussionsgegenstände in knapper und allgemeinverständlicher Form zusammengefaßt sein sollten, worauf der Geschäftsführende Ausschuß sich bereiterklärte, zukünftig dafür zu sorgen. Außerdem wurde der dringende Wunsch geäußert, daß die Bezirksausschüsse dem Geschäftsführenden Ausschuß alle drei Monate einen ausführlichen Bericht über ihre politische Arbeit, besonders über den Verlauf der Veranstaltungen, erstatten sollten.

Diese Vorschläge trugen die Handschrift Friedrich Kiefers, der sich für eine intensive Basisarbeit einsetzte. Einige der Maßnahmen hatten Erfolg, so konnte die "Badische Correspondenz", die regelmäßig Stellungnahmen der Parteiführung zu aktuellen politischen Fragen und zu parteiinternen Vorgängen brachte, in begrenztem Umfang Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben. Dagegen zeigte das "Landtagsblatt", in dem ausführlich über die Sitzungen der Kammern berichtet wurde, nicht die gewünschte Wirkung und mußte sein Erscheinen bereits nach wenigen Monaten wieder einstellen. Auch gelang es nicht, die Versammlungstätigkeit mit der Intensität und in dem Umfang aufzunehmen, wie Kiefer sich das vorstellte. Das Wunschdenken kommt besonders beim Vorschlag zum Ausdruck, die Bezirksvereine sollten alle drei Monate einen ausführlichen Bericht über ihre Arbeit geben, denn noch im Jahr 1910 war der Kontakt zwischen der Parteiführung und den Bezirksvereinen derart unterentwickelt, daß die Zentrale nicht einmal in der Lage war, von 37 nationalliberalen Vereinen die Mitgliederzahlen herauszufinden.[349]

3. Der Aufbau der Parteiorganisation im Land

In allen Teilen Badens setzte der Organisationsaufbau kurz nach der Offenburger Versammlung vom 23. Mai 1869 ein.[350] Bereits Anfang Juni konstituierten sich in den beiden größten Städten des Landes, Karlsruhe und Mannheim, nationalliberale Vereine. In der Landeshauptstadt erklärte Kusel, als Vertrauensmann der Offenburger Versammlung, am 2. Juni auf einem Bürgerabend, an dem zwischen 300 und

---

[349] So Generalsekretär Paul Thorbecke auf der Sitzung des Engeren Ausschusses am 12. November 1910 in Karlsruhe, S. 11, GLA 69 Nationalliberale Partei/211.

[350] Allgemein zur Organisation der Liberalen: NIPPERDEY, Organisation, S. 9-175.

400 Besucher teilnahmen, der Grundstein für eine Parteiorganisation sei in Offenburg gelegt worden und nun beabsichtige man, in Karlsruhe einen Verein zu gründen.[351] Es reiche nämlich nicht aus, eine liberale Gesinnung zu besitzen und diese von Zeit zu Zeit kundzutun, so mahnte der Karlsruher Landtagsabgeordnete, sondern - angesichts mehrerer, starker politischer Gegner - müßten die Liberalen geschlossen auftreten und über eine Parteiorganisation verfügen. Die Ziele des Vereins kämen am besten in der Antwort des Großherzogs auf die Offenburger Adresse vom 23. Mai zum Ausdruck: *"Ein freies Staatsleben im Innern, ruhend auf der sicheren Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiösen Ernstes und muthige, entschlossene Theilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands"*[352] - dies seien auch die Bestrebungen der Nationalliberalen Partei, so erklärte Kusel. Anschließend wurde Kusels Antrag angenommen, den Karlsruher Bürgerabend zu einer Untergliederung der Nationalliberalen Partei Badens und das bisherige Komitee zum Karlsruher Parteiausschuß zu erklären sowie die Bildung von Bezirks- und Ortsvereinen zu veranlassen. Bei der Aussprache unterbreitete ein Teilnehmer den Vorschlag, die liberalen Anhänger sollten durch Unterschrift ihre Zugehörigkeit zur Partei erklären. Erstens habe man dann Gewißheit, auf wen man zählen könne, zweitens würden die Unterzeichner dadurch zur Tätigkeit animiert und drittens könne die Wahl eines ständigen Ausschusses nur bei einem festen Mitgliederkreis vorgenommen werden, so argumentierte der Redner.

Auf einem weiteren Bürgerabend mit etwa 500 Teilnehmern in der folgenden Woche wurden, nach der Anregung bei der vorangegangenen Versammlung, Mitgliederlisten ausgelegt, in die sich dem Zeitungsbericht zufolge 420 Anwesende eintrugen.[353] Über die Frage von Mitgliedsbeiträgen wurde eine kontroverse Diskussion geführt, ohne eine Einigung zu erzielen, so daß man diesen Punkt vertagte, um zunächst die Beschlüsse des Landesausschusses abzuwarten. Außerdem wurde angeregt, in den verschiedenen Stadtteilen alle zwei Wochen Bürgerversammlungen abzuhalten, um den Karlsruhern Gelegenheit zu geben, in zwangloser Atmosphäre ihre Anliegen vorzutragen. Mit der Wahl eines Komitees aus 24 Mitgliedern als Führungsgremium, dem Oberbürgermeister Jakob Malsch und die drei Karlsruher Landtagsabgeordneten Kusel, Nicolai und Kölle angehörten, fand die Formierungsphase des Karlsruher Vereins Ende Juni ihren

---

[351] Vgl. KaZtg 129/4. Juni 1869 u. BLZ 127/4. Juni 1869.

[352] Zit. nach BLZ 127/4. Juni 1869.

[353] Vgl. KaZtg 135/11. Juni u. 136/12. Juni 1869.

Abschluß.[354] In der Beitragsfrage traf die Versammlung nach längeren Diskussionen die Entscheidung, die entstehenden Ausgaben nicht durch Pflichtbeiträge, sondern durch Sammlungen zu decken.

In den folgenden Wochen bestimmte das Komitee Kusel zum ersten und Gemeinderat Lang zum zweiten Vorsitzenden und faßte den Beschluß, an jeden Vereinsangehörigen eine Mitgliedskarte auszugeben.[355] Um in den Landgemeinden des Karlsruher Amtsbezirks die Gründung von Ortsvereinen zu fördern, beteiligten sich im Juni mehrere führende Vertreter des Karlsruher Vereins an einer, von etwa 1000 bis 1200 Teilnehmern besuchten, Volksversammlung in Eggenstein.[356] Nach Kusels Aufruf, in jeder Gemeinde des Amtsbezirks einen Ortsverein zu gründen, trugen sich dem Bericht der "Landeszeitung" zufolge über 80 Teilnehmer in das ausgelegte Mitgliederverzeichnis ein, und zahlreiche Vertreter der Landgemeinden nahmen Listen mit, um die Bildung von Ortsvereinen in die Wege zu leiten.

In Mannheim, dem politischen Zentrum des Großherzogtums und der Hochburg der Wahlreformliga, entfalteten die Liberalen bereits Anfang Mai verstärkte Aktivitäten.[357] Der Abgeordnete der Ersten Kammer, Philipp Artaria, und einige weitere Liberale organisierten - als Reaktion auf die Aufrufe der Katholischen Volkspartei und der Wahlreformliga - eine Besprechung über die aktuelle politische Lage, in der eine liberale Gegenadresse[358] verabschiedet wurde.[359] Auf einer weiteren Beratung zur Vorbereitung der Offenburger Versammlung Mitte Mai wurde über die Bildung eines liberalen Vereins in Mannheim diskutiert und ein Geschäftsführender Ausschuß unter Artarias Leitung gebildet.[360]

Bereits drei Tage nach den Offenburger Beschlüssen vom 23. Mai hielten die Mannheimer Liberalen eine Vorbesprechung über die Bildung eines Kreisvereins ab, in der Lamey die von ihm erarbeiteten Statuten vorstellte, welche die

---

354 Vgl. KaZtg 150/29. Juni 1869.

355 Vgl. BLZ 171/I/25. Juli 1869.

356 Vgl. KaZtg 138/15. Juni 1869, BLZ 136/I/15. Juni u. 137/I/16. Juni 1869.

357 Zur Parteigründung in Mannheim vgl. Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Jubiläumsgabe der Stadt, Bd. 2: Geschichte Mannheims vom Übergang an Baden (1802) bis zur Gründung des Reiches, im Auftrage des Stadtrates bearb. v. Friedrich Walter, Mannheim 1907, S. 534; EISFELD, S. 145; BLUM, S. 113f.; SCHWAB, Aufstieg, Bd. 1, S. 204f.

358 Mitbürger!, 13. Mai 1869, BArch 60 Ve 2/1.

359 Vgl. dazu Kapitel 2.2.

360 Vgl. Einladung vom 17. Mai 1869, BArch 60 Ve 2/1 u. Mannheimer Journal, in BLZ 116/21. Mai 1869.

Teilnehmer mit wenigen Änderungen billigten.[361] Auf den 1. Juni wurde die Gründungsversammlung des Kreisvereins Mannheim einberufen, die von mehreren hundert Teilnehmern[362] besucht war.[363] In der Hauptrede betonte Lamey, alle liberalen Schattierungen in Baden müßten sich zusammenschließen, um den Ultramontanen und der Wahlreformliga entgegenzutreten und begründete den Statutenentwurf, in dem einleitend festgestellt wurde: *"Die national-liberale Parthei verfolgt selbstständig die Ziele der Errichtung des deutschen Bundesstaates durch Vereinigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde und der freisinnigen Entwickelung der inneren Angelegenheiten Badens."*[364] Die Anhänger im Kreis Mannheim würden sich zur Verfolgung dieser Ziele zusammenschließen, so hieß es weiter, um *"mit gemeinsamen Kräften zu handeln, die Erkenntniß ihrer vaterländischen Zwecke zu verbreiten und bei politischen Wahlen einmüthig und thätig aufzutreten"*. Der Kreisverein sollte nach Lameys Vorschlag einen Ausschuß als Führungsgremium besitzen, der aus sechs Mitgliedern des Mannheimer Vereins und ebenfalls sechs Vertretern der Bezirksvereine zusammengesetzt sein sollte; bei wichtigen Sitzungen war vorgesehen, auch die Bezirks- und Ortsvereinsvorstände einzuladen. Weiter wurde im Entwurf dem Ausschuß des Kreisvereins und den Komitees der Bezirksvereine die Aufgabe übertragen, die Arbeit der Ortsvereine durch Besprechungen, Vorträge und Flugschriften zu unterstützen.

Die Versammelten nahmen die Satzungen und die Vorschläge über die Zusammensetzung des vorläufigen Ausschusses an, der aus neunzehn Mitgliedern bestand und die Parteiarbeit in Mannheim und auf dem Land in die Hand nehmen sollte. Außerdem wurde der jährliche Mitgliedsbeitrag auf 30 Kreuzer festgesetzt, und in die ausgelegten Mitgliederlisten schrieben sich 289 Anhänger ein.[365] Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß es nicht ausreiche, vor wichtigen politischen Ereignissen Versammlungen abzuhalten und Schriften zu verbreiten, sondern daß regelmäßig Besprechungen veranstaltet und auch Kontakte mit den Vereinen in den

---

361 Vgl. Einladung vom 25. Mai 1869 und Aufzeichnungen über die Sitzung am 26. Mai, beides BArch 60 Ve 2/1; außerdem Mannheimer Journal, in BLZ 122/29. Mai 1869.

362 Die Angaben über die Besucherzahl reichen von 300 bis 400 (Neue Badische Landes-Zeitung, in BB 127/4. Juni 1869) über 800 (BLZ 128/5. Juni 1869) bis zu 1200 (BLZ 127/4. Juni 1869).

363 Vgl. Einladung vom 31. Mai 1869 u. Mannheimer Journal 133/3. Juni 1869 (beides BArch 60 Ve 2/1); Neue Badische Landes-Zeitung, in BB 127/4. Juni 1869; BLZ 124/I/1. Juni, 127/4. Juni u. 128/5. Juni 1869; KaZtg 128/3. Juni 1869.

364 Statutenentwurf August Lameys, 1. Juni 1869, BArch 60 Ve 2/1, abgedruckt in Anhang 7.

365 Mitgliederverzeichnis von Juni 1869, EBD. 2.

benachbarten Amtsbezirken aufgenommen werden sollten. Auf einer weiteren Versammlung Ende Juni wurde die Formierung des Mannheimer Vereins zum Abschluß gebracht, indem die überarbeiteten Satzungen endgültig angenommen wurden und ein bleibender Ausschuß mit neun Mitgliedern gewählt wurde, dem Lamey, Artaria und der langjährige, spätere Reichstagsabgeordnete Ferdinand Scipio angehörten.[366]

Während der Aufbauphase des Vereins wurden häufig Ausschußsitzungen abgehalten, bei denen in erster Linie organisatorische Fragen auf der Tagesordnung standen.[367] Neben der Wahl der Ausschußvorsitzenden - Lamey wurde zum Präsidenten und Artaria zum Vizepräsidenten ernannt - wurden die notwendigen Schritte zur Gründung von Bezirks- und Ortsvereinen erörtert sowie das Verhältnis zwischen diesen und dem Mannheimer Verein angesprochen. Weiter standen die Beschäftigung einer Hilfskraft, die Anschaffung eines Podiums und eines Rednerpults sowie die Auswahl eines festen Vereinslokals zur Diskussion. Außerdem wurden die Statuten überarbeitet und eine Versammlung sowie die Landtagswahl vorbereitet. Schließlich gründete man auch ein Presse-Komitee, das den "Mannheimer Verkündiger" als nationalliberales Sprachrohr gewann. Seit Mitte des Jahres schrieb Lamey fast täglich einen Leitartikel in dieser Zeitung, die in der Folgezeit ihre Auflage verdoppeln konnte und sich zum führenden liberalen Blatt in Mannheim entwickelte.[368]

Der Mannheimer Verein entfaltete in den Sommermonaten des Jahres 1869 umfangreiche Aktivitäten, wie aus den überlieferten Rechnungen hervorgeht. Für den Zeitraum von Mai bis September, in den der Mannheimer Aufruf gegen die Ultramontanen und die Wahlreformliga, die Konstituierung des Vereins und die Landtagswahl fielen, ergibt sich folgendes Bild: Der Verein ließ - bei einer Einwohnerzahl Mannheims von etwa 27.000 im Jahr 1865[369] - 13.330 Aufrufe, 3000 Einladungen zu Versammlungen, 2950 Wahlzettel für die Wahlmännerwahl sowie 140 Zirkulare drucken und zum Teil durch bezahlte Austräger verteilen; zusätzlich ließ er

---

366 Vgl. Hohenemser an Artaria, 22. Juni 1869, EBD. 1; KaZtg 149/27. Juni 1869; BLZ 147/I/27. Juni u. 148/I/29. Juni 1869.

367 Vgl. die Einladungsschreiben und die Aufzeichnungen über die Sitzungen am 12., 17., 18. und 28. Juni 1869, BArch 60 Ve 2/1 u. 2.

368 BLUM, S. 114.

369 Angabe nach Politisch-statistisch-topographisches Ortslexikon des Großherzogthums Baden, mit historischen und volkswirthschaftlichen Notizen und steter Berücksichtigung des neuen Organisationsstatuts für die Beamten- und Geschäftswelt, bearb. v. Heinrich Konrad Kissling, Freiburg/Donaueschingen o. J. [1865], S. 169-171.

100 Aufrufe als Plakate anfertigen und kleben.[370] Außerdem gab der Ausschuß 600 Vereinsstatuten und 1000 Beitragsquittungen in Auftrag. Darüber hinaus schaltete der Verein 65 Zeitungsanzeigen, von denen 17 auf den "Mannheimer Verkündiger", 19 auf die "Neue Badische Landes-Zeitung" und 29 auf das "Mannheimer Journal" entfielen. Die meisten Inserate bezogen sich auf Wahlvorschläge für die einzelnen Stadtbezirke, daneben handelte es sich auch um die Ankündigung von Vorträgen und Versammlungen, um Wahlaufrufe sowie um einen längeren Artikel. Diese intensive Basisarbeit war derart kostspielig, daß die jährlichen Mitgliedsbeiträge in Höhe von 30 Kreuzer pro Person die Ausgaben bei weitem nicht deckten und der Geschäftsführende Ausschuß bereits im Juli den ersten Spendenaufruf erließ.[371]

Nicht nur in den beiden größten badischen Städten, sondern in allen Teilen des Landes setzte im Juni 1869 eine Gründungsbewegung ein, so daß sich Ende Juli bereits in 29 der insgesamt 59 badischen Amtsbezirke und in 14 der 15 größten badischen Städte - in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Pforzheim, Bruchsal, Konstanz, Baden-Baden, Lahr, Weinheim, Durlach, Offenburg, Villingen und Lörrach - liberale, nationalliberale oder deutsch-freisinnige Vereine nachweisen lassen (vgl. Tabelle 1).[372] Vermutlich handelte es sich in allen Fällen um Kreis- oder Bezirksvereine. Betrachtet man die Vereinsgründungen unter regionalem Aspekt, so ist innerhalb des Großherzogtums ein Nord-Süd-Gefälle charakteristisch: Während sich in den nördlichen Kreisen Mannheim, Heidelberg, Mosbach und Karlsruhe bis Ende Juli jeweils drei oder vier Vereine konstituierten, kann in den südlichen Kreisen Lörrach, Waldshut und Konstanz jeweils lediglich eine Gründung nachgewiesen werden.

---

370 Eigene Zusammenstellung nach den überlieferten Rechnungen in BArch 60 Ve 2/1. Die genannten Zahlen stellen Mindestangaben dar, weil nicht feststeht, ob sämtliche Rechnungen während des Untersuchungszeitraums von Mai bis September 1869 erhalten sind.

371 Spendenaufruf von Juli 1869, EBD.

372 Zu den Mitgliederzahlen der Vereine vgl. Kap. 8.2. Von den 15 größten Städten konnten lediglich für Rastatt keine Hinweise auf eine Vereinsgründung gefunden werden.

Tabelle 1:
Gründung nationalliberaler Kreis- und Bezirksvereine von Januar bis Juli 1869

Kreis	Kreis- bzw. Bezirksverein	Kreis	Kreis- bzw. Bezirksverein
1. Kreis Mannheim	Mannheim	5. Kreis Baden-Baden	Baden-Baden
	Schwetzingen		Bühl
	Weinheim	6. Kreis Offenburg	Offenburg
2. Kreis Heidelberg	Heidelberg		Lahr
	Sinsheim		Oberkirch
	Wiesloch		Wolfach
	Eppingen		Kork
3. Kreis Mosbach	Mosbach	7. Kreis Freiburg	Freiburg
	Tauberbischofsheim		Emmendingen
	Eberbach		Ettenheim
4. Kreis Karlsruhe	Karlsruhe	8. Kreis Villingen	Villingen
	Pforzheim		Triberg
	Durlach	9. Kreis Lörrach	Lörrach
	Bruchsal	10. Kreis Waldshut	Waldshut
		11. Kreis Konstanz	Konstanz

373

373 Vgl. für MANNHEIM: BLZ 124/I/1. Juni, 127/4. Juni u. 128/5. Juni 1869; SCHWETZINGEN: Wochenblatt für die Bezirke Schwetzingen und Philippsburg 72/22. Juni 1869 (BArch 60 Ve 2/1), KaZtg 144/22. Juni 1869; WEINHEIM: Weinheimer Anzeiger v. 8. Juni 1869 (StadtA WH Rep. 42, Nr. 6); HEIDELBERG: KaZtg 138/15. Juni 1869, BLZ 124/I/1. Juni u. 137/I/16. Juni 1869; SINSHEIM: KaZtg 160/10. Juli, 171/23. Juli u. 183/6. Aug. 1869, BLZ 170/24. Juli 1869; WIESLOCH: BLZ 133/11. Juni 1869; EPPINGEN: KaZtg 134/10. Juni 1869 u. BLZ 133/11. Juni 1869; MOSBACH: BLZ 118/I/23. Mai 1869; TAUBERBISCHOFSHEIM: KaZtg 168/20. Juli 1869; EBERBACH: BLZ 19/23. Jan. u. 23/I/28. Jan. 1869; KARLSRUHE: KaZtg 129/4. Juni, 135/11. Juni, 136/12. Juni u. 150/29. Juni 1869, BLZ 127/4. Juni 1869; PFORZHEIM: BLZ 49/27. Febr. 1869; DURLACH: Susanne ASCHE/Olivia HOCHSTRASSER, Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 326f. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 17) u. BLZ 150/I/1. Juli 1869; BRUCHSAL: BLZ 30/5. Febr. 1869; BADEN-BADEN: KaZtg 140/17. Juni 1869; BÜHL: KaZtg 179/1. Aug. 1869; OFFENBURG: KaZtg 145/23. Juni 1869; LAHR:

Für diese Binnendifferenzierung sind wahrscheinlich die günstigeren Gründungsvoraussetzungen in den stärker städtisch und protestantisch geprägten nördlichen Landesteilen verantwortlich. Die Vereine waren nämlich hauptsächlich eine städtische Erscheinung, da in den urbanen Zentren der protestantische Bevölkerungsanteil und das Bildungsniveau überdurchschnittlich hoch waren, das politische Bewußtsein stärker ausgeprägt war und für den Eintritt in einen Verein ein erheblich größerer Personenkreis in Frage kam. Entscheidend war außerdem, daß die Liberalen in zahlreichen Städten an bereits bestehende Einrichtungen - wie die Bürgerabende, die häufig Ausschüsse besaßen - anknüpfen konnten. Umgekehrt waren die Ausgangsbedingungen in den ländlichen Regionen erheblich schlechter, vor allem in den Gebieten mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil, die hauptsächlich im Süden des Landes lagen. Ob Vereine gegründet wurden, war aber auch in hohem Maße von den jeweiligen lokalen Verhältnissen abhängig, vor allem von der Bereitschaft der liberalen Honoratioren, die Gründung eines Vereins in die Hand zu nehmen. Daneben spielte auch eine Rolle, ob die Ausschüsse der Bezirksvereine den Anstoß zur Gründung einer lokalen Organisation gaben.

Die Kreis- und Bezirksvereine erhielten die Aufgabe, die Gründung von Ortsvereinen anzuregen und zu unterstützen. Ob bzw. in welchem Umfang sie diesen Auftrag erfüllten, war von dem Engagement der jeweiligen Ausschüsse abhängig und deshalb regional höchst unterschiedlich. In Karlsruhe beispielsweise war die Bereitschaft dazu vorhanden, denn der dortige Ausschuß unterstützte eine große Volksversammlung in Eggenstein[374] und gab vermutlich auch den Anstoß zur Gründung eines Vereins im Dorf Blankenloch.[375] Ebenso entfaltete der Bezirksausschuß in Sinsheim offenbar große Aktivitäten, denn die "Karlsruher Zeitung" berichtete Anfang Juli, daß der Verein bereits in 30 der insgesamt 36 Orte des Amtsbezirks über 400 Mitglieder gewonnen habe.[376]

Lahrer Zeitung, in BLZ 24/29. Jan. 1869; OBERKIRCH: KaZtg 159/9. Juli 1869; WOLFACH: BLZ 138/I/17. Juni 1869; KORK (Verein in Kehl): BLZ 138/I/17. Juni 1869; FREIBURG: KaZtg 161/11. Juli u. 164/15. Juli 1869; EMMENDINGEN: Amtsvorstand in Emmendingen an den Landeskommissär in Freiburg, 25. Jan. 1869, StAF A 95/3/45; ETTENHEIM: Commando der 17. Gendarmerie Brigade in Ettenheim an das Commando der 2. Gendarmerie-Division, 26. Juli 1869, EBD., KaZtg 177/30. Juli 1869; VILLINGEN: KaZtg 135/11. Juni u. 145/23. Juni 1869, BLZ 144/I/24. Juni 1869; TRIBERG (Versammlung in Furtwangen): KaZtg 164/15. Juli u. 166/17. Juli 1869; LÖRRACH: KaZtg 145/23. Juni 1869 u. BLZ 147/I/27. Juni 1869; WALDSHUT: KaZtg 147/25. Juni 1869; KONSTANZ: KaZtg 136/12. Juni 1869.

374 Vgl. BLZ 136/I/15. Juni u. 137/I/16. Juni 1869.

375 Vgl. KaZtg 180/3. Aug. 1869.

376 KaZtg 160/10. Juli 1869.

An dieser Stelle erscheinen einige grundsätzliche Bemerkungen über politische Vereine angebracht zu sein.[377] Die Existenz einer lokalen Organisation allein ist noch kein Nachweis für politische Aktivitäten, denn diese konnte lediglich ein *"Fetisch"*, *"ein Surrogat für energische und planmäßige Aktionen oder auch nur eine Demonstration dafür [sein], daß man überhaupt existierte"*.[378] In manchen Fällen wählte ein Gremium von Honoratioren nur deshalb den Namen Verein, um den Anschein von Volksnähe zu erwecken. Auch wenn sich ein bestehendes Komitee zu einem Verein erweiterte, blieb dieser häufig zunächst ein Honoratiorenklub und entwickelte sich erst allmählich zu einem Verein. Darüber hinaus hatten zahlreiche lokale Organisationen nur eine begrenzte Lebensdauer, besonders wenn sie aus einer vorübergehenden Bewegung hervorgegangen oder nur auf einzelne Persönlichkeiten ausgerichtet waren. Außerdem beschränkten viele Vereine, vor allem die kleineren, ihre politischen Aktivitäten auf die Wahlzeiten, in denen sie Kandidaten aufstellten und den Wahlbetrieb einleiteten, während sie zwischen den Urnengängen nicht in Erscheinung traten. Nur ein Teil der Vereine arbeitete kontinuierlich und brachte auch außerhalb der Wahlzeiten seinen Standpunkt in der Öffentlichkeit zur Geltung und förderte Diskussionsveranstaltungen sowie politische Bildungsarbeit. Deshalb läßt die Zahl der gegründeten Vereine nur äußerst begrenzte Rückschlüsse auf den Umfang der Parteiarbeit im Land zu.

Trotz der Gründung einer beachtlichen Zahl von Vereinen darf ebenso nicht übersehen werden, daß die Offenburger Organisationsbeschlüsse in vielen kleineren Städten ohne Folgen blieben. So wurde aus Ettlingen, um ein Beispiel anzuführen, zwei Wochen nach der Offenburger Versammlung berichtet, daß im Amtsbezirk nicht die geringsten Aktivitäten zur Bildung eines Vereins wahrnehmbar seien, obwohl sieben Vertreter des Bezirks in Offenburg gewesen seien.[379] Auch in einem Bericht aus Gerlachsheim von Ende Juni wurde beklagt, daß im Amtsbezirk eine auffallende Ruhe herrsche, was mit der verbreiteten Gleichgültigkeit zusammenhänge und auch damit, daß keine Persönlichkeit die Organisation mit Tatkraft in die Hand nehme.[380] Ebenso schrieb der Breisacher Oberamtmann Schindler im Januar 1870 an den Landeskommissär in Freiburg, er habe wiederholt einflußreiche Bürger und auch den Gemeinderat aufgefordert, einen

---

[377] Grundlegend hierzu NIPPERDEY, Organisation, S. 74-85.

[378] EBD., S. 75.

[379] BLZ 131/9. Juni 1869.

[380] BLZ 150/I/1. Juli 1869.

nationalliberalen Verein ins Leben zu rufen, doch sei bisher nichts geschehen, obwohl ein katholischer Verein bereits 200 Mitglieder zähle und große Aktivitäten entfalte.[381] Der Grund für die Passivität der Liberalen liege darin, so vermutete Schindler, daß es *"im allgemeinen der Bürgerschaft an innerem Triebe, an Intelligenz und Gemeinsinn mangelt"* und sie eher einem Verein beitreten, der gegen die Regierung gerichtet sei als einem solchen, der aufklären und das Ministerium gegen die Angriffe der katholischen Opposition verteidigen wolle. Bezeichnend erscheint auch der Umstand, daß der nationalliberale Verein in der Kreisstadt Baden-Baden, die zu den acht größten Städten des Landes gehörte, nur kurze Zeit existierte und erst wieder im Jahr 1874 neu gegründet wurde.[382]

Der Formierungsprozeß der Nationalliberalen Partei Badens vollzog sich in engem Zusammenhang mit der Offenburger Opposition: Er setzte mit der ersten Zusammenkunft in Offenburg im November 1868 ein, verlief über die beiden entscheidenden Versammlungen vom Dezember 1868 sowie vom Mai 1869 und fand mit der Schaffung einer Parteiorganisation, die sich mit Kreis-, Bezirks- und Ortsvereinen über weite Teile des Landes ausbreitete, seinen Abschluß. Dieser mehrstufige Parteiaufbau ging weit über die Organisationsansätze von 1863 hinaus, bei denen lediglich Führungsgremien und ein Vertrauensmännersystem geschaffen worden waren. Daß die Organisationsanstrengungen, die in den ersten Monaten des Jahres 1869 fehlgeschlagen waren, im Sommer Erfolg hatten, ist hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen auf den Druck durch die neu formierten politischen Gegner und die Sorgen wegen der bevorstehenden Landtagswahl, zum anderen auf die Einigung des liberalen Lagers. Gleichzeitig verständigten sich die Liberalen während der Offenburger Opposition über das Programm, das sie im Dezember 1868 beschlossen und im Mai 1869 nochmals bestätigten. Damit legten sie sich erstmals verbindlich auf Leitlinien ihres politischen Handelns fest, auch wenn sie die Frage des direkten oder indirekten Wahlrechts offenließen und in den Bereichen Verwaltung, Gerichtsverfassung, Steuerwesen und soziale Fragen keine konkreten Ziele formulierten. Verglichen mit der Offenburger Versammlung von 1863, bei der Bluntschli den "Geist" der Beratungen für wichtiger erklärt hatte als ein Programm, bedeutete dies einen großen Fortschritt. Mit der Organisation und

---

[381] Oberamtmann Schindler an den Landeskommissär in Freiburg, 22. Januar 1870, GLA 236/10264, nach Günther HASELIER, Geschichte der Stadt Breisach am Rhein, Bd. 2: Der Niedergang Breisachs von 1700 bis 1890, Breisach 1971, S. 569f.

[382] Siehe Mitgliedsausweis des Nationalliberalen Vereins Baden-Baden, StadtA BAD 02-174/002.

dem Programm waren zwei bislang fehlende Voraussetzungen für eine Partei im modernen Sinne erfüllt, so daß man ab diesem Zeitpunkt von der Nationalliberalen Partei Badens sprechen kann.[383]

Trotz der Organisationsantrengungen waren die Nationalliberalen eine Honoratiorenpartei - ein *"Verband ohne Unteroffiziere und Mannschaften"*[384], wie Thomas Nipperdey überspitzt formulierte -, die durch eine nur schwach ausgebaute Organisation, eine verhältnismäßig kleine Mitgliederzahl und eine in der Regel geringe lokale Agitation gekennzeichnet war.[385] Die Ursachen lagen in der Organisationsunwilligkeit des Bürgertums und in der Bequemlichkeit der Honoratioren, die nur eine geringe Bereitschaft zeigten, den mühsamen Aufbau einer örtlichen Parteiorganisation in die Hand zu nehmen und eine öffentliche Wirksamkeit zu entfalten. Der Lörracher Oberamtmann von Preen zeichnete ein treffendes Bild, als er die Gründung eines liberalen Komitees in seinem Bezirk kommentierte: *"Es ist damit etwas Neues nicht geschehen, denn es sind genau die nämlichen einflußreichen Männer, welche durch Lebensstellung, Intelligenz und nach langem Herkommen bei politischen Angelegenheiten, Wahlen u. dgl. an der Spitze zu stehen pflegen."*[386] Aber auch die führenden Nationalliberalen waren sich dieses Defizits bewußt: *"Die schwächste Seite unserer Partei liegt gerade in dem lendenlahmen Spießbürgerthum,"* so zog Kiefer kritisch Bilanz.[387]

---

[383] Zum Parteibegriff vgl. Einleitung, 1. Über die Bemühungen der süddeutschen Liberalen seit dem Jahr 1866, einen engeren Zusammenschluß zu erreichen und über ihre Beziehungen zu den norddeutschen Liberalen siehe: Dieter LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974, S. 363-367. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52); Eduard Wilhelm MAYER, Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren 1868 bis 1871, in: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht, hrsg. v. Paul Wentzcke, München/Berlin 1922, S. 135-154, hier S. 135-142; EISFELD, S: 146f.; SCHWAB, Aufstieg, Bd. 1, S. 205-207.

[384] NIPPERDEY, Organisation, S. 87.

[385] Vgl. EBD., S. 86f.; LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 145f.

[386] BA Lörrach an das Innenministerium, 2. März 1869 (Abschrift), StAF A 95/3/45.

[387] Kiefer an Bluntschli, 17. Dez. 1868, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

Kapitel 3: Die Nationalpolitik der Liberalen 1866-1871

1. Wende nach Königgrätz: Der kleindeutsche Kurs seit 1866

Zu Beginn der 1860er Jahre bestand innerhalb des badischen Liberalismus in der zentralen Frage der Nationalpolitik, ob der angestrebte Nationalstaat mit oder ohne Österreich gebildet werden solle, kein Konsens.[388] Während die Liberalen sich darüber einig waren, daß das Ziel ein konstitutioneller Bundesstaat sein müsse, zerfielen sie in der Kardinalfrage in drei Gruppen: Den Kleindeutschen, die sich vor allem in den protestantischen Gebieten des Unterlandes konzentrierten und ihr geistiges Zentrum in Heidelberg besaßen, standen die Großdeutschen in den katholischen Gebieten des ehemals vorderösterreichischen Oberlandes gegenüber; die zahlenmäßig größte Gruppe bildeten die Unentschiedenen, die hauptsächlich in den Kernlanden der alten Markgrafschaften ansässig waren. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden ersten Gruppierungen war verhältnismäßig ausgeglichen, denn die zahlenmäßige Überlegenheit der Großdeutschen wurde durch den Umstand wettgemacht, daß zum kleindeutschen Flügel die einflußreichsten liberalen Persönlichkeiten gehörten, darunter Häusser und Bluntschli. Da bei dieser Konstellation eine Festlegung auf einen einheitlichen außenpolitischen Kurs nicht möglich war - ohne das liberale Lager einer Zerreißprobe auszusetzen -, klammerten die liberalen Führer diesen strittigen Punkt aus, beschränkten sich auf unverbindliche Erklärungen und überließen Außenminister Franz von Roggenbach die Gestaltung der auswärtigen Politik. Da außerdem für die meisten Liberalen die innenpolitischen Themen Priorität besaßen, traten die außenpolitischen Gegensätze in der ersten Hälfte der sechziger Jahre stark in den Hintergrund.

Außenminister von Roggenbach verfolgte während seiner Amtszeit von 1861 bis Oktober 1865 einen entschieden kleindeutschen und propreußischen Kurs, den Großherzog Friedrich I. unterstützte.[389] Mit der Übernahme des Außenministeriums durch Ludwig von Edelsheim im Herbst 1865 war eine grundlegende Wende in der badischen Deutschlandpolitik verbunden, denn der neue Ressortchef verfolgte als politische Leitlinien das Zusammengehen mit den übrigen Mittelstaaten, die Vertei-

---

[388] Vgl. zum Folgenden GALL, Liberalismus, S. 150-153, 280f.

[389] Siehe dazu Kapitel 1.1.

digung des Deutschen Bundes und die enge Anlehnung an Österreich.[390] Für von Edelsheim bestand die wichtigste Aufgabe darin, Bismarcks Außenpolitik Einhalt zu gebieten und eine gemeinsame Front des übrigen Deutschlands unter Einschluß Österreichs zu bilden, um eine Verletzung des Bundesrechts durch Preußen abwehren zu können. Daß sich Baden im Falle eines kriegerischen Konflikts zwischen den deutschen Großmächten auf die Seite Österreichs stellen sollte, stand für Edelsheim von vornherein fest.

Gleichzeitig verschoben sich auch innerhalb des badischen Liberalismus die Kräfteverhältnisse zugunsten der Großdeutschen, was zunächst einmal mit der Ablehnung von Bismarcks autoritärem Regierungsstil und seiner von einseitigen Interessen bestimmten Politik zusammenhing. Als wichtiger Faktor kam außerdem die geschickte Agitation der katholischen Bewegung hinzu, die das gesamte liberale Lager als kleindeutsch hinstellte und verdächtigte, Bismarcks autoritären innenpolitischen Kurs zu billigen. Bei der wachsenden Abneigung weiter Bevölkerungskreise gegen Preußen war dieser Vorwurf ein wirkungsvolles Mittel, das die Mehrheit der Liberalen zusätzlich veranlaßte, von der kleindeutschen Position abzurücken. Dieser Prozeß führte allerdings nicht zur Klärung des liberalen Standpunktes: Zwar besaß die kleindeutsche Richtung, zu der auch weiterhin Handelsminister Mathy, Bluntschli und Jolly zählten, in der Folgezeit nur noch einen geringen Einfluß, doch war die überwiegende Mehrheit der Liberalen nicht bereit, sich rückhaltlos für ein Zusammengehen mit den anderen Mittelstaaten und mit Österreich einzusetzen, da sie das Großdeutschtum als einen *"verkappten*

---

[390] Vgl. zur deutschen Frage zwischen 1866 und 1870 allgemein: WILHELM; SCHÜBELIN; WINDELL; Thomas NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, 3., durchgesehene Aufl., München 1995, S. 23-34; Wolfgang J. MOMMSEN, Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993, S. 189-221. (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7, Tl. 1); Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der "Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 301-316. Siehe zu Baden: GALL, Liberalismus, S. 329-422, 457-474; FÄRBER, S. 328-335; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 152-154, 158-161; DERS., Südwesten, S. 134-137, 141f.; BLUM, S. 96-115; Ferdinand KOEPPEL, Baden und die deutsche Entscheidung des Jahres 1866, in: ZGO 88 (1936), S. 445-492; Karl HOFMANN, Badens Anteil an der Reichsgründung, Karlsruhe o. J. [1927], S. 5-37; Otto BAUMGARTEN, Der Anteil Badens an der Reichsgründung. Akademische Festrede am 18. Januar 1924, Tübingen 1924. (Philosophie und Geschichte, Bd. 3); Otto GENZ, Der politische Katholizismus im Großherzogtum Baden und seine Stellung zur deutschen Einheit 1866/71, Diss. Hamburg 1939, Hamburg 1940; OTTNAD, S. 75f.; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 90-94; BAER, Kiefer, S. 11-16; R. HAASS, Friedrich Kiefer, in Bad. Biogr. 5, S. 376-380.

Ultramontanismus"[391] ansah. Die Orientierungslosigkeit wurde durch den Umstand noch weiter verstärkt, daß bei einem Teil der Liberalen partikularistische Tendenzen hervortraten.

Während die Position des badischen Liberalismus zur Lösung der nationalen Frage nicht abschließend geklärt war, verschlechterte sich das preußisch-österreichische Verhältnis im Frühjahr 1866 wegen des Konflikts über die Herzogtümer Schleswig und Holstein dramatisch.[392] Als Österreich am 1. Juni diese Frage vor den Bundestag brachte, sah Bismarck darin einen Bruch der bisherigen Vereinbarungen und ließ Truppen in das von der Donaumonarchie verwaltete Holstein einrücken. Daraufhin stellte Österreich den Antrag, die Mobilmachung der nichtpreußischen Truppenteile des Bundesheeres zu veranlassen. Über die badische Haltung kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen Großherzog Friedrich I. und Handelsminister Mathy auf der einen Seite, die sich für eine Ablehnung des österreichischen Antrags aussprachen, und den übrigen Regierungsmitgliedern auf der anderen Seite, die unter Hinweis auf die eindeutige Rechtslage, die Stimmung des Landes und ihre eigenen Überzeugungen die Annahme befürworteten; schließlich erzielte man den Kompromiß, daß der badische Gesandte sich der Stimme enthalten sollte. Als der Bundestag am 14. Juni mit neun gegen sechs Stimmen die Teilmobilmachung der nichtpreußischen Bundesarmee beschloß, erklärte Bismarck den Deutschen Bund für aufgelöst und ließ gegen die Bundesarmee in Hannover und Sachsen Truppen einrücken. In den Augen der öffentlichen Meinung Süddeutschlands war Preußen damit der Aggressor, und die badischen Kammern bewilligten mit überwältigender Mehrheit die Mittel für die Mobilmachung sowie eine Kriegsanleihe. Baden trat auf der Seite Österreichs in den Krieg ein, war aber nur in geringem Maße an Kampfhandlungen beteiligt, da Prinz Wilhelm Zusammenstöße mit gegnerischen Einheiten geschickt zu vermeiden wußte. Nachdem Preußen mit seinen Verbündeten bis Ende Juni die Bundestruppen geschlagen hatte, besiegte es am 3. Juli in der kriegsentscheidenden Schlacht bei Königgrätz auch die österreichische Hauptstreitmacht. Mit dem Vorfrieden von Nikolsburg am 26. Juli und dem endgültigen Friedensschluß von Prag am 23. August fand der Deutsche Krieg seinen Abschluß.

Neben der "Konstanzer Zeitung" und der "Breisgauer Zeitung" gehörte die "Badische Landeszeitung" vor dem Ausbruch des Deutschen Krieges zu den wenigen badischen Blättern, die keine antipreußische und proösterreichische

---

[391] So Robert von Mohl an von Edelsheim, 30. Apr. 1865, GLA 69 v. Edelsheim/451, zit. nach GALL, Liberalismus, S. 347.

[392] Vgl. zum Folgenden allgemein MOMMSEN, Ringen, S. 149-172.

Position vertraten, sondern sich für die Neutralität Badens bzw. aller süddeutschen Staaten aussprachen. Trotz der Pressebeschränkungen wagte sich die "Landeszeitung" eine Woche nach der Schlacht bei Königgrätz mit dem Leitartikel "Was thun?!" vor, in dem - unter Hinweis auf die zugunsten Preußens gefallene militärische Entscheidung und die drohende französische Intervention - ein rasches Ende der Kampfhandlungen gefordert wurde.[393] Ein von Jolly verfaßter Leitartikel vom 14. Juli ging noch einen Schritt weiter und rief offen zu einer grundlegenden Wende in der badischen Außenpolitik und einem Zusammengehen mit Preußen auf:

> *Wir halten es, recht gelinde gesprochen, für äußerst bedenklich, in einer Gemeinschaft zu bleiben, die uns plötzlich wider unsern Willen nöthigen kann, Mitglied eines neuen Rheinbundes zu werden. Wir halten die Gefahr eines allgemeinen, auf Deutschlands Fluren auszukämpfenden Weltkrieges für sehr groß, wenn wir im Bunde mit Oesterreich Napoleon zum Schiedsrichter in Deutschland machen. Wir halten den Frieden für jetzt und auf Generationen hinaus für gesichert, u. das deutsche Volk in staatlicher Einigung zusammengefaßt, wird stark und geachtet in Europa dastehen, wenn wir die Selbstüberwindung finden, die thörichte Feindschaft unter Brüdern aufzugeben und an der Neugestaltung Deutschlands ehrlich und rückhaltlos zusammen mit demjenigen Staate zu arbeiten, der, wie die Würfel nun einmal gefallen sind, allein dazu fähig ist.*[394]

Wegen dieser Textpassage wurde die gesamte Ausgabe beschlagnahmt und mußte, unter Weglassung dieses Teils, neu gedruckt werden.[395] Die militärischen Erfolge Preußens und die geschickte Propaganda der Kleindeutschen in der "Badischen Landeszeitung"[396] sowie in der "Konstanzer Zeitung" lösten im liberalen Lager, aber auch in der badischen Öffentlichkeit, einen allmählichen

---

[393] BLZ 158/10. Juli 1866: Was thun?!

[394] BLZ 162/14. Juli 1866: Unsere Stellung (erster Druck, Hervorhebungen im Original).

[395] Dazu HAUSRATH, Jolly, S. 136.

[396] Vgl. beispielsweise BLZ 158/10. Juli 1866: Zur Lage; BLZ 170/24. Juli 1866: Im Verein mit den Bundesgenossen; BLZ 171/25. Juli 1866: Keine Maingrenze, freiwilliger Anschluß des Südens an Preußen und das Parlament. Siehe außerdem BLZ 209/I/6. Sept. 1866: Die nächste Aufgabe: *"Alle unsere edelsten Interessen treiben zur Vereinigung mit dem norddeutschen Bund - die Gemeinsamkeit des Blutes, der geschichtlichen Vergangenheit, des Freiheitsstrebens und der Freiheitsopfer. Mit diesen Interessen des Herzens und der Volksthümlichkeit stehen die Gebote der materiellen Entwickelung im vollsten Einklang - die Entwickelung unseres Handels und unserer Gewerbe zwingt uns zusammen, ganz ebenso wie die Aufrechterhaltung unserer nationalen Stellung zwischen zwei Riesenmächten in West und Ost. Es müßten Riesenkräfte seyn, die uns solchen Gründen zum Trotz auf die Dauer auseinanderhalten wollten ... [Es] soll kein Volk der Welt sein übermüthiges 'Nein' dazwischen werfen, wenn aus deutschen Zungen mit politischem Ernst und mit dem Rückhalt einer großen staatlichen Macht der Ruf ertönt: 'Wir wollen seyn ein einig Volk von Brüdern!'"*

Stimmungsumschwung aus. So gelangte Jolly bereits am 10. Juli in einem Schreiben an Roggenbach zu der Einschätzung: *"Die s. g. öffentliche Meinung ist stark ins Schwanken geraten"*; zur Zeit herrsche noch die Überzeugung, so fuhr er fort, daß die Regierungspolitik von der Mehrheit in den Kammern getragen werde, doch sei dies *"nur eine Seifenblase, die ein Belasten von keiner Seite erträgt"*.[397] Daß dieses Urteil zutreffend war, bestätigte sich bereits im Verlauf der beiden folgenden Wochen. Auf Initiative der kleindeutschen Liberalen versammelten sich Mitte Juli etwa zwanzig Abgeordnete der Zweiten Kammer in Karlsruhe und erklärten der Regierung, ihrer Auffassung nach müsse der Versuch unternommen werden, auf der Grundlage von Bismarcks Bundesreformvorschlag vom April 1866 eine Verständigung mit Preußen zu erzielen.[398] Zwar erkannten die Parlamentarier an, daß ein einseitiger Rückzug Badens von den Kampfhandlungen nicht möglich wäre, doch hielten sie an ihrer Forderung fest, die Regierung solle in Bayern und Württemberg auf einen Waffenstillstand und einen Ausgleich mit Preußen hinwirken. Da Außenminister von Edelsheim sich nicht bereit erklärte, auf diesen Vorschlag einzugehen, organisierten die Kleindeutschen am 21. Juli eine zweite Besprechung in Karlsruhe. In der Zwischenzeit war die Anhängerschaft des kleindeutschen Lagers bereits auf 39 Landtagsabgeordnete[399] angewachsen, die nun eine Adresse an Großherzog Friedrich I. verabschiedeten. Darin erklärten die Unterzeichner, der Krieg habe zu einer veränderten Lage geführt, und deshalb müsse eine neue Basis für die Zukunft Deutschlands geschaffen werden.[400] Die Unzulänglichkeiten des Deutschen Bundes einerseits und die preußischen Siege andererseits führten zu dem Schluß, so waren sich die Kleindeutschen einig, daß nur die norddeutsche Großmacht imstande sei, *"die vielfach widerstrebenden Theile des deutschen Volks in einer großen gesammtstaatlichen Verbindung mit kraftvoller Leitung ... zu vereinigen"*. Weiter hieß es:

> *Die Treue für den Beruf der Nation wird Baden nach den jüngsten Ereignissen dahin führen, seine Hingebung für die deutsche Sache in den neuen Formen eines mit Volksvertretung ausgestatteten, im Verein mit Preußen gebildeten Bundesstaats zu bewähren. Wir hoffen von dieser durchgreifenden Umbildung der deutschen Verhältnisse, daß die Kraft eines einheitlichen nationalen Bandes daraus hervorgehen werde. Die*

---

[397] Jolly an Roggenbach, 10. Juli 1866, in: HEYDERHOFF (Hrsg.), Roggenbach und Jolly, in: ZGO 87 (1935), S. 195f.

[398] Vgl. Fauler an Lamey, 19. Juli 1866, GLA 52 Lamey/11. Außerdem GALL, Liberalismus, S. 369.

[399] GALL, Liberalismus, S. 370, spricht fälschlicherweise von 40 Parlamentariern.

[400] Adresse an Großherzog Friedrich I., Karlsruhe, 21. Juli 1866, abgedruckt in KaZtg 174/24. Juli 1866 u. BLZ 170/24. Juli 1866.

Scheidung der nord- und süddeutschen Stämme würden wir als die unheilvollste Gestaltung Deutschlands erkennen.

In der Überzeugung, für die überwiegende Mehrheit der badischen Bevölkerung zu sprechen, baten die Unterzeichner den Großherzog, sich zusammen mit den süddeutschen Nachbarstaaten für die Einstellung der Kämpfe und für die Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Führung einzusetzen. Die Adresse war von zwei Drittel der liberalen Fraktion - 39 der insgesamt 59 Abgeordnete - unterzeichnet, zu denen Kiefer, Eckhard, Kirsner, Friderich, Paravicini und Roder gehörten. Zugleich kam der einsetzende Meinungsumschwung auch in einer Reihe von Resolutionen und Adressen an Friedrich I. zum Ausdruck, die aus verschiedenen Teilen des Landes stammten.[401]

Allerdings stieß diese abrupte Wende in der Nationalpolitik innerhalb des liberalen Lagers auf Widerstand, was auch daran abzulesen ist, daß sich ein Drittel der liberalen Fraktion - darunter die Führungspersönlichkeiten Lamey, Fauler, Kusel und Prestinari - der Adresse nicht anschloß.[402] So war Fauler der Ansicht, die Liberalen sollten zunächst die weitere Entwicklung abwarten und überstürzte Schritte vermeiden.[403] Ein zentraler Gesichtspunkt war für ihn die Einigkeit zwischen der liberalen Fraktion und dem Ministerium, und aus diesem Grund hielt er Maßnahmen für falsch, die gegen den Regierungskurs gerichtet waren. Ebenso lehnte Lamey den Umschwung zunächst ab und schloß sich erst im Herbst der Mehrheitsposition an.[404] Allerdings unternahm er diesen Schritt offenbar nicht aus voller Überzeugung, sondern weil er dazu gedrängt wurde und zudem seine außenpolitische Isolierung erkannte.[405] So stand Lamey der entschieden

---

401 Vgl. beispielsweise die Karlsruher Adresse an Friedrich I. vom 19. Juli 1866, BLZ 169/22. Juli 1866; die Freiburger Adresse an Friedrich I. vom 28. Juli 1866, die von ungefähr 400 Persönlichkeiten unterschrieben war, FZ, in BLZ 176/31. Juli 1866; die Heidelberger Resolution vom 26. Juli 1866, BLZ 180/I/4. Aug. 1866.

402 In der Forschungsliteratur wird dieser Aspekt nicht berücksichtigt. Die "Badische Landeszeitung" (170/24. Juli 1866) versuchte, diesen Umstand zu verschleiern und behauptete, neben den Unterzeichnern seien sieben weitere Abgeordnete mit dem Inhalt der Adresse einverstanden, doch hätten sie aus unterschiedlichen Gründen nicht unterschrieben; außerdem hätten einige Parlamentarier aus dienstlichen Gründen nicht am Treffen teilnehmen können, und lediglich vier Abgeordnete hätten sich gegen die Kundgebung ausgesprochen, so lautete die Auslegung des liberalen Hauptorgans.

403 Fauler an Lamey, 19. Juli 1866, GLA 52 Lamey/11.

404 Schwäbischer Merkur, in BLZ 241/13. Okt. 1866.

405 Siehe Kirsners Schreiben an Lamey vom 24. September 1866, in dem Kirsner die Hoffnung aussprach, daß Lamey dem neuen nationalpolitischen Kurs, dem sich fast alle Liberalen angeschlossen hätten, wie Kirsner ausdrücklich betonte, beitreten werde.

propreußischen Politik auch weiterhin skeptisch gegenüber, was auch aus einem Brief vom Herbst 1868 hervorgeht, in dem er kritisierte, man solle sich *"an die Idee des geeinigten Deutschlands halten, statt an die Idee des unübertrefflichen Preußenthums"*, denn während die erste Vorstellung manches Herz erwärmen könne, schrecke die zweite viele Menschen ab und sei ausschließlich für Doktrinäre geeignet.[406] Aufschlußreich erscheint in diesem Zusammenhang auch Lameys Schlußbemerkung: *"Ich muß oft denken"*, so äußerte er sich zwei Jahre nach Königgrätz, *"was würden wir lesen, hören, erleben, wenn die Oesterreicher ein bischen gesiegt hätten, was doch so absolut unmöglich auch nicht gewesen wäre"*.

Bis Oktober vergrößerte sich die Anhängerschaft der Kleindeutschen auf etwa 55 Abgeordnete,[407] und nur eine kleine Gruppe liberaler Parlamentarier hielt auch weiterhin an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Kurswechsel fest, darunter Franz Joseph Federer. In einem Schreiben an Lamey begründete er seine kritische Position gegenüber einem Anschluß an den Norddeutschen Bund mit der norddeutschen Verfassung, die seiner Ansicht nach *"das Grab alles deutschen constitutionellen Lebens"* sei.[408] Im Norddeutschen Bund sah er einen *"absolut regierten Staat"*, der sich auf Bajonette stütze und alle Volksfreiheiten unterdrücke. Auch Heinrich von Feder war nicht bereit, sich der neuen Linie anzuschließen und kritisierte in seiner Anfang 1867 erschienenen Schrift "Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands" scharf die Position der Kleindeutschen, womit er großes Aufsehen erregte und eine lebhafte Diskussion auslöste.[409] Während von Feder sich von den Liberalen trennte und zur maßgebenden Führungspersönlichkeit der badischen Demokraten entwickelte, zogen sich andere Kritiker des neuen Kurses, wie Prestinari und Federer, aus der Politik zurück.

Bemerkenswert an der Wende der Liberalen im Sommer 1866 ist zum einen die Schnelligkeit, mit der die regierende Partei die Konsequenzen aus der veränderten nationalpolitischen Lage zog und zum anderen die Tatsache, daß sie fast geschlossen in das kleindeutsche Lager überwechselte. Diese Entwicklung dürfte nicht nur mit den überlegenen preußischen Siegen, sondern auch mit dem

---

Zugleich unterstrich Kirsner, daß die Wende kein Grund sein könne, aus dem Landtag auszuscheiden (GLA 52 Lamey/17).

406 Lamey an Kirsner, 27. Okt. 1868, GLA N Kirsner/6.

407 Schwäbischer Merkur, in BLZ 241/13. Okt. 1866. Vgl. auch das Programm der badischen Liberalen in der deutschen Frage von Oktober 1866, abgedruckt in BLZ 238/10. Okt. 1866.

408 Federer an Lamey, 12. Mai 1867, GLA 52 Lamey/11.

409 Heinrich von Feder, Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands. Ein Beitrag zur Berichtigung der Urtheile über die deutschen, insbesondere die süddeutschen politischen Verhältnisse, Mannheim 1867. Dazu auch ENGEHAUSEN, S. 39-45.

entschiedenen Auftreten der maßgebenden Führungspersönlichkeiten, insbesondere Kiefer, zu erklären sein. Die Vorgänge vom Sommer 1866 führten sowohl in national- als auch in kulturpolitischer Hinsicht zu einer Vereinheitlichung und damit zur Stärkung des badischen Liberalismus. Das neue deutschlandpolitische Programm beendete die bis dahin vorhandene Zersplitterung in ein klein- und ein großdeutsches Lager, und gleichzeitig wurde die seit Dezember 1865 in der Zweiten Kammer bestehende Spaltung in eine "Fortschrittspartei" und eine "Freie parlamentarische Partei" überwunden,[410] da die nationale Frage die kulturpolitischen Themen, durch welche die Trennung verursacht worden war, vollständig in den Hintergrund drängte.

Scharfe Kritik übte der "Badische Beobachter" an dem neuen nationalpolitischen Kurs der Liberalen und bemerkte, man habe es nicht für möglich gehalten, daß die Liberalen wegen der schwierigen Lage *"über Nacht die Partei des Unrechts"* ergreifen würden.[411] In der Adresse werde wissentlich die Unwahrheit behauptet, so hieß es in einem anderen Artikel, denn eine Volksabstimmung würde eindeutig beweisen, daß die Unterzeichner nur für eine verhältnismäßig kleine Gruppe sprächen, während die große Mehrheit der badischen Bevölkerung gegen einen Bundesstaat unter preußischer Führung eingestellt sei.[412] Auch in der Folgezeit hielt die katholische Bewegung an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem Anschluß an Preußen fest und vertrat, da ein Zusammengehen mit Österreich zunächst nicht mehr in Frage kam, den Plan eines süddeutschen Bundes.

Dagegen begrüßte Friedrich I. in seiner Antwortrede die liberale Adresse und betonte, die nationale Frage besitze absolute Priorität und eine Zersplitterung Deutschlands müsse unter allen Umständen verhindert werden, und gleichzeitig ließ der Großherzog die Liberalen wissen, daß ihre Kundgebung für ihn den Ausgangspunkt für weitreichende Entscheidungen darstelle. Bereits wenige Tage später ließ Friedrich I. seiner Ankündigung konkrete Schritte folgen und unterrichtete zunächst die Regierung davon, daß er einen Kurswechsel beabsichtige, nämlich aus dem Deutschen Bund austreten, mit Preußen Verhandlungen aufnehmen und die badischen Truppen zurückrufen wolle. Anschließend teilte der Großherzog dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen mit, daß die badischen Einheiten sich nicht länger am Krieg beteiligen würden. Nachdem die Regierung zurückgetreten war,

---

[410] Vgl. dazu Kapitel 1.3.

[411] BB 171/25. Juli 1866.

[412] BB 174/28. Juli 1866.

beauftragte der Landesherr Mathy mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in dem Jolly das Innenressort übernahm.

Unter dem Eindruck der grundlegenden Weichenstellungen der vergangenen Wochen, sicherte Kiefer Mitte August dem neuen badischen Außenminister, Rudolf von Freydorf, die uneingeschränkte Unterstützung der Liberalen bei der Erreichung der deutschen Einheit zu:

> *Die Erringung des Eintrittes in den norddeutschen Bund, die Zusammenschließung in Einen deutschen Gesammtstaat, muß von nun an das Ziel einer nie mehr ruhenden Tagesarbeit sein. Keine Meinungsverschiedenheit in andern, auch noch so bedeutsamen Interessenfragen soll uns fernerhin von denen scheiden, welche in diesem obersten Ziele unsere Freunde u. Kampfgenossen sind.*[413]

Anschließend führte Kiefer näher aus, welche Maßnahmen er zur Erreichung der deutschen Einheit für notwendig hielt und welchen Beitrag die Liberalen dazu leisten könnten. Wichtig sei, daß man den Eintritt Badens in den künftigen norddeutschen Bund anrege, so empfahl er, gleichzeitig müsse man aber auch eine propagandistische Tätigkeit entfalten, um die Basis der kleindeutschen und liberalen Politik in der Bevölkerung zu erweitern, wozu eine intensive Pressetätigkeit, die Abhaltung von Volksversammlungen und die Bildung von Vereinen die geeigneten Mittel seien. Am dringlichsten war nach Kiefers Auffassung, daß die Kammern eine eindeutige Stellungnahme zur Nationalpolitik abgaben. Für wesentlich hielt er außerdem die Abstimmung mit den Liberalen in Bayern, Württemberg und Hessen sowie die Verhinderung eines süddeutschen Bundes.

In seiner Antwort von Anfang September zeigte sich von Freydorf über Kiefers Ankündigung, die Nationalpolitik der Regierung uneingeschränkt mitzutragen, erfreut, mußte aber eingestehen, er sei bei den Friedensverhandlungen in Berlin zu der Erkenntnis gelangt, daß rasche Fortschritte in der Frage des Anschlusses Badens an Norddeutschland nicht zu erwarten seien - vielmehr müsse man sich auf einen langwierigen Prozeß einstellen.[414] Damit war das zentrale Problem der badischen Deutschlandpolitik der Jahre 1866 bis 1870 angesprochen: Während die badische Regierung den möglichst raschen Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund anstrebte, erklärte sich Bismarck zur Aufnahme Badens nicht ohne die anderen süddeutschen Staaten bereit. Allerdings deutete der Bundeskanzler in vertraulichen Gesprächen an, daß er die Mainlinie nicht als

---

[413] Kiefer an von Freydorf, 18. Aug. 1866, GLA 69 v. Freydorf/338; auszugsweise abgedruckt in: Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 343f.

[414] Von Freydorf an Kiefer, 1. Sept. 1866, EBD. 98 (Abschrift).

endgültige Grenze ansehe und forderte die badische Regierung auf, eng mit Bayern, Württemberg und Hessen zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise für einen gemeinsamen Eintritt aller süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund zu wirken. Trotz Bismarcks Zurückweisung hielt das badische Ministerium unverändert an seinem Ziel fest und ging dabei von der Überlegung aus, daß der Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund die anderen süddeutschen Staaten zu diesem Schritt veranlassen würde. Allerdings waren die Wirkungsmöglichkeiten der Regierung in der Nationalpolitik äußerst begrenzt und bestanden darin, im eigenen Land wie im Norden für dieses Ziel zu werben, die Bildung eines Südbundes zu verhindern und Baden institutionell auf den Anschluß an den Norden vorzubereiten, beispielsweise durch die Anpassung des badischen Heeressystems an das preußische.

Die Erkenntnis, daß in naher Zukunft nicht mit einem Anschluß Badens an den Norden zu rechnen sei, löste bei Kiefer offenbar eine tiefe Ernüchterung und ein Umdenken aus, was bereits Mitte September in einem Schreiben an von Freydorf zum Ausdruck kam. Zwar versicherte er nochmals, daß die Neugestaltung Deutschlands im Anschluß an Preußen *"ein alles andere überragendes Postulat"* sein müsse, doch drückte er gleichzeitig seine feste Überzeugung aus, daß *"nur eine den inneren, liberalen Fortschritt thatkräftig vertretende Regierung und Partei in Baden und Süddeutschland nachhaltig in der Bevölkerung Wurzel fassen"* könne, und deshalb *"auch nur diese Richtung Bedeutendes wirken könne(n) für die deutsche Sache"*.[415] Bezeichnend ist, daß sich die Forderungen, die Kiefer im weiteren Verlauf des Briefes stellte, nicht auf die Deutschland-, sondern auf die Kulturpolitik bezogen, und er Gesetzentwürfe über die obligatorische Zivilehe sowie über die Verwaltung der Stiftungen verlangte und eine entschiedene Haltung der Regierung gegenüber der katholischen Bewegung anmahnte, die "*unter allen Umständen der unversöhnliche Todfeind jeder mit Preußen befreundeten Regierung"* sei. Offensichtlich hatte Kiefer aus der Einsicht, daß in naher Zukunft nicht mit einem Durchbruch in der deutschen Frage zu rechnen sei, die Schlußfolgerung gezogen, anstelle der Nationalpolitik die innenpolitischen Reformvorhaben in den Mittelpunkt zu stellen, um auf diese Weise die Position der Liberalen in der Bevölkerung zu stärken. Mit dieser veränderten Schwerpunktsetzung wurde gleichzeitig die im August angekündigte, uneingeschränkte Unterstützung der nationalen Politik der Regierung in Frage gestellt.

---

[415] Kiefer an von Freydorf, 18. Sept. 1866, EBD. 338 (Unterstreichungen im Original).

Bereits während der kurzen Sitzungsperiode des Landtags im Oktober 1866 wurde die veränderte Haltung der Liberalen deutlich. Auf der einen Seite billigte die Zweite Kammer den außenpolitischen Kurs der Regierung und sprach sich gegen 10 Stimmen für *"den Eintritt der süddeutschen Staaten und insbesondere Badens in die Verbindung der norddeutschen Staaten zur möglichen Wiederherstellung eines Gesammtdeutschlands"* aus;[416] auch lehnte die Volksvertretung den Minoritätsantrag des demokratischen Mannheimer Bürgermeisters Moll, die süddeutschen Staaten sollten sich zunächst zusammenschließen und dann mit dem Norddeutschen Bund über die Bildung eines Bundesstaates verhandeln, gegen 9 Stimmen ab. Ein deutliches Zeichen für die neue Schwerpunktsetzung war aber, daß sich die Abgeordneten mit großer Mehrheit gegen eine Steuererhöhung für eine Heeresreorganisation nach preußischem Vorbild aussprachen, solange nicht, zumindest auf militärischem Gebiet, eine engere Verbindung mit Preußen bestehe. Aufschlußreich war außerdem die Forderung der liberalen Fraktion, die Regierung solle sich nicht auf die nationale Frage beschränken, sondern auch die innenpolitischen Reformen fortführen. *"Das schlimmste aber ist"*, so kommentierte der entschieden kleindeutsch eingestellte Karlsruher Historiker Hermann Baumgarten das Verhalten der Liberalen, *"daß sie jetzt wie vor 5 Monaten die deutsche Frage nur notgedrungen betonen, in Wirklichkeit ihr ganzes Interesse dem kleinen inneren Quark gehört, dem Schulgesetz usw."*[417] Wenn Baden in naher Zukunft nicht in den Bundesstaat unter preußischer Führung aufgenommen werden sollte, sei es ungewiß, so befürchtete Baumgarten, ob die Liberalen an ihrem kleindeutschen Kurs festhielten. Da sie *"popularitätssüchtig"* seien, werde die Regierung *"bald genug ihre Not haben",* so prophezeite er.

Als im Frühjahr 1867 die Luxemburger Krise der deutschen Öffentlichkeit die Gefahr eines Krieges mit Frankreich vor Augen führte,[418] unterzeichneten 11

---

[416] Beschluß vom 24. Oktober 1866 nach einer zweitägigen Grundsatzdebatte über die künftige badische Außenpolitik. Siehe Verhandlungen 1865/66, II. Kammer, Prot.-H., S. 173-175 u. 6. Beil.-H., S. 337-343 (Kommissionsbericht Obkirchers). Vgl. den Kommentar des "Badischen Beobachters" (252/27. Okt. 1866) zu dieser Entschließung: *"In einen schreienderen Widerspruch hat sich noch keine Volksvertretung zu den Wünschen und Bedürfnissen der überwiegenden Volksmehrheit eines Landes gesetzt."*

[417] Baumgarten an von Treitschke, 26. Okt. 1866, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 351f. Vgl. auch Mathy an Gustav Freytag, 14. Okt. 1866, EBD., S. 349-351; siehe auch den Kommentar in BB 252/27. Okt. 1866.

[418] Vgl. dazu allgemein MOMMSEN, Ringen, S. 189-192.

Mitglieder der Ersten und 45 der Zweiten badischen Kammer eine Erklärung, in der erneut der *"unverzügliche(n) Eintritt der süddeutschen Staaten und insbesondere des Großherzogthums Baden in den Norddeutschen Bund für dringend geboten"* bezeichnet und die badische Regierung aufgefordert wurde, *"ihre ganze Thätigkeit zur Erreichung dieses nationalen Zieles"* einzusetzen.[419] Gleichzeitig betonten die Unterzeichner, daß sie ebenso wie die Norddeutschen zu Opfern für die nationale Einheit bereit seien.

Trotz dieser Zusicherung stieß die Regierung in der Landtagsperiode 1867/68 auf erheblichen Widerstand innerhalb der liberalen Fraktion, als sie eine Heeresreform nach preußischem Vorbild durchführen wollte.[420] Das Ministerium war von deren Notwendigkeit überzeugt, da es - auch wegen französischer Drohungen - zunehmend die Möglichkeit in Betracht zog, daß die deutsche Frage nur durch einen Krieg gelöst werden könne. Bereits im November 1867 war von beiden Kammern ein Wehrgesetz angenommen worden, das der preußischen Wehrverfassung entsprach, doch war dessen Anwendung von einem Kontingentgesetz abhängig, auf das sich die Auseinandersetzungen um die Jahreswende 1867/68 konzentrierten. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf[421] sah eine Friedenspräsenzstärke von einem Prozent der Bevölkerung sowie eine dreijährige Dienstpflicht vor und bedeutete somit eine Verdoppelung des badischen Heeres. Die dazu notwendige Erhöhung des Staatshaushalts um ein Sechstel und die erforderlichen einmaligen Ausgaben von beträchtlichem Umfang waren nur durch spürbare Steuererhöhungen finanzierbar. Dabei war die Haushaltslage des badischen Staates, wegen des kostspieligen Krieges von 1866 und der an Preußen gezahlten Entschädigungen, bereits äußerst angespannt. Vor diesem Hintergrund sah die Regierung Widerstände in der Zweiten Kammer voraus und beabsichtigte, die liberale Fraktion durch Fortschritte in der Nationalpolitik für ihre Vorlage zu gewinnen. So wandte sich

---

[419] Erklärung, Karlsruhe, Mai 1867, ZBZ FA Bluntschli 35b; abgedruckt auch in BLZ 110/11. Mai 1867. Vgl. Allgemeine Zeitung, in BLZ 115/17. Mai 1867; BLZ 113/15. Mai: Die Erklärung badischer Ständemitglieder beider Kammern, 115/17. Mai u. 118/I/21. Mai 1867: Die Erklärung der Kammermitglieder. Interessant ist in diesem Zusammenhang Bluntschlis Einschätzung: *"An einen wirklichen Eintritt in den Norddeutschen Bund glaube ich übrigens noch nicht. Wir werden wahrscheinlich nur auf Umwegen dahin kommen und es ist sehr fraglich, ob das für uns nicht nützlicher sei als der plötzliche Sprung in den Nordbund hinein."* (Bluntschli an Robert von Mohl, 16. Mai 1867, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 378f.).

[420] Vgl. zum Folgenden Heinz RIESE, Die badische Wehrmacht 1866-1870/71, Diss. Heidelberg 1934, o. O. 1934, S. 25-32; WILHELM, S. 48-50; GALL, Liberalismus, S. 405-422; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 96-98.

[421] Verhandlungen 1867/68, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 45-48.

Mathy im Herbst 1867 an Bismarck, um die rasche Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund oder zumindest konkrete Zusicherungen zu erhalten, doch blieb seine Initiative ohne Erfolg. Gleichzeitig wählte das Ministerium einen anderen Weg, um die Zustimmung der liberalen Fraktion zu gewinnen: Es ging auf die verfassungs- und kulturpolitischen Forderungen der Liberalen ein und legte Gesetzentwürfe zum Vereins- und Versammlungsrecht, zum Presserecht, zur Erweiterung des passiven Wahlrechts, zur Ministerverantwortlichkeit und zum Elementarunterricht vor, die während der Landtagsperiode 1867/68 verabschiedet wurden und Baden einen zweiten Modernisierungsschub brachten.[422]

Auch wenn die Regierung der liberalen Fraktion in der Verfassungs- und Kulturpolitik entgegenkam, so sprachen aus der Sicht der "regierenden Partei" mehrere Gründe gegen die Gesetzesvorlage in der Form, wie sie das Ministerium eingebracht hatte.[423] Ein wesentlicher Aspekt waren die finanziellen Mehrbelastungen, denn die Liberalen wollten unpopuläre Steuererhöhungen vermeiden, zumal die Zollparlamentswahl bevorstand und die Demokraten wie die Ultramontanen diesen Punkt sofort aufgriffen. Zugleich befürchteten viele Liberale, daß die zusätzlichen Belastungen eine allgemeine Mißstimmung gegen die norddeutsche Großmacht erzeugen und damit einen Anschluß an den Norden erschweren könnten. Außerdem spielte ein psychologischer Faktor eine Rolle, denn das preußische Heeressystem war seit dem Verfassungskonflikt mit negativen Erfahrungen belastet und erweckte auch unter den badischen Liberalen die Furcht vor der "preußischen Reaktion". Ohne die sichere Aussicht, daß der Anschluß an den Norddeutschen Bund in absehbarer Zeit zustande komme, war ein großer Teil der liberalen Fraktion nicht bereit, die mit der Heeresreorganisation verbundenen erheblichen Kosten hinzunehmen. Deshalb fand der Vorschlag großen Anklang, dem bayrischen und württembergischen Beispiel zu folgen und die preußische Wehrverfassung in modifizierter Form - mit einer Friedenspräsenz von dreiviertel Prozent der Bevölkerung und einer zweijährigen Dienstzeit - einzuführen.

Dagegen bezog das führende liberale Blatt im Großherzogtum, die "Badische Landeszeitung" eindeutig zugunsten des Regierungsentwurfs Stellung und wies in einem Leitartikel vom Januar 1868 darauf hin, daß das zwischen Baden und Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündnis nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden sei, die Preußen bereits erfüllt habe und denen nun

---

[422] Vgl. FENSKE, Baden 1860-1918, S. 165 u. GALL, Liberalismus, S. 407-413.

[423] Dazu WILHELM, S. 48f.; GALL, Liberalismus, S. 405f., 413-415 u. 419f.

auch Baden nachkommen müsse.[424] Außerdem sei die Einführung des preußischen Wehrsystems notwendig, so lautete das zweite Argument, um die Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland zu stärken und um die Voraussetzungen für den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund zu erfüllen. Abschließend brachte der Verfasser das seiner Ansicht nach schwerwiegendste Argument vor: Bei einem Nachbarstaat, der Deutschland das Recht, sich nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten, abspreche - gemeint war Frankreich -, seien Vorsichtsmaßregeln *"unbedingt geboten"*. Napoleon III. werde unter für ihn günstigen Bedingungen einen Krieg nicht scheuen, um die Vollendung der deutschen Einheit zu verhindern, so hieß es weiter, und das einzige Mittel, um *"dem lauernden Feind friedliche Gedanken beizubringen"* sei, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Je schneller ein einheitlicher Aufbau der gesamten deutschen Armee geschaffen sei, desto eher werde das Ausland davor zurückschrecken, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen, so lautete das Fazit. Eindringlich appellierte der Verfasser an die Abgeordneten, die in der Vergangenheit durch Worte und Taten bereits bewiesen hätten, daß ihnen die Einheit Deutschlands am Herzen liege, dem Kontingentgesetz zuzustimmen.

Obwohl sich in der entscheidenden Debatte in der Zweiten Kammer am 20. und 21. Januar 1868 sowohl Lamey, als Berichterstatter der Kommission, als auch Kiefer für die Regierungsvorlage einsetzten,[425] war die Mehrheit der liberalen Fraktion um Eckhard und Wilhelm Wundt zunächst nicht zur unveränderten Annahme des Entwurfs bereit.[426] Zwar erklärte sich der überwiegende Teil der Liberalen mit einer Friedenspräsenzstärke von einem Prozent einverstanden, doch wollte er eine Bestimmung über Beurlaubungen in das Gesetz aufnehmen, um auf diese Weise indirekt einen niedrigeren Präsenzstand zu erreichen. Als die Minister klarstellten, daß sie in dieser Frage nicht zum Nachgeben bereit seien und notfalls ihren Rücktritt einreichen würden, sah sich die Mehrheit der liberalen Fraktion zum Einlenken gezwungen und beschränkte sich darauf, den Wunsch nach häufigen

---

[424] BLZ 7/I/9. Jan. u. 10/I/12. Jan. 1868: Die Vollendung der neuen Heereseinrichtungen in Süddeutschland I u. II. Vgl. auch BLZ 4/I/5. Jan. 1868: Das Kontingentgesetz.

[425] Vgl. den Kommissionsbericht Lameys, Verhandlungen 1867/68, II. Kammer, 6. Beil.-H., S. 366-388. Siehe auch die Rede Kiefers in der Zweiten Kammer, in der er betonte: *"Ein Heer, das den Feind schlägt und das Vaterland rettet, ist nie zu theuer bezahlt. Das deutsche Heer, das den Franzosen verbietet, sich einzumischen in die Vollendung des deutschen Staates, ist, auch in der dreijährigen Präsenz, keine Bürde, sondern der Stolz und die Zierde der Nation."* (nach BLZ 19/23. Jan. 1868: Zum badischen Kontingentsgesetzentwurf, Unterstreichung im Original).

[426] Vgl. Verhandlungen 1867/68, II. Kammer, KaZtg 17/21. Jan., 18/22. Jan. u. 19/23. Jan. 1868.

Beurlaubungen zu Protokoll zu geben sowie den Antrag zu stellen, das Gesetz statt für drei nur für zwei Jahre zu erlassen. Mit diesen Punkten erklärten sich die Minister einverstanden, worauf die Vorlage von der Zweiten Kammer mit 49 gegen 8 Stimmen angenommen wurde.

Die "Badische Landeszeitung" begrüßte das Votum ausdrücklich und sah darin einen Beweis, daß die Worte der liberalen Abgeordneten mehr seien als *"rhetorische Schminke"*.[427] Gleichzeitig erkannte das Blatt aber auch an, daß es bei der aktuellen Lage für die liberale Fraktion nicht leicht gewesen sei, die Verantwortung für die zusätzlichen Belastungen zu übernehmen. Außerdem bekräftigte die "Landeszeitung", das Ausland werde es nicht wagen, sich der Vollendung des deutschen Staates mit Gewalt entgegenzustellen, wenn es die Entschlossenheit und Macht Deutschlands vor Augen habe, jede Einmischung von außen abzuwehren - darin liege die Bedeutung des Kammerbeschlusses. Scharfe Kritik übte hingegen Robert von Mohl an den Liberalen:

> *Die Leute sind gründlich verwöhnt worden und meinen, es müsse nun alles nach ihrer Pfeife tanzen; worin sie sich aber sehr irren. Der letzte Grund ist, daß es ihnen nicht wohl ist bei den großen Opfern aller Art, welche sie haben verwilligen müssen, nachdem sie so lange Gut und Blut angeboten hatten. Die Esel meinten, es werde mit Redensarten ablaufen, und die Opfer habe der Großherzog allein zu bringen.*[428]

Der "Badische Beobachter" monierte, für die äußere Sicherheit sei eine derartige Heeresstärke bei weitem nicht erforderlich, stattdessen hätte man die Mittel sinnvoller für soziale Zwecke einsetzen können.[429] Doch die liberale Fraktion *"will nur das Eine: möglichst viele Soldaten und den letzten Heller des Volkes für die Verwirklichung ihrer großpreußischen sogenannten nationalen Idee"*, so lautete der verächtliche Kommentar des katholischen Hauptorgans. Da Jolly die Entscheidung über die Heeresvorlage zu einer Existenzfrage für seine Regierung erklärte, konnte er sich gegen die liberale Fraktion durchsetzen, doch erhielt die Auseinandersetzung dadurch eine besondere Schärfe und hinterließ auf beiden Seiten eine tiefe Verstimmung. So sah sich die Regierung in ihrer Ansicht bestärkt, daß auf die Liberalen kein Verlaß sei, während diese sich vom Ministerium überspielt fühlten und kritisierten, daß es nicht ausreichend Rücksichten auf ihre

---

[427] BLZ 22/I/26. Jan. 1868: Das Kontingentsgesetz und die Bedeutung seiner Annahme.

[428] Robert von Mohl an seine Frau, 30. Jan. 1868, Landesbibliothek Stuttgart, Teilnachlaß Robert von Mohl 28d, zit. nach GALL, Liberalismus, S. 422.

[429] BB 24/29. Jan. 1868: Nochmals das Contingentsgesetz.

schwierige Lage nehme - damit war die Grundlage für die Offenburger Opposition vom Herbst 1868 gelegt.[430]

Einen Rückschlag erlitt der deutschlandpolitische Kurs der badischen Regierung und der im Jahr 1869 gegründeten Nationalliberalen Partei Ende Februar 1870.[431] Während der Beratung eines gegenseitigen Rechtshilfeabkommens zwischen Baden und dem Norddeutschen Bund kam es im Reichstag zu einem Vorfall, der das Verhältnis zwischen Bismarck und der badischen Regierung stark belastete. Der nationalliberale Abgeordnete Eduard Lasker[432] drückte in seiner Rede die Überzeugung aus, die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund würde rasch entsprechende Anträge der anderen süddeutschen Regierungen nach sich ziehen, und deshalb sei es ihm rätselhaft, aus welchen Gründen Bismarck diese Möglichkeit bisher nicht ergriffen habe.[433] Im Namen mehrerer Fraktionsmitglieder stellte Lasker daraufhin den Antrag, erstens den ausdauernden nationalen Bestrebungen der badischen Regierung und Bevölkerung die dankende Anerkennung auszusprechen, und zweitens das Ziel Badens, sich möglichst rasch dem Norddeutschen Bund anzuschließen, zu begrüßen. Ob Lasker von badischer Seite zu diesem Schritt ermuntert worden ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, doch liegt die Vermutung nahe, daß ihm dieser Gedanke bei einem Aufenthalt in Süddeutschland im Januar 1870 von Liberalen nahegelegt wurde; dagegen kann

---

[430] Zur Offenburger Opposition siehe Kapitel 2.2.

[431] Vgl. zum Folgenden James F. HARRIS, A Study in the Theory and Practice of German Liberalism. Eduard Lasker, 1829-1884, Lanham/New York/London 1984, S. 24f.; Josef BECKER, Bismarck und die Frage der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund im Frühjahr 1870. Dokumente zur Interpellation Laskers vom 24. Februar 1870, in: ZGO 119 (1971), S. 427-470; MOMMSEN, Ringen, S. 217-219; GALL, Liberalismus, S.466-471; E. W. MAYER, S. 138-141; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 161-165; HAUSRATH, Jolly, S. 197-200.

[432] Eduard Lasker (1829-1884):

Publizist und liberaler Politiker, Mitbegründer der Nationalliberalen Partei und in den 1870er Jahren eine ihrer Führungspersönlichkeiten in Preußen und im Reich, Wortführer des linken Parteiflügels, 1865-79 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses u. 1867-84 MdR, 1880 Austritt aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion u. Anschluß an die Liberale Vereinigung. Vgl.: HARRIS; Adolf LAUFS, Eduard Lasker. Ein Leben für den Rechtsstaat, Göttingen/Zürich 1984. (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 118/119); Richard W. DILL, Der Parlamentarier Eduard Lasker und die parlamentarische Stilentwicklung der Jahre 1867-1884. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des politischen Stils in Deutschland, Diss. Erlangen 1956; NDB 13, S. 656f.

[433] Laskers Rede nach Kölnische Zeitung, in BLZ 49/I/27. Febr. 1870.

man mit Sicherheit davon ausgehen, daß die badische Regierung keine Anregung zu dieser Initiative gab.[434]

Zu einer Affäre entwickelte sich Laskers Antrag durch Bismarcks gereizte Entgegnung, in der er den Verdacht aussprach, die badische Regierung hätte diese Initiative veranlaßt, um ihn zu zwingen, vor der Öffentlichkeit die Motive für seine ablehnende Haltung gegenüber einer isolierten Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund darzulegen.[435] Zugleich äußerte Bismarck die Vermutung, das badische Ministerium würde die Opfer für ihre nationale Politik nicht länger auf sich nehmen wollen und nach einem Vorwand für einen Kurswechsel suchen. Anschließend begründete der Bundeskanzler seine Haltung zu einem Beitritt Badens und stellte klar, daß dieser Schritt nicht den definitiven Abschluß der deutschen Frage bedeuten könne, sondern nur ein Mittel darstelle, um *"die volle nationale Einigung des ganzen Deutschlands"* zu erreichen. Deshalb sei er fest davon überzeugt, so versicherte Bismarck,

> *daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwickelung im Süden am günstigsten ist, auszuscheiden und mit einer Barriere abzuschließen, gewisser Maßen - wenn ich ein triviales Bild gebrauche, so schreiben Sie es der kürzlichen Betheiligung an landwirthschaftlichen Verhandlungen zu - gewisser Maßen den Milchtopf abzusahnen und das Uebrige sauer werden zu lassen.*

Ein isolierter Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund würde nämlich nicht Aufnahmeanträge der übrigen süddeutschen Staaten auslösen, so war sich Bismarck sicher, sondern stattdessen als Druckmittel empfunden werden und einen Rückschlag zur Folge haben. Wenn Baden zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Antrag auf Aufnahme in den Norddeutschen Bund stellte, so würde er diesen aus den geschilderten Gründen, sowohl im Interesse des Bundes als auch des Großherzogtums, ablehnen, so erklärte Bismarck; wenn der geeignete Zeitpunkt für einen Beitritt gekommen sei, werde er die badische Regierung davon unterrichten. Man solle die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten, so mahnte Bismarck, und den Erfolg nicht durch voreilige Entschlüsse gefährden. Nach der Reichstagsdebatte[436] zog Lasker seinen Antrag zurück, da er befürchtete, eine Ablehnung des Entwurfs könne zu Mißverständnissen führen. Vermutlich waren für Bismarcks gereizte Reaktion mehrere Gründe verantwortlich:[437] Nicht auszuschließen ist, daß er wegen des

---

[434] So GALL, Liberalismus, S. 467.

[435] Bismarcks Rede nach Kölnische Zeitung, in BLZ 49/I/27. Febr. 1870.

[436] Vgl. auch Johannes von Miquels Rede und Bismarcks Entgegnung, Kölnische Zeitung, in BLZ 50/I/1. März 1870.

[437] Dazu MOMMSEN, Ringen, S. 218f.; GALL, Liberalismus, S. 468f.

fortdauernden badischen Drängens tatsächlich den Verdacht hatte, Laskers Antrag wäre von der badischen Regierung angeregt worden. Zudem hielt er den Zeitpunkt für eine öffentliche Diskussion über die Anschlußfrage, besonders im Hinblick auf die innere Entwicklung Frankreichs und auf Bayern sowie Württemberg, für äußerst ungünstig. Die Hauptursache für Bismarcks Verhalten ist aber darin zu sehen, daß er darüber verärgert war, daß das Parlament sich in seine eigentliche Domäne, die Außenpolitik, einmischte und an seinem Kurs Kritik übte.

Vor dem Hintergrund, daß Baden mit seiner kleindeutschen und propreußischen Politik seit dem Jahr 1866 der treueste Verbündete des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland war, erscheint es verständlich, daß Bismarcks Verdächtigungen und seine schroffe Ablehnung eines Anschlusses bei Friedrich I. und in badischen Regierungskreisen zu einer erheblichen Verstimmung führten.[438] Um den entstandenen Schaden zu begrenzen, erläuterte Bismarck kurz darauf in einem Erlaß an den Karlsruher Gesandten die Gründe für seine ablehnende Haltung, die sich aus der Entwicklung in Frankreich und aus Rücksichten gegenüber Bayern sowie dem bayrischen König ergäben. Gleichzeitig distanzierte sich der Bundeskanzler von seiner Vermutung, die badische Regierung würde nach einer Rechtfertigung für einen Kurswechsel suchen.

Darüber hinaus beinhaltete der Vorfall im Reichstag Gefahren für die Fortsetzung des nationalpolitischen Kurses der Regierung Jolly, denn sie mußte befürchten, daß Bismarcks Zurückweisung einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung auslösen und in der Folge auch die Haltung der nationalliberalen Fraktion verändern könnte. Dieser Möglichkeit trat jedoch Kiefer sogleich in einem Artikel der "Badischen Correspondenz", dem Organ der nationalliberalen Parteiführung, mit Entschiedenheit entgegen.[439] Zunächst hob er die positiven Aspekte von Laskers Antrag hervor, nämlich den Umstand, daß die entschlossene nationale Politik Badens in den Reichstagsreden ausdrücklich anerkannt worden sei,

---

[438] Der Großherzog war über Bismarcks Auftreten im Reichstag sehr erregt und nannte den Bundeskanzler einen *"Lügner und halbverrückten Menschen"* (Freydorfs Tagebuch, 14. März 1870, GLA 69 v. Freydorf/132 (alte Signatur), zit. nach GALL, Liberalismus, S. 471). Die offiziöse "Karlsruher Zeitung" (in BLZ 51/I/2. März 1870) wies Bismarcks Verdächtigungen entschieden zurück: *"Wir haben auf das Bestimmteste zu erklären, daß die großh. Regierung dem auch ihr ganz überraschend gekommenen Lasker'schen Antrag absolut fremd ist, weder unmittelbar, noch mittelbar denselben hervorrief oder irgendwie begünstigte. Auch die andere Besorgniß, welche der Herr Bundeskanzler, sey es mit Recht, sey es mit Unrecht, in der Rede des Hrn. Lasker ausgedrückt findet, die großh. Regierung könne in der bisher von ihr verfolgten Politik ermatten, ist ebenso unbegründet, wie die Voraussetzung, einer solchen Ermattung könne durch reichlich gespendetes Lob vorgebeugt werden."*

[439] Vgl. Kiefer an Lasker, 1. März 1870, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 460f.

was eine Ermunterung bedeute, *"auszuharren bis zur Erreichung des Zieles"*.[440] Gleichzeitig hätten die Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag, welche die stärkste politische Kraft darstellten, ihre feste Zusicherung gegeben, so betonte er, daß sie "*alle ihnen zu Gebot stehenden Mittel"* einsetzen würden, um die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu erreichen. Besonderen Wert legte Kiefer auf die Feststellung, daß aus Baden keine Aufforderung an die norddeutschen Gesinnungsgenossen erfolgt sei, diesen Antrag zu stellen.

Der zweite Teil des Artikels zielte darauf ab, die Bedeutung von Bismarcks Absage herunterzuspielen und Spekulationen über einen Kurswechsel der Nationalliberalen in der Deutschlandpolitik von vornherein zu begegnen. Bismarck habe in seiner Erklärung lediglich seine - bereits hinlänglich bekannte - Auffassung mitgeteilt, so stellte Kiefer fest, daß er bei der gegenwärtigen Lage den Zeitpunkt für eine Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main hinaus noch nicht für gekommen ansehe. Daß die *"badische Frage"* direkt mit europäischen Machtinteressen zusammenhänge und man deshalb die Initiative des Bundeskanzlers abwarten müsse, sei den Badenern, mit ihrer langen Westgrenze, bestens bekannt. Diesen letzten Satz habe Eckhard in den Artikel eingefügt, ohne ihn zu unterrichten, so bedauerte Kiefer in einem Brief an Lasker, und außerdem habe Eckhard, mit Rücksicht auf die Ängstlichen innerhalb der Partei, die Passagen gestrichen, in denen er Bismarcks Haltung, daß Baden außerhalb des Norddeutschen Bundes nützlicher sei als innerhalb, als falsch bezeichnet habe.[441] In Verbindung mit Bismarcks zweitem Grundsatz, daß kein Druck auf den Süden ausgeübt werden dürfe, so befürchtete Kiefer in seinem Schreiben, bedeute dies eine *"Verschiebung der Sache in infinitum"*. Der Artikel der "Correspondenz" gelangte abschließend zu dem Ergebnis, daß *"von einer besonders überraschenden oder gar entmuthigenden Wirkung der Bismarck'schen Kundgebung ... gar nicht die Rede seyn"* könne, und die badischen Nationalliberalen auch weiterhin fest

---

[440] BC: Die "Badische Frage" im norddeutschen Reichstage, in BLZ 51/I/2. März 1870. Die "Badische Landeszeitung" (50/I/1. März 1870) fand an den Ausführungen des Kanzlers folgenden Aspekt bemerkenswert: *"Niemals hat übrigens Graf Bismarck zugleich so klar ausgesprochen, daß die friedliche Gewinnung des Südens, die er trotz aller Vorgänge in Bayern und Württemberg stetig wachsen sieht, das Endziel seiner Politik ist, und daß er entfernt nicht daran denkt, das Werk des deutschen Staates auf den Nordbund zu beschränken."* Vgl. außerdem BLZ 51/I/2. März, 54/5. März, 56/I/8. März 1870: Der häusliche Zwist in Berlin. Zur Beurteilung der Affäre durch die Katholische Volkspartei siehe v. a. die Artikelserie "Die bad. Frage im norddeutschen Reichstage" in BB 48/26. Febr., 50/1. März, 51/2. März, 52/3. März u. 53/4. März 1870; außerdem BB 57/9. März 1870: Der Schlüssel zum wahren Grunde.

[441] Kiefer an Lasker, 1. März 1870, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 460f. (Hervorhebung im Original).

entschlossen seien, *"inmitten aller Schwierigkeiten der Zeit ... für die Aufgabe der deutschen Nation mit ausharrender Hingebung"* zu wirken. Wenn der Antrag überhaupt eine Auswirkung habe, so liege sie darin, daß die regierende Partei nun die Fortsetzung des liberalen Reformwerks im Innern *"mit verdoppelter Energie"* vorantreiben werde, so schloß der Artikel. Da auch weiterhin in absehbarer Zukunft nicht mit Fortschritten in der Nationalpolitik zu rechnen war, wollten die Nationalliberalen zumindest auf innenpolitischem Gebiet Erfolge vorweisen können, wobei sie, nach dem umfangreichen Reformwerk der vergangenen Jahre in der Verfassungspolitik, vermutlich die Kulturpolitik im Auge hatten.

Innerhalb der Nationalliberalen Partei Badens rief Laskers Antrag unterschiedliche Reaktionen hervor, denn während die Vertreter einer offensiven Strategie in der Nationalpolitik den Vorstoß lebhaft begrüßten, hielten die Befürworter eines behutsamen Vorgehens die Initiative für inopportun.[442] Einig waren sich aber beide Gruppierungen darin, daß der Antrag ein Zeichen dafür sei, daß die Nationalliberalen des Norddeutschen Bundes das badische Anliegen unterstützten. Gleichzeitig erkannte man allerdings auch, daß die innenpolitischen Gegner in Baden Bismarcks Ablehnung ausnützen würden, um gegen den außenpolitischen Kurs Stimmung zu machen.[443] Mit scharfen Worten wandte sich der Liberale Hermann Baumgarten gegen Laskers Antrag: Mit deutschen Parteien habe er bereits manches erlebt, so schrieb er an von Treitschke, doch stelle dieser Antrag ein *"Unikum"* dar, und es sei für ihn unverständlich, aus welchen Gründen die norddeutschen Nationalliberalen die badische Regierung in eine derart unangenehme Lage gebracht hätten.[444] Andererseits kritisierte der Karlsruher Historiker aber auch Bismarcks Mißtrauen gegenüber dem badischen Ministerium, seine *"unerhörte Sprache"* und seine insgesamt *"grundverkehrte(n) Politik, die Feinde zu schonen und die Freunde mit Füßen zu treten"*. Bismarcks Äußerungen wertete Baumgarten als ein schlechtes Zeichen: *"Mehr als je besorge ich seit dem 24."*, so stellte er deprimiert fest, *"daß Bismarck nie über den Main gehen will."*[445] Die Debatte über den Rechtshilfevertrag mit dem Norddeutschen Bund Anfang März in der Zweiten

---

[442] EBD.

[443] Kiefer an Lasker, 6. März 1870, EBD., S. 461-463.

[444] Baumgarten an von Treitschke, 7. März 1870, EBD., S. 463f. Siehe auch Baumgarten an von Treitschke, 12. März 1870, EBD., S. 465-467.

[445] Zu dem entgegengesetzten Urteil gelangte Heinrich von Treitschke: *"Das wichtigste Ergebnis der Debatte vom 24. Februar scheint uns in den Geständnissen des Grafen Bismarck zu liegen: er verzichtet auf den Gedanken des Südbundes, er will nicht den norddeutschen Bund in bequemer Selbstsucht abschließen, er bezeichnet die Einigung des gesamten Deutschlands als das Ziel seiner Politik."* (zit. nach EBD., S. 464, Anm. 2).

badischen Kammer, bot der nationalliberalen Fraktion eine gute Gelegenheit, um ihre deutschlandpolitische Haltung nochmals zu bekräftigen.[446] Dabei versicherte Lamey, der von den Nationalliberalen verfolgte Kurs in der Deutschlandpolitik entspreche nicht nur den eigenen Überzeugungen, sondern ebenso den Interessen Badens, und deshalb werde man sich auch durch ungünstige Umstände nicht davon abbringen lassen.[447]

Zusammenfassend kann man die Position der badischen Liberalen zur deutschen Frage von Mitte 1866 bis zum Sommer 1870 folgendermaßen charakterisieren: Für die regierende Partei war die deutsche Einheit von erheblicher Bedeutung, was durch die Nachbarschaft zu Frankreich noch verstärkt wurde. *"Wenn ich jenen Tag noch erlebe, an dem sich alle Deutschen als ein einiges Volk von Brüdern begrüßen werden",* so schrieb beispielsweise im Jahr 1868 ein badischer Liberaler an Kirsner, *"so wird er für mich der freudigste und schönste meines ganzen Lebens sein".*[448] Andererseits verdeutlichen die Ablehnung einer Heeresreform im Oktober 1866 und der heftige Konflikt um das Kontingentgesetz um die Jahreswende 1867/68, daß für die badischen Liberalen - im Gegensatz zur Regierung Jolly - die nationale Frage nicht absolute Priorität besaß. Im Widerspruch zu ihren öffentlichen Erklärungen, war ein großer Teil der Liberalen so lange nicht zu einer uneingeschränkten Unterstützung der Deutschlandpolitik der Regierung bereit, wie keine Aussichten auf konkrete Fortschritte bestanden. Eine Erklärung für diese Haltung ist darin zu sehen, daß die Liberalen sich - im Gegensatz zur Regierung - den Wählern stellen mußten und deshalb gezwungen waren, erhebliche Rücksichten auf die Stimmung in der Bevölkerung zu nehmen. Sie hatten das schwierige Problem zu lösen, ihre eigenen Vorstellungen, die Wünsche der Bevölkerung und den Standpunkt der Regierung in Einklang zu bringen, was besonders im Falle der mit hohen Kosten verbundenen Heeresreform als eine fast unlösbare Aufgabe erschien. Bei der offensichtlichen Erfolglosigkeit ihrer nationalen Politik, sah sich die regierende Partei zugleich gezwungen, auf anderen Gebieten Resultate vorzuweisen, und so rückten für sie in zunehmendem Maße innenpolitische Themen, insbesondere Fragen der Verfassungs- und Kulturpolitik, in den Vordergrund. Diese Schwerpunktsetzung hing aber auch damit zusammen, daß für den badischen Liberalismus im allgemeinen innenpolitische Themen den Vorrang besaßen, was

---

[446] Vgl. Kiefer an Lasker, 6. März 1870, EBD., S. 461-463.

[447] Verhandlungen 1869/70, II. Kammer, KaZtg 57/8. März 1870 (u. Beil.).

[448] Rauss an Kirsner, 11. März 1868, GLA N Kirsner/5.

sich während der gesamten sechziger Jahre beobachten läßt, während außenpolitischen Fragen in der Regel erheblich weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

2. Verwirklichung eines liberalen Hauptziels: Die Reichsgründung

"Aber man möge sich unsere Lage nicht zu rosenfarbig denken", so warnte Kiefer im März 1870 in einem Schreiben an Lasker, *"wir stehen stets in schweren Kämpfen und müssen jeden Mann und jede Einfluß übende Kraft für die bevorstehende Gesamterneuerung der Kammer wie für die nächsten Zollparlamentswahlen in Bewegung setzen"*.[449] Drei Monate später behauptete Reinhold Baumstark[450], Abgeordneter der Katholischen Volkspartei in der Zweiten Kammer, gegenüber der Wiener Regierung sogar, seine Partei könne bei der nächsten Landtagswahl die Majorität erreichen, wenn Österreich-Ungarn sie in ausreichendem Maße unterstütze.[451] Auch wenn Baumstark zweifellos übertrieb, so war in der ersten Hälfte des Jahres 1870 nicht zu übersehen, daß sich der badische Nationalliberalismus in einer kritischen Situation befand und in der Bevölkerung an Zustimmung verlor.

Die Hauptursache für diese Krise war die Stagnation in der Nationalpolitik, welche die deutsche Einheit in absehbarer Zukunft als sehr zweifelhaft erscheinen ließ und die Frage aufwarf, ob sie überhaupt zu realisieren sei.[452] Dafür waren eine Reihe von Faktoren verantwortlich, vor allem Bismarcks schroffe Ablehnung der badischen Anschlußwünsche, die nationalpolitische Isolierung Badens in Süddeutschland, die für eine kleindeutsche Politik ungünstige Entwicklung in den

---

[449] Kiefer an Lasker, 6. März 1870, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 461-463.

[450] Reinhold Baumstark (1831-1900):

Publizist und Politiker der KVP, Verfechter eines "religiösen Katholizismus" und scharfer Gegner des Zentrums, 1869 konvertierte zum katholischen Glauben, 1869/70 u. 1879-82 MdIIK, 1881 Austritt aus der KVP. Vgl.: Reinhold BAUMSTARK, Plus ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869-1882, Straßburg (2)1885; NDB 1, S. 669; Bad. Biogr. 5, S. 50-55.

[451] Baumstark an die österreichische Regierung, 4. Juni 1870, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien PA VII/50, nach BECKER, Liberaler Staat, S. 293.

[452] Das Folgende nach GALL, Liberalismus, S. 471-474.

anderen süddeutschen Staaten, das Anwachsen partikularistischer Strömungen und die Haltung Frankreichs. Aus dem Stillstand in der Deutschlandpolitik ergab sich zugleich eine schwerwiegende innenpolitische Konsequenz: Der nationale Gedanke hatte den Liberalen bislang Wähler zugeführt, die in kultur- und wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht mit ihnen übereinstimmten. Je geringer die Aussichten auf eine nationale Einigung wurden, desto mehr ließ die integrierende Kraft der nationalen Frage nach und desto stärker traten kulturpolitische und soziale Gegensätze wieder in den Vordergrund. Die Folge war die Abwanderung eines Teils der nationalliberalen Anhängerschaft in das Lager der Demokraten und der Katholischen Volkspartei. Erschwerend kam für die regierende Partei die Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts für den Landtag hinzu, die aller Voraussicht nach zu einer weiteren Stärkung der politischen Gegner führte.

Vor diesem Hintergrund erschien der Kriegsausbruch zwischen Preußen bzw. dem Norddeutschen Bund und Frankreich im Juli 1870 der Nationalliberalen Partei wie der Regierung als ein Ausweg aus den inneren und äußeren Schwierigkeiten.[453] Die exponierte Lage Badens verbunden mit den eindringlichen französischen Warnungen, daß das Großherzogtum im Falle einer Kriegsbeteiligung auf Seiten Preußens weder militärisch noch politisch mit Schonung rechnen könne, lösten in Karlsruhe ernste Befürchtungen aus. Trotzdem bestand für die badische Regierung nicht der geringste Zweifel darüber, daß der Bündnisfall gegeben sei, so daß man bereits am 16. Juli mit der Mobilmachung begann und am 21. Juli auch formell die Kriegsteilnahme beschloß. Zugleich waren die Minister davon überzeugt, daß nach einem deutschen Erfolg, von dem sie ausgingen, die Lösung der nationalen Frage möglich sei: *"Im Falle des Sieges ist auch die politische Einigung gewiß"*, so notierte der badische Außenminister von Freydorf am 20. Juli in sein Tagebuch.[454] Ebenso wie für das Ministerium, stand es auch für die regierende Partei außer Zweifel, daß Baden auf der Seite Preußens in den Krieg eintreten müsse. Die nationalliberale Parteiführung erläuterte am 19. Juli, dem Tag der französischen Kriegserklärung an

---

[453] Vgl. zum Krieg von 1870/71 und zur Reichsgründung allgemein: NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 55-84; MOMMSEN, Ringen, S. 221-258; WEHLER, S. 316-331; WINDELL, S. 230-275; Erich BRANDENBURG, Der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, Berlin 1910; SCHWAB, Aufstieg, Bd. 1, S. 222-235; E. W. MAYER, S. 142-154. Siehe zu Baden: GALL, Liberalismus, S. 474-493; FENSKE, Baden 1860-1918, S, 161-165; DERS., Südwesten, S. 142-145; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 94; HOFMANN, S. 37-47; GENZ, S. 86-95; BAER, Kiefer, S. 21-23; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 171-219; HAUSRATH, Jolly, S. 201-272; BACHEM, Bd. 4, S. 357-361.

[454] Von Freydorfs Tagebuch, 20. Juli 1870, GLA 69 v. Freydorf/132 (alte Signatur), zit. nach GALL, Liberalismus, S. 474.

Preußen, ihre Haltung zum Kriegsausbruch in der "Badischen Correspondenz".[455] Frankreich habe den Krieg von vornherein *"um jeden Preis"* gewollt und geglaubt, mit der preußisch-dynastischen Frage eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, um das übrige Deutschland von Preußen zu trennen, so hieß es, doch gehe dieses Kalkül nicht auf, da es sich bei dem Konflikt in Wahrheit *"um Deutschland, um die Ehre der deutschen Nation"* handele. Das tatsächliche französische Motiv sei nämlich die Verärgerung darüber, daß Preußen begonnen habe, einen starken und in aller Welt geachteten Staat für das deutsche Volk zu schaffen. Das seit Beginn der Weltgeschichte bestehende *"Urrecht"*, daß sich Menschen mit gleicher Sprache und Sitte vereinigten, wolle Frankreich den Deutschen absprechen, so behauptete die "Correspondenz", und deshalb handele man in *"gerechte(r) Nothwehr"*. Der Artikel schloß mit einem patriotisch gehaltenen Appell:

> *Wir Alle, die Stämme des Nordens und des Südens, werden in diesem heiligen Kriege kämpfen als treue Waffenbrüder, unzerreißbar verbunden unter der Fahne Deutschlands. Und dem deutschen Volke wird der Sieg verbleiben. Denn es ringt, wie die edlen Schaaren der Freiheitskriege, um sein Höchstes - die Ehre und Freiheit des Vaterlandes!*

In dem Artikel "Der Preis des Sieges" vom 1. August stellte die "Badische Correspondenz" einen direkten Zusammenhang zwischen dem Krieg und der Lösung der deutschen Frage her.[456] Ein Ziel des bewaffneten Konflikts sei die Verteidigung der Unabhängigkeit und Ehre Deutschlands, so bemerkte das Organ, und fuhr dann fort:

> *Es ist noch etwas Anderes, was heute die erregten Massen unseres Volkes bewegt, einerlei, ob als dunkler Drang, ob als klarbewußter Wille - der Gedanke nämlich: das freie, einige Deutschland, nach dem wir so lange gestrebt, jetzt endlich muß es zur Wahrheit werden! ... Die Geltendmachung des ersten und heiligsten Rechtes einer jeden Nation, daß sie sich zu gemeinsamem Wirken für ihre geistige und leibliche Wohlfahrt zusammenschließe - das ist es, wofür unsere braven Krieger ihr Herzblut zu opfern im Begriffe stehen.*

---

[455] BC: Der Krieg, in BLZ 167/II/19. Juli 1870 (Hervorhebungen im Original). Siehe auch den Artikel "Deutsch ist der Krieg, den wir beginnen" (BC, in BLZ 171/23. Juli 1870), in dem es heißt: *"Wir beginnen einen Vertheidigungskampf für die altgeheiligten Grenzen des gesammten Vaterlandes, einen deutschen Volkskrieg in des Wortes edelster Bedeutung."* (Hervorhebungen im Original). Vgl. außerdem BC, in BLZ 169/I/21. Juli 1870; BLZ 178/I/31. Juli 1870: Der Süden; Aufruf des Vorstands der Nationalliberalen Partei, Berlin, 15. Juli 1870: An das deutsche Volk!, abgedruckt in BLZ 168/20. Juli 1870. Zur Position der Katholischen Volkspartei siehe den "Badischen Beobachter" (169/23. Juli 1870), der versicherte, auch wenn man beklage, *"daß zwei edlen Nationen der Krieg aufgezwungen wurde"*, stehe man *"keinem Lande und keiner Partei nach an Hingebung und Opferwilligkeit für die deutsche Sache"*.

[456] BC: Der Preis des Sieges, in BLZ 179/1. Aug. 1870.

Bereits seit Jahrzehnten hätten die Deutschen im Zollverein die materiellen Vorteile eines großen nationalen Staates zu schätzen gelernt, so hieß es weiter, und inzwischen werde die vollständige Einigung Deutschlands als eine *"unabwendbare Nothwendigkeit"* empfunden.

Mit den ersten deutschen Siegesmeldungen Anfang August trat für die badischen Nationalliberalen auch die Frage nach der Zukunft des Elsaß und Deutsch-Lothringens in den Vordergrund, wobei sie sich entschieden für eine Annexion dieser Provinzen aussprachen und bereits klare Vorstellungen über deren zukünftigen Status besaßen.[457] Ein Anstoß ging von einem Schreiben des Führers der Deutschen Partei in Württemberg, Julius Hölder, vom 12. August aus, in dem er bei Kiefer nachfragte, welche Erwartungen die badischen Nationalliberalen, insbesondere in territorialer Hinsicht, mit einem deutschen Sieg verbinden würden.[458] Das Landeskomitee der Deutschen Partei sei einstimmig der Ansicht, so fügte er hinzu, daß Deutschland seine früheren Provinzen Elsaß und Lothringen als Entschädigung für die schweren Opfer zurückerhalten müsse. Im Namen der badischen Nationalliberalen formulierte Kiefer in seinem Antwortschreiben vom 19. August zwei Kriegsziele: *"die staatliche Einheit der Nation und ein sichernder Abschluß der Grenze gegen Frankreich, erreicht durch Zurücknahme des Elsaßes und eines entsprechenden Theiles von Lothringen"*.[459] Zwischen der Einheits- und der Grenzfrage sah der badische Parteiführer einen direkten Zusammenhang und meinte, mit dem Erwerb dieser Provinzen biete sich die unvergleichliche Möglichkeit, Nord- und Süddeutschland auch territorial eng miteinander zu verklammern, indem man Elsaß und Lothringen nicht einem Mittelstaat, sondern Preußen zuspreche. Dadurch wäre Bayern nicht länger ein Grenzstaat, sondern würde von Preußen umfaßt werden, was die Lösung der deutschen Frage bedeutend erleichterte. Dagegen sähe er es, besonders in politischer Hinsicht, als äußerst nachteilig an, so unterstrich Kiefer, wenn Bayern seine süddeutsche Stellung durch diese Gebiete weiter verstärken könnte. Mit Nachdruck wies er auf die Notwendigkeit hin, vor der definitiven Entscheidung des Krieges mit äußerster Zurück-

---

457 Vgl. zum Folgenden Josef BECKER, Baden, Bismarck und die Annexion von Elsaß und Lothringen. Mit einem dokumentarischen Anhang, in; ZGO 115 (1967), S. 167-204; Lothar GALL, Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 206 (1968), S. 265-326; DERS., Liberalismus, S. 485-492; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 70-75; MOMMSEN, Ringen, S. 233f.

458 Gleichlautend mit dem Brief: Hölder an Lasker, 12. Aug. 1870, Aus Eduard Laskers Nachlaß. Sein Briefwechsel aus den Jahren 1870/71, in: Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart 17 (1892), H. 2, S. 49-51.

459 Kiefer an Hölder, 19. Aug. 1870, EBD., S. 56f. (Hervorhebungen im Original).

haltung vorzugehen und in der Presse die Forderung nach der Annexion von Elsaß und Lothringen zu stellen, aber nicht auf die zukünftige staatsrechtliche Stellung dieser Gebiete einzugehen. Bei einer Besprechung von Kiefer und Eckhard mit Ministerpräsident Jolly, Mitte August, wurde deutlich, daß sich die Standpunkte der Nationalliberalen und der Regierung in der Einheits- und Annexionsfrage deckten.[460] Auch Jolly sah die Annexion von Elsaß und Lothringen für die Sicherheit Deutschlands als unerläßlich an und hielt ihre Angliederung an Preußen für die beste Lösung.

In der zweiten Augusthälfte setzte in der liberalen Presse Badens eine intensive Kampagne für die Annexion von Elsaß und Lothringen ein. So stellte die "Badische Correspondenz" Ende August fest, Frankreich habe in seiner auswärtigen Politik gegenüber Deutschland seit sechs Jahrhunderten zwei Hautgrundsätze verfolgt, nämlich zum einen das französische Staatsgebiet bis zum Rhein auszudehnen und zum anderen die Spaltung Deutschlands zu fördern.[461] Aus der Tatsache, daß jeder Krieg, der die Eroberung der Rheingrenze und die Spaltung Deutschlands zum Ziel habe, in Frankreich populär sei, müsse man schließen, daß Frankreich der Feind der Deutschen sei, so hieß es weiter. Um die Gefahr eines erneuten französischen Einfalls zu verhindern, sei Deutschland auf einen Schutz angewiesen, und dieser könne nur in der *"Losreißung der deutschen Provinzen Frankreichs"* bestehen. Durch die Abtretung von Elsaß und Lothringen werde der westliche Nachbar außerdem entscheidend geschwächt, so wurde argumentiert, denn die Grenzprovinzen würden die besten Soldaten, die meisten Vorräte und die bedeutendsten finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. In Übereinstimmung mit Kiefers Empfehlung vermied es die "Correspondenz", sich über die zukünftige Gestaltung der beiden Provinzen auszusprechen.

Nachdem die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet hatte, in Berlin werde darüber nachgedacht, wie der Süden für seine Bundestreue belohnt werden könne, begannen in der Öffentlichkeit Diskussionen darüber, ob Elsaß und Lothringen an Preußen oder an den Süden fallen sollten bzw. wie sie unter den süddeutschen Staaten aufzuteilen wären. Mit Entschiedenheit trat die nationalliberale "Correspondenz" diesen Spekulationen entgegen und erklärte, man müsse unter

---

[460] GALL, Liberalismus, S. 488. Zu Baumgartens Position siehe Baumgarten an von Sybel, 11. Aug. u. 22. Sept. 1870, Deutscher Liberalismus, Bd. 1, S. 474f. u. 478f.; Baumgarten an von Treitschke, 18. Aug. 1870, EBD., S. 477.

[461] BC: Wer ist unser Gegner?, in BLZ 203/I/27. Aug. 1870 (Hervorhebung im Original). Vgl. dazu auch BLZ 196/I/19. Aug. 1870: Wie Elsaß französisch wurde; BLZ 196/II/19. Aug. 1870: Das Elsaß; BLZ 216/I/11. Sept. 1870: Elsaß und Lothringen.

allen Umständen vermeiden, diese Frage zu einem *"verhängnißvollen Streitapfel"* zu machen, denn entscheidend sei nicht, welcher deutsche Staat die Provinzen erhalte, sondern daß diese Gebiete überhaupt wieder zu Deutschland gehören würden.[462] Zwar bemerkte das nationalliberale Organ, daß Preußen am besten in der Lage wäre, die Provinzen zu verwalten, doch vermied es auch weiterhin eine definitive Festlegung. Ende Oktober sah sich die "Badische Correspondenz" veranlaßt, auf den Vorschlag des ultramontanen "Pfälzer Bote" einzugehen, der das obere Elsaß für Baden beanspruchen wollte.[463] Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten, welche die Integration des oberen Elsaß in einen verhältnismäßig kleinen Staat wie Baden verursachen würde, sprach sich das nationalliberale Organ gegen diesen Plan und für die direkte Unterstellung unter die Bundesgewalt aus. Allerdings gab es vom nationalliberalen Standpunkt gesehen ein weiteres zentrales Argument gegen den Erwerb des Elsaß: Die positive innere Entwicklung Badens wäre gefährdet, wenn mindestens ein Drittel *"widerborstige(n) Elsässer(n)"* in der Zweiten Kammer säßen, so behauptete die "Correspondenz" und dachte dabei daran, daß das katholische Elsaß die Position der Katholischen Volkspartei erheblich stärken und damit die Mehrheitsverhältnisse in der Zweiten badischen Kammer grundlegend verändern würde.

In einem Schreiben an den württembergischen Parteiführer Julius Hölder schilderte Kiefer Mitte August seine Vorstellungen, wie die badischen Nationalliberalen für ihre deutschlandpolitischen Ziele wirken könnten.[464] Da in der Bevölkerung wegen der militärischen Erfolge eine nationale Euphorie herrsche, sei die Situation äußerst günstig, so erkannte Kiefer, um Volksdemonstrationen zu organisieren, die in der *"wuchtigsten und großartigsten Weise"* ablaufen sollten und den Zweck haben müßten, *"mit allen Kunstmitteln der Agitation die große Stimmung zu benützen und auf das äußerste zu steigern"*. Außerdem kündigte der Parteiführer an, daß die badischen Nationalliberalen in der Zweiten Kammer *"mit der schärfsten Ausprägung des nationalen Programms"* die Forderung nach der sofortigen Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund stellen und diese Forderung anschließend Bismarck überreichen würden. Ende August beriet der Geschäftsführende Ausschuß der

---

462 BC: Zum innern Frieden, in BLZ 205/I/30. Aug. 1870.

463 BC: Baden und Elsaß, in BLZ 254/II/26. Okt. 1870.

464 Kiefer an Hölder, 19. Aug. 1870, Aus Eduard Laskers Nachlaß, H. 2, S. 56f. Lasker, dem Hölder eine Abschrift von Kiefers Brief zukommen ließ, zeigte sich über die entschlossene Haltung der badischen Nationalliberalen hoch erfreut und meinte, sie seien *"unter allen schwankenden Möglichkeiten der einzig feste Halt, welcher die Zukunft sichert"*. (Lasker an Kiefer, 28. Aug. 1870, EBD., S. 63f.)

Nationalliberalen Partei über Kiefers Pläne und faßte den Beschluß, in den größeren Städten des Landes Versammlungen abzuhalten, in denen Resolutionen verabschiedet werden sollten.[465] Die Parteiführung verfolgte damit eine doppelte Absicht: Einmal wollte sie in der Bevölkerung für ihre beiden zentralen Kriegsziele - die Einheit Deutschlands und die Annexion von Elsaß und Lothringen - werben, darüber hinaus erkannte sie aber auch die günstige Gelegenheit, um auf der Welle der nationalen Begeisterung die gefährdete Stellung der Nationalliberalen zu stabilisieren. Aus diesem Grund sollte besonders darauf geachtet werden, mit den Versammlungen auch Anhänger anderer Parteien, vor allem der Demokraten, anzusprechen, um *"der nationalen Partei eine Menge bisher Schwankender und unklarer Leute unter den großen Eindrüc??ken der Ereignisse der letzten Wochen zu erwerben"*, wie Kiefer die Absicht unmißverständlich formulierte. Diese Strategie war offensichtlich auf diejenigen berechnet, die wegen der geringen Aussichten auf eine Lösung der deutschen Frage in den zurückliegenden Monaten von den Nationalliberalen in das Lager der Demokraten oder der Katholischen Volkspartei abgewandert waren.

Nach dem entscheidenden Sieg des deutschen Heeres Anfang September bei Sedan hielten die Nationalliberalen den Zeitpunkt für gekommen, mit der Kampagne einzusetzen.[466] Eine Volksversammlung in Mannheim am 4. September[467] bildete den Auftakt für eine Veranstaltungsreihe in den größeren badischen Städten, unter anderem in Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim, Konstanz, Offenburg, Lahr und Lörrach. Die zwischen 1600 und 2000 Besucher der Mannheimer Versammlung, die offenbar nicht nur aus dem nationalliberalen Lager stammten, verabschiedeten eine von Kiefer verfaßte Resolution, welche die folgenden Forderungen enthielt: Erstens aus dem Krieg müsse *"die Einigung Nord- und Süddeutschlands in einem bundestaatlichen, mit gemeinsamer Volksvertretung ausgestatteten Reich, dessen oberstes Haupt der König von Preußen ist"* hervorgehen; zweitens an der Annexion von Elsaß und Lothringen sei festzuhalten; drittens jede Einmischung des Auslandes müsse zurückgewiesen werden.[468] Da die Versammlung auf die Gewinnung von Sympathisanten anderer Parteien abzielte, vermied man es bewußt, in der Entschließung näher auf die Verfassung des künftigen gesamtdeutschen

---

[465] Vgl. zum Folgenden Kiefer an Lasker, 2. Sept. 1870, EBD., S. 170-173.

[466] Vgl. EBD.

[467] Dazu BC: Die Volksversammlung zu Mannheim am 4. September, in BLZ 212/II/7. Sept. 1870; BLZ 211/I/6. Sept. u. 212/I/7. Sept. 1870.

[468] Resolution abgedruckt in BLZ 211/I/6. Sept. 1870.

Staates und auf die Stellung der Provinzen Elsaß und Lothringen einzugehen. Beabsichtigt war, die Resolution in der liberalen Presse zu veröffentlichen und gleichzeitig auf dem Land in Form eines Flugblatts zu verbreiten. Die Mannheimer Auftaktveranstaltung scheint ein großer Erfolg gewesen zu sein, denn ein Korrespondent der "Badischen Landeszeitung" gab seinen Eindruck wieder, daß die Reden Lameys und Kiefers so *"zündend"* gewirkt hätten, wie er es in Mannheim noch nie erlebt habe, und sah darin einen Beweis, daß die Verhältnisse *"auch den Ruhigsten empfänglich gemacht [hätten] für die Sache des Vaterlands"*.[469]

Ende August arbeitete Ministerpräsident Jolly eine Denkschrift aus, in der er Bismarck detaillierte Vorschläge zur Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund, zur Erneuerung des Kaisertums und zur Annexion von Elsaß und Lothringen unterbreitete.[470] Jedoch nahm der Bundeskanzler in seiner Antwort nur zu Jollys Vorstellungen über die Gestaltung von Elsaß und Lothringen Stellung und äußerte die Bitte, Einfluß auf Bayern zu nehmen. Als Bismarck Ende September mitteilte, daß der Zeitpunkt für einen Aufnahmeantrag des Großherzogtums günstig sei, weil man auf diese Weise Druck auf die Verhandlungen mit Bayern ausüben könne, kam die badische Regierung dieser Anregung unverzüglich nach. Bereits am 20. Oktober reisten Jolly und von Freydorf als badische Vertreter zu Verhandlungen in das deutsche Hauptquartier nach Versailles und gelangten mit dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Delbrück, rasch zu einer Einigung, da sie - im Gegensatz zu Bayern und Württemberg - darauf verzichteten, weitergehende Sonderrechte für Baden zu beanspruchen. Der am 13. November unterzeichnete Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bund und Baden sah vor, einen Deutschen Bund auf der Grundlage der bestehenden Verfassung des Norddeutschen Bundes zu schaffen, die Konstitution den badischen Kammern zur Zustimmung vorzulegen und diese am 1. Januar 1871 in Kraft treten zu lassen.[471] Zwar nahmen die Gespräche über die Militärkonvention einen schwierigeren Verlauf, da die badischen Vertreter sich für

---

[469] BLZ 212/I/7. Sept. 1870.

[470] Siehe zum Folgenden FENSKE, Baden 1860-1918, S. 162f.

[471] Bundesvertrag mit Baden und Hessen vom 15. November 1870, abgedruckt in Ernst Rudolf HUBER (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1918, 2., erweiterte Aufl., Stuttgart 1964, S. 258-260.

eine größere Einheitlichkeit im militärischen Bereich aussprachen, doch konnten sie im November ebenfalls erfolgreich abgeschlossen werden.[472]

Da der Zusammenschluß Badens mit dem Norddeutschen Bund Aufgabe der badischen Regierung war und die Nationalliberalen mit deren Vorgehen übereinstimmten, beschränkten sie sich auf gelegentliche Einflußnahmen. So forderten Kiefer, Eckhard und Lamey, unterstützt durch die norddeutschen Nationalliberalen Lasker, Bennigsen[473] und von Forckenbeck, Mitte September in einer Besprechung mit Jolly, die nationale Einigung dürfe nicht durch weitergehende Reformforderungen verzögert oder sogar gefährdet werden.[474] In gleicher Richtung argumentierte die "Badische Correspondenz", die Bedingungen für einen Eintritt in den Norddeutschen Bund als eine unnötige Belastung bezeichnete.[475] Nach der Vollendung der deutschen Einheit sei es die Aufgabe des Reichstags, die Verfassung in freiheitlichem Sinne auszubauen, so erklärte sie. In der vertraulichen Korrespondenz zwischen den Nationalliberalen kommt allerdings deutlich zum Ausdruck, daß der Verzicht auf liberale Reformforderungen, insbesondere für den linken Parteiflügel, ein großes Opfer bedeutete, zu dem man aber bereit war, um die Verwirklichung des in greifbare Nähe gerückten Ziels nicht zu erschweren. So bedauerte Kiefer gegenüber Lasker, daß Baden in Bezug auf Presse und Vereine eine *"freiheitliche Einbuße"* erleiden werde, erkannte allerdings an, daß diese Bereiche eine so zentrale Bedeutung besäßen, daß sie in die Zuständigkeit des Bundes fallen müßten.[476] Gleichzeitig zeigte sich Kiefer optimistisch, daß *"eine allmählige Entwicklung dieser Dinge im Geiste eines liberalen Staatswesens"* zu erwarten sei.

---

[472] Militärkonvention zwischen dem Norddeutschen Bund und Baden vom 25. November 1870, abgedruckt in EBD., S. 261-264.

[473] Karl Wilhelm Rudolf von Bennigsen (1824-1902):

Führer der Nationalliberalen Partei in Preußen und im Reich, 1859-67 Mitbegründer und Vorsitzender des Nationalvereins, 1867-83 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1867-83 u. 87-98 MdR u. Fraktionsvorsitzender, 1873-79 Reichstagspräsident. Vgl.: Der Nationalliberalismus in seiner Epoche. Rudolf von Bennigsen. Gedenkschrift anläßlich der Gründung der Rudolf von Bennigsen-Stiftung, Baden-Baden 1981; Hermann ONCKEN, Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, Bd. 1: Bis zum Jahre 1866, Bd. 2: Von 1867 bis 1902, Stuttgart/Leipzig 1910; NDB 2, S. 50-52.

[474] GALL, Liberalismus, S. 484.

[475] BC: Badens Stellung zum nationalen Einigungswerke, in BLZ 243/I/13. Okt. 1870. Siehe auch BC: Die Verfassung des deutschen Bundes, in BLZ 287/3. Dez. 1870.

[476] Kiefer an Lasker, 25. Nov. 1870, Aus Eduard Laskers Nachlaß, H. 3, S. 286f.

Vor der Beratung der Einigungsverträge im badischen Landtag, Mitte Dezember, rätselte die "Badische Landeszeitung", wie die Ultramontanen und die Demokraten auf die *"Zertrümmerung ihrer geheimen Hoffnungen"* reagieren würden.[477] Als Sprecher der Katholischen Volkspartei wies Reinhold Baumstark in seiner Rede vor der Zweiten Kammer zunächst auf die in der Vergangenheit bestehende Alternative hin, sich entweder für einen föderativen Aufbau Deutschlands unter österreichischer Führung oder aber für eine unitarische Struktur unter preußischer Leitung zu entscheiden.[478] Die Katholische Volkspartei habe die erste Möglichkeit gewählt und an ihr solange wie möglich festgehalten, versicherte Baumstark, und machte dann folgendes Eingeständnis:

> *Jetzt, aber auch erst jetzt, ist unser politisches Prinzip in der deutschen Frage besiegt. Wir sind besiegt, aber nicht weil Frankreich besiegt ist, sondern deßhalb, weil Oesterreich nicht mit uns gegen Frankreich gesiegt hat. Von jetzt an muß ich mich also bei Beurtheilung der uns vorgelegten Verträge im Wesentlichen auf den Standpunkt meiner bisherigen Gegner stellen.*

Anschließend brachte Baumstark eine Reihe von Kritikpunkten an den Verträgen vor, insbesondere die Tatsache, daß die Stellung der katholischen Kirche im Staat nicht durch Bundesrecht geregelt sei. Trotzdem würden die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei den beiden Einigungsverträgen geschlossen zustimmen, so kündigte er an, da sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und zukünftig als loyale Bürger am Ausbau des Deutschen Reiches mitarbeiten wollten. Um ihren aufsehenerregenden Stimmungsumschwung zu rechtfertigen, legten die vier Abgeordneten der Katholischen Volkspartei - Baumstark, Lindau, Lender und Bissing - in einer vom "Badischen Beobachter" veröffentlichten Erklärung nochmals ihre Motive dar: Erstens die Rücksicht auf das Vaterland, das sich in einem schweren Krieg befinde; zweitens die Erkenntnis, daß Baden kein politisches Einzeldasein führen könne und eine bessere Form der Vereinigung mit den anderen deutschen Staaten nicht mehr zu erwarten sei.[479] Gleichzeitig versicherten die

---

[477] BLZ 295/13. Dez. 1870.

[478] Rede nach BB 295/18. Dez. 1870. Vgl. Verhandlungen 1870, II. Kammer, Prot.-H., S. 4-28; außerdem BC, in BLZ 295/13. Dez. 1870 u. BLZ 297/15. Dez. 1870: Zur Tagesfrage. Zur Position der Katholischen Volkspartei siehe WINDELL, S. 264f.; GENZ, S. 91-95; BACHEM, Bd. 4, S. 358-361.

[479] An unsere Gesinnungsgenossen!, Karlsruhe, 21. Dez. 1870, abgedruckt in BB 298/22. Dez. 1870. Vorbereitet wurde die Zustimmung der Katholischen Volkspartei durch eine Ende September 1870 erschienene Schrift von Reinhold Baumstark (Die katholische Volkspartei in Baden und ihr Verhältniß zum Kriege gegen Frankreich, Freiburg 1870), in der er sich für eine Einigung unter preußischer Führung aussprach, auch wenn er diese Position ausdrücklich als seine Privatmeinung bezeichnete. Vgl. zur Wende der

Abgeordneten, sich zukünftig, in Verbindung mit der gesamtdeutschen katholischen Partei, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Grundsätze einsetzen zu wollen.

Auch der Demokrat von Feder gestand in der Landtagssitzung ein, daß die überwiegende Mehrheit der badischen Bevölkerung die Einheit Deutschlands wünsche und daß seine Bedenken in freiheitlicher Hinsicht nicht mehr so schwerwiegend seien, da er den Reichstag als eine Sicherheit gegen rückschrittliche Tendenzen betrachte.[480] Aus diesen Gründen werde er dem Einigungsvertrag zustimmen, so erklärte von Feder, sich bei der Abstimmung über die Militärkonvention allerdings enthalten, da er deren Konsequenzen nicht abschätzen könne. Für die nationalliberale Fraktion unterstrich Eckhard die außerordentliche Bedeutung der Verträge, denn mit ihnen werde der Grundstein für ein großes und mächtiges Deutsches Reich gelegt.[481] Allerdings äußerte der nationalliberale Vertreter aber auch einige Vorbehalte gegen die Verfassung, die mehrere wünschenswerte Punkte vermissen lasse, doch drückte er gleichzeitig seine Hoffnung aus, daß nach der Vollendung der politischen Einigung *"auch die Freiheit ihren Einzug in's deutsche Reich halten werde"*. Der Verfassungsvertrag wurde von der Zweiten Kammer einstimmig und die Militärkonvention gegen eine Stimme angenommen.[482]

Nachdem mit dem Inkrafttreten der Einigungsverträge zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bund am 1. Januar 1871 das Deutsche Reich formal geschaffen war, folgte am 18. Januar der symbolische Schlußakt der Reichsgründung, die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser in Versailles. Einer der entschiedensten Vertreter der kleindeutschen Lösung unter den badischen Nationalliberalen, Johann Caspar Bluntschli, faßte seine Empfindungen rückblickend so zusammen: *"Ich aber dankte Gott, dass er mir vergönnt habe, im Alter noch die Hoffnungen der Jugend erfüllt zu sehen. Mein politischer*

Katholischen Volkspartei außerdem BB 240/14. Okt. 1870: Die katholische Volkspartei in Baden und ihr Verhältniß zum Kriege gegen Frankreich; BB 247/22. Okt., 299/23. Dez. u. 305/31. Dez. 1870.

480 Von Feders Rede in BLZ 300/III/18. Dez. 1870.

481 Eckhards Rede in BLZ 300/I/18. Dez. 1870 (Hervorhebung im Original). Über die Haltung des nationalliberalen Führungskreises zu den Verträgen siehe Kiefers Schreiben an Lasker vom 6. Dezember 1870, in dem er feststellte: *"Mit Jollys Abmachungen, die ja natürlich auch theilweise durch die Mitunterhandelnden verschlechtert sind, sind wir zufrieden... Die Militärconvention wird manchem ländlichen Abgeordneten auch etwas stark preußisch angestrichen vorkommen. Allein wir werden sie durchsetzen."* (Aus Eduard Laskers Nachlaß, H. 4, S. 60-62, Hervorhebungen im Original)

482 Vgl. auch Kiefers Telegramm an Lasker, 16. Dez. 1870, Aus Eduard Laskers Nachlaß, H. 4, S. 70; BLZ 302/I/21. Dez. 1870.

Ehrgeiz war befriedigt. Ich hatte das Grösste erlebt."[483] Die nationale Begeisterung kommt auch in den Worten eines Korrespondenten der "Badischen Landeszeitung" zum Ausdruck:

> *So wäre denn unser glühendster Wunsch erfüllt: unser Bund ist von Fürsten und Landständen rechtskräftig besiegelt, wir sind von nun an und - so Gott will - auf immerdar ein einig Volk unter einem Fürsten... Schönere Tage als die jetzigen hat Deutschland nie gesehen; die edelsten Geister, die besten Söhne Deutschlands haben sich darnach gesehnt, aber sie haben dieselben nicht erlebt: glücklich, dreimal glücklich Die, welche sie erlebt haben...*[484]

Die Reichsgründung bedeutete für die badischen Nationalliberalen die Verwirklichung eines ihrer Hauptziele, das sie seit Jahrzehnten verfolgt hatten. Als sich mit dem Kriegsausbruch im Sommer 1870 die Möglichkeit abzeichnete, die deutsche Einheit zu erreichen, räumten die Nationalliberalen diesem Ziel absolute Priorität ein und folgten, wie auch Großherzog Friedrich I. und die badische Regierung, der Führung Bismarcks. Dabei waren sie bereit, in der Verfassungsfrage auf elementare liberale Grundsätze zu verzichten in der Hoffnung, daß nach der Vollendung der Einheit auch auf diesem Gebiet eine Fortentwicklung möglich sein werde. Gefördert durch die Grenzlage des Großherzogtums, sahen die badischen Nationalliberalen seit Beginn des Kriegs, neben der deutschen Einheit, die Annexion von Elsaß und Lothringen als das zweite zentrale Ziel an. Zwar waren ihre Möglichkeiten, auf die weitere Entwicklung Einfluß zu nehmen, äußerst begrenzt, doch unternahmen sie Anstrengungen, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen und wirkten auf die Regierung Jolly ein, sofern dies wegen der Übereinstimmung der Positionen überhaupt notwendig erschien. Die unverhoffte deutschlandpolitische Entwicklung eröffnete der regierenden Partei einen Ausweg aus ihrer schwierigen Lage, und darüber hinaus unternahm sie auch gezielt den Versuch, die nationale Begeisterung zu nutzen, um aus dem Lager der politischen Gegner neue Anhänger zu gewinnen. Jedoch führte diese Strategie keineswegs zu der erhofften längerfristigen Stärkung: Während die Nationalliberalen nämlich bei den Landtagswahlen der folgenden Jahre etliche

---

[483] BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 268.

[484] BLZ 19/I/22. Jan. 1871 (Hervorhebung im Original). Dazu auch BLZ 17/I/20. Jan. 1871: Die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde.

Mandate verloren, gewannen die Demokraten leicht hinzu, und die Katholische Volkspartei konnte ihre Position sogar erheblich ausbauen.[485]

Aus der Reichsgründung ergaben sich auch für den badischen Nationalliberalismus Konsequenzen, denn da ein großer Teil der Führungspersönlichkeiten - Kiefer, Eckhard, Lamey, Kirsner, Fauler und Paravicini - in der ersten Legislaturperiode von 1871 bis 1873 dem Reichstag angehörte, war eine vorübergehende Schwächung der nationalliberalen Stellung in der Zweiten badischen Kammer die Folge. Auf eine weitere Auswirkung hatte bereits Eckhard in seiner Landtagsrede vom Dezember 1870 aufmerksam gemacht: *"Obwohl wir ein Staat bleiben werden, wird doch Mancherlei einen provinziellen Karakter annehmen."*[486] Auch der badische Landtag müsse eine Reihe von Kompetenzen abgeben und werde an Bedeutung verlieren, so bedauerte Eckhard, doch blieben ausreichend Aufgaben übrig, denn die badische Bevölkerung habe noch eine große Zahl an Wünschen, insbesondere in materieller und kulturpolitischer Hinsicht - mit dem letzten Punkt sprach er bereits die Frage an, die sich in den folgenden Jahren zum zentralen innenpolitischen Konfliktstoff in Baden entwickelte.

---

[485] Vgl. Anhang 1. In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich das allgemeine und geheime Wahlrecht, das erstmals bei den Landtagswahlen 1871 galt, zuungunsten der Nationalliberalen auswirkte.

[486] Eckhards Rede in BLZ 300/I/18. Dez. 1870.

Kapitel 4: Der Höhepunkt des Kulturkampfes 1873-1876

1. Entwicklungslinien des Kulturkampfes 1867-1872

Das Großherzogtum Baden und der badische Liberalismus übernahmen bei der Aufnahme und Führung des Kulturkampfes eine Vorreiterrolle in Deutschland.[487] Die badischen Gesetze der Jahre 1867 bis 1872 dienten Preußen und dem Reich, die erst zu Beginn der siebziger Jahre die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche aufnahmen, als Orientierung. Beim Kulturkampf handelte es sich zunächst um eine grundlegende Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Sinne einer neuen Abgrenzung oder völligen Trennung, im Kern ging es aber um die politisch-soziale Machtfrage, nämlich um die Durchsetzung der vollen Souveränität des bürgerlichen Nationalstaats. Diese Forderung ergab sich aus dem liberalen Staatsbegriff, nach dem der Staat, wie Jolly es formulierte, im *"Besitz der Souveränität, der obersten rechtlich... nicht beschränkten Gewalt, welcher alles... unterworfen ist"*[488], war. Die Heftigkeit des Zusammenstoßes resultierte aus dem von den Liberalen beanspruchten Weltanschauungsmonopol mit den zentralen Werten Wissenschaft und Bildung, das die katholische Kirche mit Entschiedenheit ablehnte, und wurde in Baden durch die wirtschaftlich-sozialen Gegensätze zwischen den protestantisch-liberalen städtischen Bevölkerungsschichten und der agrarisch-kleinbürgerlichen Bevölkerungsmehrheit der Katholiken weiter verstärkt.

---

[487] Im Folgenden werden unter dem Terminus "Kulturkampf" - im Anschluß an BECKER, Liberaler Staat, S. 6f. und im Gegensatz zu STADELHOFER, S. 1 - nicht nur die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche seit den 1870er Jahren, sondern bereits die Konflikte in den 1860er Jahren verstanden. Vgl. zum Kulturkampf in Deutschland: Erich SCHMIDT-VOLKMAR, Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1962; Georg FRANZ, Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes, München o. J. [1954]; LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 180-187; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 364-381; MOMMSEN, Ringen, S. 405-446; WEHLER, S. 892-902. Siehe zum badischen Kulturkampf in den Jahren 1867 bis 1872: BECKER, Liberaler Staat, S. 236-325; DERS., Kulturkampf, S. 88f. u. 95f.; GALL, Liberalismus, S. 408f., 412f., 461f.; DERS., Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes, in: ZGO 113 (1965), S. 151-196; FÄRBER, S. 286-327; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 169-173; DERS., Südwesten, S. 132f., 162f.; STADELHOFER, S. 8f., 17f., 21; ROTHMUND, Liberale Ära, S. 88; BACHEM, Bd. 2, S. 314-318 u. Bd. 4, S. 369-372.

[488] Julius JOLLY, Die badischen Gesetzentwürfe über die kirchlichen Verhältnisse, Karlsruhe 1860, S. 4.

Nachdem die Kulturpolitik wegen des Deutschen Krieges von 1866 in Baden vollständig in den Hintergrund getreten war, ergriff Innenminister Jolly im Frühjahr 1867 die Initiative und leitete dem Erzbischöflichen Ordinariat sowie dem Evangelischen Oberkirchenrat den Entwurf einer Verordnung über die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen zu. Die Einführung eines Kulturexamens war zwar gelegentlich von liberaler Seite gefordert worden, beispielsweise von Bluntschli im März 1866 in der Ersten Kammer,[489] doch ging diese Maßnahme hauptsächlich von Jolly aus und ist somit ein Beleg für dessen stark ausgeprägte kulturkämpferische Tendenz. Der Entwurf sah vor, daß die evangelischen und katholischen Theologen, bis spätestens eineinhalb Jahre nach dem Verlassen der Universität, vor einer vom Innenminister ernannten Kommission ihre Kenntnisse unter anderem in Philosophie, neuerer deutscher Literatur und Geschichte, insbesondere der deutschen Entwicklung seit dem 16. Jahrhundert, nachweisen sollten. Als Prüfungsvoraussetzungen verlangte der Entwurf ein mindestens dreijähriges Universitätsstudium und den Besuch bestimmter Lehrveranstaltungen aus dem Bereich der Philosophischen Fakultäten. Wer die Prüfung nicht bestand, sollte von der Zulassung zu einem kirchlichen Amt ausgeschlossen werden; allerdings war für die Theologen, die zwischen 1862 und 1867 ihr Studium abgeschlossen hatten, eine Übergangsbestimmung vorgesehen, nach der sie sich von dem Examen befreien lassen konnten.

Jolly ging von der Überlegung aus, daß die Geistlichen durch die Erteilung des Religionsunterrichts in der Volksschule und durch ihre gesamte Amtstätigkeit - insbesondere in den ländlichen Regionen, in denen die überwiegende Mehrheit der badischen Bevölkerung lebte - bei der Erziehung und Bildung der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielten. Aus diesem Grund hielt er es für notwendig, die jungen Theologen mit den Bildungsinhalten des deutschen Idealismus und Neuhumanismus vertraut zu machen, sie *"durch die Beeinflussung ihres wissenschaftlichen Studiums deutsch [zu] machen"*[490]. Darin sah Jolly auf längere Sicht das entscheidende Instrument, um den Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche zu beenden, und aus diesem Grund setzte er, trotz erheblicher Bedenken von Justizminister von Stabel und des angekündigten Widerstands des Freiburger Ordinariats, die Verordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1868 in Kraft.[491]

---

[489] Verhandlungen 1865/67, I. Kammer, Prot.-H., S. 34 u. 39.

[490] BAUMGARTEN/JOLLY, S. 110.

[491] Verordnung, die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen betreffend, v. 6. Sept. 1867, Reg-Bl 1867, S. 343-345.

Aus der Anordnung Erzbischof Hermann von Vicaris, daß sich die Geistlichen und Kandidaten seines Amtsbereichs nicht an der Prüfung beteiligen oder sich von ihr befreien lassen durften, ergaben sich schwerwiegende Konsequenzen, denn da die jungen Kleriker den Examensboykott strikt befolgten,[492] konnten freie Pfarrstellen zukünftig lediglich mit Verwesern besetzt werden, die nur eine geringe Bezahlung erhielten. Die Folgen waren eine erhebliche Beeinträchtigung der Seelsorge und ein rapide nachlassendes Interesse am Theologiestudium, womit der katholischen Opposition gewichtige Argumente gegen die liberale Kulturpolitik geliefert wurden. Allerdings stieß das Kulturexamen auch bei einem Teil der Liberalen auf große Zurückhaltung und rief bei einzelnen sogar heftige Kritik hervor: So distanzierte sich Lamey in der Adreßdebatte der Zweiten Kammer ausdrücklich von der Verordnung[493] und nannte sie auf der Herbstsitzung des Synodalausschusses der evangelisch-protestantischen Landeskirche, wie Adolf Hausrath berichtet, *"einen Akt staatlichen Wahnsinns und goß die Schale seines Zorns über diese doktrinären Experimente aus, über dieses vom Zaun brechen eines völlig aussichtslosen neuen Kirchenstreites"*[494]. In gleicher Richtung äußerte sich Robert von Mohl, der bemerkte, die badische Regierung habe mit der katholischen Kirche in *"der dummsten Weise einen Streit angefangen, den man in der Sache nicht gewinnen kann und der eben itzt so unnötig als möglich war"*.[495]

Neben dem Kulturexamen nahm die Regierung im Jahr 1867 auch die Frage der Volksschulreform wieder auf und legte den Kammern einen Gesetzentwurf vor, der sich an Knies "44 Thesen" von 1863 orientierte und weitgehend mit der Vorlage Lameys von 1865 identisch war.[496] Der Entwurf erkannte zwar die Vorrangstellung der Konfessionsschule mit der Begründung an, daß sie dem Willen der Bevölkerungsmehrheit offenbar entspreche und auch die pädagogisch überlegene Schulform darstelle, sah unter bestimmten Bedingungen allerdings auch die Einführung der fakultativen Simultanschule vor. Außerdem war beabsichtigt, die niederen Kirchendienste vom Schulamt zu trennen und den Kirchen bei der Anstellung der Lehrer zukünftig keine Mitwirkungsrechte mehr einzuräumen. Wegen der geschickten

---

[492] Während der gesamten Geltungsdauer der Verordnung legten lediglich zwei katholische Theologen das Kulturexamen ab.

[493] Verhandlungen 1867/68, II. Kammer, Prot-H., Anh., S. 35.

[494] HAUSRATH, Jolly, S. 159.

[495] Robert von Mohl an seine Frau, 24. Sept. 1867, Landesbibliothek Stuttgart, Nachlaß Robert von Mohl (Hervorhebung im Original), zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 242, Anm. 31.

[496] Siehe zum Schulkonflikt von 1863 bis 1866 Kapitel 1.3.

Taktik Jollys änderte sich in den Beratungen der Ersten und Zweiten Kammer an den grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs nichts Wesentliches, doch konnte die liberale Fraktion einige verschärfende Detailänderungen durchsetzen.[497] So waren nach der endgültigen Gesetzesfassung sowohl der Gemeinderat als auch jeder Ortsschulrat ermächtigt, den Antrag auf Errichtung einer Simultanschule zu stellen, und als Stimmenlimit reichte nun die einfache Mehrheit der Mitglieder der Schulgemeinde aus. Anfang Februar 1868 wurde das Gesetz mit jeweils drei Gegenstimmen von beiden Kammern angenommen.[498]

Während sich die protestantische Kirchenleitung trotz einiger Vorbehalte mit dem Schulgesetz einverstanden erklärte, legte Erzbischof von Vicari feierlichen Protest ein und hielt auch weiterhin an seinem Verbot für die Geistlichen fest, in die Ortsschulräte einzutreten. Nach von Vicaris Tod im Frühjahr 1868 forderte Erzbistumsverweser Lothar von Kübel die Gläubigen in einem Hirtenbrief auf, sich mit äußerster Kraft gegen die Simultanisierung katholischer Schulen zur Wehr zu setzen. Die Möglichkeit zur Errichtung von Simultanschulen wurde in der Folgezeit jedoch kaum genutzt, so legten zwischen 1868 und 1876 lediglich 30 von insgesamt rund 1600 badischen Gemeinden - zum Teil verbunden mit erbitterten Auseinandersetzungen - ihre konfessionellen Volksschulen zusammen,[499] und in einigen städtischen Zentren, wie in Baden-Baden und Offenburg, sprach sich die Majorität gegen die Simultanisierung aus. Dieser Sachverhalt läßt sich mit dem Einfluß des katholischen Klerus und der Zurückhaltung in Teilen der protestantischen Geistlichkeit, einem verbreiteten Traditionalismus und vor allem dem Umstand erklären, daß sich wegen der noch nicht weit fortgeschrittenen Vermischung der Konfessionen in den meisten Gemeinden die Alternative zwischen Konfessions- und Gemeinschaftsschule nicht stellte. Dagegen war die Debatte in der Zweiten Kammer ein Hinweis darauf, daß die Mehrheit der badischen Liberalen die fakultative Simultanschule lediglich als eine vorläufige Regelung betrachtete und die gesetzliche Festlegung der obligatorischen Gemeinschaftsschule anstrebte - damit blieb die Schulfrage auch weiterhin ein zentrales Thema der badischen Innenpolitik.

Während der Landtagsperiode 1869/70 wurden mit der obligatorischen Zivilehe und dem Stiftungsgesetz zwei weitere Kulturkampfmaßnahmen verwirklicht, mit

---

497 Vgl. Verhandlungen 1867/68, I. Kammer, Prot.-H., S. 145-166 u. 190 sowie II. Kammer, Prot.-H., S. 121-136 u. 167f.

498 Gesetz, den Elementarunterricht betreffend, v. 8. März 1868, Reg-Bl 1868, S. 251-280; auszugsweise abgedruckt bei STADELHOFER, S. 394-396.

499 Angabe nach BECKER, Liberaler Staat, S. 250.

denen Jolly den Einfluß der katholischen Kirche zurückdrängen wollte, die gleichzeitig aber auch Zugeständnisse an die Liberalen darstellten, um sie zur uneingeschränkten Unterstützung des nationalpolitischen Kurses der Regierung zu bewegen. Bereits im Februar 1866 und erneut im November 1867 hatte Eckhard in der Zweiten Kammer Motionen auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und des bürgerlichen Standesregisters gestellt. Mit dieser Forderung verbanden die Liberalen eine doppelte Zielsetzung, zum einen wollten sie die Trennung von Staat und Kirche voranbringen und zum anderen den katholischen Geistlichen die öffentliche Autorität und das soziale Prestige, die mit dem Monopol der Eheschließung verbunden waren, entziehen. Obwohl Friedrich I. Bedenken äußerte, die Resonanz innerhalb der Bevölkerung gering war und kein dringendes Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung bestand, ging Jolly auf die Forderung der Liberalen ein und legte den Kammern zu Beginn der Landtagssession 1869/70 einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Zivilehe und der bürgerlichen Standesregister vor.[500] Nach einer lebhaften Debatte in der Zweiten Kammer im November 1869 wurde das Gesetz fast unverändert mit allen gegen sechs Stimmen angenommen,[501] und nach der Zustimmung der Ersten Kammer konnte es am 1. Februar 1870 in Kraft treten.[502] Damit war Baden, nach der Reichsstadt Frankfurt, das erste rechtsrheinische Territorium, das die Zivilehe obligatorisch einführte, und Jolly konnte auf diese Weise sein Ansehen innerhalb der nationalliberalen Lagers verbessern.

Die zweite kulturpolitische Initiative der Regierung Jolly während der Landtagsperiode 1869/70, der Gesetzentwurf über Stiftungen, verfolgte das Ziel, die materiellen Grundlagen der Kirchen zu beschneiden. Als kirchliche Stiftungen sollten nach der Vorlage nur noch solche Fonds gelten, die religiösen Zwecken im engeren Sinne dienten, während Schul-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen grundsätzlich als weltliche Institutionen eingestuft und von kommunalen oder staatlichen Behörden verwaltet werden sollten. Da das Vermögen der beiden christlichen Kirchen fast ausschließlich aus Stiftungen bestand, war diese Frage für sie von eminenter Bedeutung, so daß der Entwurf nicht nur bei der katholischen Kirchenbehörde auf kompromißlosen Widerspruch stieß, sondern auch beim Evangelischen Oberkirchenrat große Bedenken auslöste. Bei den Beratungen im Landtag wurde deutlich, daß die Nationalliberalen in der Stiftungsfrage in mehrere

---

[500] Vgl. Verhandlungen 1869/70, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 200-246.

[501] Vgl. EBD., Prot.-H., S. 59-65.

[502] Gesetz, die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und die Förmlichkeiten bei Schließung der Ehen betreffend, v. 21. Dez. 1869, GVB 1869, S. 587-606.

Gruppierungen gespalten waren:[503] Vor allem die katholischen Fraktionsmitglieder, beispielsweise Eckhard, Roder und Seiz, drängten auf eine Verschärfung der Regierungsvorlage, da sie - vor dem Hintergrund der innerkatholischen Gegensätze - in den großen Summen an Stiftungsgeldern, über welche die katholische Kirche verfügte, einen wesentlichen Grund für deren Einfluß auf die katholische Bevölkerung sahen. Dagegen hielt die Mehrheit der protestantischen Parlamentarier, darunter Kiefer und Turban, den Regierungsentwurf für ausreichend, und eine kleinere Gruppe von Abgeordneten stand der Vorlage skeptisch gegenüber, so offenbar Lamey, Bluntschli und auch von Mohl, der von einem *"verhängnisvollen Gesetz"* sprach, dem es an *"kluger Tragweite"* fehle.[504] Im April 1870 nahmen die Erste und die Zweite Kammer das Stiftungsgesetz, das auch während des preußischen Kulturkampfes keine Parallele fand, mit sieben bzw. vier Gegenstimmen an.[505] Nach Berechnungen von katholischer Seite fielen in der Folgezeit Fonds im Wert von zwanzig Millionen Goldmark kommunaler und staatlicher Verwaltung zu.

Wegen des Deutsch-Französischen Kriegs und der Reichsgründung kam es in den Jahren 1870/71 zu einer vorübergehenden Unterbrechung der kulturpolitischen Auseinandersetzungen, doch wurden diese bereits im März 1872 wieder aufgenommen. Die Initiative ging von altkatholischen Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion aus, die in den Orden ein wichtiges Instrument des Vatikans sahen, um seine Dekrete in der katholischen Bevölkerung durchzusetzen. Unter der Führung Carl Eckhards und Anton Schmidts brachten die Nationalliberalen zwei Gesetzentwürfe ein, von denen der eine Mitgliedern religiöser Orden die öffentliche Lehrtätigkeit untersagte und der andere das Verbot von Missionen sowie der Aushilfsseelsorge durch Mitglieder von Orden vorsah, die in Baden nicht zugelassen waren.[506] Obwohl Jolly die Initiative ungelegen kam, da er zu diesem Zeitpunkt mit der Freiburger Kurie über das Kulturexamen verhandelte, war er zur Unterstützung bereit. Bei den Landtagsverhandlungen ignorierten die

---

[503] Dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 261f. u. 265f. Vgl. außerdem Verhandlungen 1869/70, II. Kammer, Prot.-H., S. 114-121 sowie KaZtg 15/18. Jan., 16/19. Jan., 17/20. Jan. u. 18/21. Jan. 1870.

[504] Robert von Mohl an Prestinari, 15. Febr. 1870, GLA 52 Prestinari/13, zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 261.

[505] Vgl. Verhandlungen 1869/70, I. Kammer, Prot.-H., S. 211-213 u. II. Kammer, Prot.-H., S. 220; Gesetz, die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen betreffend, vom 5. Mai 1870, GVB 1870, S. 399-412; auszugsweise abgedruckt bei STADELHOFER, S. 396-398.

[506] Vgl. Verhandlungen 1871/72, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 482-486.

Nationalliberalen die Appelle der Katholischen Volkspartei, den friedlichen Modus vivendi und die Chance eines weitergehenden Ausgleichs nicht zu vergeben, und beide Kammern nahmen die Gesetze mit großen Mehrheiten an.[507]

Die Wende in der Kirchenpolitik Preußens und des Reichs in den Jahren 1871/72 - in Preußen markiert durch das Schulaufsichtsgesetz und das Verbot der Lehrtätigkeit von Mitgliedern geistlicher Orden an öffentlichen Volksschulen bzw. im Reich durch den "Kanzelparagraphen" und das Jesuitengesetz - wurde von den badischen Nationalliberalen als eine Bestätigung ihres kulturpolitischen Kurses und als eine Ermunterung aufgefaßt, diese Politik mit Entschiedenheit fortzusetzen. Zugleich war die außerbadische Entwicklung ein wichtiger Grund dafür, daß Jolly seine seit der Jahreswende 1871/72 gezeigte Kompromißbereitschaft gegenüber der katholischen Kirche, die bei den Bemühungen um eine Revision des Kulturexamens zum Ausdruck kam, im Herbst 1872 aufgab. Als sich Bismarck im Sommer 1872 an die badische Regierung wendete, um eine Darstellung über das Verhältnis von Staat und Kirche im Großherzogtum zu erhalten, bedeutete dies für Jolly einen Triumph und war gleichzeitig ein Ausdruck für Badens Vorreiterrolle im Kulturkampf: Zu diesem Zeitpunkt waren im Großherzogtum mit dem Kulturexamen, der fakultativen Simultanschule, dem Zivilehe- und dem Stiftungsgesetz sowie den Gesetzen gegen die öffentliche Lehr- und Missionstätigkeit von Ordensmitgliedern bereits eine Reihe von Kulturkampfmaßnahmen in Kraft. Gegen Ende des Jahres 1872 sprachen viele Anzeichen dafür, daß die badische Regierung und die Nationalliberalen in der folgenden Landtagsperiode weitere kulturpolitische Initiativen ergreifen würden und somit eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zu erwarten sei.

2. Verschärfung des Konflikts: Das erweiterte Kulturexamen und das Altkatholikengesetz

"Ich fand die Stimmung in Karlsruhe sehr bedrückt", so schilderte der Ultramontane Roderich von Stotzingen im Februar 1872 seine Eindrücke, *"es wird den Leuten im-*

---

[507] Vgl. EBD., Prot.-H., S. 115-118 u. 128; Gesetz, die öffentliche Lehrwirksamkeit der Mitglieder eines religiösen Ordens betreffend, v. 2. Apr. 1872, GVB 1872, S. 173; Gesetz, die Abhaltung von Missionen durch Mitglieder religiöser Orden betreffend, v. 2. April 1872, ebd., S. 174; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 399.

mer unbehaglicher, und doch fühlen sie, daß jetzt an ein Rückwärtsgehen oder auch nur Halten gar nicht zu denken ist - wir schreiten unaufhaltsam dem Einheitsstaate zu... Die Kammern fühlen, daß sie eine traurige Rolle spielen, daß der Schwerpunkt nicht mehr in ihnen, sondern in Berlin liegt."[508] Neben der allgemeinen Ernüchterung über die Entwicklung der badischen Verhältnisse nach der Reichsgründung, machte sich bei den Nationalliberalen auch ein wachsender Unmut über Jollys Regierungsstil bemerkbar. So beklagte Eckhard im Juli 1873 in einer Aussprache mit Bluntschli, daß Jolly wie ein *"echter Absolutist"* regiere, verschlossen und willkürlich handele und in der Bevölkerung keinen Rückhalt besitze.[509] Auch die Beamtenschaft sei über ihn erbost und selbst die Ministerialräte würden von ihm verletzt, so kritisierte Eckhard weiter, und außerdem ahme er nicht die guten, sondern die unangenehmen Seiten der preußischen Herrschaft nach. Eckhard zog daraus die Konsequenz, sich aus der Landespolitik zurückzuziehen, nachdem Lamey diesen Schritt, wegen seines Gegensatzes zum Regierungschef, bereits im Jahr 1871 vollzogen hatte. Zur Beratung der Lage und zur Vorbereitung der Landtagswahl hielten die Nationalliberalen Anfang August 1873 unter Eckhards Leitung eine Parteiversammlung in Karlsruhe ab, bei der 111 Vertrauensmänner aus allen Landesteilen anwesend waren.[510] Dabei warnte Bluntschli eindringlich vor der Gefahr, daß der nationalliberalen Fraktion nach dem Ausscheiden Lameys und Eckhards in der folgenden Session eine bewährte Führung fehlen könnte.[511]

Bei der Landtagswahl im Herbst 1873 verloren die Nationalliberalen den Ämterwahlkreis 20 (Emmendingen/Ettenheim) an die Katholische Volkspartei und

---

[508] Brief Roderich von Stotzingens, 3. Febr. 1872, Nachlaß Roderich von Stotzingen, Steißlingen bei Singen, zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 298. Vgl. zum badischen Kulturkampf in den Jahren 1873/74: BECKER, Liberaler Staat, S. 137-141, 306-310, 325-345; DERS., Kulturkampf, S. 89f.; STADELHOFER, S. 9-20; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 173f.; DERS., Südwesten, S. 162-164; [Otto AMMON], Zur Geschichte der liberalen Partei in Baden. Sonderabdruck einer Reihe von Artikeln in der "Konstanzer Zeitung" vom März und April 1880, Konstanz 1880, S. 5-10; BAER, Kiefer, S. 43f., 47f.; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 240-259; HAUSRATH, Jolly, S. 288-295; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 322-325; DOR, Lender, S. 128-141; Josef SCHOFER, Sperrgesetz und Sperrlingslos. Ein Ausschnitt aus dem badischen Kulturkampf. Für das Volk dargestellt, Karlsruhe o. J. [1930]; DERS., Kübel, S. 128-177; BACHEM, Bd. 4, S. 372-380.

[509] Bluntschlis Tagebuch, 22. Juli 1873, ZBZ FA Bluntschli 32r.

[510] Vgl. EBD., 3. Aug. 1873; BC, in BLZ 183/8. Aug. 1873 u. BLZ 180/I/5. Aug. 1873.

[511] Siehe Kirsners Schreiben an Lamey vom 27. August 1873, in dem er Lamey dringend bat, auch wenn das Landtagsmandat wegen des verminderten Gewichts des Einzelstaats stark an Bedeutung verloren habe, wieder in die Zweite Kammer einzutreten, da die Nationalliberalen in dem bevorstehenden Kampf mit dem Ultramontanismus auf seine Unterstützung angewiesen seien (GLA 52 Lamey/17).

zogen mit einer Fraktionsstärke von 50 Abgeordneten in die Zweite badische Kammer ein, während der politische Katholizismus 10 und die Demokraten 3 Parlamentarier stellten.[512] Bis zum Ende der achtziger Jahre blieb der Wahlkreis 20 heftig umkämpft und wechselte mehrmals zwischen den Nationalliberalen und der Katholischen Volkspartei hin und her, blieb aber ab diesem Zeitpunkt dauerhaft im Besitz des politischen Katholizismus.[513] Trotz des Verlusts von einem Mandat und des Ausscheidens von Eckhard erschien die nationalliberale Fraktion in der Landtagsperiode 1873/74 entscheidend gestärkt, was zum einen mit dem Umstand zusammenhing, daß Bluntschli als Fraktionsvorsitzender in die Zweite Kammer eintrat[514] und daß die jungen Abgeordneten Emil Fieser[515] und Karl Baer[516], die in den folgenden Jahren in den engeren Führungskreis der Partei aufrückten, Mandate annahmen. Von Bedeutung war außerdem der Umstand, daß Kiefer, Kirsner und Paravicini nach der ersten Legislaturperiode aus dem Reichstag ausschieden und sich damit wieder verstärkt der Landespolitik zuwenden konnten. Schließlich hatte der Eintritt Preußens und des Reichs in den Kulturkampf nicht nur eine erhöhte Bereitschaft Jollys zur Fortführung der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche zur Folge, sondern stellte für die Nationalliberalen auch eine Ermunterung dar, den eingeschlagenen Kurs in der Kulturpolitik mit Entschiedenheit fortzusetzen. So gelang es der regierenden Partei, ihre Lethargie zu überwinden und

---

[512] Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahlen vgl. Adolf ROTH/Paul THORBECKE (Hrsg.), Die badischen Landstände insbesondere die Zweite Kammer. Landtagshandbuch, mit Unterstützung der Zweiten Kammer hrsg., Karlsruhe 1907, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III. Im Wahlkreis Emmendingen/Ettenheim schlug der Kandidat der Katholischen Volkspartei, Josef Karl Edelmann, den nationalliberalen Bewerber, Ernst Behrle, mit 65 zu 58 Wahlmännerstimmen (EBD., S. 312).

[513] Vgl. ROTH/THORBECKE, S. 312f.

[514] Siehe zu Bluntschlis Motiven: Bluntschlis Tagebuch, Okt. u. 30. Nov. 1873, ZBZ FA Bluntschli 32r.

[515] Emil August Friedrich Fieser (1835-1904):

Jurist und nationalliberaler Politiker, seit den 80er Jahren zentrale Führungsrolle in der NLP neben Kiefer u. seit Mitte der 90er Jahre der Führer der NLP, Vertreter eines entschiedenen Kurses gegenüber der katholischen Kirche, Altkatholik u. Vorsitzender der altkatholischen Kirchengemeinschaft in Baden, 1873-83 u. 1885-1901 MdIIK, 1895-1900 Fraktionsvorsitzender, 1887-90 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 171-182.

[516] Karl Anton Ernst Baer (1833-1896):

Jurist und nationalliberaler Politiker, 1873-82 MdIIK u. 1874-79 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 24-27; Karl Ernst BAER, Geschichte und Kritik der Verfassungsrevisionsfrage sowie der gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Lande Baden, Lörrach 1892.

in eine Phase dynamischer Aktivitäten einzutreten, die sich besonders auf das kulturpolitische Gebiet konzentrierten.[517]

In der Presse wurde dem Eintritt Bluntschlis in die Zweite Kammer eine besondere Bedeutung beigemessen. Ein ultramontanes Blatt leitete daraus eine Neuauflage der Offenburger Opposition gegen die Regierung Jolly ab und meinte, Bluntschli sei als Führer der nationalliberalen Fraktion in der Lage, nach Belieben eine Erschütterung des Staates herbeizuführen, und möglicherweise sei ein Ministeramt sein eigentliches Ziel. [518] Als eine weitere Folge betrachtete die Zeitung die *"Durchführung der Bismarck'schen Kirchenpolitik in allen ihren Consequenzen"*, denn die *"Kirchen-Ultras"* seien mit der gegenwärtigen Kulturpolitik der Regierung Jolly unzufrieden, so glaubte das Blatt, und wollten in Baden die gleichberechtigte Anerkennung der Altkatholiken, die preußischen Kirchengesetze und möglicherweise noch weitere Kampfmaßnahmen einführen. In der liberalen Presse wurde die Annahme eines Mandats durch Bluntschli als ein Hinweis darauf gewertet, daß das Parlament, das in der letzten Sitzungsperiode *"in eine einigermaßen lethargische Ruhe"* verfallen sei, *"neues Leben und neuen Unternehmungsgeist"* verspüren werde.[519] Es sei kaum zu erwarten, daß die neuen Landtagsabgeordneten *"in blinder Resignation den nicht immer ganz consequenten Eingebungen der ministeriellen Politik durch Dick und Dünn folgen"* würden, so war das liberale Blatt überzeugt, und besonders auf kirchenpolitischem Gebiet würden die neuen Volksvertreter nicht den *"recht oft von allzu vielseitigen Rücksichten geleiteten Erwägungen"* Jollys gegenüber der katholischen Kirche folgen. Gleichzeitig sah die Zeitung die Möglichkeit, daß die nationalliberale Fraktion in der Kulturpolitik in zwei Lager gespalten werden könnte, nämlich in eine entschieden kulturkämpferisch eingestellte Gruppe um Bluntschli, Kiefer, Blum, Fieser und Karl Bender sowie in eine konziliantere Richtung unter der Führung Ludwig Stoessers[520], zu der außerdem Kirsner, Friderich und Paravicini zu rechnen seien.

---

[517] Auch Jolly erkannte bereits zu Beginn der Landtagsperiode Bluntschli gegenüber an, daß das Gewicht der Zweiten Kammer im Vergleich zur Session 1871/72 gewachsen sei (Bluntschlis Tagebuch, 30. Nov. 1873, ZBZ FA Bluntschli 32r).

[518] Zeitungsartikel: Vom Neckar, 18. Okt. 1873 (GLA 69 v. Freydorf/456). Vgl. auch Bluntschlis Zielsetzung zu Beginn der Landtagsperiode 1873/74: *"D. Volksvertretung muß wieder zur Macht w. gegenüber der Regierung."* (Bluntschlis Tagebuch, Okt. 1873, ZBZ FA Bluntschli 32r)

[519] Zeitungsartikel: Aus Baden, 24. Okt. 1873 (GLA 69 v. Freydorf/456).

[520] Franz Ludwig von Stoesser (1824-1901):

Für die bevorstehende Landtagsperiode sagte die nationalliberale Parteiführung in der "Badischen Correspondenz" voraus, daß *"am Grellsten und Fühlbarsten... die Ansichten wieder in dem Gebiete der Kirche auf einander platzen"* würden.[521] Die Schwerpunkte der Session seien zum einen die in der Thronrede genannte Schließung von Lücken in der Gesetzgebung über das Verhältnis von Staat und Kirche, so führte das nationalliberale Organ aus, und zum anderen die Wahrnehmung der Interessen der Altkatholiken, einer Religionsgemeinschaft, welche *"die volle Sympathie des gebildeten und fortschreitenden Theils der Staatsgesellschaft verdiente"*. Der Artikel schloß mit den deutlichen Worten:

> *Diesen großen Kulturfragen läßt sich aber nicht aus dem Wege gehen; sie sind da, sie wollen und müssen gelöst werden. Ob der Staat oder die Kirche der Herr sey, mit anderen Worten, ob das Volk die freie Verfügung haben soll in seinem eigenen Haus oder eine Priesterkaste, deren Heimath jenseits der Berge liegt, ob die Zukunft der Freiheit der Gewissen angehören soll, oder der Herrschaft über einen in den Banden des Aberglaubens geknechteten Bauernstand, darüber werden wir auch in dieser Landtagsperiode zu sprechen haben. Wir hoffen mit gutem Erfolg für die Befreiung Deutschlands von Rom und im Anschluß an den Geist und die Traditionen der bisherigen badischen Entwickelung.*

Die vier preußischen "Maigesetze" des Jahres 1873, die auch bei einer Stellvertretung und Hilfeleistung in einem geistlichen Amt ein Kulturexamen vorsahen und darüber hinaus Strafandrohungen bei Verstößen gegen die Staatskirchengesetze enthielten, führten zu einer drastischen Verschärfung des Kulturkampfes in Norddeutschland.[522] Dem preußischen Kultusminister Adalbert Falk diente die badische Kirchengesetzgebung zum Teil als Vorbild, und darüber hinaus erteilte ihm Jolly auch einige weiterreichende Ratschläge. Angesichts der preußischen Entwicklung und außerdem gedrängt durch die badischen Nationalliberalen, entschloß sich Jolly, die Kirchengesetzgebung zu ergänzen, um im Bündnis mit Preußen den Konflikt mit der katholischen Kirche zugunsten des Staates zu entscheiden.[523] So legte der badische Staatsminister bei Eröffnung der Landtagsperiode, im November 1873, einen Gesetzentwurf über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 vor, der im ersten Artikel - nach preußischem Vorbild - nicht nur die Zulassung zu einem Kirchenamt,

---

Verwaltungsbeamter und nationalliberaler Politiker, seit 1869 Landeskommissär in Mannheim, 1871-81 MdIIK, 1876 Austritt aus der nationalliberalen Fraktion, 1876-81 Innenminister, 1881-95 Präsident des evangelischen Oberkirchenrats. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 739-755.

[521] BC, in BLZ 280/II/30. Nov. 1873.

[522] Dazu SCHMIDT-VOLKMAR, S. 113-138; WEHLER, S. 894f.

[523] Vgl. zum erweiterten Kulturexamen besonders BECKER, Liberaler Staat, S. 326-331.

sondern auch die öffentliche Ausübung kirchlicher Funktionen vom Bestehen eines Kulturexamens abhängig machte; auch die Ämter der Kirchenregierung waren von dieser Regelung betroffen.[524] Eine durch die Zweite Kammer verschärfte Übergangsbestimmung ermächtigte die Regierung, die seit 1863 in den Kirchendienst eingetretenen Theologen bei der Übernahme eines Kirchenamts auf Antrag vom Kulturexamen zu befreien.

Der zweite Artikel von Jollys Gesetzentwurf sah das Verbot vor, neue Mitglieder in die Knabenseminare und -konvikte sowie in das Freiburger Theologen-Konvikt aufzunehmen, wobei die Zweite Kammer diese Bestimmungen verschärfte, so daß die Lehranstalten bereits im Laufe des Jahres 1874 geschlossen werden mußten. Der dritte Artikel enthielt detaillierte strafrechtliche Sanktionen, die sicherstellen sollten, daß die katholische Kirche das Kulturexamen nicht umging. So konnten Kleriker, die gesetzeswidrig geistliche Funktionen öffentlich ausübten mit Geldstrafen von 60 bis 300 Mark und im Wiederholungsfall mit Gefängnis von drei bis sechs Monaten bestraft werden; außerdem hatten kirchliche Würdenträger, die einem Geistlichen rechtswidrig ein Kirchenamt oder eine kirchliche Funktion übertrugen, mit Geldstrafen von 300 bis 1500 Mark und im Wiederholungsfall mit Gefängnis von sechs bis zwölf Monaten zu rechnen. Darüber hinaus waren einige weitere Sanktionen vorgesehen, die der Regierung die Möglichkeit bieten sollten, jeden Widerstand gegen die Kirchengesetzgebung zu bestrafen.

Die Beratungen über die Gesetzesvorlage führten Ende Januar 1874 in der Zweiten Kammer zu erregten Diskussionen, an denen sich auf nationalliberaler Seite besonders Kiefer und Bluntschli beteiligten.[525] Das Gesetz vom 9. Oktober 1860 sei mit Recht als eine *"lex imperfecta"* bezeichnet worden, so stellte Kiefer einleitend in seiner Rede fest, womit gemeint sei, man habe sich damit begnügt, allgemeine Doktrinen aufzustellen, ohne gleichzeitig die notwendigen Mittel zur Verteidigung dieser Grundsätze vorzusehen.[526] Da der Staat von der katholischen Kirche *"mit äußerster Schärfe, zeitweise mit den schlimmsten Waffen angegriffen worden"* sei, müsse er durch die Gesetzesnovelle *"wehrhaft"* gemacht werden. Weiterhin bemerkte Kiefer, daß die katholische Kirche die jungen Theologen mit Hilfe einer *"sklavische[n] Erziehungsmethode"* daran gewöhnen wolle, nicht

---

[524] Vgl. Verhandlungen 1873/74, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 103-108.

[525] Vgl. EBD., Prot.-H., S. 52f. sowie KaZtg 18/22. Jan. (Beil.), 19/23. Jan. (u. Beil.) u. 20/24. Jan. 1874 (Beil.). Siehe auch BAUMGARTEN/JOLLY, S. 244-246; DOR, Lender, S. 138-140.

[526] Kiefers Rede nach BLZ 29/I/4. Febr. u. 30/I/5. Febr. 1874 (Hervorhebung im Original).

selbständig zu denken, sondern nur Befehle entgegenzunehmen - dies sei aber eine *"Abrichtung"* und ein *"Stück moderner Sklaverei"*, die der Staat nicht zulassen dürfe. Scharf verurteilte der nationalliberale Parteivorsitzende die Zielsetzung der katholischen Lehranstalten:

> *Sie wollen die öffentlichen Lehrer unseres Volkes durchdringen mit römischem Geiste. Sie wollen diesem Geiste gestatten, sich die kathol. Geistlichen von deutscher Abstammung so vollständig zu eigen zu machen, daß sie in Wahrheit nicht mehr den Geist u. die Sprache ihres Vaterlandes verstehen, Sie wollen Männer bilden, denen die deutsche Regierung und das deutsche Volk mit seinen Denkern und Dichtern als ein fremder transatlantischer Körper gegenüber steht...*

Als Gegenmaßnahme sehe der Gesetzentwurf deshalb vor, so unterstrich Kiefer, daß die Geistlichen, die ein wichtiges öffentliches Lehramt ausübten, eine allgemeine wissenschaftliche Bildung nachweisen sollten, denn eine *"freie Geistesbildung, die nationale Bildung"* zähle zu den höchsten Gütern und erst sie befähige die Theologen zur Erfüllung ihrer Aufgabe. Anschließend erörterte Bluntschli die staatsrechtliche Seite des Gesetzes und hob dabei ebenfalls hervor, daß die Vorlage lediglich einem bereits geltenden Gesetz Maßregeln hinzufüge, um ihm eine größere Wirksamkeit zu verleihen.[527] Der Staat, als die oberste Gewalt, verlange von den Kirchen und den Priestern nur, daß sie die Gesetze befolgten, so wie es jeder andere Staatsangehörige auch tun müsse, so bemerkte der Heidelberger Staatsrechtslehrer. Die Kardinalfrage laute daher nicht, ob die Kirche unterdrückt werden solle oder nicht, sondern ob der katholische Klerus berechtigt sei, sich willkürlich über die Staatsgesetze hinwegzusetzen - *"Das kann der Staat nicht dulden"*, so war sich Bluntschli sicher, *"und allerdings geht das so weit, daß er diesen Kampf zuletzt bis zur Vernichtung führen müßte, denn es ist das Recht des modernen Staates, zu existiren..."*. Abschließend beklagte der nationalliberale Fraktionsvorsitzende, daß der Staat lange Zeit zu viele Rücksichten auf die katholische Kirche genommen und unter ihrer *"Pantoffelherrschaft"* gestanden habe.

Innerhalb der Katholischen Volkspartei setzten sich die Vertreter einer entschiedenen Richtung unter der Führung Heinrich Hansjakobs gegen den Fraktionsvorsitzenden Lender durch, der für ein Einbringen von Änderungsanträgen und die Ablegung eines gemilderten Kulturexamens plädierte.[528] In der Parlamentsdebatte warnte Lender nachdrücklich, daß mit dem von der Regierung eingeschlagenen Weg der Friede, der zur Zeit noch halbwegs bestehe, *"völlig*

---

[527] Bluntschlis Rede nach BLZ 22/I/27. Jan., 23/I/28. Jan. u. 24/I/29. Jan. 1874.

[528] Dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 328.

zerstört wird und daß Bahnen eingeschlagen werden, die für die Kirche, für den Staat und das Volk unheilvoll werden".[529] Trotz dieser mahnenden Worte wurde das Gesetz in der Zweiten Kammer mit den Stimmen der Nationalliberalen und Demokraten gegen die zehn Abgeordneten der Katholischen Volkspartei angenommen. Nachdem Mitte Februar auch die Erste Kammer mit allen gegen drei Stimmen zugestimmt hatte, trat das Gesetz am 19. Februar 1874 in Kraft.[530] Während der Evangelische Oberkirchenrat das Gesetz befürwortete, legte Lothar von Kübel, nachdem er vergeblich versucht hatte, Jolly zu Verhandlungen über die Neuregelung des Kulturexamens zu bewegen, Rechtsverwahrung ein.

Das Gesetz verschaffte der Regierung die Möglichkeit, sowohl die katholische Seelsorge als auch das Freiburger Ordinariat dauerhaft zu lähmen und stellte damit einen tiefen Eingriff in die Selbständigkeit der katholischen Kirche dar. Die unmittelbare Folge des Gesetzes war eine Eskalation, die dadurch ausgelöst wurde, daß Kübel den Theologen des Priesterseminars in St. Peter früher als üblich, bereits Ende Februar 1874, die priesterliche Ordination erteilte, um auf diese Weise einen zusätzlichen Theologenjahrgang als Pfarrverweser einsetzen zu können. Daraufhin entzog Jolly mit einem Erlaß vom August 1874 den Jungpriestern die Erlaubnis zur Ausübung aller öffentlichen kirchlichen Funktionen, und als sie sich nicht an das Verbot hielten, ließ er die vorgesehenen gerichtlichen Verfahren einleiten. Während Kübel zu 500 Mark Geldstrafe oder ersatzweise 10 Wochen Gefängnis verurteilt wurde, entfielen auf 31 Vikare insgesamt rund dreizehn Jahre Gefängnis, so daß im Sommer 1875 fast alle Jungpriester des Jahrgangs 1874 inhaftiert waren.[531]

Allerdings führte das kompromißlose Vorgehen der Regierung und der Gerichte zu einem äußerst zweifelhaften Erfolg: Zwar verzichtete Kübel auf einen weiteren systematischen Widerstand gegen das Gesetz und beauftragte seit dem Jahr 1875 nicht mehr junge Theologen mit Seelsorgerdiensten, doch da er auch weiterhin am Verbot festhielt, die staatliche Prüfung abzulegen, erreichte Jolly das beabsichtigte Ziel - die Durchsetzung des Kulturexamens - nicht. Eine höchst bedenkliche Folge aber war, daß das Vorgehen innerhalb der katholischen Bevölkerung eine große Erregung auslöste und dadurch die bestehenden Spannungen zwischen dem liberalen und dem katholischen Lager weiter verstärkte. Darüber hinaus konnte das stark

---

[529] Zit. nach DOR, Lender, S. 139f.

[530] Vgl. Verhandlungen 1873/74, I. Kammer, Prot.-H., S. 124f.; Gesetz, die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, vom 19. Febr. 1874, GVB 1874, S. 93-96; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 399-401.

[531] Nach SCHOFER, Sperrgesetz, 108-112.

nachlassende Interesse am Theologiestudium, der Zwang für die Vikare, ihren Beruf außerhalb Badens auszuüben und die erhebliche Beeinträchtigung der Seelsorge weder im Interesse des Ministeriums noch der Nationalliberalen liegen. Schließlich gefährdete Jolly aber auch den Fortbestand seiner Regierung, denn es war fraglich, ob der Großherzog eine derartige Zuspitzung der Kulturpolitik längerfristig mittragen würde.

Mit dem zweiten Kulturkampfgesetz der Landtagsperiode 1873/74, das die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken regelte, erreichte der Konflikt in Baden einen neuen Höhepunkt.[532] Nach ersten Ansätzen einer Altkatholikenbewegung in den Jahren 1865/66[533] begannen liberale Katholiken im Frühjahr 1869, sich öffentlich gegen das angekündigte Konzil auszusprechen, wobei besonders der Amtsrichter Franz August Beck hervortrat, doch stieß diese Bewegung wegen des Fehlens einer führenden theologischen Persönlichkeit in der katholischen Bevölkerung auf keine größere Resonanz. Nach der Proklamation des Unfehlbarkeitsdogmas im Juli 1870 auf dem Ersten Vatikanischen Konzil[534] und den militärischen Erfolgen gegen Frankreich verfolgten mehrere führende Nationalliberale, besonders Fauler und Eckhard, den Gedanken einer schismatischen Bewegung. Fauler unterbreitete Jolly im September 1870 den Vorschlag, mit Unterstützung der Regierung unverzüglich die Gründung altkatholischer Gemeinschaften einzuleiten, doch reagierte der Ministerpräsident ablehnend, da er die Chancen der Bewegung äußerst skeptisch beurteilte. Den Anstoß für die Formierung einer altkatholischen Opposition in

---

[532] Vgl. zum Altkatholizismus allgemein: Victor CONZEMIUS, Katholizismus ohne Rom. Die altkatholische Kirchengemeinschaft, Zürich/Einsiedeln/Köln 1969; Urs KÜRY, Die altkatholische Kirche. Ihre Geschichte, ihre Lehre, ihr Anliegen, Stuttgart 1966; C[laude] B[eaufort] MOSS, The Old Catholic Movement, its Origins and History, London (2)1964; Joh[ann] Friedrich von SCHULTE, Der Altkatholicismus. Geschichte seiner Entwicklung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland. Aus den Akten und andern authentischen Quellen dargestellt, Gießen 1887. Siehe zum badischen Altkatholizismus: BECKER , Liberaler Staat, S. 137-141, 306-310, 331-339; J[ohannes] RIEKS, Der Altkatholizismus in Baden. Eine Festschrift zur zehnjährigen Bestehungsfeier der badischen Gemeinden, insbes. der in Heidelberg, Ladenburg und Schwetzingen, samt einem Mitglieder-Verzeichnis dieser, Heidelberg 1883; Franz August BECK, Anfänge und Ziele der altkatholischen Bewegung Badens, Bd. 1: Erster Anlauf, 1865-1866, Mannheim 1875 (nicht mehr erschienen).

[533] Dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 137-141.

[534] Auf dem Ersten Vatikanischen Konzil in den Jahren 1869/70 wurden die Konstitution "Dei Filius", welche die katholische Lehre gegenüber den modernen Zeitströmungen bekräftigte, und die Konstitution "Pastor aeternus", in welcher der Primat des Papstes und die päpstliche Unfehlbarkeit (bei Entscheidungen "ex cathedra" in Glaubens- und Sittenfragen) dogmatisiert wurden, verabschiedet. Siehe CONZEMIUS, S. 29-44.

Baden gab schließlich die Exkommunikation des Münchner Stiftspropsts Ignaz von Döllinger im April 1871, die zu mehreren Unterschriftensammlungen für Adressen sowie zu Besprechungen über die Gründung von Vereinen führte. Der Durchbruch gelang aber erst, als sich zu Beginn des Jahres 1873 einer der profiliertesten theologischen Führer des deutschen Altkatholizismus, Friedrich Michelis, in Baden niederließ und eine rege Tätigkeit als Wandergeistlicher entfaltete. In der Folgezeit entwickelte sich das Großherzogtum zu einem der Zentren des deutschen Altkatholizismus: Im Jahr 1873 bestanden bereits 27 altkatholische Vereine mit rund 10.000 Mitgliedern[535], und im folgenden Jahr existierten 44 altkatholische Gemeinden, so daß Baden nun an der Spitze aller deutschen Staaten stand.[536] Die stärkste Verbreitung erreichte der Altkatholizismus im Seekreis, wo der Konstanzer Bürgermeister Michael Stromeyer und die nationalliberalen Landtagsabgeordneten Fieser sowie Schmidt gegen die Beschlüsse des Vatikanums agitierten; weitere Zentren lagen in mehreren großen Städten des Landes, so in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Offenburg.

Die Altkatholiken besaßen in der Nationalliberalen Partei einen starken Rückhalt, denn von den 18 katholischen Fraktionsmitgliedern während der Landtagsperiode 1873/74 bekannte sich die Mehrheit zum Altkatholizismus,[537] darunter Emil Fieser, Johann Roder, Anton Schmidt, Mathias Intlekofer, Karl Martin, Otto Sachs und Adalbert Sartori; ebenso gehörten Carl Eckhard und Karl Busch, die im Jahr 1873 aus dem Landtag ausgeschieden waren, der altkatholischen Gemeinschaft an.[538] Für die Nationalliberalen stellte der Altkatholizismus eine der schärfsten Waffen gegen die katholische Kirche dar, denn sie hofften auf ein größeres Schisma. Die Gruppe der Altkatholiken innerhalb der nationalliberalen Fraktion forcierte die altkatholische Frage auf der politischen Ebene und brachte sie im März 1872 mit einer Interpellation erstmals auf die Tagesordnung des Landtags. In seiner Antwort auf die Anfrage sicherte Jolly zu, daß die Regierung alle Geistlichen und Laien, welche die vatikanischen Konzilsdekrete nicht anerkannten, in ihren Rechten als Mitglieder der katholischen Kirche, insbesondere was die

---

[535] Nach BECKER, Liberaler Staat, S. 331.

[536] Nach KÜRY, S. 78.

[537] So BECKER, Liberaler Staat, S. 332. Nach der Aufstellung bei Hermann KALKOFF (Hrsg.), Nationalliberale Parlamentarier 1867-1917 des Reichstages und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei Deutschlands, Berlin 1917, S. 372-398, die aber offenbar unvollständig ist, zählten dagegen nur fünf nationalliberale Abgeordnete zu den Altkatholiken.

[538] Siehe Anhang 5.

Pfründen und die Ausübung von Amtshandlungen betreffe, schützen werde; zugleich kündigte der Staatsminister an, die Regierung werde altkatholischen Gemeinden zukünftig Kirchen überlassen. Wenn auch die parlamentarische Anfrage nicht zum Anschluß einer größeren Zahl von Geistlichen an die altkatholische Bewegung führte, so hatte sie für die Altkatholiken dennoch mehrere positive Auswirkungen: Erstens besaßen sie nun die Sicherheit, daß der Staat sie formell als Mitglieder der römisch-katholischen Kirche und nicht als Sekte betrachtete, zweitens erhielt die Bildung von altkatholischen Vereinen neue Impulse und drittens gewährte die Regierung ihnen seit der Jahreswende 1872/73 eine Reihe von Kirchen zur Mitbenutzung.

Als der altkatholische Bischof Joseph Hubert Reinkens im November 1873 in Baden anerkannt wurde und als Folge die Bildung von Gemeinden einsetzte, rief die "Badische Landeszeitung" die Katholiken zur *"Entscheidung im Selbstbefreiungskampfe"* auf:

> *Niemand mehr kann jetzt zweifeln, daß die Sache der Freiheit und Kultur, des Friedens und der Gesetzesordnung alle Kraft in Bewegung zu setzen hat, um einen Feind zu überwältigen: das Römerthum, in dessen Hilfsarmee die Höllenmaschine der Sozialdemokratie deutlich sichtbar aufgestellt ist. Die Thatsachen haben den Beweis geliefert, daß die wirksamste Hebelkraft wider den römischen Feind in der altkathol. Bewegung sitzt... Das katholische Volk erwartet Heil nur noch von einem Priesterstand, dessen Erziehung der römisch-jesuitischen Oberleitung entzogen ist. Ohne dieses Radikalmittel ist die Sache der Freiheit verloren.*[539]

Zur Unterstützung der altkatholischen Gemeindebildungen und zur Lösung der damit verbundenen Probleme brachte die nationalliberale Fraktion Mitte Januar 1874 einen Gesetzesvorschlag in den Landtag ein.[540] Damit erreichten die Konflikte um die Altkatholikenbewegung ihren Höhepunkt, was auch an den leidenschaftlichen Debatten bei der Beratung des Entwurfs in der Zweiten Kammer, Mitte Mai 1874, deutlich wurde.[541] Da die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei den Sitzungssaal aus Protest verließen, wurde das Gesetz von den Mitgliedern der nationalliberalen und der demokratischen Fraktion einstimmig angenommen, woraufhin auch die Erste Kammer das Gesetz Anfang Juni bei drei

---

[539] BLZ 16/II/20. Jan. 1874: Katholiken, die Entscheidung im Selbstbefreiungskampfe beginnt (Hervorhebung im Original).

[540] Vgl. Verhandlungen 1873/74, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 175-177.

[541] EBD., Prot.-H., S. 110-112 sowie KaZtg 112/13. Mai, 113/14. Mai (Beil.), 114/16. Mai (u. Beil.) u. 115/17. Mai 1874 (Beil.); Kiefers Rede auch in BLZ 114/I/17. Mai 1874. Siehe auch Kiefers Debattenbeitrag in der Zweiten Kammer Ende Januar 1874, in BLZ 29/I/4. Febr. u. 30/I/5. Febr. 1874; DOR, Lender, S. 129-132.

Gegenstimmen billigte.[542] Das Gesetz garantierte den Altkatholiken alle Rechte, die ihnen als Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche zustanden und schützte alle Inhaber kirchlicher Ämter in Bezug auf ihre Pfründen und Einkünfte.[543] Den Altkatholiken wurde zugestanden, innerhalb der bestehenden Gemeinden eigene kirchliche Gemeinschaften zu gründen, für die allerdings eine staatliche Genehmigung erforderlich war, die erteilt werden mußte, wenn *"im Verhältniß zur Gesammtheit der Kirchspiels- beziehungsweise Gemeindegenossen eine erhebliche Anzahl von Altkatholiken vorhanden"*, die seelsorgerische Betreuung sichergestellt und finanziell für mehrere Jahre gewährleistet war. Den von den Nationalliberalen vorgeschlagenen dehnbaren Begriff der *"genügenden Anzahl"* von Altkatholiken, als Voraussetzung für die Gründung einer Gemeinschaft, lehnte Jolly entschieden ab, was sich in der Folgezeit insbesondere in den ländlichen Regionen als ein Hindernis für die Ausbreitung der Bewegung erwies. Außerdem räumte das Gesetz den altkatholischen Gemeinschaften die Mitbenutzung der Kirchen und kirchlichen Gerätschaften ein und legte fest, daß - statt der von den Nationalliberalen vorgesehenen Teilung des allgemeinen katholischen Kirchenvermögens - das örtliche Kirchenvermögen aufgeteilt oder der überwiegenden Mehrheit übertragen werden sollte.

Das Altkatholikengesetz stellte einen Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und Jolly dar[544] und bedeutete weitgehend eine Legalisierung der bisherigen Regierungspraxis. Der Staatsminister stand der altkatholischen Bewegung reserviert gegenüber, da er erkannte, daß die Möglichkeit eines größeren Schismas, seit der Unterwerfung des Rottenburger Oberhirten Franz Xaver Hefele als letzter deutscher Bischof unter die Autorität des Vatikanums im April 1871, nicht mehr bestand; gleichzeitig mußte Jolly aber auch auf die Bedenken Friedrichs I. Rücksicht nehmen. Die Folge des Altkatholikengesetzes war ein *"zähe[r] Kleinkrieg"*[545], der um die Konstituierung der altkatholischen Gemeinschaften, die Benutzung von Kirchen und den Besitz von Pfründen sowie kirchlichen Ortsvermögen entbrannte. Mit Unterschriftensammlungen und Abstimmungen in den Gemeinden versuchten die Altkatholiken, den erforderlichen Nachweis für die Bildung eigener Gemeinschaften zu erbringen. Bis zum Sommer 1876 erkannte das

---

[542] Vgl. EBD., I. Kammer, Prot.-H., S. 152-163.

[543] Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken betreffend, v. 15. Juni 1874, GVB 1874, S. 277f; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 401-403.

[544] Vgl. BC, in BLZ 109/II/10. Mai 1874.

[545] BECKER, Liberaler Staat, S. 337.

Innenministerium in 23 Städten und Ortschaften Altkatholikengemeinschaften an, während es im gleichen Zeitraum 6 Anträge ablehnte.[546]

Mit neuen Führungspersönlichkeiten, gewachsenem Selbstvertrauen und einem verstärkten Engagement gelang es den Nationalliberalen in der Landtagsperiode 1873/74, ihre Lethargie zu überwinden und mit einer eigenen Gesetzesinitiative über die rechtliche Stellung der Altkatholiken ein für sie wichtiges Projekt zu verwirklichen. Zugleich verschärfte die regierende Partei den vom Ministerium vorgelegten Entwurf über das erweiterte Kulturexamen und verteidigte ihn im Landtag entschieden gegen die Angriffe der Katholischen Volkspartei. Das Altkatholikengesetz und das erweiterte Kulturexamen bedeuteten eine erhebliche Verschärfung des Konflikts und führten innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils zu einer außerordentlichen Unruhe. Dagegen konnten die Nationalliberalen mit ihren beiden anderen Forderungen, nach einer umfassenden Verfassungsrevision, die sich gegen das Zweikammersystem und das indirekte Wahlrecht richtete, und nach der obligatorischen Simultanschule, keine Fortschritte erzielen. Doch bereits in der folgenden Session 1875/76 sah sich Jolly gezwungen, auf die Forderung nach Einführung der obligatorischen Simultanschule einzugehen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Über diese Frage und über einen Dotationsgesetzentwurf entstanden heftige Konflikte zwischen Friedrich I., der Regierung und den Nationalliberalen, die gleichzeitig auch die nationalliberale Fraktion einer außerordentlichen Belastungsprobe aussetzten.

3. Die Nationalliberale Partei in der Zerreißprobe: Das Simultanschul- und das Dotationsgesetz

Zu Beginn der Landtagsperiode 1875/76 beleuchtete die "Badische Correspondenz" die Differenzen innerhalb der Katholischen Volkspartei, um anschließend mit Genugtuung zu konstatieren:

> *Im Gegensatze zu diesen Schattirungen im gegnerischen Lager darf von der gegenwärtigen Vertretung der national-liberalen Partei in der 2. Kammer behauptet werden, daß sie - ohne Anwendung irgendwelcher disziplinaren Einrichtungen - durch Uebereinstimmung in den Grundlagen unserer politischen Bestrebungen in höchster Einheit, wie ein Mann,*

---

546 Angaben nach SCHULTE, S. 444-450.

> *zusammengeht und diese Einmüthigkeit auch in den Einzelfragen des Landtages bewähren werde.*[547]

Jedoch zeigte sich im Verlauf der Session, daß das Gegenteil der Fall war und daß, nach den heftigen innerparteilichen Spannungen während der Offenburger Opposition im Frühjahr 1869, erneut die Gefahr einer Parteispaltung drohte. Nach der Landtagswahl im Herbst 1875 war die Position der Nationalliberalen Partei leicht geschwächt, denn sie hatte die drei ländlichen Wahlkreise 7 (Waldshut-Säckingen), 28 (Oberkirch-Achern) und 33 (Rastatt) an den politischen Katholizismus verloren und war nur noch mit 47 Abgeordneten im Karlsruher Ständehaus vertreten, während die Katholische Volkspartei 13 und die Demokraten weiterhin 3 Abgeordnete stellten.[548] Offenbar kam der Verlust von drei Mandaten für die regierende Partei überraschend, denn Friderich hatte sich vor den Abgeordnetenwahlen optimistisch gezeigt, die Mandatsstärke halten zu können.[549] So hatte er die Hoffnung geäußert, den Bezirk Oberkirch-Achern behaupten zu können, in dem der nationalliberale Kandidat dann aber deutlich unterlag, und gleichzeitig hatte er die Erwartung ausgesprochen, daß der Demokrat Thiebauth in Ettlingen Franz Xaver Lender mit zwei oder drei Stimmen schlagen werde, was sich ebenfalls nicht bewahrheitete.

Als Gründe für die Mandatsverluste nannte der Herausgeber der liberalen "Konstanzer Zeitung", Otto Ammon, die spürbare Wirtschaftskrise, die verbreitete Unzufriedenheit mit der liberalen Gesetzgebung und den Umstand, daß der Kulturkampf in wachsenden Bevölkerungskreisen unpopulär zu werden beginne.[550] Dagegen machte die "Badische Correspondenz" in erster Linie die den Liberalen *"anererbte[n]... Trägheit und Sorglosigkeit"* für das unbefriedigende Abschneiden verantwortlich und hob hervor, daß die Ultramontanen im Gegensatz dazu den Wahlkampf mit *"militärischer Disziplin"* geführt hätten.[551] Interessant erscheint der

---

[547] BC: Landtagseindrücke, in BLZ 288/I/10. Dez. 1875.

[548] Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahlen vgl. ROTH/THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III. Im Wahlkreis Waldshut-Säckingen unterlag der nationalliberale Bewerber, Albert Bürklin, dem Kandidaten der Katholischen Volkspartei, Alois Dietsche, mit 61 zu 67 Stimmen; bei der erforderlichen Neuwahl setzte sich Dietsche mit 69 gegen 59 Stimmen gegen seinen nationalliberalen Herausforderer Rünzi durch (EBD., S. 306). Außerdem konnte sich der ultramontane Kandidat, Friedrich Hug, im Bezirk Oberkirch-Achern mit 67 zu 44 Stimmen deutlich gegen seinen nationalliberalen Konkurrenten, Springmann, behaupten (EBD., S. 314).

[549] Friderich an Kirsner, 8. Okt. 1875, GLA N Kirsner/11. Siehe auch Friderich an Kirsner, 12. Aug. 1875, EBD.

[550] [AMMON], S. 8-10.

[551] BC v. Mitte Okt. 1875 (GLA 69 v. Freydorf/456).

Wahlausgang im Rastatter Bezirk, in dem der spätere badische Innenminister, August Eisenlohr[552], gegen den Kandidaten der Katholischen Volkspartei, Leopold Neumann, mit 48 zu 75 Wahlmännerstimmen deutlich unterlag.[553] Diese drei von den Nationalliberalen verlorenen Wahlkreise blieben in den folgenden Jahrzehnten, abgesehen von einer kurzen Periode, im Besitz der Katholischen Volkspartei. Allerdings wurde die nationalliberale Fraktion durch Eduard Fauler und vor allem durch August Lamey verstärkt, der dem Landtag bis zum Jahr 1893 ununterbrochen angehörte und seit 1876 die Stellung des Kammerpräsident einnahm. Eine besondere Bedeutung besaß der Wiedereintritt dieser beiden Führungspersönlichkeiten in die Zweite Kammer auch deshalb, weil das Verhältnis zwischen Lamey und Jolly weiterhin gespannt war - Ammon sprach in Bezug auf Lameys Mandatsannahme von einem *"Sturmsignal"*[554] - und weil Fauler innerhalb der Partei als einer der entschiedensten Kulturkämpfer galt.

Die Auseinandersetzungen in der Landtagsperiode 1875/76 wurden Ende Juli 1875 durch einen Auftritt Kiefers in Lahr eingeleitet, bei dem er ein Programm für die bevorstehende Session entwickelte, das die Einführung der obligatorischen Simultanschule und eine Verfassungsreform, nämlich die Abschaffung der Ersten Kammer und einjährige Budgetperioden, umfaßte.[555] Da Kiefer wußte, daß die Abschaffung der Ersten Kammer auf den unbedingten Widerstand Friedrichs I. und Jollys stoßen würde, liegt die Vermutung nahe, daß er die beiden Reformprojekte mit der Absicht koppelte, die Einführung der Simultanschule innerhalb der Partei durchzusetzen. Im Anschluß an die Lahrer Rede entbrannte zwischen der "Konstanzer Zeitung", die von dem zum rechten Parteiflügel zählenden Ammon herausgegeben wurde, und der von Kiefer redigierten "Badischen Correspondenz"

---

[552] Friedrich Wilhelm August Eisenlohr (1833-1916):

Jurist und nationalliberaler Politiker, 1866-71 MdIIK u. 1877/78 MdR, 1890-92 faktisch Leiter des Innenministeriums u. 1892-1900 Innenminister. Vgl.: Bad. Biogr. NF 4, S. 72-74; Karl GLOCKNER, Minister Eisenlohr, in: Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege 48 (1916), Nr. 7 u. 8, S. 37-45.

[553] ROTH/THORBECKE, S. 316.

[554] [AMMON], S. 13.

[555] Siehe BLZ 173/I/28. Juli 1875; [AMMON], S. 10f. Vgl. zum badischen Kulturkampf in den Jahren 1875/76: BECKER, Liberaler Staat, S. 346-366; STADELHOFER, S. 8, 21-25; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 174f.; DERS., Südwesten, S. 164f.; EHRISMANN, S. 35-42; Helmut BIER, Der Kampf um die badische Simultanschule in Vergangenheit und Gegenwart, Diss. Erlangen 1929, Pforzheim 1929, S. 28-37; [AMMON], S. 10-32; BAER, Kiefer, S. 41-43, 48f.; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 269-279; HAUSRATH, Jolly, S. 300-308; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 394, 397-399; DOR, Lender, S. 142-146; SCHOFER, Kübel, S. 177-183; BACHEM, Bd. 4, S. 380f.

ein heftiger Streit über die Programmpunkte, in dessen Verlauf deutlich wurde, daß die Forderung nach Einführung der obligatorischen Simultanschule innerhalb der Nationalliberalen Partei nicht auf uneingeschränkte Zustimmung stieß und daß eine grundlegende Verfassungsreform nicht mehrheitsfähig war. Ammon übte in der "Konstanzer Zeitung" scharfe Kritik an Kiefers Programm: *"Wir wünschen nicht, den im Augenblick ruhenden Schulstreit von Neuem entbrennen zu sehen, wegen einer Sache, die für 9/10 aller Gemeinden ohne praktische Bedeutung ist."*[556] Man sei für eine Reform der Ersten Kammer, so hieß es weiter, aber entschieden gegen deren Abschaffung, und die einjährige Budgetperiode würde die unerwünschte Folge haben, daß sich bürgerliche Kandidaten zukünftig noch seltener zur Annahme eines Mandats bereit erklären würden. Zugleich war Ammon der Auffassung, die regierende Partei müsse auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht nehmen, welche die Lösung der wirtschaftlichen Probleme als vorrangig ansehe und nach der umfangreichen Gesetzgebung der vergangenen Jahre den Wunsch nach Ruhe verspüre - verfassungspolitische Experimente und die Fortsetzung des Kulturkampfes, der unpopulär zu werden beginne, würden hingegen abgelehnt.[557]

Auch Kirsner, einer der führenden Repräsentanten der gemäßigten Richtung innerhalb der Nationalliberalen Partei, schaltete sich in die Auseinandersetzungen ein und forderte Kiefer in einem Schreiben auf, in der Frage der Verfassungsreform zukünftig vorsichtig vorzugehen.[558] Daraufhin schilderte der ebenfalls zum gemäßigten Flügel zählende Friderich in einem Schreiben an Kirsner die Haltung des Landesausschusses[559] in dieser Frage: Man vertrete einstimmig die Auffassung, so erläuterte er, daß das Thema Verfassungsreform - Umgestaltung der Ersten Kammer und jährliche Budgetperioden - im Parteiprogramm nicht übergangen werden könne, daß dieser Fragenkomplex allerdings mit äußerster Vorsicht behandelt und als Fernziel bezeichnet werden müsse, um eine Zersplitterung der Partei zu verhindern. Kiefer habe eingesehen, daß die anderen Mitglieder des Parteivorstandes seinem Tempo in der Frage der Verfassungsreform nicht folgen würden, so berichtete Friderich weiter, und sich deshalb mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt. Gleichzeitig ließ Friderich aber auch erkennen, daß er einen

---

[556] Zit. nach [AMMON], S. 11 (Hervorhebung im Original). Siehe zu den innerparteilichen Spannungen den Zeitungsartikel: Karlsruhe, 19. Aug. 1875 (GLA 69 v. Freydorf/456).

[557] [AMMON], S. 7-10.

[558] Siehe Friderich an Kirsner, 12. Aug. 1875, GLA N Kirsner/11.

[559] Dem Landesausschuß gehörten im August 1875 folgende Mitglieder an: Kiefer als Vorsitzender, außerdem Lamey, Bluntschli, Eckhard, Kirsner, Friderich, Paravicini, Baer, Blum, Pflüger, Schmidt und Stigler (nach BLZ 196/I/24. Aug. 1875).

erheblichen Teil der Kritikpunkte der "Konstanzer Zeitung" an Kiefers Programm für berechtigt hielt.

Auf der von etwa 300 Teilnehmern besuchten Offenburger Landesversammlung, Ende August 1875, wurde der von Kiefer begründete Wahlaufruf für die Landtagswahl im Herbst, nachdem Ammon mehrere Kritikpunkte vorgetragen hatte, einstimmig angenommen.[560] Entsprechend der Entscheidung des Parteivorstands wurde im Programm das Thema Verfassungsreform nur äußerst vage angesprochen, während der Kulturpolitik ein breiter Raum eingeräumt und die Notwendigkeit einer entschiedenen Fortsetzung des Kulturkampfes unterstrichen wurde: Der ultramontane Gegner, der über eine Fülle von Agitationsmitteln verfüge und vom Ausland aus einheitlich geführt werde, so hieß es, sei *"durch zögernde Haltung oder durch das Bemühen um verfrühte Friedensschlüsse nie zu versöhnen, sondern stets nur durch die fortdauernde Kraft einer fest auf den Rechten des Staates beharrenden Politik zu besiegen"*. An konkreten Forderungen wurde unter anderem die Einführung der obligatorischen Simultanschule genannt, wobei Kiefer die Behauptung aufstellte, die überwiegende Mehrheit der freisinnigen Bevölkerung Badens würde die unverzügliche Verabschiedung eines solchen Schulgesetzes verlangen. Nach Ammons Bericht bildete das Landtagsprogramm einen Kompromiß zwischen den innerparteilichen Gruppierungen, wobei dem linken Flügel als Gegenleistung für seinen Verzicht auf eine grundlegende Verfassungsreform die Fortsetzung des Schulkonflikts zugestanden wurde.[561]

Dagegen sah Ministerpräsident Jolly keine Notwendigkeit zur generellen Einführung der Simultanschule, da lediglich in 153 der fast 1600 badischen Gemeinden Schulen der beiden christlichen Konfessionen nebeneinander bestanden.[562] Aber auch grundsätzlich stand Jolly der Simultanisierung ablehnend gegenüber, da er in einklassigen Gemeinschaftsschulen die geregelte Erteilung des Religionsunterrichts, den er aus sittlichen Gründen für unentbehrlich hielt, als gefährdet ansah.[563] Der ausschlaggebende Faktor war für ihn aber die Rücksichtnahme auf den Großherzog, der einen wachsenden *"Widerwille[n] gegen*

---

[560] Wahlaufruf in BLZ 196/I/24. Aug. 1875. Versammlungsberichte in BLZ 196/I/24. Aug. 1875, außerdem BLZ 201/I/29. Aug. u. 201/II/29. Aug. 1875: Rede Kiefer's bei der Landesversammlung der nationalen und liberalen Partei in Offenburg; BB 191/24. Aug. 1875. Siehe auch [AMMON], S. 13-16.

[561] [AMMON], S. 15.

[562] Vgl. zum Simultanschulgesetz besonders BECKER, Liberaler Staat, S. 358-364.

[563] Dazu HAUSRATH, Jolly, S. 301f.

die Forderungen des Aufklärungsradikalismus seiner badischen Doktrinäre"[564] empfand. Bereits vor dem Offenburger Parteitag hatte Friedrich I. in einem Schreiben an Jolly betont, daß er den Beratungen mit Spannung entgegensehe und es sehr beklagen würde, wenn sich das Programm an den Positionen Kiefers und Bluntschlis orientieren würde, denn daraus müßten Schwierigkeiten entstehen, die zu *"völliger Trennung"* führen könnten.[565] Anschließend drückte der Großherzog offen seine Verärgerung über die Entwicklungen innerhalb der Nationalliberalen Partei aus:

> *Eine liberale Parthei die so radical wird daß sie die s. g. Democraten noch überbietet, darf wohl keinen Anspruch darauf machen, fortan als eine Regierungsparthei zu gelten, denn sie beraubt sich der festen Grundlage auf der allein bleibend gebaut u. erhalten werden kann was man schaffen will. Das Regieren ist eine zu ernste Sache, als daß man damit spielen dürfte und es wird in der That ein verderbliches Spiel, wenn man Versuche machen will, in Fragen, bei denen der Versuch zum Ruin werden kann.*

Trotz der Offenburger Beschlüsse versicherte Jolly in seinem Antwortschreiben dem Großherzog, daß er ein Gesetz über die obligatorische Simultanschule nicht konzedieren werde.[566] Stattdessen hoffe er, so führte er aus, eine *"besonnene Mehrheit"* in der nationalliberalen Fraktion davon zu überzeugen, *"daß die zwangsweise Einführung der gemischten Schule eine inhaltsleere Form ist, die zu endlosen Agitationen führen wird",* weil in der überwiegenden Mehrheit der Gemeinden nur eine Konfession vertreten sei. Sollte die Volkskammer trotzdem auf ihrer Forderung bestehen, so kündigte er an, die Regierungsvorschläge mit Hilfe der Ersten Kammer und der Drohung, *"daß sonst gar nichts geschähe"*, durchzusetzen.

Noch vor Beginn der Landtagsperiode mußte Jolly allerdings erkennen, daß er innerhalb der nationalliberalen Fraktion keine Mehrheit für einen Kompromißvorschlag finden würde und daß deshalb die zweite kirchenpolitische Gesetzesvorlage - das Dotationsgesetz, auf das Friedrich I. größten Wert legte - gefährdet war. Aus diesem Grund sah sich der Staatsminister gezwungen, den Nationalliberalen entgegenzukommen und einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Si-

---

564 Aus Gelzers Tagebuch, 17. Mai 1874, Walther Peter FUCHS (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871-1907, Bd. 1: 1871-1879, Stuttgart 1968, S. 174. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. A, Bd. 15)

565 Großherzog Friedrich I. an Jolly, 21. Aug. 1875, GLA 52 Jolly/18.

566 Jolly an Großherzog Friedrich I., 24. Aug. 1875, GLA 52 Jolly/19 (Abschrift), zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 360.

multanschule[567] vorzulegen, was zu einem heftigen Konflikt mit dem Großherzog führte, der erst kurz vor Eröffnung der Session, Ende November 1875, von diesem Vorhaben erfuhr. Um Friedrich I. zur Unterzeichnung der Vorlage zu bewegen, bot Jolly informell seinen Rücktritt an,[568] woraufhin der Großherzog nachgab, dann allerdings, durch Jollys Vorgehensweise in seinem monarchischen Selbstgefühl verletzt, seinerseits die Entlassung des Staatsministers in Betracht zog. Die Krise drang an die Öffentlichkeit, und so wurde in der oppositionellen Presse bereits über mögliche Nachfolger Jollys spekuliert, unter denen Roggenbach und der Konservative Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein genannt wurden. Erst nach dem Eingreifen des persönlichen Beraters Friedrichs I., Heinrich Gelzer, und nach einer Intervention Bismarcks war Jollys Stellung vorläufig gesichert.[569] Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Großherzog und Jolly war aber seit diesen Auseinandersetzungen von Grund auf erschüttert, so daß es äußerst fraglich erschien, ob sich der Staatsminister noch längere Zeit in seinem Amt halten könnte.

Über die Frage, ob aus Jollys stark geschwächter Stellung Konsequenzen zu ziehen seien, bestand zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Nationalliberalen Partei keine Einigkeit. Friderich, eine der Führungspersönlichkeiten der Gemäßigten, vertrat die Auffassung, man müsse unter allen Umständen auf Jolly Rücksicht nehmen und zukünftig behutsam auftreten, da, wie er glaubte, nach dessen Entlassung *"die Erbschaft des Ministeriums nicht in die Hände unserer Parthei Freunde übergehen dürfte"*.[570] Dagegen hielt die von Kiefer redigierte "Badische Correspondenz" offenbar keine Änderung der Taktik für notwendig und verkündete, die Einführung der gemischten Volksschule dürfe nicht *"in zögernder Weise u. mit nachtheiligen Halbheiten erstrebt werden"*, sondern es müsse durch Gesetzesbestimmungen *"jede Volksschule unseres Landes als eine*

---

[567] Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 45-54.

[568] HAUSRATH, Jolly, S. 303; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 271.

[569] HAUSRATH, Jolly, S. 305; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 276. Vgl. die Zeitungsartikel in GLA 69 v. Freydorf/456: Aus Baden, 20. Dez. 1875; Aus Baden, 17. Dez. 1875 [Zur Situation]; Vom Bodensee, 21. Dez. 1875.

[570] Friderich an Kirsner, 14. Dez. 1875, GLA N Kirsner/11. Auch der Fraktionsvorsitzende Bluntschli äußerte sich in einer Tagebuchnotiz in ähnlicher Weise: *"Ich wünsche, Jolly zu halten. Wir haben keinen Bessern zu erwarten. Kiefer ist zu sehr Heißsporn u. zu doctrinaer, um e. Ministerium bilden zu können. Lamey ist zu bequem. Ich bin zu alt u. habe zu wenig Neigung."* (Bluntschlis Tagebuch, Anfang Jan. 1876, ZBZ FA Bluntschli 32r)

nicht konfessionelle, d. h. gemischte Schule erklärt und hieran die entsprechende Folgerung angeschlossen werde[n]".[571]

Auch die unter Kiefers Vorsitz tagende Kommission der Zweiten Kammer nahm bei ihren Beratungen über die Regierungsvorlage keine Rücksichten auf Jollys Position und stellte zwei weitreichende Änderungsanträge. Auf Kiefers Vorschlag strich sie die Bestimmung, nach der ein Minderheitslehrer an einklassige Schulen berufen werden sollte, wenn in den letzten drei Jahren durchschnittlich mindestens 20 Kinder der konfessionellen Minderheit die Schule besucht hatten. Bei dieser Bestimmung befürchtete Kiefer, daß durch konfessionshomogene Klassen die Konfessionsschule indirekt wieder eingeführt werden könnte. Gleichzeitig fügte die Kommission, ebenfalls auf Kiefers Drängen, dem Regierungsentwurf einen Artikel hinzu, nach welchem die Regulativinstitute, an denen Ordensleute tätig waren, innerhalb eines Jahres geschlossen werden sollten.[572] Nach Auffassung Friedrichs I. überschritten diese beiden Änderungswünsche *"die Grenzen der wahren Freiheit und Gerechtigkeit weit"*[573], denn die Einstellung von Minderheitslehrern zum Schutz der evangelischen Minoritäten stellte für ihn eine unerläßliche Voraussetzung dar, um dem Gesetz seine Zustimmung geben zu können; ebenso lehnte Friedrich I. das beabsichtigte Vorgehen gegen die Regulativinstitute von vornherein ab, da er glaubte, mit einer solchen Regelung gegen seine Regentenpflichten zu verstoßen.

In einer Fraktionssitzung am 1. Mai 1876 einigten sich die Nationalliberalen darauf, den Kommissionsantrag zu unterstützen und diese Position bei der Abstimmung in der Zweiten Kammer für alle Fraktionsmitglieder als verbindlich zu erklären. Weil Stoesser durch diese Haltung das Zustandekommen des Gesetzes, auf das er großen Wert legte, gefährdet sah, trat er aus der Fraktion aus.[574] Wegen des Fraktionszwangs war es Jolly bei der Beratung des Gesetzentwurfs in der Zweiten Kammer nicht möglich, eine Mehrheit gegen die Kommissionsempfehlungen zu

---

[571] BC: Landtagseindrücke, in BLZ 288/I/10. Dez. 1875.

[572] Vgl. BC: Ueber die gesetzliche Einführung der gemischten Volksschule in Baden I u. II, in BLZ 101/I/30 Apr. u. 103/I/3. Mai 1876; BAER, Kiefer, S. 41f.; [AMMON], S. 26f.

[573] Großherzog Friedrich I. an Jolly, 16. oder 17. März 1876, GLA FA 13 K 26, zit. nach BECKER, Liberaler Staat, S. 362.

[574] Stoesser an Kiefer, 2. Mai 1876, abgedruckt in BLZ 85/I/11. Apr. 1880: "Der Konstanzer Geschichtsschreiber der liberalen Partei in Baden II". Siehe auch [AMMON], S. 27; Bad. Biogr. 5, S. 745f.; Vgl. die "Badische Correspondenz" (Landtagsaussichten, in BLZ 122/I/25. Mai 1876), die den Fraktionszwang gegen Angriffe der oppositionellen Presse verteidigte und in Ausnahmefällen - *"nur bei Gegenständen von hervorragendem Gewichte, wobei die Einheit der Partei von großem Werthe ist"* - als notwendig bezeichnete.

gewinnen. So billigte die Volkskammer die Ablehnung der Minderheitslehrer und den Änderungsantrag über die Aufhebung der Regulativinstitute mit großer Majorität, und nur die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei sowie die Minister Jolly und Turban, in ihrer Stellung als Abgeordnete der Zweiten Kammer, stimmten dagegen.[575]

In einem Artikel vom 20. Mai beurteilte die "Konstanzer Zeitung" die innenpolitische Lage in Baden als äußerst kritisch: Die Nationalliberalen wollten den Konflikt offensichtlich *"zum Bruche treiben"* und die Regierung könne sich *"nicht Niederlage auf Niederlage gefallen lassen und werde dem Dilemma zugedrängt, entweder abzutreten oder die Kammer aufzulösen"*.[576] Zur Überwindung der Krise vereinbarten Kiefer und Lamey mit Jolly eine Besprechung am 22. Mai, an der von nationalliberaler Seite außerdem Bluntschli, Friderich, Fauler und Marcus Pflüger[577] teilnahmen.[578] Im Vorfeld dieser Unterredung, bei der

---

[575] Vgl. Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, Prot.-H., S. 87-91 sowie KaZtg 106/4. Mai, 107/5. Mai (u. Beil.), 108/6. Mai (u. Beil.), 109/7. Mai u. 110/9. Mai 1876 (Beil.). Außerdem BC: Rede des Berichterstatters Abg. Kiefer in der Kammerverhandlung über die Einführung der gemischten Schule, in BLZ 115/I/17. Mai, 116/I/18. Mai u. 117/I/19. Mai 1876; BC: Aus der Schulgesetzverhandlung der 2. Kammer. Rede des Berichterstatters Abgeordneten Kiefer über die Regulativ- (Kloster-) Schulen, in BLZ 118/I/20. Mai, 119/I/21. Mai u. 119/II/21. Mai 1876. Siehe auch die Reaktionen in der Presse: Konstanzer Zeitung v. 11. Mai 1876, in BB 108/13. Mai 1876; BB 104/9. Mai: Kammereindrücke; BB 105/10. Mai 1876: Die Schulgesetzdebatte. Das liberale Blatt "Schwarzwälder" (in BB 108/13. Mai 1876) schrieb: *"Wir fragen nun, ob wir eine Parteiführung mit Unrecht bekämpft haben, die, wie sich immer mehr herausstellt, mehr von doktrinären Anschauungen, als von der Kenntniß des wirklichen Lebens geleitet ist. Wir fragen weiter, ob die liberale Partei sich heutzutage den Luxus erlauben darf, um eines an sich nicht sehr bedeutenden Erfolges willen ausgedehnte Volkskreise in ihren Gefühlen zu verletzten und sich immer mehr Feinde zu machen? Wer die Zeichen der Zeit versteht, der muß der liberalen Partei rathen, erst den vielen Neuerungen der letzten zehn Jahre Zeit zum Einleben und die von dem Uebergang unzertrennlichen unangenehmen Empfindungen vorübergehen zu lassen, ehe sie immer wieder neue Dinge aufgreift."* (Hervorhebungen im Original)

[576] Konstanzer Zeitung v. 20. Mai 1876, in BB 115/21. Mai 1876. Vgl. auch die demokratische Frankfurter Zeitung v. Ende Mai 1876 (GLA 69 v. Freydorf/457); Konstanzer Zeitung v. Ende Mai 1876: Zur Verständigung (Ebd.); Konstanzer Zeitung v. Ende Mai 1876, in BB 116/23. Mai 1876; BLZ 129/I/3. Juni 1876: Die politische Temperatur.

[577] Marcus Pflüger (1824-1907):

Gast- und Landwirt sowie liberaler Politiker, 1871-85 u. 1897-1903 MdIIK, 1897-1900 2. Vizepräsident der II. Kammer, 1874-87 u. 90-98 MdR, zunächst Mitglied der NLP, 1880 Austritt aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion u. Anschluß an die Liberale Vereinigung, 1884 Beitritt zur Deutschen Freisinnigen Partei, später zur Freisinnigen Volkspartei. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 504-506.

[578] Vgl. Kiefer an Bluntschli, 21. Mai 1876, ZBZ FA Bluntschli 7. 453.

über die Konfliktpunkte Schul- und Dotationsgesetz beraten werden sollte, sprach Kiefer davon, daß *"das Ergebniss dieser Verhandlung über das Schicksal des Landtages entscheiden"* werde. In einer Vorbesprechung, in der die nationalliberalen Vertreter eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen mit Jolly finden wollten, trug Lamey einen Vermittlungsvorschlag zum Schulgesetz und Kiefer einen solchen zum Dotationsgesetz vor, die anschließend diskutiert wurden. Nach Friderichs Darstellung verliefen die Verhandlungen mit Jolly zunächst schwierig, nahmen dann aber einen harmonischen Verlauf.[579] Die nationalliberalen Vertreter erklärten sich beim Schulgesetz zu einem Entgegenkommen bereit und wollten auf die Auflösung der Regulativinstitute verzichten sowie eine zehnjährige Übergangsbestimmung einführen, der zufolge die Anstellung eines Minderheitslehrers den Gemeinden gestattet sein sollte, in denen bisher bereits zwei Konfessionsschulen nebeneinander bestanden, was allerdings eine große Ausnahme war. Friderich berichtete weiter, Jolly habe erklärt, diese Vorschläge könnten als Diskussionsgrundlage dienen und er werde sie prüfen, so daß die Nationalliberalen zuversichtlich gewesen seien, eine Verständigung erzielt zu haben.

Als die Erste Kammer den Regierungsentwurf, abgesehen von einer geringfügigen Änderung, wiederherstellte und gleichzeitig bekannt wurde, daß dieser Beschluß hauptsächlich durch Jollys Intervention zustandekam,[580] war die nationalliberale Fraktion über das Verhalten des Staatsministers empört.[581] Unter diesem Eindruck verlangte die Gruppe um Kiefer sogleich die Ablehnung des Gesetzes in der Zweiten Kammer, doch konnte Friderich die Einberufung des Landesausschusses erreichen, der sich nach längerer, kontroverser Diskussion darauf einigte, der Schulkommission den Vermittlungsvorschlag vom Mai zu empfehlen. In der folgenden Fraktionssitzung wurde an Jollys Verhalten - das man als *"äusserste Rücksichtslosigkeit"* empfand - scharfe Kritik geübt: Wenn der Staatsminister tatsächlich an einer Verständigung über das Gesetz interessiert sei, so lautete die vorherrschende Meinung, hätte er nicht die Annahme des Regierungsentwurfs in der Ersten Kammer verlangen dürfen, und zumindest hätte er

---

[579] Vgl. Friderich an Kirsner, 16. Juni 1876, GLA N Kirsner/11. Siehe außerdem BC, in BLZ 140/I/18. Juni 1876.

[580] Vgl. Verhandlungen 1875/76, I. Kammer, Prot.-H., S. 108-121.

[581] Vgl. zum Folgenden Friderich an Kirsner, 16. Juni 1876, GLA N Kirsner/11. Die "Badische Correspondenz" (in BLZ 140/I/18. Juni 1876) kommentierte diese Vorgänge so: Die Regierung habe offenbar auf ein Maß an Gefügigkeit der nationalliberalen Fraktion spekuliert, das *"dem politischen Rufe und dem Glauben an die Unabhängigkeit der badischen Volksvertretung"* schaden würde - dadurch habe die Frage eine tiefere *"politische(n) Bedeutung"* erlangt.

die Kommission zuvor davon unterrichten müssen. Schließlich sprachen sich 24 Abgeordnete für den vom Parteivorstand empfohlenen Vermittlungsvorschlag aus, 5 legten sich nicht sofort fest, schlossen sich aber kurz darauf dieser Position an, und die Abgeordneten August Nicolai, Anton Schmidt, Heinrich Frech und Ignaz Bechert unterstützten die von der Ersten Kammer vorgeschlagene Fassung, die im wesentlichen der Regierungsvorlage entsprach. Abgesehen von dieser kleinen Gruppe war die gesamte Fraktion - sowohl die linke als auch die gemäßigte Richtung - zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit und wollte gegebenenfalls ein Scheitern des Schulgesetzes in Kauf nehmen. *"Die Fraktion wird, wenn die erste Kammer auf den Vermittlungsvorschlag nicht eingeht das Gesetz mit allen Stimmen gegen 4 ferwerfen"*, so kündigte der Gemäßigte Friderich an, betonte aber gleichzeitig, er *"bedaure das Zerwürfniß außerord."*.[582] Der linke Flügel war in diesem Fall sogar entschlossen, alle Projekte der Landtagssession scheitern zu lassen, wie Kiefer erklärte:

> *Sollte die Regierung auf ihrem §24a[583] beharren, so fällt das Schulgesetz. Dann würde aber auch der weitere Rest des Landtages (Ober-Rechnungskammer u. Pfarrdotation) Nichts sein. Ich glaube aber nicht, daß die Regierung es zu diesem Aeußersten kommen läßt. Es wäre wenigstens große Thorheit.[584]*

Nachdem auch die "Badische Correspondenz" Mitte Juni angedroht hatte, bei einer Ablehnung des nationalliberalen Kompromißvorschlags würde das Schulgesetz scheitern,[585] schreckte die Regierung vor den damit verbundenen tiefgreifenden

---

[582] Friderich an Kirsner, 16. Juni 1876, GLA N Kirsner/11.

[583] §24a des Regierungsentwurfs enthielt die Voraussetzungen, unter denen ein Minderheitslehrer angestellt werden konnte (Vgl. Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, 4. Beil-H., S. 47).

[584] Kiefer an Kirsner, 20. Juni 1876, GLA N Kirsner/12. Bluntschli übte an Kiefers Position heftige Kritik: In der Zweiten Kammer sei *"Kiefer sehr entschieden zum Widerstand entschlossen, ab. macht d. Leute d. kleinl. u. doctrinaeres Beharren u. Zwingen mißmuthig."* Wenn Kiefer von einer Idee begeistert sei, so schrieb Bluntschli weiter, verfolge er diese *"mit rücksichtslosem Eifer u. aeußerster Consequenz... bis ans Ziel..., verbunden mit einem starken Trieb d. Herrschsucht"* (Bluntschlis Tagebuch, Ende Juni 1876, ZBZ FA Bluntschli 32r).

[585] Die "Badische Correspondenz" (in BLZ 140/I/18. Juni 1876) schrieb: *"Sollte derselbe* [der Vermittlungsvorschlag der nationalliberalen Fraktion, d. V.] *der Regierung oder der 1. Kammer unannehmbar erscheinen, so wird sich wohl jedem Unbefangenen klar vor Augen stellen, daß für die Einführung der gemischten Volksschule, als der einzigen Gestalt unserer Volksschuleinrichtungen, zur Zeit das erforderliche Maß guten Willens in maßgebenden Kreisen nicht besteht. Dann wird man auch von Seiten der 2. Kammer es nicht allzu hoch anschlagen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf nicht zur Annahme gelangt, bei dem ein übergroßes Maß von Halbheiten und Ausnahmsbestimmungen den wahren Werth des angestrebten Fortschritts über Gebühr schädigt und herabsetzt."*

Konsequenzen zurück, denn, abgesehen von einer unvermeidlichen Auflösung der Kammer, wäre auch die Basis für eine weitere, enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung Jolly und der Nationalliberalen Partei zerstört und damit ein Kurswechsel notwendig gewesen.[586] So erfolgte Ende Juni die Annahme des Gesetzes mit 43 Stimmen, einschließlich der von Jolly und Turban, gegen die Voten der Katholischen Volkspartei.[587] Die endgültige Fassung des Gesetzestextes sah nicht die Auflösung der Regulativinstitute vor und enthielt in der Frage der Minderheitslehrer einen Kompromiß, nach dem das Recht auf einen zweiten Lehrer lediglich den Gemeinden zugestanden wurde, in denen bisher bereits zwei Konfessionsschulen nebeneinander bestanden hatten, wobei die Antragsfrist für einen Minderheitslehrer nach fünf Jahren ablief. Diese Formel machte allerdings das von Friedrich I. und Jolly verfolgte Ziel zunichte, denn statt der angestrebten dauerhaften Einrichtung für alle kleinen Gemeinden mit größeren konfessionellen Minderheiten enthielt das Gesetz eine Übergangsbestimmung, die lediglich auf 26 badische Kommunen zutraf. Trotz der Konzessionen hatte sich der linke Flügel der Nationalliberalen mit seiner intransigenten Position beim Schulgesetz weitgehend durchgesetzt.

Das zweite kirchenpolitische Projekt der Landtagsperiode 1875/76 bildete das Dotationsgesetz.[588] Seit dem Erlaß des Kirchengesetzes im Jahr 1860 hatten die beiden christlichen Kirchen mehrfach die Forderung nach Einführung einer Landeskirchensteuer erhoben, doch hatte sich die Regierung ablehnend verhalten. Seit Beginn der siebziger Jahre war, vor allem für die protestantische Landeskirche, eine Staatsdotation oder eine allgemeine Kirchensteuer ein dringendes Bedürfnis, da zwischen den Staatsbeamten und den Geistlichen ein wachsendes Einkommensgefälle bestand und als Folge die evangelisch-theologischen Fakultäten einen starken Rückgang der Studentenzahlen zu verzeichnen hatten. Jolly war gegen die Einführung einer Kirchensteuer, da er einen erheblichen Gewinn der Kirchen an finanzieller Unabhängigkeit und gesellschaftlich-politischem Einfluß befürchtete, und auch der Großherzog teilte diese Bedenken in Bezug auf die katholische Kirche, zumal er auch wegen seines partriarchalischen Amtsverständnisses das System der Staatsdotation favorisierte. Um die innerhalb

---

[586] BECKER, Liberaler Staat, S. 364.

[587] Vgl. Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, Prot.-H., S. 136f. Gesetz, die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 8. März 1868 über den Elementarunterricht betreffend, vom 18. Sept. 1876, GVB 1876, S. 305-308.

[588] Vgl. zum Dotationsgesetz besonders BECKER, Liberaler Staat, S. 349-358.

der evangelischen Kirche bestehenden Widerstände gegen die beabsichtigte Einführung der obligatorischen Simultanschule zu beseitigen, beabsichtigte Jolly, der protestantischen Geistlichkeit mit einer Besoldungserhöhung entgegenzukommen. Nachdem im Mai 1874 der Evangelische Oberkirchenrat die Einführung einer Staatsdotation anstelle einer Kirchensteuer akzeptiert hatte, sprach sich im Frühjahr des folgenden Jahres eine Versammlung protestantischer Geistlicher in Heidelberg zwar prinzipiell für die Kirchensteuer aus, befürwortete aber bis zu deren Einführung ebenfalls das System des Staatszuschusses. Dieser Resolution schloß sich Bluntschli uneingeschränkt an, und auch Kiefer, einer der entschiedensten Befürworter des Systems der kirchlichen Selbstbesteuerung, gab die Erklärung ab, er sei mit einer auf wenige Jahre befristeten Staatsdotation einverstanden.

Zu Beginn der Landtagsperiode 1875/76 legte Jolly den Entwurf eines Gesetzes über die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln vor, das nicht näher befristet war und bis zur Einführung der Kirchensteuer in Kraft bleiben sollte.[589] Besonders um die katholischen und altkatholischen Mitglieder der nationalliberalen Fraktion für die Staatsdotation zu gewinnen, war vorgesehen, den Kirchen die freie Verfügungsgewalt über die sogenannten Interkalargefälle, Einkünfte aus unbesetzten Pfründen, zu entziehen. Von dieser Regelung wäre in erster Linie die katholische Kirche betroffen gewesen, für welche die Interkalarfonds die Hauptquelle der allgemeinen kirchlichen Ausgaben darstellten. Die Verwendung dieser Mittel sollte nach dem Gesetzentwurf der Zustimmung des Staates unterliegen und vornehmlich der Besoldungsaufbesserung der Geistlichen dienen.

Im Widerspruch zu der von Kiefer im Frühjahr 1875 auf der Heidelberger Versammlung gegebenen Zusage, einer auf wenige Jahre befristeten Staatsdotation zuzustimmen, stellte die unter seinem Einfluß stehende "Badische Correspondenz" Anfang Dezember unmißverständlich fest: *"Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir heute schon aussprechen, daß dieses System der Dotation in der 2. Kammer schwerlich angenommen werden wird."*[590] Ein wesentlicher Grund für Kiefers Widerstand ist in seinem gespannten Verhältnis zu Jolly zu sehen, das sich - nach dem Offenburger Konflikt der Jahre 1868/69 - seit dem Frühjahr 1875 wegen der Frage der Einführung der obligatorischen Simultanschule äußerst verschlechtert hatte. Außerdem befürchtete der nationalliberale Parteiführer offenbar, daß der

---

[589] Vgl. Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 61-75.

[590] BC: Landtagseindrücke, in BLZ 288/I/10. Dez. 1875.

Ministerpräsident beabsichtige, die Staatsdotation zu einem dauerhaften Provisorium zu machen. Darüber hinaus bestanden in der Frage Staatsdotation oder Selbstbesteuerung der Kirchen grundlegende Meinungsdifferenzen zwischen Kiefer und Jolly. Wenn die kirchlichen Ausgaben nicht durch das Kirchenvermögen gedeckt werden konnten, hielt der nationalliberale Parteiführer nur die Kirchensteuer mit dem Prinzip der Selbstverwaltung vereinbar, denn bei der Dotation würden die Geistlichen als Staatsbeamte behandelt, so meinte er, und dies widerspreche dem liberalen Trennungsprinzip von Staat und Kirche.[591] Zugleich sah Kiefer in dem System der Staatsdotation eine große Ungerechtigkeit, denn die Zuschüsse würden aus Steuergeldern bestritten, zu denen auch Katholiken und Juden beitragen müßten, so argumentierte er, ohne daß sie davon profitieren könnten; für den nationalliberalen Parteiführer stand der Ausschluß der katholischen Kirche vom Empfang der Staatszuschüsse von vornherein fest. Wegen der Disziplin in der katholischen Kirche hielt Kiefer darüber hinaus Jollys Ansicht für illusorisch, daß die niedere katholische Geistlichkeit durch staatliche Geldzuschüsse für die Regierung gewonnen werden könnte.

Allerdings war Kiefers Position innerhalb der Fraktion heftig umstritten, und besonders in den Reihen der katholischen und altkatholischen Mitglieder bestanden starke Vorbehalte gegenüber der Kirchensteuer. Vor der entscheidenden Fraktionssitzung Mitte Februar 1876, auf der die nationalliberale Haltung zum Pfarrdotationsgesetzentwurf geklärt werden sollte, versuchte Kiefer, den Fraktionsvorsitzenden Bluntschli unter Druck zu setzen: *"Ich bin fest entschlossen (ebenso Lamey) in der Dotationsfrage (die schamlos von den liberalen Pfaffen betrieben wird) um keines Haares Breite zurückzuweichen"*, so erklärte er und drohte unverhohlen: *"Wenn aber die Mehrheit der Partei für den Dotationsentwurf stimmt, so werde ich alsbald den Vorsitz im Landesausschusse u. überhaupt die Eigenschaft eines Mitgliedes dieses Lezteren niederlegen."*[592] Dann könne Stoesser die Führung der Partei übernehmen, so fügte er hinzu. Bezeichnend ist Kiefers Bemerkung, er werde sich nicht zum zweiten Mal in eine Stellung bringen lassen, *"wo keine Ehre zu haben ist"*, was eine Anspielung auf seine Niederlage gegen Jolly

---

[591] Siehe die Artikelserie in der "Badischen Correspondenz": Betrachtungen zu dem badischen Gesetzentwurfe über die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln I-III, in BLZ 289/I/11. Dez., 297/I/21. Dez., 298/I/22. Dez., 303/29. Dez. u. 304/I/30. Dez. 1875; BC: Ueber kirchliche Umlagen in Baden 3. Ein Umlagegesetz, in BLZ 117/I/21. Mai 1874. Außerdem BAER, Kiefer, S. 48.

[592] Kiefer an Bluntschli, 1. Febr. 1876, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

während der Offenburger Fronde in den Jahren 1868/69[593] war und zugleich ein Hinweis darauf ist, daß bei Kiefers erneuter Opposition auch sein verletztes Ehrgefühl und eine persönliche Animosität gegen den Staatsminister eine Rolle spielten.

Wegen der erheblichen Differenzen innerhalb der regierenden Partei sah Kirsner vor Beginn der Fraktionssitzung die Gefahr eines *"heftigen Aufeinander-zu möglicher Weise sogar Auseinanderplatzens der Partei"*.[594] Während der Beratungen konnte sich Kiefer mit seiner Forderung nach einer Ablehnung des Dotationsgesetzentwurfs und nach einem Festhalten an der Einführung der Kirchensteuer durchsetzen. Kirsner drückte nach der Sitzung, an der er nicht teilnehmen konnte und von deren Verlauf er durch Bluntschli unterrichtet wurde, seine Befriedigung über den *"relativ günstigen Verlauf(s)"* aus und richtete an den Fraktionsvorsitzenden die dringende Bitte, *"jeden etwa noch vorhandenen Rest von Gefahr"* durch seine persönliche Vermittlung zu beseitigen.[595] Erheblich kritischer äußerte sich dagegen der Abgeordnete Robert Gerwig: Es gehe in der Fraktion *"sehr terroristisch"* zu und Anton Schmidt, der einer der führenden Vertreter der Altkatholiken innerhalb der Nationalliberalen Partei war, habe aus Protest seinen Austritt aus der Fraktion erklärt, so berichtete er Kirsner.[596] Kiefer und Lamey würden Jolly das Leben schwer machen, die Parlamentssitzungen würden zunehmend aggressiver und bei der letzten Rede des Staatsministers vor der Zweiten Kammer habe er den Eindruck gehabt, dieser fühle mittlerweile den Boden nicht mehr unter den Füßen - er befürchte, so faßte Gerwig seinen Eindruck zusammen, man gehe schlimmen Zeiten entgegen.

Um den Dotationsgesetzentwurf der Regierung zu retten, griff Jolly zu einem drastischen Mittel und stellte in der "Karlsruher Zeitung" die Vertrauensfrage: Das Verhalten der nationalliberalen Fraktion wäre nur in dem Fall verständlich, wenn sie ein *"systematischer Gegner der Regierung"* wäre und *"um jeden Preis*

---

[593] Dazu Kapitel 2.2.

[594] Kirsner an Bluntschli, 23. Febr. 1876, ZBZ FA Bluntschli 7.458 (Unterstreichungen im Original).

[595] EBD. Bereits Anfang Februar hatte Kirsner in einem Schreiben an Bluntschli die dringende Notwendigkeit betont, in der gegenwärtigen Lage vermittelnd und versöhnend zu wirken, damit der Liberalismus in Baden nicht Schaden nehme. (Kirsner an Bluntschli, 5. Febr. 1876, EBD.)

[596] Gerwig an Kirsner, 24. Febr. 1876, GLA N Kirsner/11.

Verwerfung des Gesetzes" erreichen wollte.[597] Von einer regierenden Partei erwarte man hingegen, daß sie bei einer Gesetzesvorlage, auf welche das Ministerium entscheidenden Wert lege, ein *"auf wirkliche Verständigung innerhalb der wesentlichen sachlichen Bestimmungen des Entwurfs gerichtetes Verhalten"* zeige. Im Falle einer Ablehnung des Gesetzes hätten die Nationalliberalen "*alle(n) daran sich anknüpfenden Konsequenzen"* zu tragen, so drohte das Regierungsblatt. Bereits wenige Tage später stellte Bluntschli in einem Korrespondentenbericht für die Augsburger "Allgemeine Zeitung" die Behauptung auf, die Einheit der Nationalliberalen Partei sei wiederhergestellt, die Position der Regierung Jolly gestärkt und damit die badische Krise überwunden.[598] Der nationalliberale Landesausschuß, dessen Mitglieder unterschiedliche Positionen vertreten würden, habe mit großer Offenheit die Sachprobleme erörtert und eine gemeinsame Linie gefunden, so hieß es: Man wolle das Ministerium Jolly von nun an einmütig unterstützen, *"allerdings nicht in serviler, sondern in der Weise wie es freien und denkenden Männern geziemt, mit fester Bewährung der eigenen Ueberzeugung"*. Umgekehrt habe auch das Ministerium seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der Nationalliberalen Partei bekundet, und deshalb könnten die beiden kulturpolitischen Gesetzesvorlagen der Landtagsperiode als gesichert gelten, so unterstrich Bluntschli.

Daß der Fraktionsvorsitzende die Stimmung der nationalliberalen Abgeordneten bewußt oder unbewußt falsch einschätzte, zeigte sich bereits zwei Tage nach Abfassung des Artikels. Für die gemäßigte Richtung, die sich bei der Fraktionssitzung im Februar Kiefers Position untergeordnet hatte, stellte Jollys Artikel in der "Karlsruher Zeitung" das Signal dar, um den in den vergangenen Monaten aufgestauten Unmut über den Kurs des Parteiführers zum Ausdruck zu bringen: In einer dreistündigen, äußerst heftig verlaufenden Fraktionssitzung am 18. März - Bluntschli sprach von einem *"Sturmwetter"* innerhalb der Partei - übten die Gemäßigten scharfe Kritik an dem unversöhnlichen Kurs Kiefers und ein Teil der Abgeordneten sprach sich für die Regierungsvorlage aus, so daß zeitweise die

---

[597] KaZtg v. 12. März 1876, in BLZ 62/I/14. März 1876. Siehe auch BAUMGARTEN/JOLLY, S. 273f. Vgl. die Reaktion der "Badischen Correspondenz" (Zur Abwehr gegen die Karlsruher Zeitung, in BLZ 64/I/16. März 1876).

[598] Allgemeine Zeitung (Augsburg) 79/19. März 1876, Bluntschlis Korrespondentenbericht vom 16. März (GLA 69 v. Freydorf/457). Siehe auch BC: Ueber die national-liberale Partei in der 2. bad. Kammer und die Badische Korrespondenz, in BLZ 70/23. März 1876.

Gefahr einer Parteispaltung drohte.[599] Zwar konnte Kiefer mit Lameys Hilfe sein Ansehen wahren, denn die Fraktion sprach ihm am Ende der Sitzung einstimmig das Vertrauen aus, doch erlitt er eine schwere Niederlage, was daran deutlich wird, daß er in den folgenden Tagen mit Jolly Verhandlungen aufnahm und sich überraschend bereit erklärte, einer zeitlich befristeten Staatsdotation zuzustimmen. Der zwischen Parteidelegierten und dem Staatsminister ausgehandelte Kompromiß beinhaltete Jollys Grundsatz einer gesetzlichen Regelung der Staatsdotation, eine Befristung des Gesetzes auf maximal sechs Jahre und die Ersetzung des Gehorsamsreverses durch eine andere Regelung.[600] Kiefers Niederlage ist auch daran abzulesen, daß die nationalliberale Fraktion für drei Budgetperioden auf ihr Etatrecht über die Staatszuschüsse an die Kirchen verzichtete, was in einem krassen Gegensatz zu den Bemühungen des linken Flügels stand, den Einfluß des Parlaments gegenüber Regierung und Bürokratie zu stärken.

Die Nachgiebigkeit in der Grundsatzfrage war vermutlich eine Ursache dafür, daß sich ein Teil der nationalliberalen Fraktion beim Gehorsamsrevers äußerst kompromißlos zeigte und dieser, wie Bluntschli es formulierte, *"an sich unbedeutende(r) Punkt... von beiden Seiten zu einer Principien- und Cardinalfrage aufgebauscht und zugespitzt"*[601] wurde. Zwar stimmten beide Richtungen innerhalb der Nationalliberalen Partei mit Jolly darin überein, daß Geistliche, die sich nicht an die Gesetze hielten, vom Empfang einer Staatsdotation ausgeschlossen werden müßten, doch bestanden erhebliche Differenzen über die Frage, wie dieses Ziel erreicht werden solle. In der Regierungsvorlage war vorgesehen, die Auszahlung der Staatszuschüsse an die Bedingung zu knüpfen, daß die Geistlichen eine schriftliche Erklärung abgaben, daß sie alle Gesetze und Anordnungen des Staates befolgen würden. Bei der protestantischen Geistlichkeit stieß diese Regelung aber

---

[599] Vgl. Bluntschlis Tagebuch, 18. März 1876, ZBZ FA Bluntschli 32r. Auch der Fraktionsvorsitzende schloß sich in seinen Tagebuchaufzeichnungen der Kritik am Parteivorsitzenden an: "*Kiefer verletzt durch eigenmaechtiges zuweilen schroffes u. kühnes Vorgehen die Meisten. Er ist e. edler Charakter, will d. Gute, ist opferbereit, studirt die Sachen, hat Muth u. Schneide, aber er ist zu eigenartig, zu herrisch, zu sehr von seiner Meinung erfüllt u. getrieben, um e. guter Parteiführer zu sein. Er hat durch d. Lithogr. Correspondenz, die er redigirt, u. d. se. doctrinaere u. doch leidensch. Haltung Viele verstimmt u. gereizt. Seine Verdienste halten ab von lebh. Widerspruch, u. d. Gefahr, daß er wieder d. Erreg. geisteskrank werde, haelt d. kraeftigen Naturen zurück, die sonst ihm entgegen treten würden. Dabei beteuscht er Lamey, der sonst die Personen u. Sachen richtig beurtheilt... die Partei wird mit Mühe zus. gehalten.*" (EBD.). Vgl. auch [AMMON], S. 22f.

[600] BECKER, Liberaler Staat, S. 353.

[601] Allgemeine Zeitung (Augsburg) 79/19. März 1876 (GLA 69 v. Freydorf/457).

auf entschiedene Ablehnung, der sich auch der Evangelische Oberkirchenrat anschloß.

Von nationalliberaler Seite unterstützte vor allem Lamey diesen Widerstand und setzte sich für eine Streichung des Reverses ein, da dieser seiner Auffassung nach für die evangelischen Geistlichen eine Beleidigung darstelle und die katholischen Priester benachteilige, da sie ihn aus Gründen der Kirchendisziplin nicht unterzeichnen könnten.[602] Allerdings bestand auch in dieser Frage keine Einigkeit innerhalb der nationalliberalen Fraktion, denn während sich Kiefer Lameys Position anschloß, war Bluntschli bereit, den Revers zu akzeptieren.[603] Der Staatsminister bestand sowohl auf der Erklärung als auch auf einer formal paritätischen Behandlung der beiden christlichen Kirchen. Bei einer Besprechung zwischen führenden Vertretern der nationalliberalen Fraktion und Jolly Ende Mai präsentierte Kiefer einen Vermittlungsvorschlag, der die Basis für eine Verständigung bildete.[604] Der schließlich erreichte Kompromiß sah vor, die Versicherung des unbedingten Gesetzesgehorsams von den Kirchenoberhäuptern zu verlangen,[605] doch da ein solcher Revers Friedrich I., als evangelischer Landesbischof, nicht zugemutet werden konnte, entfiel er für die protestantische Landeskirche und damit war der Gleichheitsgrundsatz faktisch durchbrochen - damit hatten sich Lamey und Kiefer gegen Jolly durchgesetzt. Ende Juni 1876 nahm die Zweite Kammer das Gesetz gegen die Stimmen von zwei nationalliberalen Abgeordneten, drei Demokraten und den Parlamentariern der Katholischen Volkspartei an;[606] auch die Erste Kammer billigte das Gesetz Anfang Juli bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung.[607]

---

602 Siehe BC: Zur Abwehr gegen die Karlsruher Zeitung, in BLZ 64/I/16. März 1876; LEWALD, S. 44f.

603 Protestantische Kirchenzeitung für das evangelische Deutschland 23 (1876), S. 173f.

604 Vgl. Friderich an Kirsner, 16. Juni 1876, GLA N Kirsner/11 u. Kiefer an Bluntschli, 21. Mai 1876, ZBZ FA Bluntschli 7.453.

605 Siehe BC: Gesetzentwurf, betr. die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln, in BLZ 125/I/30. Mai 1876.

606 Vgl. Verhandlungen 1875/76, II. Kammer, Prot.-H., S. 138-142 sowie KaZtg 148/24. Juni, 149/25. Juni (u. Beil.), 150/26. Juni, 151/27. Juni (u. Beil.) u. 152/28. Juni 1876 (Beil.).

607 Vgl. Verhandlungen 1875/76, I. Kammer, Prot.-H., S. 143-151. Gesetz, die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln betreffend, vom 25. Aug. 1876, GVB 1876, S. 225-230.

Die Entlassung Jollys, die der Großherzog Ende September 1876 vornahm, war die Folge eines allmählichen Distanzierungsprozesses zwischen den beiden Männern, der bereits seit mehreren Jahren andauerte und für den in erster Linie sachliche Differenzen verantwortlich waren.[608] Diese bezogen sich auf das angemessenen Maß an Zentralisierung, beispielsweise bei der Militärkonvention und den Eisenbahnen, vor allem aber auf die Kulturpolitik: Während Friedrich I. die Möglichkeit einer Beendigung des Kulturkampfes durch einen versöhnlichen Kurs gegenüber der katholischen Kirche in Betracht zog, war Jolly zu einer solchen Wende nicht bereit. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Friedrich I. und dem Staatsminister um das Simultanschulgesetz dürften den Auslöser für den Entschluß des Großherzogs dargestellt haben, Jolly zu entlassen, denn die zwangsweise Simultanisierung der Volksschulen widersprach den Vorstellungen Friedrichs I. von seinen Pflichten als christlicher Landesherr und oberster Bischof der evangelischen Kirche. Daneben spielten offenbar auch persönliche Motive eine Rolle, denn Jollys autoritäres und rücksichtsloses Verhalten verletzten das monarchische Selbstgefühl Friedrichs I., der außerdem entschlossen war, zukünftig vermehrt in die Landespolitik einzugreifen, was bei einem Verbleiben Jollys im Amt mit Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre.

Die demokratische "Neue Badische Landes-Zeitung" erkannte die Zusammenhänge richtig, als sie den Hauptgrund für Jollys Entlassung in dem *"nie endenwollende[n] Kirchenstreit"* sah, der das Bedürfnis nach Ruhe und kirchlichem Frieden hervorgerufen habe.[609] Ebenso erwies sich die Vorhersage des Blattes als zutreffend, nach dem Regierungswechsel seien eine *"Politik der Erhaltung des Bestehenden"* und eine Friedenspolitik mit der katholischen Kirche zu erwarten. Vernichtend fiel das rückblickende Urteil des späteren Führers der badischen Zentrumspartei, Theodor Wacker[610], über Jollys Regierungszeit aus: *"Es war eine traurige Zeit, die Periode des wüsten Kulturkampfes, der uns unsägliches Leid gebracht und die materiellen, geistigen und religiösen Güter des Volkes mehr geschädigt hat, als sich ermessen läßt; die Aera Jolly ist und bleibt einer der*

---

608 Dazu BECKER, Liberaler Staat, S. 364-366; BAUMGARTEN/JOLLY, S. 276-279; HAUSRATH, Jolly, S. 306-308.

609 Neue Badische Landes-Zeitung, in BB 219/27. Sept. 1876: Das Ministerium Jolly.

610 Theodor Wacker (1845-1921):

Geistlicher und Politiker der KVP bzw. des Zentrums, 1888-1921 Parteivorsitzender des badischen Zentrums, Verfechter eines Konfrontationskurses gegenüber dem Staat und der NLP, 1879-86 u. 1891-1903 MdIIK, 1891-1903 Fraktionsvorsitzender. Vgl.: Joseph SCHOFER, Erinnerungen an Theodor Wacker, Karlsruhe o. J. [1921]; Bad. Biogr. NF 2, S. 294-297.

dunkelsten Punkte in der Geschichte Badens."[611] Im Gegensatz dazu drückte die "Badische Correspondenz" ihr Bedauern über Jollys Rücktritt aus und erinnerte an die grundlegenden Weichenstellungen des vergangenen Jahrzehnts - sowohl in der Deutschland- als auch in der Innenpolitik -, an denen der Staatsminister maßgeblich beteiligt gewesen sei.[612] Gleichzeitig wies das nationalliberale Organ Spekulationen zurück, die Entlassung Jollys könnte in einem direkten Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen während der vergangenen Landtagsperiode stehen. Abschließend sprach die "Correspondenz" eine unmißverständliche Warnung an die Adresse der neuen Regierung aus:

> *An einen Wechsel des Systems zu glauben, war schwer, fast unmöglich. Aber auch selbst der Versuch eines Ministeriums, der politischen Richtung der großen Mehrheit der Volksvertretung eine Schwenkung zuzumuthen und ihre maßvoll beobachtete Selbständigkeit zu brechen, müßte dem entschlossenen Widerstand der national-liberalen Partei begegnen. Jede schwächliche Haltung der Kammermehrheit würde nicht nur ihre Würde auf's Tiefste verletzen, sondern auch der naturgemäße Anfang werden können, um sie von Konzession zu Konzession zu treiben... so wird und muß sie auch künftig die Fahne eines konsequenten Liberalismus fest in den Händen tragen.*

"Der ganze Gang unseres Landtags war ein ununterbrochener erbitterter Kampf",[613] so stellte Friderich gegen Ende der Session 1875/76 treffend fest und charakterisierte damit auch das Verhältnis zwischen den beiden Hauptrichtungen innerhalb der nationalliberalen Fraktion. In den meisten Fällen konnte sich die entschieden kulturkämpferisch eingestellte Gruppierung um Kiefer mit ihrer intransigenten Position durchsetzen, so daß sie den Kurs der nationalliberalen Fraktion maßgeblich bestimmte und sich zum Gegenspieler Jollys entwickelte. Dabei scheute die linke Gruppe nicht vor dem Einsatz von Druckmitteln zurück, wie Kiefers Rücktrittsdrohung, der Fraktionszwang bei der Abstimmung über das Simultanschulgesetz und Gerwigs Beschwerden über die Zwangsmaßnahmen

---

[611] Theodor WACKER, Kampf gegen den badischen Nationalliberalismus. Nothwendigkeit desselben, Kampfmittel und Aussichten, Freiburg 1888, S. 9. Siehe auch den Kommentar des "Badischen Beobachters" (219/27. Sept. 1876: Das Ministerium Jolly) über den Staatsminister: *"Die Culturkampfs-Idee war es, die ihn durchdrang, beherrschte und auf allen seinen Schritten und Tritten leitete... die tiefen Wunden, welche er den kirchlich gesinnten Katholiken geschlagen, werden sobald nicht vernarben."*

[612] BC: Zu Jolly's Rücktritt, in BLZ 226/I/27. Sept. 1876. Siehe auch die Stellungnahme der "Nationalzeitung", des Hauptorgans der Nationalliberalen Partei in Preußen (in BB 218/26. Sept. 1876).

[613] Friderich an Kirsner, 16. Juni 1876, GLA N Kirsner/11.

innerhalb der Fraktion belegen. Der linke Flügel hatte den Vorteil, mit Kiefer einen äußerst redegewandten und durchsetzungsfähigen Führer zu besitzen, den Lamey uneingeschränkt unterstützte, und außerdem mit der "Badischen Correspondenz" über ein Sprachrohr zu verfügen. Die gemäßigte Richtung, der eine vergleichbare Führungspersönlichkeit wie Kiefer fehlte, vertrat in der Kulturpolitik eine zurückhaltendere Position und nahm erheblich mehr Rücksichten auf Jollys geschwächte Stellung. Den größten Erfolg konnten die Gemäßigten erzielen, als sie, nachdem Jolly die Vertrauensfrage gestellt hatte, die Zustimmung zum System der Staatsdotation innerhalb der Fraktion durchsetzten und damit Kiefer eine empfindliche Niederlage zufügten. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die gemäßigte Gruppe im Falle einer kompromißlosen Haltung Kiefers von der restlichen Fraktion getrennt hätte, und möglicherweise ist dies die Erklärung für das überraschende Einlenken des Vorsitzenden. Somit konnte die nationalliberale Parteiführung am Ende der Landtagsperiode zufrieden sein, sowohl die Trennung von Regierung und Nationalliberaler Partei als auch die Spaltung der nationalliberalen Fraktion verhindert zu haben, wenn auch die Abgeordneten Stoesser, Turban und Schmidt aus der Fraktion ausgeschieden waren. Befriedigung konnte in nationalliberalen Kreisen auch darüber herrschen, daß man das gesetzte Ziel der Session, die Einführung der obligatorischen Simultanschule, erreicht hatte.

Dagegen lag Jollys Rücktritt nicht im Interesse der regierenden Partei, denn es war zu erwarten, daß sein Nachfolger die nationalliberalen Positionen weniger stark berücksichtigen würde. Auch war Ammons Vorwurf an die Adresse der Nationalliberalen, sie hätten sich nicht als eine *"regierungsfähige Partei*" erwiesen,[614] nicht unberechtigt. Der Herausgeber der "Konstanzer Zeitung" kritisierte, die Partei hätte sich, nachdem sie die obligatorische Simultanschule durchgesetzt hatte, bei den Einzelbestimmungen des Gesetzes kompromißbereit zeigen müssen, und außerdem hätte sie durch ein nachgiebiges Verhalten beim Dotationsgesetz unter Beweis stellen sollen, daß religiöse Fragen für sie von Bedeutung seien. Darüber hinaus mußten die nicht zu übersehenden Auswirkungen der Kulturkampfgesetze die Nationalliberalen nachdenklich stimmen. Die Seelsorge war nämlich nicht mehr in ausreichendem Maße gewährleistet, da über 300 Pfarreien und Vikarien vakant waren und die Zahl der Neupriester von 446 im Jahrzehnt 1855 bis 1865 auf nur 136 im Jahrzehnt 1875 bis 1885 sank, wobei diese wegen des Examensboykotts nicht eingestellt werden konnten.[615] Außerdem stellte

---

[614] [AMMON], S. 19f.

[615] SCHMIDT-VOLKMAR, S. 190.

die große Unruhe innerhalb der katholischen Bevölkerung, die wachsende Entfremdung zwischen den Nationalliberalen und einem beträchtlichen Teil der Katholiken sowie die Wahlerfolge der Katholischen Volkspartei für die regierende Partei Anlässe dar, um ihre Positionen zu überprüfen. Wenn auch die entschiedenen Kulturkämpfer für eine kompromißlose Fortsetzung der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche eintraten, so setzte in Teilen des nationalliberalen Lagers ein allmähliches Umdenken ein und man begann, die Notwendigkeit einer Entschärfung der Konfliktsituation zu erkennen. So notierte Bluntschli am Ende der Landtagsperiode 1875/76 in sein Tagebuch: *"Die ewigen bittern Ausfaelle gegen die Ultramontanen, u. dieser hinwied. gegen d. Liberalen u. der ganze unnöthige Eifer des unfruchtb. Culturkampfs sind mir a. zuwider"*.[616]

[616] Bluntschlis Tagebuch, Ende Juni 1876, ZBZ FA Bluntschli 32r. Dagegen hatte sich Bluntschli fünf Jahre zuvor, im Oktober 1871, kämpferisch gezeigt: *"Die grossen Feinde der civilisierten Menschheit sind die Jesuiten und die Communisten (Internationalen). Jene müssen angegriffen werden; denn sie haben in Rom* [auf dem Vatikanischen Konzil, d. V.] *die ganze Cultur angegriffen."* (BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 287)

Kapitel 5: Die Entschärfung des Kulturkampfes 1879-1881

1. Unerwartete Lösung: Die Abschaffung des Kulturexamens

Im September 1876 ernannte Großherzog Friedrich I. Ludwig Turban zum Ministerpräsidenten und erteilte ihm den Auftrag zur *"Bildung eines neuen Ministeriums freisinniger und nationaler Richtung"*[617], in dem Franz Ludwig von Stoesser das Innen- und der nationalliberale Abgeordnete Karl Grimm[618] das Justizministerium übernahm; daneben gehörten der Regierung auch weiterhin Moritz Ellstätter als Finanzminister und Friedrich Nüßlin als Minister ohne Geschäftsbereich an.[619] Damit waren drei der fünf Kabinettsmitglieder, Turban, Stoesser und Grimm, gleichzeitig Abgeordnete, von denen sich zwei im Frühjahr 1876 von der nationalliberalen Fraktion getrennt hatten. Bedeutete die Regierungsumbildung auch keinen Kurswechsel, so stellte sie doch in zweifacher Hinsicht eine Zäsur dar: Zum einen war ein Charakteristikum der badischen Regierungen seit Mitte der siebziger Jahre, daß sie nicht mehr aus Vollblutpolitikern wie Roggenbach, Mathy oder Jolly, sondern aus Fachleuten bestanden, von denen zahlreiche dem Landtag angehörten, die ihre Entscheidungen aber in erster Linie aus bürokratischer Perspektive trafen - die dynamische und gestalterische Politik der sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde durch eine *"Politik als Verwaltung"*[620] abgelöst. Der zweite Einschnitt betraf den Kulturkampf, denn Friedrich I. dürfte das Ministerium angewiesen haben, die Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche zu entschärfen, auch wenn sich ein Umschwung erst im Laufe der folgenden Jahre abzeichnete. Entsprechend dieses Auftrags war die Regierung Turban einerseits entschlossen, an der liberalen Staatskirchengesetzgebung festzuhalten, andererseits aber grundsätzlich zu Zugeständnissen bereit, um die bestehenden Spannungen abzubauen und insbesondere in den drängenden Fragen des

---

[617] Großherzog Friedrich I. an Turban, 23. Sept. 1876, in: FUCHS (Hrsg.), Reichspolitik, Bd. 1, S. 222, Anm. 3.

[618] Karl Grimm (1830-1898):

Rechtsanwalt und nationalliberaler Politiker, 1869-71 u. 75-81 MdIIK, 1874-76 MdR, 1876-81 Justizminister. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 220-223.

[619] Vgl. zur Regierungsumbildung: FENSKE, Baden 1860-1918, S. 176f.; EHRISMANN, S. 37-45; STADELHOFER, S. 26-29.

[620] FENSKE, Baden 1860-1918, S. 175.

Kulturexamens und der Vakanz des erzbischöflichen Stuhles eine Lösung zu erzielen. Da die Regierung allerdings gleichzeitig die Auffassung vertrat, die katholische Kirche müsse die Initiative zu einer Verständigung ergreifen und das Freiburger Ordinariat zu einem solchen Schritt nicht bereit war, weil es darin ein Nachgeben in Prinzipienfragen sah, blieben die Fronten auch weiterhin verhärtet.

Der Anstoß zur Wende im badischen Kulturkampf ging im Frühjahr 1879 von Großherzog Friedrich I. aus, der sich angesichts der schwerwiegenden Folgen des erweiterten Kulturexamens vom Jahr 1874 - einem akuten Priestermangel und einer daraus resultierenden Nichtbesetzung von 240 badischen Pfarreien - für eine Verständigung zwischen Staat und katholischer Kirche einsetzte, ohne allerdings eine Revision des durch die Kulturkampfgesetze geschaffenen kirchenpolitischen Systems zu beabsichtigen.[621] Nachdem es Friedrich I. gelungen war, die Regierung von der Notwendigkeit von Abhilfemaßnahmen zu überzeugen, unternahm das Ministerium im Frühjahr 1879 den Versuch, auf nichtamtlichem Weg, durch die Vermittlung des Freiburger Professors für Kirchengeschichte Franz Xaver Kraus, eine Annäherung in der Prüfungsfrage zu erreichen, doch wies Lothar von Kübel die Vorschläge mit Entschiedenheit zurück.[622] In den folgenden Monaten vollzog sich jedoch auch beim Freiburger Ordinariat eine Wende hin zu einer Verständigungsbereitschaft, was vermutlich auf eine Anregung der römischen Kurie zurückging, die seit dem Jahr 1878 mit Bismarck über einen kirchenpolitischen Ausgleich in Preußen verhandelte und offenbar an einer gleichzeitigen Beilegung der Konflikte in Baden und Hessen interessiert war. Nach einer Initiative der katholischen Kirchenbehörde begannen Ende Juli offizielle Verhandlungen über das Kulturexamen, bei denen die Regierung allerdings lediglich dazu bereit war, die Vollzugsverordnung zum Gesetz zu ändern, nicht aber die staatliche Prüfung aufzugeben.

---

621 Vgl. zur Abschaffung des Kulturexamens: STADELHOFER, S. 26-94; Karl RHEIN, Wilhelm Nokk. Ein badischer Staatsmann, Diss. München 1955, S. 109-113; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 184f.; DERS., Südwesten, S. 165f.; WOLF, S. 188-190; Hugo OTT, Die ersten Bemühungen um eine Lockerung des Kulturkampfes in Baden im Jahre 1879. Zu dem Vermittlungsversuch von Prof. Franz Xaver Kraus und Dekan Albert Förderer (Lahr). Neue Dokumente aus dem Nachlaß von Erzbistumsverweser Weihbischof Lothar v. Kübel, in: FDA 101 (1981), S. 304-313; BAER, Kiefer, S. 44; LEWALD, S. 46-49; BLUNTSCHLI, Denkwürdiges, S. 456, 460-464; AMMON, S. 47-51; BACHEM, Bd. 4, S. 382-386; Theodor WACKER, Das erste Friedenswerk im badischen Culturkampfe, Freiburg 1882; Reinhold BAUMSTARK, Die Wiederherstellung der katholischen Seelsorge im Großherzogtum Baden. Dem katholischen Clerus und Volke Badens nach authentischen Actenstücken und eigenen Erlebnissen erzählt, Freiburg 1880.

622 Vgl. zum Folgenden insbesondere STADELHOFER, S. 26-94.

Innerhalb der Führungsspitze der Nationalliberalen Partei waren seit der Landtagsperiode 1875/76 mehrere Veränderungen eingetreten, so lehnte der Fraktionsvorsitzende Bluntschli eine erneute Kandidatur für die Zweite Kammer ab,[623] trat jedoch im Jahr 1879 wiederum in die Erste Kammer ein.[624] Für ihn übernahm Kiefer den Fraktionsvorsitz, den er bis zum Jahr 1894 ununterbrochen behielt; vermutlich aus beruflichen Gründen und wegen des Reichstagsmandats, das er zwischen 1877 und 1881 übernahm, legte Kiefer im November 1878 den Parteivorsitz nieder und trat gleichzeitig auch aus dem Landesausschuß aus.[625] Während des gesamten Zeitraums von 1876 bis 1892 fungierte Lamey als Präsident der Zweiten Kammer. Die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen Partei stand im Sommer 1879 einer gesetzlichen Revision der Kulturkampfgesetzgebung völlig ablehnend und einem Ausgleich mit der katholischen Kirche ohne Gesetzesänderung äußerst kritisch gegenüber.[626] Nach Auffassung der regierenden Partei mußte sich die Kirche vor einer Entschärfung der kulturpolitischen Spannungen zunächst dem Anspruch des Staates, die in seinem Interesse liegenden Gebiete gesetzlich zu regeln, unterwerfen. So sprach sich die "Badische Landeszeitung" im Juli 1879 entschieden gegen ein einseitiges Nachgeben des Staates und ein Aufgeben der Kulturkampfgesetze aus.[627] Der Priestermangel betreffe in erster Linie die katholische Kirche, so stellte das nationalliberale Blatt klar, und schloß daran die Frage an: *"Warum in aller Welt sollte da der Staat gleichsam zu Kreuz kriechen, gerade in dem Augenblicke, da der gefährliche Gegner die Nachtheile des von ihm freventlich begonnenen Kampfes verspürt"*. Der Staat dürfe sich nicht um *"die Früchte eines bald zwanzigjährigen Kampfes"* bringen, betonte das Blatt, und wenn die Kirche auf Frieden angewiesen sei, so müsse sie - nicht aber der Staat - ihn

---

623 Bluntschli an Kiefer, 29. Juli 1877 (Abschrift), ZBZ FA Bluntschli 7.453. Siehe auch Bluntschli an Lamey, 31. Dez. 1877, GLA 52 Lamey/6. In einer Tagebuchnotiz begründete Bluntschli seinen Entschluß unter anderem folgendermaßen: *"Die Kammer bedeutet nicht mehr viel. Die große Politik u. die große Gesetzg. wird in Berlin u. nicht in Carlsruhe gemacht. Die kleinen Dinge interessiren mich nicht genug. Ich scheue überdem den unerquickl. Hader, der vermuthlich sich einstellen wird."* (Bluntschlis Tagebuch, Ende Juli 1877, ZBZ FA Bluntschli 32r).

624 Siehe Bluntschlis Erklärung v. 26. Okt. 1879, ZBZ FA Bluntschli 35b.

625 Erklärung Kiefers v. 9. Nov. 1878, abgedruckt in BC, in BLZ 267/I/13. Nov. 1878. Vgl. auch BLZ 269/I/15. Nov. 1878. Siehe auch die Mitteilung des Landesausschusses der Nationalliberalen Partei Badens, abgedruckt in BC, in Zeitungsartikel: Karlsruhe, 14. Nov. 1878 (GLA 69 v. Freydorf/460).

626 Dazu STADELHOFER, S. 45f.

627 BLZ 163/I/15. Juli 1879 (Hervorhebungen im Original).Weitere liberale Pressestimmen bei WACKER, Friedenswerk, S. 4-8.

suchen. Ebenso betonte der nationalliberale Landesausschuß in seinem Wahlaufruf für die Landtagswahl im Herbst 1879, die Partei wünsche den Frieden mit der Kirche, doch würden ein Preisgeben der Rechte des Staates und die Duldung der Auflehnung gegen bestehende Gesetze *"nicht den Frieden erzeugen, sondern nur erneute, auf die Schwäche der Staatsgewalt gebaute kirchliche Machtansprüche zur Folge haben"*.[628]

Innerhalb der Regierung vollzog sich Mitte November ein überraschender Meinungsumschwung, und sie war nun gewillt, nicht nur die Vollzugsverordnung, sondern das Prüfungsgesetz abzuändern und das staatliche Examen faktisch aufzugeben. Diese Konzessionsbereitschaft ist wahrscheinlich mit der Einsicht zu erklären, daß die Änderung der Vollzugsverordnung für die römische Kurie kein ausreichendes Zugeständnis dargestellt hätte.[629] Als Friedrich I. in seiner Thronrede zur Eröffnung der Landtagsperiode 1879/80 seine Hoffnung ausdrückte, es werde *"den auf den Frieden gerichteten Bestrebungen Meiner Regierung gelingen, auch die bis dahin noch nicht erledigten Fragen in den Verhältnissen der katholischen Kirche ihrer Lösung näher zu bringen"*,[630] fühlten sich die Nationalliberalen offenbar genötigt, eine kompromißbereitere Haltung als Mitte des Jahres einzunehmen. In der Adreßberatung erklärten sie, daß sie *"jederzeit die gewissenhafte Förderung des religiösen Lebens als eine der wichtigsten Aufgaben erachtet"*[631] hätten und sich in *"Ehrerbietung vor dem religiösen Volksleben, vor einem großen kirchlichen Verbande"*[632] einer Gesetzesänderung zur Überwindung der Notlage nicht widersetzen und einen Regierungsentwurf wohlwollend prüfen würden.[633] Gleichzeitig machten die Redner der regierenden Partei aber auch

---

628 Wahlaufruf für die Landtagswahl 1879, 7. Sept. 1879, abgedruckt in BLZ 211/I/9. Sept. 1879.

629 STADELHOFER, S. 50.

630 Rede Großherzog Friedrichs I. bei der Eröffnung der Ständeversammlung am 18. Nov. 1879, abgedruckt in BLZ 272/II/19. Nov. 1879. Im Herbst 1879 brachten oppositionelle badische Blätter die Nachricht, Friedrich I. habe sich bei einer Inspektionsreise in Elsaß-Lothringen folgendermaßen geäußert: *"Ich bin des Kulturkampfes müde und andere Regenten sind es auch, allein wir müssen mit den Ministern und der Volksvertretung rechnen, doch hoffe ich, das Ende wird bald kommen."* (Zit. nach BLZ 254/II/29. Okt. 1879).

631 Antwortadresse auf die Thronrede Friedrichs I. am 28. Nov. 1879, KaZtg 283/30. Nov. 1879 (Beil.).

632 Kiefer in der Zweiten Kammer am 28. Nov. 1879, EBD.

633 Siehe dazu Bluntschlis kritischen Kommentar: *"In d. Thronrede war d. Friedensverlangen des Stats so stark ausgedrückt, daß es schien als habe die Kirche weniger zu leiden als der Stat, waehrend in Wahrh. diese in d. größten Noth war, da ihre aelteren*

deutlich, daß sie ein Entgegenkommen an eine kirchliche Vorleistung knüpften: Die katholische Kirche müsse das uneingeschränkte staatliche Gesetzgebungsrecht in Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche anerkennen, so stellten sie klar, und deshalb die Verordnungen von 1867 und 1872 zurücknehmen, die das Verbot für die Kandidaten enthielt, an der Staatsprüfung teilzunehmen oder um Dispens zu bitten.[634]

Diese Vorbedingung der Nationalliberalen stellte bei der Lösung der Prüfungsfrage das zentrale Problem dar. Zunächst ließ die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der vorsah, das Kulturexamen zwar nicht rechtlich, aber faktisch aufzuheben und lediglich die theologische Fachprüfung bestehen zu lassen. Ein Kandidat sollte danach die Voraussetzungen zur Übernahme eines Kirchenamts oder zur öffentlichen Ausübung kirchlicher Funktionen erfüllen, wenn die Theologieprofessoren die Prüfung als bestanden erklärten und die Staatsbehörde, wegen einer ungünstigen Beurteilung der allgemeinwissenschaftlichen Befähigung, nicht Einspruch erhob. Zwar genehmigte die römische Kurie dem Freiburger Ordinariat in einer Weisung von Ende Dezember, dem Regierungsentwurf zuzustimmen, doch untersagte sie, vor Einbringung des Gesetzentwurfs das kirchliche Verbot der Dispensnachsuchung aufzuheben, weil dieser Schritt als eine Anerkennung des Kulturexamens aufgefaßt werden könne; das Verbot sollte erst dann zurückgezogen werden, wenn die Sicherheit bestand, daß das Gesetz verabschiedet werden würde. Da von Kübel an diese Weisung gebunden war, mußte die Regierung davon ausgehen, daß die Nationalliberalen die Vorlage ablehnen würden. Unter dem Einfluß Friedrichs I. entschied sich das Ministerium dennoch dazu, dem Landtag Mitte Januar 1880 den Gesetzentwurf vorzulegen und in der Begründung - um die nationalliberale Fraktion für die Vorlage zu gewinnen - die dem Staat verbliebenen Rechte und Machtbefugnisse stark in den Vordergrund zu stellen.[635]

Ebenso wie die Öffentlichkeit waren auch die Nationalliberalen nicht über Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Regierung und Ordinariat unterrichtet. Nach Vorlage des Regierungsentwurfs urteilte die "Badische Landeszeitung", dieser bedeute ein einseitiges Nachgeben des Staates, welcher *"der unnachgiebigen Kurie gegenüber in eine schiefe, für die Zukunft äußerst bedenkliche Stellung"* zu geraten

---

Geistlichen überlastet u. die Caplane ohne Auss. auf Pfründen, die Candidaten d. Theologie ohne Hoffnung auf Anstellung waren." (Bluntschlis Tagebuch, Mitte Febr. 1880, ZBZ FA Bluntschli 32s, Unterstreichung im Original).

634 Baer in der Zweiten Kammer am 28. Nov. 1879, KaZtg 284/2. Dez. 1879 (Beil.).

635 Vgl. Verhandlungen 1879/80, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 198-207; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 403.

drohe, wohingegen die katholische Kirche die geforderte Vorleistung, die Zurücknahme der Verordnung von 1867, nicht erbracht habe.[636] Auch die "Badische Correspondenz" nahm eine ablehnende Haltung ein und stellte mit Nachdruck heraus, daß die katholische Kirche auch weiterhin das Kulturexamen und damit das Gesetzgebungsrecht des Staates nicht anerkenne.[637] Außerdem enthalte die Vorlage mehrere *"befremdende Bestimmungen"*, kritisierte das nationalliberale Parteiorgan, so werde das Kulturexamen zwar als fortbestehend bezeichnet, in Wirklichkeit aber nicht mehr abgenommen. Ebenso besitze der staatliche Prüfungskommissär nach dem Entwurf zwar das Recht, einen Kandidaten wegen mangelnder wissenschaftlicher Vorbildung abzulehnen, doch könne er diese Frage nicht beurteilen, da die Prüfung nicht die Fächer der Philosophischen Fakultäten beinhalte. Als einen weiteren zentralen Kritikpunkt führte die "Correspondenz" an, daß die vorgesehene Regelung im Widerspruch zur Staatskirchengesetzgebung des Jahres 1860 stehe, nach der sich der Staat nicht in innerkirchliche Angelegenheiten einmischen dürfe: Der staatliche Prüfungskommissär solle jedoch nach dem Gesetzentwurf bei der theologischen Berufsprüfung anwesend sein, so kritisierte das Parteiorgan, obwohl sie keine Angelegenheit des Staates sei und der Beauftragte auch keine Mitwirkungsrechte besitze.

Nach dem von der "Correspondenz" unterbreiteten Gegenvorschlag - er dürfte die Position der linken Gruppierung innerhalb der Nationalliberalen Partei kennzeichnen - sollte die mündliche Prüfung lediglich in einzelnen, für die Theologen besonders wichtigen Wissenschaftsgebieten abgehalten werden, in einem zeitlichen Zusammenhang mit der theologischen Fachprüfung stehen und für die protestantischen wie katholischen Kandidaten getrennt durchgeführt werden. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollten nach den Vorstellungen des nationalliberalen Parteiorgans ausschließlich die staatlichen Prüfungskommissäre entscheiden. Weiterhin wurde versichert, die Zulassung von Neupriestern sei auch für die Nationalliberalen eine *"wichtige, mit den höchsten Interessen der religiösen Volksbildung zusammenhängende Aufgabe"*, doch müsse die Neuregelung konsequent und nachvollziehbar sein, wenn sie eine dauerhafte Lösung darstellen solle. Abschließend stellte das Parteiorgan klar, daß, bevor sich die Zweite Kammer

---

[636] BLZ 20/I/24. Jan. 1880. Siehe auch BLZ 15/II/18. Jan., 17/II/21. Jan., 23/I/28. Jan., 24/I/29. Jan., 24/II/29. Jan. u. 26/I/31. Jan. 1880. Dagegen stimmten die liberalen Amtsverkündiger "Konstanzer Zeitung", "Breisgauer Zeitung", "Durlacher Wochenblatt", "Kraichgauer Zeitung", "Albbote", "Eberbacher Zeitung", "Der Kinzigthäler" und "Das Echo vom Walde" der Regierungsvorlage zu (nach BLZ 17/II/21. Jan. 1880).

[637] BC, in BLZ 19/I/23. Jan. 1880. Siehe auch BC: Die falschen Kampfmittel für das Prüfungsgesetz, in BLZ 26/I/31. Jan. 1880.

mit der Vorlage befassen werde, von Kübel seine Dispensverbote und damit seinen Protest gegen das bestehende Gesetz zurücknehmen müsse. Sollte der Erzbistumsverweser diesen Schritt jedoch ablehnen, so hätte die Zweite Kammer *"die Pflicht, der Würde des Staates und des Ansehens unserer vom bischöflichen Belieben nicht abhängigen Gesetze zu gedenken"*, so machte die "Correspondenz" die nationalliberale Position unmißverständlich deutlich.

In einer mehrstündigen Fraktionssitzung am 21. Januar faßten die Nationalliberalen den Beschluß, den Regierungsentwurf abzulehnen, gleichzeitig aber ihre Bereitschaft zu erklären, zur Sicherstellung der Pastoration in den Gemeinden und im Interesse des inneren Friedens einer Revision des Prüfungsgesetzes zuzustimmen.[638] Zugleich bekräftigten die nationalliberalen Abgeordneten ihre Forderung, der Erzbistumsverweser müsse die Verordnung von 1867 vor Einbringung eines neuen Gesetzentwurfs aufheben und damit das Kulturexamen anerkennen. Trotz ihrer Versicherung, bei den Fraktionsberatungen seien in den entscheidenden Punkten keine Meinungsunterschiede aufgetreten, konnte die "Badische Landeszeitung" nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb der Fraktion bedeutende Differenzen über die Frage des Kulturexamens bestanden, was in der gegnerischen Presse zu Spekulationen über die Trennung der Gemäßigten von der linken Richtung führte.[639] Die Fraktionsmehrheit um Kiefer und Fieser sprach sich für einen entschiedenen Kurs gegenüber der katholischen Kirche aus und hielt am Kulturexamen fest; allerdings war sie zu einer Gesetzesänderung bereit, die sich ihrer Ansicht nach an den Vorschlägen der "Badischen Correspondenz" - mündliche Prüfungen lediglich in einzelnen, besonders wichtigen Wissenschaftsgebieten und getrennte Durchführung für die protestantischen wie katholischen Kandidaten - orientieren sollte. Im deutlichen Unterschied dazu sprach sich die versöhnlichere Gruppe unter der Führung Lameys für weitergehende Konzessionen als die Regierung aus und wollte das Kulturexamen vollständig abschaffen sowie die theologische Fachprüfung ausschließlich der Kirche überlassen.[640] Ausschlaggebend war für diese Gruppe die Überzeugung, daß in den Bestimmungen der Regierungsvorlage, insbesondere in

---

[638] Vgl. BLZ 19/II/23. Jan. 1880. Ammon kritisierte die Haltung der linken Richtung, für welche die Ablehnung der Gesetzesvorlage von vornherein festgestanden habe und der es lediglich darum gegangen sei, Vorwände für die Ablehnung zu finden. Dabei hätte diese Gruppe zugleich das Ziel verfolgt, Innenminister Stoesser zu stürzen, so vermutete Ammon ([AMMON], S. 48-50).

[639] Vgl. BLZ 20/I/24. Jan. 1880. Siehe auch STADELHOFER, S. 77f.

[640] Vgl. den zweiten Kommissionsbericht Lameys, Verhandlungen 1879/80, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 273-275.

der Institution des staatlichen Beauftragten, die Gefahr erneuter Konflikte zwischen Staat und Kirche angelegt war.

Auf Antrag Lameys lehnten die nationalliberalen Mitglieder der Kommission der Zweiten Kammer die Regierungsvorlage Ende Januar einstimmig ab, ließen aber gleichzeitig erkennen, daß sie einem Abänderungsvorschlag, der ihre Wünsche berücksichtige, positiv gegenüberstehen würden.[641] Als Motiv für die Ablehnung führten sie an, daß die Kirchenbehörde ihre Verordnung nicht zurückgezogen habe, und gleichzeitig unterbreiteten sie den Vorschlag, die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung für die Theologiekandidaten auf das für alle anderen Studienfächer übliche Maß zu beschränken sowie den staatlichen Beauftragten bei der Fachprüfung wegfallen zu lassen. In der Begründung des Kommissionsantrags wurde zunächst der Grundsatz formuliert, eine gesetzliche Neuregelung müsse gewährleisten, daß sie nicht erneut auf den entschiedenen Widerstand der Kirche stoße, und deshalb solle sie in Abstimmung mit der Kirchenbehörde ausgearbeitet werden. Während das Kulturexamen kein *"absolutes Interesse des Staates"* darstelle, bedeute es hingegen für die jungen Theologen eine *"erhebliche Belästigung"*, so wurde festgestellt, und außerdem beinhalte die Institution eines staatlichen Kommissärs die Gefahr weiterer Konflikte. Aus diesen Gründen habe sich die Ausschußmehrheit für einen *"prinzipiellen Standpunkt"* entschieden, nämlich lediglich die Anforderungen an die jungen Theologen zu stellen, die Anwärter anderer wissenschaftlicher Berufe auch erfüllen müßten, so hieß es abschließend.

Als Ende Januar der Inhalt des Schriftwechsels zwischen Innenministerium und Ordinariat über das Prüfungsgesetz bekannt gegeben wurde, war eine starke Entrüstung innerhalb der nationalliberalen Fraktion die Folge.[642] Es wurde Innenminister Stoesser vorgeworfen, einen *"unbegreiflichen Fehler"* begangen und eine *"unpolitische und schwächliche Haltung"* gezeigt zu haben, weil er die Zurücknahme der kirchlichen Verordnung nicht als eine unerläßliche Voraussetzung für eine Regierungsinitiative, sondern *"in bittender Gestalt"* lediglich als einen Wunsch des Ministeriums bezeichnet habe - durch diese Unterwürfigkeit gegenüber der Kirchenbehörde habe Stoesser dem Ansehen des Staates schwer geschadet, so lautete die einstimmige Ansicht der nationalliberalen Abgeordneten.[643] Zugleich

---

[641] Vgl. EBD., S. 233-243. Siehe auch BLZ 27/II/1. Febr. 1880. Die Kommission setzte sich aus zehn Nationalliberalen (darunter Lamey, Kiefer u. Fieser), zwei Mitgliedern der Katholischen Volkspartei (Lender und Betzinger) und einem Konservativen zusammen.

[642] Vgl. Bluntschlis Tagebuch, Mitte Febr. 1880, ZBZ FA Bluntschli 32s.

[643] BLZ 26/II/31. Jan. 1880.

monierten sie, daß die kirchliche Erklärung das vorgesehene Prüfungsgesetz lediglich als einen ersten Schritt bezeichne und den Wunsch nach einer weitergehenden Revision kirchenpolitischer Gesetze enthalte.[644] Die Abgeordneten gelangten anhand des Schriftwechsels zu dem Schluß, die katholische Kirche wünsche zwar Frieden mit dem Staat, sei aber zu keinerlei Konzessionen bereit. Die unmittelbare Folge war, daß sich auch die kleine Gruppe der noch unentschiedenen Abgeordneten innerhalb der nationalliberalen Fraktion gegen die Vorlage wandte, so daß die "Badische Landeszeitung" voraussagen zu können glaubte, es werde in der Zweiten Kammer kein Mitglied der nationalliberalen Fraktion für den Regierungsentwurf votieren.[645]

Bevor es allerdings zu einer Abstimmungsniederlage des Ministeriums kam, nahm der Konflikt eine überraschende Wendung: Nach einer erneuten Anfrage bei der Kurie erhielt das Freiburger Ordinariat Anfang Februar die Erlaubnis, das Verbot der Dispensnachsuchung aufzuheben, woraufhin von Kübel die Verordnung zurücknahm. Das Ministerium legte nun dem Landtag einen geänderten Gesetzentwurf vor, der die Abschaffung des Kulturexamens beinhaltete und damit den Vorschlägen des Kommissionsberichts entsprach.[646] Die Nationalliberalen erkannten diesen Umstand ausdrücklich an, und so wurde das Gesetz von der Zweiten Kammer einstimmig und von der Ersten Kammer mit nur einer Gegenstimme angenommen, womit der wichtigste Konfliktpunkt des badischen Kulturkampfes beseitigt war.[647]

Bluntschli, der in der Ersten Kammer den Kommissionsbericht erstattete, hielt eine Aufsicht des Staates über die Vorbildung der Geistlichen für berechtigt und bedauerte deshalb den Verzicht auf einen staatlichen Prüfungsbeauftragten, doch stimmte er dem Gesetzentwurf zu, um die Verständigung zwischen Staat und katholischer Kirche nicht zu gefährden.[648] Dagegen übte er in seinem Tagebuch scharfe Kritik: Für Lamey sei die Nachgiebigkeit unbedenklich, da er Jollys entschiedenen Kurs

---

644 BLZ 27/I/1. Febr. 1880.

645 BLZ 27/II/1. Febr. 1880.

646 Vgl. Verhandlungen 1879/80, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 249-253; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 403f.

647 Vgl. Verhandlungen 1879/80, II. Kammer, Prot.-H., S. 79 u. I. Kammer, Prot.-H., S. 102. Gesetz, die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Kandidaten des geistlichen Standes betreffend, v. 5. März 1880, GVB 1880, S. 48. Vgl. auch BLZ 55/I/5. März 1880.

648 Bluntschli in der Ersten Kammer am 3. März 1880, Verhandlungen 1879/80, I. Kammer, Prot.-H., Anhang, S. 17-19.

gegenüber der katholischen Kirche und auch das erweiterte Kulturexamen von vornherein abgelehnt habe.[649] Aber für die nationalliberale Fraktion, die sich der *"Lameysche[n] Schrulle"* blind unterworfen habe, bedeute die Abschaffung des Kulturexamens eine *"starke Zumuthung"*, so urteilte Bluntschli, denn sie habe Jollys Kulturkampfpolitik und auch dieses Gesetz mitgetragen. Die Zugeständnisse des Staates an die katholische Kirche seien entschieden zu groß ausgefallen, so kritisierte er, und man habe dabei weder auf die Erste Kammer noch auf Preußens Verhandlungen mit dem Vatikan Rücksicht genommen. Abschließend stellte der Heidelberger Staatsrechtslehrer verärgert die Frage: *"Und das Alles soll Politik sein? Ich kann darin nur eine polit. Unfaehigk. von so hohem Grade entdecken, welche eigentl. die Fortexistenz dieses States in Frage stellt."*

Nach der Verabschiedung des Gesetzes zeigte sich Lamey erstaunt, daß er die Abschaffung des Kulturexamens innerhalb der Fraktion durchsetzen konnte, und gestand ein, er sei davon ausgegangen, die Mehrheit der Abgeordneten würde irgendeine Form von Prüfung beibehalten wollen, um die Kontinuität der Gesetzgebung zu wahren.[650] Die Schlüsselfrage, aus welchen Gründen sich Lamey gegen die kulturkämpferische Richtung um Kiefer und Fieser durchsetzen konnte, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Jedoch erscheint Stadelhofers Interpretation, es sei Lamey gelungen, die Fraktion *"von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit seiner Vorschläge zu überzeugen"* und seine Anschauungen hätten innerhalb der Fraktion allmählich *"allgemeine Anerkennung"* gefunden,[651] wenig überzeugend. Bei der kulturkämpferischen Einstellung der linken Gruppierung mußten derart weitgehende Konzessionen an die katholische Kirche, wie Baumstark zutreffend bemerkte, einem Akt *"unzweifelhafter Selbstverleugnung"*[652] gleichkommen. Außerdem ist die Tatsache, daß Bluntschli derart scharfe Kritik an der Abschaffung des Kulturexamens übte, ein Hinweis darauf, daß die Parteilinke

---

649 Bluntschlis Tagebuch, Mitte Febr. 1880, ZBZ FA Bluntschli 32s. Auch der Liberale Friedrich Graf von Berlichingen konnte die überraschende Nachgiebigkeit der Nationalliberalen nicht nachvollziehen, wie er in der Debatte der Ersten Kammer am 3. März 1880 bemerkte: *"Alles, was damals als höchste Staatsweisheit gepriesen wurde, Alles, was man für unumgänglich nothwendig erachtete, um dem Staat seine Autorität und sein Ansehen zu erhalten: Alles dieses wird heute über Bord geworfen. So dachte ich mir nicht, daß es kommen würde und ich muß offen gestehen, ich habe mich geirrt, indem ich die Widerstandskraft der Kurie unterschätzt und die Ausdauer und innere Kraft des Staates überschätzte."* (Verhandlungen 1879/80, I. Kammer, Prot.-H., Anhang, S. 2).

650 Lamey in der Zweiten Kammer am 25. Febr. 1880, KaZtg 50/28. Febr. 1880 (Beil.).

651 STADELHOFER, S. 78 u. 83.

652 BAUMSTARK, Wiederherstellung, S. 65.

die gesetzliche Neuregelung nicht aus Überzeugung unterstützte. Wahrscheinlicher ist, daß sie Lamey dies Zugeständnis machte, weil sie fest davon ausging, daß von Kübel, der an die Weisung der Kurie gebunden war, die Verordnung nicht zurückziehen würde.[653] Als der Erzbistumsverweser unerwarteter Weise einlenkte, sah sich die linke Richtung gezwungen, im Widerspruch zu ihrer Überzeugung für das Gesetz zu votieren. Vor der Öffentlichkeit nannte Kiefer als Gründe für die Zustimmung seiner Fraktion dann die

> *Fürsorge für die religiösen Interessen des Volkes..., die Mitverantwortlichkeit des Staates, es, wenn immer tunlich, möglich zu machen, daß die Kirchen von dem Unglück einer wachsenden Verminderung ihrer Organe und Diener bewahrt bleibe,... seine Pflicht, eine so sorgenvolle Aussicht, der Kirche, wenn möglich, abzuwenden.*[654]

Die Repräsentanten der kulturkämpferischen Richtung innerhalb der nationalliberalen Fraktion benutzten dann aber die Debatte der Zweiten Kammer über das Prüfungsgesetz, um klarzustellen, daß aus ihrer Sicht keine Notwendigkeit zu einem weiteren Abbau von Kulturkampfgesetzen bestehe. So erklärte Bär, der katholischen Kirche sei bekannt, *"daß die Bestrebungen, die großen Akte unserer Gesetzgebung, basiert auf der Herrschaft des Gesetzes..., wieder von Fall zu Fall durch neue Vereinbarungen... zu beseitigen, keine Aussicht auf Erfolg haben"*.[655] In seiner Erwiderung betonte Lender im Namen der Fraktion der Katholischen Volkspartei, man erwarte den *"dauernden, vollen, ganzen und für Staat und Kirche gleich ehrenvollen Frieden"* nur von weiteren Gesetzesrevisionen.[656] Diese entgegengesetzten Einschätzungen machten deutlich, daß nach der Lösung der Frage des Kulturexamens ein zähes Ringen um den Abbau weiterer Kulturkampfgesetze einsetzen und als Folge die angespannte Konfliktsituation bestehen bleiben würde.

---

653 Vgl. FENSKE, Südwesten, S. 165 u. RHEIN, S. 111.

654 Kiefer in der Zweiten Kammer am 25. Februar 1880, Sonderdruck der Verhandlungen, Verhandlungen 1879/80, II. Kammer, S. 16.

655 Baer in der Zweiten Kammer am 25. Febr. 1880, EBD., S. 33. Vgl. zur Debatte auch WACKER, Friedenswerk, S. 92-96.

656 Lender in der Zweiten Kammer am 25. Febr. 1880, EBD., S. 35.

2. Machtdemonstration: Der Sturz Innenminister Stoessers

Überraschend stellten vierzehn nationalliberale Abgeordnete unter der Führung Kiefers in der Sitzung der Zweiten Kammer am 10. März 1880 - wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Prüfungsgesetzes - folgenden Antrag:

> *Die zweite Kammer - im Hinblick auf die bei der Behandlung des Gesetzesentwurfs über die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen gemachten Wahrnehmungen - erklärt als ihre Erwartung zu Protokoll: daß etwa stattfindende Verhandlungen über die Wiederbesetzung des erzbischöfl. Stuhles vom großh. Staatsministerium geführt werden.*[657]

In der Begründung des Antrags ging Kiefer auf die in der zurückliegenden Landtagsperiode aufgetretenen starken Spannungen zwischen Regierung und nationalliberaler Fraktion ein: Während die regierende Partei in der Frage des Kulturexamens eine große Nachgiebigkeit bewiesen habe, habe das Ministerium den Gesetzentwurf ohne Abstimmung mit der nationalliberalen Fraktion eingebracht, die Prüfungsfrage in der Presse mit außerordentlicher Schärfe angesprochen und dabei erkennen lassen, daß im Falle einer Ablehnung des Regierungsentwurfs eine Auflösung des Landtags drohe.[658] Darüber hinaus hätten auch die Maßregelungen der Presse dazu beigetragen, daß - man habe seit der Wende des Jahres 1860 dies nicht mehr für möglich gehalten - *"Gespenster der Vergangenheit"* wieder lebendig geworden seien und Teile der Bevölkerung in diesen Vorkommnissen die Anzeichen einer heraufziehenden *"Reaktionsepoche"* sehen würden, so erklärte Kiefer. Sollte sich eine derartige Regierungspolitik, die *"nicht mit einer ihre freie, unabhängige Ueberzeugung aussprechenden Volksvertretung, sondern mit einer gefügigen, ja mit einer womöglich zur Gelehrigkeit abgerichteten Volksvertretung die Geschäfte des Landes zu besorgen liebt"*, in stärkerem Maße hervortreten, so würden die Nationalliberalen sie energisch bekämpfen, drohte der Parteiführer. Nicht nur in der nationalliberalen Fraktion, sondern auch innerhalb der Bevölkerung sei der Verdacht aufgekommen, Stoesser könnte sich wegen der Spannungen von der regierenden Partei abwenden

---

[657] Zit. nach BLZ 60/II/11. März 1880 (Hervorhebung im Original). Vgl. zum Mißtrauensvotum gegen Stoesser und zu seiner Entlassung: WOLF, S. 190-199; EHRISMANN, S. 46-49; STADELHOFER, S. 100f.; FENSKE, Südwesten, S. 148f.; RHEIN, S. 111f.; BAER, Kiefer, S. 44f.; [AMMON], S. 52-54; Theodor WACKER, Wer gefährdet in Baden die Interessen und Rechte der Krone? Unter Vorführung einwandfreier nationalliberaler Zeugen beantwortet. Schattenbilder aus der Geschichte der nationalliberalen Partei Badens nebst Streiflichtern auf die Kirchenpolitik der "neuen Aera", Karlsruhe 1899, S. 241-245.

[658] Kiefers Rede nach BLZ 61/II/12. März 1880 (Hervorhebung im Original).

und konservative Verbündete suchen: Es seien sogar Gerüchte über die Bildung einer *"sog. Mittelpartei"* als eine *"Mischung verschieden gearteter, vor Allem den gemeinsamen Karakter der Gefügigkeit bewährende Richtungen"* unter dem beherrschenden Einfluß Stoessers im Umlauf. Durch diese Vorgänge habe sich innerhalb der nationalliberalen Fraktion ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem Innenminister entwickelt, das auch im Lande zu einem *"Widerwille[n]"* und einer *"tiefere[n] Unzufriedenheit"* führe und damit die Position der Regierung schwäche.

Anschließend ging Kiefer auf die Kirchenpolitik Stoessers ein und machte die in dieser Frage abweichende Position der Nationalliberalen deutlich: *"Nicht von Fall zu Fall, sondern grundsätzlich wollen wir Alles aufrecht erhalten, was als Schulgesetzgebung, Stiftungsgesetz und Weiteres als die Frucht ernster Kämpfe während langer Jahre dem Heimathlande errungen wurde"*, so unterstrich der Parteiführer, und deshalb dürfe das Gesetzgebungswerk *"keinem zerbröckelnden Einflusse einer lediglich nach der vorübergehenden Tagesopportunität sich richtenden Regierungspraxis ausgesetzt werden"*. Angesichts Stoessers unzulänglicher Verhandlungsführung beim Prüfungsgesetz sei es eine zentrale Forderung der Nationalliberalen, daß die Interessen des Staates bei weiteren Gesprächen mit der katholischen Kirchenbehörde energischer vertreten würden. Kiefer erklärte, die nationalliberale Fraktion wünsche deshalb, daß Ministerpräsident Turban, der im Gegensatz zu Stoesser auch weiterhin das uneingeschränkte Vertrauen der Partei besitze, zukünftig an den Verhandlungen teilnehme und darüber wache, daß die Interessen des Staates ausreichend gewahrt würden.

In der anschließenden Debatte gab Stoesser die Erklärung ab, er habe in jeder Phase der Verhandlungen über das Prüfungsgesetz die Abstimmung mit seinen Ministerkollegen gesucht und zur geeigneten Zeit Kontakt mit der Führung der nationalliberalen Fraktion aufgenommen.[659] Desweiteren versicherte er den Abgeordneten, er habe keine Schritte unternommen, die Anlaß zu Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung Badens geben könnten, und die politische Richtung des Ministeriums werde sich nicht ändern. Für den Fall, daß Kiefers Antrag eine Mehrheit finden würde, deutete Stoesser seinen Rücktritt an. Turban stellte sich hinter seinen Ministerkollegen, räumte Fehler der Regierung ein und bedauerte die entstandenen Spannungen mit der nationalliberalen Fraktion.[660] Zugleich bekräftigte er, Stoesser leite sein Amt *"auf freisinniger Grundlage"* und

---

[659] Stoessers Rede nach BLZ 60/II/11. März 1880.

[660] Turbans Rede nach EBD.

als *"konstitutioneller Minister"*, und an der politischen Orientierung der Regierung habe sich nichts geändert. Trotz Turbans eindringlichem Appell an die nationalliberalen Abgeordneten, Stoesser - als einem Mitglied des Staatsministeriums - kein Mißtrauensvotum auszusprechen, wurde Kiefers Antrag mit 28 gegen 19 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, angenommen. Die Abgeordneten von Katholischer Volkspartei, Demokraten und Konservativen stimmten geschlossen gegen den Antrag.[661] Von der nationalliberalen Fraktion entschieden sich 28 Abgeordnete dafür - darunter die Führungspersönlichkeiten Kiefer, Fieser, Friderich, Fauler, Baer, Roder und Pflüger -, 7 enthielten sich - Blum, von Freydorf und Schmidt sowie Heinrich Frech, Otto Frey, Hermann Gesell und Hermann Strübe -, die Minister Turban sowie Grimm votierten mit "Nein" und Lamey, als Präsident der Zweiten Kammer, sowie Stoesser beteiligten sich nicht an der Abstimmung.[662]

In einem Kommentar verteidigte die "Badische Correspondenz" das Verhalten der Mehrheit der nationalliberalen Fraktion - das auch außerhalb Badens großes Aufsehen erregte - und wies den Vorwurf zurück, die Zweite Kammer habe ihre verfassungsmäßigen Rechte überschritten.[663] Der Landtag sei berechtigt, an der Einstellung und Amtsführung eines einzelnen Ministers oder des gesamten Kabinetts Kritik zu üben und bei dieser Gelegenheit das Vertrauen bzw. Mißtrauen auszusprechen, so stellte das Parteiorgan klar. Allerdings liege darin *"kein formaler Rechtsanspruch auf Ausscheiden des mit Mißtrauen angesehenen Ministers aus seinem Amte"*, so wurde eingeräumt, denn diese Entscheidung liege ausschließlich beim Großherzog. Im Anschluß an diese einschränkenden Bemerkungen machte die

---

661 In der Landtagsdebatte bezeichnete der Demokrat Ferdinand Schneider ein Mißtrauensvotum als ungerechtfertigt, da Stoesser weder gegen ein Landesgesetz noch gegen die Verfassung verstoßen habe (nach BLZ 61/I/12. März 1880). Franz Junghanns, ein Vertreter der Katholischen Volkspartei, lehnte Kiefers Antrag mit der Begründung ab, man sei Stoesser wegen seiner Ausgleichsbemühungen zwischen Staat und katholischer Kirche zu großem Dank verpflichtet (nach EBD.). Der Konservative Karl August Mühlhäußer, der Kiefers Antrag ebenfalls nicht zustimmte, vertrat die Auffassung, es handele sich bei diesem Konflikt um einen parteiinternen Streit der Nationalliberalen, da die Regierung aus dieser Partei hervorgegangen sei. Zugleich vermutete er, die regierende Partei spüre, daß das Ministerium sich selbständig machen wolle und daß sie allmählich ihren Einfluß über die Regierung verliere. Mühlhäußer gab die Prognose ab, die Herrschaft der Nationalliberalen Partei sei vorüber, was an der Unzufriedenheit in der Bevölkerung und an den Wahlergebnissen abzulesen sei, und nach der liberalen Epoche werde eine konservative folgen (nach EBD.).

662 Abstimmungsergebnis nach BLZ 60/II/11. März 1880.

663 BC: Das Verhältniß der 2. Kammer zum Minister des Innern, in BLZ 66/II/18. März 1880.

"Correspondenz" aber deutlich, daß ein Mißtrauensvotum nicht ohne Konsequenzen bleiben könne:

> *Aber kein konstitutionell denkender Politiker wird verkennen, daß solche Vorgänge - bei längerer Dauer der Gegensätze - nur eine die Spaltung verschlimmernde Bedeutung gewinnen können. Sie werden in die Volkskreise hinausgetragen und verfehlen nicht, wie zuvor in der Kammer, so auch dort Verstimmung und Mißtrauen wachzurufen.*

Auch Stoesser erkannte offenbar diese Problematik und reichte seinen Rücktritt ein, doch lehnte Friedrich I., der über das Verhalten der Nationalliberalen empört war, diese Bitte ab. Als Begründung wies die offiziöse "Karlsruher Zeitung" darauf hin, aus dem Rücktritt des Innenministers hätte man schließen können, daß der Landtag berechtigt sei, über die Besetzung der Ministerien zu entscheiden - dies würde aber eine Verletzung des Rechts des Monarchen bedeuten.[664] Außerdem fügte das Regierungsorgan hinzu, das Mißtrauen gegenüber Stoessers Amtsführung sei sachlich unbegründet.

Im Anschluß an das Mißtrauensvotum traten innerhalb der regierenden Partei Spannungen auf. Die Enthaltung von sieben nationalliberalen Abgeordneten und das öffentliche Eingeständnis Friderichs, eines Repräsentanten des gemäßigten Flügels, er habe Kiefers Antrag *"nur nach reiflicher Ueberlegung"* unterzeichnet,[665] waren Hinweise darauf, daß dieser Schritt innerhalb der Fraktion auf Bedenken stieß. Wenige Tage später berichtete die "Konstanzer Zeitung", den meisten nationalliberalen Abgeordneten sei vor der Sitzung die volle Tragweite der Protokollerklärung nicht bewußt gewesen, und erst bei Kiefers Begründung hätten sie die Absicht deutlich erkannt, Stoesser ein Mißtrauensvotum auszustellen.[666] Wegen ihrer Zusagen hätten sich die Abgeordneten verpflichtet gefühlt, den Antrag zu unterstützen, so führte das liberale Blatt aus, doch sei im Anschluß an die Sitzung Unmut über dieses Vorgehen geäußert worden, und als Folge dieser Vorgänge sei die Harmonie innerhalb der Fraktion gestört. Auch die demokratische "Frankfurter Zeitung" warf Kiefer vor, er habe die Fraktionsmitglieder, welche nicht hinter den Kulissen gestanden hätten, getäuscht.[667] Die nationalliberale Parteiführung reagierte auf diese Verdächtigungen mit einer entschiedenen Zurückweisung in der "Badischen Correspondenz": Die Behauptung, das

---

[664] KaZtg v. 22. März 1880, nach BLZ 70/I/23. März 1880.

[665] Friderich in der Zweiten Kammer am 10. März 1880, nach BLZ 61/I/12. März 1880.

[666] Konstanzer Zeitung v. 22. März 1880, nach BLZ 72/II/25. März 1880.

[667] Frankfurter Zeitung, nach EBD.

Mißtrauensvotum gehe allein auf die Initiative einer kleinen Gruppe um Kiefer zurück und die übrigen Zustimmenden seien durch *"Verleitung oder irgend welche(r) Fraktionsmachination"* zu ihrer Entscheidung bewegt worden, sei abwegig.[668] Hingegen sei Tatsache, daß dieses Votum die allgemeine Stimmung innerhalb der nationalliberalen Fraktion widerspiegele, so konstatierte das nationalliberale Parteiorgan, und daß die Stimmenthaltung einzelner nationalliberaler Abgeordneter allein mit der Rücksichtnahme auf ihre Beamtenstellung zusammenhänge und keinesfalls zugunsten Stoessers gedeutet werden könne.

Die Vorwürfe der "Konstanzer" und der "Frankfurter Zeitung" wurden durch den nationalliberalen Abgeordneten Hermann Klein bestätigt, der zu den vierzehn Unterzeichnern des Antrags gehörte. In einem offenen Brief an die "Badische Landeszeitung" gab Klein die Erklärung ab, er und einige weitere Abgeordnete hätten vor der Einbringung des Antrags aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß Ministerpräsident Turban zurückzutreten beabsichtige.[669] Mit der Protokollerklärung hätten sie ausschließlich die Absicht verfolgt, dem Staatsminister das Vertrauen auszusprechen, um ihn zum Verbleiben im Amt zu bewegen. Ohne die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt Turbans hätten sie sich nicht an der Kundgebung beteiligt, so versicherte Klein. In einer Erwiderung auf Kleins Zuschrift betonte Kiefer, bei den Fraktionsberatungen vor der Landtagssitzung sei der doppelte Zweck des Antrags - als Vertrauenskundgebung für Turban und zugleich als Mißtrauensvotum gegen Stoesser - deutlich worden, doch habe sich kein Abgeordneter dagegen gewandt.[670] Auch bei der Abstimmung, bei der sich kein Fraktionsmitglied über den Sinn und die Tragweite des Antrags im Zweifel befunden haben könne, sei kein Widerspruch erhoben worden, so betonte der Fraktionsvorsitzende. Anschließend meldeten sich auch einige der Abgeordnete, die

---

668 BC: Das Verhältniß der 2. Kammer zum Minister des Innern, in BLZ 66/II/18. März 1880.

669 Kleins Zuschrift v. 21. März 1880, in BLZ 70/II/23. März 1880.

670 Kiefers Zuschrift v. 23. März 1880, in BLZ 72/I/25. März 1880. Die "Badische Landeszeitung" (72/II/25. März 1880) stellte sich hinter den Parteiführer und bemerkte zu Kleins Einwänden: *"Hier liegt lediglich der Fall vor, daß einen Volksvertreter die Rolle reut, die er in voller Kenntniß der Sachlage und aus freiem Entschlusse übernommen hat."* (Hervorhebung im Original). Auch der ultramontane "Freiburger Bote" bemerkte, Kleins Behauptung, er habe die Bedeutung des Antrags nicht erkannt, sei nicht glaubhaft, da selbst die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei, die von der Erklärung überrascht worden seien, den Sinn erfaßt hätten - seit wann werde für ein Vertrauensvotum eine solche Form gewählt, so fragte das Blatt (nach EBD.). Vgl. außerdem BLZ 71/II/24. März 1880.

sich bei der Abstimmung enthalten hatten, in der "Landeszeitung" zu Wort und begründeten ihre Entscheidung damit, daß sie einerseits die Vertrauenskundgebung für Turban nicht ablehnen und andererseits dem Mißtrauensvotum gegen Stoesser nicht zustimmen wollten.[671] Hätten sie den Antrag allerdings als eine einseitige Mißtrauenserklärung gegen Stoesser aufgefaßt, so wie es die "Badische Correspondenz" im nachhinein tue, so hätten sie dagegen votiert.

Die linke Richtung innerhalb der nationalliberalen Fraktion um Kiefer bezweckte mit der Protokollerklärung offenbar ausschließlich ein Mißtrauensvotum gegen Stoesser, wie auch der Kommentar der "Badischen Correspondenz" zeigt, in dem von einer Vertrauenskundgebung für Turban nicht die Rede ist.[672] Wahrscheinlich verfolgte die Parteilinke dabei das Ziel, den Sturz des Innenministers herbeizuführen.[673] Stoessers Verhandlungsführung beim Prüfungsgesetz bot dazu einen günstigen Anlaß, doch bezog sich das Mißtrauensvotum nicht nur auf seine Kirchenpolitik, sondern auf seine gesamte Amtsführung. Dies geht zum einen aus Kiefers Antragsbegründung hervor, bei der Stoessers Regierungsstil im Vordergrund stand, und zum anderen betonte der Parteiführer diesen Umstand auch ausdrücklich und stellte fest, daß *"nicht der Gang der Verhandlung allein es war, welcher Bedenken in unseren Kreisen hervorrief"*, sondern *"noch mehr freilich... die begleitenden Umstände während der Behandlung in diesem Hause"*[674].

Die Parteilinke monierte, Stoessers Regierungskurs sei zu autoritär sowie zu konservativ und der Minister berücksichtige die Wünsche der nationalliberalen Fraktion zu wenig. Diese Kritikpunkte besaßen eine Berechtigung, denn Stoesser vertrat seit seinem Amtsantritt im Herbst 1876 eine *"geänderte(n) Methode"*[675] - eine *"liberale Politik mit konservativem Anstrich"*[676] -, die darauf abzielte, die Autorität der Regierung zu stärken und den Einfluß der Nationalliberalen Partei auf das Ministerium zurückzudrängen. Dieser Kurs kam in einer Reihe von Maßnahmen

---

671 Zuschrift in BLZ 75/II/31. März 1880.

672 BC: Das Verhältniß der 2. Kammer zum Minister des Innern, in BLZ 66/II/18. März 1880.

673 So notierte Bluntschli Mitte Februar 1880 in sein Tagebuch: *"Die Oppos. wurde v. Kiefer mit Leidenschaft geführt u. der Haß gegen Stösser, dem Kiefer die Hindernisse seiner Wahl zuschrieb, war d. Wind, welcher in d. glühende Kohle blies u. sie entflammte. 'Stösser muß fallen' war d. leitende Gedanke."* (ZBZ FA Bluntschli 32s).

674 Nach BLZ 61/II/12. März 1880.

675 Nach Ammon prägte Stoesser diesen Begriff selbst ([AMMON], S. 33).

676 BECKER, Liberaler Staat, S. 367.

zum Ausdruck, so hatte Stoesser den Beamten und Angestellten in einem Erlaß untersagt, sich an regierungsfeindlichen Vereinen und Agitationen zu beteiligen, mehrere aufsehenerregende Versetzungen von Beamten vorgenommen, die Amtsverkündiger angewiesen, sich in politischer Hinsicht zurückzuhalten und der liberalen "Freiburger Zeitung" die amtlichen Bekanntmachungen entzogen, was in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte.[677] Außerdem befürchtete die Parteilinke offenbar, Stoesser verfolge das Ziel, eine Spaltung der Nationalliberalen herbeizuführen, um aus den Gemäßigten und aus Teilen der oppositionellen Parteien eine sogenannte "Mittelpartei" zu bilden, auf die sich eine mögliche liberal-konservative Regierung unter seiner Leitung stützen könnte. Ein weiteres Motiv für das Mißtrauensvotum war sicherlich die Verärgerung über Stoessers Nachgiebigkeit gegenüber der katholischen Kirche und über die vollständige Abschaffung des Kulturexamens. Schließlich dürfte bei Kiefer auch eine persönliche Antipathie gegen Stoesser eine Rolle gespielt haben, da sie bei den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen im Jahr 1876 Gegenpositionen eingenommen hatten.[678]

Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß die linke Gruppierung ihre tatsächliche Absicht - ein Mißtrauensvotum gegen Stoesser mit dem Ziel seines Sturzes - nicht deutlich zu erkennen gab, wofür auch die indirekte Formulierung der Protokollerklärung ein Indiz ist. Stattdessen stellte die Parteilinke in der Fraktionssitzung den Antrag gleichermaßen als ein Mißtrauensvotum gegen Stoesser und als eine Vertrauenskundgebung für Turban hin, wobei bezeichnenderweise nach den Beratungen der zweite Aspekt vollständig in den Hintergrund trat. Dieses taktische Vorgehen erschien der Gruppierung um Kiefer notwendig, um dem Antrag eine Mehrheit in der Zweiten Kammer zu sichern, denn die linke Richtung wäre ohne die Unterstützung der Gemäßigten zu schwach gewesen, um sich gegen die geschlossene Opposition aus Katholischer Volkspartei, Demokraten sowie Konservativen und gegen die drei Minister, die zugleich Abgeordnete waren, durchzusetzen.

Für die linke Gruppierung machte sich in diesem Zusammenhang der Umstand negativ bemerkbar, daß die Nationalliberalen bei der Landtagswahl im Herbst 1879 fünf Mandate an die Opposition verloren hatten und nun lediglich 42 der insgesamt 62 Abgeordnete stellten.[679] Daß eine Mehrheit für den Antrag äußerst

---

[677] Dazu [AMMON], S. 33 u. 42-44; WOLF, S. 190f. u. 196.

[678] Bluntschli sprach sogar von Kiefers *"Haß gegen Stösser"* (Bluntschlis Tagebuch, Mitte Febr. 1880, ZBZ FA BLuntschli 32s). Vgl. auch [AMMON], S. 34f.

[679] Siehe Anhang 1. Ein Mandat blieb während der Landtagsperiode 1879/80 unbesetzt.

unsicher war, beweist die Abstimmung vom 10. März 1880: Hätten nämlich Klein, der mit "Ja" stimmte, und die sieben nationalliberalen Abgeordneten, die sich der Stimme enthielten, gegen Kiefers Antrag votiert, so hätte sich ein Gleichstand von 27 zu 27 Stimmen ergeben, bei dem das Votum des Kammerpräsidenten Lamey den Ausschlag gegeben hätte. Ob sich allerdings der ehemalige Minister, der auf seine Stellung als Präsident der Zweiten Kammer Rücksicht nehmen mußte, dem Mißtrauensvotum angeschlossen hätte, erscheint unsicher - möglicherweise wäre Kiefers Antrag in diesem Fall gescheitert. Offenbar wurde einem Teil der nationalliberalen Fraktion erst während Kiefers Antragsbegründung bewußt, daß die Vertrauenskundgebung für Turban nur eine nebensächliche Rolle spielte und daß der zentrale Inhalt des Antrags das Mißtrauensvotum gegen Stoesser war. Da diese Abgeordneten ihre Unterstützung zugesagt hatten und ein Scheitern des Antrags für die Fraktion eine demütigende Niederlage bedeutet hätte und zu schwerwiegenden Folgen für die Nationalliberale Partei hätte führen können, entschloß sich ein Teil dieser Abgeordneten zur Zustimmung und ein anderer zur Enthaltung.

Nach dem Mißtrauensvotum sprach die konservative "Deutsche Reichspost" die Erwartung aus, daß in Baden bis zur folgenden Landtagsperiode eine *"Sammlung der gemäßigten Elemente des Liberalismus, die sich von den bisherigen Führern emancipiren, oder eigentlich eine ministerielle Partei"* zustande kommen werde.[680] In gleicher Richtung äußerte sich auch die liberale "Konstanzer Zeitung": Nach dem Beispiel Eduard Laskers, der aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgetreten sei, müßten auch die Linken aus dem badischen Landesverband ausscheiden, so forderte das Blatt, *"denn keine Partei kann sich auf die Dauer von Männern leiten lassen, die ihr innerlich gar nicht angehören"*.[681] Zugleich forderte die Zeitung eine Zusammenarbeit der *"Mittelparteien"*, wobei sich ihrer Auffassung nach die *"gemäßigt Liberalen"* und die *"vernünftig Konservativen"* gegenseitig korrigieren müßten.

Als Hermann Klein Ende März aus der nationalliberalen Fraktion austrat, sprach die Parteiführung in der "Badischen Correspondenz" den Verdacht aus, er habe möglicherweise das Ziel verfolgt, eine *"sog. Mittelpartei, d. h. eine(r) unter der Führung des Herrn Stösser stehende(n) unbedingte(n) Regierungspartei"* zu bilden.[682] Als Begründung wies das nationalliberale Organ darauf hin, Klein habe zahlreiche Fraktionsmitglieder aufgefordert, sich seiner Erklärung anzuschließen,

---

[680] Deutsche Reichspost 66/18. März 1880, zit. nach WOLF, S. 195.

[681] Konstanzer Zeitung, nach BLZ 68/II/20. März 1880 (Hervorhebungen im Original).

[682] BC: Die Angelegenheit des Herrn Klein, in BLZ 76/II/1. Apr. 1880. Vgl. auch BLZ 76/I/1. Apr. 1880.

womit er den *"denkbar verkehrtesten und zugleich unloyalsten Weg"* gewählt habe, so daß sein Austritt aus der Fraktion *"selbstverständlich"* und *"geboten"* gewesen sei. Ob Klein tatsächlich einen solchen Plan verfolgte, muß offen bleiben. Sollte er jedoch mit dem Gedanken an eine Trennung der Gemäßigten von der linken Richtung und darüber hinaus vielleicht sogar an eine Kooperation mit gemäßigten Kreisen aus anderen Parteien gespielt haben, so fand er für ein solches Vorhaben offensichtlich keinen Rückhalt innerhalb der Partei, und lediglich Hermann Gesell, der sich bei der Abstimmung über Kiefers Antrag enthalten hatte, trat ebenfalls aus der Fraktion aus.[683]

Entscheidend war, daß das "Mittelparteiprojekt" für die gemäßigten Nationalliberalen keine erfolgversprechende Alternative zu einer Verbindung mit dem linken Parteiflügel darstellte, zumal die Sonderstellung als regierende Partei damit beendet gewesen wäre.[684] Die Konservativen waren mit zwei Abgeordneten in der Session 1879/80 zu schwach, um eine bedeutende Stütze darstellen zu können und außerdem wären bei einer Kooperation mit ihnen Schwierigkeiten zu erwarten gewesen. Angesichts der bestehenden Kulturkampfgegensätze wäre ein Zusammengehen mit Teilen der Katholischen Volkspartei sicherlich noch problematischer gewesen. Aus diesen Gründen ist es sehr fraglich, ob ein Bündnis der gemäßigten Nationalliberalen mit den Konservativen und Teilen der Katholischen Volkspartei von Dauer gewesen wäre und ob es eine stabile Basis für eine liberal-konservative Regierung dargestellt hätte. Bei dem gegen Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre in der Presse verbreiteten Gerücht über ein "Mittelparteiprojekt" handelte es sich folglich um eine Idee, die nur äußerst geringe Realisierungschancen besaß.

Als im April 1881 - etwa ein Jahr nach dem Mißtrauensvotum - Innenminister Stoesser im Zuge einer Verkleinerung der Regierung entlassen wurde, hielt die demokratische "Frankfurter Zeitung" diesen Vorgang für überraschend *"wie eine Bombe"*: Schließlich habe die "Karlsruher Zeitung" nach dem Mißtrauensvotum vom Vorjahr erklärt, so begründete das Blatt seine Verwunderung, daß kein Anlaß zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung bestehe.[685] Die Hintergründe erläuterte ein liberales Blatt treffend: Stoessers Rücktritt bedeute die

---

[683] Deutsche Reichspost 72/25. März 1880, nach WOLF, S. 193.

[684] Siehe BLZ 68/II/20. März 1880; [AMMON], S. 45; WOLF, S. 194-199.

[685] Frankfurter Zeitung, nach BB 89/23. Apr. 1881. Siehe auch die Zeitungsartikel: Karlsruhe, 21. Apr. 1881; Der Ministerwechsel in Baden; Karlsruhe, 23. Apr. 1881 (alle GLA 69 v. Freydorf/466).

"Lösung eines chronisch gewordenen Conflicts" zwischen dem Minister und der nationalliberalen Parteiführung, und dies sei der einzig mögliche Weg gewesen, um den Frieden zwischen Regierung und Nationalliberaler Partei wiederherzustellen.[686] Solange der Landtag nicht versammelt sei und sich die Unzufriedenheit der Nationalliberalen lediglich in Zeitungsartikeln äußere, bestehe für die Regierung keine Notwendigkeit, auf diese Stimmung zu reagieren, so hieß es weiter. Allerdings könne nicht bezweifelt werden, daß bereits bei den bevorstehenden Landtagswahlen im Herbst - und verstärkt beim Zusammentritt der Kammern - der *"chronische Charakter des Conflicts sich in einen acuten verwandelt"* hätte, so unterstrich das Blatt, wovon allein die oppositionellen Parteien profitiert hätten. Zugleich wies die Zeitung darauf hin, daß die Autorität der Regierung durch die Form, in welcher der Rücktritt Stoessers erfolgt sei, bewahrt worden sei, während sie bei einer Entlassung als unmittelbare Folge des Mißtrauensvotums gefährdet gewesen wäre.

Die nationalliberale Parteiführung stellte in der "Badischen Correspondenz" fest, angesichts der angespannten innenpolitischen Lage seit dem Ende der vergangenen Session sei das entscheidende Motiv für die Regierungsumbildung zweifellos die "Personenfrage" gewesen.[687] Stoessers Entlassung wurde als die *"Wiederkehr vollen Vertrauens und ungetrübten Friedens"* begrüßt, und es wurde kritisiert, der Innenminister habe in zunehmendem Maße konservative Tendenzen erkennen lassen und bei den Konservativen Unterstützung gesucht, die in ihm bereits ihren zukünftigen Ministerkollegen gesehen hätten. Die "Correspondenz" warf Stoesser darüber hinaus vor, den Versuch unternommen zu haben, die Nationalliberale Partei zu sprengen und sich auf die gemäßigten Kräfte anderer Parteien zu stützen. Ein konservatives Ministerium hätte Baden aber nicht den Frieden, sondern scharfe Parteigegensätze und *"Gefahren sehr bedenklicher Art"* gebracht, so bekräftigte das nationalliberale Parteiorgan. Auffällig erscheint der

---

[686] Zeitungsartikel: Karlsruhe, 25. April 1881 (GLA 69 v. Freydorf/466). Auch Heinrich Gelzer bestätigt in seinem Tagebuch dies Motiv Friedrichs I. für die Entlassung des Innenministers: *"Stösser sei durch seine Schroffheit ein unüberwindlicher Stein des Anstoßes für die liberale Majorität Lamey"*, so habe Friedrich I. ihm mitgeteilt, und deshalb werde er ihn wahrscheinlich im Frühjahr im Rahmen einer Regierungsumbildung entlassen (Aus Gelzers Tagebuch, Karlsruhe, 20. März 1881, in: FUCHS (Hrsg.), Reichspolitik, Bd. 2, S. 91).

[687] BC: Zu dem Ereignisse vom 20. April, in BLZ 97/II/27. Apr. 1881 (Hervorhebung im Original). Auch die Berliner "Nationalzeitung" hob hervor, die Entlassung Stoessers stelle ein Zugeständnis an die nationalliberale Fraktion dar, und es sei zu erwarten, daß sich die gespannten Beziehungen zwischen Regierung und Nationalliberalen als Folge wieder besserten (nach BB 89/23. Apr. 1881).

Sachverhalt, daß die Hintergründe der Regierungsumbildung in der oppositionellen Presse Badens nicht zutreffend gedeutet wurden, was entweder damit zu erklären ist, daß man die Zusammenhänge nicht durchschaute oder aber, daß man die Wirkung des nationalliberalen Mißtrauensvotum bewußt zu leugnen versuchte. So rätselte der "Badische Beobachter" mehrere Tage nach dem Revirement:

> *Die eigentliche Ursache, weßhalb diese Ereignisse eintreten und weßhalb sie gerade jetzt eintreten, ist noch ein Geheimniß und Gegenstand der verschiedenartigsten Konjekturen. Nur soviel ist außer Zweifel, daß das Mißtrauensvotum der Kammer nicht die Ursache des Ministerwechsels ist... in Berlin ist jedenfalls die Ursache des plötzlich eingetretenen Wechsels zu suchen, aber was dort für Ereignisse eingetreten, das ist immer noch Geheimniß.*[688]

Anschließend sprach das Hauptorgan der Katholischen Volkspartei die Vermutung aus, der Großherzog könnte die Regierungsumbildung aus Protest gegen die konservativen Tendenzen in Berlin vorgenommen haben.

Friedrich I. beendete im Frühjahr 1881 mit der Entlassung Stoessers einen schwelenden Konflikt, der die innenpolitischen Verhältnisse des Landes stark belastete. Zugleich erteilte er der von der nationalliberalen Parteiführung befürchteten Orientierung der Regierung in Richtung auf die Konservativen - in der Presse waren bereits Vermutungen über ein rechtsliberal-konservatives Ministerium Stoesser-von Marschall geäußert worden[689] - eine deutliche Absage. Damit wurden auch die Spekulationen über ein "Mittelparteiprojekt" unter Stoessers Führung gegenstandslos. Durch die Ablösung des Innenministers im Rahmen einer Reorganisation der gesamten Regierung und durch die Wahl eines Zeitpunktes, der mehr als ein Jahr nach dem Mißtrauensantrag lag, wollte der Großherzog den Eindruck vermeiden, diese Maßnahme sei eine unmittelbare Folge des Votums der Zweiten Kammer. Andererseits ergriff Friedrich I. die Initiative rechtzeitig, um zu verhindern, daß es in der bevorstehenden Session zu einem Zusammenstoß zwischen Stoesser und der regierenden Partei kommen konnte und daß durch den Konflikt ein nationalliberaler Erfolg bei den Landtagswahlen im Herbst gefährdet wurde. Stoessers Entlassung stellte eine eindrucksvolle Demonstration der Macht der regierenden Partei dar: Sie bewies damit, daß sie großen Druck ausüben konnte und sogar in der Lage war, den Sturz eines Ministers herbeizuführen. Die regierende Partei machte deutlich, daß sie von einer liberalen Regierung erwartete, daß sie mit ihr zusammenarbeitete und ihre

---

[688] BB 91/26. Apr. 1881: Wochenrundschau (Hervorhebung im Original).

[689] Vgl. Zeitungsartikel: Karlsruhe, 21. Apr. 1881 (GLA 69 v. Freydorf/466). Der Konservative Adolf Hermann Freiherr Marschall von Bieberstein war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Ersten Kammer und des Reichstags.

Wünsche in ausreichendem Umfang berücksichtigte. Zugleich unterstrichen die Nationalliberalen, daß sie nicht bereit waren, einen autoritären und konservativen Kurs hinzunehmen und daß ein konservativ geprägtes Ministerium von ihnen ernsthafte Schwierigkeiten zu erwarten hätte. Für die Regierung mußte Stoessers Sturz deshalb eine Mahnung darstellen, die Interessen der nationalliberalen Fraktion zukünftig ausreichend zu berücksichtigen.

Kapitel 6: Die konservative Neuorientierung und der weitere Abbau der Kulturkampfgesetzgebung 1884-1888

1. Konservativer Kurs: Das Heidelberger Programm

Der innenpolitische Umschwung im Deutschen Reich in den Jahren 1878/79, der durch eine konservative Wende Bismarcks sowie durch das Ende der Zusammenarbeit zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen gekennzeichnet war, führte bei der Nationalliberalen Partei auf Reichsebene zu einer Krise.[690] Diese wurde durch die Abspaltung des rechten Parteiflügels im Juli 1879 und durch den Austritt der "Sezession" um Ludwig Bamberger, Franz von Stauffenberg und Max Forckenbeck aus der nationalliberalen Fraktion im August 1880 weiter verschärft. Kurz nach dem Bekanntwerden der Sezession behauptete die "Frankfurter Zeitung", die badischen Reichstagsabgeordneten Blum und Pflüger würden sich der neuen Gruppierung anschließen, und offenbar rechneten auch die Sezessionisten mit dem Beitritt der badischen Nationalliberalen, da diese mehrheitlich dem linken Flügel der Reichstagsfraktion nahestanden.[691] Jedoch nahm die badische Parteiführung sogleich eine entschieden ablehnende Haltung gegenüber der Sezession ein und beklagte die Trennung als einen schweren Fehler, weil dadurch die Zerstückelung der nationalliberalen Fraktion vorangetrieben werde.[692] Für Kiefer waren dabei zwei Gründe ausschlaggebend: Zum einen befürchtete er eine entscheidende Schwächung des Liberalismus in Baden wie im Reich und zum anderen erkannte er, daß die Sezessionisten wegen ihrer freihändlerischen Position in Baden nur geringe Erfolgsaussichten haben würden.[693] Sicherlich trug die eindeutige Haltung der Parteispitze dazu bei, daß sich in Baden lediglich Pflüger der Sezession anschloß, wobei er gleichzeitig versicherte, daß seine Stellung zur badischen Landespartei durch diesen Schritt nicht berührt werde.[694]

---

690 Vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 164-180; SHEEHAN, S. 214-231; BLOCK, S. 48-53 u. 93-99.

691 Siehe BLZ 199/I/25. Aug. u. 202/I/28. Aug. 1880.

692 BC: Die neue Gruppe, in BLZ 199/I/25. Aug. 1880. Siehe auch BC: Die Nationalliberalen im Reichstage und im badischen Landtage, in BLZ 205/I/1. Sept. 1880.

693 So BAER, Kiefer, S. 36-38.

694 Pflüger an Lamey, 24. Aug. 1880, GLA 52 Lamey/22. Siehe auch Friderich an Lamey, 14. Apr. 1880, EBD./12.

Ein deutlicher Ausdruck für die Krise, die auch die badischen Nationalliberalen erfaßt hatte, war die schwere Niederlage bei der Landtagswahl 1881: Die regierende Partei mußte einen Rückgang um elf Mandate hinnehmen und verlor mit nur noch 31 Abgeordneten die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer.[695] Eindeutiger Wahlsieger war die Katholische Volkspartei, die sich von 15 auf 23 Mandate verbessern konnte; außerdem errangen die Demokraten fünf sowie die Konservativen drei Sitze, und der Freisinn zog erstmals mit einem Vertreter in den Landtag ein.[696] Die Ursachen für die nationalliberalen Mandatsverluste sind im unzulänglichen Wahlkampf der regierenden Partei, in der Vernachlässigung der Interessen der Wähler und vor allem in der verbreiteten Unzufriedenheit über die schlechte wirtschaftliche Lage zu sehen, für welche die Nationalliberalen verantwortlich gemacht wurden.[697] Zwar gewann die regierende Partei bei der Landtagswahl 1883 vier Mandate hinzu und stellte nun mit 35 Abgeordneten wieder die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer,[698] doch war ihre Position im Vergleich zu den siebziger Jahren auch weiterhin erheblich geschwächt.

Bei der Suche nach Auswegen aus der Krise, in der sich die Nationalliberale Partei des Deutschen Reiches befand, ging ein entscheidender Impuls zu Beginn des Jahres 1884 von Süddeutschland aus.[699] Als Bennigsen aus Enttäuschung über den Niedergang der Nationalliberalen und nach Auseinandersetzungen mit Bismarck so-

---

695 Dazu FENSKE, Baden 1860-1918, S. 178f.; EHRISMANN, S. 226-233.

696 Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahl vgl. ROTH/ THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III.

697 Siehe Müller an Lamey, 21. Dez. 1881, GLA 52 Lamey/20. Vgl. die ausführlichen Wahlberichte des Landeskommissärs für die Kreise Lörrach, Freiburg und Offenburg v. 17. Okt. 1881, des Landeskommissär für die Kreise Baden und Karlsruhe v. 24. Okt. 1881 sowie des Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut v. 24. u. 26. Okt. 1881 (alle in GLA 236/15221). Siehe auch BC: Die Landtagswahlen, in BLZ 240/II/13. Okt. 1881; BB 224/5. Okt. 1881: Die Niederlage des Nationalliberalismus.

698 Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahl vgl. ROTH/ THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III.

699 Vgl. zum Heidelberger Programm: WHITE, S. 84-122; SHEEHAN, S. 235-240; LANGEWIESCHE, Liberalismus S. 214; WOLF, S. 251-254; FENSKE, Südwesten, S. 183-185; NIPPERDEY, Organisation, S. 125f.; Hans HERZFELD, Johannes von Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, Bd. 2: Konservative Wendung und staatsmännisches Wirken 1884-1901, Detmold 1938, S. 11-24; Heinz Edgar MATTHES, Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der Deutsch-Freisinnigen Partei (1878-1893). Ein Beitrag zur Geschichte der Krise des deutschen politischen Liberalismus, Diss. Masch. Kiel 1953, S. 157-161; BAER, Kiefer, S. 38-40; DERS., Verfassungsrevisionsfrage, S. 61-65.

wie mit Parteifreunden im Frühjahr 1883 seine Mandate im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus niedergelegt hatte, entwickelte sich Johannes von Miquel[700] zur zentralen Führungspersönlichkeit der Partei. Bei einem Treffen Ende Februar 1884 beschlossen Miquel, die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Franz Armand Buhl und Heinrich Marquardsen, sowie einige pfälzische Abgeordnete, in Heidelberg eine Versammlung der nationalliberalen Führungspersönlichkeiten des Südens abzuhalten, um ein neues Programm für Süddeutschland zu vereinbaren.[701] Marquardsen lud auch die badischen Nationalliberalen zu dieser Tagung ein.[702] Parallel zu dieser Entwicklung schlossen sich Anfang März die Fortschrittspartei und die Sezession auf Reichsebene zur Deutschen Freisinnigen Partei zusammen und betonten in ihrem Programm insbesondere die Forderungen nach Wahrung des Rechtsstaats, Stärkung des Parlaments, Ablehnung einer staatsinterventionistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Festlegung der Heeresstärke in jeder Legislaturperiode.[703]

An der Heidelberger Versammlung vom 23. März 1884 nahmen Delegierte der Nationalliberalen Partei Badens, der Deutschen Partei in Württemberg, der bayrischen Nationalliberalen, der hessischen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei der Provinz Hessen-Nassau teil. Von den insgesamt 42 Vertretern stammten 6 aus Baden, nämlich Kiefer, Lamey und Eckhard sowie die Landtags- bzw. Reichstagsabgeordneten Heinrich Mays[704], Gottlieb Klumpp und Konstantin Noppel.[705] Die Versammlung verabschiedete eine von Miquel formulierte Erklärung, in der ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß sich die süddeutschen Landesparteien in der Beurteilung der politischen Lage und der wichtigsten Themenfelder einig

---

[700] Johannes von Miquel (1828-1901):

Rechtsanwalt und nationalliberaler Politiker, eine der Führungspersönlichkeiten der NLP in Preußen und im Reich, Exponent des rechten Parteiflügels, 1859 Mitbegründer des Nationalvereins, 1867-82 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1867-77 u. 87-90 MdR, seit 1880 Oberbürgermeister von Frankfurt, 1890-1901 preußischer Finanzminister u. seit 1897 stellvertretender preußischer Ministerpräsident. Vgl.: HERZFELD; NDB 17, S. 553f.

[701] Siehe Miquel an Bennigsen, 27. Febr. 1884, ONCKEN, Bennigsen, Bd. 2, S. 511.

[702] Siehe Marquardsen an Lamey, 20. März 1884, Deutscher Liberalismus, Bd. 2, S. 402.

[703] Dazu SHEEHAN, S. 250-252.

[704] Heinrich Albert Mays (1818-1893):

Rechtsanwalt und nationalliberaler Politiker, 1871-89 MdIIK. Vgl.: Bad. Biogr. 5, S. 550-552.

[705] BLZ 73/I/26. März 1884.

seien.[706] Als zentrale Aufgabe bezeichneten die Teilnehmer die *"Kräftigung des Reiches und die Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten des Deutschen Volkes auf dem bundesstaatlichen Boden der Reichsverfassung"*. Gleichzeitig betonten sie die Notwendigkeit eines starken deutschen Heeres und versicherten, sie würden *"kein nothwendiges Opfer scheuen, um die Unabhängigkeit des Vaterlandes allen Wechselfällen gegenüber sicherzustellen"*.

Außerdem sagten die süddeutschen Nationalliberalen ihre Unterstützung für Bismarcks Sozialversicherungspläne zu, die ihrer Ansicht nach notwendig waren, um die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern. Gleichzeitig bezeichneten sie die Aufrechterhaltung der Ordnung sowie eines sicheren Rechtszustandes als die wichtigste Aufgabe des Staates und erklärten ihre Bereitschaft, die *"zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe"* notwendigen Maßnahmen und damit auch die Verlängerung des Sozialistengesetzes mitzutragen. Darüber hinaus bezogen die Versammlungsteilnehmer - im Gegensatz zum Parteiprogramm aus dem Jahr 1881 - eine eindeutige Position zur Zollfrage und erklärten, in der gegenwärtigen Lage müsse an der Schutzzollpolitik festgehalten werden. Außerdem bezeichneten sie die Landwirtschaft als eine *"wichtige(n) Grundveste"* und sagten zu, die zu ihrer Unterstützung notwendigen Maßnahmen zu prüfen. Weiterhin kündigten die Delegierten an, sie würden alle Reaktionsbestrebungen bekämpfen und insbesondere die Rechte des Reichstags sowie das geheime Wahlrecht verteidigen. Abschließend erteilten die süddeutschen Nationalliberalen den Bestrebungen um eine Einigung mit anderen liberalen Parteien eine deutliche Absage und führten als Begründung an, daß wichtige Fragen von beiden Seiten äußerst unterschiedlich beurteilt würden.

Wenige Wochen nach der Heidelberger Versammlung wurde eine weitere Tagung in Neustadt veranstaltet, an der 52 nationalliberale Delegierte aus Süddeutschland teilnahmen, darunter 15 aus Württemberg, 10 aus Hessen und 6 aus Baden.[707] An die vertraulichen Beratungen, bei denen die *"volle(r) Uebereinstimmung"* mit der Heidelberger Erklärung bekräftigt wurde, schloß sich eine öffentliche

---

[706] Heidelberger Erklärung v. 23. März 1884, in: Kundgebungen der nationalliberalen Partei, GLA 69 Nationalliberale Partei/85; wiederabgedruckt in BLZ 73/I/26. März 1884. Abgedruckt auch in: Programmatische Kundgebungen der Nationalliberalen Partei 1866-1913, Berlin 1913, S. 32f.; Hans FENSKE (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich 1871-1890, Darmstadt 1978, S. 320-322. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 6)

[707] Versammlungsberichte in BLZ 89/I u. 89/II/16. Apr. 1884: Der erste Parteitag der nationalen und liberalen Landesparteien Süd- und Südwestdeutschlands in Neustadt a. d. Haardt I u. II; BLZ 90/II/17. Apr. u. 93/I/20. Apr. 1884. Siehe auch BB 87/18. Apr. 1884.

Kundgebung an, an der über 4200 Besucher teilnahmen. Aus Baden kamen unter anderem Fieser, Friderich, Blum, Gerwig und auch Eckhard, der neben Miquel als Hauptredner auftrat.

Die Berliner Parteiführung reagierte auf diese neuen Entwicklungen im Süden mit erheblicher Verzögerung: Nachdem die Reichstags- und die preußische Landtagsfraktion Anfang Mai in einer gemeinsamen Beratung ihr Einverständnis mit den Heidelberger Beschlüssen erklärt hatten, wurde Mitte des Monats ein Parteitag mit 550 Delegierten in Berlin abgehalten, um eine für die Gesamtpartei verbindliche Stellungnahme zu den Heidelberger Beschlüssen abzugeben.[708] Die in Berlin verabschiedete Erklärung stellte eine Kompromißformel dar, welche die neuen Impulse aus Süddeutschland aufnahm, gleichzeitig aber auch den in Norddeutschland verbreiteten Vorbehalten Rechnung trug.[709] So wurde die Heidelberger Erklärung *"mit lebhafter Befriedigung"* begrüßt, die Forderung nach einer Zusammenarbeit mit der Regierung bekräftigt und die Möglichkeit eines Bündnisses mit der Freisinnigen Partei ausgeschlossen. Im Gegensatz zu der Heidelberger Entschließung bekannte sich das Berliner Programm aber nicht ausdrücklich zum Protektionismus und enthielt auch keine Aussage über die zentrale Bedeutung der Landwirtschaft.

Im Zusammenhang mit den Heidelberger Beschlüssen wanderte der Kräfteschwerpunkt innerhalb der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches eindeutig nach rechts, auch wenn es dem rechten Flügel in der Folgezeit nicht gelang, eine dauerhafte innerparteiliche Vormachtstellung zu gewinnen. Mit den zentralen Heidelberger Forderungen - Verlängerung des Sozialistengesetzes, staatliche Sozialpolitik, Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft und Sicherung der deutschen Militärmacht - boten die Nationalliberalen Bismarck und den konservativen Parteien die Zusammenarbeit an. Gleichzeitig zogen sie eine deutliche Grenze nach links, da Miquel befürchtete, ein Bündnis mit den Linksliberalen würde die Nationalliberale Partei aufsaugen. Wegen der lockeren Organisationsstruktur hing es aber in entscheidendem Maße von den regionalen Verhältnissen ab, welchen Einfluß die Heidelberger Beschlüsse auf die einzelnen Landes- bzw. Provinzialorganisationen hatten.

---

[708] Versammlungsberichte in BLZ 118/19. Mai 1884: Der nationalliberale Parteitag in Berlin; BLZ 119/II/20. Mai u. 120/I/21. Mai 1884. Vgl. auch BLZ 119/I/20. Mai, 120/II/21. Mai u. 121/I/22. Mai 1884: "Auf der ganzen Linie avanciren!"

[709] Berliner Erklärung vom 18. Mai 1884, in: Kundgebungen der nationalliberalen Partei, GLA 69 Nationalliberale Partei/85; wiederabgedruckt in: Programmatische Kundgebungen, S. 33f.

Nach der Heidelberger Tagung zeigte sich die "Badische Landeszeitung" optimistisch: *"Der Druck der Apathie, der auf manchem erprobten Kämpen schwer gelastet, beginnt zu weichen"*, so verkündete das nationalliberale Blatt.[710] Die Vereinigung von Fortschrittspartei und Sezession habe zur Folge gehabt, daß die Nationalliberalen das *"Gefühl verjüngter Lebenskraft"* verspürten und zu verstärkten Aktivitäten bereit seien. Die Heidelberger Beschlüsse - dies Signal sei von Baden ausgegangen, so hob das Blatt ausdrücklich hervor - enthielten keine neuen, von dem Programm aus dem Jahr 1881 abweichende Grundsätze, sondern es seien lediglich die seitdem hinzugekommenen Probleme berücksichtigt worden. Die politische Richtung der Partei bleibe deshalb konstant, so versicherte die "Landeszeitung", und das Tempo werde auch weiterhin durch *"klug und vorsichtig erwägende Besonnenheit"* gekennzeichnet sein.

Die "Badische Correspondenz" gestand ein, bei den Beratungen in Heidelberg seien Meinungsunterschiede zwischen den süddeutschen Landesparteien deutlich geworden: Da die Badener *"die ausgeprägteste liberale Richtung"* vertreten würden, hätten sie entscheidenden Wert auf die Erhaltung der konstitutionellen Grundlagen des Reiches gelegt.[711] Der Abschnitt der Erklärung, der sich gegen Reaktionsbestrebungen wende und die Kompetenzen des Reichstags sowie das geheime Wahlrecht verteidige, gehe auf die Initiative der Badener zurück, so erläuterte das nationalliberale Parteiorgan. In der Beurteilung der übrigen Grundsatzfragen habe hingegen Einigkeit bestanden, betonte die "Correspondenz", so sei man übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß die Sozialdemokraten durch das Sozialistengesetz nicht dauerhaft besiegt werden könnten. Jedoch sei der Staat durch diese Maßnahmen in der Lage, *"der zu bedenklichster Höhe vorgeschrittenen Wühlerei"* Grenzen zu ziehen und zu verhindern, daß die Partei sich durch eine *"verwilderte(n) Demagogie"* in der Presse und in öffentlichen Versammlungen weiter ausbreiten könne. Aus diesem Grund sei die Verlängerung des Sozialistengesetzes eine *"politische Pflicht"* des Reichstags, so erklärte das Parteiorgan.

Außerdem habe unter den nationalliberalen Delegierten Übereinstimmung darüber geherrscht, so stellte die "Badische Correspondenz" fest, daß Bismarcks Sozialpolitik *"eine der wichtigsten und der Unterstützung des Reichstages würdigsten Aufgaben der Gegenwart"* darstelle und deshalb die Mithilfe der Nationalliberalen

---

[710] BLZ 74/I/27. März 1884: Der Tag von Heidelberg.

[711] BC: Die Heidelberger Versammlung, in BLZ 79/I/2. Apr. 1884.

eine *"gebieterische Pflicht"* sei. Durch diese Maßnahmen könne man den Einfluß der *"Sozial-Demagogen"* auf die Arbeiterschaft dauerhaft zurückdrängen und zu einem späteren Zeitpunkt das Sozialistengesetz überflüssig machen, so glaubte das nationalliberale Parteiorgan. Damit sei Deutschland der einzige große kontinentale Staat, welcher *"diese großen sozialen Bewegungen zu friedlichen Ordnungen herüberlenken kann, sofern dies rechtzeitig geschieht",* so die Überzeugung der "Correspondenz". Dagegen seien die Formeln des Manchestertums zur Lösung dieser Probleme ungeeignet. Allerdings sollten die Unterstützungsmaßnahmen nicht auf die Arbeiter beschränkt bleiben, so forderte das Parteiorgan, sondern müßten ebenso der Landwirtschaft zugute kommen. Zur Finanzierung wurde vorgeschlagen, die Börsengeschäfte und den größeren Grundbesitz stärker zu besteuern, was einen *"Akt der Gerechtigkeit"* darstelle.

Bei einer Sitzung des Führungskreises der Nationalliberalen Partei wurden die Heidelberger Beschlüsse angenommen,[712] doch wurden keine weiteren Schritte eingeleitet, um in der Öffentlichkeit für die neuen programmatischen Leitlinien zu werben. Auf dieses Versäumnis machte Eckhard Anfang Mai in einem Schreiben an Lamey aufmerksam: Nach der Heidelberger Erklärung und dem Neustädter Parteitag hätte vorsorglich ein *"Lebenszeichen des Parteiausschußes"* erfolgen müssen, so beklagte er, denn seiner Ansicht nach ständen die nationalliberalen *"Dinge in Baden wahrlich nicht so glänzend, daß wir uns auswärtiger Stützpunkte, die sich so bald wohl nicht wieder bieten werden, so leichten Sinnes entschlagen könnten"*.[713] Am folgenden Tag unterbreitete Eckhard in einem weiteren Brief den Vorschlag, eine Landesversammlung abzuhalten, um die Beschlüsse von Heidelberg und Berlin billigen zu lassen und mahnte abschließend: *"Wir <u>müßen</u> im Interesse unserer Landespartei Fühlung mit der Sache behalten, wenn wir nicht den Boden im Lande ganz verlieren wollen."*[714] Entsprechend Eckhards Vorschlag wurde Anfang Juni in Karlsruhe ein Parteitag abgehalten, der von fast allen Landtagsabgeordneten und ungefähr 3000 Anhängern aus allen Teilen Badens besucht war.[715] Dabei übernahmen Kiefer und Eckhard die Aufgabe, die programmatischen Beschlüsse von Heidelberg und Berlin ausführlich zu begründen, worauf die Versammlung diese annahm.

---

[712] BC: Die Offenburger Versammlung, in BLZ 24/I/29. Jan. 1885.

[713] Eckhard an Lamey, 2. Mai 1884, GLA 52 Lamey/10.

[714] Eckhard an Lamey, 3. Mai 1884, EBD. (Unterstreichung im Original).

[715] Versammlungsbericht in BLZ 135/9. Juni 1884: Der badische nationalliberale Parteitag in Karlsruhe; BB 130/10. Juni 1884: Nationalliberale Landesversammlung.

Kiefer legte in seiner Rede den Schwerpunkt auf die soziale Frage: Nach seiner festen Überzeugung sei eine neue Epoche für den Staat und die Gesellschaft angebrochen, so erklärte er, wofür es eine Reihe von Anhaltspunkten gebe, insbesondere die Entstehung revolutionärer Kräfte in verschiedenen Ländern - die *"wilden Straßenkämpfe in dem brennenden Paris"* während der Kommune seien dafür ein Beispiel.[716] Für das deutsche Bürgertum stelle das Reich die Verkörperung der höchsten Besitztümer dar, so konstatierte Kiefer, denn es schütze das Eigentum, die Familie und alles, was einen religiösen oder sittlichen Wert besitze. Sollte der Kampf um diese Besitztümer beginnen, dann würde das Bürgertum sich zu verteidigen wissen, so war Kiefer überzeugt, jedoch müsse man die verheerenden Folgen einer solchen Auseinandersetzung bedenken:

> *Allein soll auch bei uns in Deutschland einst die Gluth des Brandes über den großen Fabrikstädten mit ihren Arbeitermassen sich erheben? Soll auch für Deutschland vielleicht eine Aera der Straßenschlachten erscheinen, in denen "um das Daseyn" gekämpft wird? Soll unsere ganze Kultur der Entscheidung durch die gewaltige Faust des Stärkeren anheim gegeben werden?*

Die Nationalliberalen müßten die *"Zeichen der Zeit"* erkennen und den Weg einer Sozialreform einschlagen, so forderte der Parteiführer:

> *Es gilt, durch sie Frieden zu stiften zwischen den so oft schwer von Noth und Armuth heimgesuchten Arbeitern, an welche die Sozialdemokratie bis jetzt nur verführerische Worte und Schriften gerichtet hat. Es gilt, sie zu versöhnen mit dem Staat, es gilt, die Ueberzeugung in ihnen zu erwecken, daß dieser Staat ihre höchsten Interessen nicht bloß in Phrasen und in leeren Worten, sondern in der That und in Wahrheit durch gesetzliche Ordnung fördern will... Hierin ist allerdings ein gewaltiges, kühnes Programm aufgestellt. Aber die Zeit verlangt eine voraussehende Hilfe, eine entschlossene und muthvolle Leistung, wenn die heutigen Staaten nicht aus eigenem Verschulden sozialen Erschütterungen anheimfallen sollen.*

Mit diesem Reformprogramm verfolge Bismarck die Absicht, die beträchtlichen sozialen Unterschiede zwischen den Gesellschaftsschichten abzuschwächen, so erläuterte Kiefer, und die Verwirklichung dieses Ziels würde eine bedeutende Errungenschaft darstellen, die mit den Siegen der Jahre 1866 und 1870 vergleichbar sei. Gleichzeitig verteidigte der nationalliberale Parteiführer das Sozialistengesetz mit der Begründung, wenn der Staat Maßnahmen zur Befriedigung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter ergreife, dann sei auch ein Repressivgesetz gerechtfertigt, das den Zweck erfülle, die *"den Verstand und die Gemüther der Arbeiter*

---

[716] Kiefers Rede nach BLZ 141/II/15. Juni 1884: Stenographischer Wortlaut der Reden, welche die Herren Kiefer und Eckhard auf dem nationalliberalen Parteitage zu Karlsruhe am 8. d. M. gehalten haben.

umnebelnde[n] Demagogie der Hetzer und Wühler" zu bekämpfen und *"revolutionäre Katastrophen"* zu verhindern. Abschließend rief Kiefer die Nationalliberalen dazu auf, unter Beweis zu stellen, daß die Äußerung des Führers der Zentrumspartei, Ludwig Windthorst, die Nationalliberalen seien im Niedergang begriffen und stellten eine ephemere Erscheinung dar, falsch sei. Die regierende Partei müsse nun mit der gleichen Geschlossenheit und Tatkraft, mit der sie sich in den Jahren 1866 bis 1870 für die deutsche Einheit eingesetzt habe, die neuen, großen Herausforderungen annehmen, so forderte der Parteiführer.

Kiefers Ausführungen sind in zweifacher Hinsicht von besonderem Interesse: Zum einen kommt in ihnen deutlich die Sorge vor dem Unruhepotential zum Ausdruck, das in den sozialen Verhältnissen ruhte. Diese Befürchtungen sind ein Zeichen für den Umschwung, der sich seit dem Ende der siebziger Jahre innerhalb des deutschen Liberalismus vollzog: Die verhältnismäßig optimistischen Beurteilungen des sozialen Wandels, die seit der Jahrhundertmitte zunächst überwogen hatten, wurden allmählich von einem *"pessimistischen Antimodernismus"* abgelöst.[717] In dieser Entwicklung ist auch ein Grund dafür zu sehen, daß der liberale Reformenthusiasmus deutlich nachließ. Zum anderen deutet der Nachdruck, mit dem Kiefer in seiner Rede die Notwendigkeit sozialer Reformen betonte, darauf hin, daß von den Heidelberger Programmpunkten diese Forderung für ihn Priorität besaß. Diese Annahme wird durch Karl Baer bestätigt, der rückblickend erklärte, der nationalliberale Parteiführer habe gehofft, mit diesem Thema ein zugkräftiges Programm gefunden zu haben, um die Nationalliberalen zur *"große[n] Reformpartei für die Zukunft"* zu machen.[718] Dabei habe Kiefer auf Bismarck vertraut und sei zuversichtlich gewesen, Deutschland durch diese *"hohe, menschenfreundliche und civilisatorische Mission"* zum *"Vorbild der civilisirten Welt"* machen zu können, so Baer.

Das Urteil Miquels, die auf die süddeutschen und westdeutschen Verhältnisse abgestimmte Heidelberger Erklärung habe in diesen Teilen Deutschlands einen *"sehr guten Effekt gehabt und die Stimmung der Partei sehr belebt"*,[719] trifft auf Baden, wo die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen das Heidelberger Programm begrüßte, weitgehend zu.[720] Die programmatische Neuorientierung führte

---

[717] SHEEHAN, S. 232f.

[718] BAER, Kiefer, S. 38-40. Vgl. auch Bad. Biogr. 5, S. 387f.

[719] Miquel an von Benda, 23. Apr. 1884, Deutscher Liberalismus, Bd. 2, S. 404f., hier S. 404.

[720] BAER, Verfassungsrevisionsfrage, S. 62.

zu einer Aktivierung der Partei, was die "Badische Landeszeitung" in einem Bericht über die Karlsruher Kundgebung folgendermaßen ausdrückte:

> *Die bunte Zusammensetzung der Versammlung zeigte, wie sehr überall im Lande... der Druck der Apathie gewichen, der schwer auf Vielen gelastet, wie ausnahmslos überall sich das Gefühl neuverjüngter Lebenskraft und Schaffenslust geltend macht, und wie in allen Kreisen die Ueberzeugung erstarkt, daß es nothwendig sey, die neu gestählte Kraft, die neu gewonnene Energie des Wollens, das wiedergefundene Vertrauen zu sich selber zu deutlichem Ausdruck zu bringen...*[721]

Die liberale Presse rief die Anhängerschaft der Nationalliberalen nun zu verstärkten Aktivitäten und insbesondere zur Werbung für die neuen programmatischen Leitlinien auf. So betonte ein Pforzheimer Korrespondent der "Badischen Landeszeitung", weite Bevölkerungskreise stimmten mit den Heidelberger Positionen, insbesondere mit dem Sozialistengesetz und der Zollgesetzgebung, überein, und deshalb müßten die Nationalliberalen versuchen, die günstige Stimmung innerhalb der Bevölkerung *"durch Belehrung in eine gegen Anfechtungen von rechts oder links festgegründete Ueberzeugung"* umzuwandeln.[722] Ein Indiz für die Aktivierung der Nationalliberalen seit dem Frühjahr 1884 sind auch die verstärkten Bemühungen um einen Ausbau und eine Reform der Parteiorganisation. So rief die liberale Presse nach der Heidelberger Versammlung dazu auf, in die nationalliberalen Vereine einzutreten und wies mit Nachdruck darauf hin, daß eine gut ausgebaute Organisation eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Abschneiden bei Wahlen bilde.[723] Die vermehrten Diskussionen über die Organisationsfrage hatten zur Folge, daß eine Parteiversammlung in Offenburg im Januar 1885 Beschlüsse über eine grundlegende Reform der Parteiorganisation faßte, die auch den Anstoß zur Neugründung nationalliberaler Vereine und zur Reorganisation bereits bestehender Vereine gab.

Allerdings stieß die programmatische Neuorientierung bei einem Teil des linken Flügels der Nationalliberalen auf Widerspruch, so berichtete die "Frankfurter Zeitung", der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Karl Schneider[724] habe seine Teilnahme an der Neustädter Versammlung abgesagt, weil er die Heidelberger Be-

---

[721] BLZ 136/I/10. Juni 1884 (Hervorhebung im Original).

[722] BLZ 109/I/9. Mai 1884.

[723] Vgl. BLZ 124/I/27. Mai 1884.

[724] Karl August Schneider (1837-1911):

Bankier und nationalliberaler Politiker, Vertreter des linken Parteiflügels, 1883-88 MdIIK u. 1881-84 MdR. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 714-716.

schlüsse in allen Punkten ablehne.[725] Zwar widersprach die "Badische Landeszeitung" dieser Darstellung, doch räumte sie ein, Schneider halte die Verlängerung des Sozialistengesetzes für falsch und befürchte eine zu starke Orientierung der Partei an den Interessen der Landwirtschaft.[726] Da der Karlsruher Abgeordnete aber mit den anderen in Heidelberg aufgestellten Grundsätzen übereinstimme, tendiere er weder zum Freisinn noch zu den Demokraten, so stellte das nationalliberale Blatt klar.

Der schärfste Gegner der Heidelberger Beschlüsse war Karl Baer, der als Mitglied des Landesausschusses und ehemaliger Leiter der "Badischen Correspondenz" zum Führungskreis der Nationalliberalen Partei zählte.[727] Aus Protest gegen den neuen Kurs trat er aus dem nationalliberalen Verein in Karlsruhe aus und zog sich vollständig aus der Politik zurück, als er bei einer Parteiversammlung im Januar 1885 mit seinem Antrag scheiterte, an dem Programm aus dem Jahr 1881 festzuhalten und die Anerkennung der Heidelberger Grundsätze nicht als eine Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit anzusehen.[728] In seiner im Jahr 1892 erschienenen Schrift "Geschichte und Kritik der Verfassungsrevisionsfrage" faßte Baer seine Kritikpunkte nochmals zusammen: Durch die uneingeschränkte Unterstützung des Reichskanzlers in den Bereichen Militär, Wirtschaft, Finanzen, Sozialpolitik und beim Sozialistengesetz hätten sich die Nationalliberalen, die ihre Selbständigkeit bisher bewahrt hätten, zur *"Partei Bismarck"* erklärt, so lautete ein Hauptvorwurf.[729] Um eine praktische Politik zu betreiben, habe sich die Partei in ihrem Programm auf die zweckmäßigsten Punkte beschränkt und dabei die richtungweisenden Grundsätze - insbesondere die verfassungspolitischen Forderungen - aufgegeben, so monierte Baer, was zur *"Heidelberger Programm-Losigkeit"* geführt habe. Besonders mißbilligte der frühere Landtagsabgeordnete die Wende Kiefers, der in den sechziger Jahren die individuelle Freiheit als zentrales Ziel betrachtet habe und nun im Gegensatz dazu die Rechte und Pflichten des

---

[725] Frankfurter Zeitung, nach BLZ 90/I/17. Apr. 1884. Siehe auch BB 90/22. Apr. 1884.

[726] BLZ 90/I/17. Apr. u. 92/I/19. Apr. 1884.

[727] Vgl. Bad. Biogr. 5, S. 26.

[728] Vgl. den Versammlungsbericht in BLZ 10/I/13. Jan. 1885; Baers Zuschrift an die "Badische Landeszeitung" v. 12. Jan. 1885, abgedruckt in BLZ 11/I/14. Jan. 1885; die Reaktion der "Badischen Correspondenz": Die Offenburger Versammlung, in BLZ 24/I/29. Jan. 1885; außerdem BAER, Verfassungsrevisionsfrage, S. 63.

[729] BAER, Verfassungsrevisionsfrage, S. 61-65. Vgl. zur Kritik an Baers Haltung KATZ, S. 11-13.

Staates gegenüber den Bürgern in den Vordergrund stelle.[730] Als eine bedenkliche Folge der Heidelberger Beschlüsse bezeichnete Baer den Umstand, daß die Nationalliberalen die Beziehungen mit dem Freisinn abgebrochen hätten und sich zunehmend an den Konservativen orientieren würden.[731]

Tatsächlich führte das Heidelberger Programm zu einer Umorientierung der Nationalliberalen, was sich zum einen in einer Distanzierung vom Freisinn widerspiegelt.[732] Bis zum Frühjahr 1884 hatte Pflüger - trotz seines Übertritts zur Sezession im Reichstag im Jahr 1880 - weiterhin der nationalliberalen Fraktion im badischen Landtag angehört und war sogar Mitglied des Landesausschusses geblieben, was vermutlich auch mit dem Umstand zusammenhing, daß er zu mehreren Fraktionsmitgliedern enge Beziehungen unterhielt. Auch bei der Reichstagswahl 1881 war seine Kandidatur innerhalb der Parteiführung nicht auf Widerstand gestoßen. Nach der Heidelberger Versammlung setzte jedoch ein Distanzierungsprozeß zwischen den Nationalliberalen und Pflüger ein, der zur Folge hatte, daß die regierende Partei bei der Reichstagswahl im Herbst 1884 Ernst Blankenhorn als Gegenkandidaten gegen ihn aufstellte und der Wahlkampf äußerst heftig geführt wurde. Die Tatsache, daß Pflüger im Januar 1885 nicht mehr am nationalliberalen Parteitag in Offenburg teilnahm und auch nicht mehr in den Landesausschuß gewählt wurde, ist ein eindeutiges Zeichen für die vollzogene Trennung.

Die Umorientierung der Nationalliberalen fand ihren Ausdruck andererseits in einer allmählichen Annäherung an die Konservativen. So erklärte sich die "Badische Landeszeitung" bereits kurz nach der Heidelberger Zusammenkunft grundsätzlich mit einem Bündnis zwischen Nationalliberalen und Konservativen einverstanden.[733] Im Anschluß an die Feststellung, daß die konservative "Kreuzzeitung" seit der Heidelberger Tagung dem Gedanken eines Zusammengehens zwischen Nationalliberalen und Konservativen aufgeschlossener gegenüberstehe, erklärte das Blatt, wenn sich die Konservativen mit den nationalliberalen Zielsetzungen einverstanden erklären und sie unterstützen würden, dann sei ein Bündnis denkbar - allerdings würde sich die regierende Partei keine Bedingungen diktieren lassen, so wurde klargestellt. Bereits bei der Reichstagswahl im Herbst 1884 zeigten sich die ersten Auswirkungen dieser Neuorientierung, als Fieser im Auftrag der nationalliberalen Parteiführung mit den Konservativen

---

730 DERS., Kiefer, S. 39f.

731 DERS., Verfassungsrevisionsfrage, S. 62-65.

732 Vgl. Bad. Biogr. 6, S. 505f. und BAER, Verfassungsrevisionsfrage, S. 62f.

733 BLZ 84/I/8. Apr. 1884.

Verhandlungen aufnahm, um für die Stichwahl im 10. Wahlkreis (Karlsruhe) eine Wahlempfehlung zugunsten des nationalliberalen Kandidaten Leopold Arnsperger zu erreichen.[734] Beide Seiten trafen die Abmachung, daß die Nationalliberalen, als Gegenleistung für die konservative Unterstützung, die Erklärung abgeben sollten, daß sie die Vertretung des 12. und 13. badischen Reichstagswahlkreises durch Konservative nicht als einen Nachteil für die nationalen Interessen ansehen würden. Bei der Stichwahl konnte sich Arnsperger mit konservativer Hilfe deutlich gegen den Kandidaten der Katholischen Volkspartei, Johann Gerber, durchsetzen.

Bei der Reichstagswahl 1887 trafen Nationalliberale und Konservative bereits für die Hauptwahl eine Absprache, die sich auf sämtliche Wahlkreise des Landes bezog.[735] Im Unterschied zur Wahl 1884 ging die Initiative nicht von der regierenden Partei in Baden, sondern von den Reichsorganisationen der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien aus, die im Januar 1887 ein Kartell zur gegenseitigen Wahlunterstützung schlossen. Vorausgegangen waren heftige Konflikte im Reichstag um die Heeresvorlage, die dazu führten, daß Bismarck das Parlament auflöste, weil die Mehrheit unter Einschluß der Linksliberalen und des Zentrums lediglich ein dreijähriges Heeresbudget statt des beantragten Septennats zugestehen wollte. Unmittelbar nach der Reichstagsauflösung sprach sich die "Badische Landeszeitung", die bereits im Oktober 1886 ein Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und Konservativen befürwortet hatte,[736] mit Nachdruck für ein nationalliberal-konservatives Bündnis aus.[737] Sowohl die regierende Partei in Baden als auch die Konservativen des Landes stimmten der von den Reichsorganisationen vereinbarten Absprache zu,[738]

---

[734] Siehe Fiesers Erklärung, in BLZ 177/II/31. Juli 1885; WOLF, S. 262-264. Baer trat in diesem Zusammenhang aus dem nationalliberalen Verein in Karlsruhe aus (siehe BB 10/14. Jan. 1885).

[735] Vgl. zur Reichstagswahl 1887 allgemein LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 212-216. Zu Baden siehe SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 124-131 u. WOLF, S. 299-305.

[736] BLZ 254/I/29. Okt. 1886: Ueber die Bildung einer Mittelpartei.

[737] Die "Badische Landeszeitung" (13/I/16. Jan. 1887: Die Reichstagsauflösung, Hervorhebungen im Original) erklärte: *"Wo so Großes auf dem Spiele steht, muß jeder kleinliche Gedanke, jede Haarspalterei zurücktreten. Für oder gegen die Militärvorlage müssen die allein entscheidenden Fragen an Jeden, der sich zur Wahl stellt, heißen...Vergessen wir nicht den Unterschied zwischen liberal und konservativ; behalten wir uns vor, ihn zu geeigneter ruhiger Zeit wieder so laut zu betonen, als es nur immer geschehen kann; nur heute, nur bei den jetzt bevorstehenden Wahlen streichen wir diesen Unterschied aus unserem Sprachschatze... Schulter an Schulter müssen Nationalliberale und Konservative bei dieser Wahl zur Urne treten..."*

[738] Die Beschlüsse wurden auf der nationalliberalen Landesversammlung am 23. Januar 1887 (BLZ 20/I/25. Jan. 1887) und in der Sitzung des Landesausschusses der

so daß die Nationalliberalen in elf und die Konservativen in drei Wahlkreisen Kandidaten aufstellten, die jeweils von beiden Kartellpartnern unterstützt wurden. Die regierende Partei errang einen deutlichen Wahlsieg und konnte ihre Mandatszahl von fünf auf neun steigern, während die Konservativen weiterhin drei Abgeordnete stellten und von den übrigen Parteien lediglich die Katholische Volkspartei zwei Mandate gewann.[739]

Zusammenfassend kann man festhalten, daß das Heidelberger Programm zwar in Baden verabschiedet wurde, daß aber die badischen Nationalliberalen an seinem Zustandekommen nicht federführend beteiligt waren. Von ihnen ging nicht die Initiative aus, sie waren bei den Tagungen in Heidelberg sowie Neustadt nur unterdurchschnittlich repräsentiert und die verfassungspolitischen Forderungen, die sie durchsetzen konnten, nahmen innerhalb des Programms nur einen untergeordneten Stellenwert ein. Die Beschlüsse wurden von den badischen Nationalliberalen weitgehend positiv aufgenommen, auch wenn sie bei einem Teil des linken Parteiflügels auf Ablehnung stießen. Für Kiefer - und vermutlich auch für einen Teil der Nationalliberalen Partei - besaß von den Heidelberger Programmpunkten die Sozialgesetzgebung den höchsten Stellenwert. Der Parteiführer sah deutlich die Gefahren, welche die soziale Frage für die Stabilität der Gesellschaft und insbesondere für die Stellung des Bürgertums beinhaltete. Mit einem sozialen Reformprogramm glaubte er ein geeignetes Mittel gefunden zu haben, um die sozialen Spannungen zu entschärfen und damit ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie sowie die Gefahr von Unruhen verhindern zu können.
Gleichzeitig spielte wahrscheinlich auch die Überlegung eine Rolle, mit einem Kurs, der die soziale Problematik miteinbezog, für die regierende Partei neue Wählerschichten erschließen zu können. Durch die insgesamt konservative Ausrichtung des Programms wurde eine Umorientierung der badischen Nationalliberalen ausgelöst, die dazu führte, daß einerseits die Kooperation mit dem Linksliberalen Pflüger im Landtag beendet wurde und andererseits eine Annäherung an die Konservativen stattfand, die in Absprachen bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kam.

Für den badischen Nationalliberalismus, der sich zu Beginn der achtziger Jahre in einer Krise befand - wofür der Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl 1881 ein unübersehbares Zeichen war - hatte die Heidelberger

---

Konservativen am 25. Jan. 1887 (Badische Landpost, in BLZ 22/II/27. Jan. 1887) gefaßt.

[739] Siehe Anhang 2.

Versammlung nachhaltige Folgen: Sie leitete eine Phase vermehrter Aktivitäten ein und führte gleichzeitig zu einer Stärkung des Selbstvertrauens und der Zuversicht innerhalb des nationalliberalen Lagers. Das verstärkte Engagement wird besonders an der grundlegenden Reform der Parteiorganisation und der sich daran anschließenden Phase von Vereinsgründungen deutlich. Insofern kann die Heidelberger Tagung als Auslöser für den Aufschwung der Nationalliberalen Partei in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre angesehen werden. Dieser Aufwärtstrend kommt insbesondere in den großen Erfolgen bei den Landtagswahlen 1885 und 1887 zum Ausdruck, bei denen die regierende Partei beachtliche Zugewinne erzielte und ihren Mandatsstand aus den siebziger Jahren wieder erreichte. Allerdings muß einschränkend hinzugefügt werden, daß der nationalliberale Aufschwung durch die Krise der Katholischen Volkspartei erheblich gefördert wurde.

2. Richtungskämpfe: Das zweite badische Revisionsgesetz

Während der Amtszeit von Erzbischof Johann Baptist Orbin[740] in den Jahren 1882 bis 1886 wurden in Baden, im Gegensatz zu Preußen, keine weiteren Kulturkampfgesetze abgebaut, jedoch wurden die Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche wesentlich verbessert.[741] Die nach dem Tod Orbins im Jahr 1886 erfolgte Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles mit Johannes Christian Roos[742] stellte einen Einschnitt in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche dar. Unter dem Eindruck der Beendigung des Kulturkampfes in Preußen und insbesondere nach der Verabschiedung des zweiten preußischen Friedensgesetzes

---

[740] Johann Baptist Orbin (1806-1886):

Domkapitular und Erzbischof, Vertreter eines Verständigungskurses gegenüber dem Staat, 1846 Domkapitular, 1881 Kapitularvikar u. Domdekan, 1882-86 Erzbischof von Freiburg. Vgl.: Bad. Biogr. 4, S. 289-310.

[741] Vgl. zum zweiten badischen Revisionsgesetz: STADELHOFER, S. 140-194; RHEIN, S. 114-116; FENSKE, Baden 1860-1918, S. 187; BACHEM, Bd. 8, S. 109-111 u. 169f.; Josef SCHOFER, Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur kirchenpolitischen Geschichte der badischen Heimat, Karlsruhe 1918, S. 22-26; DERS., Wacker, S. 56-58.

[742] Johannes Christian Roos (1828-1896):

Erzbischof, 1864 Professor für Pastoraltheologie, 1869 Domkapitular u. 1885/86 Bischof von Limburg, 1886-96 Erzbischof von Freiburg. Vgl.: BJ 1, S. 398f.

im April 1887 wuchs innerhalb der katholischen Kreise die Entschlossenheit zu einer aktiven Politik, die eine Revision der Staatskirchengesetzgebung in Richtung auf einen Status quo ante zum Ziel hatte. So trug Erzbischof Roos im April 1887 in einem Schreiben an Kultusminister Wilhelm Nokk[743] die kirchlichen Änderungswünsche vor, um die Regierung zu einem Gesetzentwurf zu bewegen. Die daraufhin beginnenden Verhandlungen zwischen Ministerium und Ordinariat dauerten bis zum November des Jahres an und führten schließlich zu einem Übereinkommen,[744] das dem Landtag als Gesetzentwurf vorgelegt werden sollte. Auf die Konzessionsbereitschaft der Regierung dürfte sich dabei der Umstand positiv ausgewirkt haben, daß Baden, nach der Verabschiedung des zweiten preußischen und des hessischen Revisionsgesetzes im April bzw. Juli 1887, von den deutschen "Kulturkampfstaaten" den für die katholische Kirche ungünstigsten Gesetzeszustand aufwies.

Die Nationalliberale Partei ging aus der Landtagswahl im Herbst 1887 als eindeutiger Sieger hervor und konnte acht Mandate hinzugewinnen, so daß sie nun mit 52 Abgeordneten in das Karlsruher Ständehaus einzog.[745] Dabei eroberte die regierende Partei sowohl ländliche als auch städtische Wahlkreise: von der Katholischen Volkspartei die Bezirke 7 (Waldshut-Säckingen), 18 (Stadt Freiburg), 28 (Oberkirch-Achern), 34 (Ettlingen-Rastatt) sowie 52 (Eberbach-Buchen) und von den Demokraten zwei Mannheimer Wahlkreise sowie einen Pforzheimer Bezirk. Da außerdem der Abgeordnete Emil Kraatz im Juni 1887 zur nationalliberalen Fraktion übergetreten war, betrug der Zuwachs gegenüber der vorangegangenen Landtagsperiode insgesamt neun Mandate.[746] Während die regierende Partei eine dominierende Position in der Zweiten Kammer einnahm, befanden sich die politischen Gegner auf einem Tiefpunkt: Der Freisinn war nicht mehr im Landtag vertreten, die Konservativen sowie die Demokraten behaupteten lediglich noch ein Mandat und die Katholische Volkspartei war mit nur neun Abgeordneten auf ihren Mandatsstand von 1871 zurückgefallen.

---

[743] Wilhelm Nokk (1832-1903):

Verwaltungsbeamter, nationalliberaler Politiker und Ministerpräsident, 1867-71 MdIIK, seit 1874 Direktor des Oberschulrates, 1881-93 Justiz- und Kultusminister sowie 1893-1901 gleichzeitig Ministerpräsident. Vgl.: RHEIN; Friedrich von WEECH, Staatsminister Dr. Wilhelm Nokk, Heidelberg 1904; Bad. Biogr. 6, S. 495-498.

[744] Dazu ausführlich STADELHOFER, S. 148-177.

[745] Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahl vgl. ROTH/ THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III.

[746] Siehe BLZ 135/III/12. Juni 1887.

Der rasante Aufwärtstrend der Nationalliberalen - ein Zugewinn von insgesamt 17 Mandaten bei den Landtagswahlen 1885 und 1887 - dürfte zum einen mit den Auswirkungen der Heidelberger Versammlung zu erklären sein, nämlich mit dem gewachsenen Selbstvertrauen, den Organisationsanstrengungen, den vermehrten Aktivitäten und der stärkeren Berücksichtigung der Interessen der unteren Bevölkerungsschichten, insbesondere des Kleingewerbes und der Landbevölkerung.[747] Zum anderen waren die Wahlsiege der regierenden Partei eine unmittelbare Folge der schweren Krise der Katholischen Volkspartei, die eine diametral entgegengesetzte Entwicklung aufwies und innerhalb von sechs Jahren annähernd zwei Drittel ihrer Mandate verlor. Die nachlassende Kulturkampfspannung, eine Folge des ersten Revisionsgesetzes aus dem Jahr 1880, stellte die Partei vor große Probleme, da sie ihre Propaganda hauptsächlich auf kulturpolitische Fragen ausgerichtet hatte. Hinzu kam, daß die Schlagkraft der Katholischen Volkspartei durch heftige Auseinandersetzungen um den Kurs stark beeinträchtigt wurde: Der Parteivorsitzende Lender beabsichtigte, durch den Verzicht auf parlamentarische Initiativen und ein zurückhaltendes Vorgehen Zugeständnisse von der Regierung zu erreichen und konnte die überwiegende Mehrheit der Fraktion für diese Taktik gewinnen.[748] Dagegen plädierte Wacker als Wortführer der Minderheit für stärkere kirchenpolitische Aktivitäten nach dem Vorbild des Zentrums in Preußen und im Reich. Aus diesen grundsätzlichen Meinungsunterschieden, die zu Beginn der Session 1883/84 erstmals offensichtlich wurden, resultierten in den folgenden Jahren scharfe innerparteiliche Konflikte, die Wacker schließlich zum Austritt aus der Fraktion veranlaßten.

In den Wochen vor Beginn der Landtagsperiode 1887/88 regte sich innerhalb des nationalliberalen Lagers Widerstand gegen einen weiteren Abbau der Kulturkampfgesetzgebung. So behauptete der nationalliberale Oberbürgermeister der katholischen Stadt Baden-Baden, Albert Gönner[749], die badische Bevölkerung habe nicht den Wunsch nach einer Änderung der Kirchengesetze und forderte dazu auf, einem derartigen Versuch mit Entschiedenheit entgegenzutreten.[750] Eine

---

[747] Vgl. zur Orientierung der Nationalliberalen an den unteren Schichten GALL, Problematik, S. 191-193.

[748] Dazu STADELHOFER, S. 122-124 u. 132-139.

[749] Albert Gönner (1838-1909):

Nationalliberaler Politiker und seit 1873 Oberbürgermeister von Baden-Baden, 1883-1909 MdIIK u. 1893-1906 Präsident der II. Kammer. Vgl.: Bad. Biogr. 6, S. 270-275.

[750] Gönner in einer Rede vor den Baden-Badener Wahlmännern, in BLZ 252/I/27. Okt. 1887: Die kommende kirchenpolitische Vorlage.

Revision würde nicht dem Frieden dienen, sondern zu erneuten, scharfen Auseinandersetzungen führen, so warnte er, denn sie würde nicht auf einem tatsächlichen Bedürfnis der Bevölkerung beruhen, sondern auf einer *"nicht gerechtfertigten hierarchischen Machtbegehrlichkeit gegenüber dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft"*. Nachdem die "Konstanzer Zeitung" geurteilt hatte, der nationalliberale Wahlsieg sei *"ein lauter Protest des Landes gegen alle und jede Konzession an den Ultramontanismus"*[751], sagte die "Badische Landeszeitung" voraus, die angekündigte kirchenpolitische Gesetzesvorlage besitze *"nur äußerst wenig Aussicht auf Annahme"*, und legte der Regierung deshalb nahe, sie nicht vorzulegen.[752] Zwar schloß das Blatt nicht aus, daß eine Gruppe nationalliberaler Abgeordneter eine solche Vorlage unterstützen könnte, doch war es sicher, daß die große Mehrheit der Fraktion einem Entwurf, der die Interessen des Landes schädige, nicht zustimmen werde. Dabei wies die "Landeszeitung" auf die Stimmung innerhalb der Bevölkerung hin, die bei der Landtagswahl zum Ausdruck gekommen sei: Die große Mehrheit der Badener sei mit dem im Jahr 1880 erreichten Verhältnis zwischen Staat und Kirche zufrieden und lehne weitergehende Gesetzesänderungen ab, so erklärte das Blatt und forderte die Regierung auf, die notwendigen Konsequenzen aus diesem Umstand zu ziehen.

Trotz des zu erwartenden Widerstands der nationalliberalen Fraktion hielt die Regierung unverändert an ihrem Plan fest und legte dem Landtag Anfang Dezember 1887 den Kirchengesetzentwurf vor.[753] Artikel 1 sah die Möglichkeit vor, kirchliche Erziehungsanstalten wieder zuzulassen, Artikel 2 und 3 beinhalteten die Beseitigung bzw. Milderung von Strafbestimmungen gegen Geistliche und Artikel 4 sah vor, die Regierung zu ermächtigen, einzelnen Ordensgeistlichen die Aushilfe in der Seelsorge zu gestatten. Um die Nationalliberalen für den Entwurf zu gewinnen, unterstrich die Regierung in der Begründung, die staatlichen Interessen würden

---

751 Konstanzer Zeitung, in EBD., Hervorhebungen im Original. Ebenso stellte die "Breisgauer Zeitung" (in EBD., Hervorhebung im Original) unmißverständlich fest: *"Die eingetretene Verstärkung der liberalen Kammerfraktion läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß keinerlei Konzessionen an den streitbaren Ultramontanismus gemacht werden. Die Abgeordneten können zu solchen nicht Ja sagen, ohne das Vertrauen ihrer Wähler zu täuschen."*

752 BLZ 252/I/27. Okt. 1887: Die kommende kirchenpolitische Vorlage. Siehe auch BLZ 267/II/13. Nov. 1887: Keine kirchenpolitische Vorlage!; BLZ 270/I/17. Nov. 1887: Keine kirchenpolitische Vorlage!

753 Vgl. zum Folgenden insbesondere STADELHOFER, S. 178-194. Der Gesetzentwurf in: Verhandlungen 1887/88, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 77-84; wiederabgedruckt bei STADELHOFER, S. 404f.

nicht angetastet, und das Ministerium betrachte die Revision der Kirchengesetzgebung mit der Verabschiedung dieses Gesetzes als abgeschlossen.

Trotz dieser Versicherungen nahm die "Badische Landeszeitung" eine äußerst kritische Position gegenüber der Vorlage ein und sprach von einer *"unangenehmen Ueberraschung"*, da man nach den Äußerungen Turbans in den Adreßdebatten des Landtags ein solches Ausmaß an Konzessionen gegenüber der katholischen Kirche nicht erwartet habe.[754] Weiterhin monierte das nationalliberale Blatt, daß der Entwurf unter anderem mit den kirchenpolitischen Maßnahmen in Preußen und Hessen begründet werde, was im Gegensatz zu Turbans Erklärung stehe, daß für die Gesetzgebung des Großherzogtums ausschließlich die badischen Verhältnisse maßgebend seien. Der Hauptkritikpunkt der "Landeszeitung" bezog sich auf den Umstand, daß die Regierung nicht die bindende Erklärung abgab, daß mit dieser Vorlage die Kirchengesetzgebung für einen längeren Zeitraum zum Abschluß gebracht und ein dauerhafter Frieden zwischen Staat und katholischer Kirche erreicht werde. Vielmehr war das Blatt davon überzeugt, daß die Kirche sich auf längere Sicht nicht mit diesen Konzessionen begnügen werde und deshalb das Gesetz nicht zu einem dauerhaften Frieden führen könne, wofür auch die Äußerungen des "Badischen Beobachters" und der Kurs des Zentrumsführers Windthorst sprächen.

In einem weiteren Kommentar deutete die "Badische Landeszeitung" an, die nationalliberale Fraktion werde gegen Artikel 2 und 3, welche die Beseitigung bzw. Milderung von Strafmaßnahmen gegen Geistliche beinhalteten, keine Einwände erheben.[755] Jedoch habe sie gegen Artikel 1, die Möglichkeit der Zulassung kirchlicher Erziehungsanstalten, Vorbehalte, so daß ihre Zustimmung von mehreren Änderungen abhängig sei. Außerdem stoße Artikel 4, der die aushilfsweise Seelsorge von Ordensgeistlichen vorsah, bei den Nationalliberalen auf *"ganz unüberwindliche Bedenken"*, so erklärte die "Landeszeitung". Zur Begründung wies sie darauf hin, daß das Programm der Katholischen Volkspartei, das auch die Forderung nach der Zulassung von Ordensgeistlichen beinhalte, bei der Landtagswahl - insbesondere in katholischen Bezirken - eine deutliche Absage erhalten habe. Die badische Bevölkerung sei nämlich in ihrer überwiegenden

---

[754] BLZ 291/II/10. Dez. 1887: Der kirchenpolitische Gesetzentwurf II. Vgl. auch die kritischen Kommentare in BLZ 300/I/21. Dez., 301/II/22. Dez u. 306/II/29. Dez. 1887: Die kirchenpolitische Vorlage und die Badische Landeszeitung I-III; BLZ 290/II/9. Dez. 1887: Die kirchenpolitische Vorlage. Siehe zur Position der Katholischen Volkspartei: BB 278/10. Dez., 279/I/11. Dez. 1887: Zur neuen Kirchenvorlage I u. II; BB 288/22. Dez. 1887: Der kirchenpolitische Gesetzentwurf.

[755] BLZ 293/II/13. Dez. 1887: Der kirchenpolitische Gesetzentwurf III.

Mehrheit liberal eingestellt und habe eine stark ausgeprägte Abneigung gegen *"mönchisches Wesen und Unwesen"*, zumal sie sich deutlich an die Missionstätigkeit in den fünfziger Jahren erinnere, so erklärte das nationalliberale Blatt, und deshalb lehne die große Majorität die Zulassung nichtbadischer Ordensgeistlicher kategorisch ab.

Zwar brachte die "Badische Landeszeitung" den Standpunkt der Mehrheit der nationalliberalen Fraktion unter der Führung Kiefers zum Ausdruck, doch bestand daneben eine Minderheit um Otto Winterer[756] und Friedrich von Neubronn[757], die sich gegenüber der katholischen Kirche konzessionsbereiter zeigte.[758] Die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Richtungen betrafen zum einen die grundsätzliche Frage, ob sich Baden nach der preußischen Kirchenpolitik richten solle. Während die Mehrheit die Auffassung vertrat, der kirchenpolitische Kurs des norddeutschen Staates sei für Baden nicht maßgebend und das Großherzogtum solle das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nach seinen eigenen Bedürfnissen gestalten, meinte die Minderheit, die deutschen Einzelstaaten müßten sich der preußischen Entwicklung anschließen. Eine zweite Differenz bestand darin, daß die Richtung um Kiefer für den Landtag das Recht in Anspruch nahm, jede einzelne Bestimmung der Regierungsvorlage zu prüfen und gegebenenfalls zu ändern oder abzulehnen, während die Gruppierung um Winterer und von Neubronn der Ansicht war, die Vorlage müsse, da sie zwischen Regierung und Ordinariat vereinbart worden sei, als Einheit aufgefaßt werden.

Die zur Beratung des Regierungsentwurfs eingesetzte Kommission der Zweiten Kammer bestand aus elf Nationalliberalen und zwei Mitgliedern der Katholischen

---

[756] Otto Winterer (1846-1915):

Jurist, Oberbürgermeister und nationalliberaler Politiker, Vertreter des gemäßigten Parteiflügels, 1877-88 Oberbürgermeister von Konstanz u. 1888-1913 von Freiburg, 1883-88 MdIIK u. 1905-15 MdIK. Vgl.: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, hrsg. im Auftrag der Stadt Freiburg i. Br. v. Heiko HAUMANN u. Hans SCHADEK, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 239-242; Anton MÜLLER, Dr. Otto Winterer, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br. Zu seinem fünfzigjährigen Todestag, in Ekkhart 1965, S. 161-173; Heinrich MÜLLER, Oberbürgermeister Dr. Otto Winterer. Ein Vierteljahrhundert Entwickelungsgeschichte der Stadt Freiburg, Freiburg 1916; Bad. Biogr. NF 2, S. 310-313.

[757] Friedrich Freiherr von Neubronn (1839-1915):

Verwaltungsjurist und nationalliberaler Politiker, 1881-88 MdIIK u. 1901-13 MdIK.

[758] Siehe zu den innerparteilichen Konflikten: STADELHOFER, S. 179 u. 182-184; Freiburger Zeitung 161/16. Juni 1915, Abendblatt (GLA 69 v. Neubronn/17); Heinrich MÜLLER, S. 242-246; SCHOFER, Klosterfrage, S. 22-26; BACHEM, Bd. 8, S. 109 u. 170.

Volkspartei. Die Ausschußmitglieder der regierenden Partei meldeten gegen die ersten drei Artikel der Vorlage keine schwerwiegenden Bedenken an, schlugen jedoch mehrere verschärfende Detailänderungen vor.[759] Beim vierten Artikel traten allerdings tiefgreifende Meinungsunterschiede zwischen ihnen auf: Die Mehrheit der Nationalliberalen lehnte die vorgesehene Bestimmung als unannehmbar ab, weil sie durch religiöse Orden, die ihrer Meinung nach dem Einfluß der Jesuiten ausgesetzt waren, den Frieden innerhalb des Staates gefährdet sah. Außerdem hielt diese Gruppe den Einsatz nichtbadischer Ordensgeistlicher für unnötig, da dem Priestermangel durch die Zulassung von Konvikten und dem Seelsorgenotstand durch eine bessere Verteilung der Geistlichen auf die einzelnen Sprengel abgeholfen werden könne. Im Gegensatz dazu erklärten sich mehrere nationalliberale Kommissionsmitglieder zur Annahme des Artikels 4 bereit und argumentierten, Baden sei das einzige deutsche Land, in dem Ordensgeistliche in Notfällen nicht zur Seelsorge zugelassen würden.[760] Außerdem hielten sie das Verbot des Einsatzes von Ordensmitgliedern in der Praxis für nicht durchsetzbar, da nicht bei jeder einzelnen Gesetzesübertretung gerichtlich eingeschritten werden könne.[761] Schließlich wies die nationalliberale Minderheit auch darauf hin, daß das liberale Prinzip nicht auf Zwang, sondern auf Toleranz basiere.

In der Debatte der Zweiten Kammer Mitte April 1888 verteidigte Kultusminister Nokk die Regierungsvorlage vergeblich.[762] Die Volksvertretung nahm die Artikel 1, 2 und 3 in der Fassung der Kommissionsanträge gegen die zehn Stimmen der Katholischen Volkspartei und des Demokraten an. Außerdem beschloß sie mit 41 gegen 20 Stimmen die Streichung des Artikels 4, wobei sich die Minderheit aus 9 Mitgliedern der Katholischen Volkspartei, einem Demokraten und 10 Nationalliberalen - neben den Abgeordneten Winterer und von Neubronn außerdem Heinrich Mays, Karl Schneider, Josef Geldreich, August Joos, Eduard Müller, Heinrich Osiander, Anton Schmid und Franz von Schmidsfeld - zusammensetzte.[763] Nachdem die Erste Kammer die Änderung der Artikel 1 und 3

---

[759] Vgl. Kiefers Kommissionsbericht, Verhandlungen 1887/88, II. Kammer, 4. Beil.-H., S. 171-189.

[760] Von Neubronn am 17. Apr. 1888 in der Zweiten Kammer, KaZtg 111/22. Apr. 1888 (Beil.).

[761] Winterer am 17. Apr. 1888 in der Zweiten Kammer, KaZtg 110/21. Apr. 1888 (Beil.).

[762] Vgl. Verhandlungen 1887/88, II. Kammer, Prot.-H., S. 112f. Siehe auch BLZ 94/II/20. Apr. u. 96/II/22. Apr. 1888: Zur Verhandlung der 2. Kammer über die kirchenpolitische Vorlage I u. II.

[763] BLZ 93/II/19. Apr. 1888: Die Berathung der zweiten Kammer über die Kirchenvorlage.

abgelehnt, aber die Streichung von Artikel 4 hingenommen hatte,[764] billigte die Zweite Kammer diese Gesetzesfassung einstimmig.[765] In der Debatte drückten die Vertreter der Katholischen Volkspartei die Erwartung aus, daß dem Gesetz weitere Schritte zur Entschärfung des Kulturkampfes folgen würden. Damit konnte das zweite badische Revisionsgesetz Anfang Juli 1888 in Kraft treten,[766] und das Ordinariat nutzte in der Folgezeit in zahlreichen Fällen die Möglichkeit, Konvikte zu errichten.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der nationalliberalen Fraktion wurden offenbar mit großer Härte ausgetragen, was Winterer in der Debatte der Zweiten Kammer öffentlich beklagte:

> *Hier hat sich doch ein solcher Spektakel erhoben, als ob das Großh. badische liberale Ministerium drauf und dran wäre, den badischen Staat der Inquisition zu überliefern. Es wurde jene ganze Maschinerie des Meinungsterrorismus in Bewegung gesetzt. Jeder, der nicht auf die Schablone schwur, wurde verdächtigt, persönlich angegriffen, verleumdet usw. Männer von erprobter liberaler Vergangenheit, hatten dieses Schicksal.*[767]

Auffallend ist der Umstand, daß von den zehn Abgeordneten der gemäßigten Gruppierung nach der Session 1887/88 vier - Winterer, von Neubronn, Schneider sowie Joos - ihre Mandate niederlegten und zwei - Mays sowie Osiander - nicht mehr für den Landtag kandidierten. Im Falle von Winterer sprechen sowohl seine Klage über den auf die Minderheit ausgeübten Druck als auch die Tatsache, daß er im Jahr 1888 als Oberbürgermeister von Freiburg nicht beim dortigen nationalliberalen Parteitag erschien, dafür, daß seine Mandatsniederlegung eine Folge der parteiinternen Streitigkeiten und des Kurses in der Kulturpolitik war.[768] Auch bei

---

[764] Vgl. Verhandlungen 1887/88, I. Kammer, Prot.-H., S. 155-187.

[765] Vgl. EBD., II. Kammer, Prot.-H., S. 130.

[766] Gesetz, Aenderung einiger gesetzlichen Bestimmungen über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, vom 5. Juli 1888, GVB 1888, S. 327f.

[767] Winterer am 17. Apr. 1888 in der Zweiten Kammer, zit. nach SCHOFER, Klosterfrage, S. 23.

[768] Dagegen vertreten Heinrich Müller (S. 245f.) und Clemens Siebler (Otto Winterer, in: Bad. Biogr. NF 2, S. 310-313, hier S. 312) die Auffassung, Winterer sei wahrscheinlich wegen seiner im Jahr 1888 erfolgten Wahl zum Freiburger Oberbürgermeister und der damit verbundenen hohen Arbeitsbelastung aus dem Landtag ausgeschieden. Gegen diese Interpretation sprechen allerdings die Umstände, daß Winterer bereits in den Jahren 1883 bis 1888 die Doppelbelastung als Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Konstanz zu tragen hatte und daß er in den Jahren 1905 bis 1913

der Mehrzahl der anderen ausgeschiedenen Abgeordneten dürften diese Gründe für den Rückzug verantwortlich gewesen sein.[769] Von der Fraktionsminderheit beendeten außerdem Schmid und von Schmidsfeld ihre Abgeordnetentätigkeit, weil sie bei der folgenden Landtagswahl von ihren Gegenkandidaten geschlagen wurden. Mit Ausnahme von Geldreich und Müller war somit die gesamte unterlegene Gruppierung im folgenden Landtag nicht mehr vertreten, was eine wesentliche Schwächung der in kulturpolitischer Hinsicht gemäßigten Richtung innerhalb der Fraktion bedeutete.

Da außer Mays alle Abgeordneten der Minderheitsgruppe der katholischen Konfession angehörten, führte ihr Ausscheiden aus dem Landtag außerdem zu einer Schwächung der Stellung der Katholiken innerhalb der Fraktion: Mit Winterer, der Mitglied des Landesausschusses war, und mit von Neubronn verloren sie zwei Führungspersönlichkeiten und zugleich sank in der Landtagsperiode 1889/90 ihr Anteil an der Fraktion auf lediglich 30%, wohingegen der Anteil der Protestanten auf 66% anstieg.[770] Damit stand die konfessionelle Zusammensetzung der Fraktion in einem krassen Gegensatz zur Konfessionsstruktur der Gesamtbevölkerung, die ein annähernd umgekehrtes Verhältnis aufwies. Für die Nationalliberalen war die deutliche Unterrepräsentation der katholischen Bevölkerung in ihrer Partei problematisch, weil dadurch der Eindruck entstehen konnte, daß sie die Interessen der Katholiken nicht in ausreichendem Maße berücksichtigen würden.

Durch die kompromißlose Haltung der regierenden Partei in der Frage der Zulassung von Ordensgeistlichen wurde dieser, in Teilen der katholischen Bevölkerung bestehende Verdacht weiter verstärkt. Die Tatsache, daß sogar die Mehrheit der Katholiken in der nationalliberalen Fraktion für die Annahme von Artikel 4 des Regierungsentwurfs stimmte, ist ein Zeichen dafür, daß weite Teile der katholischen Bevölkerung die Zulassung nichtbadischer Ordensgeistlicher befürworteten, um die Mißstände in der Seelsorge zu beseitigen. Aus diesem Grund gab Winterer seinen Fraktionskollegen zu bedenken, daß mit der Ablehnung des vierten Artikels *"der point d'honneur der katholischen Bevölkerung"*[771] verletzt werden könne, und warnte vor den Folgen:

---

trotz seines Amts als Freiburger Oberbürgermeister ein Mandat in der Ersten Kammer annahm.

769 So auch BACHEM, Bd. 8, S. 170 u. SCHOFER, Klosterfrage, S. 26. Das Privatarchiv von Neubronns im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA 69 v. Neubronn) gibt keinen Aufschluß über diese Frage.

770 Eigene Berechnungen nach den Angaben in Anhang 5. Außerdem waren 2% der Abgeordneten Altkatholiken, und bei den restlichen 2% fehlen die Angaben.

771 Zit. nach Heinrich MÜLLER, S. 244.

> *Auch ein großer Teil der Bevölkerung der Katholischen, der nicht so sehr an der Geistlichkeit hängt, wäre mit einer gewissen Befriedigung erfreut, wenn die Konzession gemacht worden wäre. Vielleicht treibt die Ablehnung einen Teil in das ultramontane Lager, und ich sage, wenn es nur 25 Prozent sind, welche hinübergehen, so sind es mir viel zu viel. Ich glaube, daß diejenige Partei, welche typisch als die ultramontane bezeichnet wird, durch die Ablehnung gestärkt werden wird.*[772]

Auch der Protestant Baer warf der nationalliberalen Mehrheit in einer im Jahr 1892 erschienenen Schrift vor, mit ihrer intransigenten Haltung einen verhängnisvollen Fehler begangen zu haben, weil dadurch sowohl in der Katholischen Volkspartei als auch im Ordinariat ein Umschwung in Richtung auf einen entschiedenen Kurs ausgelöst worden sei.[773] Nach Baers Überzeugung waren der *"blinde(r) Eifer"* und die Überschätzung des Einflusses der Missionen auf die Bevölkerung die Ursachen, weshalb die Nationalliberalen die maßvolle Forderung des katholischen Lagers ablehnten.

Vergleicht man die Entstehung der badischen Revisionsgesetze von 1880 und 1888, so wird ein grundlegender Unterschied deutlich: Im Gegensatz zu Stoessers Konfliktkurs gegenüber den Nationalliberalen, der zu einem Mißtrauensvotum und zur Entlassung des Innenministers führte, suchte Nokk die Übereinstimmung mit der regierenden Partei und war bestrebt, heftige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Der Kultusminister räumte den Nationalliberalen das Recht ein, das aus ihrer Sicht vertretbare Maß an Zugeständnissen gegenüber der katholischen Kirche zu bestimmen und dabei gegebenenfalls in die zwischen Regierung und Ordinariat getroffene Vereinbarung einzugreifen. Als die Partei im Fall von Artikel 4 von dieser Berechtigung Gebrauch machte, führte dies allerdings zu der problematischen Folge, daß in den aktiven katholischen Kreisen des Ordinariats und der Katholischen Volkspartei ein erheblicher Unmut über die Nichtzulassung von Ordensgeistlichen entstand und daß das zweite Revisionsgesetz deshalb nicht zu einer spürbaren Entspannung zwischen Staat und katholischer Kirche führte. Zugleich war mit der Streichung von Artikel 4 Lenders Taktik gescheitert, die auf dem Entgegenkommen der Nationalliberalen basierte und eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden versuchte. Für Wacker bot sich damit die Chance, innerhalb der Katholischen Volkspartei den von ihm favorisierten entschiedenen Kurs gegenüber Staat und Nationalliberalismus durchzusetzen.

---

[772] Winterer am 17. Apr. 1888 in der Zweiten Kammer, zit. nach SCHOFER, Klosterfrage, S. 24f.

[773] BAER, Verfassungsrevisionsfrage, S. 66.

Kapitel 7: Die Nationalliberale Partei in der Defensive 1890-1893

1. Abwärtstrend: Die Reichstagswahl 1890 und die Landtagswahl 1891

Im Herbst 1888 nahm der politische Katholizismus in Baden eine grundlegende Neuorientierung vor, die für sein Verhältnis zum Nationalliberalismus von weitreichender Bedeutung war. Auf der 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands im September 1888 in Freiburg schloß sich die Katholische Volkspartei der Zentrumspartei des Reiches an und bestimmte auf Vorschlag von Windthorst Theodor Wacker zu ihrem Führer.[774] Dieser erkannte den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Kulturkampfspannung und der parlamentarischen Stärke seiner Partei und verfolgte deshalb das Ziel, die Frontstellungen zwischen dem nationalliberalen und dem katholischen Lager mit Hilfe eines scharfen Kurses in der Kirchenpolitik aufrechtzuerhalten. In der Folgezeit verband das Zentrum mit großem Geschick kirchenpolitische Anliegen, sozialpolitische Forderungen und wahltaktische Überlegungen miteinander. Dabei berücksichtigte es in verstärktem Maße die Interessen der bäuerlichen Schichten sowie der katholischen Arbeiterschaft und war grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit den links von ihr stehenden Parteien bereit. Außerdem wurde der katholische Klerus durch das vermehrte Aufgreifen kirchenpolitischer Themen wieder stärker an die Partei gebunden. Auf organisatorischem Gebiet unternahm das Zentrum unter Wackers Führung große Anstrengungen, um die Beziehungen zwischen Partei und Anhängerschaft zu vertiefen. So wurde mit dem systematischen Aufbau einer Parteiorganisation begonnen, die sich in Lokalkomitees und Kreisorganisationen gliederte, und es wurde versucht, der liberalen Presseüberlegenheit durch die Gründung von Zeitungen zu begegnen. Zugleich propagierte Wacker in regelmäßigen Beiträgen

---

[774] Vgl. MERZ, Parteien, S. 36f.; SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 66-69; STADELHOFER, S. 195-198; BACHEM, Bd. 8, S. 111-122. Siehe zum badischen Zentrum die in Kürze erscheinende Dissertation von Hans-Jürgen KREMER; außerdem Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. Quellen zur Organisation und Politik der Zentrumspartei und des politischen Katholizismus in Baden 1888-1914, ausgew. u. eingel. v. Hans-Jürgen KREMER unter redaktioneller Mitarbeit v. Michael Caroli, hrsg. v. Jörg Schadt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 11).

für den "Badischen Beobachter" den neuen Kurs der Partei. Mit dieser Offensivstrategie verfolgte das Zentrum das Ziel, die Kulturkampfgesetzgebung abzubauen und die Nationalliberalen - die Wacker als *"Feind der katholischen Kirche und das Gift im Staatsleben Badens"*[775] bezeichnete - als stärkste politische Kraft des Landes abzulösen.

Obwohl im Reichstag während der Legislaturperiode 1887-1890 erhebliche Differenzen zwischen den Nationalliberalen und den konservativen Parteien aufgetreten waren, erneuerten die Kartellpartner ihr Wahlbündnis vor der Reichstagswahl 1890, und auch die badischen Landesverbände schlossen sich diesem Vorgehen an.[776] Trotz der vergleichbaren politischen Grundkonstellation unterschied sich der Wahlkampf des Jahres 1890 in Baden deutlich von dem im Jahr 1887.[777] Inhaltlich boten Nationalliberale und Konservative keine neuen Ansätze, vielmehr beschränkten sie sich weitgehend auf die Zustimmung zu Regierungsprojekten und ließen eine defensive Grundhaltung erkennen.[778] Zugleich traten die programmatischen Differenzen zwischen ihnen nun erheblich stärker hervor. Auf der anderen Seite bildeten Zentrum, Demokraten sowie Freisinn ein geschlossenes Anti-Kartell, hielten gemeinsame Veranstaltungen ab und trafen Wahlabsprachen. Auffallend war, daß das Zentrum einen intensiven Wahlkampf führte, was ein Ausdruck für die Aktivierung nach der Reorganisation war. Mit der Forderung nach Zulassung von Orden verfolgte die Partei das Ziel, die Kulturkampfspannung zu verstärken und die eigene Integrationskraft zu erhöhen.[779]

Der Ausgang der Reichstagswahl im Februar 1890 bedeutete für die Nationalliberalen im gesamten Reich eine schwere Niederlage, denn sie verloren mehr als die Hälfte ihrer Mandate und damit auch ihre parlamentarische Schlüsselstellung im Reichstag. Besonders stark waren die badischen Nationalliberalen betroffen, deren Stimmenanteil von 44,2% im Jahr 1887 auf 31,3% sank und die in den Stichwahlen

---

[775] WACKER, Kampf, S. 10 (Hervorhebung im Original).

[776] Allgemein zur Reichstagswahl 1890 vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 215f. Siehe zu Baden SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 131-140; WOLF, S. 320-324; EHRISMANN, S. 262f.

[777] Dazu SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 131-137.

[778] Vgl. Wahlaufruf für den 10. badischen Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal, StadtA KA 7/Nl 2/Hoffmann Vd; Wahlaufruf der Nationalliberalen Partei Badens, Karlsruhe, 28. Jan. 1890, abgedruckt in BLZ 27/II/1. Febr. 1890. Siehe auch den Aufruf der Nationalliberalen Partei des Deutsches Reiches, Berlin, 26. Jan. 1890, abgedruckt in BLZ 24/I/29. Jan. 1890.

[779] Vgl. Erster Wahlaufruf des badischen Zentrums, Febr. 1890, abgedruckt in BB 33/9. Febr. 1890.

sämtliche Mandate verloren.[780] Eindeutiger Sieger war das badische Zentrum, das seinen Stimmenanteil auf 30,9% steigern konnte, damit fast einen Gleichstand mit der regierenden Partei erreichte und sechs Mandate hinzugewann. Die Konservativen, die erhebliche Verluste hinnehmen mußten, stellten auch weiterhin drei Abgeordnete, und die Demokraten, der Freisinn sowie die Sozialdemokraten, die alle im Jahr 1887 keine Mandate errungen hatten, gewannen jeweils einen Sitz.

Das Zentrum bewertete die Niederlage der Nationalliberalen als einen *"Markstein in der inneren Geschichte Badens"*,[781] und der "Beobachter" sprach die Erwartung aus, daß die absolute Mehrheit der regierenden Partei im Landtag bei der Wahl 1891 gebrochen werde.[782] Im nationalliberalen Lager löste das Wahlergebnis, das in einem krassen Gegensatz zu den außerordentlichen Erfolgen der Partei in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre stand, eine tiefe Enttäuschung und außerdem die Befürchtung aus, der Abwärtstrend könnte sich bei der Landtagswahl fortsetzen. Die "Badische Landeszeitung" beklagte, die Mandatsverteilung verfälsche die Stimmung innerhalb der Bevölkerung, und unterstrich, die Nationalliberalen hätten als stärkste politische Kraft in Baden einen berechtigten Anspruch auf eine Vertretung im Reichstag.[783] Das Blatt erklärte die Niederlage zum einen mit dem Bündnis der gegnerischen Parteien, die in Wirklichkeit in einem scharfen Gegensatz zueinander ständen. Als weitere Ursache nannte die "Landeszeitung" die weit verbreitete Unzufriedenheit, die bei den gering besoldeten Beamten, Angestellten sowie Bediensteten über die Gehaltsreform, in der Landwirtschaft über den schlechten Ernteausfall und beim Kleingewerbe sowie Handwerkerstand über die ungünstige wirtschaftliche Lage bestehe.[784] Das Blatt zeigte sich optimistisch, daß die Nationalliberalen die Unzufriedenen zurückgewinnen könnten.

Bei der Suche nach den Ursachen für das Wahldebakel rückten zunehmend die Führungsspitze und die Organisation der Nationalliberalen Partei ins Blickfeld, und weite Kreise im nationalliberalen Lager sahen darin die Hauptgründe für das schlechte Abschneiden. Durch einen Artikel des "Hamburger Korrespondenten" vom September 1890 wurde eine öffentliche Diskussion über diese Fragen ausgelöst, denn das Blatt schrieb über die badischen Nationalliberalen:

---

[780] Siehe Anhang 2.

[781] Zweiter Wahlaufruf des badischen Zentrums, abgedruckt in BB 47/26. Febr. 1890.

[782] BB 55/7. März 1890: Der Nationalliberalismus in Baden. Siehe auch BB 61/14. März 1890: Ein Nachwort zu den badischen Wahlen.

[783] BLZ 56/I/7. März 1890: Die nationalliberale Partei in Baden. Die letzten Stichwahlen. Siehe auch BLZ 62/I/14. März 1890: Die Haltung der Partei.

[784] BLZ 58/II/9. März 1890.

> *Die jüngeren Elemente werden in der nationalliberalen Partei nur ungern in die leitenden Parteikreise zugelassen, wo die alten, zum Theil nicht mehr felddienstfähigen Führer nach gewohnter Schablone das Regiment führen. Es fragt sich daher sehr, ob die stetig sich verjüngende klerikale Partei nicht in absehbarer Zeit ihr Ziel, die Rückeroberung aller verlorenen Wahlsitze, früher erreicht, als die Nationalliberalen sich träumen lassen.*[785]

Darüber hinaus behauptete die Zeitung, die Führungsspitze der Nationalliberalen Partei genieße innerhalb der eigenen Anhängerschaft kein hohes Ansehen, was unter anderem mit verschiedenen Fehlern zusammenhänge, die diese im Landtag begangen habe. Nach Ansicht des "Hamburger Korrespondenten" war es äußerst zweifelhaft, ob die regierende Partei ihre Position in Baden auf Dauer behaupten könnte.[786] Die mit den badischen Nationalliberalen sympathisierende "Straßburger Post" gab die Kritik des Hamburger Blattes wieder und drückte - unter Berufung auf zahlreiche aus Baden stammende Zuschriften - ihre Überzeugung aus, daß eine Neuorganisation der Nationalliberalen Partei und eine Verjüngung der Führungsspitze durch angesehene und in ihren Bezirken einflußreiche Persönlichkeiten dringend erforderlich sei und möglichst rasch vorgenommen werden müsse.[787] Als Begründung führte das liberale Blatt an, die ununterbrochene Propaganda der politischen Gegner mache eine erneute Sammlung und Organisierung des nationalliberalen Lagers notwendig. Außerdem gelte es, dem auf die eigene Anhängerschaft lähmend wirkenden Eindruck zu begegnen, als habe der Reichstagswahlerfolg der vereinigten Gegner bei den Nationalliberalen ein nachlassendes Engagement und eine Verunsicherung in den politischen Überzeugungen hervorgerufen.

---

[785] Hamburger Korrespondent, in BB 228/I/5. Okt. 1890: Offener Aufruhr in der nationalliberalen Partei Badens.

[786] Hamburger Korrespondent, nach BB 224/1. Okt. 1890. Dagegen äußerten sich mehrere außerbadische liberale Zeitungen optimistisch über die zukünftige Entwicklung der regierenden Partei in Baden: So drückte der liberale "Schwäbische Merkur" (in BB 233/11. Okt. 1890) nach dem erfolgreichen Abschneiden der Nationalliberalen bei den Gemeindewahlen in Mannheim und Offenburg im Herbst 1890 die Überzeugung aus, mit diesen Siegen habe die regierende Partei in Baden bewiesen, daß *"ihre Wurzeln keineswegs verrottet sind und sicher wird für sie die Zeit einer normalen und gesunden Wiedererstarkung kommen"*. Ebenso vertrat der Karlsruher Korrespondent der liberalen "Kölnischen Zeitung" (in BLZ 238/II/10. Okt. 1890) die Überzeugung, daß die Nationalliberale Partei *"nach wie vor in den breitesten Schichten unseres Bürgerthums ihren festen Stützpunkt hat, weil sie in ihrer ganzen Wirksamkeit seit langen Jahren erfolgreich die in diesen herrschenden Anschauungen vertritt"*, und zog daraus den Schluß, daß die Partei über die weitere Entwicklung nicht besorgt sein müsse.

[787] Straßburger Post, in BB 228/I/5. Okt. 1890: Offener Aufruhr in der nationalliberalen Partei Badens.

Der "Badische Beobachter" bemerkte zu dieser Kritik, die Führungsgruppe um Kiefer und Fieser übe einen großen Druck auf ihre Parteifreunde aus, den diese nur mit Widerwillen ertragen würden und der dazu geführt habe, daß ein erheblicher Unmut insbesondere gegen Fieser bestehe.[788] Aber auch Lamey und Gönner würden nicht mehr als die geeigneten Führungspersönlichkeiten angesehen, so deutete das Zentrumsorgan an.[789] Zudem werde der einseitige kulturpolitische Kurs der Führungsgruppe - die *"öde Kulturkämpferei, dieser fanatische Haß gegen alles Katholische, der blind für alle Folgen nur immer gegen die 'Ultramontanen' wüthet"* - nicht nur von außerbadischen liberalen Zeitungen, sondern ebenso von Teilen des nationalliberalen Lagers im Großherzogtum abgelehnt.[790] So habe sich beispielsweise in der Frage der Zulassung von auswärtigen Ordensgeistlichen eine gemäßigte innerparteiliche Gruppierung gegen den Kurs der Führungsgruppe gewandt und sei daraufhin aus der Partei hinausgedrängt worden.

Die Kritik des "Hamburger Korrespondenten" und der "Straßburger Post" an der Zusammensetzung der Parteiführung war berechtigt, denn der Altersdurchschnitt des Engeren Ausschusses lag im Jahr 1890 bei 66 Jahren, und Lamey sowie Friderich waren bereits 74 Jahre alt. Außerdem gehörten vier der fünf Mitglieder des Ausschusses von 1890 - Kiefer, Lamey, Eckhard und Friderich - bereits seit dem Ende der sechziger Jahre der Führungsspitze an. Aus diesem Grund erschien es Teilen des nationalliberalen Lagers offenbar fraglich, ob die Parteiführung in der Lage war, neue Entwicklungen zu berücksichtigen und auf die gewachsenen Herausforderungen, insbesondere auf die verstärkten Aktivitäten der anderen Parteien, angemessen zu reagieren. Sicherlich kam auch Unmut darüber hinzu, daß es wegen der starren Strukturen nur schwer möglich war, in die Parteiführung aufzusteigen.

Die Berechtigung der Vorwürfe wird an dem Umstand deutlich, daß die "Badische Landeszeitung" sie nicht grundsätzlich zurückwies, sondern Versäumnisse der Nationalliberalen Partei eingestand und deren Beseitigung ankündigte. So stellte die Zeitung fest, sie habe die Parteiführung in der Vergangenheit mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, den verstärkten Anstrengungen des Zentrums, der Demokraten, des Freisinns und der Sozialdemokraten entschiedener entgegenzutreten und die dazu erforderlichen

---

[788] BB 228/I/5. Okt. 1890: Offener Aufruhr in der nationalliberalen Partei Badens. Vgl. auch BB 233/11. Okt. 1890.

[789] BB 229/6. Okt. 1890: Der offene Aufruhr in der nationalliberalen Partei Badens.

[790] BB 228/I/5. Okt. 1890: Offener Aufruhr in der nationalliberalen Partei Badens.

Schritte einzuleiten.[791] Mittlerweile sei die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aber von der Parteiführung wie von der Basis erkannt worden, so versicherte die "Landeszeitung", und in zahlreichen Orten sei bereits eine erneute Sammlung und nötigenfalls auch Organisierung der Parteimitglieder erfolgt. Zugleich kündigte das Blatt eine Delegiertenversammlung an, die sich in Kürze mit diesen Fragen auseinandersetzen werde, und zeigte sich davon überzeugt, daß die Parteiführung gegen eine Einbeziehung jüngerer Kräfte nichts einzuwenden habe. Allerdings bestritt das nationalliberale Blatt energisch, daß es einen Aufstand gegen die Parteispitze gebe und daß sich die Führungspersönlichkeiten im eigenen Lager keiner großen Beliebtheit erfreuten.[792] Abschließend stellte die "Landeszeitung" drei zentrale Forderungen auf: erstens nach einer erhöhten Aktivität der Partei, zweitens nach der Erweiterung des Engeren Ausschusses und drittens nach der Stärkung der Führungsgremien in den einzelnen Bezirken, da wegen der unterschiedlichen lokalen Verhältnisse eine größere Selbständigkeit auf der unteren Parteiebene zweckmäßig sei.

Die nationalliberale Parteiführung sah sich gezwungen, auf die Kritik aus dem eigenen Lager zu reagieren und berief auf Anfang November eine Landesversammlung von Delegierten und Vertrauensmännern nach Karlsruhe ein, die von ungefähr 300 Teilnehmern besucht war.[793] Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Parteiorganisation, daneben wurde auch über die Presse, die Änderung des Programms, die Landtagswahl im folgenden Jahr und das Verhältnis der Nationalliberalen zu den anderen Parteien diskutiert. Als Vertreter des Engeren Ausschusses drückte Eckhard in seiner Rede die Überzeugung aus, daß der Tiefpunkt der Partei überwunden und ein Aufwärtstrend erkennbar sei. Außerdem wies er auf den Sachverhalt hin, daß der Schwerpunkt der Parteiorganisation nach den Offenburger Beschlüssen von 1885 in den Bezirksleitungen liege und daher der Geschäftsführende Ausschuß keine leitende Funktion erfülle, sondern lediglich ein Vollzugsorgan darstelle. Eckhard bemerkte, daß neuerdings Forderungen nach einer strafferen Organisation, einer Stärkung des Ausschusses und seiner Ergänzung durch jüngere Kräfte laut geworden seien, denen man nun nachkommen wolle.

Daraufhin brachte der nationalliberale Verein in Pforzheim den Antrag ein, der Engere Ausschuß müsse zukünftig eine unabhängige Institution für das gesamte Land darstellen und deshalb vom Karlsruher Verein getrennt werden. Außerdem

---

[791] BLZ 234/I/5. Okt. 1890: Unsere Partei.

[792] BLZ 237/I/9. Okt. 1890: Nochmals unsere Partei!

[793] Versammlungsbericht in BLZ 265/I/11. Nov., 265/II/11. Nov. u. 266/I/12. Nov. 1890: Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei I-III.

forderten die Pforzheimer Nationalliberalen, daß in jedem Wahlkreis ein Hauptort festgelegt, die Verbindung zwischen ländlichen und städtischen Vereinen verbessert und ein engerer Kontakt zwischen den einzelnen Parteimitgliedern hergestellt werde. Nach einer Aussprache faßten die Delegierten mit großer Mehrheit den Beschluß, die Zahl der Mitglieder des Engeren Ausschusses von fünf auf zehn zu erhöhen, die Parteiorganisation an die Einteilung der vierzehn Reichstagswahlkreise anzulehnen und aus jedem Bezirk fünf Delegierte in den Landesausschuß zu entsenden.[794] Außerdem wurden die bisherigen Mitglieder des Engeren Ausschusses - Kiefer, Lamey, Eckhard, Fieser und Friderich - in ihren Ämtern bestätigt und beauftragt, das Führungsgremium durch die Kooptation von fünf weiteren Persönlichkeiten zu ergänzen. Zwar stellten diese Maßnahmen erste Reformansätze dar, doch führten sie nicht zu einer grundlegenden personellen Erneuerung an der Spitze der Partei, denn die bisherigen Führungspersönlichkeiten blieben weiterhin im Amt und hatten gegenüber den neu hinzugekommenen Mitgliedern einen erheblichen Erfahrungsvorsprung, zumal sie diese durch Kooptation selbst bestimmen konnten.

Trotz der eingeleiteten Reformen erlitten die Nationalliberalen bei der Landtagswahl 1891 eine vernichtende Niederlage: Sie büßten ein Drittel ihrer Mandate ein und konnten die absolute Mehrheit mit 32 Sitzen nur knapp behaupten.[795] Mehr als die Hälfte ihrer Mandate verloren sie an das Zentrum, welches die Wahlkreise 7 (Waldshut/Säckingen), 8 (St. Blasien/Schönau/Neustadt), 16 (Breisach/Freiburg), 18 (Stadt Freiburg), 28 (Oberkirch/Achern), 33 (Rastatt), 34 (Ettlingen/Rastatt) und 52 (Eberbach/Buchen) erobern konnte.[796] Außerdem mußte die regierende Partei die Wahlkreise 3 (Stadt Konstanz), 22 (Lahr/Offenburg) sowie 44 (Schwetzingen/ Mannheim) an die Demokraten, den Bezirk 53 (Mosbach) an den Freisinn und den Wahlkreis 36 (Karlsruhe ohne die Stadt) an die Konservativen abgeben. Darüber hinaus verloren die Nationalliberalen zwei Mannheimer Mandate an die Sozialdemokraten, die nun erstmals im Karlsruher Ständehaus vertreten waren. Damit stellten die Nationalliberalen in der Landtagsperiode 1891/92 32, das

---

[794] Vgl. Organisations-Statut der nationalliberalen Partei in Baden nach den Beschlüssen des Landesausschusses der Partei in Karlsruhe, 9. Nov. 1890, abgedruckt in BLZ 284/II/3. Dez. 1890.

[795] Zur Landtagswahl 1891 vgl. EHRISMANN, S. 271-280; WOLF, S. 343-349. Siehe auch den Aufruf der nationalliberalen Partei Badens zu den Landtagswahlen, Karlsruhe, Aug. 1891, StadtA KA 7/Nl 2/Hoffmann Ve; abgedruckt in BLZ 191/I/15. Aug. 1891.

[796] Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahl vgl. ROTH/ THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III.

Zentrum 21, die Demokraten vier und der Freisinn, die Konservativen sowie die Sozialdemokraten jeweils zwei Abgeordnete.

Der "Badische Beobachter" kommentierte den Wahlausgang im Leitartikel *"Victoria"* folgendermaßen:

> *Der Nationalliberalismus ist im Absterben begriffen. Sein nationales Programm ist erledigt, sein wirthschaftliches völlig zersetzt, seine eigentlich "liberalen" Forderungen hat er aufgegeben oder in's Gegentheil verkehrt. Was soll er da überhaupt noch?*[797]

Das Blatt zeigte sich optimistisch, daß die nationalliberale Majorität bei der Landtagswahl 1893 in eine *"geringe Minorität"* umgewandelt werden könne. Dagegen stellte die "Badische Correspondenz" fest, daß die nationalliberale Niederlage nicht die Folge einer gegen die Partei gerichteten Stimmung innerhalb der Bevölkerung sei, sondern vielmehr das Resultat einer Wahltaktik, die darauf abgezielt habe, die regierende Partei zu schwächen.[798] Ein Korrespondent der "Badischen Landeszeitung" machte für die Niederlage vor allem drei Gründe verantwortlich: die zu geringen Aktivitäten der Partei, den fehlenden Kontakt zwischen der Parteispitze und der Bevölkerung sowie das Beamtengesetz, welches für Teile der unteren Beamtenschaft statt der erhofften Gehaltsaufbesserung finanzielle Einbußen gebracht habe.[799]

Eine weitere zentrale Ursache für das nationalliberale Wahldebakel ist in der Offensivstrategie des Zentrums und in der von ihm im Wahlkampf erhobenen Forderung nach der Zulassung von Klöstern zu sehen, denn diese Frage erregte die Gemüter des katholischen Bevölkerungsteils in hohem Maße. Hinzu kam die gemeinsame Front von Zentrum, Demokraten, Freisinn und Sozialdemokraten gegen die regierende Partei, welche sich aus der Forderung nach Einführung des direkten Wahlrechts ergab, was die Nationalliberalen entschieden ablehnten. Durch Wahlabsprachen dieser Parteien wurden die Nationalliberalen in einer Reihe von Bezirken in die Defensive gedrängt. Zugleich führte die Betonung der Wahlrechtsfrage in der öffentlichen Diskussion dazu, daß die regierende Partei wegen ihrer Ablehnung in weiten Bevölkerungskreisen an Sympathie einbüßte, denn wegen der zunehmenden Politisierung fühlten sich viele Badener von dieser Forderung angesprochen. Wegen der unnachgiebigen Haltung in der Ordensfrage

---

[797] BB 225/I/4. Okt. 1891: Victoria. Siehe auch BB 227/7. Okt. 1891: Ein Rückblick auf die Wahlen.

[798] BC: Ein guter Rath, in BLZ 233/I/3. Okt. 1891. Siehe auch BC: Die Landtagswahlen, in BLZ 228/I/27. Sept. 1891.

[799] BLZ 230/II/30. Sept. 1891: Zu den Landtagswahlen.

und in der Frage des direkten Wahlrechts geriet die regierende Partei zunehmend in die Rolle eines Verteidigers des Status quo, was einen Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung zur Folge hatte.

2. Ende der "liberalen Ära"? Der dauerhafte Verlust der absoluten Mehrheit 1893

Bei einer Regierungsumbildung im März 1893 wurde Ministerpräsident Turban von Nokk abgelöst, der auch weiterhin das Justiz- und Kultusministerium leitete.[800] Zugleich wurde Finanzminister Ellstätter durch Adolf Buchenberger ersetzt, und Arthur von Brauer, der im Gegensatz zu seinen Ministerkollegen keine Verbindungen zur Nationalliberalen Partei unterhielt, wurde das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten übertragen; Eisenlohr führte auch weiterhin das Innenministerium. Nachdem die regierende Partei bei der Landtagswahl 1891 die absolute Mehrheit nur knapp verteidigt hatte, bestand das erklärte Wahlziel der oppositionellen Parteien im Jahr 1893 darin, die nationalliberale Majorität zu brechen.[801] Mit dieser Zielsetzung verband die Opposition die Erwartung, daß die Regierung bei veränderten Mehrheitsverhältnissen im Landtag ihre Wünsche in stärkerem Maße berücksichtigen müsse. In einer vor den Wahlen in den Bezirken Offenburg und Waldkirch verbreiteten, anonymen Schrift "Mahnwort an die Katholiken Badens" wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Chancen zur Beendigung der nationalliberalen Vorherrschaft in der Zweiten Kammer zu keinem Zeitpunkt derart günstig gewesen seien.[802] Eindringlich wurden die Katholiken zur Teilnahme an der Wahl aufgefordert, damit die *"Oberherrschaft der nationalliberalen Minderheit"*, der *"Polizeistaat"* und die *"Vergewaltigung"* der katholischen Bevölkerungsmehrheit beendet werde. Auch im Aufruf des badischen Zentrums wurde betont, die besondere Bedeutung der Wahl liege darin, daß gute

---

[800] Zur Regierungsumbildung siehe FENSKE, Baden 1860-1918, S. 189; EHRISMANN, S. 68-78.

[801] Zur Landtagswahl 1893 vgl. EHRISMANN, S. 337-342; WOLF, S. 381f.

[802] Wie sollen wir wählen? Mahnwort an die Katholiken Badens, GLA 236/15223.

Aussichten beständen, die nationalliberale Majorität zu brechen, um dann *"das politische Leben Badens in andere Bahnen"* lenken zu können.[803]

Auch innerhalb des nationalliberalen Lagers bestand die Befürchtung, daß man die absolute Mehrheit verlieren könnte, und offenbar erwartete ein Teil der Anhängerschaft einen solchen Wahlausgang. Dazu zählte Julius Katz, der sich in seiner, in der ersten Hälfte des Jahres 1893 erschienenen Schrift über die politische Lage in Baden in dieser Richtung äußerte.[804] Angesichts dieser Gefahr forderte die "Badische Landeszeitung" die nationalliberale Anhängerschaft, insbesondere die angesehenen und einflußreichen Persönlichkeiten, eindringlich auf, *"die Hände nicht in den Schooß zu legen"*, sondern die Wahlzettel persönlich in den Häusern zu verteilen und am Wahltag Unentschlossene zur Stimmabgabe zu bewegen.[805] Dabei ermahnte das Blatt die Nationalliberalen, sich aus Zurückhaltung oder Rücksichtnahme auf die katholischen Geistlichen nicht von der Agitation abhalten zu lassen. Gleichzeitig versuchte die Zeitung, im eigenen Lager Optimismus zu verbreiten und sprach von möglichen Zugewinnen für die Nationalliberale Partei: Die Aussichten seien gut, die Wahlbezirke 1 (Überlingen/Pfullendorf/Stockach), 4 (Amt Konstanz ohne die Stadt), 14 (Villingen-Neustadt) , 20 (Emmendingen-Ettenheim), 23 (Triberg/Wolfach) sowie 26 (Stadt Offenburg) zurückerobern zu können, und man werde den 17. Bezirk (Waldkirch/Emmendingen/Freiburg) mit Sicherheit verteidigen können. Tatsächlich gewannen die Nationalliberalen aber keinen Bezirk hinzu, sondern verloren den als sicher bezeichneten 17. und auch den 18. Wahlbezirk (Stadt Freiburg) an das Zentrum.[806] Im Kreis 17 wurde der Nationalliberale Joseph Burger vom Zentrumskandidaten Josef Blattmann äußerst knapp mit 76 zu 77 Wahlmännerstimmen geschlagen, und in Freiburg unterlag der nationalliberale Kandidat Ludwig Rau dem Vertreter des Zentrums, Wilhelm Fischer, mit 62 zu 175 Stimmen deutlich.[807] Somit stellten die Nationalliberalen in der Landtagsperiode 1893/94 lediglich 30 der insgesamt 63 Abgeordnete und verloren - nur sechs Jahre nach ihrem überwältigenden Wahlerfolg von 1887, bei

---

[803] Wahlaufruf des Zentrums für die Landtagswahlen 1893, abgedruckt in BB 228/6. Okt. 1893. Vgl. auch den Aufruf der Demokraten und des Freisinns, abgedruckt in Alles für das Volk, S. 139-142.

[804] KATZ, S. 23. Vgl. auch den Wahlaufruf der Nationalliberalen v. 1. Okt. 1893, GLA 69 Nationalliberale Partei/85; wiederabgedruckt in BLZ 232/I/3. Okt. 1893

[805] BLZ 243/I/15. Okt. 1893: Zu den Landtagswahlen III.

[806] Siehe Anhang 1. Zu den einzelnen Ergebnissen der Abgeordnetenwahl vgl. ROTH/ THORBECKE, S. 293-325 u. Anhang, Tafel III.

[807] ROTH/THORBECKE, S. 295 u. 311.

dem sie über vier Fünftel der Sitze errungen hatten - die absolute Mehrheit. Das Zentrum stellte im neuen Landtag 23, die Demokraten 4, die Sozialdemokraten 3, die Konservativen 2 und der Freisinn einen Abgeordneten.

Nach Auffassung der demokratischen "Frankfurter Zeitung" bestand im Landtag auch weiterhin eine regierungsfreundliche Majorität von 32 Abgeordneten, denn das Blatt rechnete zu den 30 Nationalliberalen die beiden konservativen Vertreter hinzu.[808] Der "Badische Beobachter" begrüßte die *"Vernichtung der nationalliberalen Kammermehrheit"* und wies darauf hin, daß sich die Nationalliberalen über Jahrzehnte auf ihre Majorität berufen hätten, um die Forderungen des politischen Katholizismus zurückzuweisen.[809] Zwar erkannte das Blatt an, daß es keine geschlossene antinationalliberale Mehrheit gebe, doch war es davon überzeugt, daß die Regierung, bei einem entschiedenen Auftreten der oppositionellen Parteien, auf die Dauer gezwungen sein werde, auf die veränderten Mehrheitsverhältnisse Rücksicht zu nehmen und die Forderungen der Opposition zu erfüllen. In diesem Zusammenhang nannte der "Beobachter" insbesondere die Frage der Zulassung von Ordensniederlassungen und Missionen. Dagegen bestritt die "Nationalzeitung", daß die veränderten Mehrheitsverhältnisse Konsequenzen nach sich ziehen müßten, und wies als Begründung darauf hin, daß Baden kein parlamentarisch regiertes Land sei. Aus diesem Grund werde das Ministerium keine Kursänderung vornehmen und die Nationalliberalen würden auch weiterhin die regierende Partei bleiben.[810]

Die "Badische Landeszeitung" versuchte, die Bedeutung des Verlusts der absoluten Mehrheit herunterzuspielen und stellte fest, die von den gegnerischen Parteien vorausgesagte *"'Zerschmetterung'"* der Nationalliberalen sei nicht eingetreten.[811] Zugleich zeigte sich das Blatt davon überzeugt, daß die regierende Partei bei der Landtagswahl 1895 die absolute Mehrheit zurückerobern werde, da sie auch beim zurückliegenden Urnengang die absolute Majorität erreicht habe, denn von den 33 Mandaten, über die abgestimmt worden sei, habe sie 17 gewonnen.

---

[808] Frankfurter Zeitung, nach BLZ 258/I/2. Nov. 1893: Die badischen Landtagswahlen II.

[809] BB 245/26. Okt. 1893 (Hervorhebungen im Original). Vgl. auch BB 241/21. Okt. 1893. Siehe auch den Kommentar der konservativen "Kreuzzeitung" (in BB 244/25. Okt. 1893, Hervorhebungen im Original): Der Verlust der absoluten Mehrheit der badischen Nationalliberalen werde wohl nicht unmittelbar eine *"'Systems'-Aenderung"* zur Folge haben, da das Beamtentum bis hinauf in die Spitze der Verwaltung nationalliberal geprägt sei. *"Nach und nach wird es sich aber doch fühlbar machen, daß keine Mehrheit mehr da ist, welche die Gegner ohne Rücksicht niederstimmt. Die 'Aera von 1860' ist als solche doch zu Ende."*

[810] Nationalzeitung, nach BB 245/26. Okt. 1893.

[811] BLZ 255/I/29. Okt. 1893: Die badischen Landtagswahlen I. Siehe auch BLZ 254/II/28. Okt. 1893.

Hinzu komme, daß die Nationalliberalen bei der nächsten Wahl den Vorteil hätten, daß die gegnerischen Parteien nicht nur verhältnismäßig viele, sondern auch mehrere heftig umkämpfte Mandate gegen sie verteidigen müßten. Auch versuchte die "Landeszeitung" von der Niederlage der eigenen Partei abzulenken, indem sie die Gewinne des Zentrums als unbedeutend hinstellte und den Mandatsverlust des Freisinns besonders hervorhob. An die Adresse der Regierung richtete das nationalliberale Blatt die eindringliche Mahnung, die Veränderungen im Landtag nicht zum Anlaß für einen Kurswechsel zu nehmen.[812] Mit einem Eingehen auf die Forderungen des Zentrums würde die Regierung nämlich nicht den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, so unterstrich das Blatt mit Nachdruck, denn diese Partei stelle lediglich ein Drittel der Abgeordneten, und außerdem sei innerhalb der Bevölkerung keine Bewegung zur Unterstützung der Ziele des Zentrums wahrnehmbar.

Im Jahr 1893 fragte der Nationalliberale Julius Katz in seiner Schrift "Die politische Lage in Baden" nach den Ursachen für die Abwärtsentwicklung seiner Partei.[813] Für ihn bestand das Kernproblem darin, daß die Nationalliberalen als eine gemäßigte *"Mittelpartei"* die kontinuierliche Weiterentwicklung des Staates unterstützt und damit auch die Verantwortung für die Gesetzgebung zu tragen gehabt hätten. Die Folge sei ein spürbarer Popularitätsverlust in weiten Bevölkerungskreisen gewesen, wofür insbesondere die von der Partei mitgetragenen Steuerbelastungen verantwortlich seien, die den oppositionellen Parteien schlagkräftige Wahlkampfargumente geliefert hätten. Damit sprach Katz das grundsätzliche Problem einer regierenden Partei an, nämlich daß sie einerseits zwar den Vorteil besitzt, die staatliche Entwicklung maßgeblich mitgestalten und sich auf die staatlichen Machtmittel stützen zu können, daß sie andererseits aber von der Bevölkerung als ein Repräsentant des Staates angesehen und deshalb auch für dessen Gesetzgebung verantwortlich gemacht wird. So wurden der regierende Partei in Baden die unpopulären Maßnahmen der Regierung, die nicht erfüllten Forderungen einzelner Bevölkerungsgruppen, das Ausbleiben größerer Reformprojekte und die spürbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise zur Last gelegt. In diesem Umstand scheint eine zentrale Ursache für den Abwärtstrend der regierenden Partei zu liegen.

---

[812] BLZ 258/I/2. Nov. 1893: Die badischen Landtagswahlen II.

[813] KATZ, S. 21-23.

Darüber hinaus nannte Katz drei Schwachpunkte, welche die Nationalliberale Partei abstellen müsse, wenn sie in Baden auch weiterhin ein maßgeblicher politischer Faktor bleiben wolle.[814] Zum einen besitze die regierende Partei kein ausgeprägtes programmatisches Profil, außerdem sei ihre Propagandatätigkeit im Vergleich zu den politischen Gegnern unterentwickelt und schließlich vernachlässige sie die Pressearbeit und übersehe dabei, daß ihre programmatischen Positionen durch die Zeitungen verbreitet würden. Mit seiner Kritik an dem zu geringen Engagement der Nationalliberalen zeigte Katz ein Grundproblem auf, das seit der Gründung der Partei bestand und mit der Tatsache zusammenhing, daß die überwiegende Mehrheit der Honoratioren nicht bereit war, eine kontinuierliche Parteiarbeit zu betreiben. In der Anfangszeit kam hinzu, daß eine intensive Organisations- und Basisarbeit wegen der großen Wahlerfolge und wegen der Schwäche der politischen Gegner nicht notwendig erschien. Außerdem dürften die Unterstützung durch den Großherzog, die engen Verbindungen mit der Regierung sowie der Verwaltung und die liberale Presseüberlegenheit bei den Nationalliberalen ein Gefühl der Sicherheit ausgelöst haben. Als weitere zentrale Ursachen für den rasanten Abwärtstrend sind - wie bereits ausführlicher dargestellt - die Offensivstrategie des Zentrums, die Wahlabsprachen von Zentrum, Demokraten, Freisinn und Sozialdemokraten sowie die Unnachgiebigkeit der Nationalliberalen in der Ordensfrage und beim direkten Wahlrecht zu nennen.

Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit war der badische Nationalliberalismus eindeutig in die Defensive gedrängt, doch blieb seine Schlüsselstellung als regierende Partei erhalten. Auch weiterhin berief Friedrich I. Liberale in die Regierung, die mit der Nationalliberalen Partei eng zusammenarbeiteten, und das nationalliberale Übergewicht in den entscheidenden staatlichen Machtpositionen blieb bestehen. Jedoch war die regierende Partei nun nicht mehr in der Lage, dem Ministerium eine Mehrheit zur Verfügung zu stellen, wodurch das Regieren erschwert wurde. Allerdings stellte die Opposition in der Zweiten Kammer keine geschlossene, antinationalliberale Front dar und außerdem bildete die Erste Kammer, in der die Liberalen auch weiterhin eine große Mehrheit stellten, ein Gegengewicht. Sie besaß die Möglichkeit, ungelegene Beschlüsse des anderen Hauses zu verhindern, wovon sie insbesondere bei den kulturpolitischen Revisionsbemühungen des Zentrums in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mehrfach Gebrauch machte.

---

[814] EBD., S. 22f.

Kapitel 8: Parteistruktur und Mitgliederentwicklung der Nationalliberalen Partei

1. Parteistruktur

Ein Charakteristikum der Nationalliberalen Partei Badens zwischen den sechziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts ist das regelmäßige Auftreten von heftigen innerparteilichen Konflikten: So kam es beispielsweise in den Jahren 1863, 1865/66, 1868/69, 1876, 1880/81 und 1888 zu Krisen, welche zum Teil die Gefahr einer Parteispaltung mit sich brachten. In den meisten Fällen betrafen die Auseinandersetzungen die Kulturpolitik, wobei die Parteilinke einen scharfen kulturpolitischen Kurs durchsetzen wollte, der auf den Widerstand der Gemäßigten stieß, die zum einen gegenüber der katholischen Kirche eine größere Konzessionsbereitschaft zeigen und zum anderen auch mehr Rücksichten auf die Regierung und den Großherzog nehmen wollten. Bemerkenswert ist, daß die häufigen Konflikte allerdings nicht zu größeren Abspaltungen führten. Die prominenten Nationalliberalen, die sich von der Partei lossagten - beispielsweise der zum rechten Flügel zählende Stoesser im Jahr 1876 bzw. die Linken Pflüger und Baer in den Jahren 1880 und 1884 - blieben Einzelfälle, die keine Austrittswellen auslösten. Ebenso blieben die Abspaltungen, die sich bei den Nationalliberalen auf der Reichsebene in den Jahren 1879/80 vollzogen - abgesehen vom Austritt Pflügers - fast ohne Auswirkungen auf den badischen Landesverband.

Angesichts des weiten politischen Spektrums, das die badischen Nationalliberalen abdeckten, bestand für sie das grundsätzliche Problem, daß in dieser Struktur bereits Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen angelegt waren. Vor diesem Hintergrund erscheint es als eine beachtliche Leistung der Parteiführung, daß sie in der Lage war, die Partei über Jahrzehnte hinweg zusammenzuhalten. Die beiden zentralen Führungspersönlichkeiten, welche die Entwicklung während des gesamten Zeitraums von den sechziger bis zu den neunziger Jahren maßgebebend prägten, waren Kiefer und Lamey, zu denen in den verschiedenen Phasen insbesondere auch Bluntschli, Eckhard und Fieser hinzukamen. Ein wesentlicher Grund, weshalb es gelang, die Einheit der Partei zu bewahren, ist im Kulturkampf bzw. in der Aufrechterhaltung des Kulturkampfgegensatzes über die siebziger Jahre hinaus zu sehen. Angesichts der "ultramontanen Gefahr" konnten sich die verschiedenen innerparteilichen

Richtungen immer wieder auf eine Kompromißformel einigen. Daneben spielte aber auch die Machtfrage eine zentrale Rolle, denn den beiden großen Richtungen war bewußt, daß jede von ihnen auf sich allein gestellt der Regierung keinen ausreichenden Rückhalt bieten könnte. Eine dauerhafte Spaltung der Nationalliberalen in zwei große Lager hätte das Ende ihrer Funktion als regierende Partei - und damit der maßgebenden Einflußnahme auf die innenpolitische Entwicklung Badens - bedeutet.

2. Mitgliederentwicklung

Für den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit sind keine Unterlagen über den Organisationsstand und die Mitgliederzahl der Nationalliberalen Partei Badens überliefert. Nach der ersten erhaltenen Aufstellung vom Februar 1907 hatte der badische Landesverband eine ungefähre Mitgliederzahl von 22.680, die sich aus 15.630 Angehörigen nationalliberaler Vereine, 5560 Mitgliedern jungliberaler Vereine und 1490 Vertrauensmännern zusammensetzte.[815] Da erst im Jahr 1909 mit der Ernennung Paul Thorbeckes zum Generalsekretär eine kontinuierliche und intensive Organisationsarbeit auf Landesebene einsetzte, kann man davon ausgehen, daß auch die Parteiführung über keine zuverlässigen Mitgliederzahlen verfügte. Da aber die liberale Presse während der Gründungsphase der Nationalliberalen Partei im Jahr 1869 in vielen Fällen die Mitgliederzahl von neu gegründeten Vereinen nannte, ist zumindest für diesen Zeitraum eine bedingte Aussage über den Organisationsstand möglich. So konnten für fast 40% der badischen Bezirke - 23 von insgesamt 59 - Angaben ermittelt werden, die überwiegend der "Karlsruher Zeitung" und der "Badischen Landeszeitung" entstammen (vgl. Tabelle 2). Danach betrug die Mitgliederzahl dieser 23 Bezirksvereine im Sommer 1869 insgesamt mindestens 4700, was einem Durchschnitt von ungefähr 200 Mitgliedern pro Verein entspricht.

Allerdings ergeben sich bei der Bewertung dieser Zahlen erhebliche Probleme, denn man kann davon ausgehen, daß die Angaben in fast allen Fällen zu hoch angesetzt waren, weil man die Bedeutung der Vereinsgründung hervorheben, die Stärke der eigenen Anhängerschaft betonen und ingesamt den Eindruck eines Aufbruchs im

---

[815] Organisation der Nationalliberalen Partei Badens, Febr. 1907, GLA 69/Nationalliberale Partei/195. Jürgen Thiel hat diese Aufstellung nicht berücksichtigt. Die Angaben wurden aus den Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine errechnet.

liberalen Lager vermitteln wollte. Auf der anderen Seite schenkten die politischen Gegner den liberalen Vereinsgründungen eine große Aufmerksamkeit, so daß sich die Liberalen zumindest an den tatsächlichen Zahlen orientieren mußten, wenn sie nicht unglaubwürdig werden wollten. Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem Umstand, daß nicht alle neu gegründeten Vereine erfaßt wurden, denn zum einen machten die Zeitungen bei einem Teil der neu konstituierten Vereine keine Angaben über die Mitgliederzahl und zum anderen kamen nach der hauptsächlichen Gründungsphase im Juni und Juli vermutlich noch weitere Vereine hinzu, die nicht berücksichtigt werden konnten. Insgesamt wird man aber annehmen können, daß sich im Laufe des Jahres 1869 einige dutzend liberale Vereine konstituierten, die zusammen wahrscheinlich mehrere tausend Mitglieder besaßen. Zur Einordnung dieser Zahlen bietet sich ein Vergleich mit dem Königreich Württemberg an: Hier besaß die Deutsche Partei, wie sich die württembergischen Nationalliberalen nannten, im Jahr 1870 in 39 der 70 Wahlkreise Vereine, die insgesamt etwa 2200 Mitglieder aufwiesen, während die demokratische Volkspartei in 43 Wahlkreisen Ortsvereine mit höchstens 4000 Mitgliedern besaß.[816] Wenn Langewiesche die Deutsche Partei als überdurchschnittlich gut organisiert bezeichnet, so trifft dieses Urteil wohl in noch größerem Maße auf die Nationalliberale Partei Badens zu.

Im Folgenden soll die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Parteien in Mannheim und Baden-Baden von den sechziger Jahren bis zur Jahrhundertwende analysiert werden, was mit Hilfe der Angaben in den jeweiligen Adreßbüchern möglich ist. Mit 91.000 Einwohnern war Mannheim im Jahr 1895 die größte badische Stadt sowie das politische und industrielle Zentrum des Landes, in dem fast die Hälfte der Beschäftigten in den Bereichen Industrie sowie Gewerbe arbeitete und in dem die sozialen Konflikte besonders stark zum Vorschein kamen.[817] Der protestantische Bevölkerungsanteil lag mit 50% leicht über dem katholischen. Die Mitgliederzahl des Mannheimer Vereins, die bei seiner Gründung im Frühjahr 1869 289 betrug, wuchs im ersten Jahrzehnt seines Bestehens nur geringfügig an (vgl. Tabelle 3).[818]

---

[816] Nach LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 123.

[817] Vgl. SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 394.

[818] Vgl. zum Folgenden: Anna-Maria LINDEMANN, Mannheim im Kaiserreich, 2. erweiterte Aufl., Mannheim 1988, S. 191-200. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 15); Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 3, S. 45-61.

Tabelle 2:
Mitgliederzahlen der nationalliberalen Bezirksvereine zwischen Januar und Juli 1869

Kreis	Bezirksverein	Mitgliederzahl
1. Kreis Mannheim	Mannheim	289
	Schwetzingen	85
2. Kreis Heidelberg	Heidelberg	über 200/fast 300
	Sinsheim	über 1400
	Eppingen	über 100/158
3. Kreis Mosbach	Tauberbischofsheim	über 100
	Eberbach	60
4. Kreis Karlsruhe	Karlsruhe	ca. 550
	Pforzheim	250
	Durlach	170
5. Kreis Offenburg	Offenburg	über 70
	Lahr	fast 300
	Oberkirch	60-70
	Wolfach	49
	Kork	ca. 150
6. Kreis Freiburg	Freiburg	150
	Emmendingen	27
	Ettenheim	über 120
7. Kreis Villingen	Villingen	über 100
	Triberg	215
8. Kreis Lörrach	Lörrach	81
9. Kreis Waldshut	Waldshut	84
10. Kreis Konstanz	Konstanz	81
Summe	**23 Bezirksvereine**	**über 4700**

819

819 Angaben für MANNHEIM: Mitgliederverzeichnis des Nationalliberalen Vereins Mannheim, BArch 60 Ve 2/2, siehe auch BLZ 128/5. Juni 1869; SCHWETZINGEN: Wochenblatt für die Bezirke Schwetzingen und Philippsburg 72/22. Juni 1869 (BArch 60 Ve 2/1); HEIDELBERG: erste Angabe nach BLZ 137/I/16. Juni 1869 u. zweite Angabe nach KaZtg 138/15. Juni 1869; SINSHEIM: KaZtg 160/10. Juli u. 183/6. Aug. 1869, BLZ 170/24. Juli 1869; EPPINGEN: erste Angabe nach KaZtg 134/10. Juni 1869

Zu Beginn der achtziger Jahre setzte ein starker Mitgliederzuwachs ein, der sich seit der zweiten Hälfte des Jahrzehnts noch erheblich beschleunigte: So nahm die Mitgliederzahl in den Jahren 1886 bis 1894 von 940 auf 3200 zu. Dieser explosionsartige Anstieg dürfte in erster Linie mit dem wachsenden Druck durch die politischen Gegner zu erklären sein, denn Mannheim war eine Hochburg sowohl der Demokraten als auch der Sozialdemokratie. Von der Gründung eines demokratischen Vereins im Jahr 1878 ging eine starke Aktivierung der demokratischen Anhängerschaft in Mannheim aus, und das Ende des Sozialistengesetzes verbesserte die Chancen der Sozialdemokraten erheblich, so daß die Mannheimer Nationalliberalen zu besonderen Organisationsanstrengungen gezwungen waren. Sicherlich stellte auch die Reform der Parteiorganisation im Jahr 1885 einen Grund für das Mitgliederwachstum dar, denn durch sie wurde im nationalliberalen Lager eine Aufbruchstimmung ausgelöst, die auch in Mannheim zu einer Neuorganisation des nationalliberalen Vereins führte.[820] Ebenso dürften sich die vermehrten Anstrengungen nach der Organisationsreform des Jahres 1890 positiv auf die Mitgliederentwicklung ausgewirkt haben. Zugleich war der Mitgliederanstieg aber auch eine Folge des Bevölkerungswachstums, denn die Einwohnerzahl Mannheims erhöhte sich im Jahrzehnt von 1885 bis 1895 von 60.000 auf 90.000 Einwohner. Auffallend ist, daß der Mitgliederstand vom Jahr 1894 bis zur Jahrhundertwende auf einem Niveau von ungefähr 3300 Mitgliedern stagnierte.

---

u. zweite Angabe nach BLZ 133/11. Juni 1869; TAUBERBISCHOFSHEIM: KaZtg 168/20. Juli 1869; EBERBACH: BLZ 19/23. Jan. 1869; KARLSRUHE: KaZtg 135/11. Juni u. 152/1. Juli 1869, BLZ 137/I/16. Juni 1869; PFORZHEIM: BLZ 125/2. Juni 1869; DURLACH: Susanne ASCHE/Olivia HOCHSTRASSER, Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 326. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 17); OFFENBURG: KaZtg 145/23. Juni 1869; LAHR: Lahrer Zeitung, in BLZ 24/29. Jan. u. BLZ 28/3. Febr. 1869; OBERKIRCH: KaZtg 159/9. Juli 1869; WOLFACH: BLZ 138/I/17. Juni 1869; KORK: BLZ 138/I/17. Juni 1869 (Verein in Kehl); FREIBURG: KaZtg 164/15. Juli 1869; EMMENDINGEN: Amtsvorstand in Emmendingen an den Landeskommissär in Freiburg, 25. Jan. 1869, StAF A 95/3/45; ETTENHEIM: KaZtg 177/30. Juli 1869; VILLINGEN: KaZtg 145/23. Juni 1869; TRIBERG: KaZtg 164/15. Juli 1869 (Gründungsversammlung in Furtwangen); LÖRRACH: BLZ 147/I/27. Juni 1869; WALDSHUT: KaZtg 147/25. Juni 1869; KONSTANZ: KaZtg 136/12. Juni 1869.

[820] BLZ 23/I/28. Jan. 1885.

Tabelle 3:
Mitgliederzahlen der Parteien in Mannheim 1869-1900[821]

Jahr	Nationalliberaler Verein	Freisinniger Verein	Demokratischer Verein	Sozialdemokratischer Verein
1869	289			
1870	300			
1875	420			
1878	335			
1884			317	
1885			302	
1886	940		264	
1887			259	
1888	2150		200	
1890				ca. 300
1891	2400		600	ca. 1500
1893		300		
1894	3200			
1895		400		ca. 1800
1896				ca. 2500
1897				ca. 3000
1898		450		ca. 4000
1900	3300			ca. 1000

Der Anteil der nationalliberalen Parteimitglieder an der Mannheimer Gesamtbevölkerung stieg von 0,7% am Ende der siebziger Jahre über 1,5% im Jahr 1886 auf 3,5% im Jahr 1894, was einen ausgesprochen hohen Organisationgrad darstellt. Offenbar nahm aber der Mannheimer Verein eine Sonderstellung innerhalb des badischen Landesverbandes ein, denn bei der Organisationsaufstellung vom Jahr

[821] Angaben nach Mannheimer Adreßbücher, StadtA MA, Bibliothek, A 2/1/34, 1869 - 79, 1914; Zahl für 1869 nach Mitgliederverzeichnis des Nationalliberalen Vereins Mannheim, BArch 60 Ve 2/2.

1907 war der Mannheimer Bezirksverein der mit Abstand größte in Baden.[822] Gegenüber den Mannheimer Demokraten, die hier ihre Hochburg im Großherzogtum hatten und vom Jahr 1871 bis zur Mitte der achtziger Jahre die drei Mannheimer Landtagswahlkreise hielten, besaßen die Nationalliberalen einen erheblichen Organisationsvorsprung: Im Jahr 1886 hatten sie dreieinhalb und um die Jahrhundertwende fünfmal soviel Mitglieder wie die Demokraten. Dagegen konnten die Sozialdemokraten, die seit der Reichstagswahl 1890 die stärkste politische Kraft in Mannheim bildeten, die regierende Partei gegen Ende der neunziger Jahre auch in der Mitgliederzahl überholen. Der politische Katholizismus, der erst im Jahr 1886 einen Verein gründete, besaß in Mannheim nur eine geringe Bedeutung.

Mit fast 15.000 Einwohnern im Jahr 1895 gehörte Baden-Baden zu den mittelgroßen Städten des Großherzogtums, wobei es durch einen hohen katholischen Bevölkerungsanteil und eine verhältnismäßig große Zahl von Beschäftigten in den Bereichen Öffentlicher Dienst, Handel und Verkehr gekennzeichnet war.[823] Der nationalliberale Verein in Baden-Baden hatte sich nach seiner Gründung im Jahr 1869 aufgelöst und konstituierte sich erst im Jahr 1874 von neuem. Erstaunlich schnell gelang es dem nationalliberalen Führungskreis um Albert Gönner, der die Stadt über Jahrzehnte im Landtag vertrat und seit 1893 das Amt des Präsidenten der Zweiten Kammer bekleidete, und dem Verleger Kölblin, der das liberale "Badische Tageblatt" herausgab, eine große Mitgliedschaft zu gewinnen: Nach zwei Jahren gehörten dem Verein bereits 540 Mitglieder an, was einem Anteil von 4,5% an der Gesamteinwohnerzahl Baden-Badens entsprach (vgl. Tabelle 4). Zu diesem außerordentlichen Erfolg dürfte die durch den Kulturkampf ausgelöste starke Polarisierung innerhalb der mehrheitlich katholischen Einwohnerschaft beigetragen haben.

Nach dem raschen Aufschwung folgte seit dem Ende der siebziger Jahre eine starke Austrittswelle, so daß der Verein zwischen den Jahren 1879 und 1882 36% und bis zum Jahr 1885 sogar 46% seiner Mitglieder einbüßte. Im Jahr 1879 verloren die Nationalliberalen auch das Baden-Badener Landtagsmandat an die Katholische Volkspartei. Es liegt die Vermutung nahe, daß im Kulturkampf der auslösende

---

[822] Organisation der Nationalliberalen Partei Badens, Febr. 1907, GLA 69 Nationalliberale Partei/195. Auf den Mannheimer Verein mit 3000 Mitgliedern folgten die Bezirksvereine Donaueschingen mit 1400, Weinheim mit 1259, Karlsruhe mit 1000, Freiburg mit 900, Pforzheim mit 700-800 und Heidelberg mit 700 Mitgliedern, während alle anderen Bezirksvereine erheblich kleiner waren.

[823] Vgl. SEPAINTNER, Reichstagswahlen, S. 393.

Faktor für den Umschwung in der stark katholisch geprägten Stadt zu sehen ist und daß ein Teil der Katholiken die Fortsetzung der kulturpolitischen Auseinandersetzungen nicht mehr mittragen wollte und sich deshalb von den Nationalliberalen abwendete. Nach dem Abschwung blieb die Mitgliederzahl von 1885 bis zur Jahrhundertwende fast konstant bei knapp über 300, obwohl die Einwohnerzahl anwuchs. Wegen des äußerst hohen Organisationsgrades in den siebziger Jahren blieb die Mitgliederzahl für die Größe der Stadt aber auch weiterhin beachtlich. Um die Jahrhundertwende überholte das Zentrum die regierende Partei in der Mitgliederzahl.

Tabelle 4:
Mitgliederzahlen der Parteien in Baden-Baden 1876-1900[824]

Jahr	Nationalliberaler Verein	Katholischer Männerverein	Freisinniger Verein
1876	540		
1879	550		
1882	350	200	
1885	300	220	
1888		150	
1891		200	
1894		240	75
1897	310	300	
1900	320	340	100

Obwohl die Mitgliederentwicklungen von Mannheim und Baden nicht für das gesamte Großherzogtum repräsentativ sind und darüber hinaus die Kurven in den beiden Städten einen äußerst unterschiedlichen Verlauf aufweisen, lassen sich dennoch drei Gemeinsamkeiten feststellen: Erstens lag der Anteil der nationalliberalen Parteimitglieder an der Gesamteinwohnerzahl beider Städte zwischen 0,7 und 4,5%, was einem erstaunlich hohen Organisationsgrad entspricht, wobei zu bedenken ist, daß die Quote in diesen städtischen Zentren weit über dem Landesdurchschnitt lag. Zweitens stellte die Nationalliberale Partei bis zum Ende der neunziger Jahre sowohl in der Industriestadt Mannheim als auch in der

[824] Angaben nach Adreßbücher der Stadt Baden-Baden 1876-1900.

katholischen Stadt Baden-Baden die mitgliederstärkste Partei dar und wurde dann von den Sozialdemokraten bzw. dem Zentrum überholt. Drittens ist in Mannheim und in Baden-Baden seit Mitte der neunziger bzw. Mitte der achtziger Jahre eine Stagnation in der Mitgliederentwicklung festzustellen, die sich auch nach der Jahrhundertwende fortsetzte. Obwohl beide Städte einen starken Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatten und die Politisierung der Bevölkerung zunahm, blieb die Mitgliederzahl in Mannheim bei ungefähr 3300 und in Baden-Baden bei etwa 320. Offenbar gelang es den Nationalliberalen nun nicht mehr, neue Mitglieder in größerem Umfang zu gewinnnen, so daß die Hauptkonkurrenten - in Mannheim die Sozialdemokraten bzw. in Baden-Baden das Zentrum - den Mitgliederrückstand aufholen und die Nationalliberalen um die Jahrhundertwende überflügeln konnten.

Schlußbetrachtung

Die Sonderstellung als "regierende Partei" bot den badischen Nationalliberalen die große Chance, die innenpolitische Entwicklung des Großherzogtums maßgeblich mitzugestalten. In den Jahren 1880/81 gelang es ihnen sogar, den Sturz von Innenminister Stoesser herbeizuführen, weil dieser sich ihrer Beeinflussung zu entziehen versuchte und zunehmend einen konservativen Kurs einschlug. Auch in der Gesetzgebung wurde der nationalliberale Einfluß deutlich spürbar, denn eine Reihe gesetzlicher Regelungen, insbesondere in der Kulturpolitik, ging auf die Forderungen der regierenden Partei zurück. Außerdem brachte sie eigene Gesetzentwürfe ein und konnte in zahlreichen Fällen Regierungsvorlagen in ihrem Sinne abändern. Angesichts der Tatsache, daß die Regierungsmitglieder mit den Positionen der Nationalliberalen Partei grundsätzlich übereinstimmten und etliche von ihnen gleichzeitig der nationalliberalen Fraktion angehörten, kann man davon ausgehen, daß die informellen Einflußnahmen eine große Rolle spielten. Auch wenn diese nur in Einzelfällen nachweisbar sind, so besteht doch kein Zweifel, daß die nationalliberalen Vertreter in diesen Unterredungen, die häufig bereits im Vorbereitungsstadium von Gesetzesvorlagen stattfanden, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Gesetzgebung und auch auf den Regierungskurs insgesamt nehmen konnten. Dabei verfügten die Nationalliberalen mit der Androhung, das Budget nicht zu bewilligen oder ein Gesetz in der Zweiten Kammer zu blockieren, über wirkungsvolle Druckmittel, von denen sie auch Gebrauch machten. Die regierende Partei besaß zeitweise eine so einflußreiche Stellung, daß Friedrich I. beklagte, Ministerpräsident Jolly habe die Regierung in unverantwortlicher Weise der Nationalliberalen Partei - die den Anspruch erhoben habe, *"unbedingt zu herrschen"* - untergeordnet.[825]

Insbesondere in der Kulturpolitik kam es zwischen Nationalliberaler Partei und Regierung zu heftigen Konflikten, bei denen sich das Ministerium in mehreren Fällen gezwungen sah, mit der Landtagsauflösung zu drohen bzw. die Vertrauensfrage zu stellen, so daß ein Ende der Zusammenarbeit nicht mehr ausgeschlossen erschien. Eine wesentliche Ursache für die Auseinandersetzungen ist darin zu sehen, daß die Regierung konstitutionell gebunden war und Rücksichten auf Friedrich I. nehmen mußte, der eine gemäßigt liberale Einstellung hatte und sich

---

[825] Großherzog Friedrich I. an Turban, 15. Aug. 1883, FUCHS (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 2, S. 212f., hier S. 212.

darüber hinaus als Landesherr den Interessen aller Bevölkerungsgruppen verpflichtet fühlte. Da bei der Kulturkampfgesetzgebung die Standpunkte des Großherzogs und des linken Flügels der Nationalliberalen Partei weit auseinanderlagen und der Kreis um Kiefer auf diesem Gebiet nur eine geringe Konzessionsbereitschaft zeigte, waren hier Spannungen bereits vorprogrammiert.

Für den zum rechten Flügel der Nationalliberalen zählenden Ammon war im Jahr 1880 die Antwort auf die Frage nach der Regierungsfähigkeit seiner Partei eindeutig: Durch ihr *"unberechenbares, unzuverlässiges, unpolitisches, ja oft geradezu rabiates Benehmen"* habe sie unter Beweis gestellt, daß sie nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Regierung fähig sei.[826] Ammons vernichtendes Urteil, das sich auf den entschiedenen Kurs der Nationalliberalen in der Kulturpolitik während der siebziger Jahre und auf die daraus resultierenden heftigen Konflikte mit der Regierung bezog, erscheint jedoch für die Politik der regierenden Partei insgesamt nicht gerechtfertigt zu sein. Vielmehr zeigten die Nationalliberalen, insbesondere ihr gemäßigter Flügel, eine grundsätzliche Kompromißbereitschaft und nahmen Abstriche an ihren Forderungen in Kauf, um die Politik in Baden so weit wie möglich mitgestalten zu können. Dabei ordneten sie sich der Regierung allerdings nicht unter und begnügten sich auch nicht mit der Rolle eines bloßen Mehrheitsbeschaffers für die Politik des Ministeriums, sondern sie waren - bestärkt durch die Vertrauensbeweise der Bevölkerung bei den Wahlen - entschlossen, ihre kompromißbereite Politik selbstbewußt zu betreiben und ihre eigenen Vorstellungen miteinzubringen. Beinahe zwangsläufig ergaben sich dadurch Spannungen mit dem Ministerium, die insbesondere in der Kulturpolitik zum Ausdruck kamen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Zusammenarbeit zwischen Nationalliberaler Partei und Regierung über Jahrzehnte andauerte und dieser Zeitraum durch tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandlungen gekennzeichnet war, so daß auch aus diesem Grund Differenzen kaum vermeidbar waren. Entscheidend war vielmehr, daß bei der Regierung wie bei der Nationalliberalen Partei die grundsätzliche Bereitschaft bestand, Kompromißformeln zu finden und die Kooperation fortzusetzen. Insgesamt erscheint deshalb das Urteil gerechtfertigt, daß die badischen Nationalliberalen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Ministerium bereit waren und sich innerhalb des bestehenden Regierungssystems als eine "regierungsfähige Partei" erwiesen.

---

[826] [AMMON], S. 55 (Hervorhebungen im Original).

Die zentralen Ursachen für die Sonderstellung der Nationalliberalen als regierende Partei bildeten die liberale Grundhaltung Friedrichs I. und die Stärke des badischen Nationalliberalismus. Allerdings besaß der Großherzog, für den ein Ministerium, das sich auf die Katholische Volkspartei bzw. das Zentrum stützte, nicht in Frage kam, keine reelle Alternative. Bei der Schwäche der badischen Konservativen hätte ein konservatives Kabinett nicht den notwendigen Rückhalt in der Zweiten Kammer gefunden, und bei der Ernennung eines reinen Geschäftsministeriums wären erhebliche Spannungen mit der nationalliberalen Fraktion zu erwarten gewesen.

Die Kulturkampf-Problematik zieht sich als roter Faden durch die gesamte Untersuchung, so daß man sie mit Berechtigung als das zentrale innenpolitische Thema in Baden zwischen den sechziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bezeichnen kann. Dagegen stand die nationale Frage, die für die regierende Partei eine große Bedeutung besaß und bereits im Jahr 1871 mit der Reichsgründung gelöst wurde, nur zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Vordergrund. Nach einem Reformschub in den Jahren 1867 bis 1870, der unter anderem das allgemeine und gleiche Wahlrecht bei den Landtagswahlen sowie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz beinhaltete, trat auch die Verfassungspolitik bis zum Beginn der neunziger Jahre weitgehend in den Hintergrund. Die vom linken Flügel der Nationalliberalen Anfang der siebziger Jahre erhobene Forderung nach einer grundlegenden Verfassungsreform, unter anderem nach Abschaffung der Ersten Kammer, erwies sich, abgesehen vom Widerstand Friedrichs I. und der Regierung, auch innerhalb der Partei nicht als mehrheitsfähig. Ebenso besaß die von der Opposition wiederholt vorgetragene Forderung nach der Einführung des direkten Wahlrechts keine Realisierungschancen, denn da die nationalliberale Vormachtstellung unter anderem auf diesem Wahlsystem beruhte, waren weder die regierende Partei noch das Ministerium zur Unterstützung dieses Vorschlags bereit.

Die badischen Nationalliberalen sahen im Kulturkampf einen *"großen, jetzt durch die ganze Welt gehenden Kampf(es) mittelalterlichen Kirchentums mit der modernen Zivilisation und dem modernen Staate"*[827] und führten die Auseinandersetzung mit außerordentlicher Härte, was zur Folge hatte, daß der *"gesellschaftliche(n) Kulturkampf"*[828] auch über die siebziger Jahre hinaus fortdauerte. Bei den Kulturkampfmaßnahmen kann man zwischen

---

[827] Gerbel in der Zweiten Kammer am 15./16. Mai 1865, Verhandlungen 1863/65, II. Kammer, 6. Beil.-H., S. 528.

[828] LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 185.

"situationsbedingten Repressivgesetzen", wie dem Kulturexamen sowie dem Stiftungsgesetz, und *"dauerhaften Strukturgesetzen"* unterscheiden, die eine neue Grenzziehung zwischen staatlichem und kirchlichem Bereich zum Ziel hatten und zu denen unter anderem die Einführung von Simultanschule sowie obligatorischer Zivilehe zählten.[829] Da die Strukturgesetze eine Konsequenz aus der gesellschaftlich-politischen Entwicklung des modernen Staates darstellten, wurden sie in der Folgezeit von der evangelischen wie von der katholischen Kirche grundsätzlich anerkannt. Trotz des Modernisierungsschubs stellte der Kulturkampf insgesamt gesehen nicht nur für den Staat, sondern auch für den Nationalliberalismus, der sich mit den repressiven Ausnahmegesetzen über seine eigenen rechtsstaatlichen Ideale hinwegsetzte, einen Mißerfolg dar, denn im Verlauf des Konflikts wurde deutlich, daß die katholische Kirche nicht zu unterwerfen war. Außerdem wurde innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils durch die staatliche Verfolgung, die Stigmatisierung als "Reichsfeinde", die Inhaftierung von Geistlichen und die Notlage der Seelsorge eine große Unruhe und auch Verbitterung ausgelöst. Die Folgen waren die Entfremdung eines beträchtlichen Teils der badischen Katholiken von den Nationalliberalen, die Bildung eines geschlossenen katholischen Milieus und die Formierung der Katholischen Volkspartei, welche die Stellung der Nationalliberalen zunehmend bedrohte.

Die *"schlagartige Umschichtung der katholischen Wählerschaft"*, die Anderson als eine der tiefgreifendsten Folgen des Kulturkampfes und als eine die politische Geschichte Deutschlands bis in das 20. Jahrhundert hinein prägende Entwicklung ansieht,[830] läßt sich eindrucksvoll veranschaulichen: Während der Jahre 1867 bis 1881 - dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen - wuchs die Fraktion der Katholischen Volkspartei in der Zweiten Kammer von zwei auf 23 Abgeordnete, während die Nationalliberalen im gleichen Zeitraum fast eine Halbierung ihrer Mandatszahl von 57 auf 31 hinnehmen mußten. Dabei fielen 81% der von den Nationalliberalen verlorenen Mandate an die Katholische Volkspartei, während die übrigen politischen Kräfte, Demokraten, Freisinn und Konservative, nur in geringem Umfang von den Verlusten profitieren konnten. Trotz ihrer beachtlichen Erfolge am Ende der achtziger Jahre gelang es der regierenden Partei aber offensichtlich nicht, die in den siebziger Jahren an den politischen Katholizismus

---

[829] Nach WEHLER, S. 894.

[830] Margaret Lavinia ANDERSON, Liberalismus, Demokratie und die Entstehung des Kulturkampfes, in: Rudolf Lill/ Francesco Traniello (Hrsg.), Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern, Berlin 1993, S. 109-125, hier S. 110. (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 5)

verlorene Wählerschaft dauerhaft zurückzugewinnen, denn die Stärkeverhältnisse in der Zweiten Kammer entsprachen im Jahr 1893 ungefähr wieder dem Stand von 1881. Die weitere Entwicklung vom Jahr 1893 bis zum Ende des Kaiserreichs zeigt einen allmählichen Abwärtstrend der Nationalliberalen, doch kamen die Mandatsverluste nun nicht mehr dem politischen Katholizismus, sondern hauptsächlich der Sozialdemokratie zugute, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen rasanten Aufwärtstrend zu verzeichnen hatte. Dagegen stagnierte die Katholische Volkspartei bis zum Jahr 1905 ungefähr auf dem Niveau von 1881 bzw. 1893 und konnte erst nach der Einführung des direkten Wahlrechts bei der Landtagswahl 1905 weitere Zugewinne erzielen.

Dieser Abriß verdeutlicht, daß sich die beachtliche Wählerwanderung von den Nationalliberalen in das Lager der Katholischen Volkspartei vom Ende der sechziger Jahre bis zum Jahr 1881 vollzog und damit abgeschlossen war, wenn man von den starken Schwankungen während der achtziger Jahre absieht, die im wesentlichen eine Folge der schweren Krise der Katholischen Volkspartei waren. Da sich dieser Prozeß mit dem Höhepunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzungen deckt und diese das Thema darstellten, welches die badische Öffentlichkeit am stärksten bewegte, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß der Kulturkampf die zentrale Ursache für die Abwärtsentwicklung der Nationalliberalen bildete. Rückblickend gelangte der Linksliberale Willy Hellpach zu dem Urteil, die badischen Katholiken wären in ihrer Mehrheit wohl *"ebenso fromm wie liberal"* geblieben, *"wenn nicht die nationalliberale Gottverlassenheit sie gar so töricht vor die Köpfe gestoßen"* und in eine *"Pariastellung"* gedrängt hätte.[831] Bei dieser Einschätzung übersieht Hellpach allerdings, daß mit den kulturpolitischen Fragen wirtschaftliche und soziale Gegensätze zwischen den privilegierten protestantisch-städtischen und den katholisch-ländlichen Bevölkerungsteilen eng verknüpft waren, was die Katholische Volkspartei bzw. das Zentrum geschickt in ihre Agitation miteinbezog.

Trotz dieser negativen Folgen erfüllte der Kulturkampf bzw. die Aufrechterhaltung des Kulturkampfgegensatzes über die siebziger Jahre hinaus für die Nationalliberalen aber auch eine zentrale Funktion. Seit der Reichsgründung bestand für sie nämlich das grundlegende Problem, daß ihre Zukunftsvision verwirklicht war und sie eine neue *"einheitsstiftende(n) Aufgabe"*[832] benötigten, was um so wichtiger war, weil sie im Gegensatz zum politischen Katholizismus nicht in einem stabilen

---

[831] Willy HELLPACH, Politische Prognose für Deutschland, Berlin 1928, S. 248.

[832] LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 134.

"sozialmoralischen Milieu"[833] verankert waren. Der Kulturkampf bot den badischen Nationalliberalen diese neue Herausforderung: Nach dem Ende der staatlichen Kampfmaßnahmen hielten sie durch einen scharfen kulturpolitischen Kurs über Jahrzehnte - bis zum Ende des Kaiserreichs - eine ausgeprägte Kulturkampfspannung aufrecht, wodurch sie die Bevölkerungskreise, die von der Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung überzeugt waren, dauerhaft an sich banden und auch die Einheit der Partei sicherten. Gleichzeitig trug aber auch die offensive Strategie des Zentrums unter Wacker zum Fortbestehen der Gegensätze bei. Zweifellos war sich die nationalliberale Parteiführung über den direkten Zusammenhang zwischen der Kulturkampfspannung und der Stabilität der eigenen Anhänger- und Wählerschaft bewußt. Allerdings war dies sicherlich nicht das einzige Motiv für die Fortsetzung des Konflikts, denn die Generation der Kulturkämpfer, welche die Entwicklung der Partei auch weiterhin maßgebend bestimmte, war von der Notwendigkeit dieses Kurses fest überzeugt.

Wie ausgeprägt der Kulturkampfgegensatz auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war, wird am "Klostersturm" im Jahr 1902 deutlich, als die Ankündigung von Kultusminister Dusch, mit dem Ordinariat über die Zulassung einiger Klöster zu verhandeln, innerhalb der liberalen Öffentlichkeit eine massive Protestwelle auslöste, die fast ein Jahr lang anhielt. Bezeichnend ist auch der Umstand, daß die Nationalliberalen in den Jahren 1905 bis 1914 mit dem Freisinn, den Demokraten und auch den Sozialdemokraten - den "Reichsfeinden" - den "Großblock" bildeten, um eine Zentrumsmehrheit im Landtag zu verhindern. Aus der scharfen Frontstellung ergab sich eine spezifisch badische Parteienkonstellation, die dadurch gekennzeichnet war, daß neben den beiden großen politischen Lagern, dem Nationalliberalismus und dem politischen Katholizismus, alle übrigen Parteien im Vergleich zur Reichsebene verhältnismäßig schwach waren. Erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts konnte sich die Sozialdemokratie allmählich zur dritten maßgebenden politischen Kraft in Baden entwickeln. Die Benutzung der Kulturkampfspannungen als ein Mittel zur Stabilisierung der Position der Nationalliberalen Partei, stellte eine spezifisch badische Antwort auf die Herausforderungen dar, die nicht auf andere Teile des Reiches übertragbar war.

Diese badische Besonderheit bietet - um auf die leitende Fragestellung zurückzukommen - eine zentrale Erklärung für den erstaunlichen Sachverhalt, daß der pro-

---

[833] Grundlegend hierzu M. Rainer LEPSIUS, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61)

testantisch geprägte Nationalliberalismus im katholischen Baden über Jahrzehnte eine Vormachtstellung behaupten konnte und gerade hier eine seiner wichtigsten regionalen Hochburgen in Deutschland besaß. Die zweite Ursache ist darin zu sehen, daß sich die Nationalliberalen in Baden auf ein "liberales System" stützen konnten. An erster Stelle ist Großherzog Friedrich I. zu nennen, der eine gemäßigt liberale Grundhaltung besaß und ausschließlich liberale Persönlichkeiten, von denen viele der Nationalliberalen Partei angehörten, in die Regierung berief. Außerdem wurde die regierende Partei vom Ministerium bevorzugt, beispielsweise durch Ämterpatronage und durch eine besondere "Wahlkreisgeometrie", und sie besaß einen starken Rückhalt in der liberal-protestantischen Beamtenschaft. Da auch die Erste Kammer eine eindeutige liberale Majorität aufwies, konnte sie, als die Nationalliberalen die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer verloren hatten, ungelegene Beschlüsse des anderen Hauses blockieren. Auch die beachtliche liberale Presseüberlegenheit stellte für die regierende Partei einen großen Vorteil dar, auch wenn die politischen Gegner seit den achtziger Jahren in diesem Bereich allmählich aufholen konnten. Dieses "liberale System" verschaffte den Nationalliberalen einen entscheidenden Vorsprung vor ihren politischen Mitkonkurrenten. Gleichzeitig ist damit eine weitere badische Besonderheit bezeichnet, welche die Nationalliberalen im Großherzogtum gegenüber ihren Gesinnungsgenossen in anderen Teilen des Deutschen Reiches begünstigte.

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
BA	Bezirksamt
Bad. Biogr.	Badische Biographien
BArch	Bundesarchiv Berlin
BB	Badischer Beobachter
BC	Badische Correspondenz
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Ber.	Bericht
BJ	Biographisches Jahrbuch
BLZ	Badische Landeszeitung
BZ	Breisgauer Zeitung
DBJ	Deutsches Biographisches Jahrbuch
Diss.	Dissertation
Ebd.	Ebenda
FA	Familienarchiv
FDA	Freiburger Diözesan-Archiv
FS	Festschrift
FZ	Freiburger Zeitung
GG	Geschichte und Gesellschaft
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
H.	Heft
Habil.	Habilitation
HJb	Historisches Jahrbuch
HZ	Historische Zeitschrift
KaZtg	Karlsruher Zeitung
KVP	Katholische Volkspartei Badens
MdIK	Mitglied der Ersten badischen Kammer
MdIIK	Mitglied der Zweiten badischen Kammer
MdN	Mitglied der Nationalversammlung
MdR	Mitglied des Reichstags
MdZ	Mitglied des Zollparlaments
NDB	Neue Deutsche Biographie
N. F.	Neue Folge
NLP	Nationalliberale Partei Badens

JzLF	Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
Prot.	Protokoll
Rh.	Reihe
S.	Seite
StadtA	Stadtarchiv
StA	Staatsarchiv
Tl.	Teil
vgl.	Vergleiche
Z	Zentrum
ZBZ	Zentralbibliothek Zürich
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
Zug.	Zugang

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalien

Bundesarchiv Berlin (BArch)

60 Ve 2	Nationalliberaler Verein Mannheim	1, 2

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

Abt. N:	Nachlässe	
	* Kirsner	2, 5-8, 10-15
	* Krieger	33
	* Muser	10, 12, 20
Abt. 48:	Haus- und Staatsarchiv, Staatssachen	5163, 6128, 6129
Abt. 52	Politische Nachlässe	
	* Eisenlohr	4
	* Jolly	8, 17-19
	* Lamey	4-6, 8, 10-12, 14, 16, 17, 20-24, 26-29, 37, 41, 43
	* Prestinari	20, 22
Abt. 60:	Geheimes Kabinett	494, 512, 1284, 1296
Abt. 69:	Hinterlegte Privatarchive	
	* v. Freydorf	264, 265, 335, 338, 359, 360, 362, 363, 378, 379, 435, 436, 441, 442, 456, 457, 460, 461, 466
	* Nationalliberale Partei Badens	85, 172-176, 195, 211, 212, 240
	* v. Neubronn	17
	* v. Stockhorner	122, 130, 146, 249
Abt. 231:	Landtag	1117
Abt. 233:	Staatsministerium	4874, 12922, 32095, 32290
Abt. 235:	Kultusministerium	12, 13, 15, 12745, 16829, 20031

Abt. 236:	Innenministerium	8234, 14855-14862, 14867-14878, 14880-14884, 14900, 14901, 15067, 15068, 15070-15072, 15079, 15221-15223, 17073, 17125, 17185
Abt. 339:	Bezirksamt Baden	1199
Abt. 346:	Bezirksamt Bühl	Zug. 1958/53/1
Abt. 348:	Bezirksamt Durlach	2258
Abt. 377:	Bezirksamt Sinsheim	5413, 6844
Abt. 450:	Generallandesarchiv	645, 1243, 16221

Staatsarchiv Freiburg (StA F)

A 95/3:	Landeskommissär Freiburg	45, 170, 250
A 96/1:	Landeskommissär Konstanz	1978, 1979
A 96/2:	Landeskommissär Konstanz	51, 52
B 694/1:	Bezirksamt Breisach	2694
B 715/2:	Landratsamt Konstanz	423
G16/6:	Landratsamt Lahr	1054
G 17/1:	Landratsamt Lörrach	2699, 2700, 4305

Stadtarchiv Baden-Baden (StadtA BAD)

02-174/002, 180/004, 180/005, 198/007

Stadtarchiv Karlsruhe (StadtA KA)

Abt. 1:	Stadt Karlsruhe Akten	AEST 485, H-Reg A 1697
Abt. 5:	Eingemeindete Vororte	Aue A 306-308
Abt. 6:	Akten staatlicher Behörden	BZA 794
Abt. 7	Nachlässe	Nl 2/Hoffmann V d-f
Abt. 8:	Archivische Sammlungen	St S 13/149, 13/161, 17/6

Stadtarchiv Lörrach (StadtA LÖ)

Oberländer Bote

Stadtarchiv Mannheim (StadtA MA)

Bibliothek, A 2	Mannheimer Adreß-Bücher	1,34 (1869) - 65 (1900)
S 2	Ortsgeschichtliche Sammlung	2253

Stadtarchiv Offenburg (StadtA OG)

Bestand 5:	Akten, Alter Aktenplan	7565-7570, 7739, 7740
Bestand 13:	Denkschriften und Prospekte	485
Bestand 17:	Plakate und Flugblätter	17

Stadtarchiv Weinheim (StadtA WH)

Rep. 42,6	Weinheimer Anzeiger	

Zentralbibliothek Zürich (ZBZ)

Familien-	Allgemeine Korrespondenz	
archiv (FA)	* Briefe an Bluntschli	1.15, 1.36, 1.41, 1.50, 2.81,
Bluntschli		3.181, 4.247, 5.339, 7.428,
		7. 453, 7.458, 8.484, 8.491a,
		10.609, 11.628, 11.650,
		15.784, 16.845, 17.872
	* Briefe Bluntschlis an verschiedene Personen	27.8, 27.36, 27.43, 27.45, 27.47, 27.88
	Persönliches (Tage- und Notizbücher)	32q-32s
	Politische Tätigkeit	35b-35d

2. Zeitungen

Allgemeine Zeitung
Badische Correspondenz (BC) (in Badische Landeszeitung)
Badische Landeszeitung (BLZ)
Badische Landpost
Badische Presse
Badischer Beobachter (BB)
Basler Nachrichten
Berliner Zeitung
Breisgauer Zeitung (BZ)
Durlacher Wochenblatt
Frankfurter Journal
Frankfurter Zeitung
Freiburger Zeitung (FZ)
Germania
Heidelberger Journal
Heidelberger Zeitung
Karlsruher Zeitung (KaZtg)
Kölnische Zeitung
Konstanzer Zeitung
Lahrer Wochenblatt
Mannheimer Journal
Nationalzeitung
Neue Badische Landes-Zeitung. Mannheimer Anzeiger
Oberländer Bote
Schwäbischer Merkur
Straßburger Post
Volksfreund
Weinheimer Anzeiger
Wochenblatt für die Bezirke Schwetzingen und Philippsburg

3. Gedruckte Quellen

Adreßbuch der Großherzoglichen Stadt Baden-Baden 1876-1914, Baden-Baden 1876-1914.

Adreß-Buch für die Haupt- und Residenz-Stadt Karlsruhe 1873 u. 1879, Karlsruhe 1873 u. 1879.

Alles für das Volk. Alles durch das Volk. Dokumente zur demokratischen Bewegung in Mannheim 1848-1948, ausgewählt u. bearb. v. Jörg Schadt, Stuttgart/Aalen 1977. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 1)

[AMMON, Otto], Zur Geschichte der liberalen Partei in Baden. Sonderabdruck einer Reihe von Artikeln in der "Konstanzer Zeitung" vom März und April 1880, Konstanz 1880.

ANDREAS, Willy (Hrsg.), Gespräche Bismarcks mit dem badischen Finanzminister Moritz Ellstätter. Aus dem Nachlaß herausgegeben, in: ZGO 82 (1930), S. 440-451.

Aus Briefen und Tagebüchern eines deutschen Ministers, in: Deutsche Revue über das gesammte nationale Leben der Gegenwart 8 (1883), H. 4, S. 273-288.

Aus den Lebenserinnerungen des Dr. med. C. H. Alexander Pagenstecher (1860-1866). Nach der Manuskriptabschrift von Alexander Pagenstecher hrsg. v. Franz Schnabel, in: ZGO 73 (1919), S. 227-256.

Aus der politischen Korrespondenz des Präsidenten des badischen Ministeriums des Auswärtigen Rudolf von Freydorf, in: Deutsche Revue 29 (1904), Bd. 3, S. 7-13, 151-161 u. 264-295.

Aus Eduard Laskers Nachlaß. Sein Briefwechsel aus den Jahren 1870/71, in: Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart 17 (1892), H. 2, S. 46-64, 166-186, 296-317, H. 3, S. 59-82, 157-177, 283-301, H. 4, S. 60-76, 190-203, 352-366.

[BADER, Karl], Die badischen Wahlen zum Zollparlament, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 61 (1868), S. 760-793.

BAER, Karl Ernst, Geschichte und Kritik der Verfassungsrevisionsfrage sowie der gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Lande Baden, Lörrach 1892.

BAUER, Ad[am] (Hrsg.), Badens Volks-Vertretung in der zweiten Kammer der Landstände von 1819 bis 1891, Karlsruhe 1891.

BAUER, Ludwig, Die Mitglieder der Ersten Kammer der Badischen Ständeversammlung vom Jahre 1819 bis mit 1912, im Auftrage des Hohen Hauses umgearb. u. erg. v. Bernhard Gißler, Karlsruhe (5)1913.

BAUMGARTEN, Hermann, Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik, in: Pr. Jbb. 18 (1866), S. 455-517 u. 575-628.

BAUMSTARK, Reinhold, Die katholische Volkspartei in Baden und ihr Verhältniß zum Kriege gegen Frankreich, Freiburg 1870.

- Die Wiederherstellung der katholischen Seelsorge im Großherzogtum Baden. Dem katholischen Clerus und Volke Badens nach authentischen Actenstücken une eigenen Erlebnissen erzählt, Freiburg 1880.

- Plus ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869-1882, Straßburg (2)1885.

BECKER, Josef, Bismarck und die Frage der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund im Frühjahr 1870. Dokumente zur Interpellation Laskers vom 24. Februar 1870, in: ZGO 119 (1971), S. 427-470.

BLUNTSCHLI, J[ohann] C[aspar], Denkwürdiges aus meinem Leben, auf Veranlassung der Familie durchgesehen u. veröffentlicht v. Rudolf Seyerlen, 3. Teil: Die deutsche Periode, 2. Hälfte: Heidelberg 1861-1881, Nördlingen 1884.

- Charakter und Geist der politischen Parteien, Nördlingen 1869.

- Parteien, politische, in: Deutsches Staats-Wörterbuch, in Verbindung mit deutschen Gelehrten hrsg. v. ders. u. K(arl) Brater, Bd. 7, Stuttgart/Leipzig 1862, S. 717-747.

BRAUER, Arthur von, Im Dienste Bismarcks. Persönliche Erinnerungen, bearb. u. hrsg. v. Helmuth Rogge, Berlin 1936.

Briefe Fr. Chr. Schlossers und Ludwig Häussers an Grossherzog Friedrich I. von Baden, mitgeteilt v. Karl Obser, in: ZGO 75 (1921), S. 393-420.

Briefe Heinrich von Treitschkes an Historiker und Politiker am Oberrhein, hrsg. v. Willy Andreas, Berlin 1934. (Schriftenreihe der "Preußischen Jahrbücher" Nr. 23)

Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 1: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859-1870, ausgewählt u. bearb. v. Julius Heyderhoff, Bonn/Leipzig 1925, Bd. 2: Im Neuen Reich 1871-1890, ausgewählt u. bearb. v. Paul Wentzcke, Bonn/Leipzig 1926.

Der Director des Grosherzoglich Badischen Oberschulraths an den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Herrn Staatsrath Dr. Lamey, Karlsruhe, den 5. Mai 1863.

DOERRY, Martin, Judentum zwischen Anpassung und Selbstpreisgabe. 134 Briefe Moritz Ellstätters (1827-1905), in: ZGO 132 (1984), S. 271-304.

ECKHARD, Carl, Erinnerungen aus meinem Leben, Mannheim 1908.

FEDER, Heinrich von, Die Politische Reform in Baden, Mannheim 1865.

- Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands. Ein Beitrag zur Berichtigung der Urtheile über die deutschen, insbesondere die süddeutschen politischen Verhältnisse, Mannheim 1867.

FENSKE, Hans (Hrsg.), Unter Wilhelm II. 1890-1918, Darmstadt 1982. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 7)

- (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich 1871-1890, Darmstadt 1978. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 6)

- (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung 1850-1870, Darmstadt 1977. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 5)

GAGEUR, Karl, Reform des Wahlrechts im Reich und in Baden, Freiburg/Leipzig 1893.

Gesetzes- und Verordnungs-Blatt für das Großherzogthum Baden, Jg. 1869-1893.

GÖLER [VON RAVENSBURG], E(rnst) A(ugust), Die liberale Aera in Baden, in: Allgemeine Conservative Monatsschrift für das christliche Deutschland 40 (1883), S. 117-136.

- Erinnerungen aus dem Zollparlament. 1868/70, in: Allgemeine konservative Monatsschrift für das christliche Deutschland 44 (1887), S. 1012-1025, 1121-1134 u. 1233-1244.

Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854-1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher, hrsg. v. der Badischen Historischen Kommission, bearb. v. Hermann Oncken, 2 Bde., Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, Bde. 22 u. 23)

Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871-1907, hrsg. v. Walther Peter Fuchs, 4 Bde., Stuttgart 1968-1980. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. A, Bde. 15, 24, 31 u. 32)

Großherzog Friedrich von Baden. Eine planmäßige Auslese aus seinen öffentlichen Kundgebungen in den Jahren 1852-1906, hrsg. v. Julius Katz, Karlsruhe 1907.

- Reden und Kundgebungen 1852-1896, hrsg. v. Rudolf Krone, Freiburg (2)1903.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt, Jge. 1860-1868, Karlsruhe 1860-1868.

Das Großherzogthum Baden in geographischer, naturwissenschaftlicher, geschichtlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, nebst vollständigem Ortsverzeichnis, Karlsruhe 1885.

HEINER, F. X. (Hrsg.), Gesetze die katholische Kirche betreffend mit Einleitung, Anmerkungen und Register, Freiburg 1890 (Handbibliothek Badischer Gesetze, Bd. 5)

HELLPACH, Willy, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, Bd. 1: 1877-1914, Hamburg 1948.

HEYDERHOFF, Julius, Von badischen Führerpersönlichkeiten im Zeitalter der Reichsgründung. Briefe Franz v. Roggenbachs und Julius Jollys, in: Mannheimer Geschichtsblätter 37 (1936), S. 67-74.

- Franz von Roggenbach und Julius Jolly. Politischer Briefwechsel 1848-1882, in: ZGO 86 (1934), S. 77-116 u. 87 (1935), S. 189-244.

- (Hrsg. u. Bearb.), Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz von Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht von Stosch 1865-1896, Leipzig 1943. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, Bd. 35)

Hirtenbrief des Hochwürdigsten Herrn Dr. Hermann von Vicari, Erzbischof von Freiburg, Metropolit der oberrhein. Kirchenprovinz etc. an den Hochwürdigen Clerus und die Gläubigen der Erzdiöcese Freiburg, Badischen Antheils, das projectirte Gesetz über die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betreff., Freiburg (4)1864.

HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, 2., erweiterte Aufl., Stuttgart 1961, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1918, 2., erweiterte Aufl., Stuttgart 1964.

JAGEMANN, Eugen von, Fünfundsiebzig Jahre des Erlebens und Erfahrens (1849-1924), Heidelberg 1925.

JOLLY, Julius, Die badischen Gesetzentwürfe über die kirchlichen Verhältnisse, Karlsruhe 1860.

Jugenderinnerungen Großherzog Friedrichs I. von Baden. 1826-1847, hrsg. u. eingel. v. Karl Obser, Heidelberg 1921.

KAISER, Eduard, Aus alten Tagen. Lebenserinnerungen eines Markgräflers 1815-1875, Lörrach o. J. [1911].

KALKOFF, Hermann (Hrsg.), Nationalliberale Parlamentarier 1867-1917 des Reichstages und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. aus Anlaß

des fünfzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei Deutschlands, Berlin 1917.

KATZ, Julius, Die politische Lage in Baden. Ein Beitrag zur Beurteilung der badischen Parteiverhältnisse, Karlsruhe 1893.

KEIL, Wilhelm, Erlebnisse eine Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947.

KOPP, K. H., Wörterbuch zum Nachschlagen der für das Großherzogthum Baden wichtigen Gesetze, Staatsverträge und Verordnungen, Karlsruhe (3)1894.

KREMER, Hans-Jürgen (Bearb.), Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871-1918, 2 Bde., Stuttgart 1990/1991. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. A, Bde. 42 u. 43)

[LAMEY, August], Woher die Opposition? Ein Wort von liberaler Seite, Karlsruhe 1869.

Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. Quellen zur Organisation und Politik der Zentrumspartei und des politischen Katholizismus in Baden 1888-1914, ausgew. u. eingel. v. Hans-Jürgen Kremer unter redaktioneller Mitarbeit v. Michael Caroli, hrsg. v. Jörg Schadt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 11)

MOHL, Robert von, Lebens-Erinnerungen 1799-1875, 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1902.

MOMMSEN, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München o. J. (1964). (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1)

MUSER, Oskar, Falsches und Wahres in der Sozialdemokratie. Offene Antwort auf sozialdemokratische Angriffe, Karlsruhe 1891.

[NEUMANN, L.], Badische Wahlkreis-Arithmetik nebst einigem Nichtarithmetischen, das dazu gehört, Freiburg 1895.

OTT, Hugo, Die ersten Bemühungen um eine Lockerung des Kulturkampfes in Baden im Jahre 1879. Zu dem Vermittlungsversuch von Prof. Franz Xaver Kraus und Dekan Albert Förderer (Lahr). Neue Dokumente aus dem Nachlaß von Erzbistumsverweser Weihbischof Lothar v. Kübel, in: FDA 101 (1981), S. 304-313.

Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler, hrsg. v. Mitgliedern der nationalliberalen Partei, Berlin (2)1897.

Politisch-statistisch-topographisches Ortslexikon des Großherzogthums Baden, mit historischen und volkswirthschaftlichen Notizen und steter Berücksichtigung des neuen Organisationsstatuts für die Beamten- und Geschäftswelt, bearb. v. Heinrich Konrad Kissling, Freiburg/Donaueschingen o. J. [1865].

Programmatische Kundgebungen der Nationalliberalen Partei 1866-1913, Berlin 1913.

RAPP, Alfred (Bearb.), Die badischen Landtags-Abgeordneten 1905/1929 mit Bibliographie und Statistiken zur Geschichte des badischen Landtags, hrsg. v. badischen Landtag, Karlsruhe 1929.

REICHOLD, Ernst, Die Früchte des Liberalismus in Baden. Eine conservative Stimme, Heidelberg 1879.

RITTER, Gerhard A. unter Mitarbeit v. Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980. (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte)

ROTH, Adolf/THORBECKE, Paul (Hrsg.), Die badischen Landstände insbesondere die Zweite Kammer. Landtagshandbuch, mit Unterstützung der Zweiten Kammer hrsg., Karlsruhe 1907.

SALOMON, Felix, Die deutschen Parteiprogramme, 3 Hefte, Leipzig/Berlin 1912.

SCHULTHESS, H. Europäischer Geschichtskalender, 1.1860 - 25.1884, Nördlingen 1861-1885, N. F. Bde. 1.1885 - 22.1906, hrsg. v. Ernst Delbrück (Bd. 3ff. H. Dellbrück), Nördlingen (Bd. 5ff. München) 1886-1907.

Statistisches Jahrbuch für das Großherzogthum Baden, 1 (1868) - 26 (1893), Karlsruhe 1869-1895.

Statistische Mittheilungen über das Großherzogthum Baden, Bd. 1 (1869-1874) - Bd. 10 (1893), Karlsruhe 1869/1874-1893.

Staatsrecht, Völkerrecht und Politik. Monographieen von Robert von Mohl, Bd. 1: Staatsrecht und Völkerrecht, Tübingen 1860.

Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Zollparlaments, 1868-1870.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes, Bde. I u. III; Berlin 1870.

Stenographisches Protokoll über die am 26. Juli 1863 in Offenburg abgehaltene Landes-Versammlung, Lahr 1863.

TREITSCHKE, Heinrich von, Briefe, hrsg. v. Max Cornicelius, Bde. 2 u. 3, Leipzig 1913 u. 1920.

Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogthums Baden in den Jahren 1819/20 bis 1905/06, enthaltend die Protokolle der 1. Kammer und deren Beilagen, von ihr selbst amtlich hrsg., Bde. 1-148, Karlsruhe 1819-1906.

Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogthums Baden in den Jahren (Bd. 382ff. vom Landtag) 1833-1905/06, enthaltend die Protokolle der 2. Kammer und deren Beilagen, von ihr selbst amtlich hrsg., Bde. 114-479, Karlsruhe 1833-1906.

WACKER, Theodor, Wer fördert die Umsturzbewegungen? Wer hat der Sozialdemokratie bei Wahlen direkte und indirekte Hilfe geleistet? Auf Grund der thatsächlichen Verhältnisse festgestellt, Karlsruhe 1900.

- Wer gefährdet in Baden die Interessen und Rechte der Krone? Unter Vorführung einwandfreier nationalliberaler Zeugen beantwortet. Schattenbilder aus der Geschichte der nationalliberalen Partei nebst Streiflichtern der "neuen Aera", Karlsruhe 1899.

- Wer sucht bei uns in Baden die Einführung der direkten Wahl zu verhindern. Auf Grund der Verhandlungen der Zweiten badischen Kammer von 1869-1899 beantwortet, Karlsruhe (2)1899.

- Vorschläge zu einer sachgemäßen und gerechten Wahlkreiseintheilung für das Großherzogthum Baden, zunächst den Kammern und der Regierung, sodann dem ganzen Publikum, soweit dasselbe an politischen Fragen Interesse nimmt, zur Prüfung unterbreitet, Karlsruhe 1896.

- Die bestehende Wahlkreis-Eintheilung mit dem indirekten Wahlsystem zur Zweiten Kammer, eine schreiende Ungerechtigkeit und ein unerträglicher Mißstand. Auf Grund der thatsächlichen Verhältnisse dargestellt, Offenburg 1894.

- Die Centrums-Partei, deren Lage und Aussichten bei den Landtagswahlen in Baden, Freiburg 1889.

- Kampf gegen den badischen Nationalliberalismus. Nothwendigkeit desselben, Kampfmittel und Aussichten, Freiburg 1888.

- Das erste Friedenswerk im badischen Culturkampfe. Die Beilegung des Examensstreites auf Grund des Quellenmaterials in ihrem geschichtlichen Verlaufe erzählt, Freiburg 1882.

[ZELL, Karl], Woher die neue Offenburger Opposition? Und wohin? Ein Wort von freigesinnter, katholischer Seite, Freiburg 1869.

Zollparlamentsbriefe des Prof. Bluntschli, mitgeteilt v. Heinrich v. Poschinger, in: Deutsche Revue 29 (1904), H. 2, S. 25-28.

Zur Schilderung badischer Zustände der Gegenwart, Nr. 1, Freiburg 1864.

4. Literatur

Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. durch die historische Commission bei der königl. Akademie der Wissenschaften, Bde. 1-56, Neudruck der 1. Aufl., Berlin (2)1967 - (2)1971.

ANGERMANN, Erich, Robert von Mohl 1799-1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962. (Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 8)

- Karl Mathy als Sozial- und Wirtschaftspolitiker (1842-1848), in: ZGO 103 (1955), S. 499-622.

ASCHE, Susanne/HOCHSTRASSER, Olivia, Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 17)

BACHEM, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815-1914, Bd. 2: Die Zeit von 1848 bis 1870, Bd. 4: Der Abbau des Kulturkampfes 1880-1887, Bd. 8: Das Zentrum in den süddeutschen Staaten 1887-1914. Das Zentrum in und nach dem Weltkriege 1914-1930, Köln 1928-1931.

BADER, K. S., Zur politischen und rechtlichen Entwicklung Badens, in: Ders. (Hrsg.), Baden im 19. und 20. Jahrhundert. Verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Studien, Bd. 1, Karlsruhe 1948, S. 7-22.

Badische Biographien, 4 Tle., hrsg. v. Friedrich v. Weech, Heidelberg u. Karlsruhe 1875-1891, Tl. 5 im Auftrage der Badischen Historischen Kommission hrsg. v. Friedrich von Weech u. Albert Krieger, Heidelberg 1906, Tl. 6 im Auftrage der Badischen Historischen Kommission hrsg. v. Albert Krieger u. Karl Obser, Heidelberg 1935.

Badische Biographien Neue Folge, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Bernd Ottnad, 4 Bde., Stuttgart 1982-1996.

BAER, Karl, Friedrich Kiefer. Ein Lebensbild. Seinen Bekannten, Freunden und Verehrern gewidmet, Karlsruhe o. J. [1895].

BAUMGARTEN, Herrmann/JOLLY, Ludwig, Staatsminister Jolly. Ein Lebensbild, Tübingen 1897.

BAUMGARTEN, Otto, Der Anteil Badens an der Reichsgründung. Akademische Festrede am 18. Januar 1924, Tübingen 1924. (Philosophie und Geschichte, Bd. 3)

BECHT, Hans-Peter, Die badische zweite Kammer und ihre Mitglieder, 1819 bis 1841/42. Untersuchungen zu Struktur und Funktionsweise eines frühen deutschen Parlamentes, Diss. Masch. Mannheim 1985.

BECK, Franz August, Anfänge und Ziele der altkatholischen Bewegung Badens, Bd. 1: Erster Anlauf, 1865-1866, Mannheim 1875. (nicht mehr erschienen)

BECKER, Josef, Baden, Bismarck und die Annexion von Elsaß und Lothringen. Mit einem dokumentarischen Anhang, in: ZGO 115 (1967), S. 167-204.

- Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866-1870, in: M. Stürmer, Das kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970, unveränderter Nachdruck 1984, S. 75-88.

- Der badische Kulturkampf und die Problematik des Liberalismus, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 86-102.

- Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876, Habil. Erlangen-Nürnberg 1968/69, Mainz 1973. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Rh. B, Bd. 14)

- Staat und Kirche in Baden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bericht über den Stand der Vorarbeiten an einer geplanten Quellenpublikation, in: ZGO 11 (1963), S. 579-587.

BELLMANN, Dieter, Der Liberalismus im Seekreis (1860-1870). Durchsetzungsversuch und Scheitern eines regional eigenständigen Entwicklungskonzeptes, in: Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, hrsg. v. Gert Zang, Frankfurt 1978, S. 183-263.

BERGSTRÄSSER, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, völlig überarb. u. hrsg. v. W. Mommsen, 11. Aufl., München/Wien 1965. (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2)

BEYME, Klaus von, Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte e. V. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733.

Bibliographie der badischen Geschichte, Bde. 1 u. 2 bearb. im Auftrag der Badischen Historischen Kommission v. Friedrich Lautenschlager, Karlsruhe 1929 u. 1933, Bde. 3-9 hrsg. v. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-

Württemberg in Verbindung mit der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Stuttgart 1961-1984.

Bibliographie zur Liberalismus-Forschung, in JzLF 1 (1989)ff.

BIER, Helmut, Der Kampf um die badische Simultanschule in Vergangenheit und Gegenwart, Diss. Erlangen 1929, Pforzheim 1929.

BINZ, G[ustav], Die politischen Parteien, in: Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, mit Unterstützung des Großh. Ministeriums des Kultus und Unterrichts hrsg. v. Edmund Rebmann, Eberhard Gothein u. Eugen v. Jagemann, 2. vollständig umgearb. Aufl., Bd. 1, Karlsruhe 1912, S. 1089-1102.

Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog, hrsg. v. Anton Bettelheim, Bde. 1-18, Berlin 1897-1917.

BLOCK, Hermann, Die parlamentarische Krisis der Nationalliberalen Partei 1879-1880, Münster 1930. (Universitas-Archiv, Historische Abteilung, Bd. 1)

BLUM, Lily, Staatsminister August Lamey. Ein badischer Politiker der Reichsgründungszeit, Heidelberg 1934. (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Bd. 63)

BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang, Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte 1815-1914, 2. veränderte Aufl., Königstein 1981, S. 146-170.

BOLDT, Werner, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848. Darstellung und Dokumentation, Paderborn 1971.

BORCHARDT, Knut, Die Industrielle Revolution in Deutschland 1750-1914, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. C. M. Cipolla u. K. Borchardt, Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart/New York 1977, S. 135-202.

- Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800-1914, in: H. Aubin/W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 198-275.

BORN, Karl Erich, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreiches (1867-1914), Wiesbaden 1985. (Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21)

- Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 50 (1963), S. 362-376.

BOTZENHART, Manfred, Baden in der deutschen Revolution 1848/49, in: Oberrheinische Studien II. Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. A. Schäfer im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e. V., Karlsruhe 1973, S. 61-91.

BRANDENBURG, Erich, 50 Jahre Nationalliberale Partei 1867-1917, Berlin 1917.

- Der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, Berlin 1910.

BUCHHEIM, Karl, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963.

BULLINGER, M., Johann Caspar Bluntschli. Zur 150. Wiederkehr seines Geburtstages, in: Juristenzeitung 3 (1958), S. 560-563.

CONZEMIUS, Victor, Katholizismus ohne Rom. Die altkatholische Kirchengemeinschaft, Zürich/Einsiedeln/Köln 1969.

CSER, A., Badischer Landtag bis 1918, in: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 153-182.

CURTIUS, Fr., Heinrich Gelzer, Gotha 1892.

DEUCHERT, Norbert August, Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832-1848/49, Diss. Tübingen 1982, Stuttgart 1983. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 5)

Die deutsche Presse. Verzeichnis der im Deutschen Reiche erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften, Bd. 1: Politische Zeitungen, Amts-, Local- und Anzeigeblätter, Forbach 1885.

Deutsches Biographisches Jahrbuch, hrsg. v. Verbande der deutschen Akademien, Bde. 1-5, Berlin/Leipzig 1925-1930, Bde. 10 u. 11, Stuttgart/Berlin 1931/32.

DILL, Richard W., Der Parlamentarier Eduard Lasker und die parlamentarische Stilentwicklung der Jahre 1867-1884. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des politischen Stils in Deutschland, Diss. Erlangen 1956.

DOERRY, Martin, Moritz Ellstätter (1827-1905), in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. v. Heinz Schmitt unter Mitwirkung v. Ernst Otto Bräunche u. Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 493-500. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 8)

DOR, Franz, Prälat Dr. Franz Xaver Lender. Ein Lebensbild, Bühl 1918.

- Jakob Lindau. Ein badischer Politiker und Volksmann in seinem Leben und Wirken geschildert, mit einem Geleitswort v. Geistl. Rat Theodor Wacker, Freiburg 3(1913).

DORNEICH, Julius, Der Kirchenkampf in Baden (1860-1876) und die Katholische Gegenbewegung, in: FDA 94 (1974), S. 547-588.

- Die Entstehung der badischen "Katholischen Volkspartei" zwischen 1865 und 1869 im Tagebuch von Baurat Dr. Karl Bader, in: FDA 84 (1964), S. 272-399.

DOVE, Alfred, Großherzog Friedrich von Baden als Landesherr und deutscher Fürst, Heidelberg 1902.

DREHER, E., Anfänge der Bildung politischer Parteien in Baden, Diss. Freiburg 1952.

ECKERLIN, Hans, Heinrich von Treitschke, Leipzig 1898.

EHMKE, Horst, Karl von Rotteck, der "politische Professor", Karlsruhe 1964. (Freiburger rechts- und staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 3)

EHRISMANN, Renate, Der regierende Liberalismus in der Defensive. Verfassungspolitik im Großherzogtum Baden 1876-1905, Diss. Freiburg 1992, Frankfurt u. a. 1993. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 558)

EINHAUS, Hermann, Franz von Roggenbach. Ein badischer Staatsmann zwischen deutschen Whigs und liberaler Kamarilla, Diss. Freiburg 1988, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1991. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 459)

EISFELD, Gerhard, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Diss. Bonn 1967, Hannover 1969. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Rh. B)

ELSÄSSER, Konrad, Die badische Sozialdemokratie 1890 bis 1914. Zum Zusammenhang von Bildung und Organisation, mit einem Vorwort v. Georg Fülberth, Marburg 1978. (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 14)

ENGEHAUSEN, Frank, Heinrich von Feder. Der politische Werdegang eines badischen Demokraten im 19. Jahrhundert, gemeinsam mit dem Mannheimer Anwaltsverein hrsg. v. Stadtarchiv Mannheim, Mannheim 1997. (Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 7)

FABER, Karl-Georg, Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Der Staat 14 (1975), S. 201-227.

FÄRBER, Hans, Der Liberalismus und die kulturpolitischen Fragen in Baden von 1850-1870, Diss. Masch. Freiburg 1959.

FENSKE, Hans, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994.

- Liberale Traditionen im Südwesten, in: 150 Jahre Deutsche Revolution. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993, bearb. v. Hans-Joachim Fliedner, Michael Friedmann, Wolfgang M. Gall, Offenburg 1994, S. 55-62.

- 175 Jahre badische Verfassung, hrsg. v. der Stadt Karlsruhe-Stadtarchiv, Karlsruhe 1993.

- Allgemeine Geschichte Südwestdeutschlands im 19. Jahrhundert, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 1-23.

- Baden 1830 bis 1860, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 79-132.

- Baden 1860 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommisssion für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 133-233.

- Der deutsche Liberalismus bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. Literatur aus den Jahren 1987-1991, in: HJb 112 (1992), S. 457-481.

- Notizen zum deutschen Liberalismus, in: liberal 32 (1990), H. 3, S. 94-98.

- Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790-1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 5)

FISCHER, W., Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770-1870, in: Ders. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze - Studien - Vorträge, Göttingen 1972. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 1)

FRANZ, Georg, Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes, München o. J. [1954].

FRANZEN, Hans-Joachim, Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914, 2 Bde., Frankfurt/Bern/New York/ Paris 1987. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bde. 321 I u. II)

FREDERICI, F., Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von Imanuel Kant bis Thomas Mann, Zürich 1946.

FREI, Alfred Georg/HOCHSTUHL, Kurt, Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997.

FREYTAG, Gustav, Karl Mathy. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1870.

FUCHS, Walther Peter, Studien zu Großherzog Friedrich I. von Baden, Stuttgart 1995. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. B, Bd. 100)

- Franz von Roggenbach. Vortrag anläßlich der Jahresfeier am 28. November 1953, Karlsruhe 1954. (Karlsruher Akademische Reden, N. F., Nr. 11)

GALL, Lothar, Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.

- Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 11-36.

- Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Habil. Köln 1967, Wiesbaden 1968. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 47)

- Ludwig Häusser als Historiker und Politiker des kleindeutschen Liberalismus, in: Ruperto-Carola 41 (1967), S. 82-90.

- Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes, in: ZGO 113 (1965), S. 151-196.

- Sozialistengesetz und innenpolitischer Umschwung. Baden und die Krise des Jahres 1878. (Mit einem Anhang: Die badische Soztialdemokratie im Jahre 1878), in: ZGO 111 (1963), S. 473-577.

- Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 206 (1968), S. 265-326.

GENZ, Otto, Der politische Katholizismus im Großherzogtum Baden und seine Stellung zur deutschen Einheit 1866/71, Diss. Hamburg 1939, Hamburg 1940.

Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, hrsg. im Auftrag der Stadt Freiburg i. Br. v. Heiko Haumann u. Hans Schadek, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992.

GLOCKNER, Karl, Minister Eisenlohr, in: Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege 48 (1916), Nr. 7 u. 8, S. 37-45.

GÖTZ VON OLENHUSEN, Irmtraud, 1848/49 in Baden. Traum und Trauma der Französischen Revolution, in: Dies. (Hrsg.), 1848/49 in Europa und der Mythos der Französichen Revolution, Göttingen 1998, S. 81-113.

GOLDSCHMIT, Robert, Geschichte der Badischen Verfassungsurkunde 1818-1918, Karlsruhe 1918.

- Großherzog Friedrich von Baden. Sein Leben und Wirken als Landesherr und deutscher Fürst, Karlsruhe 1907.

- Die politischen Errungenschaften Badens unter der Regierung Großherzog Friedrichs. Festschrift zur Feier der Vollendung des 70. Lebensjahres Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs, im Auftrage der badischen nationalliberalen Partei verfaßt, Karlsruhe 1896.

HARRIS, James F., A Study in the Theory and Practice of German Liberalism. Eduard Lasker, 1829-1884, Lanham/New York/London 1984.

HASELIER, Günther, Adolf Geck als Politiker und Mensch im Spiegel seines schriftlichen Nachlasses, in: ZGO 115 (1967), S. 331-430.

- Geschichte der Stadt Breisach am Rhein, Bd. 2: Der Niedergang Breisachs von 1700 bis 1890, Bd. 3: Der Sturz in den Abgrund 1890 bis 1945, Breisach 1971/1985.

HAUSER, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 87)

HAUSRATH, Adolf, Zur Erinnerung an Heinrich von Treitschke, Leipzig 1901. (Alte Bekannte. Gedächtnisblätter, Nr. 2)

- Zur Erinnerung an Julius Jolly, Leipzig 1899. (Alte Bekannte. Gedächtnisblätter, Nr. 1)

HEBEISEN, Gustav, Die radikale und die konstitutionelle Partei in Baden am Vorabend des Frühjahrsaufstandes von 1848, Diss. Freiburg, Freiburg 1909.

HEIN, Dieter, Die bürgerlich-liberale Bewegung in Baden 1800-1880, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 19-39. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

HENNIG, W., Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, 1973.

HEROLD, Hans, J. C. Bluntschli, in: Große Schweizer. Hundertzehn Bildnisse zur eidgenössischen Geschichte und Kultur, unter Mitarbeit v. Gerold Ermatinger u. Ernst Winkler hrsg. v. Martin Hürlimann, Zürich 1938, S. 581-584.

HERZFELD, Hans, Johannes von Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, Bd. 1: Johannes von Miquel und die Bismarcksche Reichsschöpfung von 1866 bis 1884, Bd. 2: Konservative Wendung und staatsmännisches Wirken 1884-1901, Detmold 1938.

HESS, Jürgen C./VAN STEENSEL VAN DER AA, E., Bibliographie zum deutschen Liberalismus, Göttingen 1981. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 10)

HEYD, H. (Hrsg.), Geschichte der Entwicklung des Volksschulwesens im Großherzogtum Baden, im Auftrag des Badischen Lehrervereins, 3 Bde., Bühl 1900-1902.

HIPPEL, Wolfgang von, Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart/Berlin/Köln 1998. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 26)

- Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 477-784.

HÖRNER, Manfred, Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819-1847), Diss. München 1983/84, Göttingen 1987. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 29)

HOFMANN, Karl, Badens Anteil an der Reichsgründung, Karlsruhe o. J. [1927].

HOFMANN, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München/Zürich 1993.

HUG, Wolfgang, Geschichte Badens, Darmstadt, 2., durchgesehene Aufl. 1998.

IMM, Emil, Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden während der Jahre 1830-1835, Diss. Heidelberg, Freiburg 1909.

IMMERFALL, Stefan, Politischer Liberalismus im Kaiserreich. Befunde und Deutungen aus wahlsoziologischer Sicht, in: liberal 32 (1990), H. 3, S. 102-110.

Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1997, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1998.

JOHN, Michael, Kultur, Klasse und regionaler Liberalismus in Hannover 1848-1914, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 161-193. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

KALTENBACH, Anneliese, Ludwig Haeusser. Historien et patriote (1818-1867). Contribution à l'étude de l'histoire politique et culturelle franco-allemande au XIXe siècle, Paris 1965. (Travaux et mémoires des instituts français en Allemagne, tome IX)

KAUFMANN, G., Julius Jully, in HZ 80 (1898), S. 468-474.

KISSLING, J. B., Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, im Auftrage des Zentralkomitees für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, 3 Bde., Freiburg 1911-1916.

KISTLER, F., Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849-1870, Diss. Freiburg 1952.

KOEPPEL, F. Baden und die Entscheidung des Jahres 1866, in: ZGO 88 (1936), S. 445-492.

KOPF, Hermann, Karl von Rotteck - Zwischen Revolution und Restauration, Freiburg 1980.

KRAMER, Helmut, Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819-1849, Berlin 1968. (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 7)

KÜRY, Urs, Die altkatholische Kirche. Ihre Geschichte, ihre Lehre, ihr Anliegen, Stuttgart 1966.

Landesbibliographie von Baden-Württemberg, hrsg. durch die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit den Landesbibliotheken Karlsruhe u. Stuttgart, Bd. 1ff., Stuttgart 1978ff.

LANDWEHR, Götz, Karl Joseph Anton Mittermaier (1787-1867). Ein Professorenleben in Heidelberg, in: Heidelberger Jahrbücher 12 (1968), S. 29-55.

LANGEWIESCHE, Dieter, Liberalismus und Region, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 1-18. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

- Liberale Traditionen im deutschen Südwesten, in: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Tl. 2, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 27-42. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 18)

- Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988. (Neue Historische Bibliothek, N. F., Bd. 286)

- Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: GG 4 (1978), S. 324-361.

- Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52)

LAULE, F., Die katholische Presse Badens im Verhältnis zur öffentlichen Meinung von 1845 bis 1920, Diss. Heidelberg 1929, Bruchsal 1931.

LEE, Loyd E., The Politics of Harmony. Civil Service, Liberalism, and Social Reform in Baden, 1800-1850, Newark 1980.

LEISER, W., Das Großherzogtum Baden 1818-1918, in: K. Schwabe (Hrsg.), Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard 1983, S. 15-30. (Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte, 1980. Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 14)

LEWALD, F[erdinand], August Lamey, Heidelberg 1904.

LINDEMANN, Anna-Maria, Mannheim im Kaiserreich, 2. erweiterte Aufl., Mannheim 1988. (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 15)

MAAS, Heinrich, Geschichte der Katholischen Kirche im Großherzogthum Baden. Mit besonderer Berücksichtigung der Regierungszeit des Erzbischofs Hermann v. Vicari, Freiburg 1891.

Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Jubiläumsgabe der Stadt, Bd. 2: Geschichte Mannheims vom Übergang an Baden (1802) bis zur Gründung des Reiches, im Auftrage des Stadtrates bearb. v. Friedrich Walter, Bd. 3: Mannheim seit der Gründung des Reiches 1871-1907, im Auftrage des Stadtrates dargestellt v. Statistischen Amt, Mannheim 1907.

MATTHES, Heinz Edgar, Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der Deutsch-Freisinnigen Partei (1878-1893). Ein Beitrag zur Geschichte der Krise des deutschen politischen Liberalismus, Diss. Masch. Kiel 1953.

MAYER, Eduard Wilhelm, Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren 1868 bis 1871, in: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht, hrsg. v. Paul Wentzcke, München/Berlin 1922, S. 135-154.

MAYER, K., Ludwig Marbe, Freiburg 1908.

MERZ, Hans-Georg, Beamtentum und Beamtenpolitik in Baden. Studien zu ihrer Geschichte vom Großherzogtum bis in die Anfangsjahre des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Diss. Freiburg 1982, Freiburg/München 1985. (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte, Bd. 32)

- Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 33-62. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 2)

[MEYER, F.], Der Zusammenbruch der katholischen Volkspartei in Baden und seine Ursachen, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 100 (1887), S. 774-779, 821-841 u. 909-933.

MEYER, G., Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden, in: Festgabe zur Feier des siebzigsten Geburtstages von Großherzog Friedrich von Baden, Heidelberg 1896.

MOMMSEN, Wolfgang A. (Bearb.), Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), Bd. 1, Teil 1: Einleitung und Verzeichnis, Boppard 1971. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 17)

MOMMSEN, Wolfgang J., Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995. (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7, Tl. 2)

- Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993. (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7, Tl. 1)

- Der deutsche Liberalismus zwischen "klassenloser Bürgergesellschaft" und "Organisiertem Kapitalismus". Zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: GG 4 (1978), S. 77-90.

MÜLLER, Anton, Dr. Otto Winterer, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br. Zu seinem fünfzigjährigen Todestag, in: Ekkhart 1965, S. 161-173.

MÜLLER, Heinrich, Oberbürgermeister Dr. Otto Winterer. Ein Vierteljahrhundert Entwickelungsgeschichte der Stadt Freiburg, Freiburg 1916.

MÜLLER, Hildegard, Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840-1848, Diss. Tübingen 1984, Heidelberg 1986.

MÜLLER, J. v., Der öffentliche Dienst in Baden im 19. Jahrhundert, Diss. Heidelberg 1974.

MÜLLER-DIETZ, Heinz, Das Leben des Rechtslehrers und Politikers Karl Theodor Welcker, Freiburg 1968. (Beiträge zur Freiburger Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, H. 34)

MUNDLE, George Frederick, The German National Liberal Party, 1900-1914: Political Revival And Resistance To Change, Diss. Masch. Urbana (Illinois) 1975.

MUNZINGER, L[udwig], Entwicklung und heutiger Stand der Tagespresse, in: Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, mit Unterstützung des Großh. Ministeriums des Kultus und Unterrichts hrsg. v. Edmund Rebmann, Eberhard Gothein u. Eugen v. Jagemann, 2. vollständig umgearb. Aufl., Bd. 1, Karlsruhe 1912, S. 1080-1088.

Der Nationalliberalismus in seiner Epoche. Rudolf von Bennigsen. Gedenkschrift anläßlich der Gründung der Rudolf von Bennigsen-Stiftung, Baden-Baden 1981.

NAUJOKS, Eberhard, Der badische Liberalismus im Vormärz im Kampf für Pressefreiheit und gegen Zensur (1832/47), in: ZGO 131 (1983), S. 347-381.

Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, bisher erschienen Bde. 1-18, Berlin 1953-1997.

NIPPERDEY, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2, München 1990.

- Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei, in: HZ 210 (1970), S. 436-439.

- Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Werner Conze (Hrsg.), Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967, S. 147-169.

- Über einige Grundzüge der deutschen Parteigeschichte, in: FS für H. C. Nipperdey, v. R. Dietz u. H. Hübner, II, 1965, S. 815-841.

- Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Habil. Göttingen, Düsseldorf 1961. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18)

NOLTE, Paul, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition - Radikalismus - Republik, Göttingen 1994. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 102)

- Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S. 57-93.

OBERHUBER, Max, Das Leben des Franz Xaver Leopold Lender, Karlsruhe 1984.

ONCKEN, Hermann, Großherzog Friedrich I. von Baden. Ein fürstlicher Nationalpolitiker im Zeitalter der Reichsgründung, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1926.

- Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, Bd. 1: Bis zum Jahre 1866, Bd. 2: Von 1867 bis 1902, Stuttgart/Leipzig 1910.

OTT, Hugo, Konjunkturen und Krisen, in: Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. O. Borst, Stuttgart 1989, S. 195-214.

- Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 103-142.

OTTNAD, Bernd, Politische Geschichte von 1850 bis 1918, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 65-85.

POHL, Karl Heinrich, Liberalismus und Bürgertum 1880-1918, in: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 231-291. (Historische Zeitschrift - Sonderhefte, Bd. 17)

- Die Bedeutung der Regionalgeschichte für Forschung, Lehre und pädagogische Praxis, in: Ders. (Hrsg.), Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Bielefeld 1997, S. 13-22.

- Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914. Eine Partei der konservativen Honoratioren auf dem Wege zur Partei der Industrie, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 195-215. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

- "Einig", "kraftvoll", "machtbewußt". Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive, in: Historische Mitteilungen 7 (1994), S. 61-80.

- Sachsen, Stresemann und die Nationalliberale Partei. Anmerkungen zur politischen Entwicklung, zum Aufstieg des industriellen Bürgertums und zur frühen Tätigkeit Stresemanns im Königreich Sachsen vor 1914, in: JzLF 4 (1992), S. 197-216.

- Die Nationalliberalen - eine unbekannte Partei?, in: JzLF 3 (1991), S. 82-112.

REAL, Willy, Der badische Kirchenstreit im Spiegel der preußischen Diplomatie, in: ZGO 138 (1990), S. 366-390.

- Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983.

REICHERT, H. K., Baden am Bundesrat 1871 bis 1890, Diss. Heidelberg 1962, Karlsruhe 1966.

RHEIN, Karl, Wilhelm Nokk. Ein badischer Staatsmann, Diss. München 1955.

RHEINBABEN, G. W. von, Die erste Kammer in Baden 1818-1918, Diss. Freiburg 1949.

RIESE, Heinz, Die badische Wehrmacht 1866-1870/71, Diss. Heidelberg 1934, o. O. 1934.

RITTER, G. A., Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985. (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1507)

- Deutsche Parteien vor 1918, Gütersloh 1973. (Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61)

RÖSCH, Adolf, Hermann von Vicari im Dienste der Konstanzer und Freiburger Kurie, in: FDA 55 (1927), S. 295-361.

ROSENBERG, H., Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

ROSSKOPF, Josef, Johann Adam von Itzstein. Ein Beitrag zur Geschichte des badischen Liberalismus, Diss. Masch. Mainz 1954.

ROTHMUND, Paul, Die Anfänge des Liberalismus in Baden, in: Ders./Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 30-58. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4)

- Badens liberale Ära, in: Ders./Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 79-96. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4)

- Kampf um die Macht - Die Blockpolitik in Baden, in: Ders./Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 116-130. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4)

RUCKSTUHL, Karl, Der badische Liberalismus und die Verfassungskämpfe 1841/43, Diss. Freiburg 1911, Berlin/Leipzig 1911.

RÜRUP, Reinhard, Die Emanzipation der Juden in Baden, in: Oberrheinische Studien, II, Karlsruhe 1973, S. 1-21.

SALING, E., Das parlamentarische Leben in den badischen Landtagen bis zum Jahre 1848, Diss. Frankfurt 1925.

SAMWER, Karl, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, Wiesbaden 1909.

SCHADT, Jörg, Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868-1900), Diss. Heidelberg 1966, Hannover 1971. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 88)

SCHIEDER, Theodor, Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, München 1936. (Münchner Historische Abhandlungen, I, Bd. 12)

SCHIEMANN, Theodor, Heinrich von Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834-1866, München/Leipzig 1896. (Historische Bibliothek, Bd. 1)

SCHLEMMER, Hannelore, Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei zwischen 1890 und 1914, Diss. Masch. Freiburg 1953.

SCHMIDT, Gustav, Die Nationalliberalen - eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870-1878, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 208-223. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 61)

SCHMIDT-VOLKMAR, Erich, Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1962.

SCHNABEL, Franz, Ludwig von Liebenstein. Ein Geschichtsbild aus den Anfängen des süddeutschen Verfassungslebens, Karlsruhe 1927. (Heimatblätter "Vom Bodensee zum Main", Nr. 32)

SCHÖPERLIN, Chr., Leben und Tod des Hochw. Dekans und Stadtpfarrers A. Förderer in Lahr, Lahr 1889.

SCHOFER, Joseph, Erinnerungen an Theodor Wacker, Karlsruhe o. J. [1921].

- Bischof Lothar von Kübel. Sein Leben und Leiden, Freiburg 1911.

- Sperrgesetz und Sperrlingslos. Ein Ausschnitt aus dem badischen Kulturkampf. Für das Volk dargestellt, Karlsruhe o. J. [1930].

- Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur kirchenpolitischen Geschichte der badischen Heimat, Karlsruhe 1918.

SCHÜBELIN, Walter, Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866-1870, Berlin 1935. (Historische Studien, Bd. 262)

SCHWAB, Herbert, Nationalliberale Partei (NLP) 1867-1918, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung v. Dieter Fricke, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 344-373.

- Aufstieg und Niedergang der Nationalliberalen Partei. Zur Geschichte des Nationalliberalismus in Deutschland 1864-1880, 2 Bde., Habil. Masch. Jena 1968.

SCHWAN, Alexander, Deutscher Liberalismus und nationale Frage im 19. Jahrhundert, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. FS für K. D. Bracher, Düsseldorf 1987, S. 46-59.

SEEBER, Gustav/HOHBERG, Claudia, Nationalliberale Partei (NLP) 1867-1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt u. Manfred Weißbecker, Bd. 3, Köln 1985, S. 403-436.

SEEBER, Gustav, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893, Diss. Leipzig 1963, Berlin 1965. (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte, I, Bd. 30)

SELL, F. C., Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Baden-Baden (2)1981. (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe)

SEIER, Hellmut, Liberalismus und Bürgertum in Mitteleuropa 1850-1880. Forschung und Literatur seit 1970, in: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-

liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 131-229. (Historische Zeitschrift - Sonderhefte, Bd. 17)

SEPAINTNER, Fred Ludwig, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich, Diss. Mannheim 1981, Frankfurt/Bern 1983. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 192)

- Die badische Presse im Kaiserreich - Spiegelbild der Parteienverhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg, in: ZGO 128 (1980), S. 403-413.

SHEEHAN, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, aus d. Engl. übers. v. Karl Heinz Siber, München 1983.

Staatsminister Dr. Ludwig Turban. Nekrolog. Separatabdruck aus Nr. 352 der Karlsruher Zeitung, Karlsruhe 1898.

STADELHOFER, Manfred, Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung im Großherzogtum Baden 1878-1918, Diss. Freiburg 1964, Mainz 1968. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Rh. B, Bd. 3)

STIEFEL, Karl, Baden 1648-1952, 2 Bde., Karlsruhe 1977.

STROBEL, Engelbert, Johann Georg Duttlinger. Scharfsinniger Freiburger Jurist und redegewandter Landtagsabgeordneter, in: Badische Heimat 60 (1980), S. 295-298.

STÜRMER, Michael, Die Reichsgründung. Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks, München (2)1986. (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bd. 4)

- (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, 1970, unveränderter Nachdruck Düsseldorf 1984.

THIEL, Jürgen, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Diss. Erlangen-Nürnberg, Stuttgart 1976. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Rh. B, Bd. 86)

ULLMANN, Hans-Peter, Baden 1800 bis 1830, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u. a., Stuttgart 1992, S. 25-77.

- Bibliographie zur Geschichte der deutschen Parteien und Interessenverbände, Göttingen 1978. (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 6)

VASCIK, George S., Rural Politics and Sugar in Germany: A Comparative Study of the National Liberal Party in Hannover and Prussian Saxony 1871-1914, Diss. Masch. Michigan 1988.

VIERHAUS, Rudolf, Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte e. V. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 741-785.

VOGEL, Bernhard/NOHLEN, Dieter/SCHULTZE, Rainer-Olaf, Wahlen in Deutschland. Theorie - Geschichte - Dokumente 1848-1970, Berlin/New York 1971.

VOLLMER, Franz X., Die 48er Revolution in Baden, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, v. Josef Becker, Lothar Gall u. a., hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 37-64.

WALL, K., Heinrich Gelzer 1813-1889. Beitrag zur Geschichte des schweizerischen und deutschen Konservativismus, Diss. Basel 1950.

WEECH, Friedrich von, Staatsminister Dr. Wilhelm Nokk, Heidelberg 1904.

WEHLER, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der "Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995.

WHITE, Dan S., The Splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867-1918, Cambridge/London 1976.

WILD, Karl, Karl Theodor Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus, Heidelberg 1913.

WILHELM, R., Das Verhältnis süddeutscher Staaten zum Norddeutschen Bund, Diss. Mainz 1976, Husum 1978. (Historische Studien, Bd. 431)

WINDELL, G. G., The Catholics and German Unity 1866-1871, Minneapolis 1954.

WINKEL, H., Wirtschaftliche Entwicklung in Baden und Württemberg, in: A. E. OTT (Hrsg.), Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, S. 17-30. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 7)

WINKLER, H. A., Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise 1878/79, in: Ders., Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979.

WITTIG, Gustav, 60 Jahre nationale und liberale Politik, Berlin 1927.

WITTMER, I., Urwahlen im Oberrheinkreis des Großherzogtums Baden (1846-1863), Diss. Karlsruhe 1985, Frankfurt/New York/Bern 1986. (Europäische Hochschulschriften, Rh. III, Bd. 306)

WÖRFEL, Erhard, Liberalismus in den thüringischen Staaten im Kaiserreich, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 217-252. (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 19)

WOLF, Stefan Ph., Konservativismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860-1893, Diss. Freiburg 1990, Karlsruhe 1990.

WOLGAST, E., Baden und das Reich um 1890, in: ZGO 139 (1991), S. 377-387.

ZANG, Gert, Konstanz in der Großherzoglichen Zeit, Bd. 1: Restauration, Revolution, Liberale Ära 1806 bis 1870, Bd. 2: Aufschwung im Kaiserreich, Konstanz 1993/94.

ZEHNTER, J. A., Entstehung und Entwicklung der katholischen Volkspartei und des Zentrums in Baden, in: Der Zentrumswähler 6 (1921), S. 115-148.

ZEILE, Christine, Baden im Vormärz. Die Politik der Ständeversammlung sowie der Regierung zur Adelsfrage, Grundentlastung und Judenemanzipation 1818 bis 1843, Diss. München 1989, München 1989.

[ZIEGLER, Wilhelm], Wilhelm Flüge. Weiland Bürger und Bürgermeister in Lahr. Ein deutscher Mann von echtem Schrot und Korn. Zum 100. Geburtstag 13. Febr. 1923, Lahr 1923.

Zur Erinnerung an Staatsminister Dr. Ludwig Turban, o. O. u. J. [Karlsruhe 1898].

Zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei in Mannheim 1867-1906. Den Delegierten zum Parteitag 1906 gewidmet vom Mannheimer Komitee, Mannheim o. J. [1906], Faksimiledruck mit einem Nachwort neu hrsg. v. Stadtarchiv Mannheim, o. O. u. J. [1975].

Anhang

1. Mandatsverteilung in der Zweiten badischen Kammer 1867-1913

Jahr	National-liberale	Kath. Volkspartei/ Zentrum	Freisinn	Demokra-ten	Sozialde-mokraten	Konserva-tive	Son-stige
1867	57	2	-	3	-	1	-
1869	55	5	-	2	-	1	-
1871	51	9	-	3	-	-	-
1873	50	10	-	3	-	-	-
1875	47	13	-	3	-	-	-
1877	48	12	-	3	-	-	-
1879*	42	15	-	3	-	2	-
1881	31	23	1	5	-	3	-
1883	35	19	2	6	-	1	-
1885	43	14	-	5	-	1	-
1887	52	9	-	1	-	1	-
1889	47	13	1	1	-	1	-
1891	32	21	2	4	2	2	-
1893	30	23	1	4	3	2	-
1895	31	21	-	4	3	2	2
1897	25	21	2	5	5	2	3
1899	23	22	2	5	7	2	2
1901	24	23	2	5	6	1	2
1903	25	23	2	6	6	-	-
1905+	23	28	1	5	12	3	1
1909	17	26	1	6	20	2	1
1913	20	29	-	6#	13	3	2

* 1879/80 blieb ein Mandat unbesetzt

+ 1905 stieg die Abgeordnetenzahl von 63 auf 73

Fortschrittliche Volkspartei

Angaben nach: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht, S. 289; für die Jahre 1867 und 1869 nach: GALL, Liberalismus, S. 61, Anm. 8. Gall schätzt die Fraktionsstärke der Liberalen im Jahr 1861 auf ungefähr 48 und 1863 auf etwa 54

Abgeordnete; als erste sichere Zahl gibt er für das Jahr 1865 59 liberale Parlamentarier an (EBD.).

2. Stimmenanteile und Mandatsverteilung bei den Zollparlaments- und Reichstagswahlen in Baden 1868-1912

Jahr	National-liberale	Kath. Volkspartei / Zentrum	Freisinn	Demokra-ten	Sozialde-mokraten	Konserva-tive	Son-stige
1868	ca. 52,4 (8)	ca. 41,3 (5)	- (-)	- (-)	- (-)	ca. 6,4 (1)	- (-)
1871	54,2 (10)	26,6 (2)	1,9 (-)	1,9 (-)	- (-)	10,3 (-)	5,1 (2)
1874	51,3 (11)	41,5 (2)	- (-)	0,7 (-)	1,5 (-)	4,9 (-)	0,1 (1)
1877	52,2 (11)	37,1 (2)	1,2 (-)	- (-)	1,5 (-)	7,8 (1)	0,2 (-)
1878	48,7 (8)	28,5 (3)	- (-)	2,8 (1)	1,7 (-)	18,1 (2)	0,2 (-)
1881	43,4 (7)	36,4 (4)	3,1 (-)	4,8 (1)	2,3 (-)	9,8 (1)	0,2 (1)
1884	44,7 (5)	30,1 (4)	2,4 (1)	4,2 (1)	5,3 (-)	13,1 (3)	0,2 (-)
1887	44,2 (9)	27,7 (2)	2,5 (-)	6,1 (-)	4,8 (-)	14,6 (3)	0,1 (-)
1890	31,3 (-)	30,9 (8)	9,1 (1)	6,2 (1)	11,4 (1)	11,0 (3)	0,1 (-)
1893	31,7 (4)	30,4 (7)	8,3 (1)	3,9 (-)	14,1 (-)	8,9 (2)	2,8 (-)
1898	34,0 (3)	36,9 (7)	0,7 (-)	3,9 (-)	19,0 (3)	1,2 (-)	4,3 (1)
1903	31,4 (4)	40,7 (7)	1,0 (-)	1,8 (-)	21,9 (3)	0,7 (-)	2,5 (-)
1907	28,7 (2)	35,5 (8)	3,4 (-)	2,0 (-)	23,9 (3)	2,9 (-)	3,6 (1)
1912	26,0 (4)	31,2 (6)	- (-)	7,5 (2)*	28,3 (1)	7,0 (-)	- (1)

Die erste Angabe drückt den Stimmenanteil der jeweiligen Partei in Prozent aus und die Angabe in Klammern die Mandatszahl.

Unter der Rubrik "Konservative" sind die Deutschkonservativen und die Reichspartei (Freikonservative) zusammengefaßt.

* Fortschrittliche Volkspartei

Die Stimmenanteile nach: Gerhard A. RITTER unter Mitarbeit v. Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 90 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte); für das Jahr 1868: eigene Berechnungen nach den Angaben bei BECKER, Liberaler Staat, S. 210f.

Die Mandatszahlen nach: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht, S. 289; für das Jahr 1868 nach: GALL, Liberalismus, S. 425, Anm. 152.

3. Nationalliberale Fraktionsvorsitzende in der Zweiten badischen Kammer 1871-1894

Jahre	Fraktionsvorsitzender
1871/1872	Carl Eckhard
1873-1876	Johann Caspar Bluntschli
1877-1894	Friedrich Kiefer

Angaben nach: Hermann KALKOFF (Hrsg.), Nationalliberale Parlamentarier 1867-1917 des Reichstages und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei Deutschlands, Berlin 1917, S. 369.

4. Präsidenten und Vizepräsidenten der Zweiten badischen Kammer 1871-1892

Sitzungs-periode	Präsident	1. Vizepräsident	2. Vizepräsident
1871/72	Ludwig Kirsner (NLP)	Carl Eckhard (NLP)	Friedrich Kiefer (NLP)
1873/74	"	Johann Bluntschli (NLP)	"
1875/76	Ludwig Kirsner (NLP) u. August Lamey (NLP)	"	"
1877-79	August Lamey (NLP)	Friedrich Kiefer (NLP)	Karl Friderich (NLP)
1879/80	"	Karl Friderich (NLP)	Eduard Fauler (NLP)
1881/82	"	Johann Betzinger (KVP)	Karl Friderich (NLP)
1883/84	"	"	"
1885/86	"	Karl Friderich (NLP)	Franz Lender (KVP)
1887	"	"	"
1887/88	"	"	Friedrich Kiefer (NLP)
1889/90	"	"	"
1891/92	"	Rudolf von Buol (Z)	Karl Friderich (NLP)

Angaben nach: KALKOFF, S. 365f.

5. Nationalliberale Landtags-, Zollparlaments- und Reichstagsabgeordnete in Baden 1868/69-1893

Nr.	Name	Lebensdaten	Beruf	Konfession	Zweite badische Kammer	Zollparlament/ Reichstag
1	Arnsperger, Leopold	1834-1908	Bezirksarzt u. Ministerialreferent	ev.	-	1884-87
2	**Bär, Karl Anton Ernst**	**1833-96**	**Oberlandesgerichtsrat**	**ev.**	**1873-83**	**1874-79**
3	Bassermann, Anton	1821-97	Landgerichtspräsident	ev.	1877-81, 85-93	-
4	Bechert, Ignaz Julius Wilhelm Emil	1843-98	Regierungsrat	ev.	1875-79	-
5	Beck, Franz Wilhelm	1841-89	Bürgermeister	kath.	1877-81	-
6	Behrle, Ernst	1819-87	Kaufmann	kath.	1879-81	-
7	Belzer, Bernhard	1830-1907	Rentner	kath.	1883-91	-
8	Bender, Karl Wilhelm	1827-1905	Oberstaatsanwalt	ev.	1873-75	-
9	Bengel, Friedrich	1817-78	Bürgermeister	ev.	1871-77	-
10	Bichler, Eduard	1819-99	Stadtrat	ev.	1875-81	-
11	Bickel, Joseph Albert	1832-87	Apotheker	kath.	1871-75	-
12	Binz, Anton	1819-80	Bürgermeister	kath.	1879-81	-
13	Blankenhorn, Ernst	1853-1917	Weingutbesitzer	ev.	1895-1909	1887-90, 1893-1917
14	Blankenhorn, Hermann	1836-95	Weinhändler	ev.	1887-93	-
15	Blittersdorf, Landolin von	1828-81	Kreisgerichtsrat	kath.	1875-79	-
16	**Blum, Wilhelm**	**1831-1904**	**Privatmann**	**ev.**	**1869-83, 89-93**	**1871-84**
17	**Bluntschli, Johann Caspar**	**1808-81**	**Professor**	**ev.**	**1873-77**	**1868-70**
18	Bodman, J. Ferdinand, Freiherr von	1839-1920	Major	kath.	1879-81	-
19	Bucherer, Karl Friedrich	1829-1905	Notar	ev.	1875-79	-
20	Bürklin, Albert	1816-90	Oberingenieur	ev.	1871-79	-
21	Bürklin, Albert	1844-1924	Oberschulrat, Generalintendant u. Gutsbesitzer	ev.	1875-81	1884-98
22	Burg, Karl Emil	1832-88	Gemeinderat	altkath.	1881-88	-
23	Burger, Joseph	geb. 1847	Landwirt	kath.	1892/93	-

24	Busch, Karl	1808-75	Rechtsanwalt	altkath.	1863-73	-
25	Conrad, Franz Alois	1820-86	Bürgermeister	unb.	1867-70	-
26	Däublin, Karl Wilhelm	1827-94	Weinhändler	ev.	1879-87	-
27	Degenfeld-Neuhauß, Alfred, Freiherr von	1816-88	Generalleutnant u. Rittergutbesitzer	ev.	-	1887-90
28	Dennig, August	1805-83	Fabrikant	unb.	-	1868-73
29	Diez, Johann	1827-96	Oberamtsrichter	kath.	1871-75	-
30	Diffené, Heinrich Christian	1804-83	Kaufmann	ev.	-	1868-70
31	Diffené, Philipp	1833-1903	Kommerzienrat	ev.	-	1884-90
32	Dreher, Karl	1848-1906	Mühlenbesitzer	ev.	1885-97 u. 1901-05	-
33	Dreyer, Heinrich	1830-1900	Reichsgerichtsrat	kath.	-	1878-81
34	Dusch, Gottfried, Freiherr von	1821-91	Ministerialrat u. Handelsminister	kath.	1869-71	-
35	**Eckhard, Carl Maria Joseph**	**1822-1910**	**Rechtsanwalt u. Bankdirektor**	**altkath.**	**1865-73**	**1871-73**
36	Eisenlohr, Friedrich Wilhelm August	1833-1916	Ministerialassessor u. Innenminister	ev.	1866-71	1877/78
37	Engelberth, Franz	geb. 1850	Oberamtsrichter	ev.	1891-95	-
38	Engler, Carl	1842-1925	Professor	ev.	-	1887-90
39	Eschbacher, Johann Georg	1830-1909	Arzt	kath.	1867-73, 75-78	-
40	Faller, Franz Joseph	1820-1905	Fabrikant	kath.	-	1874-76
41	**Fauler, Eduard Johann Anton**	**1819-82**	**Oberbürgermeister v. Freiburg**	**kath.**	**1860-66, 75-81**	**1868-72**
42	**Fieser, Emil August Friedrich**	**1835-1904**	**Staatsanwalt u. Landgerichtspräsident**	**altkath.**	**1873-83, 1885-1901**	**1887-90**
43	Fischler, Albert	1824-84	Privatmann	kath.	1881-83	-
44	Fischer, Heinrich	1821-82	Gutsbesitzer	kath.	1869-71	-
45	Fischer, Johann Baptist	1829-1906	Kaufmann	kath.	1871-75	-
46	Fleiner, Wilhelm	1828-89	Apotheker	ev.	1871-73	-
47	Flüge, Wilhelm	1823-1912	Bürgermeister v. Lahr	ev.	1881-89, 95-99	-
48	Förster, Heinrich	1818-88	Bürgermeister	ev.	1879-87	-
49	Frank, Johann Georg	1836-1910	Gutsbesitzer	ev.	1877-1901	1893-98
50	Frank, Theodor	1826-89	Bürgermeister	ev.	1869-81	-
51	Frech, Heinrich Albert	1826-96	Ministerialrat u. Landeskommissär	ev.	1875-91	-
52	Frey, Otto	1824-1903	Geheimer Regierungsrat	ev.	1877-91	-
53	Frey, Theodor	1814-97	Weinhändler	ev.	1867-79	-
54	Freydorf, Karl Rudolf von	1819-82	Außen- und Justizminister	ev.	1867-80	-
55	**Friderich, Karl**	**1816-94**	**Gastwirt**	**ev.**	**1850-93**	**1874-76**
56	Fröhlich, August Karl	1813-80	Verwaltungsgerichtsrat	ev.	1855-71	-
57	Ganter, Heinrich	1817-85	Bürgermeister	kath.	1877-85	-

58	Geiger, Albert Konstantin	1816-84	Gemeinderat	ev.	1873-77	-
59	Geldreich, Josef	geb. 1851	Bürgermeister	kath.	1887-91, 95-99	-
60	Gerbel, Christian Wilhelm	1820-94	Kreisgerichtsrat	ev.	1863-71	-
61	Gerber, Johann Heinrich Clauß	1831-96	Apotheker	kath.	1867-71	-
62	Gerer, Ludwig	1832-93	Arzt	kath.	1871-73	-
63	Gerwig, Robert	1820-85	Baudirektor	ev.	1863-73, 75-78	1875-84
64	Gesell, Hermann Friedrich	geb. 1844	Fabrikant	ev.	1878-83, 87-99	-
65	Geßler, Friedrich	1844-91	Bankier	ev.	1887-91	-
66	Gönner, Albert	1838-1909	Oberbürgermeister v. Baden-Baden	kath.	1883-1909	-
67	Greiff, Gustav	1850-1927	Fabrikant	ev.	1889-1905	-
68	Grether, Johann	1840-1910	Gemeinderat u. Bürgermeister v. Lörrach	ev.	1871-77	-
69	Grether, Karl	1834-97	Bürgermeister	ev.	1881-89	-
70	Grimm, Karl	1830-98	Rechtsanwalt u. Justizminister	ev.	1869-71, 75-81	1874-76
71	Groß, Adolf	1829-93	Bürgermeister	kath.	1887-91	-
72	Gsell, Peter	1838-1916	Rektor	kath.	1889-91	-
73	Gulat, Eduard von	1835-1901	Staatsanwalt	kath.	1869-71	-
74	Gutmann, Jakob	1826-74	Rechtsanwalt	jüd.	1871-73	-
75	Häs, Georg	1836-1900	Bürgermeister	ev.	1889-91	-
76	Häusler, Gustav	geb. 1835	Fabrikant	kath.	1877/78	-
77	Hauß, Gustav	geb. 1838	Gastwirt	ev.	1885-1905	-
78	Hebting, Joseph	1822-88	Weinhändler	kath.	1865-71, 83-87	1868-73, 77/78
79	Heidenreich, Johann	1806-88	Bürgermeister	ev.	1861-79	-
80	Heilig, Franz Xaver	1826-88	Bürgermeister	kath.	1865-77	1877-81
81	Henne, Albert Georg	1808-86	Gastwirt	kath.	1865-77	-
82	Herbst, Karl	1844-1926	Bürgermeister	ev.	1889-91	-
83	Herth, Thomas Gustav	1820-84	Apotheker u. Gutsbesitzer	ev.	1861-63	1868-70
84	Hildebrandt, Georg Martin	1811-77	Kreis- und Hofgerichtsdirektor	kath.	1859-71	-
85	Hoff, Karl Heinrich	1804-91	Gemeinderat	ev.	1867-71	-
86	Hoffmann, Karl	1833-1909	Stadtrat	ev.	1879-97	-
87	Holtzmann, Heinrich	1832-1910	Professor	ev.	1867-71	-
88	Huffschmid, Ernst Philipp Max Joseph	1821-79	Oberhofgerichtsrat	kath.	1865-79	-
89	Hummel, Gustav	1824-1910	Kaufmann	ev.	1866-71	-
90	Huth, August	1819-85	Fabrikant	ev.	1883-85	-
91	Intlekofer, Mathias	1811-87	Gymnasiumsdirektor	altkath.	1871-75	-
92	Jörger, Ernst	1843-98	Bierbrauer	kath.	1885-87	-
93	Jolly, Julius	1823-91	Innenminister u. Ministerpräsident	ev.	1869-77	-

Nr.	Name	Lebens-daten	Beruf	Kon-fession	Zweite badische Kammer	Zollpar-lament/ Reichs-tag
94	Joos, August	1833-1909	Oberamtmann, Ober-schulratsdirektor	kath.	1873-75, 87-89	-
95	Keller, Wilhelm	geb. 1839	Gastwirt	kath.	1891-99	-
96	**Kiefer, Friedrich Karl Christian**	**1830-95**	**Staatsanwalt, Mini-sterialrat u. Landge-richtspräsident**	**ev.**	**1865-95**	**1871-73, 77-81**
97	Kimmig, Gustav Xaver Josef	1831-1915	Arzt	kath.	1873-75	-
98	Kimmig, Karl	1824-73	Badinhaber	kath.	1859-69, 71-73	-
99	**Kirsner, Ludwig**	**1810-76**	**Apotheker**	**kath.**	**1850-76**	**1868-73**
100	Klein, Albert	1836-1902	Apotheker	ev.	1887-95	-
101	Klein, Hermann	1828-1906	Rentner	ev.	1879-1905	-
102	Klumpp, Gottlieb	1829-1918	Holzhändler	ev.	-	1880-90
103	Knecht, Daniel Heinrich	1828-1913	Bürgermeister	ev.	1887-91	-
104	Kögler, Georg	1829-1908	Rentner	ev.	1887-1903	-
105	Kölle, Eduard	1810-81	Bankier	ev.	1867-71	-
106	Kohler, Karl	1841-99	Rechtsanwalt	kath.	1877-79	-
107	Kraatz, Emil Gustav	geb. 1848	Oberbürgermeister v. Pforzheim	ev.	1885-89	-
108	Krämer, Johann	1833-1915	Kaufmann	ev.	1877-79	-
109	Krafft, Ernst Fried-rich	1823-98	Kommerzienrat	ev.	1883-91	1878-81, 84-90
110	Krausmann, Hein-rich	1818-87	Oberbürgermeister v. Heidelberg	ev.	1857-69, 75-87	-
111	Kriechle, Ferdinand	1836-1909	Sparkassenverwalter	kath.	1885-1905	-
112	Kübler, Karl	1831-1907	Apotheker	kath.	1887-91	-
113	**Kusel, Rudolf**	**1809-90**	**Rechtsanwalt**	**jüd.**	**1861-71**	**-**
114	Ladenburg, Karl	1827-1909	Bankier	unb.	1887-91, 93-97	-
115	**Lamey, August Franz Friedrich**	**1816-96**	**Rechtsanwalt, Pro-fessor u. Innenmini-ster**	**ev.**	**1859-71, 75-93**	**1871-73**
116	Lang, Heinrich	1818-87	Kaufmann	ev.	1871-78	-
117	Lang, Wilhelm Ludwig Friedrich	1821-84	Oberamtmann	ev.	1871-75	-
118	Lauter, Wilhelm	1821-92	Oberbürgermeister v. Karlsruhe	ev.	1873-75	-
119	Leipf, Stephan	1830-97	Bezirksgeometer	ev.	1885-89	-
120	Lenz, Friedrich Wil-helm	1807-81	Kaufmann	ev.	1857-75	-
121	Lichtenberger, Ludwig	geb.1819	Kaufmann	ev.	1867-71	-
122	Martin, Karl	1829-93	Kreisgerichtsrat	altkath.	1873-75	-
123	Maurer, Otto	geb. 1839	Fabrikant	ev.	1879-87	-
124	Mays, Heinrich Al-bert	1818-93	Rechtsanwalt	ev.	1871-89	-

Nr.	Name	Lebens-daten	Beruf	Kon-fession	Zweite badische Kammer	Zollpar-lament/ Reichs-tag
125	Mohl, Robert von	1799-1875	Professor u. badischer Gesandter	ev.	-	1874-76
126	Morstadt, Wilhelm	1829-93	Rentner	ev.	1867-79	1874-78
127	Müller, Eduard	1839-1912	Gastwirt	kath.	1881-1901	-
128	Müller, Karl	1828-99	Apotheker u. Wein-händler	kath.	1867-77, 85-89	-
129	Müller, Moritz	1816-95	Privatmann	ev.	1871-75	-
130	Näf, Naphtali	1818-91	Rechtsanwalt	jüd.	1869-71, 77-81	-
131	Neßler, Julius	1827-1905	Professor	ev.	1871-75	-
132	Neubronn, Friedrich, Freiherr von	1839-1915	Ministerialrat u. Oberstaatsanwalt	kath.	1881-89	-
133	Nicolai, August	1823-83	Ministerialrat	ev.	1867-77	-
134	Nokk, Wilhelm	1832-1903	Justiz- u. Kultusmini-ster sowie Minister-präsident	kath.	1867-71	-
135	Noppel, Konstantin	1836-1914	Kaufmann	kath.	1877-81	1881-90
136	Osiander, Heinrich	geb. 1838	Bürgermeister v. Vil-lingen	kath.	1883-89	-
137	**Paravicini, Ludwig**	**1811-78**	**Posthalter u. Bür-germeister**	**ev.**	**1851-78**	**1871-73**
138	Pfefferle, Wilhelm	geb. 1848	Apotheker	kath.	1889-1913	-
139	Pfister, Ernst	1826-1908	Universitätsadmini-strator	kath.	1887-91	-
140	**Pflüger, Marcus**	**1824-1907**	**Gast- und Landwirt**	**ev.**	**1871-85, 1897-1903**	**1874-87, 90-98**
141	Poppen, Hermann Franz Karl	1821-77	Ministerialrat	ev.	1861-71	-
142	Rau, Ludwig	geb. 1848	Kaufmann	ev.	1889-92	-
143	Reiß, Karl	1843-1914	Konsul	ev.	1889-91	-
144	Renk, Ludwig	1826-77	Ministerialrat u. Lan-deskommissär	ev.	1868-71	-
145	Richter, Karl	1810-95	Bürgermeister	kath.	1865-73	-
146	**Roder, Johann Baptist**	**1814-90**	**Wirt**	**altkath.**	**1865-81, 83-89**	**1872-76**
147	Roggenbach, Franz Philipp, Freiherr von	1825-1907	Gutsbesitzer u. Au-ßenminister	kath.	1861-66	1868-73
148	Rotteck, Gustav von	1822-93	Kreisgerichtsdirektor	kath.	1878/79	-
149	Rotteck, Josef Fer-dinand von	1806-84	Oberamtsrichter	kath.	1869-71	-
150	Sachs, Georg Fried-rich	1818-85	Notar	ev.	1873-75	-
151	Sachs, Otto	1824-1912	Oberamtmann, Mini-sterialrat u. Landes-kommissär	altkath.	1865-69, 71-75	-
152	Sallinger, Ludwig	1819-80	Bürgermeister	kath.	1879/80	-

153	Sander, Ferdinand	1840-1920	Hauptmann u .Tabak-fabrikant	ev.	-	1881-87
154	Sartori, Adalbert	1826-97	Fabrikant	altkath.	1873-79	-
155	Schlusser, Gustav	1860-1902	Oberbürgermeister v. Lahr	ev.	1891-95	-
156	Schmezer, Karl Wilhelm	1833-95	Professor	ev.	1867-71, 87-89	-
157	Schmid, Anton	1842-1908	Bezirksrat	kath.	1881-89	-
158	Schmid, Mathias	geb. 1830	Fabrikant	kath.	1871-75	-
159	Schmidsfeld, Franz von	1837-1910	Gutsbesitzer	kath.	1885-89	-
160	Schmidt, Anton	1821-97	Oberlandesgerichtsrat	altkath.	1871-83	-
161	Schneider, Karl August	1837-1911	Hauptmann u. Bankier	kath.	1883-89	1881-84
162	Schoch, Karl Friedrich	1838-1914	Apotheker	ev.	1871-83	-
163	Scholl, Albert Johann	1826-93	Oberingenieur	kath.	1888/89	-
164	Schuck, Jakob	1831-90	Gutsbesitzer	kath.	-	1881-84
165	Schupp, Karl Wilhelm August	1828-1909	Oberamtmann	ev.	1867-71	-
166	Schuster, Karl Friedrich	1823-91	Oberbürgermeister v. Freiburg	ev.	1869-73	1887-90
167	Schweinfurth, Ludwig	1837-1900	Gemeinderat	ev.	1891-95	-
168	Scipio, Eduard Ferdinand	1837-1905	Gutsbesitzer	ev.	-	1874-78, 84-93
169	Seefels, Hermann	1835-1913	Gastwirt u. Bürgermeister	kath.	1873-79	-
170	Seiz, Karl	1816-99	Kreisschulrat	altkath.	1861-71	1871-73
171	Serger, Friedrich	1822-92	Vizekanzler	kath.	1871-73	-
172	Seybel, Georg Joseph	1825-86	Oberamtmann	ev.	1877-81	-
173	Sieber, Heinrich	1836-96	Bürgermeister	ev.	1885-89	-
174	Stigler, Albert	1824-99	Rechtsanwalt u. Bürgermeister v. Rastatt	kath.	1871-79, 89-91	-
175	Stoesser, Franz Ludwig von	1824-1901	Landeskommissär u. Innenminister	ev.	1871-81	-
176	Stößer, Gustav von	1826-1907	Geheimer Referendär	ev.	1887-91	-
177	Straub, Roderich	1847-1925	Oberamtmann, Ministerialrat	kath.	1889-1901	-
178	Strauß, August	1834-1904	Bürgermeister	ev.	1883-91	-
179	Strübe, Hermann	1824-1912	Kreisschulrat	ev.	1877-97	-
180	Thoma, Berthold	1833-1876	Fabrikant	kath.	1875/76	-
181	Thoma, Karl Eduard	1840-82	Posthalter	kath.	1878/79	-
182	Tritscheller, Paul	1822-92	Fabrikant	kath.	1865-73	1872-76
183	Turban, Ludwig Karl Friedrich	1821-98	Innen- und Handelsminister sowie Ministerpräsident	ev.	1866-71, 73-81	-
184	Vogel, Karl	1834-1909	Buchdruckereibesitzer	ev.	1883-88	-

185	Vogelbach-Däublin, Reinhard Friedrich	1825-99	Weinhändler	ev.	1881-93	-
186	Walz, Jakob	1833-1905	Gutsbesitzer	ev.	1879-87	-
187	Weber, Franz	1850-1916	Oberbürgermeister v. Konstanz	kath.	1889-91	-
188	Weber, Jakob	1832-88	Gewerbebankdirektor	unb.	1869-73	-
189	Weygoldt, Georg Peter	1844-1907	Oberschulrat	ev.	1889-1907	-
190	Wilckens, Karl	1851-1914	Oberbürgermeister v. Heidelberg	ev.	1887-1909	-
191	Winter, Gottlieb Jonathan	1810-86	Ministerialrat u. Landeskommissär	ev.	1869-71	-
192	Winterer, Otto	1846-1915	Oberbürgermeister v. Konstanz u. Freiburg	kath.	1883-89	-
193	Wittmer, Heinrich August	1847-96	Gastwirt	ev.	1883-97	-
194	Wittmer, Jakob	1817-91	Posthalter	ev.	1879-83	-
195	Wittum, Albert	1844-1923	Fabrikant	kath.	1889-1909	1912-18
196	Wittum, Karl	1806-92	Rechtsanwalt	kath.	1871-73	-
197	Wundt, Johann Friedrich	1822-89	Gemeinderat	ev.	1861-71	-

In das Verzeichnis sind alle nationalliberalen Landtagsabgeordneten in Baden vom Herbst 1869 bis zu den Wahlen im Herbst 1893 aufgenommen; außerdem sind die nationalliberalen Volksvertreter aus Baden im Zollparlament von 1868 bis 1870 und im Reichstag von März 1871 bis vor den Wahlen im Juni 1893 erfaßt.

Die nationalliberalen Führungspersönlichkeiten sind durch Fettdruck gekennzeichnet.

Zusammenstellung nach den Angaben bei KALKOFF, S. 54-139, 372-398 und ROTH/ THORBECKE (Hrsg.), S. 273-354.

6. Programm und Satzungen der Nationalliberalen Partei Badens vom 26. Dezember 1868

Programm der liberalen Partei in Baden,

beschlossen zu Offenburg in der Versammlung vom 26. Dezember 1868

I. Die liberale und nationale Partei Badens

nimmt eine selbständige Stellung ein. Sie wird keine systematische Opposition machen, vielmehr die Regierung in allen Maßregeln unterstützen, welche ihren Grundsätzen gemäß sind, aber auch die Regierung bekämpfen, wo sie denselben zuwider handelt.

II. Deutsche Politik.

1) Die Partei wird das frühere Programm des möglichst baldigen Eintritts des Südens und insbesondere Badens in den norddeutschen Bund festhalten und diesen Eintritt nach Kräften fördern. Sie wird jede Gelegenheit hiezu mit Nachdruck und Energie benutzen.

2) Als eine Bürgschaft für die Erreichung des nationalen Zieles erkennt sie die gleichförmige Organisation der badischen Truppen mit dem norddeutschen Heere. Sie wird auch fernerhin zu den Opfern bereit seyn, welche eine entschiedene nationale Politik erfordert. Um so mehr glaubt sie darauf dringen zu müssen, daß überflüssige Ausgaben dem Lande erspart und unnöthige Zuthaten, welche den Verhältnissen des Landes und der Anschauung unseres Volkes zuwider sind, vermieden werden.

Soweit es als zulässig erscheint, ohne die Wehrkraft des Heeres zu schwächen, wird sie in Uebereinstimmung mit den Vorbehalten des Landtags von 1867/68 auf eine Abkürzung der Präsenzzeit mit Entschiedenheit hinwirken.

3) Sie ist der Ueberzeugung, daß eine fruchtbringende nationale Politik nur in Verbindung mit einer unzweideutigen liberalen Politik hier zu Lande haltbar ist, und begehrt die Durchführung der nothwendigen Reformen unserer Verfassung, Gesetzgebung und Selbstverwaltung in dem Sinne, daß das badische Gemeinwesen dereinst als ein gesundes Glied dem Körper des deutschen Reiches sich einfüge.

4) Mit den gleichgesinnten Parteien in den übrigen süddeutschen Staaten, welche ebenfalls die nationale Verbindung von Süddeutschland mit dem Nordbunde anstreben, ist fortwährendes Einverständniß zu pflegen und zusammen zu wirken.

III. Kultus und Kirchen.

1) In Dingen des religiösen Lebens und der wissenschaftlichen Freiheit mißbilligen wir jede Abweichung von derjenigen Richtung, welche in den

Grundsätzen der allerhöchsten Proklamation vom 7. April 1860 ihren hochherzigen Ausdruck gefunden hat. Jede Begünstigung einer engen und unduldsamen konfessionellen Richtung ist dem Geiste unseres Jahrhunderts zuwider und würde die geistigen Interessen der deutschen Nation schwer schädigen.

2) Die liberale Partei verlangt endlich eine männliche und abschließende Durchführung der Rechte des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Kirchengewalt.

IV. Organisation der Kammern.

A. Zweite Kammer.

Die Versammlung war darüber einig, daß die gegenwärtige Wahlart und Zusammensetzung der zweiten Kammer unhaltbar geworden sey, und daß

1) anstatt des Ortsbürgerrechts das Staatsbürgerrecht zur Grundbedingung des Stimmrechts,

2) statt der offenen die geheime Stimmgebung einzuführen sey,

3) auch die Vertheilung der Wahlkreise einer Reform bedürfe.

4) Keine Einstimmigkeit ergab sich über die Frage, ob direkte oder mittelbare Wahlen durch Wahlmänner vorzuziehen seyen. Man verkannte nicht, daß die unmittelbare Wahl der Abgeordneten durch die Urwähler auch große Bedenken habe, hauptsächlich weil noch eine große Menge von Urwählern ohne eigenes Verständniß blindlings der Autorität des Klerus folgt. Eine Anzahl der anwesenden Mitglieder hielt das mittelbare Wahlsystem für zweckmäßiger, weil es mehr Garantieen biete für eine besonnene und alle Bedürfnisse erwägende Wahl.

Schließlich entschied sich die Mehrheit der Anwesenden, in Anbetracht

a. daß die unmittelbaren Wahlen durch die Verfassung des norddeutschen Bundes und der Zollunion auch in Deutschland u. im Lande Baden bereits praktisch geworden seyen, und ein Nebeneinanderbestehen zweier grundverschiedener Wahlordnungen in demselben Lande auf die Dauer nicht möglich sey, das direkte Wahlsystem aber von der Richtung der Zeit begünstigt werde;

b. daß die direkte Wahl ein unmittelbares Vertrauensverhältniß zwischen dem Abgeordneten u. seinen Wählern begründe u. dadurch auch die Macht der Volksvertretung verstärke;

c. daß die Forderung dieser Wahlart von der ultramontanen Partei als ein sehr wirksames Agitationsmittel ausgebeutet würde, um in dem Volke gegen jede anders gewählte Volksvertretung das Mißtrauen zu schüren und deren Wirksamkeit zu lähmen;

d. daß bei einer richtigen und wahrhaft liberalen Behandlung den selbständigeren und fähigeren Klassen auch bei dieser Wahlform ein Einfluß auf

ihre Mitbürger gewahrt werden könne und eine persönliche Beziehung der Liberalen zu der Volksmasse überhaupt politisch nothwendig und fruchtbar sey -- die d i r e k t e Wahl der Abgeordneten durch die Urwähler vertreten zu wollen u. selbe in Antrag zu bringen, diese Frage übrigens innerhalb der Partei als eine offene zu betrachten.

B. Erste Kammer.

Eine Reform der ersten Kammer wurde, zum Ausgleich mit den seit Gründung der Verfassung eingetretenen Umwandlungen im Gebiete der sozialen Verhältnisse, insbesondere zur verstärkten Vertretung der Elemente höherer Kultur (Wissenschaft, Industrie und Handel, großer Grundbesitz) für geeignet erachtet.

V. Rechte der Kammern.

1) Um zwischen den Kammern und der Regierung einen geordneten Zusammenhang und einen lebendigen Verkehr zu erhalten, ist nach Analogie aller andern konstitutionellen Staaten

a. das Budget jährlich zu bestimmen,

b. sind demgemäß jährliche Versammlungen der Kammern zu verlangen, aber zugleich

c. dafür zu sorgen, daß die Geschäfte rasch erledigt und bedeutend kürzere Sitzungsperioden, als in den letzten Jahren, gehalten werden.

2) Anstatt des jetzt bestehenden Motionsrechts mit seinen vergeblichen Berathungen und illusorischen Arbeiten ist, wie das in Preußen, Bayern und dem norddeutschen Bunde schon lange gilt, das Recht der Initiative in der Gesetzgebung für die einzelnen Kammern zu verlangen.

VI. Gemeindeverfassung.

Eine Reform der Gemeindegesetzgebung in freisinniger Richtung, namentlich mit Bezug auf Einführung der direkten Wahlen für die Gemeindeämter, und eine Revision des Gemeindesteuerwesens wird als dringendes Bedürfniß betrachtet. Die Partei wird insbesondere auch das Verhältniß der staatsbürgerlichen Einwohner zur Bürgergemeinde und das Armenwesen einer Prüfung unterwerfen.

VII. In Bezug auf die innere Verwaltung, Gerichtsverfassung, das Steuerwesen, die sozialen Fragen

bleibt die nähere Aufstellung besonderer Punkte vorbehalten. Die liberale Partei wird hierin, ihrer Grundrichtung getreu, jedem Fortschritte in der Gesetzgebung huldigen und ihn anregen, welcher die Theilnahme der Bürger an der Verwaltung der staatlichen Geschäfte erhöht, das Recht sichert und fördert, die Lasten gleichheitlich vertheilt, das Wohl des Ganzen, wie das des Einzelnen wachsen macht. Von vermehrter geistiger Bildung erwartet sie zugleich das sittliche und

materielle Gedeihen des Volks u. sie wird ihr daher jederzeit ihre thätige Sorgfalt zuzuwenden haben.

VIII. Organisation der Partei.

Zur Organisirung und Leitung der Partei ist von der gegenwärtigen Versammlung ein provisorischer Gesammtausschuß gewählt und derselbe ermächtigt worden, sowohl sich selber zu ergänzen, als einen Geschäftsausschuß zu ernennen, welcher bei wichtigeren Vorkommnissen sich durch weitere Mitglieder der Partei verstärken kann.

Satzungen der liberalen Partei in Baden.

1) Die liberale Partei in Baden bildet einen Verein auf Grundlage ihres zu Offenburg am 26. Dez. 1868 beschlossenen Programms.

2) Mitglied des Vereins wird jeder in Baden wohnende Deutsche, welcher sich zu diesem Programm bekennt. Die Mitglieder sind zu einem Jahresbeitrag von dreißig Kreuzer verpflichtet. Es können auch weitere Beiträge freiwillig zu allgemeinen oder besondern Zwecken des Vereins gegeben werden.

3) Der Verein bildet in den einzelnen Amtsbezirken Bezirksvereine und beziehungsweise Ortsvereine, welche sich selber konstituiren. Jeder Bezirksverein ist berechtigt, zu dem Gesammtausschuß des Vereins Abgeordnete zu erwählen.

4) Die allgemeine Leitung des Vereins wird einem Gesammtausschuß übertragen, welcher berechtigt ist, sich selber zu ergänzen u. einen engern geschäftsführenden Ausschuß zu erwählen.

Quelle: ZBZ FA Bluntschli 35b.

7. Statutenentwurf August Lameys für den Nationalliberalen Verein Mannheim vom 1. Juni 1869

Die national-liberale Parthei verfolgt selbstständig die Ziele der Errichtung des deutschen Bundesstaates durch Vereinigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde und der freisinnigen Entwickelung der inneren Angelegenheiten Badens.

Ihre Freunde im Kreise Mannheim vereinigen sich zur Verfolgung dieser Ziele, um in vorkommenden Fällen mit gemeinsamen Kräften zu handeln, die Erkenntniß ihrer vaterländischen Zwecke zu verbreiten und bei politischen Wahlen einmüthig und thäthig aufzutreten.

Im Anschluß an den badischen Gesamtverein und dessen Organ in Offenburg bildet sie einen Kreisverein, der in Bezirks- und Orts-Vereine zerfällt.

Der Kreisverein soll sein Organ dahier haben und dieses soll bestehen aus einem Ausschuß des hiesigen Vereins von etwa sechs Mitgliedern und den Abgeordneten der Bezirksvereine gleichfalls in der Zahl von sechs. Zu wichtigen Besprechungen sind die Ausschüsse der Bezirksvereine und die Vorstände der Ortsvereine einzuladen.

Mitglied eines Vereins kann jeder Deutsche werden, der seinen Beitritt erklärt und den in den Statuten der einzelnen Vereine festzusetzenden jährlichen Beitrag entrichtet.

Der Ausschuß des Kreisvereins u. nächst ihm die Ausschüsse der Bezirksvereine haben die Pflicht, die Thätigkeit der Ortsvereine durch Besprechungen, Vorträge und Flugschriften zu beleben.

Ein provisorisches Comite ist zu bilden welches die Ortsvereine ins Leben zu rufen und die Wahl des Kreisausschusses zu veranlassen hat.

Quelle: BArch 60 Ve 2/1.

8. Satzungen des Nationalliberalen Vereins Baden-Baden vom 16. März 1874

§ 1. Zweck des Vereins.

Freisinnige Behandlung aller wichtigen Tagesfragen auf staatlichem, sozialem und kirchenpolitischem Gebiete, sowie gemeinnützige Förderung aller Gemeindeangelegenheiten.

§ 2. Mittel zum Zweck.

Der Zweck des Vereins soll erreicht werden durch Verbreitung volkswirthschaftlicher, politischer und geschichtlicher Kenntnisse, Belebung des Sinnes für thätige Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, sowie einmüthiges und thätiges Auftreten bei politischen Wahlen, mittelst Besprechungen, gelegentlichen Vorträgen in allgemeinen Versammlungen und Wirken in der Presse.

§ 3. Organische Verbindung.

Der Verein tritt in Verbindung mit dem Landesausschuß der national-liberalen Partei, mit den benachbarten Vereinen und Gesinnungsgenossen.

§ 4. Mitgliedschaft.

Zum Eintritt in den Verein ist jeder unbescholtene volljährige Deutsche berechtigt; die Anmeldung geschieht schriftlich bei einem Mitgliede, die Aufnahme durch den Ausschuß. Jedes Mitglied hat für Aufnahme und Statuten 6 kr. zu bezahlen.

§ 5. Pflichten.

Jedes Mitglied verpflichtet sich durch Namens-Unterschrift zur Förderung der Vereinszwecke und zum Vollzug der Vereinsbeschlüsse. Die erwachsenden Kosten werden durch freiwillige Beiträge gedeckt.

§ 6. Vertretung.

Der Verein wird vertreten durch einen jährlich in einer ordentlichen Versammlung zu wählenden Ausschuß von 17 Mitgliedern. Diese ernennen unter sich den Vorstand, Rechner und Schriftführer.

§ 7. Versammlungen.

Vom 1. November bis Mai findet jeden Monat wenigstens E i n e ordentliche Versammlung statt nach den Bestimmungen des Ausschusses. Außerordentliche Versammlungen kann der Ausschuß berufen, und müssen solche berufen werden auf Antrag von wenigstens 18 Mitgliedern. Der Vorstand leitet die Versammlung.

§ 8. Abstimmung.

Die Beschlüsse des Ausschusses und der Versammlung werden gefaßt durch Stimmenmehrheit der Erschienenen. Abänderung der Statuten, kann nur durch eine Mehrheit von 3/4 der Erschienenen stattfinden.

§ 9. Ausschluß.

Wer den Vereinspflichten nicht nachkommt, kann durch den Ausschuß ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluß ist Berufung an die Generalversammlung statthaft.

B a d e n , den 16. März 1874.

Quelle: StadtA BAD 02-174/002.